

N12<529543943 021



UBTÜBINGEN



Thesol

SA OVOG MJESTA 28. JUNA 1914. GODINE
GAVRILO PRINCIP JE IZVRŠIO ATENTAT NA
AUSTROUGARSKOG PRESTOLONASLJEDNIKA
FRANCA FERDINANDA I NJEGOVU SUPRUGU
SOFIJU

FROM THIS PLACE ON 28 JUNE 1914
GAVRILO PRINCIP ASSASSINATED THE HEIR
TO THE AUSTRO-HUNGARIAN THRONE
FRANZ FERDINAND AND HIS WIFE SOFIA

WEICHEN UND WEICHENSTELLUNGEN

**Europa
1914–2014**

15.16

2014. 2015

Das „kurze Jahrhundert der Gewalt“ (1914–1989)

Wendepunkte des 20. Jahrhunderts

Zerfall und Neuentstehung von Imperien

je Rlose

ZA 9873

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising,
Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
info@renovabis.de · www.renovabis.de und

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn,
Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

Inhaltsverzeichnis

Für die Abbildung auf dem Umschlag wurde der Text a gegenwärtigen Gedenktafel zum Attentat von Sarajevo 19 verwendet, vgl. dazu auch die Hinweise von Ulf Brunnbauer vorliegendem Heft auf S. 63 – Copyright für das Bild: Renovabis Archiv; Gestaltung: Martin Veicht.

Jochen Böhler

Schwerter und Damoklesschwerter – Gewalterfahrung in Ostmitteleuropa 1914-1989

Hans Hecker

Wende? Revolution? Umsturz? Krise? ?... und was danach kommt. Zur historischen „Normalität“ der Veränderung

Adam Krzemiński

Alte und neue Imperien in Europa

Gerhard Simon

Die Sowjetunion – eine Weltmacht?

Markus Krzoska

Europa 1914 – 2014. Weichen und Weichenstellungen in Polen

Miroslav Kunštát

Wandel durch Annäherung? Die „neue deutsche Ostpolitik“ aus Prager Perspektive

Ulf Brunnbauer

Sarajevo: Erinnerungsort wider Willen

Jörg Lüer

Ein Jahrhundert der Gewalt: Das ehemalige Gefängnis an der Lonski-Straße in Lemberg/Ukraine

Adrian Schütte

Julikrise 1914 – der tragische Tod des russischen Botschafters in Belgrad

Interview

„Die OSZE – Struktur einer langfristigen Friedenspolitik.“ Ein Gespräch mit Dr. Wilhelm Höynck, dem ersten Generalsekretär der OSZE

Bücher

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Jahres-Inhaltsverzeichnis

15. Jahrgang 2014

Schwerpunkte

- Heft 1: Europa 1914 – 2014
- Heft 2: Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa
- Heft 3: Wege und Straßen
- Heft 4: Ukraine? – Ukraine!

Hauptartikel

Michael Albus

„Ich fahr dahin mein’ Straßen“. Wege sind Lebenswege 163 - 166

Mykhaylo Banakh und Julia Samus

Euromajdan 2013/14 und die zivilgesellschaftliche Entwicklung während und nach der Protestbewegung 263 - 271

Katrin Boeckh

Ukraine 2000plus. Revolutionen ohne Ende? 242 - 252

Jochen Böhler

Schwerter und Damoklesschwerter – Gewalterfahrung in Ostmitteleuropa 1914-1989 2 - 11

Ulf Brunnbauer

Sarajevo: Erinnerungsstätte wider Willen 56 - 65

Heike Dörrenbächer

Was ist Ukrainisch? Nationwerdung in der Ukraine 291 - 298

Jörm Düwel

Architektur in der DDR oder Architektur der DDR?
Eine Spurenlese am Beispiel der Stalinallee in Berlin 214 - 222

Heinz-Peter Echtermeyer

Mit dem Blick der Barmherzigkeit.
Aspekte der Gefangenengeschäftsleitung 110 - 121

Michael Erdrich

Auf den Spuren der „Tränen der Götter“:
Die Bernsteinstraße 199 - 204

Sascha Feuchert

Das „Writers in Prison“-Committee der Schriftstellervereinigung PEN 104 - 109

<i>Caroline von Gall</i>	
Verbrechen und Strafe – zu den rechtlichen Grundlagen des Strafvollzugs in Russland	93 - 103
<i>Alexej Gorin</i>	
Der Newski-Prospekt in Sankt Petersburg	205 - 213
<i>Steffen Halling</i>	
Die Rolle der Oligarchen und der Umbruch in der Ukraine	253 - 262
<i>Hans Hecker</i>	
Wende? Revolution? Umsturz? Krise? ... und was danach kommt. Zur historischen „Normalität“ der Veränderung	12 - 20
<i>Anna-Maria Getoš Kalac</i>	
Kriminelle Wege und Straßen Südosteuropas:	
Die Balkan-Route	192 - 198
<i>Adam Krzeminski</i>	
Alte und neue Imperien in Europa	21 - 28
<i>Markus Krzoska</i>	
Europa 1914 – 2014. Weichen und Weichenstellungen in Polen	38 - 45
<i>Miroslav Kunštát</i>	
Wandel durch Annäherung? Die „neue deutsche Ostpolitik“ aus Prager Perspektive	46 - 55
<i>Anja Lange</i>	
„Ich spreche nicht die Sprache der Okkupanten.“ Zur Sprachenfrage in der Ukraine	299 - 303
<i>Jörg Lüer</i>	
Ein Jahrhundert der Gewalt: Das ehemalige Gefängnis an der Lonski-Straße in Lemberg/Ukraine	66 - 69
<i>Rudolf A. Mark</i>	
Zwischen Orient und Okzident: Die Seidenstraße	230 - 239
<i>Edi Matić</i>	
„Brüderlichkeit und Einheit“: Der Autoput	183 - 191
<i>Markus Nowak</i>	
„Ich bin dann mal – kurz – weg“. Ein Selbstversuch auf dem Jakobsweg in Polen	175 - 182
<i>Katarina Nowikowa</i>	
Die geistliche Patrouille vom Majdan	272 - 278



ZA 9873

<i>Julia Samus und Mykhaylo Banakh</i>	
Euromajdan 2013/14 und die zivilgesellschaftliche Entwicklung während und nach der Protestbewegung	263 - 271
<i>Adrian Schütte</i>	
Julikrise 1914 – der tragische Tod des russischen Botschafters in Belgrad	70 - 73
<i>Viktoria Sereda</i>	
Gedenkstätte im Wandel: Ein Spaziergang über den Prospekt Svobody (Freiheitsprospekt) in Lemberg	167 - 174
<i>Gerhard Simon</i>	
Die Sowjetunion – eine Weltmacht?	29 - 37
<i>Matthias Stadelmann</i>	
GULag – stalinistischer Strafvollzug in der Sowjetunion	82 - 92
<i>Kai Struve</i>	
„Faschisten“ als Feindbild. Putins Krieg gegen die Ukraine und die deutsche Öffentlichkeit	279 - 286
<i>Katarzyna Zinnow</i>	
Die Via regia: Eine Reise durch Europa	223 - 229
Fallbeispiele	
<i>Hannah Rita Laue</i>	
Aus dem Glauben Hoffnung vermitteln. Gefängnisarbeit in Riga	141 - 146
<i>Marjan Lumçi</i>	
Gefängnisse in Albanien – der lange Schatten der kommunistischen Vergangenheit	122 - 126
<i>Emilia Moraru</i>	
„Unsere Zukunft liegt in unseren Händen“. Jugendliche Straftäter in der Republik Moldau	135 - 140
<i>Cristian Pavel</i>	
Gefängnisse in Rumänien – Orte der „Erlösung“?	127 - 134
<i>Alexander Stepanov</i>	
Der Dienst der Kirche in russischen Gefängnissen	147 - 158
Reportage	
<i>Michael Albus</i>	
In Ängsten und siehe wir leben. Ukrainische Augenblicke im Spätsommer 2014	304 - 312

Interviews

„Die OSZE – Struktur einer langfristigen Friedenspolitik.“

Ein Gespräch mit Dr. Wilhelm Höynck, dem ersten

Generalsekretär der OSZE

74 - 78

„Es ist in der Tat Krieg – Putins Krieg mit Europa.“

Ein Gespräch mit dem früheren ukrainischen

Staatspräsidenten Viktor Juschtschenko

287 - 290

„Scheitern aus sich selbst heraus.“ Ein Gespräch

über Russland mit dem Historiker Dietmar Neutatz

312 - 317

Bücher

79, 159, 318

Textkästen (in Heft 4/2014)

Christof Dahm

Krim – Zankapfel zwischen der Ukraine und Russland

243

Sören Runkel

Majdan (Nezaležnosti)

265

Editorial

Im Jahr der Jubiläen 2014 – 100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs, 25 Jahre Fall der Berliner Mauer (als Symbol für die „Wende“ im Ostteil Europas) und 10 Jahre Osterweiterung der Europäischen Union – lassen sich bereits Schwerpunkte erkennen. Im Zentrum steht die Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkriegs. Das ist sicher richtig, insofern sich die folgenden Entwicklungen in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts und besonders der Zweite Weltkrieg ohne den Ersten Weltkrieg nicht erklären lassen.

Erklärung und Bewertung von historischen Ereignissen sind jedoch, auch wenn der Historiker möglichst objektiv mit den Fakten umgeht, immer problematisch. So gerät es schnell aus dem Blickfeld des Westeuropäers und besonders des Deutschen, dass der Erste Weltkrieg für viele Völker in Mittel-, Ost- und Südosteuropa nicht zur Katastrophe, sondern zur Freiheit führte und den Weg zur Bildung souveräner Staaten wie Polen, der Tschechoslowakei und der baltischen Staaten bereitete. Mit dem Zweiten Weltkrieg, dessen Beginn 75 Jahre zurückliegt, brach das System, das die Friedensverträge nach 1918 geschaffen hatte, zusammen. Nach 1945 folgte eine tiefe Spaltung Europas in „Ost“ und „West“, deren Überwindung inzwischen auch wieder ein Vierteljahrhundert zurückliegt.

Das vorliegende Heft möchte einige Akzente setzen, wichtige Wendepunkte und Erinnerungsorte aufzeigen und damit ein wenig dazu beitragen, bei aller Notwendigkeit des Rückblicks auf Niederlagen und Gewaltherrschaft, den Blick auch auf die oft mühsam erreichten Erfolge der europäischen Einigungsbemühungen zu richten. Angesichts der Krise, in der sich Europa als Ganzes gegenwärtig befindet, kann es nur von Nutzen sein, an den Willen zum Neubeginn der Jahre 1945 und 1989 zu erinnern, um von dort Anstöße für die weitere europäische Integration in den kommenden Jahren zu erhalten.

Die Redaktion

Jochen Böhler

Schwerter und Damoklesschwerter – Gewalterfahrung in Ostmitteleuropa 1914 - 1989

*Dr. Jochen Böhler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Imre Kertész Kolleg Jena.*

Nicht der Zweite Weltkrieg allein lässt uns das 20. Jahrhundert als „Zeitalter der Extreme“¹ erinnern. Bereits der Erste Weltkrieg drückte ihm seinen Stempel auf. Aus Kriegs-, Revolutions- und Bürgerkriegswirren erwuchs damals eine europäische Nachkriegsordnung, die stark von deren Erschütterungen und Gewalterfahrungen geprägt war. Unzulängliche Friedensschlüsse legten den Grundstein für neue Konflikte, die Ost-West-Spaltung des Kontinents blieb bis gegen Ende des Centenniums bestehen. Dessen zweite Hälfte war jedoch eher von der Androhung als der Anwendung physischer Gewalt geprägt.

Der Erste Weltkrieg: Massenhafte Gewalt und die Gewalt der Massen

Keine der beteiligten Kriegsparteien war im Sommer 1914 darauf vorbereitet, mit welcher Wucht der Erste Weltkrieg dem europäischen Zeitalter der alten Imperien ein Ende setzen würde. Als das Attentat von Sarajevo innerhalb weniger Wochen wie in einer Kettenreaktion die kontinentalen Großmächte – mit einer Vielzahl kleinerer verbündeter Staaten an ihrer Seite – in den Krieg zog, hatte man allgemein noch wenig Vorstellungen vom Zerstörungspotenzial einer neuen Waffentechnik. Militärs der „alten Schule“ mussten zunächst einen Lernprozess durchlaufen, bevor sie von althergebrachten „romantischen“ Kriegsvorstellungen Abschied nahmen und die Zeichen der Zeit erkannten: Festungen waren nicht länger Horte der Sicherheit, wenn ihre Wälle von schwerer Artillerie durchschlagen werden konnten. Das zunächst oftmals als

1 Eric John Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1995. (Die Originalausgabe erschien 1994 unter dem Titel „Age of Extremes. The Short Twentieth Century, 1914-1991“.)

„feige“ verworfene Eingraben vor dem Feind wurde – vor allem im Westen – zur überlebenswichtigen Strategie. Flugzeuge und Panzer überflogen oder -querten die Kriegsschauplätze und ließen die bis dahin unübertroffene Kavallerie als Anachronismus erscheinen.

Zugleich hatten mittlerweile Massenheere, ein Ergebnis der in Europa im 19. Jahrhundert eingeführten allgemeinen Wehrpflicht für Männer, die professionellen Armeen der frühen Neuzeit ersetzt. Soldatsein wurde vom Beruf zur nationalen Berufung. So waren zwar nicht in den Offizierskorps, aber in den Mannschaftsdienstgraden alle gesellschaftlichen Schichten vertreten und somit direkt vom Krieg betroffen, der auch nicht Halt machte vor der Sphäre des Zivilen. Das hatte er zuvor zwar auch selten getan – man denke allein an die grausamen Begleiterscheinungen des Dreißigjährigen Krieges –, aber die Dimensionen waren nunmehr andere: Vom Ausbruch der Kampfhandlungen an wurden etwa im Zarenreich Millionen Menschen (vor allem Juden, Deutsche und Ukrainer) von den eigenen Truppen als unzuverlässig, weil „verdächtigen“ Minderheiten angehörig, von der Frontlinie in das weite Hinterland vertrieben. Schlimm war auch das Schicksal der Zivilbevölkerung gegnerischer Staaten, wenn sie – wie im Fall des österreichisch-ungarischen Einmarsches in Serbien im Juli 1914 – verdächtigt wurde, sich am Kampf beteiligt zu haben: Tausende serbische Männer wurden in der Folge von den k.u.k.-Truppen hingerichtet. Dennoch hat der Erste Weltkrieg, abgesehen von dieser anfänglichen Gewaltwelle, die Zivilbevölkerung Ostmittel- und Osteuropas nur wenig aus ihrer alltäglichen Ruhe gerissen. Selbst die deutsche und österreichische Besatzung und die damit einhergehende wirtschaftliche Ausbeutung wurden dort bis 1918 zwar als drückend, aber dennoch hinnehmbar empfunden. Die Revolutionen in Russland und die erbitterten Kämpfe um das Erbe der Imperien änderten dies und machten die Kriegsgewalt in der Region zu einer allgegenwärtigen Erfahrung.

Das Habsburger- und das Romanowreich waren Vielvölkerstaaten gewesen: Die Zugehörigkeit ihrer Untertanen definierte sich aus der Geburt innerhalb ihrer Grenzen, unabhängig von Sprache, Glaube und Ethnie. Die erwachenden Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts, allen voran diejenigen, die in den Imperien zu benachteiligten Minderheiten gehörten, hatten in dieser Vorform „multikultureller“ Vielfalt eher einen „Völkerkerker“ gesehen. Durch den Niedergang beider Großreiche wurden die zuvor nur mit Mühe unterdrückten Energien dutzender Nationalbewegungen in Ostmitteleuropa freigesetzt. Was der ameri-

kanische Präsident Woodrow Wilson im Januar 1918 romantisierend als das Recht der Völker auf Selbstbestimmung bezeichnet hatte, war dort in Wirklichkeit das Startsignal für erbitterte Bruderkämpfe, als die „dunkle Seite der Demokratie“ in „flammenden Hass“² umschlug. Östlich davon verliefen die Trennlinien nicht zwischen Nationen, sondern Klassen: Die Oktoberrevolution 1917 stürzte Russland von einem verlustreichen konventionellen in einen blutigen Bürgerkrieg, der die alten Eliten beseitigen und die Massen an die Macht bringen sollte. Es ist ein im Westen weit verbreiteter Irrtum, dass der Erste Weltkrieg mit den Waffenstillständen des November 1918 geendet hätte: Seine Nachkämpfe dauerten in Ost- und Ostmitteleuropa noch bis in die frühen 1920er Jahre an. Das wiedererstandene Polen allein war in diesem Zeitraum an seinen Grenzen in sechs verschiedene bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt. 1920 lieferten sich die beiden wichtigsten Protagonisten der beiden politischen Hauptströmungen dieser Zeit – Nationalismus und Kommunismus – die Entscheidungsschlacht um die Zukunft Mitteleuropas, der Sieg der Zweiten Republik³ über die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik vor Warschau wird in Polen heute noch als „Wunder an der Weichsel“ gefeiert. Die Festlegung der neuen Grenzen Ostmitteleuropas war jedoch weniger eine Frage der Ideologie, sondern vielmehr eine der Kräfteverhältnisse. Über ihre Zukunft bestimmten eben nicht die Völker selber, sondern letztendlich Truppenstärke und Kriegsglück der aus den imperialen Trümmern hervorgegangenen Staaten.

Zwischen den Weltkriegen: Apotheose der starken Männer

Die Folgen von Krieg und Bürgerkrieg waren im wahrsten Sinne des Wortes verheerend für die Region: Zu unzähligen Entwurzelten, Kriegs- und Revolutionstoten – allein für den russischen Bürgerkrieg schwanken die Opferzahlen zwischen 2,5 und 3,3 Millionen, in der Ukraine

2 Michael Mann: Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung. Hamburg 2007. (Die Originalausgabe erschien 2004 unter Titel „The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing“.); Norman M. Naimark: Flammender Hass. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert. München 2004. (Die Originalausgabe erschien 2001 unter dem Titel „Fires of Hatred. Ethnic Cleansing in Twentieth-century Europe“.)

3 Bezeichnung für den wiedererstandenen polnischen Staat der Zwischenkriegszeit. Der Begriff „Erste Republik“ wird gelegentlich für die polnisch-litauische Adelsrepublik verwendet, die nach der Dritten Teilung Polens von der europäischen Landkarte verschwand (Anm. d. Redaktion).

fielen zwischen 50.000 und 300.000 Juden Pogromen zum Opfer – kamen die Hungertoten als Folge von Zerstörungen und Ernteausfällen; 6 Millionen waren es allein im bolschewistischen Russland. Der Zuschnitt der neuen Nationalstaaten nach ethnischen Kriterien führte zu „ethnischen Säuberungen“ und weiteren Völkerverschiebungen gewaltigen Ausmaßes, wie sie bereits während der Balkankriege 1912/13 zu beobachten gewesen waren. Diese beschränkten sich diesmal nicht auf Südosteuropa, wo im Nachgang des Vertrages von Lausanne 1923 über eine Million Griechen und hunderttausende Türken ihre Heimat verloren. Bereits 1919 vertrieb Frankreich 150.000 Deutsche aus dem Elsass über den Rhein.

Um die in ihren Grenzen verbliebenen Minderheiten vor Schikanen und Übergriffen seitens der Titularnationen zu bewahren, waren die jungen Staaten Ostmitteleuropas von den Alliierten in Paris genötigt worden, Minderheitenschutzverträge zu unterschreiben. In Wirklichkeit schuf die Anwesenheit nicht integrierter und häufig diskriminierter ethnischer Gruppierungen, innerhalb derer sich viele immer noch die Eigenstaatlichkeit herbeisehnten, die für die Zwischenkriegszeit in Ostmitteleuropa kennzeichnende Instabilität. Die unzulänglichen Friedensschlüsse und mit ihnen einhergehenden Grenzziehungen waren nach den Bevölkerungsverlusten das schwerste Erbe des Ersten Weltkrieges und legten den Grundstein für den nächsten Krieg. Da jeder Staat der Region größere Minderheiten in seinen Reihen zählte, lebten zugleich im Umkehrschluss große Massen seiner Landsleute in anderen Staaten. Die Verlierer des Kriegs hatten gewaltige Gebietsverluste hinnehmen müssen, wie etwa Ungarn, das nur ein Drittel seines Vorkriegsterritoriums behalten durfte. Ressentiments und Revisionismus standen somit der Gründung eines stabilen mitteleuropäischen Staatenbundes zwischen Deutschland und Russland von vorneherein entgegen. Der neu geschaffene Völkerbund wiederum, dessen Mitglieder teils im eigenen Lande oder in ihren Kolonien auf die strikte Einhaltung der Rassentrennung achteten und Antisemitismus für salonfähig hielten, konnte weder moralische Überlegenheit noch Truppen zur Garantie der Minderheitenrechte ins Feld führen. Zugleich führten die gegen Ende des Ersten Weltkrieges vielerorts erbittert ausgetragenen Kämpfe zwischen Bolsheviken und Konterrevolutionären zu Radikalisierungen und dem

Der Zuschnitt der neuen Nationalstaaten nach ethnischen Kriterien führte zu „ethnischen Säuberungen“ und weiteren Völkerverschiebungen gewaltigen Ausmaßes.

Erstarken von nationalkonservativen bis hin zu faschistischen Strömungen und paramilitärischen Verbänden in ganz Europa. Die jungen Demokratien waren mit dieser doppelten Herausforderung und den Folgen der Weltwirtschaftskrise überfordert, und nahezu alle Nationalstaaten Mittel-, Ostmittel- und Südosteuropas hatten sich spätestens in

Der neu geschaffene Völkerbund hatte keine Möglichkeiten, Minderheitenschutz effektiv durchzusetzen.

den 1930er Jahren in von „starken Männern“ geführte autoritäre⁴ oder – wie im Falle des Dritten Reiches und der Sowjetunion – totalitäre Regime gewandelt.

Hitler und Stalin waren von Kriegs- und Revolutionserfahrungen geprägte Diktatoren mit eigenen Machtvorstellungen und Gewaltphantasien. Für den ehemaligen Gefreiten der bayerischen Armee hatten „jüdischer Bolschewismus“ und „Weltjudentum“ die Niederlage Deutschlands herbeigeführt und waren daher dessen größte Feinde, seine politische Vision war ihre gnadenlose Bekämpfung sowie die Schaffung eines ethnisch deutschen Großreiches. In den 1930er Jahren ließ er Kommunisten, Sozialisten und Juden im Land rücksichtslos verfolgen, in Konzentrationslager stecken oder ermorden und betrieb zugleich eine von den kriegsmüden Westmächten lange geduldete aggressive Annexionspolitik. Der ehemalige Kommandeur der sowjetischen Südfront hingegen hatte das Scheitern der Weltrevolution erlebt und den Umschwung zur Politik eines „Kommunismus in einem Land“ – de facto bedeutete dies eine innere Kolonisation unter ethnisch russischer Führung – mitgemacht, seine Definition von „konterrevolutionären Elementen“ war zudem äußerst flexibel. In den 1930er Jahren fielen Millionen Bauern der Zwangskollektivierung und den damit einhergehenden Hungersnöten zum Opfer, weitere Millionen Sowjetbürger starben im Zuge von stalinistischen „Säuberungen“ oder endeten im Labyrinth des weitverzweigten Straflagersystems (Gulag). Zeitgleich bauten beide Diktatoren schlagkräftige Polizeiapparate und – mit gegenseitiger Unterstützung – Armeen auf, um ihre Großmachträume nach innen und nach außen umsetzen zu können.

⁴ Bernd J. Fischer: Balkan Strongmen. Dictators and Authoritarian Rulers of Southeast Europe. London 2007; Erwin Oberländer (Hrsg.): Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1994. Paderborn 2001.

Zweiter Weltkrieg: Schlachtfeld der Diktatoren und Massenvernichtung

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zog die erneute Unterwerfung der Nationen Ostmitteleuropas unter zwei Imperien, diesmal das Dritte Reich und die Sowjetunion – gewissermaßen als Nachfolger Preußens, Österreich-Ungarns und Russlands – nach sich. Die jeweiligen Besatzungszonen erlebten zwischen 1939 und 1941 im Zuge von „Germanisierung“ und „Sowjetisierung“ Wellen „ethnischer Säuberungen“, die diesmal nicht nur Massendeportationen, sondern von Beginn an auch den systematischen Massenmord vor allen an den einheimischen Eliten mit einschlossen. Eine Besonderheit bildet hier die Verfolgung und Ermordung der Juden im deutschen Machtbereich, die mit dem Einmarsch der Wehrmacht in Russland ab dem Sommer 1941 genozidale Züge annahm. Nach dem Bruch zwischen Hitler und Stalin öffnete sich zugleich einer begrenzten Anzahl gesellschaftlicher Kräfte innerhalb der deutsch besetzten Völker die trügerische Perspektive, nun – wie bereits die ostmitteleuropäischen Achsenpartner Rumänien, Ungarn, die Slowakei, Bulgarien und Kroatien – ebenfalls die fremde Vormachtstellung zu nutzen, um unter deren Schutz ihre eigenen nationalen Träume zu verwirklichen. Da dies nicht ohne ein gewisses Maß an ideologischer Übereinstimmung und Teilnahme am Rassenkrieg zu haben war, beteiligten sich nun vor allem Ukrainer, Balten und Rumänen – nicht immer freiwillig, aber massenhaft – auch am Holocaust.

Dieser blieb jedoch von Dimension und Wesen her ein genuin deutsches Projekt. Von Berlin aus initiiert und vom deutschen Polizei- und Besetzungsapparat im Osten in die Tat umgesetzt, fungierten die einheimischen Helfer dort zumeist als verachtete, bestenfalls geduldete „Hilfswillige“ („Hilfswillige“), an die man aufgrund ihrer angeblichen kulturellen Unterlegenheit einen Teil der „Dreckssarbeit“ delegieren konnte. Wirkliche Pläne für eine wie auch immer geartete Beteiligung ostmittel-europäischer Nationen am zu schaffenden „Großdeutschen Reich“ hegte Hitler dagegen nie, vielmehr sah der „Generalplan Ost“ die gnadenlose Unterwerfung der einheimischen Bevölkerung und – neben der Vernichtung der europäischen Juden – den Hungertod von „’zig Millionen“ Menschen vor. Manche der unter der nationalsozialistischen Besatzung verfolgten Ethnien – überwiegend Polen und Ukrainer – befanden sich aber östlich der Frontlinie nicht etwa in Sicherheit, sondern wurden dort im Zuge einer paranoiden Stalinschen „Nationalitätenpolitik“ ebenfalls

zu Millionen deportiert und in Zwangsarbeitslager gesteckt. Ostmittel-europa hatte sich unter beiden Diktatoren in den 1930er und 1940er Jahren wahrlich in die berüchtigten „Bloodlands“⁵ verwandelt. Etwa 14 Millionen Menschen fielen ihnen in dieser Zeit zum Opfer. Stalins Terror sollte erst 1956, Jahre nach seinem Tod, zu einem Ende kommen.

Biographen der beiden wohl furchtbarsten Machtmenschen des 20. Jahrhunderts sowie Kenner des Dritten Reiches und der Sowjetunion sind sich bis heute darüber uneins, wie diese Gewaltorgien zu erklären

*Mit dem Rückzug der Wehrmacht
brachen ethnische Spannungen wieder
aus, die die gesamte Zwischenkriegszeit
über unter der Oberfläche gegärt hatten.*

brannten Erde“⁸ eher in deren Psyche zu suchen? Vermutlich hat man hier von einer Mischung aus beidem auszugehen.

Gleichwohl tut man gut daran, die Bewohner der beherrschten Regionen nicht ausschließlich als Opfer von außen hineingetragener Gewalt zu sehen. Tatsächlich brachen mit der sich allmählich abzeichnenden deutschen Niederlage und dem Rückzug der Wehrmacht aus dem besetzten Osten ethnische Spannungen wieder aus, die die gesamte Zwischenkriegszeit über unter der Oberfläche gegärt hatten. Ein Beispiel unter vielen ist der polnisch-ukrainische Konflikt um Wolhynien und Ostgalizien 1944, der auf beiden Seiten zehntausende – auf polnischer Seite möglicherweise gar hunderttausende – Opfer forderte. Ebenfalls erbittert kämpften auf dem Balkan nationalistische und kommunistische Partisanen um die Nachkriegsordnung. In Ungarn dagegen wurde das letzte Kapitel des Holocaust eingeleitet, als die dortige Regierung die einheimischen Juden Mitte 1944 nach Auschwitz deportieren ließ.

5 Timothy Snyder: Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin 1933-1945. München 2011. (Die Originalausgabe erschien 2010 unter dem Titel „Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin“.)

6 Dietrich Beyrau: Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin. Göttingen 2000; Jörg Baberowski: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus. Darmstadt 2003.

7 So auch Ian Kershaw im zweiten Band seiner Hitler-Biographie (Hitler 1936-1945. München 2002).

8 Für Stalin vgl. Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. München 2012. Ähnlich argumentiert Peter Longerich für Hitler in seiner demnächst erscheinenden Hitler-Biographie.

Kalter Krieg: Sowjetisierung und Tauwetter in Ostmitteleuropa

Der Vormarsch der Roten Armee von Osten und der amerikanischen, britischen und französischen Truppen von Westen auf Berlin 1945 prädestinierte die europäische Nachkriegsordnung für die zweite Hälfte des Jahrhunderts. In der sowjetischen Einflusssphäre kamen die letzten Kampfhandlungen – vergleichbar mit dem Ende des Ersten Weltkriegs – aber erst Jahre später zum Erliegen. Der Grund hierfür lag wieder einmal in der Hartnäckigkeit, mit der nationale Bewegungen für ihre eigene Sache kämpften. Partisanen, die jahrelang gegen die deutsche Besatzung für die Wiedererrichtung ihres eigenen Staates gestritten hatten, wehrten sich lange gegen dessen plötzliche Sowjetisierung. Die Vertreter Moskaus in der Region setzten zunächst auf Kooperation, als dies jedoch nicht den gewünschten Erfolg brachte, erhöhten sie den Druck. Die Linie, die Westeuropa nunmehr von Ostmitteleuropa trennte, erwies sich letztendlich als „Eiserner Vorhang“⁹, hinter dem die Sowjetunion im Wesentlichen die Geschicke der späteren Warschauer-Pakt-Staaten bestimmte.

Dennoch bleibt 1945 eine epochale Wende, markierte das Jahr doch das Ende des millionenfachen Mordens in Europa. Erinnerungen daran wurden erst mit den Jugoslawienkriegen der 1990er Jahre wieder wach. Dennoch war Ostmitteleuropa zwischen 1945 und 1989 bekanntermaßen trotz anderslautender Parolen kein Hort von Frieden und Freiheit: Die kommunistischen Geheimdienste¹⁰ schufen mit ihren scheinbar lückenlosen Überwachungsapparaten und Spitzelnetzwerken eine Atmosphäre von Angst und Misstrauen, in der jeder Bürger zumindest potenziell über Nacht zum Opfer staatlicher Willkür und Gewalt werden konnte und politische Gegner und Oppositionelle gezielt verfolgt wurden. Aufstände und ihre gewaltsame Bekämpfung (wie DDR 1953, Ungarn 1956, Polen 1968) blieben dagegen – wichtige (!) – Ausnah-

⁹ Winston Churchill verwendete in einer Rede am 5. März 1946 im Hinblick auf die sich abzeichnende Abschottung des östlichen Europas den Begriff „Eiserner Vorhang“; vgl. auch Anne Applebaum: Der Eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944-1956. München 2013. (Die Originalausgabe erschien 2012 unter dem Titel „Iron curtain. The Crushing of Eastern Europe 1944-1956“.)

¹⁰ Dazu Łukasz Kamiński (Hrsg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944-1999 (Analysen und Dokumente der BStU, Bd. 33). Göttingen 2009. (Die Originalausgabe erschien 2005 unter dem Titel „A Handbook of the Communist Security Apparatus in East Central Europe 1944-1989“.)

meerscheinungen. Weiter westlich war ein vergleichbar entschlossenes Vorgehen des Staates gegen seine Bürger erst in der „bleiernen Zeit“ der Terroristenbekämpfung der 1970er Jahre zu verzeichnen, dagegen blieb die weitgehend flächendeckende Übernahme der kompromittierten staatlichen Eliten des Dritten Reiches in Justiz, Polizei und Militär bereits von Beginn an ein schweres Erbe der Bundesrepublik Deutschland.

Das im Herzen Europas weit verbreitete Gefühl, einer allgegenwärtigen inneren Überwachung durch den eigenen Staat schutzlos ausgeliefert zu sein, fand seine äußere Entsprechung in der mächtigsten Waffe des Kalten Krieges: dem Damoklesschwert der atomaren Bedrohung. Kernwaffen der USA und der Sowjetunion mit dem Potenzial, hunderttausende Menschen zu töten und die Region auf Jahrhunderte zu kontaminieren, lagerten jahrzehntelang in den Militärbasen West- und Ostdeutschlands. Erst die längerfristigen Auswirkungen der unter Nikita Chruschtschow einsetzenden Entstalinisierung, der westdeutschen Entspannungspolitik unter der Regierung Brandt sowie Michail Gorbatschows „Glasnost“-Programm führten hier zu einer allmählichen Wiederannäherung von Ost und West. Dem Ende des Staatssozialismus ging in Polen freilich ein unruhiges Jahrzehnt voraus, das Streiks, die Erklärung des Kriegsrechts, Stagnation und zähe Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition mit sich brachte, bis der Siegeszug der Gewerkschaft *Solidarność* 1989 auch die anderen ostmitteleuropäischen Staaten mit sich riss und allerorten in weitgehend „friedliche“ oder auch „stille Revolutionen“¹¹ einmündete.

Erst die Entspannungspolitik der siebziger Jahre verringerte die Bedrohung durch einen Atomkrieg und führte zu einer allmäßlichen Wiederannäherung zwischen Ost und West.

Gewalt in Ostmitteleuropa im kurzen 20. Jahrhundert: Eine Einordnung

Betrachtet man die unterschiedlichen Formen und Erfahrungen ethnischer, (para-)staatlicher und zwischenstaatlicher Gewalt in Ostmitteleuropa zwischen 1914 und 1989, so gilt es als vielleicht wichtigste Er-

¹¹ Clemens Vollnhal (Hrsg.): *Jahre des Umbruchs. Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 43). Göttingen 2011; Katharina Kucher u. a. (Hrsg.): *Stille Revolutionen. Die Neuformierung der Welt seit 1989*. Frankfurt (Main) 2013.

kenntnis festzuhalten, dass diese entgegen landläufiger westlicher Meinung nicht etwa irgendwelchen angeblichen kulturellen oder mentalen Vorprägungen der Einwohner der Region – man denke etwa an die heute noch gebräuchliche Metapher des Balkans als Synonym für Chaos und Gewalt oder Polens für Unordnung und Kriminalität –, sondern politischen Konstellationen und Motiven – allen voran dem Streben nach Unabhängigkeit und ethnisch-nationaler Selbstbestimmung, also auch im Westen weitgehend geteilten Werten – entsprangen. Durch die späte Öffnung der imperialen Faust machte Ostmitteleuropa hier Entwicklungen innerhalb weniger Jahrzehnte durch, für die man im Westen – von der Aufklärung über die Französische Revolution bis hin zur vollständigen Demokratisierung des Westens ab 1945 – Jahrhunderte gebraucht hatte. Zudem waren ethnische, terroristische und staatliche Gewalt auch im 20. Jahrhundert keine im Westen völlig unbekannten Phänomene – man denke nur an die USA, Irland, Spanien, oder England und Frankreich im Zuge der Dekolonisation. Wer heute meint, das „alte“ Westeuropa habe gegenüber den „neuen“ Beitrittsstaaten im Osten diesbezüglich einen Vorsprung, wird schon durch einen Blick auf die Stimmengewinne von Populisten und rechtsextremen Parteien – etwa in Deutschland oder Frankreich – eines Besseren belehrt. Zu mehreren hundert Todesopfern jährlich kommt es in Europa hingegen derzeit nur im Zuge der Abschottung des Kontinents an seinen Außengrenzen gegen Armutsflüchtlinge – vor allem an den Küsten Spaniens, Frankreichs und Italiens.

Wende? Revolution? Umsturz? Krise? ... und was danach kommt

Zur historischen „Normalität“ der Veränderung

Prof. Dr. Hans Hecker war von 1982 bis 2007 Professor für Osteuropäische Geschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte Ost- und Ostmitteleuropas in Mittelalter und Neuzeit und die Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn.

Geschichte ist eine unaufhörliche Abfolge von Veränderungen der Lebens- und Organisationsformen der Menschen. Zugleich steckt in jeder Veränderung mehr Bleibendes, als es scheint, und die Entwicklung verläuft niemals gleichförmig. Aus den gleichen Ursachen wie Krieg, innere Unruhen, schwindende Legitimität der Macht resultieren unterschiedliche Folgen – Bewertungen und Begriffe bleiben in der Diskussion.

Ursprünglich lautete der Themenvorschlag „Die Wende und die Transformation von 1989/90“. Da der Schwerpunkt des Heftes dem Themenfeld hundert Jahre Europa, 1914 bis 2014, gewidmet ist, versucht der folgende Beitrag, den Untergang der DDR und die staatliche Einheit Deutschlands in einen größeren historischen Zusammenhang zu stellen.

Veränderung und Beharrung

Zunächst zeigt ein nachdenklicher Blick in die Geschichte eine unaufhörliche Abfolge von Veränderungen der Lebens- und Organisationsformen der Menschen. Nichts bleibt, wie es ist. So scheint es, aber was verändert sich unterhalb der Oberfläche der sicht- und greifbaren Dinge wirklich? Steckt nicht in allem, was wie eine Veränderung aussieht, noch mehr von dem, was bleibt? Der Erfolg eines jeden Geschichtsunterrichts sollte darin bestehen, erkennbar und bewusst zu machen, dass Gegen-

wart und Zukunft aus der Vergangenheit hervorgehen. Und sieht man genauer hin, findet man, dass es nicht den *einen* Strom der Geschichte gibt, sondern viele Ströme, die zwar gleichzeitig fließen, aber mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und nicht unbedingt in die gleiche Richtung. Es gibt Konjunkturen der Beschleunigung und Phasen der scheinbaren Stagnation. So müssen wir uns auch bei unserem Thema stets fragen: Was wirkte bei den Ereignissen von 1989/90 zusammen? Welche Kräfte, Interessen, Traditionen traten da zutage, und wie könnte der vergleichende Zusammenhang aussehen?

Staaten vergehen, Staaten entstehen

Am 22. August 1990 beschloss das Parlament der Deutschen Demokratischen Republik, die Volkskammer, mit Wirkung vom 3. Oktober gleichen Jahres dem Geltungsbereich des Grundgesetzes, der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, beizutreten. Ein erstaunlicher Vorgang: Ein international anerkannter Staat löste sich auf und gliederte sich in einen anderen Staat ein. Ähnliche Vorgänge hatte es vorher schon gegeben. So beschlossen z. B. die Parlamente der baltischen Staaten 1940, der UdSSR als Sowjetrepubliken beizutreten. Dies geschah jedoch, im Unterschied zur DDR, unfreiwillig in aussichtsloser Lage und unter starkerem Druck.

Häufiger findet man jedoch den umgekehrten Vorgang: Ein Staatsverband zerfällt, und seine Teile erklären sich zu selbstständigen Staaten. Beispiele dafür sind das Osmanische Reich, Österreich-Ungarn oder auch, zumindest teil- und zeitweise, das Russische Reich am Ende des Ersten Weltkrieges. Zum ersten innereuropäischen Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg führte anfangs der 1990er Jahre der Zerfall Jugoslawiens in sieben Republiken, die sich z. T. heute noch feindselig gegenüberstehen. Friedlich ging hingegen die Teilung der Tschechoslowakei mit Beginn des Jahres 1993 vonstatten, ebenso die Auflösung der Sowjetunion am Ende des Jahres 1991.

Die Grenzen sind also, wie diese Beispiele zeigen, in ganz Europa in Bewegung, und der Prozess geht weiter. So streben starke Kräfte die nationalstaatliche Unabhängigkeit an: Schotten wollen nicht mehr der Londoner, Katalanen nicht mehr der Madrider Zentrale zugehören. Grenzen verschwinden, Grenzen werden neu gezogen. Speziell am Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland ist die zweifache Grenzveränderung: Die Volkskammer beschloss den Beitritt zur Bun-

desrepublik Deutschland für die ganze DDR, wodurch die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten aufgehoben wurde. Dann aber blieb das Staatsgebiet der nunmehr ehemaligen DDR keine geschlossene Einheit. Vielmehr wurde es aufgegliedert, und zwar in fünf Bundesländer, die im Wesentlichen der Situation vor der Aufteilung der DDR in Bezirke 1952 entsprechen. Berlin bildet insofern eine Besonderheit, als sein West- und sein Ostteil zusammengefügt wurden und Gesamtberlin nunmehr in erweiterter Form zu den „neuen“ Bundesländern hinzugezählt wird. Somit zog man innerhalb des „Beitrittsgebiets“ neue Grenzen, die aus der Sicht wirtschaftlicher Potenz und administrativer Effektivität nicht unbedingt sinnvoll sind, aber dem Selbstverständnis der Bewohner Rechnung tragen sollen. Beides haben sie übrigens mit den Bundesländern der „alten“ Bundesrepublik gemein. Es ging neben der Angleichung an die westdeutschen Strukturen darum, die Spuren der DDR-Zeit auch auf dieser Zwischenebene der deutschen Staatsverwaltung so weit wie möglich zu verwischen.

Ursachen des Wechsels

Frage man danach, wie und warum es zu derartigen Veränderungen kommt, stößt man auf eine Reihe von Ursachen. Wenn es sich um den Zerfall von Staatsverbänden handelt, liegen die Gründe meistens in ethnisch-nationalen Unterschieden bzw. Gegensätzen. Vielvölkerreiche bringen es zwar häufig zu einer beachtlichen Lebensdauer, so etwa das Osmanische und das Russische Reich sowie die Donaumonarchie, aber

sie tragen doch den Keim ihrer Auflösung in sich. Das Osmanische Reich schrumpfte zu der nationalstaatlich konzipierten türkischen Republik, die sich der griechischen und der armenischen Minderheiten entledigte und

Vielvölkerreiche bringen es zwar häufig zu einer beachtlichen Lebensdauer, tragen aber doch den Keim ihrer Auflösung in sich.

sich „nur“ noch, dafür lang anhaltend, mit dem kurdischen Volk auseinanderzusetzen hat. Im Falle Russlands verhält es sich so, dass es in zwei Schüben nichtrussische Nationalitäten aus seinem Verband hat entlassen müssen: Polen und Finnland sowie zeitweise die baltischen Republiken nach dem Ersten Weltkrieg; 1991 im Zuge der Auflösung der Sowjetunion wurde eine Reihe von Republiken, die ihre Peripherie gebildet hatten, unabhängig: Estland, Lettland, Litauen, Weißrussland, Ukraine, Republik Moldau, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Usbe-

kistan, Turkmenistan und Kirgistan. Immerhin existiert die Russländische Föderation weiterhin als multinationaler Staat. Das Habsburgerreich hatte sich lange Jahrhunderte behaupten können, auch dank einer gewissen Elastizität in seiner Nationalitätenpolitik, bis die Siegermächte des Ersten Weltkrieges ihm ein definitives Ende setzten.

Die nationalpolitischen Probleme und Spannungen unter den freigesetzten Völkern konnten jedoch bis jetzt nicht wirklich beigelegt werden. Das zeigt sich am Beispiel Jugoslawiens, das sich im 20. Jahrhundert nur für eine begrenzte Zeit am Leben zu halten vermochte, bis es durch die scharfen nationalen Gegensätze in seinem Innern regelrecht gesprengt wurde. Dieser Aspekt spielte nun bei der DDR gar keine Rolle. Die ethnisch-nationale Einheit beider deutscher Staaten war trotz aller Unterschiede eine unbestreitbare Tatsache, und die Bemühungen der SED-Führung, eine „sozialistische“ Nation zu kreieren, waren derart künstlich, dass sie ins Leere laufen mussten.

Kriege und ihre Folgen

Unter den Anlässen für derartige Änderungen staatlicher Strukturen sticht, hier bereits mehrfach genannt, der Krieg hervor. Der *Erste Weltkrieg* führte, wie erwähnt, im Ergebnis vollständig oder teilweise zum Zerfall bzw. zur Aufteilung der europäischen Vielvölkerreiche und damit zur Bildung etlicher national nominierte Einzelstaaten. Ähnliches lässt sich, wenn auch wesentlich geringer dimensioniert, vom *Jugoslawienkrieg* sagen. Allerdings lagen bei ihm Ursache und Ergebnis, die Spannungen zwischen den Nationalitäten, viel näher beieinander als beim Ersten Weltkrieg. Der *Zweite Weltkrieg* war unter dem Anspruch auf Eroberung und Unterwerfung anderer Völker vom nationalsozialistischen Deutschland herbeigeführt worden. Mit seinem Ende entstanden die vergewaltigten und zum Teil aufgelösten Staaten erneut, wenn auch nicht immer mit vorherigem territorialem Bestand, wie das Beispiel Polen zeigt. Für die kriegsauslösende Macht Deutschland endete der Krieg mit der Dreiteilung: im Osten die Übernahme der Reichsgebiete bis zur Oder und Neiße durch die Sowjetunion und Polen, in der Mitte die sowjetische Besatzungszone und im Westen die bald zusammengeführten britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszonen. Diese Dreiteilung ging in eine faktische Zweiteilung über, deren konfrontativer Charakter aus dem globalen Ost-West-Gegensatz resultierte.

Weltweit handelte es sich dabei nicht um die einzige derartige staatliche Zweiteilung: Sowohl China und Korea als auch Vietnam bildeten zwei Staaten unter amerikanischer und sowjetisch-chinesischer Patronage, von denen bisher nur Vietnam die staatliche Einheit wiedererlangte – nach einem endlos langen, fürchterlichen Krieg zunächst gegen Frankreich, dann gegen die USA und deren Verbündete.

Innerer Widerstand

Damit sind wir bei einer anderen Möglichkeit der Veränderung politischer Strukturen: der Lösung von Kolonialvölkern aus der Herrschaft der jeweiligen Vormacht. In etlichen Fällen gelang sie auf dem Wege politischer Verhandlungen und Übereinkunft, in anderen Fällen durch hartnäckigen, aber friedlichen Widerstand wie in Indien dank des Wirks Mahatma Gandhis. Schließlich kam es, wie in Indochina, wie Vietnam damals genannt wurde, zu Kriegen, die nach schweren Opfern zu lasten der Kolonialmacht endeten.

Nicht direkt um Kolonialreiche, sondern um Machtbereiche ging es bei den Bestrebungen der ostmittel- und südosteuropäischen Völker, sich unter dem harten Zugriff der Sowjetunion Eigenständigkeit und Selbstbestimmung, zumindest mehr eigene Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Das war am 17. Juni 1953 in der DDR der Fall, 1956 in Polen und Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, 1970 und danach wieder in Polen. Es ging dabei anfänglich nicht um Änderungen der staatlichen Strukturen, sondern um Verbesserungen der materiellen und zivilen Lebensbedingungen. Das Problem entstand dadurch, dass die sowjetische Führung darin einen Angriff auf ihre Vormachtstellung und den Fortbestand des von ihr geführten weltpolitischen Lagers sah. Deswegen zerstörte sie immer wieder diese Bewegungen, so lange sie dazu in der Lage war. Gleichzeitig konnte der von den USA geführte politische „Westen“ aus Rücksicht auf die fragile politisch-militärische Balance nichts unmittelbar unternehmen. In diesen Komplex war auch die DDR eingebunden, mehr noch: Da die DDR ohne die Bundesrepublik Deutschland nicht zu denken war, beide Staaten in der „deutschen Frage“ über alle Gegensätze hinweg letztlich auf Gedeih und Verderb aneinander gebunden waren, beeinflussten diese globalen Bedingungen auch die politischen Möglichkeiten der Bonner Republik und darüber hinaus die Politik der jeweiligen Bündnissysteme.

Unzufriedenheit, Empörung, Selbstbestimmung

Wenn wir noch einmal nach den Ursachen und auslösenden Momenten der hier knapp und unvollständig umrissenen Veränderungen und Bewegungen fragen, dann finden wir eine ganze Reihe recht unterschiedlicher Antworten. An vorderer Stelle wäre gewiss die in der Bevölkerung verbreitete *Unzufriedenheit mit wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen* zu nennen. Dies zeigt schon die Mutter aller Revolutionen, die

Französische Revolution von 1789 und in den folgenden Jahren. In der jüngst vergangenen Zeit verbindet sich damit ein weiteres Motiv, das erst in den letzten Jahrzehnten ins öffent-

Für die Veränderungen und Bewegungen lassen sich unterschiedliche Ursachen feststellen.

liche Bewusstsein gelangt ist: die *umweltpolitischen Belastungen*, die sich zu Gefahren für die Gesundheit, für die Natur und in kaum abzuschätzender Weise für die Zukunft unserer Zivilisation auswachsen. Dieses Motiv trug wesentlich zur Empörung der Menschen in den baltischen Sowjetrepubliken bei, die der von Moskau betriebenen Wirtschaftspolitik erhebliche ökologische Schäden verdankten, ohne wenigstens eine ökonomische Gegenleistung zu erhalten: die Verwüstung der Heimat, die man im historischen Zusammenhang mit der nationalen Unterwerfung und Drangsalierung durch die Sowjetunion sah. Auch in der DDR spielte die Kritik an der Industrie- und Umweltpolitik der SED mit ihren katastrophalen Wirkungen eine immer wichtigere Rolle.

Die kritische Auseinandersetzung der Menschen mit den politischen Verhältnissen korrespondiert mit der *Forderung nach politischer Teilhabe*. Die wirtschaftlich-technische Entwicklung erfordert hochwertig ausgebildete Menschen, die sich jedoch auf die Dauer nicht auf ihre Rolle als Arbeitskräfte reduzieren lassen, sondern ihrem Bildungsstand und Leistungsvermögen entsprechend ihre Lebensbedingungen aktiv und verantwortlich gestalten wollen. Diese Folgewirkung zunehmender Qualifizierung, die sich mit nationalem Selbstbewusstsein verbinden kann, ist von den diktatorisch, autoritär oder zumindest paternalistisch gesinnten Führungsgruppen lange übersehen oder verdrängt worden. Auch in der DDR ließ sich der Anspruch wachsender Kreise auf Selbstbestimmung immer schwerer ignorieren oder unterdrücken.

Versagende Bindekräfte

Unter den Ereignissen, die zu staatlich-territorialen Veränderungen führen können, haben wir den Krieg genannt, zu dem die folgendefriedensvertragliche Neuregelung gehört. Was kann jedoch in Friedenszeiten eine emanzipatorische Bewegung fördern und die mehr oder minder eruptive Entladung aufgestauter Spannungen auslösen? Da fällt der Blick auf Josip Broz Tito als Muster eines Staatsmanns, der es verstand, sein Jugoslawien durch persönliches Charisma, das von einem zunehmenden Persönlichkeitkult unterfüttert und durch innenpolitischen Druck stabilisiert wurde, zusammenzuhalten. Sein Tod löste diese personenzentrierte Bindekraft auf, nicht ohne Grund hatte seine Umgebung ihm den endgültigen Abschied nicht gegönnt. Danach brachen sich die lange unterdrückten zentrifugalen Kräfte ihre Bahn.

In der Sowjetunion schwand die Kraft, das gewaltige Imperium zu führen, mit der abnehmenden Fähigkeit, den wirtschaftlichen, technischen und militärischen Wettlauf mit den USA durchzuhalten. Die politischen und wirtschaftlichen Lasten des Bündnissystems waren nicht mehr zu schultern, und die sozialökonomische Infrastruktur verfiel. Die Erstarrung des politischen Systems und die ideologische Leere waren schon längst nicht mehr zu übersehen. Es kennzeichnete die Verhältnisse, dass es kein Verfahren gab, Führungspersonal, das regierungsunfähig geworden war, auf zivile, verfassungsmäßige Weise auszuwechseln. Breschnew und seine beiden Nachfolger ließ man wie Monarchen sterben, ehe man daran ging, den nächsten Generalsekretär zu inthronisieren. Ähnlich waren die Verhältnisse in den anderen Ländern des „real existierenden Sozialismus“. Die substanzelle Schwäche dieser Regime trat zutage, als Michail Gorbatschow, der als neuer starker Mann zur Stabilisierung des maroden Systems angetreten war, unter dem Druck der Verhältnisse die Unterstützung und Verantwortung für die Partnerländer aufgab und sie sich selbst überließ.

Wende? Umsturz? Revolution?

Wie kann man bezeichnen, was dann geschah? Gängig ist die Rede von der „Wende“. Wende bedeutet, wenn man es genau nimmt, dass eine Bewegung in die entgegengesetzte Richtung umgelenkt wird. Dies kann gelten, selbst wenn die erste Bewegung schon längst vor die Wand gefahren war. Im Grunde handelt es sich aber um einen ziemlich harmlosen

und an Aussage schwachen Begriff. Vor allem legt er die Vorstellung nahe, dass dieselben Personen, die bisher das Steuer in Händen hielten, nun auch in die „Wende“ umsteuern. Es scheint völlig berechtigt, dass Menschen, die in der DDR auf eine Veränderung der Verhältnisse hingearbeitet hatten, sich auf die „Wende“ nicht einlassen mochten.

War es ein *Umsturz*? Dieser Begriff enthält ein Element der Gewalttätigkeit, das in der DDR wie in den meisten anderen sozialistischen Staaten nicht oder nur in Einzelfällen zu beobachten war. In der DDR sackte das Regime irgendwie hilflos in sich zusammen und musste sich an den Runden Tisch bequemen, an den in Polen die Solidarność die Regierung gezwungen hatte. Der Druck der demonstrierenden Massen und der Mut der Wortführer und öffentlichen Unterstützer ermöglichten die Verhandlungen, die schließlich zu einem Systemwechsel ohne Blutvergießen führten.

Der Begriff „Wende“ ist zu schwach für eine angemessene Beschreibung wesentlich komplexerer Prozesse in den Transformationsstaaten.

War es denn eine *Revolution*? Für diese Deutung sprechen die Spontaneität der Menschen, ihre zahlreiche aktive Beteiligung und die beachtliche Geschwindigkeit, mit der die Krise des Systems aufbrach und zum Sturz der Regime führte. Allerdings changiert auch „Revolution“ zwischen vielen inhaltlichen Möglichkeiten. Sie kann, muss aber nicht blutig sein, was sie 1989/90 in der Regel auch nicht war. Die eigentliche Bedeutung einer Revolution resultiert aus dem, was ihr folgt, und das ist selten eindeutig. (Die Historiker der Französischen Revolution streiten immer noch darüber, ob es eine fortschrittliche oder eine konervative Revolution war.) Es ist nicht einmal gesagt, dass diejenigen, die von der Revolution an die Macht gebracht werden, sich wirklich von den früheren Machthabern unterscheiden.

Veränderung und Fortbestand

Auch dort, wo der Systemwechsel geglückt zu sein scheint, wirkt die Vergangenheit weiter fort. Da kommt neben allerlei Interessen beispielsweise die Frage der Fachleute ins Spiel. Als exemplarisch kann hier ein radikaler Systemwechsel gelten: Als die westlichen Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft mit der Implementierung der Demokratie und der Reeducation der Deutschen begannen, blieben doch viele Diener des Regimes im

Amt, weil sie als Fachleute für unentbehrlich gehalten wurden. Man nahm erhebliche Rücksichten, weil man die (West-)Deutschen in der Konfrontation mit der Sowjetunion für sich gewinnen wollte. Die Folgen wie die Fortdauer konservativ-reaktionären Denkens und Verhaltens oder der – nunmehr in das westliche Werte- und Interessensystem integrierte – militante, zumindest sterile Antikommunismus wirkten sich bis in die 1970er Jahre und länger aus.

Transformation: Rückschläge, Widersprüche

Was auf die Revolution folgt, ist die Umgestaltung der politischen und sozialökonomischen Verhältnisse, eine Transformation. Dieser langwierige und mühselige Prozess ist von Widersprüchen und Rückschlägen gekennzeichnet. Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben sich, abgesehen von den baltischen Republiken, zu mehr oder minder autoritären Regimen entwickelt, die Ukraine taumelt von einer Krise in die nächste. Das ehemalige Jugoslawien ist derzeit eine von außen aufgesetzte fragile Konstruktion, eine institutionalisierte Dauerkrise. In etlichen Ländern ist die Gesellschaft gespalten in eine kleine Oberschicht, die sich am ehemaligen Staatsbesitz maßlos bereichert hat, und eine verarmte Masse der Unterschichten, wo man angesichts ihrer elenden Lage von der bescheidenen Sicherheit früherer Zeiten zu träumen anfängt. Hier ist der Prozess der „Transformation“ noch lange nicht abgeschlossen und im Ergebnis offen.

DDR – ein Sonderfall?

In dem Kontext der kurSORischen Überlegungen steht die DDR und was aus ihr wurde allein. Sie lebte stets mit der Bundesrepublik als dem erfolgreichen Gegenmodell gleicher Nation und Geschichte. In ihrer übergroßen Mehrheit schlügen die Menschen mit ihrer Revolution der friedlichen Demonstrationen den Weg in dieses Gegenmodell ein. Sie bekamen materielle Hilfe und politische Stabilität, uneingeschränkt willkommen aber waren sie nicht. Immerhin ist Deutschland seit der Einheit ein wohlgefitterter Nationalstaat in Europa, derzeit regiert und repräsentiert von zwei Persönlichkeiten, die aus der ehemaligen DDR hervorgegangen sind.

Alte und neue Imperien in Europa

Adam Krzemiński ist Publizist und Redakteur der in Warschau erscheinenden „Polityka“.

Großreiche entstehen, Großreiche vergehen – zumindest das sollte eine Lehre des 20. Jahrhunderts sein. Der nachfolgende Beitrag zeichnet die Entstehung der europäischen Idee bis zur aktuellen Lage der Europäischen Union nach. Ob sie angesichts der gegenwärtigen Krisen eine Zukunft hat oder auch nur eine historische Episode bleibt, wird die Zukunft erweisen.

Ausgerechnet während der zermürbenden Krise der Euro-Zone, der bisher größten Struktur- und Sinnkrise im Herzen der Europäischen Union, geben Lettland und Litauen, zwei EU-Neuankömmlinge aus dem postsowjetischen Osten Europas, ihre erst 1990 erworbene nationale Währung zugunsten des schlecht beleumundeten Euro auf. Und weiter südöstlich vom Baltikum gehen Zighausende von Ukrainern unter der EU-Fahne auf die Barrikaden, weil ihr Staatspräsident auf Druck Moskaus den Assoziierungsvertrag der Ukraine mit Brüssel auf Eis gelegt hatte. Die nicht so genannten „Vereinigten Staaten von Europa“ üben also auch noch in der Krise eine magnetische Anziehungskraft aus. Darin wird der klassische Widerspruch aller Imperien erkennbar: Sie expandieren und zerfallen zugleich. Gelegentlich sogar jahrhundertlang ...

Dieser Widerspruch ist auch in den Köpfen der Europäer tief verankert. 2004, wenige Monate vor dem formellen EU-Beitritt Polens, stellte die „Rzeczpospolita“ in einer repräsentativen Umfrage fest, dass die Mehrheit der Befragten sich eine Direktwahl des europäischen Präsidenten, eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik der EU, aber auch eine stärkere Durchsetzung der nationalstaatlichen Belange wünschten. Diese Quadratur des Kreises im Denken über Europa ist keineswegs eine polnische Spezialität.

Das vereinte Europa – keine neue Supermacht

Kurz vor jener ostmitteleuropäischen Revolution des Jahres 1989, die François Furet zufolge sowohl die Französische von 1789 als auch die Russische Revolution von 1917 korrigierte, weil sie weder zu einer jakobinischen/bolschewistischen Terrorherrschaft noch zu Bonapartismus/Stalinismus führte, machte Paul Kennedy in seinem „Aufstieg und Fall der großen Mächte“¹ für das angehende 21. Jahrhundert eine globale

Schon lange bestehen berechtigte Zweifel, ob das vereinte Europa sich zu einer globalen Großmacht entwickeln wird.

Pentarchie von fünf Großmächten aus – die USA, die UdSSR, China, Japan und die Europäische Gemeinschaft. Er wagte keine kurz- oder mittelfristige Prognose – etwa so, dass es nur drei Jahre später kein Sowjetreich mehr ge-

ben würde, dass dann zwanzig Jahre später Amerika schwächeln, China dagegen aufsteigen und nicht Japan, sondern Indien und Brasilien rasante Aufsteiger sein würden. Europa – die Europäische Gemeinschaft – hielt Kennedy nur bedingt für einen künftigen globalen Spielmacher. Diese Ungewissheit darüber, wie zukunftsträchtig die Europäische Gemeinschaft ist, währt also bereits länger.

Um die Jahrtausendwende war sie der Star. Ausgerechnet manche Angelsachsen sahen in ihr eine neue Weltmacht im Kommen. Jeremy Rifkin stellte in seinem „European Dream“² die sozial ausgereiften Vereinigten Staaten von Europa den sozial kalten Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber. Während sich die EU für ihre östlichen und südlichen Nachbarn öffnete, schotteten sich die USA durch eine Plexiglas-Mauer von ihren mexikanischen Nachbarn ab. Nach dem 11. September 2001 und dem Irak-Krieg untersuchte Samuel Huntington in seinem Buch „Who Are We?“³ die verstörte amerikanische Identität und hielt gar einen Zerfall der USA im 21. Jahrhundert in mindestens vier Staaten für denkbar: die europäisierte Ostküste, eine mexikanisch unterwanderte Westküste, einen wieder konföderierten Süden und einen tumbeinen *bible belt* in der Mitte ...

-
- 1 Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. 6. Aufl. Frankfurt (Main) 2000.
 - 2 Jeremy Rifkin: The European Dream: How Europe's Vision of the Future Is Quietly Eclipsing the American Dream. Cambridge 2004.
 - 3 Samuel P. Huntington: Who Are We? The Challenges to America's National Identity. New York 2005.

Was, wenn Europa scheitert?

Zehn Jahre später ist wenig von diesen Utopien geblieben. Dafür aber wird über einen nahenden Zerfall des Euro – infolge der „griechischen Krise“ in der Euro-Zone – sinniert. Nicht nur ein Thilo Sarrazin redet ihn in seinem plakativen Buch: „Europa braucht den Euro nicht“ herbei. Und Geert Mak reimt in seinem Essay „Was, wenn Europa scheitert?“⁴ den Niedergang der EU auf den Fall des Römischen Reiches, mit einer optimistischen Pointe: Parallel zum Zerfall werde eine Einigung in anderen Konstellationen einsetzen, auf der Grundlage des (zurechtgebogenen) EU-Rechts.

Lieb' Vaterland Europa, magst also ruhig sein ... Nur die alte Frage muss noch beantwortet werden: Wo und wie wird dann die Wacht an seinen eurasischen Grenzen gehalten? Die Grenze Europas in den Köpfen verläuft irgendwo im Bermudadreieck zwischen der niedergedrückten Stimmung der Alt-EUropäer in der Euro-Zone, den frierenden Demonstranten in Kiew und den Versuchen Moskaus, mit Gaspreisen die postsowjetischen Staaten zu einer *renovatio imperii* in Ostmitteleuropa zu erpressen.

Im Dreieck Brüssel, Kiew und Moskau verläuft der EU-Limes an der Narva in Estland, am Bug in Polen und dann entlang den in den Sand gezogenen Grenzen der Slowakei, Ungarns und Rumäniens. In Eurasien gibt es keine klare Grenze zwischen der tektonischen Platte Asiens und ihrem maritimen Fortsatz im Westen. Ostmitteleuropäische Intellektuelle mögen in den achtziger Jahren für Mitteleuropa geschwärmt haben, doch geostrategisch ist es höchstens eine „Knautschzone“ zwischen dem russisch-sibirischen „Herzland“ und der atlantischen „Welt-Insel“ (Rimland), meinte 1904 der Klassiker der Geopolitik, Halford Mackinder. Wer über das mitteleuropäische Tor zum rohstoffreichen Herzland Eurasien beherrscht, der regiere die Welt ... Dieser Glaubenssatz muss natürlich nie gestimmt haben, zumal wenn China, Indien und Brasilien aufsteigen, während es von Vancouver bis Wladiwostok und zurück haptiert.

⁴ Thilo Sarrazin: Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschedenken in die Krise geführt hat. Berlin 2012; Geert Mak: Was, wenn Europa scheitert? München 2012.

Ostmitteleuropa – Schlüssel zum Griff nach dem Imperium

Dennoch wurde Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert immer wieder als ein Schlüssel zum Griff nach dem kontinentalen Imperium verstanden. 1918 versuchte Berlin im Frieden von Brest-Litowsk, es nach Tallinn, Minsk und Kiew als ein Patchwork seiner Halbkolonien auszudehnen, und 1941 sollte die Grenze der „Festung Europa“ am Ural und Kaukasus verlaufen. Für Moskau wiederum galt die umgekehrte Richtung: Über die Zerschlagung Polen-Litauens im 18. Jahrhundert und den Sieg über Napoleon krallte es sich 1815 für hundert Jahre an der Weichsel fest, und nach dem Sieg über Hitler 1945 überschritt es für fast ein halbes Jahrhundert sogar die Elbe.

Weder Hitler noch Stalin regierten schließlich die Welt. Aber davon geträumt haben sie sehr wohl. Die gemeinsame Parade der deutschen Wehrmacht und der Roten Armee im September 1939 in Grodno besiegelte nicht nur eine erneute Teilung Polens, sondern leitete auch den Zweiten Weltkrieg und die Zerstörung Europas ein. Seine Wiedergeburt brauchte Zeit.

Zu den Wurzeln der „europäischen Idee“

Fast jeder Träger des Karls-Preises in Aachen weist auf die karolingischen Wurzeln der „europäischen Idee“ hin. Doch die drei fundamentalen Gründungsakte der heutigen EU sind Folgen des zweiten „dreißigjährigen Krieg“ (1914-1945), der zur Entmündigung und Teilung Europas durch zwei halbeuropäische Supermächte führte:

Der *erste Impuls* war der Sieg über Hitler-Deutschland und der nachfolgende Kalte Krieg zwischen den angelsächsischen Demokratien und der totalitären Sowjetunion.

Der *zweite Gründungsakt* war die deutsch-französische Versöhnung. Die Deutschen – als politische und moralische Verlierer des Krieges – brauchten die Beglaubigung ihrer demokratischen Wandelung. Die Franzosen wöhnten sich zwar im Mythos de Gaulles und der Résistance, doch belastet durch den Rückzug Frankreichs 1940 und die Kollaboration Pétains mit Hitler hatten sie ihre alte Geltung einer europäischen Ordnungsmacht verloren. Der Zusammenschluss von Paris und Bonn innerhalb der „Sechsergemeinschaft“ war demnach für beide Ersatz, Kalkül und Selbstzweck zugleich: *Ersatz* für die verlorene Weltgeltung; *Kalkül*, Moral mit finanziellen Zuwendungen zu verknüpfen, Frank-

reich den Vortritt zu sichern und der Bundesrepublik Absolution zu gewähren. Darüber hinaus war die europäische Vereinigung aber auch ein romantisches *Selbstzweck*, ein Wundermittel gegen den Fluch der europäischen Selbstzerstörung.

Unter dem atlantischen Schutzhelm gegen die sowjetische Bedrohung funktionierte der Traum. Die wellenartige Expansion der Sechsergemeinschaft nach Skandinavien, auf die britischen Inseln, in die Mittelmeerstaaten und Österreich bestätigte die Tragfähigkeit der europäischen Idee. Eine solide Wirtschaft, ein florierender Sozialstaat, multikultureller Austausch und der Eiserne Vorhang als eine tragende Wand – all das zeigte die Überlegenheit des Westens und hielt zugleich die armen Verwandten im Osten auf Distanz; man konnte sie bemitleiden, hatte sie aber nicht am eigenen Tisch.

Der Zusammenschluss von Paris und Bonn innerhalb der „Sechsergemeinschaft“ war für beide Ersatz, Kalkül und Selbstzweck zugleich.

Der *dritte Gründungsakt* der heutigen EU war die ostmitteleuropäische Revolution 1989, die Vereinigung Deutschlands, der Kollaps der Sowjetunion und die Osterweiterung der EU. Danach wurde auf Anhieb alles anders. Frankreich verlor seine führende Rolle. Und in Deutschland hatte nun die nationale Frage – die Modalitäten der Vereinigung – Priorität vor der europäischen. Auch wenn es zu den Mantras der neunziger Jahre gehörte, die europäische Einbettung des vereinten Deutschland zu betonen, die DDR-Deutschen kamen, nur weil sie Deutsche waren, vierzehn Jahre früher in die Union als Tschechen oder Polen. Die europäische Quadratur des Kreises – Nation und Nationalstaat versus Europa – kam wieder zum Vorschein. Man glaubte sie durch gleichzeitige Vertiefung und Erweiterung der EU lösen zu können. Sie reichte aber nicht für die Etablierung einer politischen Union, die gewillt wäre, sich selbst zu einer funktionsfähigen Entität umzugestalten und kriegerische Erschütterungen in Jugoslawien durch eine europäische Perspektive aufzufangen. Die friedliche deutsche Vereinigung und die menschliche Katastrophe auf dem Balkan in den neunziger Jahren sind zwei Seiten der europäischen Medaille: Traum und Alpträum.

Über die europäische Idee fanden Deutsche und Polen 1989 zu einer Interessengemeinschaft und – bei allen späteren Gehässigkeiten – geheimerlichen Nachbarschaft. In Ländern, die keine Beitrittsperspektive bekamen, brachen Chaos und Gewalt aus. Es ist ein Beleg für die normgebende Kraft der EU als einer übernationalen Instanz, aber auch für die

Egozentrik und Handlungsunfähigkeit ihrer Mitglieder. Diese Quadratur des Kreises hat 2010 die „griechische Krise“ der Euro-Zone offenkundig gemacht. Allerdings zeigt die Ukraine, dass die EU dennoch eine enorme Ausstrahlungskraft hat.

Vergangene Imperien und ihre bleibende Faszination

Diese aber – das deuten Herfried Münkler oder Niall Ferguson an – hatten andere verblichene Imperien auch. Eine Phantom-Liebe galt sowohl dem Römischen Reich als auch Byzanz, nachdem sie von Germanen bzw. Türken zerstört worden waren. Das Britische Imperium führt sein Schattendasein als Commonwealth fort und die Sowjetunion zumindest in der Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ und die Helden der sowjetischen Massenkultur.

Russland – das sind frostige Winter, heiße Sommer und immense Entfernung. Die harte Zentralmacht ist weit weg. Nah ist der mühselige Alltag, der Zähigkeit, Fatalismus und eine unbekümmerte Preisgabe des Einzelnen zugunsten des Kollektivs zur Folge hat. Trotz seiner Atom-U-Boote ist Russland eine kontinentale Großmacht, die keine klaren Grenzen hat. Jede ist umstritten, und sicher scheint nur die zu sein, auf deren beiden Seiten russische Truppen stehen. Doch auch sie garantieren – wie sich 1989 erwiesen hat – wenig, weil die permanente Bedrohung des russischen Imperiums nicht nur von außen, sondern von innen, als Emanzipationsbestrebungen unterdrückter Völker, jederzeit kommen kann.

Auf der Suche nach einer neuen „russischen Idee“

Daher röhrt auch die ständige Suche nach einer gelifteten „russischen Idee“. So träumte Dmitri Trenin vom Carnegie Moscow Center, dass Russlands Trümpfe für das 21. Jahrhundert gar nicht militärische Macht, sondern vielmehr *soft power* sein könnten.⁵ „Von der Ostsee bis nach Mittelasien ist die russische Sprache eine lingua franca und die russische Kultur von Puschkin bis zur Popmusik attraktiv. Nach einer Erneuerung Russlands können russische Fernsehstationen so etwas wie russische Al-Jazeera-Sender werden.“ Russland solle sich wirtschaftlich an die Pazifik-Region mit dem autoritären China, politisch aber an das libe-

⁵ Dmitri V. Trenin: Post-Imperium: A Eurasian Story. Washington 2011.

rale Europa anlehnen, träumt Trenin. Dies sei möglich, weil die überwiegende Mehrheit der Russen in EU-Nähe lebe, im Osten aber das kosmopolitische Wladiwostok in der Nähe von Peking, Hongkong, Seoul und Tokio liege.

Der *Russian dream* der Moskauer Liberalen versucht Asien mit Europa in einer Brust zu vereinen. Sie reden sich die zweite Chance Russlands nach 1917 ein. Vor hundert Jahren stand das riesige Land angeblich vor einen „französischen“ oder „deutschen“ Entwicklung. Die Bolschewiki verbauten sie. Sie wandten sich von der westlichen Demokratie ab und erzeugten das stalinistische Monstrum. Doch der sanfte Autoritarismus Putins bringt Russland weder nach Europa noch näher an das pazifische Zeitalter heran.

Zukunft trotz Krise – die EU

Europa dagegen hat trotz seiner „griechischen Krise“ durchaus eine tragfähige Idee für sich. Zwar altert es und sein globales Gewicht schrumpft, doch an seinen Rändern im Osten und Süden expandiert die Union weiter. Auch wenn Nordafrika außerhalb der EU bleibt, wird das Mittelmeer doch wieder zum *mare nostrum* des Westens werden – nicht zuletzt auch dank der massiven Immigration junger Muslime. Der Anteil der EU an der globalen Produktion mag 2050 nur noch bei 12 Prozent liegen, doch bei allen seinen Problemen bleibt Europa eines der größten postindustriellen Zentren der Welt.

Wie wird die EU ihre Ostpolitik gestalten?

Der frühere polnische Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski, der sowohl 2004, während der „Orangen Revolution“, als auch 2013 im Namen der EU in Kiew vermittelte, warf Brüssel im „Spiegel“ ostpolitische Naivität vor. Der Westen unterschätzt die russische Entschlossenheit und unterschätzt auch seine eigene Stärke. Vor 20 Jahren hatte Polen etwa das gleiche Pro-Kopf-Einkommen wie die Ukraine. Heute ist es dreimal so hoch: „Die Ukraine ist kein ideales Land und wird das auch noch lange nicht sein. Aber wir haben die Chance, sie an unsere Standards heranzuführen ... Nur eine europäische Strategie hilft ihr aus der Krise heraus. Zum Glück hat das Land eine sehr lebendige Zivilgesellschaft, die in die EU will.“ Auch wenn es in der Ukraine noch kein einheitliches nationales Interesse gibt, müsse die EU zu ihren Prinzipien

stehen: „Solidarität ist das Fundament Europas. Wenn wir das infrage stellen, haben wir keine Chance. Wozu nationaler Egoismus führen kann, wissen wir in Europa nur zu gut. Wir sollten den Plan beibehalten, die östlichen Länder in den Orbit unserer Werte zu führen.“⁶

Wo steht Deutschland?

In der Ostpolitik der EU hängt viel davon ab, wie sich Berlin bei einer erneuten asiatischen Herausforderung aus Russland positionieren würde: Moskau wird keine Landtruppen einsetzen, um wieder einmal Osteuropa zu okkupieren und eine Zone der Vorherrschaft, einen „Cordon sanitaire“, zu errichten, sondern durch eine Mischung von politischem und ökonomischem Druck.

„Solidarität ist das Fundament Europas.“

Daher stellt sich die Frage, ob angesichts der langwierigen Krise der Euro-Zone ein geistig pazifiziertes Deutschland zu einer Art „Finnlandisierung“ Osteuropas und Entkernung der NATO beitragen wird oder ob Berlin sich Russland politisch und ökonomisch entgegenstellen würde.

Gebot für die Zukunft: Standhaftigkeit der EU gegenüber Russland

Es geht nicht um Säbelrasseln, sondern um Standhaftigkeit dort, wo Annäherung und Verflechtung eben nicht zum Wandel in Richtung gemeinsamer Werte führen, sondern zu rücksichtsloser Erpressung jener Staaten im „nahen Ausland“, die nach wie vor in Moskau als Verfügungsmasse angesehen werden. Der Wandel darf nicht zur Akzeptanz einer imperial gelenkten Gängelung der Demokratie durch den Kreml werden, der in der EU eine gefährliche Großmacht sieht. Der Wunschtraum des Kreml ist ein wirtschaftlich starkes, machtpolitisch aber impotentes Europa, dessen Nationalstaaten sich leicht gegeneinander ausspielen lassen. Das ist aber kein „European dream“ für das 21. Jahrhundert.

6 „Brüssel war naiv.“ Spiegel-Gespräch mit Aleksander Kwaśniewski. In: Der Spiegel, Nr. 50/2013, 09.12.2013, S. 96-98, hier S. 98 (Auszüge).

Die Sowjetunion – eine Weltmacht?

Prof. em. Dr. phil. Gerhard Simon war von 1991 bis 2000 Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien in Köln und seit 1991 apl. Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln.

Die Sowjetunion war einerseits eine revolutionäre Macht, angetreten um Russland und die Welt im 20. Jahrhundert umzustürzen, andererseits sah sie sich je länger umso mehr in der Tradition der russischen Geschichte und des russischen Staates. Weder die weltrevolutionären Ambitionen noch der große Machtzuwachs nach dem Zweiten Weltkrieg machte sie zu einer mit den Vereinigten Staaten paritätischen Weltmacht. Zwar bestand in den 1960er und 1970er Jahren ein annäherndes militärisches Gleichgewicht, aber ökonomisch, technisch und kulturell befand sich die Sowjetunion niemals mit den USA auf gleicher Augenhöhe. Sie ging unter, als Gorbatschow Grundprinzipien ihrer Existenz infrage stellte.

Die Sowjetunion war eine bestimmende Macht des 20. Jahrhunderts. Sie hat die Verhältnisse in Europa und darüber hinaus im globalen Maßstab wesentlich mit gestaltet. In den Jahrzehnten vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu ihrer Selbstauflösung 1991 galten die Sowjetunion und ihre Verbündeten einerseits und die USA mit ihren Verbündeten auf der anderen Seite als die beiden Pole einer bipolaren Weltordnung, die einander unversöhnlich gegenüberstanden und in einer Balance des Schreckens und der gegenseitigen Abschreckung den Frieden aufrechterhielten. War die Sowjetunion aber tatsächlich Weltmacht im Sinn der Parität mit den Vereinigten Staaten, d. h. der Fähigkeit, Macht prinzipiell an jeden Ort der Erde zu projizieren und dem Rivalen auf gleicher Augenhöhe entgegenzutreten? Oder beruhte der Weltmachtanspruch der Sowjetunion eher auf gekonnter Selbstdarstellung, also auf Propaganda und Bluff, und der Bereitschaft der anderen Seite, darauf einzugehen?

Dieser Essay soll durch Betrachtungen zur Geschichte der Sowjetunion Auskunft geben und Antworten ermöglichen. Fürs Erste sei auf

zwei Umstände hingewiesen, die Zweifel nähren, ob die UdSSR tatsächlich eine Weltmacht vergleichbar mit den Vereinigten Staaten war: Zum einen wurde das Ende der Sowjetunion nicht durch Krieg oder Konflikte von außen herbeigeführt, vielmehr löste sich das Imperium wegen innerer Widersprüche und Reformunfähigkeit in kürzester Zeit und vergleichsweise unblutig auf. Dies sind Indizien für mangelnde Stabilität und innere Schwäche – in scharfem Kontrast zur Selbstdarstellung und Selbstwahrnehmung der sowjetischen Eliten und ihrer

Die traumatischen Erfahrungen der Stalinära prägten die Gesellschaft bis zum Ende der Sowjetunion und darüber hinaus.

Führung. Zum anderen war der Beginn der Sowjetunion, die Zeit von Revolution und Bürgerkrieg, in scharfem Kontrast zum Ende von politischer und militärischer Gewalt geprägt; der Widerstand gegen die Bol

schewiki wurde in Strömen von Blut erstickt. Der „Rote Terror“ hörte mit dem Sieg der Revolutionäre im Bürgerkrieg nicht auf, sondern setzte nach wenigen relativ ruhigen Jahren Ende der 1920er Jahre erneut ein. Dem Terror unter Stalin fielen Millionen Menschen zum Opfer. Die daraus resultierenden traumatischen Erfahrungen prägten die Gesellschaft bis zum Ende der Sowjetunion und darüber hinaus. Der Terror gegen die angeblichen „Feinde“ im Inneren hat das Land nachhaltig geschwächt und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit vermindert.

Was hielt die Sowjetunion zusammen?

Andererseits: Das revolutionäre Regime bestand 70 Jahre. Zuerst restituieren die Bolschewiki das im Chaos des Ersten Weltkriegs untergegangene Zarenreich. Später führten sie Russland in Gestalt der Sowjetunion zu Weltgeltung, die über das hinausreichte, was das Zarenreich im 18. und 19. Jahrhundert dargestellt hatte. Die siegreichen Bolschewiki entwickelten ein politisches System, das es zuvor nicht gegeben hatte und das der Sowjetunion über viele Jahrzehnte eine insgesamt erstaunliche Kontinuität bei allen Erschütterungen im Inneren gewährleistete. Im Zentrum des politischen Systems stand die Kommunistische Partei (KP). Sie wandelte sich aus einer konspirativen Untergrundorganisation mit straffem Führerprinzip vor der Revolution zu einer Funktionärsorganisation, die Gesellschaft, Staat und Wirtschaft leitete. Die KP war keine politische Partei im westlichen Verständnis, sondern Inhaber und Exe-

kutor der Macht, die sie durch die Oktoberrevolution, die ein Staatsstreich war, an sich gebracht hatte. Die Mitglieder (1990 etwa 7 Prozent der Bevölkerung) waren dabei lediglich das Reservoir für Leitungskader. Die Macht lag beim Apparat der Partei, der straff zentralistisch organisiert war und an dessen Spitze das Politbüro und der Generalsekretär standen.

Der Apparat der KP war eine Art Parallelorganisation, die in allen Einrichtungen, Organisationen, Wirtschaftsbetrieben usw. der Sowjetunion präsent war und überall Leitungsfunktion wahrnahm, ohne jedoch die operative Arbeit auszuüben und zu verantworten. Diese Doppelstruktur sicherte dem Parteiapparat einerseits umfassende Macht und Kontrolle bis ins letzte Dorf, setzte jedoch andererseits die Partei latent dem Verdacht aus, überflüssig zu sein. Wichtiges Herrschaftsinstrument war das Recht des Parteiapparates, Führungspositionen in allen Bereichen zu besetzen, die so genannte Nomenklatura (eigentlich die Liste der Posten, für deren Besetzung die Zustimmung des zuständigen Parteiorgans erforderlich war).

Das Machtmonopol der KP war nur ideologisch begründbar; eine demokratische Legitimation wurde zu keiner Zeit angestrebt, vielmehr wurde diese als Instrument des bürgerlichen Klassenkampfes verachtet. Als Gorbatschow versuchte, die Herrschaft der KP durch Wahlen zu legitimieren, läutete er das Ende des Systems ein. Auch die Strukturprinzipien von Wirtschaft und Gesellschaft wurden aus der marxistisch-leninistischen Ideologie abgeleitet. Das gesamte Wirtschaftspotenzial stand nach der entschädigungslosen Enteignung des Privateigentums an den Produktionsmitteln der KP zur Verfügung und bildete die zentrale Grundlage ihrer Macht.

Der für alle verbindliche Anspruch der einen totalitären Ideologie rechtfertigte darüber hinaus die Herrschaft über Kultur und Wissenschaft, Bildung und Religionsgemeinschaften. Auch die expansive revolutionäre Außenpolitik wurde ideologisch abgeleitet und gerechtfertigt, denn das Ziel war eine Sowjetunion im Weltmaßstab. Die Überzeugung, im Besitz der Wahrheit zu sein und die Verfügung über die Zukunft zu haben, brachte in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1917 einen revolutionären Furor – jedenfalls bei den Siegern – hervor und trug zur Stabilität der neuen Ordnung bei. Seit den 1950er Jahren verkam der ideologische Ausschließlichkeitsanspruch jedoch zu einer hohen Fassade, die nach wie vor Macht rechtfertigte, aber keine mobilisierende Wirkung mehr entfaltete.

Die Bolschewiki erbten vom Zarenreich ein Imperium, in dem die ethnischen Russen nur etwas mehr als 40 Prozent der Bevölkerung ausmachten und das sich 1917/18 in vollständiger Auflösung befand. Nach ihrem Sieg im Bürgerkrieg gelang es ihnen, das Vielvölkerreich durch eine pragmatische Politik, die politischen Zentralismus mit Autonomieangeboten an die nichtrussischen Völker in den Bereichen Kultur und Sprache verband, wieder aufzurichten. Auf diese Weise bestand das russische Vielvölkerreich bis zum Ende des 20. Jahrhunderts fort, während die anderen europäischen Imperien schon nach dem Ersten Weltkrieg zerfielen wie Österreich-Ungarn oder sich nach dem Zweiten Weltkrieg auflösten wie das britische und französische Kolonialreich.

Ziel der sowjetischen Nationalitätenpolitik war die Sowjetisierung aller Völker unter Führung der KP. Instrumente waren eine positive Diskriminierung der nichtrussischen Völker, ähnlich der Politik der affirmative Action in den USA seit den 1960er Jahren, und damit verbunden eine Derussifizierung, d. h. die Zurückdrängung der russischen Sprache und der russischen Kader im öffentlichen Leben. Allerdings war diese Politik der Indigenisierung (russisch: korenizacija) so erfolgreich, dass Stalin seit 1933 beschloss, sie massiv einzuschränken und sich zur Stabilisierung der Sowjetunion lieber auf russische Kader und die russische Sprache zu stützen. Dennoch setzten sich die Prozesse der Nationsbildung insbesondere in den Jahrzehnten nach Stalin fort, sodass am Ende des 20. Jahrhunderts die Nationen in der Sowjetunion fester gefügt und politisch handlungsfähiger waren als zu Beginn der sowjetischen Periode.

Von Stalin zu Chruschtschow, zu Breschnew

Trotz struktureller Kontinuitäten waren die 70 Jahre sowjetische Geschichte durch massive Umbrüche und Einschnitte geprägt; dafür stehen die drei genannten Namen der Partei- und Staatsführer. Stalin stieg nach dem Tod Lenins (Januar 1924) im Laufe der 1920er Jahre zum uneingeschränkten Diktator auf, seine Alleinherrschaft blieb bis zu seinem Tod im März 1953 unangetastet. Die Herrschaft Stalins lässt sich insbesondere durch drei Aspekte charakterisieren: Mit der von ihm selbst so genannten „Revolution von oben“ wurde seit Ende der 1920er Jahre eine Schockindustrialisierung eingeleitet, deren Preis das Dorf mit der zwangsweisen Kollektivierung, d. h. der Enteignung der Bauern und der Ernteerträge, zu zahlen hatte. Zweitens verbindet sich die Herrschaft

Stalins mit einem zuvor unvorstellbaren Massenterror gegen die eigene Bevölkerung. Die Herrschaft Stalins ist drittens durch den Sieg über Hitler-Deutschland stabilisiert und weltweit legitimiert worden. Insfern ermöglichte der deutsche Tyrann seinem sowjetischen Widersacher einen Triumph, der auf beiden Seiten Millionen Opfer forderte.

Unter Stalin formierte sich die sowjetische Variante von Modernisierung, die anfangs große Erfolge aufzuweisen hatte, aber je länger umso tiefer in eine Sackgasse geriet: Fabrik ja, aber Parlament nein; technischer Fortschritt und Innovation wurden durch Befehl und Gehorsam erzielt; Toleranz, Liberalität und Barmherzigkeit galten als bürgerliche Un-Tugenden, als Waffen des „Feindes“. Alle Menschen lernten Schreiben und

Die sowjetische Modernisierung funktionierte unter den Bedingungen von Krieg und Gewaltherrschaft, versagte jedoch im Frieden.

Lesen, aber die Partei schrieb vor, was sie zu lesen und zu schreiben hatten. Die sowjetische Modernisierung funktionierte am besten unter den Bedingungen von Krieg und Gewaltherrschaft, im Frieden aber versagte sie. Insoweit lag eine gewisse Konsequenz darin, dass Stalin ständig im Inneren Krieg führte, mal gegen das Dorf, dann gegen die Feinde innerhalb der KP während der „Großen Säuberung“ 1937/38, später gegen ganze Völker als Feinde (z. B. Polen in der Sowjetunion, Tschetschenen, Wolga-Deutsche, Krimtataren). Selbstverständlich waren dies asymmetrische Kriege, wie das heute genannt wird, es gab keinen Zweifel, wer der Sieger sein würde.

Der Massenterror begann mit dem Krieg gegen die Bauern während der Zwangskollektivierung; fünf bis sechs Millionen Menschen wurden im Zug der „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ aus ihren Dörfern deportiert; viele überlebten die Deportation nicht. Sechs bis sieben Millionen Menschen starben als Opfer der großen Hungersnot 1932/33, die Hälfte davon in der Ukraine. Während der Hungersnot setzte die Sowjetmacht den Export von Getreide fort. In den Jahren des großen Terrors 1937/38 wurden nach internen Statistiken des NKWD (Volkskommissariat des Inneren) etwa 1,5 Millionen Menschen verhaftet, beinahe 700.000 von ihnen zum Tod verurteilt und erschossen. Die Zahl der Insassen des Gulag (System der Zwangsarbeitslager) erreichte in den letzten Lebensjahren Stalins nach dem Krieg mit 2,5 Millionen Gefangenen den höchsten Stand. Die Schätzungen und Berechnungen der Forschung gehen nach der teilweisen Öffnung der sowjetischen Archive von insgesamt mindestens 15 Millionen Toten als Opfer der verschiedenen Ter-

rorkampagnen von 1928 bis 1953 aus. Hinzu kommen die mehr als 26 Millionen Kriegstoten, davon 18 Millionen Zivilpersonen. Die Sowjetunion hatte 1939 vor der Okkupation der Westgebiete 170 Millionen Einwohner. Alle diese Opferzahlen übersteigen das Vorstellungsvermögen; sie waren in sowjetischer Zeit tabu. Wenn Stalins Name dennoch in Russland bis heute bei vielen einen guten Klang hat und mit nationaler Größe und Ruhm für das Vaterland verbunden wird, so ist das dem Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ geschuldet, der für die Sowjetunion einen nie zuvor erreichten Machtaufschwung brachte.

Sein Nachfolger Nikita Chruschtschow, aus dem engsten Führerkreis um Stalin hervorgegangen, baute die Weltmachtambitionen der Sowjetunion auf dem erreichten Machtpotenzial auf, distanzierte sich aber von Stalins Herrschaftssystem und beendete den Massenterror. In der „Geheimrede“ während des 20. Parteitags (Februar 1956) versprach er den Kadern für die Zukunft indirekt Sicherheit an Leib und Leben und gewann damit ihre Unterstützung im Machtkampf. Die Auflösung des Gulag war eine humanitäre Großtat.

Begünstigt durch beträchtliches Wirtschaftswachstum brachte das Jahrzehnt Chruschtschows (1953-1964) eine deutliche Verbesserung des Lebensstandards für die städtische Bevölkerung; die Massenarmut der zurückliegenden Jahrzehnte konnte überwunden werden. Vor allem erhielten Millionen Familien erstmals abgeschlossene Wohnungen nur für sich in den riesigen „Plattensiedlungen“, die überall in den Städten aus dem Boden gestampft wurden. Zusammen mit der Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten wurden die Grundlagen für einen sozialen Wandel gelegt, der die sowjetische Gesellschaft immer weiter von den militarisierten und tyrannisierten Menschen der Stalin-Zeit entfernte. In Lebensstil und Bedürfnissen näherte sich die sowjetische Gesellschaft zumal in den Großstädten den Lebensverhältnissen der städtischen Mittelschichten in westlichen Ländern an. Das mag Chruschtschow dazu verführt haben, 1957 als Ziel die Lösung auszugeben: „Amerika einholen und überholen bei der Produktion von Fleisch, Milch und Butter pro Kopf“. Das sprengte nun bei weitem die Möglichkeiten der Sowjetunion und brachte dem Staatschef bald Spott und Hohn ein. Die unerfüllten und unerfüllbaren Versprechungen waren einer der Gründe für den Sturz Chruschtschows durch die Parteiführung im Oktober 1964 und bald auch für die Delegitimierung des Sowjetsystems generell.

Zunächst allerdings erreichte die Sowjetunion in diesen Jahren Höchstleistungen im „Wettkampf der Systeme“: 1957 gelang es der Sowjetunion als erste, einen Satelliten mit einer Interkontinentalrakete in eine Erdumlaufbahn zu schießen. Der Sputnik-Schock löste im Westen eine neue Runde des Rüstungswettlaufs aus. 1961 schickte die Sowjetunion den ersten Menschen auf einen Weltraumflug. Zu einer dauerhaften technischen und militärischen Überlegenheit gegenüber den USA führten diese Erfolge jedoch nicht. Zwar erreichte die Sowjetunion Anfang der 1970er Jahre eine militärische Parität mit den USA hinsichtlich der interkontinentalen ballistischen Raketen. Aber seit Ende der 1970er Jahre fiel sie in der Hochtechnologie zurück. Sie hatte schon zuvor einen deutlich höheren Prozentanteil der allgemeinen Wirtschaftsleistung als die USA für Rüstung aufgewendet. Die zunehmenden Krisensymptome der sowjetischen Wirtschaft, die Tendenz zum Nullwachstum und auf der anderen Seite die wiedererwachte Vitalität der amerikanischen Wirtschaft und Politik nach dem Vietnam-Debakel machten das Ziel einer Parität zunichte. Hinsichtlich der Wirtschaftsleistung, der Kultur oder der zivilen wissenschaftlichen Innovation lag die Sowjetunion weit zurück, und mit dem anbrechenden digitalen Zeitalter öffnete sich die Schere weiter.

In der Außenpolitik griff Chruschtschow über Europa und auch über die kommunistische Weltbewegung hinaus. Die Dekolonialisierung vor allem in Afrika und Asien bot gute Chancen, die „sozialistische Orientierung“ in die Dritte Welt zu projizieren und das internationale Gewicht und Ansehen der Sowjetunion zu vergrößern. Aber auch in diesem Bereich war, ähnlich wie beim Rüstungswettlauf, in den 1970er Jahren der Höhepunkt der Expansion und des Wettbewerbs mit dem Westen überschritten. Die Sowjetunion war je länger, desto weniger in der Lage, die selbst geweckten Erwartungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Unterstützung der Entwicklungsländer zu erfüllen; die Klientel ihrerseits blieb in vielen Fällen die Bezahlung der freigebig gewährten Rüstungsgüter schuldig.

Zeitgleich mit der Expansion in die ehemals koloniale Welt Afrikas und Asiens zerfiel die kommunistische Weltbewegung, bis dahin ein zentrales Instrument des sowjetischen Strebens nach Weltmacht. Schon Ende der 1950er Jahre brach der Konflikt mit China offen aus, der 1969 am Grenzfluss Ussuri auch zu militärischen Auseinandersetzungen führte. Stalins Vorstellung von einem kommunistischen China als Juniorpartner der Sowjetunion erwies sich als wirklichkeitsfremd.

Die lange Regierungsperiode (1964-1982) von Leonid Breschnew erhielt bald die Bezeichnung „Zeit der Stagnation“. Zwar blieb das Land (bis zum Beginn des Krieges in Afghanistan 1979) vor großen Erschütterungen bewahrt. Die großstädtische Gesellschaft verfügte über einen bescheidenen Wohlstand und soziale Sicherheit auf niedrigem Niveau. Aber die mit dem gesellschaftlichen Wandel verbundenen Erwartungen auf mehr Konsum, qualifizierte Jobs und Öffnung des Landes für Reisen ins Ausland wurden enttäuscht. Lediglich die Propaganda simuliert den „Aufbau des Kommunismus“. Wirtschaft und Technik schafften aus strukturellen Gründen nicht den Übergang von einem extensiven

In der Breschnewära machte sich eine allgemeine Stagnation breit.

zu einem intensiven Wirtschaftswachstum und zur postindustriellen Entwicklung. Die politische Stagnation spiegelte sich paradigmatisch im Durchschnittsalter der Mitglieder des Politbüros, des Leitungsgremiums der Sowjetunion, wider, es erreichte 70 Jahre.

Destabilisierung, Delegitimierung

Die Perestrojka bedeutete faktisch den Verzicht auf die Weltmachtparität, ohne dass Gorbatschow das je so formulierte. Als er die Leitung von Partei und Staat im März 1985 übernahm, hatte er erhebliche Zweifel an der Funktionsfähigkeit des Sowjetsystems ohne eine umfassende Umgestaltung (Perestrojka). Gorbatschow gab zwei Grundsätze auf, die bisher zu den unbedingten Voraussetzungen des Sowjetsystems gehört hatten: die Behauptung der prinzipiellen Überlegenheit des Sozialismus/Kommunismus über jedes andere Gesellschafts- und Staatsmodell und das Recht zur Anwendung von Gewalt für die Erhaltung dieses Gesellschaftsmodells. Die Aufgabe dieser beiden Grundsätze führte in Kombination mit den Reformversuchen am politischen System in wenigen Jahren zur Implosion der Sowjetordnung und zum Auseinanderbrechen der Sowjetunion als Staat.

Den Staaten des „sozialistischen Lagers“ wurde jetzt die Wahl des eigenen Weges zugestanden, was zur raschen Auflösung der sowjetischen Herrschaft über Ostmitteleuropa führte, zur Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und zur Vereinigung Deutschlands. Es wurde jetzt offensichtlich, was viele (auch in der Sowjetunion) stets vermutet hatten: die sowjetische Hegemonie über Ostmitteleuropa beruhte auf erzwungener Unterordnung und letztlich auf der sowjetischen Be-

reitschaft, Panzer rollen zu lassen. Während Gorbatschow den Verlust des äußeren Imperiums mit erstaunlichem Gleichmut hinnahm, wollte er das Auseinanderbrechen der Sowjetunion verhindern, aber nicht um jeden Preis. Auch hier galt: keine Gewalt. Zwar kam es trotzdem zur punktuellen, wenn auch begrenzten Gewaltanwendung; sie beschleunigte jedoch den Zerfall des inneren Imperiums, statt ihn aufzuhalten.

Im Zentrum der politischen Reformen standen die Entmachtung des Parteiapparates und die Einführung demokratisch-parlamentarischer Verfahren der Machtausübung. Mit der Beseitigung des Machtmonopols der Partei verlor Gorbatschow diese Stütze seiner Macht, ohne eine neue demokratische zu gewinnen. Das Aufgeben der Monopolherrschaft der KP war der folgenschwerste Eingriff in das Sowjetsystem, das damit faktisch aufhörte zu bestehen. Gorbatschow beförderte auch die sowjetische Kirchenpolitik auf den Kehrichthaufen der Geschichte – ein Aspekt, der bisher kaum gewürdigt worden ist. Nicht nur die zwangswise atheistische Propaganda wurde eingestellt, die christlichen Kirchen, vorab die Russische Orthodoxe Kirche, und die anderen Glaubensgemeinschaften kehrten in die Gesellschaft zurück. Die Verfolgung wegen des Glaubens hörte auf, die Verbote pädagogischer, karitativer und missionarischer Tätigkeit wurden aufgehoben.

Die sowjetische Außenpolitik nach 1985 trug wesentlich zur Beendigung des Kalten Krieges und der bilateralen Weltordnung bei. Gorbatschows Vision einer demokratischen Sowjetunion im Rahmen einer einheitlichen neuen Weltordnung erfüllte sich allerdings nicht. Die Russische Föderation als Nachfolgestaat der Sowjetunion ist hinsichtlich ihres ökonomischen und demographischen Potenzials nur noch etwa halb so groß wie die Sowjetunion.

Literaturhinweise:

Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991.
München 1998.

Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt.
München 2012.

Markus Krzoska

Europa 1914 – 2014. Weichen und Weichenstellungen in Polen

PD Dr. Markus Krzoska ist Privatdozent an der Justus-Liebig-Universität Gießen und Übersetzer. Er ist Vorsitzender der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen.

Der Beitrag skizziert die wechselvolle Geschichte Polens im 20. Jahrhundert, die vor allem geprägt war von den beiden Weltkriegen und damit verbundenen geographischen wie demographischen Veränderungen. Erst mit dem politischen Umbruch 1989 gelingt dem Land der Schritt in eine von außen nicht mehr bedrohte staatliche Souveränität, die mit dem Beitritt Polens zur EU 2004 auch im politischen Gefüge Europas ihren Platz gefunden hat.

1918 – 1939: Polens Wiedergeburt

Am Ende ging alles ganz schnell. Am 29. Oktober 1918 meuterten die kaiserlichen Matrosen in Wilhelmshaven, als sie zur Fortführung des Seekrieges auslaufen sollten. Zwei Tage später entwaffneten polnische Freiwillige die österreichische Garnison in Krakau ohne Widerstand, der Westen des alten Kronlands Galizien ging komplett in polnische Hand über, während im Osten die aufstrebende ukrainische Nationalbewegung mehr als ein Wörtchen mitzureden hatte. Russland befand sich mitten im Bürgerkrieg und spielte in der Auseinandersetzung um die Zukunft Ostmitteleuropas einstweilen keine Rolle.

Der deutsche Diplomat Harry Graf Kessler fuhr nach Magdeburg, um im Auftrag der Regierung den seit Juli 1917 in der dortigen Festung inhaftierten polnischen Sozialistenführer Józef Piłsudski abzuholen und durch die Revolutionswirren hindurch per Zug nach Warschau zu geleiten. Dort eingetroffen wurde dem charismatischen Führer bereits am 11. November 1918 die militärische, drei Tage später auch die zivile Kontrolle über den neuen polnischen Staat übertragen, der mit dem Segen der Siegermächte des Krieges entstanden war. Alles, was über dieses

konkrete Ziel der erneuten Staatsgründung hinausging, war freilich komplett unklar. Die Frage nach den künftigen Grenzen stellte dabei nur das schwerwiegendste und augenscheinlichste Problem dar. Aufgrund der Verfügungen des Versailler Vertrags, des Friedens von Riga mit Sowjetrussland und der Plebiszite entstand ein Territorium mit vier völlig unterschiedlichen Traditionen. Zu den ehemals preußisch-deutschen, österreichischen und russischen Teilungsgebieten kam ein nicht zu unterschätzender Anteil hinzu, der vor 1918 direkt zum Russischen Reich gehört hatte.

Die neue Staatsführung, die zunächst auf einem weitgehenden Kompromiss der politischen Lager basierte, stand nun vor der Notwendigkeit einer relativ raschen Vereinheitlichung aller Strukturen. Die Zeit drängte vor allem auch deswegen, weil sie sich zunächst noch in einer militärischen Konfrontation mit ukrainischen und deutschen Freischärlern sowie der Roten Armee gefangen sah.

Als eines der gravierendsten und am schwierigsten zu lösenden Probleme stellte sich die im Laufe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts deutlich gewachsene Vernetzung der polnischen Gebiete mit den jeweiligen Teilungsmächten in nahezu allen Bereichen heraus, die nun ziemlich abrupt an ihr Ende geraten war. Die neuen Eliten, die ihre Ausbildung durchaus unterschiedlichen Traditionen in den Teilungsstaaten und darüber hinaus verdankten, waren sich auf dem Weg, der Polen zu einer dynamischen, modernen und durchaus hegemonialen Regionalmacht machen sollte, nicht immer einig. Letztlich setzte sich mit Ausnahme des polnisch gewordenen Teils Oberschlesiens, für das ein Autonomiestatut galt, eine zentralistische Herangehensweise durch. Während im Schulwesen, dem Militär oder auch der Justiz die nationale Vereinheitlichung relativ schnell vonstatten ging, waren die Übergangsschwierigkeiten im wirtschaftlichen Bereich beträchtlich. Eine grundsätzliche Entscheidung, ob man einen forcierten Ausbau der Industrie betreiben oder eher die landwirtschaftliche Grundausrichtung beibehalten sollte, wurde zunächst nicht getroffen. Allerdings erschien es vorrangig, die Transport- und Verkehrswege auszubauen. Priorität genossen hierbei die Eisenbahn- und Wasserstraßenverbindungen. Man konzentrierte sich dabei vor allem darauf, die größten Lücken zu schließen, wobei dem Straßennetz keine besondere Bedeutung beigemessen wurde – 1939 wa-

Die Vernetzung der polnischen Gebiete mit den jeweiligen Teilungsmächten stellte das größte Problem für die Identität des neuen Staatsgebildes dar.

ren in Polen nur 32.000 Automobile und 8.600 Lastwagen registriert, weniger als z. B. in Ägypten oder Ceylon. Ein spezielles Eisenbahnministerium entwarf schon im Oktober 1918 einen Zehnjahresplan für die Komplettierung des Eisenbahnnetzes, aber auch eine Vereinheitlichung der Waggon- und Lokomotiventypen.

Was durch diese durchaus beachtenswerten Modernisierungsmaßnahmen allerdings nicht beseitigt werden konnte, waren die verbreiteten Konflikte zwischen den Nationalitäten, deren Loyalität dem polnischen Staat gegenüber durchaus unterschiedlich ausgeprägt war. Viele der im Land verbliebenen Deutschen konnten sich mit ihrer neuen Rolle als Minderheit nicht abfinden und hofften auf eine rasche Änderung der politischen Grenzen; viele Ukrainer wehrten sich gegen die massiven Polonisierungsmaßnahmen in ihren Siedlungsgebieten, mitunter auch mit den Mitteln des Terrorismus.

Immerhin schien sich Mitte der 1930er Jahre eine gewisse Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse abzuzeichnen, unter anderem auch deswegen, weil im Zuge des immer autoritärer werdenden politischen Systems die demokratischen Grundrechte der Bürger beschnitten wurden.

Der Zweite Weltkrieg und seine Folgen

Das Gefühl einer außenpolitischen Bedrohung konnten auch Bündnis- und Nichtangriffsverträge mit einer Reihe europäischer Staaten nicht entscheidend beseitigen. Nachdem Hitler und Stalin im August 1939 beschlossen hatten, Osteuropa, darunter auch Polen, unter sich aufzuteilen, vergingen nur wenige Tage, bis das Schicksal des souveränen polnischen Staates besiegt war. Den militärischen Angriffen zunächst Deutschlands, dann der Sowjetunion konnte Polen trotz heldenhaften Kampfes vor allem gegen die deutschen Invasoren nur wenig entgegensetzen, zumal die erhoffte konkrete Hilfe Großbritanniens und Frankreichs ausblieb.

Die deutsche Besatzungspolitik in Polen hatte mit der im Westen des Kontinents nur wenig gemeinsam. Im rassistischen Verständnis der NS-Ideologie waren alle Slawen Untermenschen, die es kurzfristig zu beherrschen und auszubeuten, mittelfristig aber zu vertreiben galt. Den als besonders gefährlich erachteten Eliten in der Verwaltung, dem Militär und der katholischen Priesterschaft, drohte oftmals die konkrete physische Vernichtung. Sämtliche höheren Bildungseinrichtungen wurden

geschlossen, Millionen von Menschen innerhalb Polens deportiert, inhaftiert oder als Zwangsarbeiter ins „Altreich“ geschafft. Die Vernichtung der europäischen Juden fand zu einem hohen Anteil in deutschen Lagern auf polnischem Boden statt. Auch im sowjetisch besetzten Teil Polens wurden 1,5 Millionen Menschen deportiert, hier nach Osten, und der Bevölkerung bis Juni 1941, als das Deutsche Reich die Sowjetunion überfiel, das kommunistische System aufgezwungen.

Wie eigentlich immer seit den drei Teilungen des alten Polen-Litauen Ende des 18. Jahrhunderts waren die Vorstellungen der Großmächte von Lage und Grenzen des polnischen Staates extrem unterschiedlich. Diese Unterschiede existierten aber auch in Polen selbst, wo in den Jahren vor 1939 das Schwergewicht der Innenpolitik auf den östlichen Gebieten, den *kresy*, lag, in denen der polnische Bevölkerungsanteil gegenüber dem ukrainischen, weißrussischen, litauischen und vor allem jüdischen nicht in der Mehrheit war und eine Reihe von Polonisierungsmaßnahmen eingesetzt wurde, die ähnlich kolonialen Charakter hatten wie zum Beispiel im Osten des Deutschen Kaiserreichs vor 1918 oder des Russischen Reichs vor 1917. Waren die Grenzen Polens nach dem Ersten Weltkrieg schon umstritten gewesen, so erwies sich die Situation während des Zweiten Weltkriegs als noch komplizierter, je mehr sich ein Sieg der Alliierten, auf deren Seite Polen ja mit eigenen Soldaten kämpfte, abzeichnete. Dem Willen Stalins stellte sich zumindest in diesem Teil Europas im Grunde niemand entgegen. Die von den Großmächten auf den Konferenzen von Teheran und Jalta beschlossene und gegen dessen erklärten Willen durchgeführte Westverschiebung Polens hatte durchaus traumatischen Charakter. Die Mehrheit der nichtkommunistischen Polen empfand sie ganz zu Recht als Verrat an einem Bündnispartner, der einen hohen Blutzoll bei der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus geleistet hatte. Nur mit Hilfe der Roten Armee, die Polen zugleich befreit und besetzt hatte, ihrer polnischen Hilfsstruppen und des sowjetischen Geheimdienstes war es zudem möglich, eine neue gesellschaftliche Ordnung zu schaffen, die für vierzig Jahre auf einer Handlangerrolle für Moskau basierte.

Auf die hohen Kriegsverluste sollten im Jahr fünf nach 1945 gewaltige demographische Umwälzungen folgen, die die Landkarte und Wahrnehmung Polens massiv veränderten. Die Mehrheit der polnischen Ge-

Die von den Großmächten beschlossene und gegen dessen erklärten Willen durchgeführte Westverschiebung Polens hatte traumatischen Charakter.

sellschaft war unabhängig von Weltanschauungen bei Kriegsende der festen Überzeugung, dass das neue Polen ein Staat ohne nennenswerte nationale Minderheiten sein sollte. Da die meisten polnischen Juden von den Deutschen umgebracht worden waren und nur wenige Überlebende sich vorstellen konnten, „im Schatten der Gasöfen“ weiterzuleben, traf dies vor allem Ukrainer und Deutsche. Staatliche Verträge regelten die Umsiedlungen von insgesamt etwa 1,1 Millionen östlich der neuen Staatsgrenze mit der Sowjetunion am Bug lebenden Polen nach Westen einerseits sowie diejenigen von Ukrainern (480.000), Weißrussen (36.000) und einigen Litauern nach Osten andererseits. Es wäre hier verfehlt, von freiwilligen Ausreisen zu sprechen, zumal gerade auf sowjetischer Seite der Druck auf die dort lebenden Polen massiv war. Um die weiterhin in Polen lebenden Ukrainer zu schwächen, wurden 140.000 von ihnen in der so genannten „Aktion Weichsel“ zwischen April und Juli 1947 innerhalb Polens zwangsumgesiedelt. Sie fanden ihre neue Heimat – die sie lange nicht als solche empfinden konnten – ebenso wie viele polnische Umsiedler aus dem Osten in den neuen polnischen Westgebieten. Voraussetzung hierfür war die Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Millionen bisher dort lebenden Deutschen, die in verschiedenen Phasen bis 1950 erfolgte, von den Alliierten abgesegnet war, aber von polnischen Behörden vorangetrieben wurde.

Polen als Volksrepublik

Die neue Staatsräson der Volksrepublik Polen stützte sich zwar teilweise auch auf die marxistisch-leninistische Ideologie. Mit Ausnahme der Hochzeit des Stalinismus zwischen 1949 und 1956 war diese aber immer von einer nationalkommunistischen Grundhaltung überlagert, die die Grenzen des Landes mit der Bezugnahme auf das Mittelalter und den „tausendjährigen Kampf gegen das Deutschtum“ zu rechtfertigen suchte. Diese nach dem ersten polnischen Herrschergeschlecht so genannte „piastische Idee“ wirkte und wirkt sich insbesondere in den ehemaligen deutschen Ostgebieten durch eine Vielzahl von Denkmälern, Straßen- und Siedlungsnamen sowie verbreiteten historischen Mythen aus. Trotz der Tatsache, dass für viele der neuen Bewohner diese Argumentation nicht in aller Schärfe überzeugend war und in den Jahrzehnten nach 1945 eher die nicht ausgepackten Koffer sprichwörtlich für die Probleme einer Identifikation mit der neuen Heimat standen, hinterließ sie durch ihren massiven Einsatz in den Medien und im Bildungswesen zweifellos tiefe

Spuren im polnischen Geschichtsbild, wohingegen der eigenen verlorenen Ostgebiete bis 1989 offiziell nicht gedacht werden durfte.

Dass sich die kommunistische Führung spätestens seit 1956 eine gewisse gesellschaftliche Zustimmung für ihre Herrschaft durch die Propagierung nationaler Geschichtsbilder erkaufte, hatte dennoch Grenzen. Natürlich durfte die Rolle der Sowjetunion nicht hinterfragt werden, etwa Stalins Täterschaft bei der planmäßigen Ermordung von etwa 25.000 polnischen Offizieren und Zivilisten bei Katyń und anderen Orten im Jahre 1940. Außerdem entwickelte sich eine heftige Auseinandersetzung um die „Herrschaft über die Seelen“ mit der katholischen Kirche, der einzigen verbliebenen nichtkommunistischen Massenorganisation. Besonders sichtbar wurde dies in den 1960er Jahren anlässlich der Tausendjahrfeiern von polnischem Staat und Christentum. Beide Seiten mobilisierten ihre Anhänger, und man kann hier nicht von Siegern und Verlierern sprechen. Verglichen mit den Jahren vor 1939 gelang es der Kirche trotz aller Verfolgungen, ihren gesamtgesellschaftlichen Einfluss sogar auszudehnen. Dieser Prozess verstärkte sich nach 1989 noch deutlich, hatte allerdings zur Folge, dass sich Polen in mancherlei Hinsicht von Entwicklungen in der westlichen Welt abzukoppeln begann, etwa im Bereich der Sexualmoral.

Polens Weg seit 1989

Selbstverständlich bedeutete das Jahr 1989 auch für Polen eine entscheidende Weichenstellung im 20. Jahrhundert. Die Gespräche am „Runden Tisch“ stellten den letztlich gelungenen Versuch einer friedlichen Machtübergabe der kommunistischen Herrscher dar. Vielleicht noch einschneidender waren hier letztlich aber die radikalen Wirtschaftsreformen, die das Land auf Betreiben seines neuen Finanzministers Leszek Balcerowicz durchführte und die bei allen massiven sozialen Härten die Basis für die positive gesamtökonomische Entwicklung schufen. Die Unterstützung, zumindest aber Duldung Moskaus für diesen Systemwandel war entscheidend. Dennoch gilt es hier zu betonen, dass der eigentliche Wendepunkt bereits in der Existenz der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ in den Jahren 1980/81 zu suchen ist. Schon damals war das kommunistische System an sein eigentliches Ende ge-

Schon 1980/81, durch die Existenz der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność war das kommunistische System an sein eigentliches Ende gelangt.

langt. Trotz der Rückschläge des Kriegszustandes (seit 13. Dezember 1981) und der wirtschaftlichen Krisen der folgenden Jahre konnte ideell und konkret an diese kurze Phase weitgehender gesellschaftlicher Freiheit angeknüpft werden, die anfangs von den meisten westeuropäischen Regierungen sehr skeptisch betrachtet worden war.

Dieser Erfolg ebnete den Weg zu einer stark emotional verstandenen „Rückkehr nach Europa“. Polnische Intellektuelle hatten seit Mitte der 1970er Jahre versucht, gegen die politischen Realitäten einerseits und die verkürzte Wahrnehmung im Westen andererseits, das Land sei nur ein Vasallenstaat Moskaus, anzuschreiben. Im konkreten Sinn konnte jene Rückkehr erst nach 1989 in die Tat umgesetzt werden. Sie hatte nicht allein eine ideelle Bedeutung, sondern auch eine ganz praktische. Der Beitritt Polens zur NATO im März 1999 schuf die lang vermisste militärische Sicherheit, vor allem vor dem nach wie vor als Bedrohung empfundenen Russland. Die 2004 erlangte EU-Mitgliedschaft stellte einen weiteren, rechtlich wie praktisch wohl bedeutsameren Schritt in diese Richtung dar.

Die Langfristigkeit historischer Prozesse gilt es gleichwohl nicht zu unterschätzen. Nicht wenige Polen vor allem der mittleren und älteren Generation erklären nach wie vor die „goldenen 1970er Jahre“ unter dem damaligen Parteichef Edward Gierek, als es „alles zu kaufen gab“. Dass dies bei den Konsumgütern auf Pump erfolgte und im Chaos am Ende dieses Jahrzehnts zum Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft führte, wird gerne vergessen. Man kann aber sogar noch weiter zurückgehen. Vergleicht man die Ergebnisse der polnischen Parlamentswahlen von 2005 mit den Grenzen der Teilungsgebiete Polens von vor 1918, so entdeckt man erstaunliche Kongruenzen im Wählerverhalten. Die liberalkonservative „Bürgerplattform“ des heutigen Ministerpräsidenten Donald Tusk siegte in den beinahe kompletten ehemaligen deutschen Ostgebieten, während sein Rivale Jarosław Kaczyński von der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ im ehemaligen russischen und österreichischen Teilungsgebiet gewann. Bestimmt also doch die geographische Lage das politische Bewusstsein entscheidend mit?

Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts eine genaue Standortbestimmung Polens in Europa treffen zu wollen, ist nicht leicht. Fragen der Geopolitik, die die innenpolitische Debatte seit Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918 entscheidend bestimmten, haben sicherlich an Bedeutung verloren. Die Selbstwahrnehmung als durch den katholischen Glauben geprägter, national homogener Staat kann sicherlich weiterhin

als dominant bezeichnet werden. Allerdings zeichnen sich hier gewisse Erosionsprozesse ab, die vor allem das kirchliche Alltagsleben betreffen. Die Themen „Einwanderung“ und „nationale Minderheiten“ spielen dagegen in der Öffentlichkeit so gut wie keine Rolle.

Das Land hat in manchen Bereichen in den letzten 25 Jahren einen dynamischen Modernisierungsschub erlebt, der mit kaum einem anderen Staat der EU – mit Ausnahme der neuen Bundesländer Deutschlands – vergleichbar ist. Dies ist besonders in den Großstädten zu beobachten. Gleichzeitig führten die massenhaften Pendelmigrationsbewegungen zu einer stärkeren Verbindung zur Außenwelt, die auch und gerade in den Dörfern spürbar ist. Trotz dieser Fortschritte und der massiven finanziellen Unterstützung der EU, etwa im Bereich der Subventionsleistungen für die Landwirtschaft, kommen die realen und mentalen Veränderungen vor allem im Osten Polens nur schrittweise voran. Ob die politischen und gesellschaftlichen Strukturen tatsächlich so stabil sind, wie es derzeit scheint, wird sich erst in Krisenzeiten wirklich herausstellen. Wie in der gesamten EU ist eine stärkere Rückbesinnung auf „nationale“ Werte und Identitäten nicht auszuschließen. Erst dann wird sich zeigen, ob die Bevölkerung tatsächlich in der Lage ist, populistischen „Rattenfängern“ zu widerstehen.

Zusammenfassung

Der polnische Staat entstand 1918 infolge des Zusammenbruchs aller drei bisherigen Teilungsmächte wieder und wurde 1939 erneut aufgeteilt. Die Folgen des Zweiten Weltkriegs und die Westverschiebung des Staates veränderten in Verbindung mit der aufgezwungenen kommunistischen Herrschaft die Eigen- und Fremdwahrnehmung des Landes massiv. Erst die kurzzeitige Erfolgsgeschichte der Solidarność 1980/81 sowie die allgemeine Wende in Mittel- und Osteuropa im Jahre 1989 ebneten Polen den Weg „zurück nach Europa“, der durch den NATO- und EU-Beitritt (1999 und 2004) zementiert wurde. Heute ist Polen eines der am dynamischsten wachsenden Länder Europas, das aber zugleich seine historischen Traditionen deutlich spürbar weiterpflegt.

Miroslav Kunštát

Wandel durch Annäherung? Die „neue deutsche Ostpolitik“ aus Prager Perspektive

Dr. Miroslav Kunštát ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationale Studien der Karls-Universität Prag.

Im Rahmen der „neuen deutschen Ostpolitik“ nach 1969 kam dem Verhältnis zur Tschechoslowakei eine besondere Rolle zu, denn die Verhandlungen zum Prager Vertrag von 1973 gestalteten sich wegen des Streits um die Bewertung des Münchener Abkommens von 1938 als besonders schwierig. Der Beitrag skizziert die damaligen Vorgänge, die letztlich zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen führten und über den Helsinki-Prozess auch der Entwicklung der Dissidentenbewegung in der Tschechoslowakei zum Durchbruch verhalfen.

I.

Sowohl die zeitgenössische (offizielle und inoffizielle) als auch aktuelle tschechische Wahrnehmung der bundesdeutschen „Ostpolitik“ der ausgehenden 1960er sowie der 1970er und 1980er Jahre spiegelt sich vor allem in der historischen und publizistischen Reflexion des so genannten Prager Vertrages von 1973 und seiner komplizierten Verhandlungsgeschichte sowie in den Debatten um die Interpretation der nachfolgenden Periode der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen von 1973 bis 1989 wider. Nur selten wird dabei als Nebeneffekt die internationale Legitimierung des Husák-Regimes in seiner schwerfälligen „normalisierten“ Fassung erwähnt. Selbst die prominentesten tschechischen Dissidenten wie Václav Havel, Jiří Hájek, Jiří Dienstbier oder Luboš Dobrovský haben die Langzeiteffekte der neuen deutschen „Ostpolitik“ mit Rücksicht auf ihre Auswirkungen auf die tschechoslowakische Innenpolitik und die durch die Entspannungspolitik der frühen 1970er Jahre neu geschaffenen Freiräume eher positiv bewertet, denn seit 1975, seit der „Schlussakte von Helsinki“, konnte man viel eindeutiger und effektiver auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Tschechoslo-

wakei im Bereich der Menschenrechte hinweisen und auf deren Basis auch politische Wünsche und Forderungen formulieren. Die allergischen, oft hysterischen Reaktionen des offiziellen Prags mit ihren Schikanen gegen die damals noch überschaubare politische Opposition – insbesondere nach der Veröffentlichung des Gründungsdokumentes der Menschenrechtsbewegung *Charta 77* – ändern an dieser durchaus positiven Beurteilung nur wenig.

Entsprechende verlässliche demoskopische Daten über das Deutschlandbild bzw. über das Bild der bundesdeutschen Außenpolitik in der tschechoslowakischen öffentlichen Meinung stehen aus dieser Zeit nicht zur Verfügung. Der größere Teil der Bevölkerung wurde darüber zwar relativ ausführlich, aber natürlich ganz einseitig durch offizielle Medien informiert, denn die offiziellen tschechoslowakischen Veröffentlichungen und Kommentare vor 1989 multiplizierten nur die ideologisch formulierten Standpunkte des kommunistischen Politbüros bzw. der Štrougal-Regierung – die interessanten, aber nur seltenen partei- bzw. „apparatsinternen“ Debatten gelangten fast nie in die Öffentlichkeit. Die sich im westlichen Exil frei entfaltende tschechische Fachdebatte (z. B. Bedřich Utitz, Adolf Müller, Michal Reiman, Libor Rouček) interpretierte eher die offizielle deutsche Zugangsweise zum Thema „Ostpolitik“ anhand der verfügbaren Quellen. Eine größere kritische Aufmerksamkeit wurde natürlich auch den damaligen ablehnenden Positionen in der CDU und der CSU bzw. in den damals noch recht einflussreichen Vertriebenenverbänden gewidmet.

II.

Die Vorphase der „neuen“ deutschen Ostpolitik wird in der tschechischen Literatur in der Regel mit dem Regierungsantritt von Kanzler Ludwig Erhard (Oktober 1963) identifiziert. Das Kabinett Erhard zeigte durchaus Kompromissbereitschaft in der für die Tschechoslowakei zentralen Frage des Münchener Abkommens vom 29. September 1938, so etwa in der Erklärung Erhards vom Juni 1964 und noch viel deutlicher in der so genannten „Friedensnote“ der Bundesregierung vom März 1966. Hier wurde erklärt, „dass das Münchener Abkommen von Hitler zerrissen wurde und keine territoriale Bedeutung mehr hat.“¹ Die für Prag so

1 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 26.03.1966.

wünschenswerte und in jener Zeit nahe zwangshaft, ohne „Wenn und Aber“ geforderte Nichtgültigkeitserklärung *ex tunc* (d. h. von Anfang an) konnte in dieser Note allerdings kaum erscheinen. Das war auch der formelle Grund, warum die neue deutsche Initiative von Prag aus abgelehnt wurde. In dieser insgesamt doch etwas aufgelockerten Atmosphäre konnte man weitere Fortschritte verzeichnen, insbesondere auf dem Gebiet des kulturellen Austauschs und Tourismus. Am Ende dieser Periode stand 1967 eine neue zwischenstaatliche Vereinbarung über die Errichtung von Handelsvertretungen der jeweiligen Staaten in Prag bzw. Frankfurt (Main), die auch mit wichtigen konsularischen und diplomatischen Befugnissen ausgestattet wurden.

Aus Rücksicht auf die Sowjetunion, aber auch auf die DDR und Polen haben sich die Führer des „Prager Frühlings“ gegenüber der Bundesrepublik sehr zurückhaltend benommen.

Der Prager Frühling 1968 stellte ein hoffnungsvolles, leider jedoch ziemlich kurzes Kapitel dar. Die belasteten Beziehungen zur Bundesrepublik konnten viel freier diskutiert werden, und zwar nicht nur in den geschlossenen Kreisen der Parteielite und der akademischen Welt, sondern auch in der Tagespresse. Auch das bisher tabuisierte Thema der Vertreibung der Sudetendeutschen wurde auf einmal zum Diskussionsgegenstand. Obwohl damals die Tschechoslowakei „die charakteristischen Hauptzüge ihrer Position in Mitteleuropa“ (so Alexander Dubček) aktiver ausnutzen wollte, haben sich die Führer der Reformbewegung gegenüber der Bundesrepublik jedoch sehr zurückhaltend benommen, und zwar aus guten Gründen: Die ersten Anläufe einer inoffiziellen Annäherung wurden seitens der Sowjetunion, viel mehr jedoch seitens der DDR und Polens als Dorn im Auge empfunden. Dennoch fanden während des Jahres 1968 mehrere inoffizielle Sondierungsgespräche über die eventuelle Aufnahme diplomatischer Beziehungen „in absehbarer Zukunft“ und über die Lösung der wichtigsten strittigen Fragen statt. Kurz vor der sowjetischen Invasion traf in Bonn die tschechoslowakische Expertengruppe ein, um die ungelösten Vergangenheitsfragen mit den Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes umfassend zu diskutieren. Nach Eintreffen der Nachricht über die militärische Intervention wurden die Gespräche unterbrochen, die tschechoslowakische Delegation musste „mit Tränen in den Augen“ die Heimreise antreten.

Der spektakuläre Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei im August 1968, an dem auch die Nationale Volksarmee der DDR teilnahm, konnte die Normalisierung der Bezie-

hungen zur Bundesrepublik nur bremsen, keinesfalls aufhalten. Die darauffolgende „Normalisierung“ hatte jedoch einen herben, negativen Beigeschmack. Mit diesem Wort wird nämlich in der tschechischen Literatur die ganze Husák-Ära bezeichnet – es wurde zum Synonym der inneren Resignation des okkupierten Landes, der verpassten und aufgegebenen Chancen und Perspektiven des Prager Frühlings 1968.

III.

Den „Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der ČSSR und der Bundesrepublik Deutschland“ (so die offizielle Bezeichnung des Prager Vertrages vom 11. Dezember 1973) kann man als einen Baustein, vielleicht sogar als einen Meilenstein in der Entspannungspolitik der frühen 1970er Jahre auf dem mühsamen Weg nach Helsinki 1975 betrachten, jedoch kaum als einen Grundstein des komplizierten *Détente-Gleichgewichtes* zwischen Ost und West. Ohne diesen Vertrag jedoch wäre der Erfolg der Entspannungspolitik und auch der neuen deutschen Ostpolitik kaum denkbar. Auch in den internen Überlegungen und programmatischen außenpolitischen Darstellungen der tschechoslowakischen Führung bildeten die Ostverträge einen einheitlichen Komplex, fast genau nach dem Diktum des so genannten „Bahr-Papiers“ vom Mai 1970 (Ziffer 5), des de facto inoffiziellen und als vertraulich gedachten Fahrplans der Brandt'schen Ostpolitik, nach dem „... entsprechende Abkommen (Verträge) der Bundesrepublik Deutschland mit den anderen sozialistischen Ländern, insbesondere die Abkommen (Verträge) mit der Deutschen Demokratischen Republik ..., der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ... ein einheitliches Ganzes bilden.“² Diese Tatsache ist im heutigen tschechischen Kontext umso wichtiger, weil in der öffentlichen Rezeptionsgeschichte der damals äußerst wichtige außenpolitische Kontext nur selten wahrgenommen wird.

Die tschechoslowakische politische Führung sah unmittelbar nach der Unterdrückung des Prager Frühlings keine innenpolitische Notwendigkeit, die Beziehungen zur Bundesrepublik allzu schnell zu normalisieren – ebenso wenig wie der noch in Ostberlin regierende Walter Ulbricht. Zu den Verhandlungen mit Bonn wurde Prag de facto aufgrund

² Peter März (Hrsg.): Dokumente zu Deutschland 1944-1994. München 1996, S. 125.

einer Weisung von Leonid Breschnew gezwungen, und zwar auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 20. August 1970, acht Tage nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Mit Verbitterung und Verstimmung musste man in Prag sogar feststellen, dass die die Tschechoslowakei betreffende Ziffer 8 des erwähnten Bahr-Papiers die bisherige rechtliche Position der sowjetischen Regierung zur erwünschten „*Ex tunc-Ungültigkeit*“ des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 relativiert hatte: „Es ... besteht Einvernehmen darüber, dass die mit der Ungültigkeit des Münchener Abkommens verbundenen Fragen in Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in einer für beide Seiten annehmbaren Form geregelt werden sollen.“ Die Sowjets hatten dadurch die bisher konsequent verfolgte Rechtsposition zum Münchener Abkommen modifiziert, die nur einige Wochen vorher – im Absatz 6 des neuen Freundschaftsvertrages mit Prag vom 6. Mai – bestätigt wurde: „Das Münchener Abkommen ... ist daher ungültig von Anfang an ... mit allen daraus herrührenden Konsequenzen“.³

Die Frage des Münchener Abkommens ging streng genommen über den vorgegebenen Rahmen der im Bahr-Papier beabsichtigten Ostverträge hinaus, die in erster Linie den Gewaltverzicht und die Sicherung der bestehenden Grenzen im Nachkriegseuropa im breiteren Kontext des Ost-West-Entspannungsprozesses garantieren und somit auch größere Gestaltungsräume für die neudefinierte Deutschlandpolitik sichern sollten. Angesichts der unerwartet komplizierten Verhandlungsgeschichte halten einige Autoren so-

wie zeitgenössische Zeitungskommentare den Prager Vertrag für den „schwierigsten“ Ostvertrag innerhalb des gesamten Vertragswerks der BRD

Wegen seiner komplizierten Vorgeschichte gilt der Prager Vertrag als „schwieriger“ der deutschen Ostverträge.

mit den mittel- und osteuropäischen Staaten. Die nach langem Tauziehen ausgehandelte Kompromissformel lautete in der Endfassung: „Art. 1. Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik betrachten das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig. Art. 2 (1) Dieser Vertrag berührt

3 Vom Verfasser übersetzt aus: Miroslav Potočný (Hrsg.): Dokumenty ke studiu mezinárodního práva a politiky. Bd. 3. Prag 1977, S. 141.

nicht die Rechtswirkungen, die sich in Bezug auf natürliche oder juristische Personen aus dem in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 9. Mai 1945 angewendeten Recht ergeben. Ausgenommen hiervon sind die Auswirkungen von Maßnahmen, die beide vertragschließende Parteien wegen ihrer Unvereinbarkeit mit den fundamentalen Prinzipien der Gerechtigkeit als nichtig betrachten. (2) Dieser Vertrag lässt die aus der Rechtsordnung jeder der beiden Vertragsparteien ergebende Staatsangehörigkeit lebender und verstorbener Personen unberührt ...“⁴ Dieses „völkerrechtliche Kunststück“ (so Jaroslava Plšková) ermöglichte es den beiden Seiten, an ihren ursprünglichen Rechtspositionen festzuhalten, ohne dabei das Gesicht zu verlieren.

IV.

Die beiden divergierenden Rechtspositionen sind nun kurz darzustellen: Der tschechoslowakische Standpunkt bestand darin, dass das Münchener Abkommen der Tschechoslowakei unter Gewaltandrohung aufgezwungen worden – eine schwere Verletzung der Grundregeln des Völkerrechts – und deshalb von Anfang an mit allen daraus ergebenden Folgen ungültig gewesen sei. Die Bundesrepublik erklärte sich recht früh dazu bereit, sich vom Münchener Abkommen zu distanzieren, allerdings nur im Sinne der Formulierung, das Abkommen gelte nicht mehr.

Die schwierigen Sondierungen und Vorgespräche sowie die offiziellen Verhandlungen zogen sich über drei Jahre hin (1970-1972), und erst seit wenigen Jahren können die entsprechenden Akten in beiden Ländern ausgewertet werden. Viele Fragezeichen schweben selbstverständlich über dem Thema der möglichen und höchstwahrscheinlich sehr starken Einflussnahme Moskaus, insbesondere auf die Ergebnisse der langen „Denkpausen“, mit denen die Tschechoslowakei die sowieso sich hinschleppenden Verhandlungen mehrmals unterbrochen hat. Bei diesem Thema fehlen den Historikern die bisher in den entsprechenden russischen Archiven verschlossenen Materialien spürbar.

Aus den tschechoslowakischen Verhandlungsprotokollen geht hervor, dass nach einem Treffen führender Politiker der Ostblockländer auf der Krim im August 1971 aus der Formulierung über die Ungültigkeit des Münchener Abkommens „von Anfang an“ der Zusatz „mit allen sich daraus ergebenen Folgen“ verschwand. Dies eröffnete der tschechoslo-

⁴ Europa-Archiv, Folge 3/1974, D 66-67.

wakischen Delegation einen breiteren Spielraum auf der Kompromisssuche. Dennoch war der zentrale Streit über den Zeitpunkt der Ungültigkeit bis Juni 1972 immer noch nicht beigelegt. Erst in der darauffolgenden Korrespondenz zwischen Brandt und Štrougal finden sich Ansätze zu einer späteren Kompromisslösung, die auf der Erklärung über die *Nichtigkeit* (Nullität, also nicht *Ungültigkeit*) des Münchener Abkommens in den gegenseitigen Beziehungen basierte sowie auf der für beide Seiten annehmbaren Behandlung der angewandten Rechtsordnung in den Sudetengebieten zwischen dem 29. September 1938 und 9. Mai 1945 (inkl. Staatsangehörigkeitsfrage). Bei den anschließenden offiziellen Verhandlungen wurde der Vertragstext endlich abgeschlossen, wobei die Gewaltverzicht- und teilweise auch die Grenzgarantieartikel de facto wörtlich aus dem Moskauer Vertrag zwischen der BRD und der UdSSR übernommen wurden.

V.

Der Prager Vertrag wurde am 11. Dezember 1973 feierlich unterschrieben. Rückblickend wurde er von den damaligen tschechoslowakischen führenden Politikern als großer Erfolg gefeiert. So betonte Gustáv Husák noch im Jahre 1990, kurz vor seinem Tod, im Gespräch mit seinem Freund, dem slowakischen Historiker Viliam Plevza, stolz, die Verhandlungen mit der BRD seien „unter seiner Federführung“ erfolgreich abgeschlossen worden.

Der dramatische Verlauf der bundesdeutschen, mit der Ratifizierung des Vertrages verbundenen Debatte ist allgemein bekannt. Sie ist nicht nur der damaligen deutschen Presse zu entnehmen; die bunte Ansichts- und Themenskala spiegelt sich vielmehr auch in den veröffentlichten Drucksachen bzw. Plenarprotokollen des Deutschen Bundestages bzw. des Bundesrates wider. Die damalige niederschmetternde pauschale Verurteilung des Prager Vertrages seitens der Opposition erwies sich im Blick auf die kommenden Entwicklungen jedoch kaum als richtungsweisend: „Auch der Vertrag mit der ČSSR ist der Erfolg der konsequent durchgeführten Europapolitik der UdSSR und entspricht den allgemeinen politischen Zielsetzungen, auf die die Warschauer-Pakt-Mächte von der Sowjetunion verpflichtet worden sind.“⁵ Der Prager Vertrag hat nämlich nicht nur das schmerzliche Problem des Münchener Abkom-

⁵ Deutscher Bundestag, Drucksache 07/2270.

mens „gelöst“. Seine Früchte, die sich auch in den humanitären Begleitbriefen der beiden Außenminister niederschlugen, konnten zuletzt auch in Form eines neuen Niveaus der Ansprüche und Verpflichtungen, die sich später auch aus der Schlussakte der KSZE aus dem Jahre 1975 ergaben, ihre Zinsen tragen. In dem Entwurf des Gesetzes zum Vertrag zwischen ČSSR und BRD vom 20. März führte die Bundesregierung als Sinn und Zweck dieses Vertrages nicht nur die Herstellung der Normalität (also nicht der „Normalisierung“) der Beziehungen an, sondern betonte auch dessen blockübergreifenden und regionalen Aspekt – als den Höhepunkt der Bildung einer Kette von neuen Verträgen mit den Warschauer-Pakt-Staaten auf der Grundlage des Gewaltverzichts und mit dem perspektivischen Ausblick, den Entspannungsprozess auf eine neue Ebene auch in den innerdeutschen Beziehungen zu projizieren.

Der Bericht des Auswärtigen Ausschusses zum Vertrag sah in dem Abkommen den Willen beider Staaten, einen „dicken Strich“ unter die unselige Vergangenheit zu ziehen. Wer hätte allerdings damals ahnen können, dass sich die Begriffe „Schlussstrich“ und „Schlussstrichdenken“ zu politischen Beschwörungsformeln mit spöttischem Beigeschmack entwickeln würden? In diesem Sinne hat der Prager Vertrag die Erwartungen auch im Hinblick auf seinen Inhalt und die Möglichkeit seiner zweideutigen Auslegung gewiss nicht erfüllen können, und zwar nicht nur in Bezug auf das Münchener Abkommen 1938, sondern vor allem auch auf den ganzen Komplex der unterschiedlich betrachteten eigentumsrechtlichen Probleme.

VI.

Die blockpolitischen und ideologischen Grenzen in den bilateralen Beziehungen lösten sich in fortschreitendem Maße dadurch auf, dass durch die Ergebnisse des Helsinki-Prozesses, der später weitere Impulse durch die Neuformulierung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik nach dem Jahre 1985 bekam (also durch den Start der *Perestroika* und deren selbst von ihren Hauptakteuren nicht beabsichtigte Eigendynamik), der damalige Status quo in Europa als Ganzes infrage gestellt wurde.⁶ Jedenfalls lag der Wunsch zur Entwicklung intensiverer Beziehungen auf beiden Seiten der Grenze. Einen bedeutenden Anteil hatte daran auch

⁶ Zum Helsinki-Prozess vgl. auch das Interview in vorliegendem Heft.

das ganz pragmatische Interesse einer großen Zahl von deutschen Industriellen und Politikern an der Entfaltung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der ČSSR und den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. Stellvertretend erwähnt seien der Vorsitzende des Ostaußschusses der deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, und die Ministerpräsidenten Baden-Württembergs und Nordrhein-Westfalens, Lothar Späth und Johannes Rau.

Die „Ostpolitik“ der sozialliberalen Koalition bzw. auch ihre tschechoslowakische Komponente, die nach 1982 vom Kabinett Kohl kontinuierlich fortgeführt wurde, verstehen wir heute in ihrer Doppeldeutigkeit: in ihrem Schwanken zwischen der Bejahung (Legitimierung) des tschechoslowakischen „Normalisierungsregimes“ und gleichzeitig der praktischen Erweiterung des Spielraums für die Möglichkeiten seiner gezielten Erosion in dem ursprünglichen Sinne des von Egon Bahr bereits 1963 formulierten „Wandels durch Annäherung“. Diese Prozesse verliefen nicht linear und sind auch aus heutiger Sicht nicht unumstritten. Auf der einen Seite unterhielt z. B. die SPD direkte und in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auch intensive Parteikontakte zu den tschechoslowakischen Kommunisten, was bei vielen Oppositionellen mit Verstimmung wahrgenommen wurde. Auf der anderen Seite pflegte sie auch direkte Kontakte zur *Charta 77*, insbesondere über den Vertrauensmann von Willy Brandt, Hans Eberhard Dingels aus dem SPD-Parteivorstand. Selbst Willy Brandt führte ab 1977 eine regelmäßige private Korrespondenz mit einem der ersten Sprecher der *Charta 77*, Professor Jiří Hájek.

Besonders die Veröffentlichung des Gründungsdokumentes der *Charta 77* im Januar 1977 lieferte der Regierung in Prag den Vorwand für

eine neue Welle staatlicher Isolationismus-Politik einschließlich der gewünschten politischen Munition. Die Etablierung des organisierten tschechoslowakischen Dissidententums konnte jedoch nicht mehr rückgängig

gemacht werden. Bemerkenswert ist dabei, dass die außenpolitischen Vordenker der *Charta 77*, d. h. Persönlichkeiten wie Jiří Hájek (ČSSR-Außenminister in der Zeit des Prager Frühlings), Jiří Dienstbier (ČSFR-Außenminister 1989-1992), aber auch der slowakische katholische Querdenker Ján Čarnogurský (1991-1992 slowakischer Ministerpräsident und im Jahre 2014 slowakischer Präsidentschaftskandidat) in ihren damaligen Überlegungen in nahezu prophetischer Weise den Zusam-

Die „neue deutsche Ostpolitik“ war letztlich ambivalent, denn sie nutzte sowohl dem herrschenden System als auch den Dissidenten.

menhang zwischen der Lösung der deutschen Frage und der europäischen Frage vorweg nahmen. Ausdrücklich geschah dies im so genannten „*Prager Aufruf der Charta 77*“ vom 11. März 1985, einem nicht allzu bekannten Text, in dem es u. a. heißt: „Wir können ebenfalls einige bisher bestehende Tabus nicht außer Acht lassen. Eines davon ist die Teilung Deutschlands. Wenn in der Perspektive der europäischen Einigung niemandem sein Recht auf Selbstverwirklichung abgesprochen werden darf, gilt dies ebenfalls für die Deutschen. Wie kein anderes Recht, darf auch dieses nicht auf Kosten anderer, unter Missachtung ihrer Ängste, geltend gemacht werden. So lasst uns doch eindeutig erklären, dass ein Ausweg nicht in einer erneuten Revision der europäischen Grenzen gesucht werden kann. Die Grenzen sollten im Rahmen der europäischen Annäherung immer weniger Bedeutung haben, jedoch darf auch dies nicht als Anlass zu nationalistischen Wiederholungstaten ausgelegt werden. Gestehen wir jedoch den Deutschen offen ihr Recht zu, sich frei zu entscheiden, ob und in welchen Formen sie die Verbindung ihrer beiden Staaten in ihren jetzigen Grenzen wollen. Nach den Bonner Ostverträgen und nach Helsinki könnte der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu einem bedeutenden Instrument positiver Veränderungen in Europa werden.“⁷

Obwohl die tschechoslowakischen Dissidenten eine schmalere gesellschaftliche Basis hatten als beispielsweise die polnischen Dissidenten, konnte das ansonsten allmächtige Husák-Regime an der komplementären und synergetischen Wirkung der deutschen „Ostpolitik“ und deren kritischer tschechoslowakischer Reflexion nichts ändern. Die Systemimplosion des Jahres 1989 beschleunigte natürlich die hier nur ange deuteten Entwicklungstrends und erweiterte das immer dichtere Beziehungsgeflecht – insbesondere nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 – um neue Themen und neue Horizonte. Leider kamen nun aber auch wieder viele aus der Vergangenheit herrührende Probleme zur Sprache. Der Weg zur neuen deutsch-tschechischen Partnerschaft in der inzwischen um die ostmitteleuropäischen Staaten erweiterten Europäischen Union erwies sich daher als etwas länger und strapaziöser, als man es in der Euphorie der „friedlichen Revolutionen“ hätte erwarten können.

7 Übersetzt aus: Blanka Císařovská/Vilém Prečan (Hrsg.): *Charta 77. Dokumenty 1977–1989*. Bd. 2. Prag 2007, S. 692–694.

Ulf Brunnbauer

Sarajevo: Erinnerungsort wider Willen

Prof. Dr. Ulf Brunnbauer ist Professor für Geschichte Südost- und Osteuropas an der Universität Regensburg und geschäftsführender Direktor des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg. Er hat auch die Bilder in diesem Beitrag zur Verfügung gestellt.

Das Attentat vom 28. Juni 1914 wies Sarajevo auf der Landkarte des europäischen Erinnerns den Platz zu, Ort des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs gewesen zu sein. In der Stadt selbst gestaltete sich die Erinnerung an dieses Ereignis ambivalent und konfliktreich, nicht zuletzt aufgrund des Krieges der 1990er Jahre, der Sarajevo erneut zu einem zentralen Erinnerungsort gemacht hat. Der Beitrag diskutiert die symbolische Bedeutung Sarajevos vor dem Hintergrund der Geschichte der Stadt im 20. Jahrhundert.

Im Juni 1868 bereiste der preußische Publizist Franz Maurer Bosnien – eine damals noch osmanische Provinz, welche die Imagination der Mittel- und Westeuropäer besonders anregte, galt sie doch als ein Stück Morgenland in nächster Nachbarschaft. In dem 1870 erschienenen Reisebericht „Eine Reise durch Bosnien, die Saveländer und Ungarn“ beschreibt er seine Eindrücke aus Sarajevo:

„Sarajewo dürfte trotz des kolossalen Raumes, den es bedeckt, doch nicht mehr als 40.000 Einwohner haben, von denen ... etwa 6000 Serben, 200 Katholiken, 1600 Juden, 1000 Zigeuner, die übrigen Muhammedaner sind. ... Die Lage der Stadt ist reizend und ihr Anblick, besonders von dem Felsen des Forts und von der alten Festungsstadt aus, entzückend schön – das weisse Häusergewirr mit lebendem Grün vermischt liegt wie hingegossen an den Abhängen der Hügel und Berge, Kuppen und zahllose Minares [Minarette] ragen überall hervor und der stattlich erscheinende Fluss zieht sich wie ein breites Silberband durch das liebliche Chaos hindurch, um im Westen in der weiten Ebene zu verschwinden. Die umgebenden Bergeshänge sind, wo sie nicht nackten Fels zeigen, überall mit frischem Grün bekleidet. ... Ausser einigen der grössten Mo-

scheen und mehreren Hans [Karawansereien] von ausserordentlichem Umfange gibt es in Sarajewo kein einziges Gebäude, welches nicht, an sich betrachtet, den architektonischen Schönheitssinn auf das Empfindlichste beleidigte. Am meisten ist dies mit dem auffälligsten Gebäude der ganzen Stadt, mit der serbischen Kathedrale der Fall, welche in barbarischer Geschmacklosigkeit alles nur Mögliche leistet.“¹

Von dem anti-slawischen Unterton einmal abgesehen (der sich schon am Beginn des Buches einstellt, wenn Maurer seine Eindrücke aus Prag zu Papier bringt), handelt es sich bei diesem Reisebericht um eine vergleichsweise wenig exotisierende Darstellung einer von den Europäern dieser Zeit als orientalisch wahrgenommenen Stadt. Das Bild einer trotz ihrer Funktion als administratives Zentrum einer osmanischen Provinz nicht besonders großen, mit den zeitgenössischen Errungenschaften urbaner Zivilisation spärlich ausgestatteten Provinzstadt entsteht, deren schöne Lage mit der wenig attraktiven Architektur kontrastiert. Maurers Bericht erweckt auch den Eindruck einer gewissen Unaufgeregtetheit, mit der das Leben in der Stadt vor sich hin plätschert. Der osmanische Gouverneur, der serbische Bischof, die anwesenden Konsuln ausländischer Mächte – sie alle haben ausreichend Zeit und Muße, um mit dem ohne jeglichen offiziellen Auftrag Reisenden bei Kaffee und Tabak zu plaudern. Nichts deutete darauf hin, dass nur zehn Jahre später die Stadt Sarajevo wenn schon nicht im Zentrum der Weltpolitik, so doch der „orientalischen Frage“ stand, welche die europäischen Großmächte im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts umtrieb und worunter sich letztlich die Frage verbarg, welche Macht sich welche Teile des Osmanischen Reiches als Einflussgebiet sichern konnte.

Auf Sarajevo wartete ein Schicksal, exekutiert von Akteuren, die vielfach nicht aus der Stadt selbst stammten und die Sarajevo zu einem Erinnerungsort wider Willen, aber von europäischem Rang machen würden. Fällt der Name „Sarajevo“, gibt es heute kaum jemanden, der nicht an „1914“ und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs sowie an den Bosnienkrieg der 1990er Jahre denkt – während etwa die Erinnerung an die 1984 in Sarajevo ausgetragenen olympischen

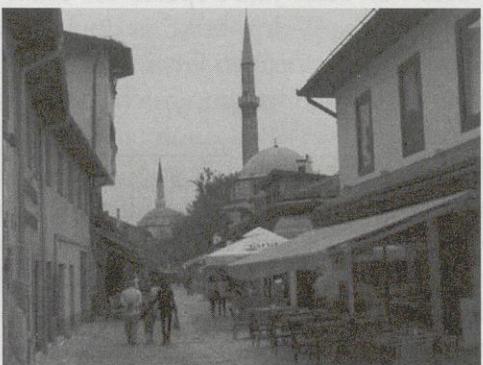
Fällt der Name „Sarajevo“, gibt es heute kaum jemanden, der nicht an „1914“ und den Ausbruch des Ersten Weltkriegs sowie an den Bosnienkrieg der 1990er Jahre denkt.

¹ Franz Maurer: Eine Reise durch Bosnien, die Saveländer und Ungarn. Berlin 1870, S. 347-353.

Winterspiele längst verblasst ist. Die mit der Chiffre Sarajevo verbundenen Erinnerungen (und das mit Erinnern immer einhergehende Vergessen) verweisen auf eine Stadtgeschichte, die in vielerlei Hinsicht symbolisch für die Geschichte Südosteuropas im 20. Jahrhundert steht – eine Epoche, die am Balkan mit den territorialen Neuordnungen im Zuge der Auflösung des Osmanischen Reiches begann und in der blutigen Auflösung Jugoslawiens endete.

Die historischen Schichten im Stadtbild

Ein Weg, sich der Geschichte Sarajevos anzunähern und sie sich im Wortsinne anzusehen, eröffnet sich durch die Sichtbarkeit der unterschiedlichen politischen Ordnungen, zu denen die Stadt im Laufe der Jahrhunderte gehört hat. Mehr als andere Städte des Balkans beherbergt Sarajevo, das um das Jahr 1460 von den osmanischen Eroberern gegründet worden ist, heute noch osmanische Baudenkmäler, vor allem eine Reihe von Moscheen aus dem 15. und 16. Jahrhundert sowie die für osmanische Städte typischen Gebäude (Bäder, Karawansereien, überdachter Markt), den alten Bazar im Zentrum der Altstadt (*baščaršija*), aber auch eine spätosmanische Brauerei (gegr. 1864).



Sehr präsent im Stadtbild Sarajevos ist das architektonische Erbe der habsburgischen Herrschaft, die mit der Okkupation Bosniens im Jahr 1878 begann. 1908 annektierte Österreich-Ungarn die Provinz.² Mit der Umgestaltung von Sarajevo, der Hauptstadt der Provinz, wollte die neue Herrschaft nicht nur ihren Machtanspruch, sondern auch ihre Modernisierungsagenda manifestieren. Habsburgische Architekten, wie der Kroate Josip Vančas und der Tscheche Karel Pařík, entwickelten in Sarajevo einen eigentümlichen Baustil, der mitteleuropäi-

² Ausführliche Hinweise zu den historischen Vorgängen und zur aktuellen Lage von Bosnien und Herzegowina bietet das OWEP-Heft 4/2011 mit dem Schwerpunkt „Bosnien und Herzegowina“.

sche Muster mit einer pseudo-orientalischen Formgebung verband, woraus so bemerkenswerte Gebäude entstanden wie das Landesmuseum, das Rathaus, die Kunstakademie und die aschkenasische Synagoge am Ufer der Miljacka. Auch die elektrische Straßenbahn ist ein österreichisch-ungarisches Erbe – zu ihrer Betriebsaufnahme im Jahr 1895 war sie die erste in der Donaumonarchie.

Aus der Zwischenkriegszeit stammen einige wenige prägnante Gebäude, wie jenes der (heutigen) Nationalbank, die für die jugoslawische Architektur der 1920er und 1930er Jahre, die sich als Teil der europäischen Moderne verstand, charakteristisch ist. Insgesamt manifestiert sich aber in der relativ schwachen Präsenz von Baudenkmalern aus jener Zeit die geringe Bedeutung, die Sarajevo im „ersten“ Jugoslawien, das sehr zentralistisch organisiert war, besaß: Bosnien war politisch und ökonomisch tiefe Provinz.

Geschichte ist jedoch nicht nur in Artefakten, sondern auch in Absenzen präsent. Eine der tragischsten Perioden der Geschichte der Stadt – die Zugehörigkeit Sarajevos (und Bosnien und Herzegowinas) zum so genannten „Unabhängigen Staat Kroatien“ (NDH) – hat zwar kaum architektonische, aber dennoch tiefe Spuren hinterlassen. Der NDH wurde von NS-Deutschland nach dem deutschen Überfall auf Jugoslawien im April 1941 als Marionettenstaat aus der Taufe gehoben, der von der faschistischen Ustaša beherrscht wurde. Ziel der Ustaša war die Schaffung eines ethnisch reinen Kroatiens. Ihre Herrschaft war eine Zeit des Terrors und des Massenmordes an Juden, Roma, Serben und politisch Andersdenkenden. Von der vor dem Krieg mehr als 10.000 Personen großen jüdischen Gemeinde Sarajevos waren nur mehr rund 1.500 Mitglieder am Leben, als Anfang Mai 1945 die jugoslawischen Partisanen Sarajevo befreiten.

Nach 1945 sollte aus der verschlafenen, osmanisch-habsburgisch geprägten Provinzstadt eine moderne sozialistische Stadt werden.

Die neue kommunistische Regierung hegte große Umgestaltungspläne für Sarajevo. Aus der verschlafenen, osmanisch-habsburgisch geprägten Provinzstadt sollte eine moderne sozialistische Stadt werden, wie es sich für die Hauptstadt einer jugoslawischen Teilrepublik (Bosnien und Herzegowina) ziemte. Der ursprüngliche Plan, den alten Bazar völlig zu zerstören, wurde von der Stadtregierung zum Glück wieder fallengelassen; außerhalb der Altstadt entstanden zahlreiche Bauwerke im jeweils aktuellen Stil jugoslawisch-sozialistischer Baukunst, darunter emblematische Gebäude wie das

Parlamentsgebäude, das Hotel „Holiday Inn“ (1983) und die zwei Hochhäuser der UNIS-Türme (1986) sowie die vorgefertigten Wohnblöcke für die „sozialistischen“ Arbeiter in der rasch wachsenden Stadt (von 1948 bis 1991 stieg die Bevölkerung Sarajevos von rund 117.000 auf 417.000 im engeren Stadtgebiet).

Es gehört zu den traurigen Charakteristika Sarajevos, dass viele der genannten Baudenkmäler erst durch den Akt der Zerstörung im von 1992 bis 1995 andauernden Krieg (wieder) bekannt wurden. Das Parlamentsgebäude wurde von serbischen Truppen ebenso gezielt in Brand geschossen wie die sog. *Vijećnica*, das ehemalige unter den Habsburgern im neo-maurischen Stil errichtete Rathaus, das zu dieser Zeit die Nationalbibliothek beherbergte. Die bewusste Zerstörung von kulturell und politisch wichtigen Orten gehörte zur Strategie der serbischen Truppen in Bosnien, das kulturelle Gedächtnis der Bosnier und die Zeichen ihrer Eigenständigkeit, ja Existenz zu zerstören; die großserbische Vision kostete alleine in Sarajevo mehr als 10.500 Zivilpersonen das Leben, darunter 1.600 Kindern.



Seit dem Ende des Kriegs in Bosnien erlebt das Stadtbild Sarajevos eine erneute Transformation. Abgesehen von der noch keineswegs abgeschlossenen Beseitigung von Kriegsschäden trug ein Bau-Boom dazu bei, dass auch Sarajevo das typische Antlitz einer postsozialistischen Stadt, mit neuen Shopping Malls, Bankzentralen, Wohnhäusern etc.

erhielt, die eine weitere Dimension des Eklektizismus in eine ohnehin schon sehr heterogene Stadtlandschaft einbringen. Mit dem 172 Meter hohen Avaz Twist Tower kann Sarajevo heute den höchsten Wolkenkratzer des Balkans sein eigen nennen.

Sarajevo als symbolischer Ort

Die letalen und letztlich für Europa fatalen Schüsse von Gavrilo Princip auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gattin Sophie Gräfin Chotek am 28. Juni 1914 sollten

Sarajevo zu einem Erinnerungsort ersten Ranges, aber mit unterschiedlichen Bedeutungszuschreibungen machen. Während die meisten Europäer fortan Sarajevo als jenen Ort erinnerten, an dem der Erste Weltkrieg ausbrach (was eine starke Verkürzung ist), und in der österreichischen Erinnerungskultur „Sarajevo“ mit dem Untergang der Monarchie verschmolz, machte das Attentat die Stadt im kollektiven Gedächtnis Serbiens und Jugoslawiens zu einem symbolischen Ort des Freiheits- und Vereinigungskampfes.

Die Praktiken der öffentlichen Erinnerung (bzw. Nichterinnerung) in Sarajevo an das Attentat vom 28. Juni 1914 sind mehrdeutig und spiegeln die Peripetien wider, die Sarajevo und die Region im 20. Jahrhundert durchlebt haben. Österreich-Ungarn ließ drei Jahre nach dem Attentat ein Monument für den ermordeten Thronfolger nahe dem Schauplatz des Geschehens errichten – am rechtsufrigen Fuße der Lateinerbrücke im Stadtzentrum. Das im Dezember 1918 neugeschaffene Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929 Königreich Jugoslawien) baute, wenig überraschend, das Monument bereits Ende 1918 wieder ab. Erst zwölf Jahre später brachten Freunde und Mitverschwörer Princips in einer schlichten Zeremonie ohne Staatsgäste am 2. Februar 1930 eine Gedenktafel zu Ehren Princips an, auf der zu lesen stand: „An diesem historischen Ort hat Gavrilo Princip am Vidovdan 15./28. Juni 1914 die Freiheit erkämpft.“³ Die Inschrift ließ somit offen, ob es sich um die Befreiung Serbiens oder Jugoslawiens handelte – in der offiziellen Denkpolitik des ersten Jugoslawien wurde stets versucht, den serbischen Nationalismus der Vorkriegszeit in Verbindung mit der Befreiung und Vereinigung der Südslawen zu bringen. Der späte Zeitpunkt der Anbringung der Gedenktafel und die Zurückhaltung der Regierung sind dabei durchaus sinnfällig für den schwierigen und widersprüchlichen Staats- und Nationsbildungsprozess in Jugoslawien, dessen staatliche Vereinigung keineswegs mit einem allumfassenden Einigkeitsgefühl seitens der Bevölkerung einher ging.

Der Zweite Weltkrieg brachte die nächste Zäsur in der offiziellen Erinnerung an das Attentat und fügte insgesamt Sarajevo neue Bedeutungsschichten hinzu. Unmittelbar nach der Einnahme Sarajevos am

Das Attentat vom 28. Juni 1914 machte Sarajevo zu einem symbolischen Ort des Freiheits- und Vereinigungskampfes.

³ Die beiden Daten geben jeweils die gängige julianische sowie die gregorianische Datumsangabe für den Veitstag an.

17. April 1941 durch die deutsche Wehrmacht demontierten die deutschen Militärbehörden die Gedenktafel und schenkten sie Hitler zu dessen Geburtstag am 20. April (dieser Akt wurde durch Hitlers Leibfotografen Heinrich Hoffmann dokumentiert).

Am 6. Mai 1945 wurde Sarajevo von den Partisanen befreit; bereits einen Tag später wurde an dem Haus, vor dem Princip seine Schüsse abgegeben hatte, eine neue Gedenktafel angebracht: „Im Zeichen der ewigen Dankbarkeit an Gavrilo Princip und seinen Genossen-Kämpfern gegen die deutschen Eroberer, gewidmet von der Jugend Bosnien-Herzegowinas.“ Damit wurde Princip nun symbolisch eingereiht in den erfolgreichen Partisanenkampf gegen die deutschen Besatzer, der zu dem historischen Narrativ, ja Gründungsmythos des sozialistischen Jugoslawien werden sollte. Sarajevo und Bosnien insgesamt nahmen in dieser Geschichte und ihrer Darstellung einen besonderen Platz ein; so verwiegte der populäre Partisanenfilm „Valter verteidigt Sarajevo“ aus dem Jahr 1972 den lokalen Partisanenführer Vladimir Perić Valter, der einer der letzten Gefallenen des Partisanenkampfes war. Der Film etablierte ihn als alljugoslawischen Helden und transformierte ihn zu einer mythischen Chiffre für die Unbesiegbarkeit der Stadt; Sarajevo sollte nicht mehr primär als Ort des Attentates von 1914, sondern als emblematischer Ort des „Volksbefreiungskrieges“ erinnert werden, wobei aber beide Ereignisse durch den Vektor der jugoslawischen Befreiung und Vereinigung verbunden waren.

Die Geschichtspolitik des sozialistischen Jugoslawien gestaltete sich als äußerst ambivalentes und teilweise paradoxes Unterfangen, wollte es denn jugoslawischen Kommunisten und Historikern nicht so recht gelingen, eine Balance zwischen den Geschichten der konstitutiven „Völker“ des Landes einerseits und der gesamtjugoslawischen Perspektive andererseits herzustellen. Einst eindeutig national gefärbte Helden mussten, um offizielle Anerkennung zu erfahren, eine jugoslawische Komponente erhalten; so wurde auch der Attentäter von Sarajevo für den Freiheitskampf der jugoslawischen Völker in Anspruch genommen, wie es die 1952 an besagtem Ort neu angebrachte Gedenktafel etwas verquastet (und in kyrillischen Lettern) zum Ausdruck brachte: „Von diesem Ort hat Gavrilo Princip am 28. Juni 1914 mit seinen Schüssen den nationalen Protest gegen die Tyrannie und den ewigen Wunsch unserer Völker nach Freiheit zum Ausdruck gebracht.“ Das Haus, vor dem Princip seine Schüsse abfeuerte, wurde zu einem Museum, das affirmativ des Attentats gedachte. Die Lateinerbrücke wurde in Gavrilo-Princip-

Brücke umbenannt und an der Stelle, an der Princip während des Attentates gestanden haben soll, wurde eine Steinplatte mit Fußabdrücken ins Trottoir eingelassen.

Trotz dieser versuchten Einordnung Princips in ein progressives, jugoslawisches Narrativ blieb er in der populären Wahrnehmung ein – je nach Perspektive – Held oder Übeltäter und ganz klar als serbisch konnotiert. Während der Belagerung Sarajevos durch serbische Truppen von 1992 bis 1995 wurden daher von der Stadtverwaltung die Gedenktafel zerstört, die symbolischen Fußabritte entfernt und das Museum geschlossen. Angesichts des Krieges und des eigenen Erlebens der tragischen Konsequenzen von radikalem Nationalismus erfuhr in der kollektiven Erinnerung der nicht-serbischen Bevölkerung Sarajevos die Periode der Habsburgerherrschaft eine Rehabilitation. Nach dem Ende des Krieges eröffnete die Stadt Sarajevo das Museum wieder, allerdings nicht mehr mit einer das Attentat verherrlichenden Ausstellung, sondern als Museum des Lebens in Sarajevo in österreichisch-ungarischer Zeit. Auch eine neue zweisprachige (auf Bosnisch und Englisch) Gedenktafel ließ sie am Ort des Attentats anbringen: „Von diesem Platz ermordete am 28. Juni 1914 Gavrilo Princip den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und seine Gattin Sofia.“⁴ Der faktografische Duktus der Inschrift, die den Akt des Mordes mit keinerlei Sinnstiftung verzieht, manifestiert klar eine Distanzierung. 2013 gab die Regierung des Kantons Sarajevo bekannt, sogar das seinerzeitige österreichisch-ungarische Denkmal für Franz Ferdinand wieder rekonstruieren zu wollen, was scharfe Kritik nicht nur von serbischer Seite hervorrief.

Im Bewusstsein der Bevölkerung der Stadt tritt jedoch die öffentlich umstrittene Erinnerung an den Ersten Weltkrieg klar hinter jene an den Krieg der 1990er Jahre zurück; Sarajevo war die einzige Stadt in Europa, die nach dem Zweiten Weltkrieg einer jahrelangen Belagerung ausgesetzt wurde. Während der Belagerung und ihrem Ende am 31. Juli 1995 wurde Sarajevo zu einem Symbol nicht nur der serbischen Aggression in Bosnien und Herzegowina, sondern auch des Versagens Europas und der Internationalen Gemeinschaft, die sich jahrelang nicht zu einer

Sarajevo war die einzige Stadt in Europa, die nach dem Zweiten Weltkrieg einer jahrelangen Belagerung ausgesetzt wurde.

⁴ Diese Inschrift ist auch auf der ersten Umschlagseite des vorliegenden Heftes wiedergegeben.

militärischen Intervention durchringen konnten. Der Krieg, den die Bewohner Sarajevos durchlebt haben, wird auf absehbare Zeit den zentralen Platz sowohl im Gedächtnis der Stadt und ihrer Bewohner einnehmen – wachgehalten vom eigenen Erleben ebenso wie den vielfältigen Erinnerungsinitiativen in einem Land, dessen politische Trennlinien noch immer entlang der einstigen Fronten des Krieges verlaufen.

Der Krieg markiert dabei nicht bloß die traumatische Erfahrung eines über die Menschen hereingekommenen, ihnen aufgezwungenen Ereignisses, sondern das Ende eines Traums: Sarajevo ist ein Ort, an dem sich Erinnerungen an ein besseres Leben und an eine durch die Ereignisse seit 1991 verschüttete hoffnungsvolle Zukunft festmachen. Sarajevos Vorkriegszeit repräsentiert in den Augen vieler Menschen all das, was Jugoslawien trotz der Defizite des Landes heute zum Gegenstand nostalгischer Wehmut werden lässt: das aus heutiger Perspektive friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher konfessioneller und nationaler Zugehörigkeit; der wirtschaftliche und soziale Aufschwung, den die Stadt bis in die 1980er Jahre erlebte; die kreative Atmosphäre, die Sarajevo unter anderem zu einem Zentrum der jugoslawischen Rockmusik werden ließ; die Anerkennung, die die Stadt und das Land durch die Welt erfuhren – ausgedrückt durch die Vergabe der Olympischen Winterspiele 1984 an Sarajevo. Es ist nicht nur für Bewohner Sarajevos kaum begreiflich, wie es sein konnte, dass sie 1984 vor allem die – aus späterer Warte betrachtet – banale Sorge umtrieb, ob die jugoslawischen Skistars Bojan Krišaj und Jure Franko eine Medaille bei der Olympiade gewinnen würden, während sie keine zehn Jahre später mit dem blanken Überleben beschäftigt waren. Nur zu verständlich sind daher Nostalgie und der Wunsch nach einer neuen Normalität.

Epilog

Sarajevo ist auch ein Name, dessen Erwähnung in den Kreisen europäischer Politiker bis heute schlechtes Gewissen auslöst und Versöhnungsinitiativen stimuliert; dabei spielen lokale Bedürfnisse und Wahrnehmungen oftmals eine untergeordnete Rolle, angesichts der Tauglichkeit von Sarajevo als Symbol und Ort für große Gesten, mit denen Friede und Europa beschworen werden können.

So wird es unvermeidlich sein, dass im Gedenkjahr 2014 europäische Gedenkbemühungen und lokale Problemlagen kollidieren. Initiativen wie jene der von Frankreich initiierten und der EU mitfinanzierten Stif-

tung „Sarajevo – das Herz Europas“ und die Sarajevo-bezogenen Aktivitäten im Rahmen der großangelegten französischen „Mission Centenaire“ lenken zwar die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit wieder auf die Stadt; andererseits aber tragen sie ihre eigene Agenda nach Sarajevo mit letztlich fragwürdigen Konsequenzen. In ihrem Anspruch, mit der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg gleichzeitig die Versöhnung der Konfliktparteien des letzten Krieges voranzutreiben, stärken diese Initiativen die Politisierung der Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg. Schließlich sind es ausgerechnet die Nationalisten auf allen Seiten in Bosnien und Herzegowina, die eine Verbindung zwischen 1914 und dem Bosnienkrieg herstellen. In einem ethnonational so segregierten Land wie Bosnien und Herzegowina ist dann kaum mehr zu vermeiden, dass nationale Standpunkte bei der Bewertung der Vergangenheit eingenommen werden.

Nicht zum ersten Mal werden der Balkan und insbesondere Sarajevo zum Gegenstand von Aktivismus, der von außen kommt, und zur Projektionsfläche von (inter-)nationalen sowie europäischen Befindlichkeiten. „1914“ wird für Sarajevo regelrecht zur Bürde. Diese Chiffre lädt die Stadt ständig mit einer Bedeutung auf, die letztlich wenig mit dem Schicksal Sarajevos zu tun hat. Hier brechen sich vielmehr nationale Aneignungsversuche zum einen, europäische Sinngebungen zum anderen, Bahn. Sarajevo scheint der undankbaren Rolle des Erinnerungsortes wider Willen nicht entkommen zu können.

Literaturhinweise:

- Muharem Bazdulj*: Priča o jednoj fotografiji: Srećan rodandan, gospodine Hitler. In: Vreme, Nr. 1191, 31.10.2013.
- Robert J. Donia*: Sarajevo. A Biography. London 2006.
- Ivana Maček*: Sarajevo under Siege. Anthropology in Wartime. Philadelphia 2009.
- Magbul Škoro*: Gruss aus Sarajevo. Sarajevo 2005.
- Holm Sundhaussen*: Sarajevo. Die Geschichte einer Stadt. Wien 2014.

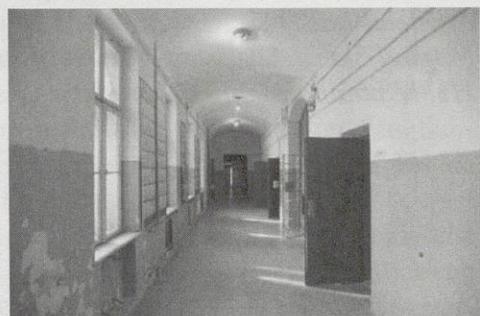
Ein Jahrhundert der Gewalt: Das ehemalige Gefängnis an der Lonski-Straße in Lemberg/Ukraine

Dr. Jörg Lüer leitet das Berliner Büro der Deutschen Kommission Justitia et Pax und ist Stellvertretender Vorsitzender der Maximilian-Kolbe-Stiftung.

Oft sind es einzelne Gebäude, an deren wechselvoller Geschichte sich ein ganzes Jahrhundert mit seinen Linien, Verwerfungen und Brüchen nachvollziehen lässt. Das nachfolgende Beispiel erinnert an besonders düstere Kapitel des 20. Jahrhunderts.

Man betritt das ehemalige Gefängnis an der Lonski-Straße heute durch einen Seiteneingang. Die ersten Räume ein wenig gedrungen und verwinkelt, erschließt sich einem das Gebäude nicht auf den ersten Blick. In einem kalt-feuchten Raum, in dem Ausstellungstafeln auf Ukrainisch hängen und von dem es in den Zellentrakt oder in den Hinterhof mit der Erschießungsmauer geht, empfängt uns der Direktor der Gedenkstätte. „Sie befinden sich hier an einem Ort, der für drei verschiedene Okkupationen in der Ukraine steht.“ Gemeint sind eine polnische, die sowjetische sowie die deutsche Okkupation. Die Erzählperspektive ist klar. Es ist die Perspektive der nationalen Befreiung der Ukraine. Und in dieser Perspektive ist die Erzählung konsequent. Dass sich die junge ukrainische Nation nach wie vor in einer Phase der grundlegenden innergesellschaftlichen Verständigung über sich selbst befindet, mag erklären, dass die Erzählung kaum Gespür für die historischen Ambivalenzen erkennen lässt.

Aber, so frage ich mich unwillkürlich, was hätte wohl meine mütterliche Freundin Zofia Pohorecka dazu gesagt.



*Blick in den Zellengang
(Foto: Jörg Lüer)*

Sie war eine gebürtige Lembergerin und eine leidenschaftliche Polin. Als junge Frau wurde sie von der Gestapo aufgrund ihrer Beteiligung am polnischen Untergrund verhaftet und im Lonski-Gefängnis gefoltert. Ihr Weg führte sie von dort über Lublin, den Pawiak in Warschau, 1943 nach Auschwitz-Birkenau. 1945 konnte sie vom Todesmarsch fliehen. Ihr geliebtes Lemberg hat sie nicht wieder gesehen. Im Zuge der von den drei Siegermächten auf Betreiben Stalins beschlossenen „Westverschiebung“ Polens wurde die polnische Bevölkerung Lembergs in die Volksrepublik Polen deportiert. Sie hätte sicherlich davon gesprochen, dass Lemberg eines der wesentlichen kulturellen Zentren Polens mit einer mehrheitlich polnischen Bevölkerung war. Sich als Okkupantin in der Ukraine zu fühlen, wäre ihr nicht in den Sinn gekommen. Wahrscheinlich hätte sie gelacht, um dann mit ernsterem Ton etwas über die Vertreibung der polnischen Bevölkerung sowie die schwierigen polnisch-ukrainischen Beziehungen hinzuzufügen. Schon bevor wir den Zellentrakt betreten, zeigt sich, dass dieser Ort mehr als eine Erzählung, mehr als eine Perspektive erfordert.

Nähert man sich ihm von außen, so trifft man auf ein noch unter österreichischer Herrschaft im repräsentativen Still der Zeit errichtetes Polizeigebäude. Das Gebäude fügt sich nahtlos ein in das zentraleuropäische Ambiente Lembergs. Seine Geschichte als Gefängnis beginnt mit der jungen polnischen Republik, die 1918 nach fast 150 Jahren Teilung aus den Trümmern, die der Erste Weltkrieg hinterließ, entstieg. Angefeindet von seinen Nachbarn, insbesondere dem Deutschen Reich und der ebenfalls jungen Sowjetunion, hatte sie sich in ihrem Inneren mit erheblichen Minderheiten und deren nationalen Ambitionen auseinanderzusetzen. Dieser Nationalitätenkampf wurde mit erheblicher Repression seitens des polnischen Staates ausgetragen. Aber auch innerhalb der verschiedenen Nationalbewegungen – so auch in der ukrainischen – gab es Kräfte, die zur Gewaltanwendung bereit waren.

In dieser spannungsreichen Zeit wurde im Polizeigebäude an der Lonski-Straße ein Untersuchungsgefängnis eingerichtet. Im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen mit der ukrainischen Nationalbewegung wurden hier viele ukrainische Aktivisten inhaftiert. Der Ort steht daher sowohl für das ungebrochene Streben nach einer unabhängigen Ukraine als auch für das Ringen des polnischen Staates um seine Integrität.

Als am 17. September 1939 die Sowjetunion in Polen einmarschierte, fiel Lemberg unter sowjetische Herrschaft. Die Stadt wurde zu einem

Bestandteil der ukrainischen Sowjetrepublik. Die sowjetische Geheimpolizei, der NKWD, übernahm das Gebäude nun als Untersuchungsgefängnis. Der sowjetische Terror zielte systematisch auf die Unterdrückung jeglichen Widerstands gegen das Regime. Somit begegneten sich in der Lonski-Straße sowohl Vertreter des polnischen als auch des ukrainischen Widerstands, allerdings ohne dass die Gräben zwischen beiden Seiten erkennbar überbrückt worden wären. Der Ort wurde zu einem Symbol stalinistischen Terrors, der Zerschlagung Polens sowie der Repression der ukrainischen Unabhängigkeitsbemühungen.

Als 1941 die deutsche Wehrmacht im Zuge des Angriffs auf die Sowjetunion auf Lemberg marschierte, tötete der NKWD vor seinem Abzug alle Insassen des Gefängnisses. Den deutschen Truppen, die in das Gebäude an der Lonski-Straße kamen, bot sich ein grauenvoller Anblick. Auf dem Hinterhof des Gefängnisses, einem Ort, an dem Exekutionen durchgeführt wurden, wurden die Leichen ausgebreitet. Die Lemberger erhielten die Gelegenheit, nach Freunden und Verwandten zu schauen. Das deutsche Propagandaministerium drehte einen Film, der die Befreiung von den Sowjets unterstrich und dazu gedacht war, sowohl den Hass auf die Sowjetunion als auch in der ukrainischen Bevölkerung vorhandene deutschfreundliche Stimmungen zu stärken. Die Bilder dieses Films sind heute zu einer Quelle geworden. Sie geben zumindest einigen der Opfer ein Gesicht. Im Museum sind Ausschnitte zu sehen.

Die wohlkalkulierte Verlogenheit dieses deutschen Machwerks zeigte sich spätestens, als im Zuge des deutschen Besetzungsregimes die Gestapo das Gefängnis übernahm und ihren Zwecken nutzbar machte. Das Foltern und Morden ging weiter. Der Ort diente der deutschen Besatzungspolitik, der systematischen Verfolgung der polnischen Intelligenz, dem Völkermord an den Juden sowie der Bekämpfung des polnischen und ukrainischen Untergrundes.

Die Nachkriegsgeschichte des Ortes beginnt mit der erneuten Einnahme Lembergs durch die Sowjetunion 1944. NKWD und



*Hinterhof – Ort der Exekutionen
(Foto: Burkhard Haneke)*

später KGB nutzen das Untersuchungsgefängnis bis Ende 1991, dem Ende der Sowjetunion. Es wird zu einem typischen Bestandteil des sowjetischen Repressionsapparats. Die Wege von hier führen in die Kolyma, nach Workuta oder ähnliche Orte.

2006, im Zuge der „Orangen Revolution“ wurde das mittlerweile leer stehende Gebäude zu einem Museum umgestaltet, d. h. die Räume wurden in Besitz genommen und eine erste noch sehr provisorische Ausstellung erarbeitet. Der Ort wurde in diesen Jahren zu einem Ort der kritischen Auseinandersetzung mit den verschiedenen Gewaltregimes, denen die Bevölkerung ausgesetzt war. Die Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Regime steht heute im Vordergrund. Wie umkämpft und strittig dieses Feld in der heutigen Ukraine nach wie vor ist, wird spürbar, als nach dem erneuten Machtwechsel zu Janukowitsch im Jahre 2009 der Direktor des Museums mit dem letztlich nicht erhärteten Vorwurf verhaftet wird, das Museum in der Lonski-Straße würde Staatsgeheimnisse verraten. Bei der parallel dazu im Museum durchgeführten Hausdurchsuchung werden Computer und vielfältige Dokumente beschlagnahmt, wobei viel Material, z. B. die dokumentierten Interviews mit ehemaligen Häftlingen, von denen viele heute schon nicht mehr leben, bis heute verschwindet.

Unter diesen schwierigen Bedingungen entwickelt sich das Museum mit jährlich 20.000 Besuchern zunehmend zu einem Ort der kritischen Auseinandersetzung mit dem totalitären Erbe der Ukraine. In dem Maße, in dem er ein Ort des europäischen Gesprächs wird, an dem man respektvoll mit den offenen Fragen sowie den unterschiedlichen Perspektiven umgeht, wird er auch zu einem europäischen Erinnerungsort werden. Hoffnungsvolle Anfänge sind gemacht. Orte wie das ehemalige Gefängnis in der Lonski-Straße bieten in besonderer Weise die Chance, vereint im Respekt vor den Opfern die unterschiedlichen Geschichten und Perspektiven angemessen zu Gehör zu bringen.

Julikrise 1914 – der tragische Tod des russischen Botschafters in Belgrad

Adrian Schütte ist Student der Katholischen Theologie und studentische Hilfskraft am Ökumenischen Institut, Abt. II, der Universität Münster.

Mit der „großen“, der Weltgeschichte untrennbar verbunden sind die kleinen Geschichten am Rande, die sehr oft jedoch den Lauf der Geschichte maßgeblich bestimmen. Der folgende Beitrag schildert ein Ereignis aus den schicksalhaften Wochen im Sommer 1914, das mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs unmittelbar zusammenhängt. Auch dem Historiker sei in diesem Kontext einmal die Frage nach dem „Was wäre geschehen, wenn ...?“ erlaubt.

Es ist der 10. Juli 1914 in Serbien. Große Anspannung liegt in der Luft. Wenige Tage zuvor wurden Franz Ferdinand, Thronfolger von Österreich-Ungarn, und seine Ehefrau im benachbarten Bosnien ermordet. In dieser spannungsreichen Situation sucht der russische Botschafter Nikolaus von Hartwig noch am späten Abend die Botschaft Österreich-Ungarns in Belgrad auf.

Nikolaus von Hartwig wurde 1857 in Georgien geboren und trat mit 18 Jahren in den russischen Auswärtigen Dienst ein. Sein panslawischer Kurs und sein Eintreten für eine härtere russische Gangart im Nahen Osten brachten ihm mächtige Freunde im russischen Außenministerium ein. Trotzdem unterlag er einem verhassten Rivalen im Kampf um das Außenministerium. Stattdessen wurde von Hartwig 1906 als Botschafter nach Teheran geschickt – „ins Exil“, wie er selber sagte. Dort überschritt er jedoch seine Kompetenzen, als er bei einem versuchten Umsturz die britische Botschaft umstellen ließ, damit die Umstürzler nicht dorthin flüchten konnten. Das führte dazu, dass der Umsturz misslang und der britische Botschafter sich weigerte, mit ihm zu sprechen. Daraufhin wurden beide abberufen.

Als der russische Außenminister 1909 zurücktreten musste, war von Hartwig wegen seines panslawischen Kurses der Favorit des Zaren Ni-

kolaus II. für dieses Amt. Der russische Premierminister Stolypin verhinderte allerdings seine Berufung und setzte stattdessen seinen Schwiegersohn Sergej Sasonow als Außenminister durch. Offiziell wurde das damit begründet, dass von Hartwig zu schwer zu kontrollieren sei. Von Hartwig wurde darauf wegen seiner pannlawischen Haltung aus strategischen Gründen als Botschafter nach Serbien geschickt. Er gewann nicht nur großen Einfluss auf die serbische (Außen-)Politik und Sympathien in der serbischen Bevölkerung, sondern wurde auch ein einflussreicher Freund des serbischen Premierministers Nikola Pašić, weil er nicht nur die offizielle russische Linie, sondern auch die inoffizielle, also die pannlawischen und militant proserbischen Kräfte am Zarenhof repräsentierte. Deswegen erhielt er immer wieder direkte Anweisungen von Sasonow, dies zu unterlassen – selbst dann, wenn er Serbien dadurch enger an Russland band. Ihm wurde sogar mit der Abberufung von seinem Posten gedroht. Als er 1912 entscheidend an der Bildung des Balkanbundes zwischen Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro beteiligt war, befand er sich allerdings auf einer Linie mit Sasonov. Dieser hatte zwar weniger Verständnis für die politische Lage auf dem Balkan als von Hartwig, die beiden verband aber, dass sie den Bund als Machtmittel gegen Österreich-Ungarn verstanden.

Als von Hartwig vom Attentat auf den Thronfolger hörte, muss er geahnt haben, dass dadurch die ohnehin schon angespannte Situation auf dem Balkan noch erheblich verschärft würde. Davon zeugt sein spontaner Ausruf: „Au nom du Ciel! Pourvu que ça ne soit pas un Serbe.“¹ Trotz dieser Reaktion scheint er die Lage jedoch zunächst unterschätzt zu haben. Wie sonst wäre es zu erklären, dass er, nachdem ihn die Nachricht erreicht hatte, eine Gesellschaft am Abend des Mordtages nicht absagte und die Fahnen der russischen Botschaft in Belgrad als einzige nicht auf Halbmast gesetzt wurden?

Aus den Dokumenten der österreichisch-ungarischen Botschaft geht hervor, dass dort von Hartwigs Verhalten nach dem Attentat als Grund für seinen Besuch am 10. Juli gewertet wurde. Ob er sich auf Anweisung seines Außenministers auf den Weg machte oder weil er selbst erkannt hatte, dass die Lage zu eskalieren drohte, ist nicht bekannt.

Kehren wir zurück zum Abend dieses 10. Juli 1914. Der Botschafter Österreich-Ungarns, Wladimir Giesl Freiherr von Gieslingen, empfängt

¹ „Um Himmels willen, wenn das nur kein Serbe gewesen ist!“ (Vgl. Roderich Gooss: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. Wien 1919, S. 7.)

von Hartwig in seinem Arbeitszimmer und bietet ihm einen Sitzplatz an. In freundlicher Atmosphäre sprechen sie darüber, dass die österreichisch-ungarische Regierung der serbischen ein Ultimatum wegen der Ermordung Franz Ferdinands stellen will. Von Hartwig versucht, seinen Gesprächspartner davon zu überzeugen, dass das Ultimatum ein Fehler sei, als er sich plötzlich ans Herz greift. Er fällt zu Boden und bleibt liegen. Die sofort herbeigerufenen Bediensteten der Botschaft versuchen vergeblich, ihn wiederzubeleben.² Als wenige Minuten später ein Arzt eintrifft, kann er nur noch von Hartwigs Tod feststellen.

Sobald die Nachricht seines Todes in den serbischen Zeitungsredaktionen bekannt wird, erscheinen mehrere Artikel, in denen das Personal der österreichisch-ungarischen Botschaft des Giftmordes beschuldigt wird. Tatsächlich besteht jedoch kein Zweifel daran, dass von Hartwig an einem schweren Herzinfarkt gestorben ist. Auf serbischen Wunsch wurde er in Serbien beerdigt. Daran nahmen einige tausend Serben teil, darunter auch sein guter Freund Nikola Pašić.

Ob von Hartwig bereits auf dem Weg zur österreichisch-ungarischen Botschaft von dem Ultimatum wusste und es aufzuhalten wollte oder ob er erst dort davon erfuhr – ob eventuell sogar die Nachricht über das Ultimatum der Grund für seinen Herzinfarkt war –, ist nicht bekannt. Ob es von Hartwig gelungen wäre, das Ultimatum und damit den Beginn des Ersten Weltkrieges zu verhindern, oder ob sein Besuch in der Botschaft von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, kann heute wohl nicht mehr geklärt werden.

Das Gebäude der österreichisch-ungarischen Botschaft ist heute der Sitz des katholischen Erzbischofs von Belgrad; das Zimmer, in dem von Hartwig starb, war lange Zeit dessen Speisezimmer. Das Zimmer und das damit verbundene Ereignis werden die katholischen Erzbischöfe von Belgrad immer an ihre Verantwortung für den Frieden erinnern und sie außerdem mahnen, dafür zu sorgen, dass diese Geschichte nicht in Vergessenheit gerät. Was mit Sicherheit gesagt werden kann, ist jedoch, dass es sich um einen tragischen Todesfall in einem äußerst ungünstigen Moment handelte.

² Von Hartwig starb vermutlich auf dem Sofa, auf das er eilig gebettet worden war. Anderen, weniger sicheren Quellen zufolge hat man noch versucht, ihn nach der Herzattacke in einen anderen Raum zu bringen, jedoch brach er auf einer Treppe im Botschaftsgebäude tot zusammen. Ein Bild dieser Treppe findet sich unter https://hr.wikipedia.org/wiki/Datoteka:Archbishopric_Palace_Belgrade_staircase.jpg (letzter Zugriff. 30.01.2014).

Literaturhinweise:

Katrin Boeckh: Von den Balkankriegen zum Ersten Weltkrieg. Kleinstaatenpolitik und ethnische Selbstbestimmung auf dem Balkan (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 97). München 1996.

Roderich Gooss: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. Wien 1919.

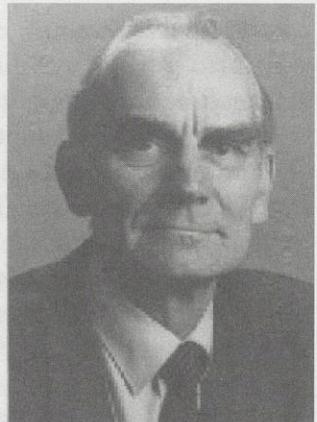
https://de.wikipedia.org/wiki/Nikolaus_Hartwig#Russischer_Botschafter_in_Serbien (letzter Zugriff: 08.01.2014)

https://en.wikipedia.org/wiki/Nicholas_Hartwig (letzter Zugriff: 08.01.2014)

http://de.wikipedia.org/wiki/Wladimir_Giesl_von_Gieslingen (letzter Zugriff: 30.01.2014)

„Die OSZE – Struktur einer langfristigen Friedenspolitik.“ Ein Gespräch mit Dr. Wilhelm Höynck, dem ersten Generalsekretär der OSZE

Die Fragen stellte Christof Dahm.



Die 1993 gegründete „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) blickt auf eine lange Vorgeschichte zurück; wichtige Eckdaten waren u. a. die Jahre 1975 (Helsinki) und 1990 (Paris). Können Sie ganz kurz die Grundlinien dieser Entwicklung skizzieren?

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa haben sich in einem kontinuierlichen Prozess entwickelt, und zwar in drei sehr unterschiedlichen Phasen.

Am Anfang stand, zu Beginn der sechziger Jahre, ein Vorschlag der Sowjetunion für eine Europäische Sicherheitskonferenz; und zwar mit dem Ziel, die Teilung Europas festzuschreiben. Es folgte ein langer Ost-West-Diskurs über mögliche Inhalte und Formen einer solchen Konferenz. Schließlich trafen sich 1975 am Ende zweijähriger vorbereitender Verhandlungen die 35 Staats- oder Regierungschefs der europäischen Staaten,

der USA und Kanadas in Helsinki. Die von ihnen unterzeichnete „Helsinki-Schlussakte“ war kein völkerrechtlicher Vertrag; aber sie formulierte als Grundlage weiterführender Entspannungspolitik eine Reihe von Prinzipien und konkreter politischer Verpflichtungen.

Die zweite Phase, bis Ende der achtziger Jahre, war gekennzeichnet durch drei KSZE-Folgekonferenzen. Sie trugen dazu bei, die beginnende Entspannung zwischen Ost und West auch für die Menschen spürbar zu machen und den KSZE-Prozess trotz schwerer Rückschläge weiter voranzutreiben.

Am Beginn der dritten Phase stehen der Fall der Berliner Mauer und die sich anbahrende Zeitenwende. Im Herbst 1990 beurkundet dann die „Charta von Paris“ das Ende des Ost-West-Konflikts; sie spricht auch von der Vision eines neuen Zeitalters der Demokratie, des Friedens und der Einheit für Europa. Mit der Charta beginnt der Umbau der KSZE: Von einer Serie diplomatischer Konferen-

zen zu einer selbst handlungsfähigen internationalen Organisation.

Gab es in den Anfängen des KSZE-Prozesses inhaltliche Schwerpunkte, die für die weitere Entwicklung von besonderer Bedeutung waren?

Aus meiner Sicht war entscheidend, dass die Ost-West-Agenda im Vorlauf zu Helsinki verändert wurde. Sie war in den kritischen Phasen des Kalten Krieges beherrscht worden von dem Thema *militärischer* Sicherheit. Im Verlauf der Diskussion über eine *Sicherheitskonferenz* entwickelte der Westen ein neues, umfassenderes Verständnis von Sicherheit. Es reiche nicht, dass *Staaten* – sprich NATO und Warschauer Pakt – sich *militärisch* sicher fühlen. In einem friedlichen Europa müssten sich auch *Bürger und Bürgerinnen* sicher und frei fühlen. Deshalb müsse man in einer *Sicherheitskonferenz* auch über Menschenrechte sprechen. „*Free movement*“, wie damals die westliche Parole hieß, größere Bewegungsfreiheit für Menschen, Ideen und Güter komme auch dem Interesse des Ostens an mehr wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Ost-West-Austausch entgegen. So entstanden für Helsinki unter der Überschrift „Sicherheit“ drei Themen-Körbe: Einer für Grundsatzfragen und militärische Sicherheit, einer für Wirtschaft und Umwelt, einer für zunächst so genannte Humanitäre Fragen. Mit dieser Erweiterung der Agenda, in der Rückschau ein Paradigmenwechsel hin zu *umfassender* Sicherheitspolitik, entstand auch die notwendige Masse für west-östliche

Kompromisse. So öffneten sich ab 1975 im Eisernen Vorhang kleine Fenster und Türen; und es ergaben sich Ansätze für rudimentäre zivile Rechte der Menschen überall im KSZE-Raum.

Entscheidend für die weitere Entwicklung in Europa war auch, dass in der Schlussakte zwei Grundsatzfragen geklärt wurden. Mit großem Einsatz, insbesondere der deutschen Bundesregierung und der USA, gelang es, das Prinzip des Gewaltverzichts und das Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen zu qualifizieren, und zwar durch einen ausdrücklichen Hinweis auf die Zulässigkeit von „*peaceful change*“, von friedlichem Wandel. Der europäische Status quo wurde nicht absolut unveränderbar, sondern die Geschichte blieb offen, auch für eine deutsche Wiedervereinigung.

Niemand hat allerdings in Helsinki geplant oder auch nur geahnt, was 15 Jahre später Wirklichkeit wurde: das Ende der DDR, der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Europa und eine Flut von Sezessionskonflikten und Sezessionskriegen. Angesichts dieser völlig überraschenden Veränderungen fand im September 1990 das Gipfeltreffen der KSZE in Paris statt. Alle spürten, dass es dabei um die Zukunft Europas ging. Orientierungspunkt der Charta von Paris wurde der sich abzeichnende neue und breite Konsens zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie zu sozialen, am Markt orientierten Wirtschaftsordnungen.

Beim Gipfeltreffen in Paris kam es unter dem Eindruck der sich vollziehenden Zeitenwende auch zu einer Einigung auf erste *operative KSZE-Strukturen*. Während der nächsten zwei Jahre wurde der Ausbau zu einer handlungsfähigen KSZE abgeschlossen und der Name in *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* geändert. Allerdings scheiterte die Gründung einer *rechtlich vollwertigen internationalen Organisation* vor allem am Widerstand der USA, die negative Rückwirkungen auf die NATO fürchteten.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa war ein wichtiger Impuls für die Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre, gab zugleich aber – was im „Ostblock“ sicher nicht beabsichtigt war – den Dissidentenbewegungen starken Auftrieb („Charta 77“ usw.). Wie schätzen Sie die Bedeutung des KSZE-Prozesses in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren ein?

Die KSZE hat vor allem dazu beigetragen, dass Menschen in Mittel- und Osteuropa sich aus ihren ideologischen und politischen Fesseln lösen konnten. Von der Staatenkonferenz in Helsinki sprangen unerwartet schnell Funken über auf *Bürger und Bürgerinnen* oder – wie wir heute sagen – auf die Zivilgesellschaft. Das begann bereits 1976, und zwar in Moskau. Eine Gruppe von Dissidenten verlangte von der sowjetischen Regierung die Gewährung der in der Schlussakte vereinbarten Freiheitsrechte. Nach kurzer Schockstarre der

Sicherheitsorgane wurde diese Gruppe zwar zunächst ausgeschaltet; aber das Beispiel der russischen Dissidenten ermutigte Bürgerrechtler in anderen Staaten des Ostblocks, insbesondere in Polen und der Tschechoslowakei. Diese mutigen Leute nannten sich ausdrücklich *Helsinki-Gruppen*. Ihre Berufungsgrundlage war die Schlussakte, zu deren vollinhaltlicher Veröffentlichung sich alle KSZE-Staaten ausdrücklich verpflichtet hatten. Mitglieder der Helsinki-Gruppen nahmen nun die Schlussakte buchstäblich in die Hand und hielten sie den Behörden entgegen. Mit Recht hat deshalb 1990 die Charta von Paris hervorgehoben, dass sich Europa „durch den Mut von Männern und Frauen“ vom Erbe der Vergangenheit befreit hat.

Sie selbst haben dann als erster OSZE-Generalsekretär den Übergang von der KSZE zur OSZE ab 1993 mitgeprägt. Unmittelbar nach der gesellschaftlich-politischen Wende zeigte sich, dass aus ungelösten Problemen der Vergangenheit neue Konflikte entstanden, etwa im ehemaligen Jugoslawien und im Kaukasus. Wo lagen damals die entscheidenden Aufgaben, inwieweit konnten sie in Angriff genommen und gelöst werden?

KSZE und OSZE standen nach dem unerwartet schnellen Ende des Kalten Krieges vor völlig neuen Herausforderungen. Zunächst ging es vor allem um neuartige und *heisse Kleinkriege* im Süden des KSZE-Gebiets, dann aber auch um Unterstützung für die schwierigen Transformationspro-

zesse der vormals sozialistischen Staaten. Die OSZE war drauf ebenso wenig vorbereitet wie alle anderen. Sie brauchte Instrumente, um schnell und konkret helfen zu können. Es begann mit der Entsendung von Feldmissionen, die Konflikte durch permanente Präsenz vor Ort beobachten und entschärfen konnten. Hinzu kamen Einrichtungen zur Verbesserung menschlicher Sicherheit, wie man heute sagen würde; spezifisch ging es um nationale Minderheiten und Pressefreiheit. Die Zusammenarbeit mit der UNO und anderen internationalen Organisationen wurde ein großes Thema; vor allem im Hinblick auf die Europäische Union (EU), die etwa zur gleichen Zeit mit dem operativen Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik begann. Der Europarat hatte in Westeuropa große Erfahrungen auf Feldern, auf denen nun auch die OSZE in *Mittel- und Osteuropa* tätig wurde. Im Hintergrund der Entfaltung der OSZE stand von Anfang an die auch heute noch offene Frage nach der inklusiven und kooperativen euro-atlantischen/euro-asiatischen Sicherheitsarchitektur, die von allen – jetzt 57 – Teilnehmerstaaten der OSZE mitgetragen wird.

Gegenwärtig wird die OSZE leider kaum in der Öffentlichkeit wahrgenommen, obwohl sie z. B. mit dem „Hohen Kommissar für Nationale Minderheiten“ und dem „Beauftragten für den Bereich der Medien“ wichtige Aufgabenbereiche abdeckt. Welche Zukunft hat die OSZE Ihrer Ansicht nach in den nächsten Jahren?

Haben nicht alle Internationalen Organisationen ein Wahrnehmungsproblem? Auch die OSZE findet Aufmerksamkeit, wenn sie besonders gefordert wird: So war es in den neunziger Jahren und so ist es heute von Fall zu Fall; zum Beispiel bei Beobachtung heikler Wahlen. Tatsächlich kümmert sich die OSZE jedoch unverändert Tag für Tag und rund um die Uhr um „eingefrorene“ und neu aufflammende Konflikte, um eine Wiederbelebung der konventionellen Rüstungskontrolle und um Unterstützung von Staaten und Zivilgesellschaften auf ihren oft mühsamen Wegen zu Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie. Die OSZE wird aber angesichts wichtiger Entscheidungen immer wieder gelähmt von einem wachsenden Vertrauensdefizit zwischen Ländern östlich und westlich von Wien – wie man am Sitz der Organisation in der österreichischen Hauptstadt sagt. Russisches Ringen um Einflusszonen stößt zusammen mit der Nachbarschaftspolitik der EU, um nur einen aktuellen Grund zu nennen. Zunehmendes Misstrauen zwischen Ost und West geht natürlich nicht nur die OSZE an, aber es zeigt sich besonders negativ in der OSZE, weil diese Organisation Entscheidungen prinzipiell im Konsens trifft. Trotzdem bewährt sich die OSZE als Struktur einer langfristig angelegten Friedenspolitik gerade dann, wenn es zwischen den entscheidenden Mächten in West und Ost kriselt, denn sie ist ein Forum fortlaufender politischer Konsultation und Ort routinemäßiger Zusammenarbeit zwischen allen ihren Mitgliedern in

Ost und West. Deshalb bleibt die OSZE auch in Zukunft eine der Koordinaten für ein freiheitliches Europa ohne Trennungslinien. In vielen Kri-

sen bewährt, kann sie in besonderem Maße dazu beitragen, Europa vor einem Rückfall in traditionelle Macht-rivalitäten zu bewahren.

Bücher

- Anne Applebaum:* Der Eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944-1956. München: Siedler, 2013.
- Jörg Baberowski:* Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2003.
- Ders.:* Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. München: C. H. Beck, 2012.
- Dietrich Beyrau:* Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2000.
- Christopher Clark:* Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München: Deutsche Verlagsanstalt, 2013.
- Katharina Kucher u. a. (Hrsg.):* Stille Revolutionen. Die Neuformierung der Welt seit 1989. Frankfurt (Main): Campus, 2013.
- Michael Mann:* Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung. Hamburg: Hamburger Edition, 2005.
- Herfried Münkler:* Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918. Berlin: Rowohlt, 2013.
- Manfried Rauchensteiner:* Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie. Wien: Böhlau, 2013.
- Timothy Snyder:* Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin 1933-1945. München: C. H. Beck, 2011.
- Holm Sundhaussen:* Sarajevo. Die Geschichte einer Stadt. Wien: Böhlau, 2014.
- Clemens Vollnhals (Hrsg.):* Jahre des Umbruchs. Friedliche Revolution in der DDR und Transition in Ostmitteleuropa (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd 43). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011.

Bücher zum Ersten Weltkrieg



MARTIN LÄTZEL

Die Katholische Kirche im Ersten Weltkrieg

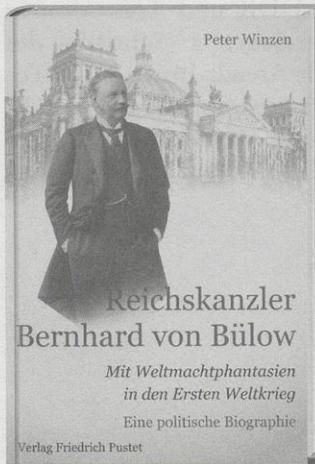
Zwischen Nationalismus und Friedenswillen

Gewaltlosigkeit und Friedenswillen gehören zum Wesen des Christentums, doch verhält sich die Katholische Kirche im Ersten Weltkrieg ambivalent. Martin Lätzels liefert die erste zusammenfassende Darstellung dieses vielschichtigen Themas – fundiert und verständlich geschrieben.

216 Seiten, 9 Abbildungen, kartoniert

ISBN 978-3-7917-2581-9, € (D) 22,-

auch als eBook



PETER WINZEN

Reichskanzler Bernhard von Bülow

Mit Weltmachphantasien in den Ersten Weltkrieg. Eine politische Biographie

Der Machtpolitiker Bernhard von Bülow verkörpert wie kein anderer die Großmannssucht der Wilhelminischen Ära. Peter Winzen setzt sich in dieser quellengestützten Biografie kritisch mit der Person Bülow, der Debatte um die Kriegsschuld Deutschlands und Bülows Anteil daran auseinander. Unbedingt lesenswert!

576 Seiten, 39 Abbildungen, gebunden mit SU

ISBN 978-3-7917-2546-8, € (D) 36,95

auch als eBook



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet

Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0

Fax 0941 / 92022-330

bestellung@pustet.de

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von **€ (D) 6,50 / € (A) 6,70** (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Sport – Nation – Politik, Heft 4/2013

Sport und nationale Identität ♦ Fußball zwischen Fankultur und Fanatismus

Kroatien – mehr als ein Reiseland, Heft 3/2013

Land der Gegensätze ♦ Klischee und Wirklichkeit
♦ Kroaten in Deutschland

Hafenstädte in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2013

Von der Stadt zum Hafen – Vom Hafen zur Stadt ♦ Symbiose von Wirtschaft und Kultur ♦ Neue Wege im 21. Jahrhundert

Migrationsströme in Europa und ihre Folgen, Heft 1/2013

Entwicklungen in Europa seit 1990 ♦ Brennpunkt Stadt: Berlin, Moskau, Sarajevo
♦ Erfahrungen in einem fremden Land

Die Tschechische Republik, Heft 4/2012

Historische Eckpunkte ♦ Fakten und Klischees ♦ Deutsch-tschechische Befindlichkeiten

Rechtsextremismus in Mittel- und Osteuropa, Heft 3/2012

Facetten eines Begriffs ♦ Brennpunkte in Europa ♦ Beispiele aus sieben Ländern

Brücken in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2012

Architektur und Geschichte ♦ Reale und symbolische Funktion ♦ Kunsthistorische und literarische Aspekte ♦ Eine Reise zu Brücken von Berlin über Budapest und Mostar bis nach Sankt Petersburg

Zweifel an Europa?, Heft 1/2012

Zwischen Hoffnungen und Ängsten ♦ Stillstand der Integration ♦ Meinungen und Gedanken aus zehn Ländern

Heft 2/2014 erscheint Mitte Mai zum Thema »Hinter Gittern. Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa«

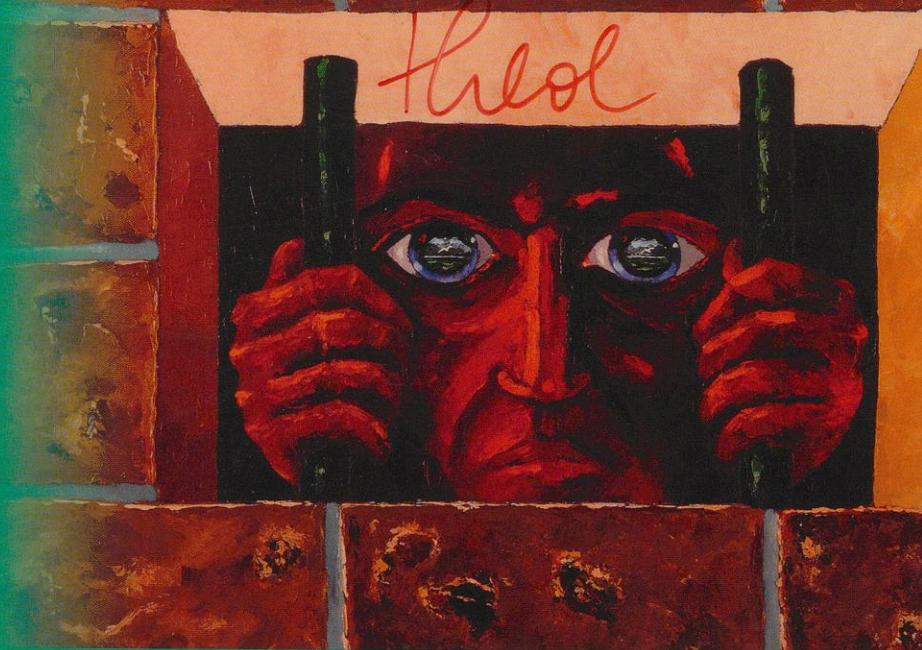


Seit 1997 führt Renovabis jährlich den Internationalen Kongress zu kirchlichen und gesellschaftspolitischen Themen durch. Referate, Diskussionsbeiträge und Arbeitskreisberichte werden in Dokumentationsbänden veröffentlicht. In Vorbereitung befindet sich folgender Band:

**Heute den Glauben entdecken. Neue Wege
der Evangelisierung in Europa
(Internationale Kongresse Renovabis 16/2012)**

Redaktion: Christof Dahm
Gestaltung: Thomas Schumann

Zu beziehen ab Mai 2014 über:
Renovabis e.V.
Domberg 27, 85354 Freising
E-Mail: kongress@renovabis.de



HINTER GITTERN

Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa

Juristische und historische Aspekte

Zur Bedeutung der Gefängnisseelsorge

Hilfen zur Resozialisierung: Beispiele
aus fünf Ländern

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising,
Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
info@renovabis.de · www.renovabis.de
und

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn,
Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Hancke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

Inhaltsverzeichnis

Für die Abbildung auf dem Umschlag wurde das Gemälde *c* rumänischen Häftlings Stephen (Gefängnis Oradea) mit dem tel „Freedom is reflected in the eye“ („Freiheit spiegelt sich Auge wider“) verwendet. Die Vorlage wurde ebenso wie eine weitere Abbildungen in vorliegendem Heft von Diakon Hei Peter Echtermeyer, Vorsitzender des Vereins Art and Prison e. freundlicherweise zur Verfügung gestellt (vgl. dazu auch unt S. 120f.). – Gestaltung: Martin Veicht.

Matthias Stadelmann	
GULag – stalinistischer Strafvollzug in der Sowjetunion
Caroline von Gall	
Verbrechen und Strafe – zu den rechtlichen Grundlagen des Strafvollzugs in Russland
Sascha Feuchert	
Das „Writers in Prison“ – Committee der Schriftstellervereinigung PEN 1
Heinz-Peter Echtermeyer	
Mit dem Blick der Barmherzigkeit. Aspekte der Gefangenengestaltung 1
Fallbeispiele	
Marjan Lumči	
Gefängnisse in Albanien – der lange Schatten der kommunistischen Vergangenheit 1
Cristian Pavel	
Gefängnisse in Rumänien – Orte der „Erlösung“? 1
Emilia Moraru	
„Unsere Zukunft liegt in unseren Händen“. Jugendliche Straftäter in der Republik Moldau 1
Hannah Rita Laue	
Aus dem Glauben Hoffnung vermitteln. Gefängnisarbeit in Riga 1
Alexander Stepanov	
Der Dienst der Kirche in russischen Gefängnissen 1
Bücher 1

Editorial

Die Thematik der vorliegenden Ausgabe von „OST-WEST. Europäische Perspektiven“ mag auf den ersten Blick vielleicht seltsam anmuten. Ein Heft zu Fragen des Strafvollzugs, der Gefangenenseelsorge, des Lebens „hinter Gittern“ in Mittel- und Osteuropa? Sicher ein Themenkomplex, der sich nicht gerade aufdrängt. Dennoch war es der Redaktion wichtig genug, hiermit eine Realität ins Auge zu fassen, die beim Blick auf die gesellschaftlichen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa eher ausgeblendet wird. Auch 25 Jahre nach der „Wende“ ist (auch) die Transformation der Strafvollzugssysteme hin zu einer menschenwürdigen Behandlung inhaftierter Personen keineswegs abgeschlossen. So wurden zwar umfassende Gesetzesreformen – etwa in Russland – beschlossen, diese harren teilweise aber noch der Umsetzung, sodass es bisher nicht gelungen ist, europäische Mindeststandards im russischen Strafvollzug umzusetzen.

Im vorliegenden Heft werden Facetten des „stalinistischen Strafvollzugs“ ebenso beleuchtet wie das mancherorts noch nachwirkende geistige Erbe der kommunistischen Zeit, in der Haftstrafen vor allem der „Besserung“ oder „Umerziehung“ von Strafgefangenen galten. Fallbeispiele aus Russland, Albanien, Rumänien, Lettland und der Republik Moldau belegen dies und zeigen auch, wie verbreitet Willkür und Gesetzlosigkeit sowie psychischer und physischer Druck in den Strafvollzugssystemen heute noch sind.

Doch dass es auch „Licht im Schatten“ gibt, zeigen konkrete Projekte der Betreuung und Begleitung von Strafgefangenen (insbesondere Jugendlichen) in verschiedenen Gefängnissen der genannten Länder. Vor allem christliche Seelsorgerinnen und Seelsorger tun sich dabei hervor. Deren Engagement hat tiefe Wurzeln nicht nur im biblischen Glauben, sondern auch in der kirchlichen Verkündigung, nach der jedem Menschen, auch dem Straftäter, eine unantastbare Würde zukommt (siehe Beitrag Echtermeyer). Menschen in Haft haben Anspruch auf Achtung ihrer Würde und Grundrechte. Und es muss Sorge getragen werden, dass ihr Freiheitsentzug „nicht zu einer Zeit sozialer Vergeltung verkürzt wird“ (Papst Johannes Paul II.).

Die Redaktion

GULag – stalinistischer Strafvollzug in der Sowjetunion

Dr. Matthias Stadelmann ist Privatdozent für Neuere und Osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg und Professor (in Vertretung) für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte ist die Geschichte der Sowjetunion, insbesondere des Stalinismus.

Das Straflagersystem des GULag steht für die repressive Seite des Stalinismus. Zwischen 1929 und 1953 wurden an die 18 Millionen Menschen zur Zwangsarbeit unter härtesten Bedingungen verurteilt, die Mehrheit davon aus politischen Gründen. Der Beitrag führt in Geschichte und Interpretationen des GULag ein und versucht, den sowjetischen Strafvollzug in allgemeinen Entwicklungslinien der Landes zu verorten.

GULag ist ein schrecklicher Begriff. Schon im Klang scheint er eine Vorstellung vom dem Grauen zu geben, das sich hinter ihm verbirgt. Hinter geläufigen Ausdrücken wie „jemand verschwand im GULag“ erscheint geradezu lautmalerisch jene Hölle auf Erden, die diesen jemand erwartete. GULag – das klingt dumpf, brutal, grausam; spätestens seit Aleksander Solschenizyns beeindruckendem Opus wissen wir, dass es „im GULag“, im System der sowjetischen Straflager auch so war.¹ Ungeachtet seines verstörenden Klanges ist das Wort für sich genommen freilich nur eines jener Akronyme, wie sie in der bewusst technokratisierten, funktionalistischen sowjetischen Sprache hundertfach vorkamen: GULag steht für *Glavnoe Upravlenie Lagerej*, für Hauptlagerverwaltung, und bezeichnet damit die administrative Seite des sowjetischen Straflagersystems. Das GULag (Upravlenie im Russischen ist grammatisch Neutrumbild) ist demnach schlichtweg eine Behörde, die sich mit einer bestimmten Sparte des Strafvollzugs in der Sowjetunion

¹ Aleksandr I. Solzhenitsyn [Solženicyn]: *The Gulag Archipelago 1918-1956. An Experiment in Literary Investigation*. New York 1974. (Deutsche Ausgabe ebenfalls 1974).

beschäftigte; ihr unterstanden Lager vom Polarkreis bis Usbekistan, vom Fernen Osten bis in die Ukraine. Doch der Begriff hat sich über die Jahrzehnte hinweg verselbstständigt, was etwa auch darin seinen Ausdruck findet, dass er im Verständnis vieler Autoren nicht nur für die behördliche Seite des Straflagersystems steht, sondern für den von Repression und Willkür geprägten sowjetischen Strafvollzug schlechthin.

Der folgende Beitrag setzt sich zum Ziel, auf der Grundlage neuerer Forschungsliteratur in die Geschichte des sowjetischen Lagersystems einzuführen.² Dabei wird das Phänomen GULag in den historischen Kontext eingeordnet; mögliche Begründungen für die Entstehung des Systems werden genannt, die unterschiedlichen Strafvollzugstypen kurz vorgestellt sowie Zahlen zu den Insassen angeführt. Am Ende steht ein knapper Ausblick auf die weitere Entwicklung.

GULag steht als Synonym für das sowjetische Straflagersystem.

Historischer Kontext

Zwangarbeit hat im russischen Strafvollzug eine lange Tradition. Schon seit etwa 1700, seit der Zeit Peters I., der alle Ressourcen seiner Untertanen maximieren wollte, hatten sich straffällig Gewordene mit harter Arbeit für den Staat an meist entlegenen Orten nützlich zu machen. Im schier endlosen, oft unwirtlichen, wenig erschlossenen und dünn besiedelten Sibirien fand sich genügend Raum, um verurteilte Straftäter unterzubringen, vom Rest der Gesellschaft zu isolieren und zu mehr oder weniger nützlichen Tätigkeiten für den Staat zu zwingen, etwa in Steinbrüchen, Bergwerken, Fabriken oder beim Straßen- und Wegebau. Eine mildere Form der Bestrafung bestand in der Verbannung in Russlands östliche Weiten. Hierbei ging es nicht um Zwangarbeit, sondern um Zwangsansiedlung und das Verbot zur Rückkehr in das europäische Russland. Gerne wird die Kontinuität zwischen russländischem und sowjetischem Strafvollzug, gerade im Hinblick auf Sibirien, betont.

2 Die Ausführungen zum GULag folgen vornehmlich Anne Applebaum: GULAG. A History. New York 2003; dies. (Hrsg.): Gulag Voices. An Anthology. New Haven 2011; Steven A. Barnes: Death and Redemption. The Gulag and the Shaping of Soviet Society. Princeton 2011; Oleg V. Chlevnjuk: The History of the Gulag. From Collectivization to the Great Terror. New Haven 2004. Weitere Hinweise finden sich in der Rubrik „Bücher“ in vorliegendem Heft (unten S. 159).

Doch die Zahl von etwa 6.000 zur Zwangsarbeit Verschickten im Jahr 1906 deutet bereits an, dass der sowjetische Strafvollzug hier in ganz anderen Dimensionen operierte. Auch wenn die Zahl der Verbannten im Russischen Zarenreich des 19. Jahrhunderts in die Hunderttausende ging (und diese Gruppe von Verurteilten damit einen erheblich bedeutenderen Beitrag zur Kolonialisierung Sibiriens leistete als die Strafgefangenen), war der Strafvollzug im Russischen Reich von gänzlich anderer Qualität wie Quantität als nach der Revolution von 1917.

Mit dem Erfolg von Lenins Bolschewisten, des radikalen Flügels der russischen Sozialdemokraten, im Bürgerkrieg (1918–1921) beginnt die Geschichte des sowjetischen Straflagersystems, auch wenn das GULag als Behörde erst 1929 ins Leben gerufen wurde.³ Schon seit 1918 verfolgten Russlands Revolutionäre das Ziel, politische Missliebige in Lagern zu „konzentrieren“. Neben einem unter neuen Vorzeichen fortgeföhrten herkömmlichen Strafvollzug in Gefängnissen richtete man unter behördlicher Kompetenz der VČK bzw. der GPU⁴ „Sonderlager“ ein. Eines konkreten Vergehens oder gar eines gerichtlichen Prozesses bedurfte es nicht: Als Grund für die Verhaftung reichte aus, dass man den verhassten Klassenfeinden angehörte: Adel, Bourgeoisie, Geistlichkeit – und anderer, wie es im Jargon der Zeit hieß, „menschlicher Müll“. Besonders prädestiniert für die Internierung waren Funktionsträger der alten Regierungen sowie Gegner des neuen Regimes, darunter wurden übrigens gerade Angehörige anderer sozialistischer Parteien besonders intensiv verfolgt. Ob sie die Internierten in den Lagern umerziehen wollten, wussten die Bolschewisten im Chaos der revolutionären Anfangs-

³ Die Russische Sozialdemokratie hatte sich 1903 in zwei Flügel gespalten, auf dem entscheidenden Parteitag waren die Radikalen in der Mehrheit, die Gemäßigten in der Minderheit geblieben. Hieraus resultierten die Gruppen der Bolschewisten (russ. Bol'seviki, Mehrheitler) und der Menschewisten (russ. Men'seviki, Minderheitler).

⁴ VČK: Vserossijskaja Črezvyčajnaja komissija po bor'be s kontrrevoljuciej i sabotažem pri SNK SSR („Allrussische Außerordentliche Kommission zum Kampf mit Konterrevolution und Sabotage beim Rat der Volkskommissare der UdSSR“). Die VČK, oft auch nur „ČK“ (Tscheka) war die erste sowjetische geheimpolizeiliche Organisation. 1922 wurde sie umstrukturiert in die GPU (Glavnoe političeskoe upravlenie pri NKVD RSFSR, „Politische Hauptverwaltung beim Volkskommissariat des Inneren der Russischen Föderativen Sowjetrepublik“), 1923 wurde, nach der Erweiterung Sowjetrusslands zur aus mehreren Republiken bestehenden Sowjetunion daraus die OGPU (Ob'edinennoe Glavnoe političeskoe upravlenie pri SNK SSSR, „Vereinigte Politische Hauptverwaltung beim Rat der Volkskommissare der UdSSR“). Sie existierte bis 1934, als eine erneute organisatorische Umstrukturierung der Innen- und Polizeibehörden stattfand.

jahre wohl selbst nicht genau; wenn man den Eindruck hatte, die Eingesperrten seien unverbesserlich, kam es vor, dass man sie einfach erschoss. Der „Rote Terror“ herrschte auf Russlands Straßen und in den Lagern; von einem nachvollziehbaren, klar geregelten und begründeten Strafvollzug konnte bis mindestens 1922 nicht die Rede sein.

Obwohl man bereits 1923 ein groß angelegtes Konzentrationslager auf den Solowezki-Inseln im Weißen Meer anlegte, entzog sich die sowjetische Strafpolitik in den 1920er Jahren einer klar definierbaren Einheitlichkeit – und ordnete sich damit in allgemeine Zustände und Entwicklungen in der Sowjetunion auf den Gebieten von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur ein. Nach der Durchsetzung im Bürgerkrieg, nach der Verabschiedung von einer schnellen Weltrevolution, nach der Konzentration auf den „Aufbau des Sozialismus in *einem* Land“ waren die sowjetischen zwanziger Jahre Jahre des Suchens, in denen man unbedingt die „richtigen“ sozialistischen Wege beschreiten wollte, in den wenigsten Fällen jedoch wusste, wie man auf diese Wege kam und zu welchen konkreten Zielen sie führten.⁵

Erst am Ende der 1920er traf die sowjetische Politik, die sich nun bereits unter einer Art Allmacht des Partei-Generalsekretärs Stalin befand, klare Entscheidungen über die künftige Richtung. Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sollten forciert im sozialistischen Geist umgestaltet werden. Forcierte Schwerindustrialisierung des bis dato nach wie vor agrardominierten Landes, Zusammenfassung der traditionellen bäuerlichen Kleinwirtschaften in kollektiv organisierten Großbetrieben (Kolkchosen und Sowchosen), Schaffung einer neuen, jungen, sowjetischen Elite in Kultur, Wissenschaft und Technik bei gleichzeitiger Hinausdrängung derjenigen Eliten auf diesen Feldern, die man aus schierem „Personalmangel“ heraus den Systemwechsel hatte überstehen lassen – zwischen 1927 und 1931 ereignete sich in der Sowjetunion eine abermalige „Revolution“, die „von oben“, d. h. in der Führungsebene der Partei, initiiert wurde und dem Land auf verschiedenen Sektoren noch größere strukturelle Umbrüche bescherte als das Jahr 1917. Dieser Kontext eines neuerlichen, mit äußerster Entschlossenheit und brachialem Zugriff

⁵ Zur allgemeinen Geschichte der Sowjetunion vgl. Helmut Altrichter: Kleine Geschichte der Sowjetunion. 3. Aufl. München 2007; Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998; Dietmar Neutatz: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert. München 2013.

durchgezogenen Umbruchs ist sehr wichtig, um die Entstehung des GU-Lag ab 1929 adäquat einzuordnen.

Motivationen für die Schaffung des GULag

Das GULag und seine Straflager wurden nicht aus sadistisch-zynischer Bösartigkeit heraus ersonnen, um eine Hölle auf Erden entstehen zu lassen, auch wenn man letztere de facto schuf. Das Vorhaben Stalins und seiner Entourage, nun mit Macht und Konsequenz den Sozialismus aufzubauen, wurde in einer totalitären Qualität angegangen. Wer sich anders als die Partei positionierte, wer die Welt anders sah, wer andere Vorstellungen über den Sozialismus oder über die richtige Art zu wirtschaften und zu arbeiten hatte, wurde damit zum Feind, der mit seinem schädlichen Wirken das Erreichen des sozialistischen Ziels gefährden konnte. Wer den angestrebten Umwälzungen im Interesse „des Volkes“ im Wege zu stehen schien bzw. sie womöglich gar sabotieren und stören konnte, musste weg, da kannte die bolschewistische Führung weder Rücksicht noch Erbarmen, ob auf zentraler oder lokaler Ebene. Nicht ganz weg, freilich. Schließlich glaubten die Bolschewisten nicht nur an die Vision des Sozialismus als einziger zukunftsfähigem Weg zu Wohlstand und Gerechtigkeit, sondern sie glaubten auch an die prinzipielle Erziehbarkeit des Menschen, an die Formbarkeit der Gesellschaft. Wenn man also reale oder potenzielle Störenfriede aus der Gesellschaft entfernte, sollten diese, sofern ihre „Verbrechen“ an Staat und Gesellschaft nicht ihre physische Liquidierung einforderten, eine Chance erhalten, von nutzlosem, gesellschaftsgefährdem Abschaum transformiert zu werden zu Menschen, die die Richtigkeit des sozialistischen Weges erkannten

Ziel der Lagerhaft war die Umerziehung der Störenfriede zu gläubigen Sozialisten.

und an ihm teil hatten. „Arbeit macht frei“ schrieben die deutschen Nationalsozialisten über die Tore zu ihren Konzentrationslagern, um in zynischer Menschenverachtung ihre chancenlosen Opfer zu demoralisieren. An den sowjetischen Straflagereingängen stand dieser Satz nicht, aber die grundsätzliche Idee war im System mitgedacht. Dass beides, Strafe und Umerziehung, auch im Dienste des sozialistischen Aufbaus stehen sollte, war Teil des Konzeptes, weshalb die in das Straflagersystem eingewiesenen „Volksfeinde“ mit harter, gesellschaftlich nützlicher Schuftei in zeitweiliger Unfreiheit ihre (angebliche) feindliche Haltung gegenüber der Sowjetunion, ihre (vermeintlichen) Vergehen

und Verbrechen, ihre „Schuld“ abarbeiten sollten – zum Nutzen der Staatswirtschaft (und damit, in bolschewistischer Lesart, zum Nutzen des Volkes), aber auch zum Nutzen ihrer selbst.⁶

Die „Geburt“ des GULag im Jahr 1929 ist also von den politisch-ideologischen Umständen in der Sowjetunion jener Zeit nicht zu trennen, ebenso wenig vom Ausschließlichkeitsanspruch totalitärer Regime im Europa des 20. Jahrhunderts, ebenso wenig von der brachialen Gewaltkultur bolschewistischen Regierens, wie es sich in Bürgerkrieg und Revolution herausgebildet hatte. Diese Feststellungen bedeuten nicht, dass das System der sowjetischen Zwangsarbeitslager in der Realität seiner Existenz nicht noch weitere Funktionen angenommen und erfüllt hätte. So betont etwa Anne Applebaum in ihrem beeindruckenden Opus „GULAG. A History“ von 2003 wie bereits etliche andere Experten gerade die *ökonomische Dimension* des sowjetischen Lagersystems.⁷ Die sowjetische Führung brauchte die Gefangenen, um Arbeiten in fernsten, unwirtlichen, im Winter unbeschreiblich kalten, im Sommer mückenüberfluteten Gegenden durchzuführen zu lassen, zu Bedingungen, für die freiwillig kein Mensch zu gewinnen gewesen wäre: Abbau von Gold oder Rohstoffen und Bodenschätzen im hohen Norden und fernen Osten; Eisenbahn-, Straßen-, Kanal- und Kraftwerksbau; holzwirtschaftliche Tätigkeiten in Sibiriens Wäldern; Aufbau schwerindustrieller Produktionsstätten und Mitwirkung an der Herstellung etwa von Rüstungsgütern, wie überhaupt die allmähliche Kolonialisierung unbewohnter, wenig attraktiver Landstriche. Tatsächlich erreichten die Zwangsarbeiter des GULag durchaus beachtliche – absolute – Zahlen auf den genannten Feldern; die Effektivität und Produktivität der Zwangsarbeit jedoch war gegenüber der „zivilen“ Bewirtschaftung stets äußerst gering. Ob, wie von einigen Autoren postuliert, die ökonomische Funktion gar ausschlaggebend war für die Errichtung des GULag-Komplexes und für die enormen Verhaftungszahlen, bleibt bis heute Ansichtssache. In jedem Fall fügte sich die ökonomische Ausnutzung der Strafgefangenen gut in das Konzept vom Strafen, Abarbeiten und Umerziehen, mit welchem man der „Volksfeinde“ Herr werden wollte.

6 Die Einordnung des GULag in Transformations- bzw. Formungsanliegen der sowjetischen Politik gegenüber der Gesellschaft zuletzt sehr überzeugend bei Steven A. Barnes: *Death and Redemption. The Gulag and the Shaping of Soviet Society*. Princeton 2011.

7 Vgl. Anm. 2, oben S. 83.

Ein anderer Zugang zum GULag besteht in seiner *politischen Verortung*. In dieser Auffassung ist das ökonomische Potenzial des Straflagersystems allenfalls ein Nebenprodukt eines in seiner Motivation ausschließlich politischen Anliegens. Das GULag diente der Festigung der Partei- und Personendiktatur, indem vermeintliche oder reale Gegner der Stalinschen Politik ausgeschaltet wurden. Letzteres ist in diesem Erklärungsmodell durchaus wörtlich zu nehmen: Der Tod der Inhaftierten wurde durch miserable Bedingungen bei harter Arbeit und gezielter Unterernährung nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern sogar angestrebt. Man konnte Missliebige liquidieren, ohne sich aktiv die Hände dabei schmutzig zu machen. Dass unerwünschte Elemente für lange Zeit – ohne jede Rückkehrgarantie – verschwinden konnten, oder dass es keiner belastbar-konkreten strafrechtlichen Prozesse bedurfte, um Hunderte und Tausende ins Lager zu schicken – solche Konstellationen gaben den zentralen, aber auch regionalen Führungsorganen in Staat und Partei, Wirtschaft und öffentlichem Leben enorme Druckmittel in die Hand, um Vorstellungen durchzusetzen und gegenläufige Strömungen zu verhindern. Die These jedoch von unausgesprochenen Vernichtungslagern im GULag für Gegner Stalins und der Bolschewisten, die Rückführung der Lager vor allem auf die mörderische Bosheit eines amoralischen Regimes, führt – bei aller Erschütterung über Opferschicksale – in historischer Betrachtung nicht weiter, zumal die „Feinde“, die die Sowjetunion in die Lager schickte, grundsätzlich „zum Besseren“ transformierbar schienen, im Gegensatz etwa zu den Juden in Deutschland, für die der nationalsozialistische Rassenwahn als Option nur die Auslöschung vorsah.

Arten bzw. Orte des Strafvollzugs

Welche Arten des Strafvollzugs gab es in der Zeit des GULag? Die äußerste Form der Bestrafung bestand, wie in zahlreichen anderen Staaten der Zeit auch, in der *Hinrichtung*. Die sowjetischen Organe hatten keine Scheu, die Todesstrafe zu verhängen, wenn ein Schwerstverbrechen – ob politisch oder kriminell – verhandelt wurde und man dem Delinquenten keine Chance zur „Besserung“ oder „Abarbeitung“ geben wollte. Die zweite Stufe des Strafvollzugs bestand im *Gefängnis*. Damit sind hier nicht die Untersuchungsgefängnisse gemeint, in denen zum Teil mit unmenschlichsten Methoden Schuldeingeständnisse aus Arrestierten herausgepresst wurden, sondern jene Haftanstalten, in denen

man langfristig jene Verurteilten unterbrachte, die man für „besonders gefährlich“ und „unverbesserlich“ hielt. Die Insassen von sowjetischen Gefängnissen wurden unter miserabelsten Bedingungen in weitgehender Isolation voneinander gehalten, Gefängnis galt als schlimmste Form der Haft.

Die bekannteste Form des sowjetischen Strafvollzugs stellten die *Arbeits- und Besserungsanstalten* dar. Generell galt, dass Verurteilte mit Strafen über drei Jahren in *Lager* eingewiesen wurden, wer weniger als drei Jahre bekommen hatte, landete in sogenannten *Kolonien*. In letzteren saßen vorwiegend „gewöhnliche“ Kriminelle, da die aus politischen Gründen Verurteilten in der Regel nicht mit drei Jahren oder weniger davonkamen. Kolonien lagen meist nicht in den entferntesten Extremregionen und stellten eine etwas abgemilderte Form des Vollzugs dar. Die Lager dagegen bildeten den Kern des GULag – es handelte sich um jene stacheldrahtumwickelten Barackensiedlungen fernab der Zivilisation, deren Insassen unter widrigsten Bedingungen, von schlechter Ernährung über mangelnde Hygiene bis zu gezielten Demütigungen durch das Wachpersonal, härteste Arbeit leisten mussten. Das Überleben dieser Verhältnisse war möglich, wurde einem aber nicht leicht gemacht.⁸

Die mildeste Variante des Strafvollzugs bestand in den *Sondersiedlungen*. Obwohl formell nicht zur Behörde GULag gehörend, werden sie von der Geschichtsschreibung in den weiter gefassten Begriff von „Gulag“ als stalinistische Repressionsmaschinerie integriert. Die Sondersiedlungen gab es in erster Linie für die im Rahmen der Zwangskollektivierung von ihren Feldern vertriebenen wohlhabenderen Bauern („Kulaken“) sowie für die von Stalin, oft nur aus schierem Misstrauen und purer Abneigung, deportierten kleinen Völkerschaften (z. B. Krimtataren, Wolgadeutsche, Tschetschenen u. a.). Die Siedlungen lagen in Sibirien und Mittelasien, ihre Bewohner konnten sich vor Ort frei bewegen, hatten zu arbeiten, wofür sie auch bezahlt wurden, und mussten sich selbst um ihren Lebensunterhalt kümmern. Im Prinzip handelte es sich um die sowjetische Variante der „Verbannung“. Schließlich gab es auch noch die

Den Kern des GULag bildeten die fernab jeder Zivilisation gelegenen Barackensiedlungen mit widrigsten Lebensbedingungen für die Insassen.

⁸ Bildmaterial findet sich z. B. unter http://de.wikipedia.org/wiki/Perm-36_Gulag-Museum (letzter Zugriff: 08.04.2014).

Verurteilung zu *Zwangsarbeit ohne Freiheitsentzug*, was vor allem bei kleineren Vergehen am Arbeitsplatz angewendet wurde.

Opferzahlen

Es wird wohl immer umstritten bleiben, wie viele Menschen zu Opfern des GULag wurden. Zunächst ist dabei zu betonen, dass das GULag ein Phänomen der Stalin-Zeit war. Mit dem Tode des allmächtigen Generalsekretärs 1953 begann die Phase der Auflösung des stalinistischen Lagersystems. Verschiedene Amnestiewellen leerten seit 1953 die Lager, Kolonien und Sondersiedlungen, zum Teil trugen auch Häftlinge mit groß angelegten Revolten zur Beschleunigung des Auflösungsprozesses bei. Stalins Erben, allen voran Nikita Chruschtschow, nahmen der Sowjetunion ihren außerordentlichen gewalttätigen Charakter. Organisatorische Neuregelungen des Strafvollzugs Anfang der 1960er Jahre markierten hierbei auch eine behördliche Zäsur. Selbstredend gab es weiterhin Straflager in der UdSSR, in denen man auch aus politischen Gründen landen konnte. Die Bedingungen des Strafvollzugs blieben hart – und sind es in den meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion bis heute.⁹ Die monströsen Dimensionen des GULag wurden jedoch nach Stalins Zeit nicht einmal annähernd wieder erreicht.

Doch auch wenn man die Geschichte des GULag in zeitlicher Dimension klar eingrenzen kann, ist die Frage nach Opferzahlen nicht leicht zu beantworten. Zunächst sei an dieser Stelle daran erinnert, dass es im sowjetischen Strafvollzug im Kontext des GULag nicht nur um politisch Missliebige ging, sondern auch um „gewöhnliche Kriminelle“ – selbstredend hatte auch die Sowjetunion ihre Diebe, Betrüger, Vergewaltiger und Mörder. Dass freilich auch bei „gewöhnlichen Kriminellen“ die Grenze zum Repressionsopfer fließend sein konnte, legen drastische Strafverhängungen für Kleindelikte nahe, etwa die Ahndung eines Lebensmitteldiebstahls mit fünf Jahren Arbeitslager. Doch auch jenseits solcher Überlegungen bleibt die Feststellung von Opferzahlen problematisch, sie hängt nicht nur von den zur Verfügung stehenden Materialien ab, sondern auch von Fragen der Berechnung. Man kann heute von etwa 18 Millionen Sowjetbürgern ausgehen, die zwischen 1929 und 1953 in Lager und Kolonien eingewiesen wurden. In Sondersiedlungen wurde zu Stalins Zeit insgesamt wohl an die 6 Millionen Menschen verbannt.

⁹ Vgl. dazu den Beitrag von Caroline von Gall in vorliegendem Heft.

Nicht eingerechnet sind hier etwa die ca. 4 Millionen *sowjetischen Kriegsgefangenen*, Verschleppten und Expatriierten des Zweiten Weltkrieges, die nach ihrer Befreiung zunächst in spezielle Überprüfungs-lager eingewiesen, dann nach etwa einem Jahr zu ca. 80 Prozent entlassen und zu 20 Prozent weiteren Zwangsmaßnahmen zugewiesen wurden.

Besonders schwierig ist die Frage nach den *Todesopfern*. Wer gehört dazu, wer nicht? Wie sind zum Tode führende Krankheiten oder entsprechende Folgewirkungen zu bewerten? Hingerichtet aufgrund eines Todesurteils wurden zwischen 1934 und 1953 wohl an die 800.000 Menschen. Wie viele Todesopfer im Kompetenzbereich des GULag zu verzeichnen sind, ist nicht einfach festzulegen, die Zahlen pendeln sich zwischen 1,5 und 2,8 Millionen ein. Wenn in einzelnen Publikationen von 12 oder gar 20 Millionen Todesopfern sowjetischer Gewaltherrschaft die Rede ist, so kann man solche Zahlen, wenn überhaupt, nur unter Einbeziehung aller Umstände erreichen, die in der Sowjetunion zu unnatürlichem bzw. verfrühtem Tod führten, also etwa mit den Toten des Bürgerkrieges und verschiedener Hungersnöte. Die Zahlenakrobatik sei hier nicht fortgeführt. Es sind in jedem Fall astronomische Zahlen an Menschen, denen die sowjetische Politik nicht das versprochene Wohl-ergehen, sondern Verderben oder Tod brachte.

Fragen der Aufarbeitung

Umso verwunderter reagiert man außerhalb Russlands und der anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf den Umstand, dass es mit der Aufarbeitung dieses schrecklichen Kapitels nicht allzu gut bestellt ist. Sicher, es gibt individuelle Aktivisten und Institutionen – an erster und herausragender Stelle ist hier die Gesellschaft „Memorial“ zu nennen –, die sich der Dokumentation und Aufarbeitung des Terrors gegen die eigene Bevölkerung verschrieben haben und mit großem Engagement Verdienstvolles leisten.¹⁰ Es gibt lokale Initiativen, etwa an den Stellen ehemaliger Lager, die gegen Verdrängung und Vergessen kämpfen. Denkmäler und Museen sind entstanden, Erinnerungen und Berichte erschienen, Ausstellungen und Gedenkveranstal-

Weder Staat noch Gesellschaft haben großes Interesse an der Aufarbeitung des Systems.

¹⁰ Siehe dazu etwas den Band GULAG. Spuren und Zeugnisse 1929-1956. Hrsg. v. von Volkhard Knigge und Irina Scherbakowa. Weimar 2012.

tungen durchgeführt worden. Das offizielle Russland betrachtet solche Maßnahmen eher unbeteiligt, von staatlicher Seite gibt es bislang kaum Schritte zu einer intensiven Aufarbeitungskultur. Und auch in der Gesellschaft bilden diejenigen, die nachforschen, nachfragen und erinnern wollen, eine oftmals skeptisch beäugte Minderheit.

Woran liegt das? Es liegt sicher nicht nur daran, dass die Menschen in Russland und seinen Nachbarstaaten oft mit anderen, elementarereren, v. a. materiellen Dingen des Lebens beschäftigt waren, die ihnen für historische Aufarbeitung wenig Energien ließen. Die Gründe sind komplexer. Der eklatante Unterschied in der Aufarbeitungsdichte im Vergleich zu den Verbrechen des Nationalsozialismus erklärt sich dadurch, dass die Sowjetunion andere historische Wege genommen hat. Anstelle eines vollständigen Zusammenbruchs und Neuanfangs gab es in der nachstalinistischen Sowjetunion eine grundsätzliche politische, kulturelle und ideologische Kontinuität zur Epoche des GULag. Dies hatte nicht nur zur Folge, dass ein etwaiger Aufarbeitungsbeginn um fast 50 Jahre verzögert wurde, da die politische Führung der Sowjetunion – bei aller Entstalinisierung – an einer kritischen Durchdringung der eigenen Vergangenheit kein Interesse hatte. Die Kontinuität des Sowjetsystems hatte auch zur Folge, dass die Stalin-Zeit für viele Menschen schlichtweg „normaler Teil“ ihrer Vergangenheit wurde, eine Zeit, zu der es keinen moralischen Distanzierungzwang gab. In fast allen Staaten der ehemaligen Sowjetunion zählen Patriotismus und Nationalstolz sehr viel, dazu gehört auch Stolz auf und Identifikation mit der eigenen Vergangenheit. Gerade weil diese für den Einzelnen oft entbehrungsreich war, will man sich diese Vergangenheit nicht durch unangenehme Wahrheiten „kaputt reden“ lassen. Das Gedenken an die Stalin-Zeit ist in diesem Konzept dominiert vom Triumphgestus des Hitlerbezwingers Sowjetunion. Im Umkehrschluss bedeutet die Glorifizierung des Sieges im Zweiten Weltkrieg, dass Stalin sowie die sowjetische Politik und Gesellschaft anscheinend nicht alles schlecht und falsch gemacht haben können. So ist letztlich bis heute die Haltung Chruschtschows, dass im Stalinismus viele schlimme Fehler passiert seien, der Kurs im Grundsätzlichen aber schon richtig gewesen sei, weit verbreitet. Für eine tief gehende Auseinandersetzung mit den Schrecken und Ungerechtigkeiten jener Zeit ist unter diesen Voraussetzungen wenig Platz. Daher gibt es für Geschichtsforschung und Geschichtsvermittlung in Russland nach wie vor viel zu tun.

Verbrechen und Strafe – zu den rechtlichen Grundlagen des Strafvollzugs in Russland

Prof. Dr. Caroline von Gall ist Juniorprofessorin für öffentliches Recht und Ostrecht am Institut für Ostrecht der Universität zu Köln

Mit dem System des Strafvollzugs in Russland untrennbar verbunden sind schmerzliche historische Erinnerungen. Auch die aktuelle Gesetzgebung und ihre Umsetzung entspricht, wie der folgende Beitrag zeigt, trotz mancher Verbesserungen noch nicht den Maßstäben, die z. B. vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gesetzt worden sind.

Einleitung

Das historische Russlandbild ist von einem besonders einschneidenden Strafvollzug geprägt. Das stalinistische „GULag“¹ ist Synonym für den Terror durch Diktaturen weltweit. Bereits vor der bolschewistischen Machtergreifung war der russische Strafvollzug auch durch seine Verarbeitung in der russischen Literatur in besonderem Maße Diskussionsthema und ließ „Sibirien“ sprichwörtlich für Verbannung und Strafe werden. Schon im Vorwort zur deutschen Ausgabe des russischen Gesetzbuches „uloženie“ vermerkt der deutsche Übersetzer im Jahr 1732² über die Besonderheiten der russischen Gesetzgebung, dass ihm einige Strafen darin doch „etwas zu hart eingerichtet“ erscheinen.

Doch seit der stalinistischen Zeit ist der russische Strafvollzug gewaltigen Umwälzungen unterzogen. Gesetzgeberisch einschneidend war das In-Kraft-Treten der russischen Verfassung 1993. Sie erklärt den Menschen zum höchsten Wert, schützt erstmals seine Würde und sein

1 GULag steht für „Glavnoe Upravlenie Lagerej“ (Hauptlagerverwaltung); „Upravlenie“ ist im Russischen ein Neutrum. Vgl. dazu in diesem Heft S. 82.

2 Burcard Gotthelf Struve: Vorrede zur 1723 in Danzig herausgegebenen Übersetzung des „Allgemeinen Russischen Land-Rechts“ von Zar Aleksej Michailovič aus dem Jahr 1649. Danzig 1723.

Leben und fordert für Eingriffe in dessen Grundrechte eine Rechtfertigung durch Allgemeinwohlbelange oder Gefahr für die Rechte Dritter. Im Anschluss daran wurden ein neues Strafgesetzbuch, eine neue Strafprozessordnung und ein neues Strafvollstreckungsgesetzbuch geschaffen.³ Trotz dieser massiven Reformen ist es jedoch in den letzten zwanzig Jahren nicht gelungen, im russischen Strafvollzug europäische Mindeststandards umzusetzen. Dies belegen zahlreiche erfolgreiche Beschwerden russischer Inhaftierter vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Die Defizite beruhen auf logistischen wie auch juristischen Problemen. Zu den *logistischen Problemen* tragen aus der Sowjetzeit übernommene Strukturen und das Personal bei. So entsprechen die Strafvollzugs-einrichtungen teilweise baulich nicht den Anforderungen, auch ist das Personal unzureichend geschult. Außerdem werden die Forderungen des Europarats zur *Reform des Strafvollzugs* politisch nicht hinreichend umgesetzt. Das Hauptproblem für die nicht abgeschlossene Reform des russischen Strafvollzugs ist aber juristischer Natur und liegt in der fehlenden Unabhängigkeit der Justiz.⁴ Dieses institutionelle Problem sorgt einerseits dafür, dass sich viele Menschen rechtsstaatswidrig in Haft befinden. Zum anderen erweist sich die Justiz in vielen Fällen nicht als wirksames Instrument, mit dem Inhaftierte auf den Grundlagen des geltenden Rechts moderne Haftbedingungen einklagen und sich gegen Vollzugswillkür zur Wehr setzen könnten.

Dabei sind Forderungen nach einer Reform des Strafvollzugs seit Jahren Bestandteil der politischen Debatte in Russland. Zuletzt haben

Das Hauptproblem des russischen Strafvollzugs ist die fehlende Unabhängigkeit der Justiz.

die Sängerinnen der Punkband „Pussy Riot“, Maria Alechina und Nadeschda Tolokonikova, mit Interviews und Hungerstreiks über die Grenzen Russlands hinweg Aufmerksamkeit

auf die Haftbedingungen gelenkt. Insbesondere Tolokonikova hatte Zwangsarbeit, hygienische Bedingungen und fehlende Beschwerdemöglichkeiten gerügt.⁵ Doch nicht nur vonseiten der Oppositionellen

3 Strafgesetzbuch der Russischen Föderation vom 13.06.1996, Nr. 63-FZ; Strafprozessgesetzbuch der Russischen Föderation vom 18.12.2001, Nr. 174-FZ; Strafvollstreckungsgesetzbuch der Russischen Föderation vom 08.01.1997, Nr. 1-FZ.

4 Zur Unabhängigkeit der russischen Justiz umfangreich Olga Schwartz, Elga Sykiainen: Judicial Independence in the Russian Federation. In: Anja Seibert-Fohr (Hrsg.): Judicial Independence in Transition. Heidelberg 2012, S. 971 ff.

5 Nadeschda Tolokonikova: Warum ich in den Hungerstreik getreten bin; deutsche

wird eine Verbesserung der Bedingungen des Strafvollzugs gefordert. Bereits zum wiederholten Male hat auch Generalstaatsanwalt Caika Reformen angemahnt. Mitte Februar 2014 räumte er vor der Duma ein, dass unzählige Menschen rechtsstaatwidrig in den Gefängnissen sitzen. Er kam dabei auf eine Zahl von 14.261 rechtsstaatwidrig Verurteilten in den letzten drei Jahren.⁶ Vor diesem Hintergrund sollen die Probleme des Strafvollzugs in Russland im Folgenden genauer erörtert werden.

Strafarten

Bei einem Blick in das russische Strafgesetzbuch (StGB) verwundert rechtsvergleichend zunächst die Vielzahl von unterschiedlichen Strafarten, Unterbringungsanstalten und Haftregimen. Die Straftatbestände des Strafgesetzbuches lassen dem Richter bei der Strafzumessung einen ungewöhnlich weiten Spielraum zwischen sehr unterschiedlichen Strafarten.

Art. 44 StGB unterscheidet dem Wortlaut nach zwischen: Geldstrafen – Entzug des Rechts zur Ausübung bestimmter Ämter oder zur Ausübung einer bestimmten Tätigkeit – Entzug einer Dienstklasse, eines militärischen Grads oder eines Ehrentitels, eines Dienstrangs und staatlicher Auszeichnungen – Pflichtarbeit⁷ – Besserungsarbeit – Militärdienstbeschränkung – Freiheitsbeschränkung – Zwangsarbit – Arrest – Haft in einer militärischen Disziplinareinheit – Freiheitsentzug für eine bestimmte Dauer – lebenslangem Freiheitsentzug und Todesstrafe.

Die verschiedenen Arten des Freiheitsentzugs sowie die verschiedenen Arbeitspflichten erfordern Konkretisierung. Die Ursache für das Nebeneinander der sehr ähnlichen Strafen der Pflichtarbeit und der Besserungsarbeit liegen in der fehlenden Abstimmung unterschiedlicher Entwürfe bei der Fertigstellung des Gesetzentwurfes. So besteht beispielsweise die *Pflichtarbeit*, erst seit 2005 in Anwendung, in der „Leistung unentgeltlicher gesellschaftsnützlicher Arbeit durch den Verurteilten in der von der Hauptbeschäftigung oder Ausbildung freien Zeit“ von bis zu 240 Stunden. Dagegen wird die *Besserungsarbeit* für eine Dauer

Übersetzung abrufbar unter <http://www.freitag.de/autoren/der-freitag/warum-ich-in-den-hungerstreik-getreten-bin> (letzter Zugriff: 04.04.2014).

6 Russlands Generalstaatsanwalt: Tausende verbringen Jahre unrechtmäßig im Gefängnis; abrufbar unter <http://de.ria.ru/society/20140212/267816528.html> (letzter Zugriff: 04.04.2014).

7 „Pflichtarbeit“ entspricht „gemeinnütziger Arbeit“ im deutschen Jugendstrafrecht.

von bis zu 2 Jahren am Arbeitsplatz verhängt, wobei der Staat berechtigt ist, 5-20 Prozent vom Lohn zugunsten der Staatskasse abzuziehen. Anstelle einer Freiheitsstrafe kann außerdem für die Begehung einer geringen oder mittelschweren Straftat oder für die Erstbegehung einer schweren Straftat eine *Zwangarbeit* bis zu 5 Jahren verhängt werden. Die *Freiheitsbeschränkung* besteht in dem vom Gericht auferlegten Verbot, innerhalb einer bestimmten Zeit den Wohnort zu verlassen, bestimmte Orte aufzusuchen oder das Gebiet einer bestimmten Gemeinde zu verlassen, einen Veranstaltungsort oder eine bestimmte Veranstaltung zu besuchen oder sich an bestimmten Aktivitäten zu beteiligen sowie ohne behördliche Zustimmung den Wohnort oder den Arbeitsplatz zu ändern.

Freiheitsstrafen

Große Bedeutung in der Praxis hat der Freiheitsentzug für eine bestimmte Dauer. Er besteht in der Isolation des Verurteilten von der Gemeinschaft durch die Einweisung

- in eine Ansiedlungskolonie (kolonija poselenie) oder in der Unterbringung
- in einer Erziehungskolonie (vospitatel'naja kolonija),
- einer Besserungsheileinrichtung (lečebnoe ispravitel'noe učreždenie),
- einer Besserungskolonie (ispravitel'naja kolonija) mit allgemeinem, strengem oder besonderem Regime oder
- in einem Gefängnis (tjur'm).

Verhältnismäßig lange Strafen ebenso wie auch rechtsstaatwidrige Verurteilungen führen zu einer im europäischen Vergleich relativ hohen Zahl von Inhaftierten. Nach Statistiken der nationalen russischen Gefängnisverwaltung waren am 1. Januar 2014 in Russland insgesamt 677.200 Menschen inhaftiert, davon 16,8 Prozent in Untersuchungshaft. Das bedeutet, dass auf 100.000 Menschen 472 Gefangene kamen. Zum Vergleich: In Deutschland kamen 2013 auf 100.000 Menschen 77 Inhaftierte, in Frankreich 100, in Schweden 67. Innerhalb der G 20 haben nur die USA mehr Inhaftierte als Russland (716 Gefangene auf 100.000 Menschen). Allerdings hat die Zahl der Inhaftierten in Russland in den letzten Jahren stark abgenommen: 1998 waren noch 688 von 100.000 Menschen inhaftiert, insgesamt waren dies 1.009.863 Menschen.

Heute gibt es in Russland 1.013 Haftanstalten, in Deutschland sind es 186.⁸ Nach Statistiken des föderalen Strafvollstreckungsdienstes befanden sich am 1. Juli 2013 insgesamt 39.200 Menschen in 128 Ansiedlungskolonien, 567.600 Menschen in den 738 Besserungskolonien sowie 1.070 Menschen in den 7 Gefängnissen. 2.100 Jugendliche wurden in 46 Erziehungskolonien festgehalten. Die verschiedenen Einrichtungen unterscheiden sich hinsichtlich der Schwere des Eingriffs in die Freiheit des Straftäters. So ist es in den *Ansiedlungskolonien* erlaubt, sich tagsüber weitgehend frei in Zivilkleidung zu bewegen. Auf dem Gelände gibt es Berufsbildungseinrichtungen, die Verurteilten können hier uneingeschränkt über Geld verfügen, Besuche und Pakete empfangen. Die unterschiedlichen Regime in den *Besserungskolonien* unterscheiden sich aufgrund der Möglichkeit, über privates Vermögen zu verfügen, Besuche oder Pakete zu empfangen. Nach der Systematik des StGB bedeutet das *Gefängnis* die einschneidendste Unterbringungsart. So werden zusätzliche Einschränkungen hinsichtlich Vermögensverfügungen, Besuchen und dem Erhalt von Paketen gemacht; außerdem wird zwischen dem einfachen und dem strengen Regime unterschieden.

Nach Art. 73 Strafvollzugsgesetzbuch (StVollGB) sollen die Verurteilten grundsätzlich innerhalb der Region (russ.: Subjekt) untergebracht werden, in der sie leben oder verurteilt werden. Nur in Ausnahmefällen können sie in ein anderes Subjekt verlegt werden. In der Praxis scheitert dies gerade bei Jugendlichen und Müttern mit Kindern, für die es gesonderte Einrichtungen gibt (vgl. Art. 73 Abs. 3 StVollGB), obwohl gerade für sie die soziale Einbindung in Familie und Freundeskreis am Ort besser wäre.

Grundstrukturen des Strafvollzugs

Strafzweck und Strafprinzipien

Strafzweck ist nach Art. 1 StVollGB neben der Verhütung neuer Straftaten die Besserung des Verurteilten. Art. 43 Abs. 2 StGB fügt die „Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit“ hinzu. Art. 9 StVollGB konkretisiert, dass die Besserung des Verurteilten die Förderung einer „respektvollen Einstellung zum Menschen, zur Gesellschaft, zur Arbeit, zu Normen, Regeln und Traditionen des menschlichen Zusammenlebens und die Einübung rechtstreuen Verhaltens“ umfasst. Prinzipien

⁸ Statistik abrufbar unter: <http://www.prisonstudies.org/country/russian-federation>.

der Strafvollstreckung sind nach Art. 8 StVollGB Gesetzlichkeit, Humanismus, Demokratie, Gleichheit der Verurteilten vor dem Gesetz, Differenzierung und Individualisierung des Vollzugs von Strafen, aber auch die „zweckmäßige Anwendung von Zwangs- und Besserungsmaßnahmen“ und die „Einübung von rechtstreuem Verhalten“ sowie „die Verbindung von Strafe und erzieherischer Einflussnahme“. Problematisch ist dabei, dass die Konkretisierung der Zweckmäßigkeit von Zwangs- und Besserungsmaßnahmen weitgehend dem Anstaltspersonal über-

Erziehungsarbeit gilt weiterhin als ein wesentliches Mittel zur Besserung der Inhaftierten.

richtung über den Wechsel des Inhaftierten innerhalb der unterschiedlichen Haftregime, ohne dass die Voraussetzungen dafür hinreichend bestimmt wären.

lassen wird. Die Sanktion soll sich allerdings an erzieherischen, der Besserung dienlichen Zielen orientieren. Nach Art. 87 StVollGB entscheidet eine Kommission der Besserungsein-

Der Erziehungsgedanke

Auch wenn der Erziehungsgedanke nicht mehr so klar ausgesprochen wird wie im sowjetischen Recht, ist er auch im aktuellen StVollGB durch die Erziehungsarbeit als Mittel der Besserung des Inhaftierten dominant. Zu diesem Zweck wird der Inhaftierte nach Art. 110 StVollGB im Bereich der Moral und des Rechts erzogen, wobei ihm aufgrund seiner Inhaftierung ein nicht intaktes Rechtsbewusstsein unterstellt wird. Die rechtswissenschaftliche Literatur nennt im Einzelnen die Erziehung zu „Ehrlichkeit, Anständigkeit, Verantwortlichkeit, Pflichtgefühl, Selbstwertgefühl sowie zur Erhöhung des geistigen Niveaus des Menschen“.⁹ Aber auch Körperkultur und letztlich die Arbeit werden als Erziehungsinstrumente verstanden. Auch hier hat das Personal bei der Umsetzung Spielraum.

Die Arbeitspflicht

Obwohl das Strafvollzugsrecht anders als in sozialistischen Zeiten heute nicht mehr „Besserungsarbeitsrecht“ heißt, ist für die Unterbringung in den Besserungskolonien die dort zu verrichtende Arbeit charakteris-

⁹ Vgl. Susanne Rieckhof: Strafvollzug in Russland. Vom GULag zum rechtsstaatlichen Resozialisierungsvollzug? Bad Godesberg 2008, S. 162.

tisch. Für alle zu einer Freiheitsstrafe Verurteilten besteht nach Art. 103 StVollGB Arbeitspflicht. Grundsätzlich im Widerspruch zur Arbeitspflicht steht das Verbot der Zwangarbeit nach Art. 37 Abs. 2 Verfassung und Art. 4 des russischen Arbeitsgesetzbuches. Arbeit aufgrund eines rechtskräftigen Urteils wird jedoch nicht als Zwangarbeit nach dem Gesetz verstanden. Das russische StVollGB regelt, dass die persönlichen Umstände und Fähigkeiten des Inhaftierten bei der Heranziehung zur Arbeit berücksichtigt werden müssen und die Arbeit nicht ihren Zweck – die Besserung des Verurteilten – behindern dürfe. Inhaftierte haben das Recht auf einen Arbeitslohn, der den gesetzlichen Mindestlohn nicht unterschreiten darf; davon werden allerdings die Unterbringungskosten abgezogen. Arbeitsrechtliche Konflikte sollen über das Beschwerderecht gelöst werden.

Das Beschwerderecht

Wenn auch das Gesetz mit internationalen Normen übereinstimmt, so gibt es Anhaltspunkte, dass die Lagerleitung in der Praxis von den gesetzlichen Voraussetzungen abweicht. Nadeschda Tolokonikova schreibt, dass während ihrer Haftzeit in der Kolonie Nr. 14 in Mordwinien nicht das Gesetz, sondern die der Lagerleitung vorgegebene Produktionsquote der von den inhaftierten Frauen zu nähenden Polizeiuniformen die Arbeitsbedingungen bestimmte. Angesichts der hohen Quo- te von 150 pro Tag zu nähenden Uniformen seien 17 Arbeitsstunden am Tag, Sonntagsarbeit und der Einsatz von Kranken vorgekommen.

Nach Art. 12 Abs. 4 haben die Inhaftierten grundsätzlich das Recht, sich mit „Anträgen, Beschwerden und Vorschlägen“ an die Verwaltung der Einrichtung, aber auch an Gerichte und Staatsanwaltschaften zu wenden. Problematisch ist allerdings, dass das Gesetz selbst nicht das Verfahren und das zuständige Gericht regelt. Die behaupteten Rechtsverstöße konnten nach Tolokonikovas Bericht auch nicht durch eine Beschwerde bei der Lagerleitung abgestellt werden, da dieser durch das Disziplinarrecht, die Regelung über die Produktionsquote sowie weitgehende Entscheidungsbefugnisse innerhalb des Regimes zahlreiche Hebel zur Verfügung stehen, den Inhaftierten für die Beschwerde faktisch zu bestrafen. Während der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zahlreiche Beschwerden über den russischen Strafvollzug bestätigt hat, hat das russische Verfassungsgericht bisher nur wenig zur Verbesserung im russischen Strafvollzug beigetragen. Allerdings hat

es vor Kurzem eine Norm des Wahlrechtsgesetzes, nach der das passive Wahlrecht bei jeder Freiheitsstrafe lebenslang entzogen wird, als unverhältnismäßig bezeichnet.

Die EMRK als Maßstab für das russische Strafvollzugsrecht

Nach Art. 15 der russischen Verfassung gehen Normen des Völkerrechts einfaches russisches Gesetzesrecht vor. Seit die Russische Föderation

Das russische Verfassungsgericht hat bisher nur wenig zur Verbesserung im Strafvollzug beigetragen.

dem Europarat beigetreten ist und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) ratifiziert hat, muss somit das russische Strafrecht ebenso wie das Strafvollzugsgesetzbuch der

Konvention entsprechen. Zum Maßstab für das russische Strafvollzugsrecht wurden so im Wesentlichen das Folterverbot, das Recht auf Freiheit und das Recht auf ein faires Verfahren.

Bis heute grundlegend für den russischen Strafvollzug ist die Entscheidung „Kalashnikov“ des EGMR aus dem Jahr 2002. Der EGMR hatte eine Verletzung von Art. 3 EMRK darin gesehen, dass der Beschwerdeführer, der russische Häftling Valeriy Kalashnikov, über längere Zeit in einer Einrichtung in Magadan zwischen 1995 und 2000 in einer Zelle von ca. 20 m² für acht Inhaftierte untergebracht war. Insbesondere wurde gerügt, dass im vorliegenden Fall nach Angabe des Beschwerdeführers teilweise bis zu 24 Personen in der Zelle lebten und jedes Bett von 2 bis 3 Inhaftierten genutzt wurde. Außerdem fehlte eine angemessene Belüftung, während den Inhaftierten nur bis zu zwei Stunden gestattet war, sich draußen aufzuhalten. Aufgrund mangelnder Hygiene hatte Kalashnikov Hautkrankheiten bekommen. In der Einrichtung waren Erkrankungen an Syphilis und Tuberkulose bekannt. Außerdem waren die Toiletten nicht abgetrennt und konnten eingesehen werden. Mit dieser Entscheidung wurde die Russische Föderation verpflichtet, den gerügten Vertragsverletzungen für die Zukunft abzuheften.

Gleichwohl folgten in den Folgejahren zahlreiche weitere, ähnlich gelagerte Beschwerden aus Russland. Dies bewog den EGMR im Januar 2012, fünf Jahre nach dem Kalashnikov-Urteil, die ca. 250 diese Problematik betreffenden anhängigen Verfahren zu einem so genannten Pilotverfahren zu bündeln, das gewählt wird, wenn das Gericht aufgrund der Vielzahl der Beschwerden, der Dauerhaftigkeit und ständigen Wieder-

kehr von Fällen ein strukturelles Problem im Rechtssystem des Mitgliedsstaates ausmacht, das gelöst werden muss. Nach Auffassung des EGMR waren die Beschwerden keine Einzelfälle, sondern zeugten von einem weit verbreitenden Phänomen im russischen Strafvollzug. Neben den ungelösten Problemen hinsichtlich des Zustands der Einrichtungen konstatierte der EGMR aber auch die der Strafvollstreckung zugrundliegenden juristischen Defizite. So rügte das Gericht einerseits unzureichende Beschwerdemöglichkeiten vor nationalen Gerichten hinsichtlich Rechtsverstößen im Strafvollzug. Andererseits kritisierte es die rechtswidrig häufige und lange Verhängung von Untersuchungshaft. Für Russland hat der EGMR aufgrund der Vielzahl der „exzessiv langen“ Fälle von Untersuchungshaft ohne akzeptable Rechtfertigung eine Störung des Justizsystems festgestellt.

Politische Gefangene

In der politischen Debatte wird vor allem von Nichtregierungsorganisationen versucht, bestimmte Verurteilungen gegenüber Oppositionellen als „politische Verfahren“ und die Betroffenen als „politische Gefangene“ zu benennen. Vorgeworfen wird, dass ihre Verurteilung allein auf politischen und nicht auf juristischen Entscheidungen beruhe. Wenn die Umstände in zahlreichen Verfahren, wie z. B. gegen Michail Chodorkowskij oder Julia Timoschenko in der Ukraine, entsprechende Vermutungen nahelegen, ist es in der Regel schwierig, dies nachzuweisen, und daher nur bedingt völkerrechtlich justizierbar. Grundlage für eine Einordnung als politisches Verfahren ist nach der EMRK deren Art. 18. Dieser sagt, dass die nach der „Konvention zulässigen Einschränkungen der genannten Rechte und Freiheiten ... nur zu den vorgesehenen Zwecken erfolgen“ dürfen. Andere, z. B. politische Zwecke, dürfen nicht zum Freiheitsentzug oder anderen Rechtsverstößen führen. Der EGMR hatte die Verletzung von Art. 18 EMRK zuletzt im Fall Chodorkowskij als „sehr schweren Vorwurf“ bezeichnet. Dort argumentierte das Gericht, es sei häufig nicht auszuschließen, dass Mitgliedsstaaten im Einzelfall bei den Einschränkungen von Freiheiten andere Ziele verfolgten, als sie angeben. Aufgrund der Schwierigkeit, den tatsächlichen Grund offenzulegen, müsse eine Verletzung von Art. 18 EMRK besonders nachgewiesen werden. Insofern wurde eine Verletzung von Art. 18 EMRK bisher in nur sehr wenigen Fällen festgestellt. Bejaht wurde sie z. B. im Fall „Gusinskij“. Hier ging aus einem dem Gericht vorliegenden Brief

hervor, dass eine Verhaftung nur angeordnet wurde, um den Unternehmer Gusinskij dazu zu bringen, sein Medienunternehmen an den Staat zu verkaufen. Im Fall von Michail Chodorkowskij aber, einem Verfahren, das von zahlreichen Beobachtern im In- und Ausland als politisch eingestuft wurde, hatte der EGMR die Verletzung von Art. 18 EMRK abgelehnt, weil ein entsprechender eindeutiger Nachweis fehlte.

Während der EGMR aufgrund der hohen Beweislast nur selten Fälle von politischer Inhaftierung bejaht, hat sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats immer wieder der Debatte angenommen und sich im Jahr 2012 erneut auf eine Definition des politischen Gefangenen geeinigt. Politischer Gefangener ist danach derjenige, dessen Verurteilung gegen eine in der EMRK geschützte Freiheit wie die Meinungsfreiheit, die Gewissensfreiheit, die Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit verstößt, allein auf politischen Gründen beruht, die Haftdauer aus politischen Gründen unverhältnismäßig lang ist, die Haft aus politischen Gründen diskriminierend ausgestaltet ist oder die Haft aus politischen Gründen in einem unfairen Verfahren angeordnet wurde. Allerdings ist auch diese Definition für die Praxis kaum hilfreich, weil hier politische Motive bei der Verurteilung bewiesen werden müssen. Dies gestaltet sich gerade im russischen Strafprozess als besonders schwierig. So sind zahlreiche Normen des Strafgesetzbuches extrem unbestimmt formuliert. Gleichzeitig wurden die Straftatbestände in der Vergangenheit durch die Rechtsprechung und die Rechtswissenschaft kaum konkretisiert. So gibt es hinsichtlich der einzelnen Straftatbestände weder ein gesichertes „case-law“, also früher entschiedene Fälle, an denen sich ein Richter orientieren muss, noch eine rechtswissenschaftliche Dogmatik zu bestimmten Fallgruppen, die in Kommentaren nachzulesen wäre. Der Richter hat insofern kaum Anhaltspunkte, wenn er z. B. die Frage entscheiden muss, ob ein Punkgebet in einer Kirche, wie von der Band „Pussy Riot“ vorgetragen, unter den Straftatbestand des Rowdytums zu fassen ist.¹⁰ Der Spielraum des Richters ist also sehr groß. Gäbe es nur eng umgrenzte Möglichkeiten zu entscheiden, wäre es einfacher, davon abweichende Entscheidungen als „politisch“ einzuführen.

¹⁰ Vgl. dazu Caroline von Gall: Vorerst gescheitert. „Pussy Riot“ und der Rechtsstaat in Russland. In: Russland-Analysen, Nr. 246 vom 02.11.2012, S. 2-5.

Begnadigungen und Amnestien

Umfangreich wird in Russland von den Instrumenten der Begnadigung und der Amnestie Gebrauch gemacht. Amnestien fallen nach Art. 103 Abs. 1 Verfassung in die Zuständigkeit der Duma. Die Duma hat in der Vergangenheit fast jährlich Amnestien von größerem Umfang veranlasst. Bei der am 26. Mai 2000 bewilligten Amnestie wurden 222.000 Menschen aus der Haft entlassen. Die letzte große Amnestie wurde aus Anlass des 20. Jahrestages des Inkraft-Tretens der Verfassung im Dezember 2013 verabschiedet. Hinter den Amnestien stehen vermutlich pragmatische Erwägungen, da Unterbringung und Krankenversorgung teuer für den Staat seien. Außerdem kann die Russische Föderation durch die Amnestien internationalen Druck hinsichtlich der Belegungs-dichte der Gefängnisse abbauen.

Hinter der hohen Zahl von Amnestien stehen praktische Erwägungen.

Art. 89 der Verfassung gibt dem Präsidenten das Recht, Begnadigungen auszusprechen. Nach Art. 85 StGB ist dies nur für Einzelpersonen möglich und gilt in der russischen rechtswissenschaftlichen Literatur als „Akt der Barmherzigkeit“ und Ausdruck des Prinzips des Humanismus im russischen Strafvollzug. So erfreulich Amnestien und Begnadigungen angesichts der hohen Anzahl rechtsstaatwidriger Verurteilungen auch sein mögen, so wenig stärken sie allerdings den Gedanken einer rechts-staatskonformen unabhängigen Justiz.

Ausblick

Die über mehrere Jahre hinweg hohe Zahl erfolgreicher Beschwerden russischer Strafgefangener vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zeigt, dass eine Reform des russischen Strafvollzugs mit dem Ziel, internationale Mindeststandards umzusetzen, in den letzten zehn Jahren nicht gelungen ist. Gegenüber dem Europarat hat die Russische Föderation 2012 auf erste Schritte zur Lösung der Probleme hingewiesen. So erfreulich diese Ankündigungen sind, so scheint es doch wenig hilfreich, wenn die Maßnahmen bei einer Verbesserung der tatsächlichen Verhältnisse stehen blieben. Ein wirkungsvoller Schutz der Rechtsstellung der Verurteilten – insbesondere gegen Vollzugswillkür – scheint erst dann gegeben, wenn eine unabhängige Justiz entsteht, die jede Form von Beschwerden aufarbeitet.

Das „Writers in Prison“- Committee der Schriftstellervereinigung PEN

Prof. Dr. Sascha Feuchert ist seit 2008 Leiter der Arbeitsstelle Holocaustliteratur an der Justus-Liebig-Universität Gießen, seit 2009 außerdem Honorarprofessor an der Eastern Michigan University (Ypsilanti, Michigan). Seit 2012 hat er als Nachfolger von Dirk Sager das Amt des Vizepräsidenten des deutschen PEN und des Writers-in-Prison-Beauftragten inne.

Der Artikel beschreibt die Entwicklung des „Writers in Prison“-Committee (WiPC) der Schriftstellerorganisation PEN, das sich weltweit für inhaftierte und bedrohte Autoren einsetzt. 1960 als eigene Einrichtung gegründet, ist das WiPC heute eine der wichtigsten Institutionen, die sich für das Grundrecht der Meinungsfreiheit einsetzen. Nachgezeichnet wird auch die historische Genese, die eng mit dem Kalten Krieg verbunden war. Daher lag der Fokus der frühen Jahre v. a. auf den Ländern des Ostblocks – doch auch heute noch werden Fälle u. a. in Weißrussland, Tschetschenien und Russland betreut.

Die Gründung des Komitees

Es mag auf den ersten Blick verwundern, dass erst 1960 – also ganze 15 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und, vielleicht schwerwiegender noch, 27 Jahre nach der nationalsozialistischen Machtergreifung im Deutschen Reich – ein ständiges Komitee innerhalb der Schriftstellervereinigung PEN (das Akronym steht für „Poets – Essayist – Novelists“) gegründet wurde, das sich konkret mit dem Schicksal *inhaftierter* Autoren befasst und Hilfsmaßnahmen zentral koordiniert. Dies lag zunächst sicher an der Selbstbeschränkung, die sich der PEN in den Jahren nach seiner Gründung im Jahre 1921 auferlegt hatte, als die Gründerin Catherine Amy Dawson Scott und der erste Präsident John Galsworthy das bekannte und viel zitierte Motto „No politics, under no circumstances“ vehement verteidigten. Allerdings hieß das nicht, dass man im PEN nicht

auch schon früher die moralische Pflicht sah, gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu argumentieren und zu protestieren, wie Gerhard Schoenberner feststellt: „Bereits zweieinhalb Jahre nach seiner Gründung, im März 1924, schlug die französische Sektion dem Londo-
ner Sekretariat vor, beim spanischen Diktator Primo de Rivera gegen die Verbannung von Miguel de Unamuno zu protestieren. Gleichzeitig regte man an, ein Sonderkomitee zu bilden, das sich solcher und ähnlicher Fälle annehmen sollte. Aber in der Gründungszentrale war man damals noch der Auffassung, der Club solle sich aus politischen Fragen heraushalten, und vertagte die Angelegen-
heit.“¹

Ursprünglich verhielt sich die Schriftsteller-organisation PEN streng unpolitisch.

1937 kam es schließlich doch zur ersten wirklich großen (und letztlich erfolgreichen) Kampagne – die freilich gleichzeitig auch eine der letzten für eine lange Zeit bleiben sollte: die Bemühungen um die Freilassung Arthur Koestlers. Dieser gehörte im Spanischen Bürgerkrieg zu einer ganzen Reihe von Journalisten und Schriftstellern (darunter Orwell, Hemingway, Dos Pasos), die entweder für die Republikaner kämpften oder in ihrem Sinne berichteten.

Mochte es 1945 dann für eine kurze Zeit auch so ausgesehen haben, als habe das Ende des Krieges und des Hitler-Terrors auch die Situation von Autoren prinzipiell verbessern können, so wurde schnell klar, dass dies keineswegs so war: „Instead they ‚disappeared‘ or were arrested, in Czechoslovakia, Albania, Romania and Hungary, states in the grip of the Cold War. By 1959, the surge of optimism that inspired the first PEN Congress after the war, in Zurich in 1947, had melted away as the Iron Curtain descended on Europe and critical voices were silenced.“² Am 24. Juli 1960 war es schließlich auf dem Kongress in Rio de Janeiro so weit; das „Writers in Prison“- Committee wurde v. a. als Reaktion auf die sich verschärfenden Bedingungen im Kalten Krieg gegründet.

Entwicklung der Komitees bis heute

Die ersten Jahre des WiPC waren vor allem gekennzeichnet durch die schiere Erfassung der Fälle und durch diplomatische Tätigkeiten; der

1 Gerhard Schoenberner: Das Wort und die Macht. Das Writers in Prison Committee. In: PEN-Zentrum Deutschland. Autorenlexikon 2012/2013. Wuppertal 2012, S. 532-546, hier S. 536.

2 Carole Seymour-Jones: Power of the PEN. In: Index on Censorship 39/4 (2010) (= Beyond Bars. 50 Years of the PEN Writers in Prison Committee), S. 17-23, hier S. 20.

Weg in die Öffentlichkeit wurde damals nur selten gesucht. Zu den frühen Fällen gehörten Anatoly T. Marchenko und Ruth First, die beide letztlich leider nicht gut ausgingen: Der sowjetische Dissident Marchenko verstarb 1986 im Gefängnis, die südafrikanische Apartheidsgegnerin First wurde 1982 ermordet.

Sven Hanuschek weist darauf hin, dass der Beginn der WiPC-Arbeit auch von inneren Konflikten bestimmt war: „Die kommenden Jahre waren durch Scharmützel mit den Clubs der betroffenen Länder geprägt; die ersten Abwehr-Mechanismen bestanden darin, nach Monaten des Stillschweigens die Listen für veraltet zu erklären – oder den Genannten die schriftstellerische Tätigkeit abzusprechen.“³

Aus bescheidenen Anfängen hat sich das WiPC in den letzten fünf Dekaden deutlich weiterentwickelt: Im Londoner Hauptquartier des Internationalen PEN gibt es mittlerweile eine eigene Abteilung, die sich ausschließlich um die „Writers in Prison“-Belange kümmert. Insgesamt arbeiten sieben Mitarbeiter in Brownlow House, dem PEN-Hauptquartier, die spezialisiert sind auf einzelne Regionen der Welt und bestimmte Themen. Informationen zu den Fällen erhalten sie u. a. durch die systematische Auswertung der Presse, nationale PEN-Zentren, diplomatische Kreise oder durch andere NGOs, die den PEN alarmieren, sobald sie Kenntnis von einem bedrohten oder inhaftierten Autor erhalten. Von London aus werden auch die Maßnahmen mit weiteren Menschenrechtsorganisationen und den nationalen Zentren koordiniert.

Die ursprüngliche Konzentration auf *inhaltete* Schriftsteller wurde mittlerweile aufgehoben und die Aufmerksamkeit auch auf anders bedrohte Autoren gerichtet. Die Kampagnen rufen deshalb heutzutage auch dazu auf, Schriftsteller zu unterstützen, die von der Mafia bedroht wer-

den, die ins Exil flüchten müssen oder mit anderen Mitteln unter Druck gesetzt werden. Die Bedrohung des freien Wortes ist unvermindert hoch – die Methoden haben sich freilich deutlich erweitert. Nicht zuletzt deshalb hat eines der größten PEN-Zentren der Welt bereits sein WiPC umbenannt: Im englischen PEN gibt es seit 2012 ein „Writers at Risk“-Programm.

Natürlich hat sich auch der Autorenbegriff im Laufe der Jahrzehnte

³ Sven Hanuschek: P.E.N. Die internationale Schriftstellervereinigung. Ihre deutsche Geschichte. Ihre Aufgaben (Katalog). Darmstadt 2011, S. 44-48, hier S. 45.

deutlich verändert: Waren früher nur klassische Schriftsteller im Fokus, so traten schnell auch Journalisten, Übersetzer und Verleger hinzu und seit geraumer Zeit selbstverständlich auch Internetautoren, wie etwa Blogger. Gerade letztere sind in den vergangenen Jahren in vielen Ländern furchtbaren Repressionen ausgesetzt. Der PEN hat dieser Tat-sache Rechnung getragen und sie unter den Schutz des WiPC gestellt.

Heutige Aufgaben und Tätigkeitsfelder

Die Tätigkeiten des WiPC lassen sich heute unterteilen in direkte Hilfen für den betroffenen Autor und in öffentlichkeitswirksame Aktionen. Zentral für die Bemühungen des Komitees ist der unmittelbare Kontakt mit dem Schriftsteller oder seiner Familie. So können direkt finanzielle oder materielle Unterstützungen organisiert werden. Gleichzeitig signalisiert dieser Kontakt den Kollegen, dass sie nicht alleine sind in ihrem Kampf und ihr Schicksal wahrgenommen wird. Das WiPC fordert die nationalen Zentren auf, sich ebenfalls mit den bedrohten oder inhaftierten Autoren in Verbindung zu setzen.

Um für die betroffenen Autoren auch politisch Einfluss auszuüben, hat das WiPC mittlerweile gewisse Routinen etabliert, die bei den einzelnen Fällen durchlaufen werden: Zum einen werden Protestschreiben an die jeweilige Regierung gesandt, um direkt gegen die Inhaftierung oder die Bedrohung zu protestieren. Damit wird den jeweiligen Politikern auch mitgeteilt, dass der PEN den speziellen Fall intensiv verfolgt und der politische Druck nicht aufhören wird. Die kooperierenden Zentren werden ebenfalls um solche Briefe an die eigene Botschaft in dem jeweiligen Land und an den Botschafter des betroffenen Staates im Heimatland gebeten. Die Briefe sollen dabei auch veröffentlicht werden und ebenso der eigenen Regierung zur Kenntnis gebracht werden. In eiligen Fällen, bei denen befürchtet werden muss, dass ein Zögern die Situation des betroffenen Kollegen erheblich verschlechtert oder gar sein Leben in Gefahr bringt, startet der Internationale PEN sein „Rapid Action Network“ (RAN), mit dem die Maßnahmen sofort in Gang gesetzt werden sollen und nationale PEN-Clubs unmittelbar zur Reaktion aufgefordert werden. Die notwendige Schnelligkeit hat natürlich den Preis, dass die nationalen Zentren in der Regel keine Gelegenheit haben, eigene Recherchen zu den Fällen anzustellen, sondern sich komplett auf die Informationen aus London verlassen müssen. Hinzu kommt, dass in vielen Fällen sowieso nur wenige Details zur Verfügung stehen.

Die nationalen Zentren können als weitere öffentlichkeitswirksame Maßnahme die verfolgten und bedrohten Autoren auch zu Ehrenmitgliedern ernennen, um auf ihr Schicksal besonders und auch langfristig aufmerksam zu machen. Der deutsche PEN hat in den vergangenen Jahrzehnten von dieser Möglichkeit schon bei nahezu 90 Schriftstellern Gebrauch gemacht, darunter äußerst prominente Kollegen wie Václav Havel oder Liu Xiaobo. Mit der Ernennung zum Ehrenmitglied geht der jeweilige Club auch eine besondere Verpflichtung dem Autor gegenüber ein: Die Maßnahmen zu seiner Sicherung müssen dauerhaft und intensiv sein. Mit solchen Ernennungen legen nationale WiPC auch fest, in welchen Regionen sie sich besonders engagieren.

Die erwähnten Ehrenmitgliedschaften werden auch in der „Caselist“ des Internationalen PEN veröffentlicht, die alle sechs Monate die Informationen zu den aktuellen Fällen bündeln und aktualisieren soll. Diese Liste wird damit zum zentralen Arbeitsinstrument des WiPC. Sie verdeutlicht eindringlich, wo das Recht auf Meinungsfreiheit zu einem gegebenen Zeitpunkt am meisten bedroht ist. Die aktuelle Liste etwa zeigt „für das zweite Halbjahr des ... Jahres (2012) über 590 Übergriffe auf Schriftsteller, Journalisten und Verleger weltweit ... Im gesamten Jahr 2012 verzeichnete (sie) 14 getötete Schriftsteller, die ermordet wurden, weil sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnahmen, bei 31 weiteren Todesfällen ist ein Zusammenhang mit dem Beruf der Autoren nicht ausgeschlossen. 157 Schriftsteller und Journalisten müssen zurzeit langjährige Haftstrafen absitzen, weil sie in Ländern wie etwa China, Vietnam, der Türkei, Eritrea und Usbekistan kritische Texte veröffentlichten. 133 weitere Autoren werden durch Behörden festgehalten, 170 erwarten ein Urteil, ohne bislang im Gefängnis zu sein.“⁴

Die „Caselist“ soll natürlich auch eine Grundlage für die Zentren darstellen, damit sie in den nationalen Medien Berichte über einzelne Schicksale initiieren können. Allerdings – und das gilt besonders für Deutschland – hat die Bereitschaft der klassischen Medien, über solche Fälle zu berichten, deutlich abgenommen. Es wird für das WiPC immer schwerer, mit diesen Nachrichten durchzudringen. Gezieltere Maßnahmen zur Herstellung von Öffentlichkeit spielen daher seit geraumer Zeit

⁴ Aus einer Pressemitteilung des deutschen PEN zur Vorstellung der aktuellen „Caselist“: <http://www.pen-deutschland.de/de/2013/02/21/pressemitteilung-des-pen-zentrums-deutschland-im-zweiten-halbjahr-2012-uber-590-ubergriffe-auf-publizisten-weltweit/> (letzter Zugriff: 09.04.2014).

eine größere Rolle. Der wichtigste Anlass, um die Aufmerksamkeit auf bestimmte Fälle zu lenken, ist seit 1980 der „Day of the Imprisoned Writer“ („Tag des inhaftierten Schriftstellers“), der weltweit am 15. November begangen wird. Er bietet die Möglichkeit, regional unterschiedliche Schicksale zu fokussieren und Unterstützer ganz konkret zu mobilisieren. Auch das deutsche PEN-Zentrum hat diesen Termin fest im Jahreskalender eingeplant: Zum einen mit gezielten Veranstaltungen an diesem Tag selbst, besonders aber mit der Verleihung des Hermann-Kesten-Preises, die immer am Vorabend in Darmstadt stattfindet. Dieser nach dem ehemaligen Ehrenpräsidenten des deutschen PEN benannte Preis „würdigt Persönlichkeiten, die sich im Sinne der internationalen PEN-Charta in besonderer Weise für verfolgte und inhaftierte Schriftsteller und Journalisten einsetzen.“ 2012 erhielt die Weißrussin Iryna Khalip für ihren mutigen Kampf den Preis, 2013 ging er an die Organisation „Index on Censorship“ (England).

Unterstützen kann übrigens jeder die Bemühungen des WiPC – etwa dadurch, dass man die Facebook-Seite des Komitees abonniert und die dort veröffentlichten Nachrichten teilt und weiter verbreitet.⁵

Der „Tag des inhaftierten Schriftstellers“ am 15. November bietet die Möglichkeit, regional unterschiedliche Schicksale zu fokussieren und Unterstützer ganz konkret zu mobilisieren.

⁵ Vgl. <https://www.facebook.com/PenDeutschlandWritersInPrison> bzw. für regelmäßige Informationen www.pen-deutschland.de.

Heinz-Peter Echtermeyer

Mit dem Blick der Barmherzigkeit Aspekte der Gefangenenseelsorge

Diakon Heinz-Peter Echtermeyer wirkt in der Gefangenenseelsorge und ist Vorsitzender des Vereins Art and Prison e. V.

Die Gefangenenseelsorge lässt sich aus dem Auftrag Jesu, zu den geringsten Brüdern zu gehen, ableiten, zählt aber in der Praxis zu den schwierigsten seelsorgerlichen Aufgaben und hat immer wieder auch mit Anfeindungen zu kämpfen. Im Folgenden kommen kirchenamtliche Aussagen wie auch theologische Gedanken aus dem Erfahrungsschatz eines Seelsorgers zur Sprache, der über den Weg der Kunst den Inhaftierten eine Möglichkeit zur Reflexion ihrer Lage eröffnet hat.

In diesem Jahr blicke ich zurück auf „25 Jahre Gefangenenseelsorge“ – ein „Vierteljahrhundert Knasterfahrung“ mit dem dienstlich bedingten Schwerpunkt der seelsorgerlichen Begleitung erwachsener Männer, die zu sehr langen oder lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden und im niedersächsischen Celle einsitzen, manchmal mehrere Jahrzehnte lang, in einer Anstalt der höchsten Sicherheitsstufe. Nicht einen Tag davon war ich selbst eingesperrt und konnte mich „hinter den Mauern und Gittern“ der Anstalten, die ich besucht habe, den Umständen entsprechend frei bewegen, anders als die große Zahl von Männern und Frauen, jungen Erwachsenen und Jugendlichen, welche ich seit 1989 auch in anderen Gefängnissen getroffen habe, nicht nur in Deutschland, sondern auch in zahlreichen weiteren Ländern Europas und in einigen Staaten der anderen Kontinente.

Dabei habe ich das ganze Spektrum verschiedener Haftformen erlebt und bin Menschen unter ganz unterschiedlichen persönlichen und „vollzuglichen“ Lebensumständen begegnet: in Untersuchungshaft, in Strafhaft, Abschiebehaft, Sicherheitsverwahrung, im Jugendvollzug, in einer Mutter-Kind-Station, am Bett oder auf dem blanken Boden einer Krankenstation oder in einer gut gesicherten forensischen Abteilung, in Ein-

zelzellen mit Doppelvergitterung und Lüftungsschlitzten oder – wie in einigen Ländern in Mittel- und Osteuropa – in völlig überbelegten Räumen, die zum Teil nicht einmal Fenster hatten. Die betreffenden Personen waren angeklagt oder verurteilt wegen ganz verschiedener Straftaten, manchmal inhaftiert, obwohl keine Straftaten begangen wurden, aus politischen oder aus Gewissensgründen, wegen ihres Glaubens inhaftiert oder weil sie auf die Abschiebung warten mussten. Gemeinsam hatten alle, dass ihnen die Freiheit genommen war. Jede Person war anders, hinter „jedem Fall“ stand ein Mensch mit eigener Würde und ständen Angehörige mit einer eigenen Geschichte. Hier zu unterscheiden und mitzuwirken bei einer Sache, die eigentlich in der Gesamtverantwortung möglichst vieler Menschen in Kirche, Staat und Gesellschaft stehen sollte, nämlich alles zu tun, dass der „*Freiheitsentzug nicht zu einer Zeit sozialer Vergeltung verkürzt wird*“, scheint mir gerade im Hinblick auf die Gefangenepastoral¹ wesentlich zu sein. Wer das so sagt, ist kein Geringerer als der heilige Papst Johannes Paul II., und er führt aus, dass „*die Vertreter der öffentlichen Gewalt, die in Erfüllung einer gesetzlichen Bestimmung einen Menschen der persönlichen Freiheit berauben, indem sie eine mehr oder weniger lange Zeit seines Lebens gleichsam in Klammern setzen, wissen müssen, dass sie nicht Herren der Zeit des Gefangenen sind*“, welche – auch im Gefängnis – Gott allein gehört und – trotz aller widrigen Umstände – eine Möglichkeit bietet, „*die menschliche Gerechtigkeit am Maßstab der Gerechtigkeit Gottes zu prüfen*“² – ein wichtiges Programmwort, wenn man im Kontext von Theologie und kirchenamtlichen Stellungnahmen im Hinblick auf die Pastoral mit inhaftierten Menschen nach Orientierung sucht.

Auch dem Strafgefangenen kommt eine
Würde als Mensch zu, die es zu achten
gilt.

1 Hier wird der Begriff „Gefangenepastoral“ (nicht „Gefängnisseelsorge“) verwendet, um deutlich zu machen, dass sich diese Pastoral zwar auf die Zeit des eigentlichen Strafvollzugs bezieht, aber weniger der Institution gilt als den inhaftierten Menschen selbst und auch Vorsorgemaßnahmen der Prävention sowie Bereiche der Straffälligenhilfe nach der Entlassung umfassen sollte, die pastorale Aufgabe der gesamten Kirche sind.

2 Botschaft des Heiligen Vaters Johannes Paul II. zur „Feier des Jubiläums in den Gefängnissen“ vom 9. Juli 2000. Libreria Editrice Vaticana. Rom 2000, Nr. 3 und Nr. 7, S. 3-12, Zitate S. 5 und S. 10. Eine inhaltliche Analyse bei Peter Echtermeyer: Menschenwürde im Strafvollzug, Vortrag am 26. März 2001 beim „Katholischen Forum Niedersachsen“, auch in englischer Übersetzung unter <http://www.ppc-europe.org> (magisterium).

Zu meinen Aufgaben gehörte von 1999 - 2011 auch der Dienst in der internationalen Gefangenengpastoral, eine Zeit, die mir gerade in Mittel- und Osteuropa die Lebenswirklichkeit von Menschen vor Augen geführt hat, die in vielen Fällen nicht den Bedingungen entsprach, die man an einen rechtsstaatlich verfassten „humanen Strafvollzug“ stellen muss, von einer Vereinbarkeit dieser Wirklichkeit mit einem „christlichen Menschenbild“ ganz zu schweigen. Niemand sollte sich anmaßen, über andere zu richten, ohne sich selbst der eigenen Verantwortung und Schuld bewusst zu werden, die nachdrücklich im Gleichnis von Jesus und der Ehebrecherin zur Sprache kommt: „Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie“ (Joh 8,7).³ Wir sind gut beraten, mehr Zurückhaltung zu üben, wenn es um die Zurechnung des Maßes der Schuld bei anderen Menschen geht – im theologischen, psychologischen, aber auch im juristischen Sinne.

Strafvollzug ist nicht Strafvollzug und unterscheidet sich von Land zu Land sehr voneinander, entsprechend der historischen, kulturellen oder religiösen Tradition oder der aktuellen gesellschaftspolitischen Situation mit ihren mehr oder weniger kaschierten machtpolitischen Interessen. All diese Faktoren haben Einfluss auf die Art und Weise, welchen Stellenwert man den Menschen in Haft im sozialen Kontext eines Landes zuschreibt, und darauf, welches Menschenbild das Meinungs- und Stimmungsbild der breiten Mehrheit („draußen“) über die ausgegrenzte Minderheit („drinnen“) bestimmt. Welches Bild machen wir uns von diesen Menschen? Ich kann versichern, dass ich in der Realität nicht eine einzige Person getroffen habe, auf die eine der Rollen passen würde, die uns in den gängigen TV-Serien zur Unterhaltung zugemutet werden, in der Regel aber einfach nur albern sind.⁴

Nicht selten werden die „Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen“⁵, wie sie 1955 in Genf vom Ersten Kongress der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger

3 Hierzu die im Internet mit freundlicher Genehmigung der Autoren veröffentlichten Vorträge: Johannes Beutler: Gedanken zur Gefangenengpastoral. Dublin 2003 (er stellt deren äußerst solide Basis in Schrift und Tradition heraus); die Frage im grundsätzlichen Kontext reflektiert Ulrich Hemel: The Secret of the First Stone. Dublin 2003; nachzulesen unter <http://www.ppc-europe.org> (area teológica).

4 Eine Ausnahme bildet jedoch beispielsweise der Film „Vierzehn Tage lebenslänglich“ (1997) von Roland Suso Richter mit dem Schauspieler Michael Mendl (Bayerischer Filmpreis 1997).

5 <http://www.un.org/depts/german/menschenrechte/gefangene.pdf>

angenommen wurden, in der Praxis wenig beachtet. Die Realität des Vollzugsalltags löst in vielen Fällen das nicht ein, was in den 95 Artikeln (in denen übrigens auch das Recht der freien Religionsausübung formuliert wird) als Minimalanspruch für die menschenwürdige Behandlung inhaftierter Personen eingefordert wird. Darin werden Kriterien formuliert, die zur Revision der staatlichen Gesetzgebung führen sollten, beispielsweise im Hinblick auf die Unterbringung, Verpflegung, Gesundheitsfürsorge, Disziplinar- und Zwangsmaßnahmen, Informationspflicht und Beschwerdeverfahren, den Verkehr mit der Außenwelt, kulturelle Bildung und freie Religionsausübung. In Europa sind diese Grundsätze in überarbeiteter Form seit 1987 als die „Europäischen Strafvollzugsgrundsätze“ (European Prison Rules) in Geltung und werden als Standards auch bei der Überprüfung der Strafvollzugssysteme in Mittel- und Osteuropa herangezogen, deren Umbau auch 25 Jahre nach den dortigen politischen Umwälzungen noch immer nicht abgeschlossen ist. Die Achtung der Würde und der Grundrechte einer jeden Person sowie die entsprechende „*Anpassung der Gefängnisstrukturen und Revision der Strafgesetzgebung*“, die Johannes Paul II. einforderte, decken sich in weiten Teilen mit den zentralen Aussagen der länderübergreifenden Vereinbarungen und sind den Verhältnissen entsprechend immer wieder neu einzufordern und umzusetzen, gerade auch von kirchlicher Seite, die sich aufgrund theologischer Vorgaben und einer entsprechenden Soziallehre der Anwaltschaft für die „Armen und Ausgeschlossenen“ besonders verpflichtet weiß. Zu deren „gesellschaftlicher Eingliederung“ gehören eben *auch* die Gefangenen (Resozialisierung), wie es in besonderer Weise das jüngste apostolische Schreiben von Papst Franziskus, „*Evangelii Gaudium*“ (2013), klar formuliert.⁶ Seine eindrucksvollen direkten Begegnungen mit inhaftierten Menschen selbst sprechen in diesem Fall für sich.

Hervorgehoben unter den diversen Besuchen von Päpsten im Gefängnis, meistens im römischen Untersuchungshaft-Gefängnis „Regina

6 Die gesellschaftliche Eingliederung der Armen (= Nr. 186-216). In: Apostolisches Schreiben *Evangelii Gaudium* des Heiligen Vaters Papst Franziskus an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die Personen Geweihten Lebens und an die christgläubigen Laien. Über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute. Libreria Editrice Vaticana. Rom 2013. Text in deutscher Sprache auch verfügbar unter http://w2.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html.

Coeli“⁷ (Johannes XXIII. war hier am Fest des Heiligen Stephanus 1958 oder Paul VI. zu Ostern 1964), werden der Besuch von Johannes Paul II. in der Zelle seines Attentäters Ali Ağca nach dem Mordanschlag im Jahre 1983 sowie sein Besuch im Rahmen der Eucharistiefeier des Heiligen Jahrs 2000; aber auch die weniger beachteten Visiten Papst Benedikts XVI. (in den Jahren 2007 und 2011) sind – vor allem in pastoraler und theologischer Hinsicht – nicht weniger bedeutsam. Seine Ansprachen enthalten bereits alles, was sein Nachfolger Franziskus dann unmittelbar

Gefangenengesetz pastoral beinhaltet die direkte Hinwendung zu leidenden und ausgeschlossenen Menschen.

nach seinem Amtsantritt im März 2013 nach dem Vorbild Jesu in der Kapelle „Padre Misericordioso“ des Jugendgefängnisses „Casal del Marmo“ im Ritus der Fußwaschung von 12

jungen Frauen und Männern unterschiedlicher Nationalität und Religion aufgreift und als zentrales Anliegen seines Pontifikats deutlich macht. Es geht um die *direkte Hinwendung zu leidenden und ausgeschlossenen Menschen*, wie sie in der „großen Gerichtsrede“ im Matthäusevangelium angesprochen wird (Mt 25,36 ff.): „Wo immer ein Gefangener ist, da ist auch Christus da, der auf uns und auf unsere Hilfe wartet.“⁸ Kirchenamtliche Verkündigung, christlich-theologische Reflexion und menschliche Praxis kommen hier zusammen.

Menschen im Gefängnis zu besuchen, ist nicht nur als „karitativer Akt“ zu den „Werken der Barmherzigkeit“ zu zählen (Hungreiche speisen, Durstigen zu trinken geben, Fremde beherbergen, Nackte kleiden, Kranke pflegen, Gefangene besuchen, Tote bestatten), sondern wird als reales Sein und Erfahrung der Christusbegegnung qualifiziert, womit also – wie es bereits Karl Rahner 1956 formuliert hat – eine reale Begegnung mit dem Gottessohn und keinesfalls nur eine „großartige himmlische Fiktion“ gemeint ist, so „als ob“ wir Christus in den Gefangenen begegnen könnten. In Rahners Worten: „Jesus verwirft unseren ganzen Realismus als unwirklich. Er identifiziert sich nicht in einer juridischen Fiktion mit diesen Menschen, sondern so, dass wir in aller Wahrheit ihm

7 Eine interessante historische Rückschau zu den Besuchen der Päpste bei Gefangenen in: Vatican Insider. La Stampa, 17.12.2011 (I papi in prigione); <http://vaticaninsider.lastampa.it/inchieste-ed-interviste/dettaglio-articolo/articolo/papi-popes-papas-prigione-prison-prision-10885/>(letzter Zugriff: 22.04.2014).

8 Discorso del Santo Padre Benedetto XVI. Rebibbia, Domenica 18 dicembre 2011. Libreria Editrice Vaticana 2011. Vgl. <http://www.ppc-europe.org> (magisterium). Siehe außerdem *Evangelii Gaudium* (wie Anm. 6, oben S. 113), Nr. 197.

in diesen Menschen begegnen.“⁹ Welche Konsequenzen zieht das nach sich?

Ich habe nicht den Eindruck, dass diesem theologischen und kirchenamtlichen Anspruch in der pastoralen Wirklichkeit ausreichend Rechnung getragen würde, wenn es darum geht, den Bereich der Gefangenepastoral (entsprechend etwa der nachhaltiger geförderten Pastoral für Kranke, Migranten oder auch für Seeleute) als *zentrales pastorales Anliegen* der Kirche zu begreifen und adäquat – und das heißt meiner Meinung nach entsprechend *zentral* von Rom aus – zu strukturieren.¹⁰ Gerade die Ortskirchen in Mittel- und Osteuropa, in diesen Fragen oft auf sich allein gestellt, werden die Umsetzung anderer pastoraler Anliegen manchmal höher einstufen, was allerdings wenig über ihre theologische „Rangfolge“ aussagen muss.

Eine entsprechende „Sorge um die Gefangenenseelsorge“, der man allzu oft nur ein pastorales Nischendasein einräumt (etwa im Schatten der Militärseelsorge oder gar der Polizeiseelsorge), wird als umso berechtigter erkannt, wenn man der theologischen Relevanz der Sache im Blick auf den einzelnen Menschen die kalte Statistik gegenüberstellt, hinter der sich das millionenfache Leid und die himmelschreiende Unrechtheit gesellschaftlicher Ausgrenzung leicht verbergen lässt und hinter der der einzelne Mensch vollends verschwindet.¹¹ Karl Rahners Ausführungen, die in unserem Zusammenhang von großer Wichtigkeit sind, helfen, den unbedingten Wert und die Würde der einzelnen Person

9 Karl Rahner: Gefängnisseelsorge. In: Sendung und Gnade, Innsbruck 1956, S. 451-467, hier S. 455 f.

10 Wesentliche Impulse zur Verwirklichung dieses gesamtkirchlichen Anliegens gibt *P. José Sesma León* mit den „Leitlinien für die Gefangenepastoral im dritten Jahrtausend“ (*Grandes lineas de una pastoral penitenciaria para el tercer milenio*. In: Obra Mercedaria 55/Nr. 226, Valencia 2001). Sie liegen bislang nur in spanischer Sprache vor. – Die Gefangenepastoral ist danach etwas anderes als der Dienst einer „Kommission“ oder „Assoziation“ oder sonstigen Institution, welche ihr zuarbeiten; sie ist pastoraler Vollzug der Kirche selbst!

11 Die Explosion der Gefangenenzahlen in den USA (2013 sind allein dort 2,3 Millionen Menschen inhaftiert, d. h. 0,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) entspricht einer Steigerungsrate von 400 Prozent in den letzten 25 Jahren. Das ist durch einen Anstieg der Kriminalitätsrate sicherlich nicht zu erklären. Leidtragende Familienangehörige vermehrten die Zahl der betroffenen Menschen. Die US-amerikanische Bischofskonferenz hat eine Dokumentation erstellt, die in pastoraler Absicht die Entwicklung dieser Situation reflektiert: Responsibility, Rehabilitation, and Restoration: A Catholic Perspective on Crime and Criminal Justice. A Statement of the Catholic Bishops of the United States. 15. November 2000.

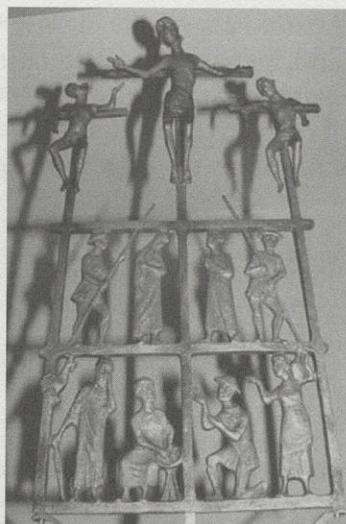
im Auge zu behalten, und finden in den kirchenamtlichen Texten eine Bestätigung. Sie haben darüber hinaus auch noch 30 Jahre nach seinem Tod Bedeutung für das Selbstverständnis der Gefangenengesetzlosigkeit und das damit verbundene Berufsbild des Gefangenenseelsorgers. Sie erschöpft sich nicht in bloßer Sozial- oder Projektarbeit, sondern findet ihr theologisches Proprium dort, wo sie den Menschen vermittelt, dem Gefangenen trotz aller „schicksalsbedingten Abläufe aus ... Vererbung, Erziehung, Milieu, verborgener Krankheit, Psychopathologien, ja selbst noch hindurch durch wahre wirkliche Schuld ... wirklich mit ehrfürchtiger Demut zu begegnen, die eigentlich uns in uns selbst auch keine höhere Würde und heiligere Berufung erkennen lassen kann, als sie in diesem anderen ist“.¹²

Der Blick auf den Gefangenen „mit den Augen der Barmherzigkeit“ drückt mehr aus als nur bloßes Mitleid oder ein altruistisches Interesse und macht frei, Christus selbst in den Gefangenen wahrhaftig zu erkennen, mit denen er bekanntlich am Ende seines irdischen Lebens das Schicksal von Inhaftierung, Verurteilung und Vollstreckung der Strafe geteilt hat (Lk 23,39-43). Die darstellende Kunst hat dieses Motiv immer wieder aufgegriffen und gibt uns Hinweise zu theologischen Unterscheidungen, die auch die emotional geführte Debatte um „Opfer und Täter“ versachlichen kann. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen.

Die Perspektive der „Täter“

In der Justizvollzugsanstalt Celle erinnert das Bronze-Standkreuz von Ingeborg Steinohrt an das Geschehen der Kreuzigung Christi und zeigt in einer Art Gitterfenster einige Motive aus der Passionsgeschichte.¹³

*Bronzestandkreuz von Ingeborg Steinohrt,
Justizvollzugsanstalt Celle
(Vorlage vom Autor zur Verfügung gestellt)*



12 Rahner (wie Anm. 9, oben S. 115), S. 459.

13 Über vier Gitterfenstern (darin Maria, die Mutter Jesu, mit Johannes, dem Jünger Jesu, zwischen zwei Wachleuten; darunter Petrus, der seinen Verrat bereut, Pilatus, der seine

Die Künstlerin nimmt hier gewissermaßen eine „Täterperspektive“ ein. Das Erlösungsgeschehen gilt dem „Verbrecher“, dessen Schuld der Gottessohn sühnt. Die vom Kreuzesbalken zum Segen gelöste Hand versinnbildlicht diesen Gedanken. Der Gekreuzigte identifiziert sich, wie es Papst Franziskus formuliert, mit den Gefangenen und „lehrte, dass die Barmherzigkeit ihnen gegenüber der Schlüssel zum Himmelreich ist (vgl. Mt 25,35 f.)“¹⁴. Entsprechend dieser Lehre könnte es für manchen zu einem eigenen „Schlüsselerlebnis“ kommen, wenn der Ruf nach „Rache und Vergeltung“, der viele Bereiche des Lebens bestimmt und im Bereich des Strafvollzugs besonders laut wird, auch und gerade unter Christen weniger laut wäre als die Stimmen, die sich für mehr Barmherzigkeit mit den Betroffenen und für gerechtere Verhältnisse in der Gesellschaft einsetzen. Dann würde nicht erst „im Himmel“, sondern bereits „auf Erden“ so manche Tür aufgehen, hinter denen Menschen „im Namen des Volkes“ weggeschlossen werden, denen nicht selten die Chance auf ein menschenwürdiges Leben in Freiheit verwehrt wurde und die nicht weniger als andere das Vaterunser mit der Bitte um Vergebung der Schuld gebetet haben.¹⁵

Schon Benedikt XVI. hat die Verpflichtung der Kirche zur kritischen Aufmerksamkeit denjenigen Institutionen gegenüber unterstrichen, die sich zu wenig um gerechte und menschenwürdige Bedingungen im Bereich der Strafverfahren und des Strafvollzugs kümmern.¹⁶ Seine Gedan-

Der Ruf nach „Rache und Vergeltung“ sollte gerade unter Christen weniger laut sein als der nach Barmherzigkeit und Verzeihen.

Hände in Unschuld wäscht, der knieende Hauptmann, der die Gottessohnschaft Jesu bekennt, und die Magd, deren Zeigefinger auf Petrus gerichtet ist), in denen wir uns wie in einem Spiegel betrachten können, hängt der Gekreuzigte zwischen zwei Männern, die mitgekreuzigt wurden und von denen einer bekanntlich bereut und gebeten hat: „Jesus, denk an mich, wenn du in dein Reich kommst“ (Lk 23,42). Jesu Hand, zum Segen ausgestreckt, so stellt es die Künstlerin dar, ist vom Kreuzesbalken gelöst und gibt Jesu Zusage ihr volles Gewicht: „Heute noch wirst du mit mir im Paradies sein“ (Lk 23,43).

14 Vgl. *Evangelii Gaudium* (wie Anm. 6, oben S. 113), Nr. 197.

15 Die Kirche hält an der Schuldfähigkeit bzw. der verantwortlichen Selbstbestimmung des Einzelnen fest. Das „schließt aber nicht aus, dass es gesellschaftliche Strukturen gibt, die den Menschen in eine Mittäterschaft hineinziehen, so dass die Grenzen zwischen persönlicher Schuld und gemeinschaftlicher Mitschuld fließend werden können“. In: Denkt an die Gefangenen, als wäret ihr mitgefangen (Heb 13,3). Der Auftrag der Kirche im Gefängnis. (Die deutschen Bischöfe, Nr. 84. Hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz). Bonn 2006, S. 32.

16 Papst Benedikt XVI.: *Esorsazione apostolica postsinodale Africae munus del santo padre Benedetto XVI. all'episcopato, al clero, alle persone consacrate e ai fedeli laici sulla*

ken enthalten wichtige Unterscheidungen, über die auch die „Perspektive der Opfer“ deutlicher in den Blick kommt, die in unserem Zusammenhang nicht nur am Rande genannt werden darf. Benedikt fordert die richterliche Unabhängigkeit im Bereich der Rechtsordnungen und des Strafvollzugs, „um die Gerechtigkeit wieder herzustellen und die Schuldigen zu resozialisieren“. Er hält es für geboten, „die Fälle von Justizirrtum, Misshandlungen von Gefangenen und jede Anwendung von Gesetzen auszuschließen, welche die Menschenrechte missachten, so wie auch alle Inhaftierungen zu vermeiden, die viel zu spät oder niemals in einem Strafverfahren enden“. Hier wird deutlich, dass die Perspektive der „Täter“ und die Perspektive der „Opfer“ nicht immer klar zu trennen sind. Der Papst macht „die Verantwortlichen der Gesellschaft aufmerksam, alles nur mögliche zu tun, die Todesstrafe abzuschaffen und das Strafsystem zu reformieren, damit die Menschenwürde des Gefangenen respektiert“ werde. Der Gefangenepastoral sei die Aufgabe anvertraut, die Bedingungen für eine „Gerechtigkeit, die wiederherstellt und heilt“ (giustizia restitutiva) „zu studieren und sie als Mittel und Verfahren zu Gunsten von Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden anzuwenden und damit die Reintegration der Opfer und Täter in die Gesellschaft zu fördern“. An dieser Stelle wird eine vermittelnde Sichtweise möglich und man kann dem häufig erhobenen Vorwurf begegnen, der „Situation der Täter“ werde „auf Kosten der Opfer“ zu viel Aufmerksamkeit geschenkt.¹⁷

Die Perspektive der Opfer

Mit dem Einwand, man müsse „mehr an die Opfer denken“ – den man allerdings relativ häufig besonders von den unmittelbar *nicht* beteiligten Personen hört –, muss sich die Gefangenepastoral intensiv auseinandersetzen, wobei zu dieser Auseinandersetzung auch der Hinweis gehört, dass dieser Einwand allzu oft „auf Kosten von Opfern und Tätern“ in-

chiesa in Africa al servizio della riconciliazione, della giustizia e della pace. Libreria Editrice Vaticana. Rom 2011, Nr. 83. Text in deutscher Sprache auch unter http://www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/apost_exhortations/documents/hf_ben-xvi_exh_20111119_africæ-munus_ge.html (daraus auch die folgenden Zitate)

17 Vgl. Rainer Stuhlmann: Auf die Täter fixiert. In: Zeitzeichen 4/2011, S. 35-37 („Als Anwalt an der Seite der Opfer tritt Christus den Tätern als deren Richter gegenüber. Er zieht sie zur Verantwortung, indem er sie mit den Opfern ihrer Taten konfrontiert“; ebd. 36). Vgl. die Diskussion im Internet: <http://www.scilogs.de/hinter-gruende/der-gekreuzigte-und-die-vergessenen-opfer-der-theologie/>

strumentalisiert wird – gerade im Bereich einer Presse, die voyeuristische Tendenzen bedient, oder im Dunstkreis von Politikern, die ihr „Herz“ für die Opfer nur periodisch vor den Wahlen entdecken. Abgesehen von der fallweise gegebenen Anwendbarkeit des Begriffs „Opfer“ auch für die mit dem Wort „Täter“ bezeichnete Gruppe von Menschen in Haft ist doch die negative Situation und das Leiden eines Einzelnen aus *dieser* Gruppe nicht zu verrechnen mit den Nachteilen und leidvollen Erfahrungen, die das Opfer einer Straftat zu erdulden hat, und deren Ausmaß, wenn man etwa an die Angehörigen der Opfer von Tötungsdelikten oder an den Bereich der Sexualstraftaten denkt, das Vorstellungsvermögen nicht betroffener Personen übersteigt. Wer wollte oder dürfte das bezweifeln?

Gegen die Auffassung einer naturalistischen Anthropologie kann es jedoch keine „Null-Risiko-Gesellschaft“ geben. Prägnanter als mit den Worten der deutschen Bischöfe kann man das in diesem Zusammenhang nicht zusammenfassen: „*Die damit verbundene Vorstellung, dass es besser ist, zehn Menschen hinter Gitter zu bringen, die dort nicht hingehören, als einen in Freiheit zu lassen, der möglicherweise (wieder) zum Straftäter wird, steht im ... Gegensatz zum Gedanken der Gerechtigkeit als zentralem Maßstab christlicher Praxis.*“¹⁸ Beide Seiten – die Seite der Opfer und die der Täter – sind schwer voneinander abzugrenzen und bedürfen einer *eigenen* Würdigung. Den Menschen im Gefängnis kann es nicht zum Vorwurf gemacht werden, wenn die Gesetze, die eine rechtskonforme und menschenwürdige Behandlung *aller* Menschen einfordern (und zwar auch derer, in deren Taten zuweilen in brutalster Weise die eklatante Missachtung eben der Würde und der Rechte anderer Menschen deutlich wird), auch für sie gelten, während entsprechende Gesetze und Regelungen – sofern es sie überhaupt gibt (etwa der prozessualen Begleitung und therapeutischen Unterstützung der Opfer von Straftaten) – außer Acht gelassen werden und die Fürsorgepflicht der staatlichen Seite privaten oder kirchlichen Initiativen überlassen wird.

18 „Welche Herausforderungen damit verbunden sein können, kommt drastisch am Fall von Sexualstraftätern und der Frage möglicher Rückfälligkeit zur Geltung. Die Vergegenwärtigung jener Einzelperspektiven, die der Einebnung in standardisierte Lösungsmechanismen widersteht und die Person des Täters in den Blick nimmt, gehört zu den Grundaufgaben der Gefängnispastoral. Nicht zuletzt kommt dazu die kritische Wortmeldung gegen die Ritualisierungen mancher Medien, die schuldig gewordenen zu dämonisieren und damit politisch brisante Stimmungen zu wecken.“ So in: Die deutschen Bischöfe (wie Anm. 15, oben S. 117), S. 32.

Die Abscheu vor der Tat setzt nicht das Personsein und Menschsein des „Täters“ außer Kraft, auch *seine „unantastbare Würde“*, in der (wie bei jedem anderen Menschen auch) nach christlichem Verständnis „*jeder Mensch vor Gott er selbst ist, sein Bild und sein Gleichnis*“:¹⁹ ein Menschenbild und Gottesbild, das letzten Endes die Abscheu vor der Tat nicht kleiner macht, der definitiven Ächtung und Ausgrenzung einer Person oder gar ganzen Personengruppe jedoch den Riegel vorschiebt.

Papst Johannes Paul II. hat es in seinem „Schreiben in die Gefängnisse der Welt“ aus dem Jahr 2000 nicht bei einem dringenden „Appell an die Regierenden“ belassen, sondern konkret

„Kunst im Gefängnis“ als „Vermittlungsinstanz der Frohen Botschaft“.

vorgeschlagen, „*die Wiedereingliederung der Häftlinge durch ihre Einbeziehung in Projekte der Solidarität und Nächstenliebe zu beschleunigen*“.²⁰ Nachdem ich bereits seit meinem Dienstbeginn im Celler Gefängnis 1989 mit langzeitinhaftierten Personen das Projekt „Kunst im Gefängnis“ als kreative Rehabilitationsmaßnahme und auch als eine sinnvolle „Vermittlungsinstanz der Frohen Botschaft“ im Bereich der Gottesdienste²¹ schätzen gelernt hatte, wurde dieser Vorschlag im Bereich der Anstaltsseelsorge und zwar in kollegialer Zusammenarbeit mit Menschen von „drinnen und draußen“ konkretisiert. Dafür, dass dieses Projekt in den letzten sechs Jahren im Kontext des inzwischen über Deutschland hinaus bekannten gemeinnützigen Vereins *Art and Prison e. V.*²² Aufmerksamkeit und Anerkennung findet und Begegnungen von Menschen von „drinnen und draußen“ ermöglicht, bin ich um so dankbarer, als diese Begegnungen nicht nur über die Präsentation der Kunstwerke geschehen²³, sondern

19 Botschaft (wie Anm. 2, oben S. 111), Nr. 3, S. 5; vgl. außerdem Echtermeyer (wie Anm. 2, oben S. 111), S. 1 f.

20 Botschaft (wie Anm. 2, oben S. 111), Nr. 7, S. 10-12.

21 So ist beispielsweise der Kreuzweg in der Anstaltskirche das Werk eines Inhaftierten, der mehr als zwei Jahrzehnte seines Lebens auf der Sicherheitsstation in Einzelhaft verbracht hat.

22 <http://www.artandprison.org>

23 Dies wäre ohne das Engagement der Berliner Künstlerin Cornelia Harmel nicht möglich, die inzwischen mehr als zehn Ausstellungen betreut hat, darunter Veranstaltungen in der Zitadelle Spandau (2012), im Bundesministerium der Justiz (Berlin 2013) und auch im Freisinger „Alten Gefängnis“ (Ende 2013) in Kooperation mit Renovabis, dem Kardinal-Döpfner-Haus und der Gefangenepastoral Albaniens. Ein Katalog zu diesen Veranstaltungen liegt vor. Anfang 2015 wird eine Ausstellung in Rom stattfinden, die von einigen Orden und Kongregationen unterstützt werden wird (Thema: „Ein halber Quadratmeter Freiheit“). – Der Katalog, erschienen unter dem Titel „Von Licht

auch zu zahlreichen persönlichen Kontakten und Besuchen bei Gefangenen selbst und zur Festigung dieser Kontakte nach der Entlassung führen.



*Medic aus Bosnien und Herzegowina (Justizvollzugsanstalt Tegel),
Titel des Bildes:
„Hinter mir dunkel vor mir hell dazwischen nur ein Schatten“*

Die „Besuche im Gefängnis“, denen dieses Projekt unter Einbeziehung der Häftlinge in nunmehr über 30 Ländern dient, waren und sind bislang in keinem Fall vergeblich gewesen und scheinen nach meinen eigenen Erfahrungen in der „Welt hinter Gittern“, die ich hier geschildert und reflektiert habe, für den Besucher – und dazu rechne ich mich auch – einen nicht weniger großen Nutzen gehabt zu haben als für den Besuchten selbst (Mt 25,36-46).

und Dunkel. Bilder aus der Haft“, Berlin 2012, enthält auch farbige Reproduktionen der im vorliegenden Heft aufgenommenen Werke von Inhaftierten sowie zahlreiche weitere Motive.

Gefägnisse in Albanien – der lange Schatten der kommunistischen Vergangenheit

Don Marjan Lumçi ist Pfarrer in Tirana und auch zuständig für die Gefangenenseelsorge in der Erzdiözese Tirana-Durrës.

Neben den oft menschenunwürdigen äußereren Verhältnissen in Albaniens Gefägnissen leiden die Inhaftierten unter der Geringschätzung des Individuums, eine Folge des kommunistischen Systems. Ursache für viele Verbrechen ist das Prinzip der Blutrache, deren Überwindung eine Aufgabe ist, der sich Staat und Religionsgemeinschaften gemeinsam stellen müssen.

Es ist ein schwieriges Unterfangen, in einem kurzen Artikel die Situation in den Gefägnissen Albaniens, speziell im Bereich der Erzdiözese Tirana-Durrës, zu erläutern. Mein Beitrag kann daher nur eine erste Einführung vermitteln.

In unserer Diözese liegen neun Gefägnisse, die sich wie folgt aufteilen: ein Frauengefängnis, ein Untersuchungsgefängnis für Frauen und Minderjährige und sieben weitere Haftanstalten, deren Insassen Männer aller Altersgruppen bilden.

Gesellschaftlicher Hintergrund

In der Regel versucht man, das Wort „Gefägnis“ zu umgehen, und benutzt hierfür lieber die Begriffe „Rehabilitierungseinrichtung“ oder „Besserungsanstalt“. Die Katastrophe beginnt genau bei dieser Wortwahl, denn meiner Meinung nach sind diese Gefägnisse alles andere als Besserungsanstalten! Ich kann diesen Begriff nur schwerlich akzeptieren, weil ich nicht der Meinung bin, dass dort etwas zur Rehabilitierung der Häftlinge getan wird. Dafür fehlt es zu sehr an Aufklärung und praktischer Anweisung für das „normale“ Leben.

In Albaniens Gefängnissen ist es, wie man leider immer wieder beobachten muss, um die Achtung der Rechte und Würde der Gefangenen als Menschen schlecht bestellt. In der kommunistischen Zeit galt die Gesamtheit der Gesellschaft mehr als die einzelne Person. Jeder, der unter dem Kommunismus eine Straftat beging, galt als Schande für die Gesellschaft und sollte von allen verurteilt werden. Nicht nur die betroffene Person, sondern auch die gesamte Familie wurde in einer Art von Sippenhaft deshalb geächtet, weil sie das Familienmitglied im Sinne des Systems nicht richtig oder sogar ganz falsch erzogen hatte. Die gleiche Strategie wird häufig noch heute verfolgt: Die Person, die etwas Falsches getan hat, verdient nichts Besseres als eine vollkommene Isolierung von der Außenwelt als „Erziehungsmaßnahme“, obwohl sich dies sicher nicht positiv auf sie auswirken wird. Diese Art von „Rehabilitierungsmaßnahme“ hat wesentlich zum Zerfall der Gesellschaft beigetragen und dazu geführt, dass das Individuum in der albanischen Gesellschaft bis heute einen ziemlich geringen Wert hat.

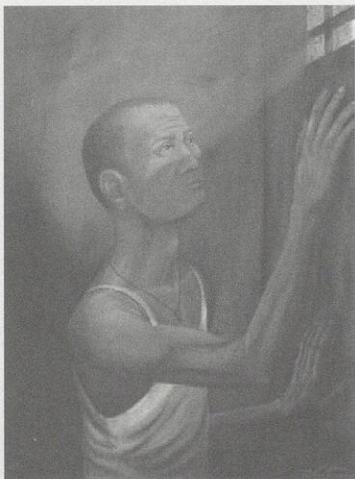
Zustände in den Gefängnissen

Die meisten Gefängnisse in Albanien sind ein *Überbleibsel der kommunistischen Zeit*. Von den neun Gefängnissen, die unsere Diözese betreut, ist lediglich ein einziges nach den gängigen europäischen Richtlinien gebaut worden.¹ In den Gefängnissen gibt es jeweils nur einen Raum für Freizeitgestaltungen wie beispielsweise Tischtennis, Diskussionsrunden oder auch Gottesdienste. Auch der Zustand der sanitären Anlagen lässt zu wünschen übrig, was sich besonders im Sommer bemerkbar macht. Im Winter ist die Situation noch unzumutbarer, denn es gibt in den meisten Gefängnissen weder warmes

Bis heute hat der einzelne Mensch in der albanischen Gesellschaft einen geringeren Wert als die Gemeinschaft.

Wasser zum Duschen noch Heizungen, da diese aus Sicherheitsgründen nicht eingebaut werden. Falls eine Heizung vorhanden ist, wird diese erst bei Temperaturen unter null Grad eingeschaltet. Zwar werden vom Staat immer wieder Fördermittel zugesagt, um solche Mängel zu beseitigen – es geschieht aber nichts.

¹ Vgl. dazu den Hinweis im Beitrag von Heinz-Peter Echtermeyer in diesem Heft, oben S. 113.



Olexandr aus der Ukraine,
Titel des Bildes: „Sorrow“ („Kummer“)
(vgl. dazu den Hinweis in Anm. 23 auf S. 120f.)

Eine *Gesundheitsvorsorge* existiert in Albaniens Gefängnissen im Grunde genommen überhaupt nicht. Obwohl jede Einrichtung über einen Arzt verfügt, beschränken sich dessen Dienste auf oberflächliche Besuche und Ausstellen von Rezepten ohne Prüfung, ob die Medikamente nutzen oder eher schaden.

Der Zahnarzt wählt statt einer Behandlung häufig das Ziehen eines Zahnes; Augenärzte fehlen gänzlich. Bestenfalls bringe ich dann den Inhaftierten Brillen mit in der Hoffnung, ihnen damit zumindest ein wenig helfen zu können. Auch stellen die Gefängnisse *zu wenig Kleidung* zur Verfügung. Ich selbst habe es erlebt, dass vor Gericht ein Richter die Verhandlungen nicht durchführte bzw. abgebrochen hat, weil die Angeklagten wegen schmutziger Wäsche einen unangenehmen Geruch verströmten.

Gründe für eine Inhaftierung

Unter den verschiedenen Straftaten in Albanien möchte ich die am häufigsten verbreitete besonders hervorheben: die *Blutrache*. Sie hat sich meiner Meinung nach in der Zeit der osmanischen Herrschaft über Albanien, die ca. 500 Jahre dauerte, ausgebreitet. In jener Zeit trat nach und nach die Hälfte der Bevölkerung zum Islam über.²

Leider ist die Blutrache auch heute noch sehr stark verbreitet und tief im Bewusstsein der albanischen Bürger verwurzelt. Als Ursache dafür

² Über Herkunft und gegenwärtige Rolle der Blutrache wird in Albanien kontrovers diskutiert. Informationen bieten z. B. die Beiträge von Hildegard Sühling: Zum Hintergrund der albanischen Blutrache. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 11 (2010), H. 4, S. 286 f., und Maria Christina Färber: „Unheilbar ist deine Wunde, tödlich deine Verletzung“. Wenn das Blut im neuen Europa zum Himmel schreit. In: ebd., S. 288–296.

sind besonders die mündlich überlieferten „*Volksregeln*“ (*Kanuni*) zu nennen. Ihre Entstehung hängt damit zusammen, dass der Staat zu schwach war (und ist), dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Die Menschen sehen sich aus diesem Grund dazu gezwungen, durch Selbstjustiz Gerechtigkeit zu erlangen. Ein weiterer Grund ist die schlechte *wirtschaftliche Lage*, die besonders in den abgelegenen Bergregionen die Menschen immer wieder in die Verzweiflung treibt und in Stresssituationen Kurzschlussreaktionen provozieren kann.

Angesichts der oben genannten Gründe ergeben sich folgende Situationen für Gefangene und deren Familien:

- Die Familien sind nicht in der Lage, inhaftierte Angehörige irgendwie zu unterstützen.
- Die Familien brechen den Kontakt zu den gefangenen Angehörigen aus Gründen des Selbstschutzes ab in der Hoffnung, die Blutrache damit zu beenden, um nicht noch weitere Familienmitglieder zu verlieren. (Dieses Verhalten lässt sich seit einigen Jahren bei Fällen von Blutrache innerhalb eines Familienverbandes oder näheren Bekanntenkreises beobachten.)
- Die Familie des Gefangenen hat Angst davor, den Gefangenen zu besuchen oder sogar aus dem Haus zu gehen, da sie befürchten muss, dass ein Mitglied der anderen Partei ihr auflauern könnte, um die Blutrache zu vollziehen.

Auch wenn man aufgrund einer Blutrache im Gefängnis sitzt, heißt dies also nicht, dass das eigene Leben oder das der Familie verschont oder in Sicherheit wäre. In den meisten Fällen kehrt erst nach einem zweiten Mord innerhalb der gegnerischen Familie Ruhe ein – eine Art von Gleichgewicht in ihrem Leben wird damit wieder hergestellt. Selbst der Staat verurteilt Gefangene und ihre Familien mit dem Satz: Das gelöschte Leben wird mit einem gelöschten Leben verziehen!

Ursache für viele Verbrechen ist die noch immer praktizierte Blutrache.

Es ist unbedingt notwendig, zwischen den verfeindeten Familien zu vermitteln. Dies erfordert ein hohes Maß an Zeit und Energie, viele Gebete, aber auch Geld, u. a. für Fahrten zu den Verhandlungen mit den betroffenen Familien oder zum Vereinbaren diverser Termine. Die Vorbereitung und Durchführung solcher langwieriger Prozesse in der Hoffnung, eine Einigung zwischen den Parteien zu erreichen, übernehmen fast ausschließlich Priester.

Die Missionarinnen der Nächstenliebe und ihre Arbeit

Gemeinsam mit den Missionarinnen der Nächstenliebe, den Mutter-Teresa-Schwestern, mit denen ich seit Jahren zusammenarbeite, konzentrieren wir uns im Rahmen unserer Hilfe schwerpunktmäßig auf Personen, die Opfer der gesellschaftlichen Mentalität geworden sind. Die Feier der Heiligen Messe und der verschiedenen Sakramente ist ein erster Schritt für die Gefangenen, das Problem an sich zu erkennen, die Tat, d. h. den Fehler, einzugehen und sich des Schadens bewusst zu werden, den ihr Tun bewirkt hat. Dies ist ein Anfang zur Reue und zur Versöhnung mit Gott.

Ziel des Einsatzes der Schwestern ist es, die Lage für die Inhaftierten entspannter und erträglicher zu gestalten. Um dies zu erreichen, muss sich der Gefangene dessen bewusst sein, was geschehen ist, seine Situation akzeptieren und versuchen, ein neues Ziel für sein Leben anzustreben.

Diese Ziele, die den Kern unserer Sendung darstellen, erreichen wir durch persönliche Treffen mit den Gefangenen, die Feier von Heiligen Messen und durch das Gespräch. Werden Dialoge jedoch nur religiös geführt, erreichen wir nur wenige Personen. Deshalb ist es unverzichtbar, für verschiedene Arten der Kommunikation offen zu sein, sodass sich niemand ausgeschlossen oder nicht beachtet fühlt.

Einen Weg zur inneren Öffnung bietet *künstlerisches Schaffen*, also Malerei und Bildhauerei; in den Augen des Betrachters und vor allem in den Augen des Künstlers führt es auch zur Überprüfung der eigenen Situation. Auch in Gefängnissen gibt es Menschen, die kreative kunsthandwerkliche Fähigkeiten besitzen; ihre Förderung eröffnet vielfältige Perspektiven für die Zeit nach Ende der Haft. Solche Maßnahmen, das Los der Gefangenen im Gespräch, mit geistlichen und künstlerischen Angeboten zu erleichtern, mögen nur der berühmte „Tropfen auf den heißen Stein“ sein, aber ich bin mir sicher, dass damit viel erreicht wird.

Aus dem Albanischen übersetzt von Lydia Prenkaj.

Gefängnisse in Rumänien – Orte der „Erlösung“?

Cristian Pavel ist Priester der Rumänischen Orthodoxen Kirche.

Zwar haben sich die Verhältnisse im rumänischen Strafvollzug seit 1989/90 verbessert, die hohe Rückfallquote bei straffällig Gewordenen hat sich aber zu einem ernsthaften Problem für Staat und Gesellschaft entwickelt. Abhilfe wird nur möglich sein, wenn sich Netzwerke bilden, die den entlassenen Häftlingen Perspektiven zur gesellschaftlichen und beruflichen Wiedereingliederung bieten. Der Beitrag enthält dazu grundlegende Informationen und stellt den Einsatz der orthodoxen Kirche für die Häftlinge vor.

Zur Lebenssituation in kommunistischen Gefängnissen

Gefängnisse wurden stets als Orte betrachtet, an denen das Böse kontrolliert und vermindert werden kann, wodurch den Menschen außerhalb der Gefängnisse, also in der Freiheit, der Weg zu einem Leben im Sinne christlicher und bürgerlicher Tugenden möglich ist. An das Leben in den kommunistischen Gefängnissen Rumäniens kann man sich jedoch nur mit Schaudern und Trauer erinnern, da dort der Mensch oftmals zur Entmenschlichung gebracht wurde. Neben der Bestrafung der Delinquenten – ein Auftrag, den die ehemaligen Folterknechte oft vergessen haben – kam es an diesen Orten zu unbeschreiblichen Taten, die häufig gegen all diejenigen gerichtet waren, die den Mut besaßen, für den christlichen Glauben, das Bekenntnis der Urväter und des rumänischen Volkes, zu sterben. Das Leben in den kommunistischen Gefängnissen wurde oft als „Experiment“ bezeichnet, da sein Zweck nicht so sehr der Bestrafung und Läuterung schlechter Gewohnheiten diente, sondern vielmehr der Veränderung des Verstandes nach dem Willen der Folterer. Das Gefängnis wurde somit zu einem Instrument der politischen Beherrschung, da alle dorthin kamen, die sich entweder physisch oder verbal denjenigen widersetzen, die an der Macht waren – den Kommunisten.

Vertreter der politischen Klasse der Zwischenkriegszeit und aus der intellektuellen Elite sowie Kleriker und einfache Gläubige waren die Opfer; viele wurden zu „Heiligen der Gefängnisse“ (Valeriu Gafencu, Ilarion Felea u. a.). Der Zeitraum zwischen 1945 bis 1989 wird für immer eine schwarze Seite in der Geschichte des rumänischen Volkes bleiben. Neben der Generaldirektion der Strafanstalten, die eher mit der Organisation dieses gesellschaftlichen Bereiches beauftragt war, wurden die Entscheidungen über das Leben im Gefängnis, die Lebensbedingungen und die verabreichten Strafen von den Kommandanten der jeweiligen Einrichtungen (Gefängnisse und Strafkolonien zur Zwangarbeit) getroffen, die von politischen Offizieren als den treuen Vollstreckern der Anordnungen der kommunistischen Partei unterstützt wurden. Die Partei bediente sich des sowjetischen Modells der Strafanstalt insbesondere für politische Gefangene in 44 Gefängnissen und 72 Zwangsarbeitslagern.¹ In den kommunistischen Gefängnissen waren die Lebensbedingungen unvorstellbar. In den Lagern musste Zwangarbeit bis zum Umfallen geleistet werden, begleitet wurde sie von Demütigungen und weiteren Bestrafungen. Hier waren die Bedingungen am unmenschlichsten, ebenso wie in den Gefängnissen zur Umerziehung und Vernichtung.

Der Strafvollzug im heutigen Rumänien

Gegenwärtig bildet die „Nationale Verwaltung der Strafanstalten und der untergeordneten Einrichtungen“ eine Behörde, die durch die Gewährleistung der Beaufsichtigung, Bewachung sowie des Haftvollzugs

Die Infrastruktur des Strafvollzugssystems entspricht noch nicht den Normen des Europarats.

zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der nationalen Sicherheit beiträgt. Durch die Übernahme von erzieherischen Aktivitäten und durch psychosoziale Fürsorge wirkt sie auf die ge-

sellschaftliche Wiedereingliederung der ihrer Freiheit entzogenen Personen hin. Die Gesetzgebung im Bereich des Strafvollzugs ordnet die Verantwortlichkeit der Strafanstalt für die Organisation und Durchführung von erzieherischen, kulturellen, therapeutischen, seelsorgerischen, psychologischen und gesellschaftsfördernden Aktivitäten an, außerdem Schulunterricht und Persönlichkeitsbildung für den Zeitraum der Haft,

¹ Vgl. dazu die Hinweise im Beitrag von Matthias Stadelmann in diesem Heft auf S. 88f.

um die gesellschaftliche Wiedereingliederung der Häftlinge zu erleichtern.

Die vor 1989 aufgebaute Infrastruktur des Strafvollzugssystems entspricht noch nicht den Standards, die vom Europarat vorgesehen sind. Rumänien wurde im Jahr 1993 Mitglied und hat die Europäische Konvention zur Vorbeugung von Folter und inhumanen oder erniedrigenden Strafen oder Behandlungen durch das Gesetz Nr. 80 vom 30. September 1994 ratifiziert. Die „Nationale Strategie für die gesellschaftliche Wiedereingliederung der der Freiheit entzogenen Personen“ ordnet die Hinzuziehung von Repräsentanten der „Nationalen Verwaltung der Strafanstalten“, des Justizministeriums sowie anderer öffentlicher Institutionen, Verbände und Nichtregierungsorganisationen für eine mögliche Rolle bei der Mitwirkung nach der Haftentlassung an, auch der Rumänischen Orthodoxen Kirche.

In der rumänischen Gesellschaft ist leider die allgemeine Tendenz staatlicher Institutionen zu beobachten, in einem eingeschränkten Umfeld und ohne systematische Kooperation mit anderen Organisationen tätig zu werden, was zu mangelnder Nachhaltigkeit und geringer Effizienz führt. Durch das Zugeständnis einer *aktiven und entscheidenden Rolle der Kirchen, der Verbände und Nichtregierungsorganisationen* beim Prozess der gesellschaftlichen Wiedereingliederung könnte das Schicksal der aus der Haft Entlassenen sicher positiver beeinflusst werden. Hierzu kann auch eine Kooperation zwischen den Institutionen beitragen. Die effektive Mitwirkung der genannten Träger ist unabdingbar für eine positive Entwicklung der Sozialpolitik.

Das Strafvollzugssystem umfasst heute 46 Einheiten sowie ein Personal von 12.202 Personen mit unterschiedlichen Ausbildungsgängen. Das Budget lag 2012 bei ca. 212 Millionen Euro. Zwischen 1990 und 2011 ist die Zahl der Einheiten von 32 auf 46 gestiegen. Hinsichtlich der Zahl der Inhaftierten dieses Zeitraums ist festzuhalten, dass diese von 1990 bis 1998 anstieg und sich schließlich verdoppelte. Folgende Gründe sind hierfür anzuführen:

- das Fehlen von Dekreten zur kollektiven Begnadigung,
- der ökonomisch-soziale Kontext und
- die Erschwerung der Entlassungsbedingungen aufgrund von Änderungen des Strafgesetzbuches (Gesetz Nr. 140/1996).

Die Zahl der Strafanstalten erhöhte sich in diesem Zeitraum um 18 Prozent, bedingt durch die Überbelegung der Hafträume. In den Jahren 1999 bis 2008 kam es zu einem starken Absinken der Zahl der Inhaftier-

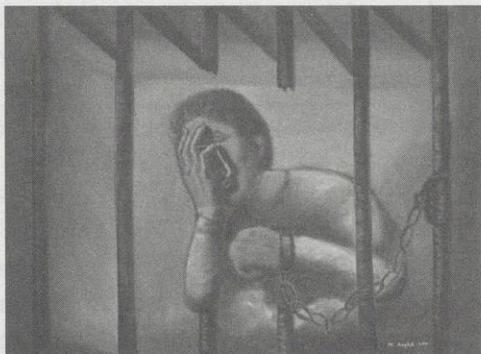
ten (ca. 50 Prozent). 2008 wurde eine ähnliche Anzahl erreicht wie 1990 (26.212 Inhaftierte). Als Gründe sind anzuführen:

- Modifikationen und Vervollständigungen des Strafgesetzbuches in den Jahren 2003 und 2006, die zu einer Reduzierung der Inhaftierungsfälle führten,
- Verzicht auf Freiheitsstrafen bei unbezahlten Geldbußen,
- Anwendung alternativer Strafen, insbesondere für Minderjährige.

Seit 2008 steigt die Zahl der Inhaftierten erneut, wenn auch nicht so stark wie im Zeitraum 1990-1998. Eine Erklärung für diese Entwicklung liegt möglicherweise in der erhöhten Anzahl von Inhaftierten, die zur Fortsetzung ihrer Strafverbüßung an Gefängnisse in Rumänien ausgeliefert wurden, wobei die Zahl der Strafanstalten unverändert geblieben ist.

<i>Jahr</i>	<i>Anzahl der Plätze zur Unterbringung von Inhaftierten</i>	<i>(gemeldet gemäß Standard: 6 m³ pro Häftling)</i>
1989	33.432	28.820
2014	39.741	33.353

Während im Jahr 1990 der Anteil der rückfälligen Inhaftierten etwa 14 Prozent betrug, belief sich dieser im Jahr 2010 auf ca. 44 Prozent. Am höchsten war der Anteil 2007 mit 46,8 Prozent. Gegenwärtig ist die Höhe dieses Prozentsatzes mit 44,9 Prozent besorgniserregend.



*Marian aus Rumänien (Gefängnis Focșani), Titel des Bildes: „Strigatul contrastelor“ („Der Schrei der Kontraste“)
(vgl. dazu den Hinweis in Anm. 23 auf S. 120f.)*

Im Zeitraum nach 1989 haben nicht wenige Beobachter eine Verbesserung der Bedingungen des Strafvollzugs beobachtet. Im „Landesbericht zur Situation der Menschenrechte – Rumänien im Jahr 2009“ des State Department der Vereinigten Staaten wurde festgestellt, dass „in den Strafanstalten nach wie vor harte Haftbedingungen vorherrschen, die

nicht den internationalen Standards entsprechen ... Obwohl überbelegt, stellt dies kein ernsthaftes Problem dar; es gibt Haftanstalten, in denen der Standard von 4 m² pro Häftling, empfohlen vom Komitee für die Vorbeugung von Folter im Rahmen des Europarates, nicht eingehalten wird.“

Später stellte der am 8. April 2011 veröffentlichte „Landesbericht zur Situation der Menschenrechte – Rumänien im Jahr 2010“ fest, dass gemäß der offiziellen Zahlen die Überbelegung in den Strafanstalten in Rumänien kein ernsthaftes Problem bildete, im Laufe des Jahres jedoch die Haftbedingungen verbessert wurden. Dennoch sind die Haftbedingungen weiterhin ziemlich streng, da es Gefängnisse gibt, in denen der Standard von vier Quadratmetern pro Häftling, der vom Komitee für die Vorbeugung von Folter (CPT) des Europarates gefordert wird, nicht eingehalten worden ist.

Das Engagement der Rumänischen Orthodoxen Kirche

Ganz allgemein ist zunächst festzuhalten, dass die Rumänische Orthodoxe Kirche in fast jeder Strafanstalt des Landes über einen Gottesdienstraum verfügt und dort jeweils einen Kaplan eingesetzt hat. Damit unterstützt sie die Möglichkeiten einer nachhaltigen Wiedereingliederung von Straffälligen in die Gesellschaft.

Die Tätigkeit der Priester und der übrigen Geistlichen wird genau in die Regelung zur religiösen Fürsorge in Strafanstalten einbezogen, die durch das Gesetz O.M.J. Nr. 1072/C/2013 festgelegt worden ist. Von den zahlreichen Programmen und Projekten, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, möchte ich mich besonders einer Initiative widmen, die in Rumänien einen innovativen Charakter hat; bei der daraus hervorgegangenen Einrichtung, in der ehemalige Häftlinge eingesetzt werden, handelt es sich um eine Bäckerei. Seit Oktober 2009 führt der Verband „Filantropia“, der von der Heiligen Synode der Rumänischen Orthodoxen Kirche unterstützt wird, zusammen mit der Nationalen Verwaltung der Strafanstalten das Projekt „Sozial-Strategie zur Beschäftigung und Qualifikation durch Lehre und Tätigkeit für die Freiheit“ durch; es wurde finanziell von der Europäischen Union durch das Programm für die Entwicklung menschlicher Ressourcen gefördert. Zweck des Projektes ist sowohl die Verminderung der Chancengleichheit für jetzige als auch ehemalige Häftlinge im Übergang von der Strafanstalt in das gesellschaftliche und Berufsleben.

Um dies zu erreichen, hat sich das Projekt als Dienst für die gesellschaftliche (Wieder-)Eingliederung um folgende Maßnahmen bemüht:

- Förderung alternativer Modelle sowohl zur Unterstützung einer Beschäftigung als auch zur Entwicklung von Diensten mit dem Ziel der Integration in die Arbeitswelt,
- Erhöhung der Vermittelbarkeit im ökonomisch-gesellschaftlichen Bereich,
- Schaffung von flexiblen und innovativen Arbeitsplätzen.

Eine Auswahl der Ergebnisse des Projekts:

- 80 Häftlinge werden an beruflichen Fortbildungskursen teilnehmen und Dienste zur beruflichen Beratung, Vermittlung und Orientierung in Anspruch nehmen;
- mindestens 60 werden einen beruflichen Qualifizierungskurs absolvieren;
- 50 Häftlinge werden ausgewählt, um an der Instandhaltung der Einrichtungen zu arbeiten;
- 36 Strafanstalten werden Vorschläge zu innovativen Maßnahmen für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft erarbeiten.

Das Problem der gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Inhaftierten kann ohne Netzwerke, die z. B. den Arbeitsmarkt auf Angebote sichten oder bei der Rückkehr in die Familie helfen, nicht erfolgreich gelöst werden. In Timișoara, wo das Konzept eines sozialen Unternehmens umgesetzt worden ist, hat sich ein Netzwerk formiert, dem das orthodoxe Erzbistum Timișoara, der Caritasverband, die Strafanstalt Timișoara, der Bewährungshelferdienst sowie Nichtregierungsorganisationen mit spezifischen Zielsetzungen angehören. Da die bestehende Ge setzgebung in Rumänien derzeit die Gründung und den Betrieb solcher



*Blick in die Backstube der Bäckerei „Brot des Lebens“
(das Bild wurde vom Autor zur Verfügung gestellt)*

Unternehmen – hier also einer Bäckerei – noch nicht regelt, ist eine Festlegung der rechtlichen Aspekte in jedem Einzelfall notwendig.

Renovabis unterstützt finanziell die Bäckerei „Brot des Lebens“. Zu beachten ist, dass die sich noch in der Gründungsphase befindlichen Einrichtungen der sozialen Ökonomie denselben normativen und steuerlichen Regelungen unterworfen sind wie gewinnorientierte Unternehmen. Gegenwärtig gibt es keinerlei Subventionen oder steuerliche Erleichterungen, die es ihnen ermöglichen würden, den Wettbewerbsnachteil auszugleichen, der sich durch die Anstellung von benachteiligten Personen wie z. B. ehemaligen Häftlingen ergibt. Die „soziale Klausel“ kann auch nicht im Rahmen von Ausschreibungen angewendet werden, die die direkte Zuteilung von Verträgen unterhalb des freien europäischen Marktpreises an soziale Unternehmen vorschreibt. Leider erlaubt das Fehlen eines eindeutigen rechtlichen Status der sozialen Unternehmen auch keine Qualitätszertifizierung, die für die Kommerzialisierung von Produkten (ISO) notwendig ist. Ebenso gibt es noch keine Netzwerke für den Verkauf von Produkten sozialer Unternehmen. Im vorliegenden Beispiel kann das Erzbistum Timișoara die Abnahme von Brot bis zu einer bestimmten Menge garantieren, was allerdings nicht genügen wird, da Brot ein Produkt mit geringer Haltbarkeit ist. Es ist daher unabdingbar, andere Netzwerke auszumachen, die die Verteilung der Produkte unterstützen sowie die Fortsetzung der Initiative durch neue Kontakte (z. B. zur Verwaltung von Strafanstalten, zu Schulkantinen oder zu Krankenhäusern) garantieren können.

Ernüchternd muss man festhalten: Der Rückfall von Straftätern ist oft das Ergebnis von Enttäuschungen bei der Arbeit in gewinnorientierten Unternehmen; die Betreuung zur Integration in den Arbeitsmarkt nach einer Haftentlassung muss daher unbedingt konsolidiert werden. In Rumänien existiert jedoch noch keine Politik zur Wiedereingliederung nach Verbüßung einer Haftstrafe. Die oben vorgestellte Initiative, bei der sich die Kirche stark engagiert, zeigt einen Weg auf, der Abhilfe schaffen kann.

Obwohl wir uns verstärkt auf die Programme der Berufsbildung konzentriert haben, stellen wir fest, dass an die Kirche als Partner immer höhere Anforderungen gestellt werden. Die Kirche wünscht angesichts all dieser Entwicklungen, die nicht aus einer gesetzlichen Verantwortung entstanden sind, den Weisungen des Evangeliums treu zu bleiben und

Der Einsatz sozialer Unternehmen wird durch fehlende gesetzliche Absicherung erschwert.

diejenigen aufzusuchen, denen die Freiheit entzogen wurde. Sie glaubt sowohl an die seelische als auch an die gesellschaftliche Besserung dieser Personen, unserer Schwestern und Brüder, die, wie wir hoffen, Gott auch durch diese Versuchungen hindurch erkennen werden.

Aus dem Rumänischen übersetzt von Albert Weber.

„Unsere Zukunft liegt in unseren Händen.“ Jugendliche Straftäter in der Republik Moldau

Emilia Moraru ist als Psychologin und Diplom-Pädagogin in der Stiftung „Regina Pacis“ tätig.

Die Republik Moldau, eines der ärmsten Länder Europas, hat bis heute mit den Folgen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche der neunziger Jahre zu kämpfen. Viele Familien sind zerfallen, Kinder und Jugendliche geraten leicht auf Abwege. Der Beitrag beschreibt die Arbeit der Stiftung „Regina Pacis“, die sich zum einen um entwicklungsgestörte Kinder kümmert, zum anderen aber auch besondere Förderungsmaßnahmen für junge Straffällige entwickelt hat.

Eine trostlose Gegenwart

Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Gesellschaft der früheren Sowjetrepublik Moldau einem ständigen Wandel unterworfen. Die sozial-ökonomische Situation des Landes wirkte sich auf alle Lebensbereiche und gesellschaftlichen Schichten, vor allem aber auf die Verwundbarsten, die Kinder und Jugendlichen, aus. Auf der Suche nach Veränderung entscheiden sich viele junge Menschen, ins Ausland zu gehen, was dazu führt, dass immer weniger Familien gegründet werden und die Geburtenzahlen sinken. Viele Erwachsene verlassen auf der Suche nach Arbeit ebenfalls das Land, die Kinder bleiben oft unversorgt zurück, was zu schwerwiegenden Folgen für ihre Entwicklung führt.

Armut und das Unvermögen, ein Teil der Gesellschaft zu werden, gelten als die größten Probleme junger Menschen in der Republik Moldau. Trotz Universitätsabschluss finden viele derer, die im Land bleiben, keinen Arbeitsplatz, was ihrem Selbstwertgefühl schadet und manche leider auch auf die schiefe Bahn bringt (oft verbunden mit Gewalterfahrung, Drogenabhängigkeit und sexuellem Missbrauch). Wenn es Arbeitsplätze gibt, klagen die jungen Menschen über zu niedrige Löhne und unattraktive Arbeitsbedingungen, die kaum Chancen auf eine Ent-

wicklung bieten, zumal die Entwicklung der Republik Moldau insgesamt nicht sehr gut aussieht.

Angesichts dieser Voraussetzungen gehört der Schutz gefährdeter Gesellschaftsschichten zu den Prioritäten der Sozialpolitik. Die Lage der verarmten Bevölkerung – nicht nur der jungen Menschen – muss auf der Agenda zentraler und lokaler Behörden stehen. Zweifelsohne brauchen auch Kinder, deren Eltern im Ausland leben, ebenso wie alte und behinderte Menschen ein beträchtliches Maß an Aufmerksamkeit vonseiten der Zivilgesellschaft.

Ein neues Phänomen in der Republik Moldau bilden die Straßenkinder. Ihre Präsenz ist Zeichen für eine Krisensituation, die im Bereich der sozialen Absicherung von Familien und Kindern dringlicher Lösungen bedarf. Es ist traurig, dass eine solche Erscheinung in unserer modernen Gesellschaft einen Platz hat, die gekennzeichnet ist durch eine Vielzahl luxuriöser Autos, doppelgeschossiger Häuser und hochentwickelter Technologien. Das Phänomen der Straßenkinder resultiert aus der Gleichgültigkeit der Erwachsenen, der Eltern, ja der gesamten Gesellschaft. Dem verwaisten Kind gelingt es nicht, sein Verhalten aktiv und dynamisch an die sozialen Anforderungen anzupassen, da wegen des Fehlens der Eltern ein Mangel an sozialer Kommunikation herrscht. Verschärft wird seine Lage durch die alltägliche Gewalt, die Notwendigkeit, auf der Straße zu betteln, und letztlich durch die fehlende Anpassung an soziokulturelle Normen.

Die Arbeit der Stiftung „Regina Pacis“ für gefährdete Jugendliche

Aufgrund all dieser Herausforderungen gründete das römisch-katholische Bistum Chișinău im Jahr 2000 die Stiftung „Regina Pacis“, in der ich tätig bin. In diesen Jahren galt der „Handel“ mit osteuropäischen und moldawischen Frauen, die in Westeuropa und Asien sexuell ausgebeutet werden, als eines der größten Probleme. Es bestand also die Notwendigkeit zur Entwicklung von Gegenmaßnahmen, um dieses Phänomen zu unterbinden. So wurden beispielsweise Aufklärungskampagnen gestartet und die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen mit den Familien der betroffenen Opfer in Dialogforen intensiviert. „Regina Pacis“ begann mit moralischer und materieller Fürsorge für alle Betroffenen, also verwaiste Kinder, Jugendliche, arme Menschen, Opfer des Menschenhandels und Auswanderer.

„Regina Pacis“ bietet Unterkünfte, Versorgung und Bildungsmaßnahmen für derzeit sechzehn Kinder, neun Mädchen und sieben Buben zwischen zwölf und achtzehn Jahren. Diese Kinder und Jugendlichen kommen aus sozial gefährdeten Familien, von Eltern, denen das Sorgerecht entzogen wurde, oder von solchen, die ihre Kinder verlassen haben. Betrachtet man die Besonderheiten des jeweiligen Alters, so bildet gerade der Übergang von der Kindheit zum Erwachsenwerden, die Adoleszenz, eine Phase grundlegender körperlicher und seelischer Veränderungen. In dieser Zeit prägen sich Selbstwertgefühl und Selbstwahrnehmung aus und persönliche Wertsetzungen finden statt; es ist das Alter des Suchens, der Offenheit, auch einer gewissen Nervosität gegenüber dem Kommenden. Eigene Positionen bilden sich heraus, das Interesse für abstrakte und konkrete Problemstellungen reift heran.



*Emilia Moraru und einige ihrer Schützlinge
(die Aufnahme wurde von der Autorin zur Verfügung gestellt)*

Wer, wenn nicht die eigenen Eltern, sollten den Pubertierenden in dieser Zeit nahe sein, um sich über ihre Erfolge zu freuen, bei Misserfolgen mit ihnen zu leiden, Gefühle der Liebe, des ersten Kusses, von Glücks- und auch Unglücksmomenten mit ihnen zu teilen? Kinder bedürfen der Ermutigung, der moralischen Unterstützung, des Zuhörens oder sogar des Streits, falls etwas schief laufen sollte. Nur so werden sie es lernen, Barrieren zu überwinden und Probleme zu lösen, die ihnen das Leben in den Weg stellen wird. Solche Momente erleben die Kinder und Jugendlichen in der Stiftung „Regina Pacis“ in Chișinău nicht mit ihren biologischen Eltern, sondern zusammen mit den multidisziplinär ausgebildeten Mitarbeitern. Dort wirken Sozialarbeiter, Psychologen und Ärzte, zusam-

In der Pubertät bedürfen Heranwachsende besonderer Zuwendung – umso schwieriger ist ihre Situation, wenn die Eltern ausfallen.

men, um eine je individuelle Therapie zusammenzustellen und umzusetzen. Das erste Jahr ist in der Regel das schwierigste.

In der therapeutischen Arbeit traten beträchtliche Probleme vor allem bei Kindern auf, die negative Erfahrungen mit ihren Liebsten machen mussten, die verlassen, misshandelt oder vergewaltigt wurden oder statt in die Schule zum Betteln auf die Straße geschickt wurden. Ihr Verhalten ist von Hass, Aggressivität, Gewaltbereitschaft und Neid geprägt, auch von mangelndem Interesse an der Schule und überhaupt einem Vertrauensmangel in Bezug auf das Morgen und auf ihre Zukunft. Die häufigsten unter vielen Fragen lauten stets „Warum ich?“, „Warum wurde ich verlassen?“, „Warum passiert mir all das?“ Es ist nicht einfach, diesen Kindern zu helfen, aber wir konnten doch Therapien entwickeln; Schritt für Schritt gelang es uns, die Ursachen zu analysieren, indem wir das Vertrauen der Kinder gewannen.

Nach dem Sprichwort „Die Entlein werden im Herbst gezählt“ nun kurz die Bilanz der Arbeit: Zehn junge Menschen wurden in die Gesellschaft eingegliedert und fanden eine Arbeit, zwei Mädchen machten ihren Abschluss an der Fachschule Nr. 8 für Schneiderinnen, zwei junge Männer machten Abschlüsse an den Fachschulen Nr. 6 und Nr. 9 zum Schlosser bzw. Elektriker, und weitere zehn Jugendliche studieren inzwischen an den Hochschulen von Chișinău.

Der Einsatz von „Regina Pacis“ für straffällige Jugendliche

Seit 2011 ist „Regina Pacis“ auch ein zuverlässiger Partner des moldawischen Justizministeriums und leistet einen Beitrag zur Entwicklung mehrerer Projekte und Initiativen, die die Verbesserung der Bedingungen von Gefangenen in Strafvollzugsanstalten und ihre Reintegration in die Gesellschaft über Berufsausbildungsprojekte anstreben.

Insbesondere den Strafvollzugsanstalten für Minderjährige und Frauen in Lipcani und Rusca und jener in Chișinău gilt eine große Aufmerksamkeit. Nach einer Besichtigung der drei Anstalten durch die Geschäftsführung der Stiftung „Regina Pacis“ entschied sich die Leitung der Stiftung, an Initiativen mitzuwirken, die die Lebensbedingungen minderjähriger und weiblicher Häftlinge verbessern sollen. Die Unterstützung kam insgesamt 268 Frauen in der Strafvollzugsanstalt Nr. 7, 42 Minderjährigen in der Strafvollzugsanstalt Nr. 2 und 50 Frauen in der Strafvollzugsanstalt Nr. 13 zugute.

Leider – das muss ich ausdrücklich erwähnen – werden bis heute in der Republik Moldau Strafvollzugssysteme aus sowjetischer Zeit fortgeführt, die modernen Vorstellungen nicht mehr entsprechen. Die Regierung hat inzwischen einige Modifizierungen eingeleitet, u. a. die Unterbringung minderjähriger Straffälliger in separaten Strafvollzugsanstalten und die Neueinrichtung der Strafvollzugsanstalt Nr. 10 (Goian). Gegenwärtig befinden sich dort 38 Minderjährige im Alter von 16 bis 18 Jahren. Die maximale Aufnahmekapazität beträgt 60 Gefangene.



*Junge Häftlinge in der Bibliothek der Strafvollzugsanstalt Goian
(Foto: Ilie Zabica, Direktor der Stiftung „Regina Pacis“)*

Dank der Unterstützung von „Regina Pacis“ konnte in der Strafvollzugsanstalt Goian eine großzügig ausgestattete Bibliothek mit entsprechenden Büchern und Lehrmaterialien eingerichtet werden, die die geistige Entwicklung der Gefangenen gewährleistet. Sie dient als Lese- oder Studierraum für die Minderjährigen. Die Finanzierung erfolgte durch eine Zuwendung, die wiederum auf einer Partnerschafts-

vereinbarung zwischen dem Justizministerium und der Stiftung „Regina Pacis“ basiert. Hauptziele dieser Vereinbarung sind die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Durchführung von Umschulungs- bzw. Fortbildungsmaßnahmen.

Die Kinder- und Jugendkriminalität geht in der Republik Moldau einher mit dem Phänomen des Schulabbruchs. 85,7 Prozent aller inhaftierten Minderjährigen sind nicht in das Bildungssystem eingebunden. Die Mehrzahl stammt aus sozial gefährdeten oder kinderreichen Familien, viele haben nur ein Elternteil oder sind Waisen, weil die Eltern im Ausland arbeiten oder bereits verstorben sind. Mit Unterstützung von Renovabis hat „Regina Pacis“ speziell für diese gefährdete Gruppe junger Menschen ein ambitioniertes Projekt mit dem Titel „Unsere Zukunft liegt in unseren Händen“ entwickelt, das die kostenlose Berufsausbil-

Mit dem Projekt in der Strafvollzugsanstalt Goian soll jugendlichen Häftlingen eine Perspektive eröffnet werden.

dung (mit Abschlussprüfung und entsprechendem Zeugnis) für inhaftierte Minderjährige und die Verbesserung ihres Integrationsprozesses umfasst.

Als „best practice“ für diese und andere Maßnahmen in unseren Strafvollzugsanstalten dient das Modell der Justizvollzugsanstalt Adelsheim in Baden-Württemberg (Deutschland). Die dortige erfolgreiche Arbeit mit jugendlichen Straftätern ist für uns ein Vorbild.

Ausblick

Wir sind uns bewusst, dass wir niemals die seelischen Wunden heilen werden, die die vergitterten Fenster verursachen und die Insassen von ihren Liebsten trennen, aber zumindest lenken wir sie von negativen Gedanken ab, ermutigen sie und bieten ihnen Unterstützung und Ratschläge. Dies gelingt uns, indem wir ihnen anbieten zu lernen. Ich bin voll und ganz davon überzeugt, dass das Projekt „Unsere Zukunft liegt in unseren Händen“ einen positiven Einfluss auf das Verhalten der Minderjährigen haben und jedem einzelnen Inhaftierten Möglichkeiten bieten wird, ein Selbstwertgefühl aufzubauen und seinen Weg in Beruf und Gesellschaft zu finden.

Heute ist die Stiftung „Regina Pacis“ stolz auf die Ergebnisse ihrer Arbeit, die nicht zuletzt durch die Unterstützung des Staates und vieler anderer Träger möglich geworden sind. Diese Erfolge tragen zum Wohl der Gesellschaft bei und sind ein Ansporn für den täglichen Einsatz unseres Teams.

Aus dem Englischen übersetzt von Thomas Hartl.

Aus dem Glauben Hoffnung vermitteln. Gefängnisarbeit in Riga

Schwester Hannah Rita Laue OP ist Mitglied der Gemeinschaft der Dominikanerinnen von Bethanien und lebt im Konvent in Riga. Sie hat auch die Bilder zu diesem Beitrag, die ihre Arbeit illustrieren, zur Verfügung gestellt.

Seit etwa zehn Jahren kümmern sich die Dominikanerinnen von Bethanien um weibliche Häftlinge in Lettland. Ihre Tätigkeit umfasst neben der Seelsorge auch Kursangebote in den Bereichen bildende Kunst, Musik und Tanz. Auch nach der Haftentlassung steht der Konvent der Dominikanerinnen den Frauen offen und trägt dazu bei, ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu unterstützen.

Gefängnisarbeit auf den Spuren von Pater Jean-Josephe Lataste OP

Seit 1995 besteht in Riga ein Kloster der Dominikanerinnen von Bethanien¹, in dem gegenwärtig vier Schwestern leben, davon neben mir drei lettische Schwestern. Grundlage unserer Arbeit ist der Glaube, dass der Mensch, egal ob schuldig geworden oder unschuldig geblieben, das kostbarste Geschöpf Gottes ist und Gott für jeden Menschen ein gutes und heiles Leben will. Wir folgen dem Weg unseres Ordensgründers, des 2012 selig gesprochenen Paters Jean-Josephe Lataste OP, der sich im 19. Jahrhundert in Frankreich um inhaftierte Frauen kümmerte. Er strebte eine Gemeinschaft an, in der Frauen, die straffällig geworden waren, gemeinsam mit anderen Frauen gleichberechtigt in einer Ordensgemeinschaft leben konnten – keine sollte auf ihre Vergangenheit festgelegt werden.

¹ Ausführliche Informationen zur Ordensgemeinschaft finden sich unter <http://www.dominikanerinnen-von-bethanien.de/> (auch mit Hinweisen zur Tätigkeit in Lettland).

Zur Situation der Gefängnisse in Lettland

Momentan gibt es zwölf Gefängnisse in Lettland, von denen zwei Strafvollzugsanstalten für den offenen Vollzug sind. Hier dürfen die Inhaftierten tagsüber das Gefängnis verlassen, um weiter ihrem Beruf nachgehen zu können. Einen eigenständigen Jugendstrafvollzug gibt es nur für männliche minderjährige Verurteilte. In der hierfür vorgesehenen Erziehungsanstalt für Minderjährige in Cēsis, etwa 90 km nordwestlich von Riga, befinden sich stets zwischen 60 bis 100 Jugendliche. Für weibliche Jugendliche gibt es keine eigene Strafvollzugseinrichtung. Sie werden mit den straffälligen Frauen gemeinsam im Frauengefängnis untergebracht.

Das Frauengefängnis liegt in Riga (Bezirk Ilguciema); dort sind wir tätig. 2013 wurden im Zuge einer Gesetzesreform etwa 100 Frauen vorzeitig entlassen, sodass derzeit nur etwa 300 Frauen in diesem Gefängnis untergebracht sind. Minderjährige sind momentan nicht anwesend.

Welche Frauen treffen wir im Frauengefängnis?

Die häufigsten Inhaftierungsgründe sind Drogensucht und die damit zusammenhängende Beschaffungskriminalität wie Raub und Einbruch, bis hin zu Tötungsdelikten. Der größere Teil der inhaftierten Frauen ist zwischen 22 und 35 Jahre alt und stammt häufig aus dem ärmsten Teil Lettlands, der Region Lettgallen im Südosten des Landes.

Hinsichtlich der Religionszugehörigkeit finden sich in unserem Gefängnis etwa 60 praktizierende Katholikinnen und Orthodoxe, etwa 50 Lutheranerinnen, 30 Frauen, die zur Pfingstkirche gehören, und 15

Altgläubige; die übrigen sind entweder nicht gläubig, hängen einer Art von Naturglauben an oder mischen sich synkretistisch etwas zusammen.

Die inhaftierten Frauen sind dankbar für jede Art geistlicher Betreuung.

Oft wissen die Inhaftierten überhaupt nicht, zu welcher Konfession sie formal gehören, sind aber dann auch offen für jede Form der Seelsorge, die angeboten wird.

Das Leben im Frauengefängnis

Oft haben Außenstehende nur eine vage Vorstellung davon, wie es in einem Gefängnis zugeht. Es beginnt mit dem Appell: Die Frauen werden zweimal am Tag gezählt, im Winter in den Gebäuden, im Sommer auf den Höfen. Manchmal dauert es bis zu 1 1/2 Stunden, bis die Anwesen-

heit aller wirklich erwiesen ist; erst danach dürfen sich die Frauen wieder bewegen. Auch putzen sie natürlich alles und sind für das Kochen und die Essensausgabe zuständig.

Das Gefängnis gliedert sich in verschiedene Einheiten. Drei Häuser sind für Frauen in Untersuchungshaft, d. h. der Gerichtstermin steht noch aus. In einer Zelle halten sich dann 4-6 Frauen auf und dürfen nur für eine Stunde am Tag in den Hof. Zwei weitere Häuser sind für die Frauen in Strafhaft. Sie dürfen sich in ihren Häusern frei bewegen. Hier sind meist 5 bis 10 Personen in einem Raum untergebracht. Einmal in der Woche dürfen sie telefonieren, die Besuchszeit beträgt 2 Stunden pro Monat. Es gibt auch noch eine Mutter-Kind-Einheit. Die Kinder bleiben mit ihren Müttern im Gefängnis, bis sie 4 Jahre alt sind. Danach werden sie entweder von Verwandten erzogen, in Pflegefamilien oder staatlichen Kinderheimen untergebracht.

Rechtliche Grundlagen der Gefängnisseelssorge

Die Mehrzahl der Seelsorger gehört den Baptisten oder einer Freikirche an, da es Baptisten aus den USA frühzeitig gelungen ist, mit dem lettischen Staat das Recht auf Seelsorgestellen in den Gefängnissen auszuhandeln. Erst nach einer zusätzlichen gemeinsamen Intervention wurden auch lutherische, orthodoxe und katholische Seelsorger akzeptiert. Der Staat genehmigt und bezahlt auf je 300 Inhaftierte eine volle Seelsorgsstelle (40 Stunden/Woche). Die Ausgestaltung der Seelsorgstätigkeit liegt im Ermessen des jeweiligen Seelsorgers.

Seelsorge und Resozialisierung im Frauengefängnis

Daina, die ehrenamtlich als Seelsorgerin tätig ist, hat ein umfangreiches Betreuungsangebot mit vielen weiteren Helfern aufgebaut. Den Frauen soll dabei geholfen werden, ein Unrechts- und Schuldbewusstsein zu entwickeln und Werte anzuerkennen, damit sie dazu befähigt werden, Verantwortung für sich selbst, den Staat, die Gesellschaft und natürlich auch für ihre Familien zu übernehmen.

Die Menschen, die zur Rehabilitierung im Sinne einer Resozialisierung beitragen sollen, nehmen vom ersten Tag der Haft an Kontakt mit den Frauen auf. So wird jede Frau von einem Psychologen, einer Sozialarbeiterin, einem Pädagogen und der Seelsorgerin betreut. Selbstverständlich erfolgt auch eine medizinische Grundversorgung. Die Anwe-

senheit der Krankenschwestern im so genannten „Med-Punkt“ ist auch deshalb notwendig, weil Medikamente immer nur zur direkten Einnahme ausgeteilt werden können, um Missbrauch zu vermeiden.

Konkrete Hilfsmaßnahmen

Reha-Massagen und vertrauliches Gespräch

Eine Mitschwester ist ausgebildete Krankenschwester. Sie hat nach einer Fortbildung über einen längeren Zeitraum in der Medizinischen Abteilung Reha-Massagen für die Frauen in einem separaten Raum angeboten. Auf diese Weise war sie mit den Frauen für längere Zeit allein und konnte ein Vertrauensverhältnis aufbauen. So entsteht, was sonst in einem Gefängnis kaum möglich ist, eine Art von Privatsphäre – die Frauen können sich eher öffnen, viel leichter über das eigene Leben erzählen und auch Dinge aussprechen oder sich sagen lassen, die sie sonst eher nicht an sich heran lassen. Dieser „Tapetenwechsel“ trägt viel zur seelischen Entspannung bei.

Katechesen und kreative Tätigkeit

Für kleine Gruppen bieten wir kurze Katechesen mit kreativen Bastel-elementen an. Thematisch sind sie an kirchlichen Feiertagen orientiert, deren Bedeutung dann erklärt wird. Zielgruppe sind besonders zu

Depressionen neigende Frauen und solche, denen es schwer fällt, in größeren Gruppen zu arbeiten. Gearbeitet wird in Stille oder mit leichter musikalischer Untermalung. In diesem Rahmen lernen die Frauen, um Hilfe zu

Innerhalb des Gefängnisses bieten die Ordensfrauen ein breitgefächertes Betreuungsprogramm an.

bitten und miteinander rücksichtsvoll umzugehen. Sie können ohne Leistungsdruck kreativ werden und etwas Schönes gestalten.

Tanztherapie

Eine unserer Schwestern ist Tanztherapeutin und arbeitet zweimal im Monat mit einer Gruppe der Frauen im Gefängnis. Die Frauen lernen hier u. a. die Grenzen der Anderen und auch die eigenen zu akzeptieren, Distanz und Nähe zu dosieren und miteinander statt gegeneinander zu arbeiten. In einem besonderen Projekt hat eine Gruppe auch Barock-tänze erlernt und für die Aufführung sogar eigene Barockkleider anfertigen können.

Raum für Fürbitten und Stille
 Eine weitere Schwester kommt ins Gefängnis, um mit den Frauen im kleinen Kreis Wortgottesdienste zu feiern und ihnen das kontemplative Gebet nahe zu bringen. Im Gefängnis sind die Frauen leider fast ständig von Lärm umgeben; so laufen häufig mehrere Fernsehgeräte in einem Raum auf voller Lautstärke. Die Sehnsucht nach Stille ist daher oft sehr groß, obwohl sie kaum ausgehalten wird, wenn sie tatsächlich eintritt. Mithilfe der Kontemplation können die Frauen innerlich einen Ort der Stille erreichen und lernen, diese auszuhalten, was ihre Konzentrationsfähigkeit erheblich verbessert.



Workshops unterschiedlicher Arbeit

Außerdem gibt es auch immer wieder die Möglichkeit, mit anderen freiwilligen Helfern zusammen kleinere Workshops anzubieten, wie etwa einen Gitarren-Schnupperkurs.

Ausbildung als Bestandteil der Resozialisierung

Viele junge Frauen haben keine abgeschlossene Schulausbildung. Daher ist die Abendschule ein fester Bestandteil des Lebens im Gefängnis. Hier können die Häftlinge den Realschulabschluss nachholen; es gibt auch Pläne, das Abitur zu ermöglichen. Allerdings muss oft auch für die erste Alphabetisierung gesorgt werden, sodass es auch Klassen gibt, in denen Grundkenntnisse in Schreiben, Lesen und Rechnen vermittelt werden.

Darüber hinaus ist es auch möglich, im Gefängnis eine Ausbildung zu absolvieren, und zwar als Friseuse, Schneiderin, Hauswirtschaftskraft oder im Bereich des Baugewerbes. Den Frauen wird die Wahl gelassen, was sie lernen wollen, aber sie müssen sich für ein Angebot entscheiden, denn es soll erreicht werden, dass sie nach ihrer Haftentlassung einen

Arbeitsplatz finden, um damit wieder in einen stabilen Lebensrhythmus zu kommen.

Und nach der Haft? – Vorübergehend im Kloster wohnen.

Nach der Entlassung, vor allem aber bei vorzeitigen Entlassungen zur Bewährung, müssen die Frauen eine Meldeadresse vorweisen und können dazu auch eine Einrichtung, die staatlicherseits als Bestandteil der Resozialisierung anerkannt ist, angeben. Drei Einrichtungen, darunter auch unser Kloster, gehören dazu.

Eines der Häuser befindet sich Brukna und wird von dem Priester Andrejs Medinš geleitet, der gezielt mit Drogenabhängigen arbeitet. Dort herrschen sehr strenge Regeln, der Schwerpunkt liegt auf körperlicher Arbeit, weshalb es eher von Männern aufgesucht wird. Dann ist das „Betlehemhaus“ in Riga zu nennen, ein christliches Krisenzentrum, das neben Drogenabhängigen besonders Obdachlosen offensteht und auch über eine Krankenstation verfügt.

In unserem Konvent können die Frauen für ein halbes Jahr in einem unserer Zimmer für Frauen in Krisensituationen leben. Da sie uns schon vom Gefängnis her kennen, besteht von vorneherein ein Vertrauensverhältnis. Der Übergang aus dem Gefängnis zurück in die „normale“ Welt ist natürlich nicht einfach und wird, obwohl schon in sich krisenhaft, von vielen kleinen Krisen begleitet. Es ist daher gut, einen sicheren Ort zu haben und in der Anbindung an eine Gemeinschaft zu leben, in der sie ihren Alltag gemeinsam gestalten können. Auch gehören sie hier zu unserer größeren Hausgemeinschaft, die nicht nur uns Schwestern, sondern auch einige Studentinnen umfasst. Einmal im Monat treffen wir uns zu einem zwanglosen Gespräch und beten im Anschluss daran gemeinsam – so bleiben wir miteinander und mit Gott unterwegs.

Nochmal zu unserer Gemeinschaft

Ebenso wie bei unserer französischen Ursprungskongregation soll unser Gemeinschaftsleben die Rehabilitation im Sinne einer Wiederherstellung von Ansehen und Rechten vor den Menschen konkret werden lassen. Wir bezeugen damit gemeinsam den Glauben an eine Zukunft durch Schuld und Buße hindurch. In dieser Haltung versuchen wir, unser Leben mit den Menschen zu teilen, denen wir bei unserer Arbeit täglich begegnen.

Alexander Stepanov

Der Dienst der Kirche in russischen Gefängnissen

Erzpriester Alexander Stepanov ist Vorsitzender der Abteilung für Wohltätigkeit der Sankt Petersburger Diözese und Vorsteher der Kirche des Hl. Märtyrers „Johannes des Kriegers“ im Jugendgefängnis Kolpino.

Trotz mancher Fortschritte muss man die Situation der Häftlinge im russischen Strafvollzug generell als „schwierig“ kennzeichnen. Noch immer steht „Bestrafung“ an erster Stelle, gefolgt von „Umerziehung“, und erst ganz allmählich gewinnen Konzepte zur Resozialisierung an Boden. Besonders betroffen sind jugendliche Häftlinge. Die orthodoxe Kirche engagiert sich, wie der Beitrag zeigt, seit mehr zwanzig Jahren in den Gefängnissen, doch neben einzelnen Erfolgen gibt es immer wieder Rückschläge.

Bevor ich den Dienst der Kirche in den Gefängnissen beschreibe, möchte ich zunächst in wenigen Strichen skizzieren, was das Gefängnis im heutigen Russland darstellt, denn seine Besonderheiten prägen wesentlich die Stellung des Geistlichen im Gefängnis und stellen ihn vor besondere Aufgaben. Die Grundzüge des Strafvollzugs gehen auf die sowjetische Zeit zurück.¹ Charakteristisch ist dabei die Unterbringung der Strafgefangenen in Besserungsanstalten, so genannten Kolonien, mit durchschnittlich 1.000-2.500 Insassen in Wohngemeinschaften von 50-100 Personen. Die Häftlinge verfügen über größere oder geringere Bewegungsfreiheit auf dem Territorium der Kolonie (je nach der Strenge der Gefängnisordnung), sie werden zwangsläufig zur Arbeit herangezogen, ihr Alltag wird von einer verhältnismäßig geringen Zahl von Aufsichtspersonen überwacht.

¹ Über die Strukturen des Strafvollzugs im heutigen Russland informiert ausführlich der Beitrag von Caroline von Gall in vorliegendem Heft, besonders S. 95-100.

Erfahrung alltäglicher Brutalität im Gefängnissystem

In allen Straflagern ist der Alltag ziemlich trostlos. Es herrscht eine Hackordnung vor, unter der die körperlich schwächsten Häftlinge am meisten zu leiden haben. Besonders schwierig wirkt sich das auf *jugendliche Häftlinge* aus; da ich bereits seit 18 Jahren in der Kolonie von Kolpino unweit bei Sankt Petersburg Dienst tue, kenne ich die verheerenden Folgen dieses Systems. In sich verfügt es sogar über eine gewisse Logik, nach außen hin wirkt es vernünftig, effektiv, wirtschaftlich, d. h. in seiner Art vollkommen. Aber es fällt schwer, seinen zersetzenden Einfluss auf alle Beteiligten einzuschätzen

Erniedrigung, Verhöhnung und Prügel sind die täglichen Begleiter des Lebens im Jugendgefängnis. Das Fehlen einer offensichtlich notwendigen besonders strengen Kontrolle des nächtlichen Lebens in den Jugendgefängnissen lässt sich nur damit erklären, dass die Verwaltung ein solches „Erziehungssystem“ bewusst aufrecht hält. Während im Gefängnis für Erwachsene der gewöhnliche Gefangene eine für ihn mehr oder minder akzeptable Nische für seine Existenz finden und für sich allein leben kann, ohne sich in fremde Angelegenheiten einzumischen, indem er dabei alle geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des Gemeinschaftslebens beachtet, ist dies im Jugendgefängnis praktisch unmöglich: Man wird dich unbedingt

„vereinnahmen“, wird dich zwingen, entweder dich den Stärkeren zu unterwerfen, Prügel und Erniedrigungen zu erdulden oder selbst eine höhere Stufe

Die Verwaltung der Jugendgefängnisse hält das brutale interne „Erziehungssystem“ offensichtlich bewusst aufrecht.

in der Hierarchie einzunehmen und den eigenen Status durch bestialische Grausamkeit gegenüber Schwächeren zu bestätigen.

Die Jugendlichen leben in einem Stresszustand, in der ruhelosen Erwartung eines plötzlichen Überfalls in vollem Umfang (vonseiten der Verwaltung ebenso wie vonseiten der Zellengenossen). Es ist offensichtlich, dass alle verunstaltet werden: die Peiniger wie die Opfer. So ist es nicht erstaunlich, dass die Rückfallquote bei den ehemaligen Häftlingen der Jugendstraflager außerordentlich hoch ist, wobei die Schwere des Verbrechens von Mal zu Mal zunimmt.

„Besserungsanstalten“ und „Erziehungsanstalten“

Unsere Straflager heißen „Besserungsanstalten“ für Erwachsene und „Erziehungsanstalten“ für Jugendliche. Bis vor kurzem wurden diese

*Jugendliche Häftlinge in Kolpino
(Bild: Renovabis-Archiv)*



Bezeichnungen durch den Begriff „Arbeits“- mit Bindestrich ergänzt. Das entspricht noch immer der sowjetischen Vorstellung, derzufolge *Arbeit der beste Erzieher* sei. Mit dieser Arbeit ergaben sich in der Zeit der Perestroika Probleme. Damit wenden uns dem Problem der Erziehung und Umerziehung zu, die als Hauptziel des Freiheitsentzugs für Kriminelle gelten. Dahinter steht die Annahme, dass der Straftäter, der seine Strafe verbüßt hat, umerzogen wird und als nützliches und gesetzestreues Mitglied in die Gesellschaft zurückkehrt. Nach Angaben des Innenministeriums wurden in der Zeit von Januar bis April 2013 48 Prozent der Straftaten von Personen verübt, die schon eine Freiheitsstrafe verbüßt hatten (und wie viele Vorbestrafte kamen davon, indem sie die Tat nicht Vorbestraften unterschoben?). Der Anteil der Minderjährigen an der Gesamtzahl beträgt konstant 3 Prozent, wobei jeder Vierte besonders gefährliche Rückfalltäter und jeder Fünfte zu lebenslänglicher Haft Verurteilte ehemaliger Zögling der Erziehungsanstalten für Jugendliche ist. Im Gefängnis für Erwachsene lautet die gewöhnliche Charakteristik für Ehemalige aus dem „Knast für Minderjährige“: besonders aggressiv, besonders zynisch, besonders grausam. Das sind die Früchte der Erziehungsarbeit im Gefängnisystem!

Dabei ist das bisher Gesagte beileibe nicht alles. *Die Erziehungsaufgabe wird deklariert, aber nicht ernsthaft als Ziel angestrebt.* Es genügt ein Blick auf die Kennziffern der Erziehungstätigkeit, nach denen dieser Bestandteil der Arbeit der Einrichtung bewertet wird. Als vernünftiger Maßstab könnte einerseits eine Statistik der Rückfälligkeit der entlassenen Häftlinge der verschiedenen Straflager gelten und andererseits die Anzahl derer, die einen Arbeitsplatz gefunden oder eine Familie gegründet haben, d. h. deren Sozialisation gelungen ist. Die Sammlung von Informationen über Gesetzesverstöße im Wiederholungsfall bereitet

keine Schwierigkeiten. Sie werden festgehalten und bei jeder folgenden Urteilsverkündung berücksichtigt. Man muss nur den vorangegangenen Freiheitsentzug der konkreten Anstalt zuordnen, wo der Rückfalltäter seine Strafe verbüßt hat. Stattdessen rechnet man die Anzahl der psychologischen Abteilungen in der Anstalt zu den erzieherischen Merkmalen, ebenso die Zahl der fest angestellten Psychologen, die Zahl der abgehaltenen erzieherischen Beratungen und ähnliches mehr. Dabei müssen diese Merkmale auf dem Papier vorhanden sein, im Rechenschaftsbericht. Das wichtigste Produkt, das von den Erziehungsabteilungen hervorgebracht wird, sind *Berichte*. Der reale Vollzug dieser oder jener Maßnahmen interessiert kaum jemanden, und die Qualität und Effektivität will erst recht keiner bewerten. Das System ist ganz auf sich selbst fixiert, seine Aufgabe besteht darin, während des Aufenthalts eines Gefangenen in der Anstalt Exzesse zu vermeiden, doch was aus ihm später wird, darum kümmert sich der FDSV² nicht.

Wenn der Häftling sich dem Gefängnissystem nicht einfügen will, sei es aus irgendeinem persönlichen Motiv, wegen seiner grundsätzlich kriminellen Haltung oder aber weil er versucht, die ihm gesetzlich zustehenden Rechte zu behaupten, muss er „*gebrochen*“ werden. Dieser Begriff umfasst die Gesamtheit der Zwangsmaßnahmen gegen die widerstreitige Person vonseiten der Verwaltung wie auch des „Aktivs“³, das von dieser angeleitet wird. Das hat zur Folge, dass im Gefängnis nicht ein Mensch herangezogen wird, der zu einem normalen Leben in der

Freiheit fähig ist, sondern der „ideale Häftling“, d. h. ein Mensch, der sich möglichst gut an das Leben im Gefängnis angepasst hat, an jenes System von Beziehungen also, das dort heute herrscht. Genau solche Menschen empfängt die Gesellschaft nach Ver-

Im Gefängnis nimmt der Mensch solche Gewohnheiten an, die ihn für die Gesellschaft gefährlicher machen, als er es meist vor Verbüßung der Strafe gewesen ist.

büßung ihrer Strafe. Selbst dann, wenn ein Mensch nur durch Zufall ins Gefängnis geraten ist, nimmt er dort solche Gewohnheiten an, die ihn für die Gesellschaft gefährlicher machen, als er es meist vor Verbüßung der Strafe gewesen ist.

2 Föderaler Dienst des Strafvollzugs.

3 Das „Aktiv“ vereint in der Regel die körperlich stärksten und intellektuell hellsten unter den Gefangenen, die fähig sind, den Großteil ihrer Kameraden in Zucht zu halten. Die Mitglieder des Aktivs genießen die Unterstützung der Leitung in Form von disziplinären Vergünstigungen und Anreizen.

Der Einsatz von Geistlichen in Gefängnissen

Aus dem bisher Gesagten wird begreiflich, *in welche moralisch zweideutige Situation der Geistliche gerät*. Nach kurzem Aufenthalt im Gefängnis begreift er, dass das ganze System des Strafvollzugs von Gesetzeslosigkeit und Grausamkeit durchdrungen ist. Die einfachen *Mitarbeiter* geben im Gespräch die Fehlerhaftigkeit des Systems zu, aber sie sind nicht in der Lage, etwas zu ändern, sie sind vielmehr genau so seine Geiseln wie die Häftlinge. Als Militärangehörige sind sie verpflichtet, die Befehle der Vorgesetzten auszuführen, und sie sind darüber hinaus durch die gegenseitige Bürgschaft im Kollektiv gebunden. Gegen das System aufzutreten, bedeutet so viel wie seinen Kameraden Schaden zuzufügen und die korporativen Interessen zu verraten. Auf die *Häftlinge* selbst kann sich der Geistliche, wenn er sich für deren Rechte einsetzt, auch nicht stützen. Da sie unter starkem Druck stehen, werden sie ihre Anschuldigungen vor Gericht oder in einem Ermittlungsverfahren niemals aufrecht erhalten. Schließlich bleibt dem Geistlichen nichts anderes übrig, als sich dem System anzupassen, zu beten und zu versuchen, das Leid der Menschen durch Mitgefühl und Rat zu erleichtern – ihnen zu helfen, im Glauben eine Stütze zu finden, und die Hoffnung auf ein besseres künftiges Leben in der Freiheit einzupflanzen.

Das sowjetische Gefängnis war ein völlig geschlossenes System, und es begann erst in der Zeit der Perestroika seit dem Ende der achtziger Jahre, sich zu öffnen. Damals besuchten die ersten Geistlichen auf Initiative der Häftlinge selbst und unter Mitwirkung der Verwaltung die Gefängnisse. Im Laufe der neunziger Jahre wurde der Besuch von Geistlichen der Russischen Orthodoxen Kirche zu einer regelmäßigen Erscheinung, zwischen dem Patriarchat und dem FDSV wurden Vereinbarungen über die Zusammenarbeit unterzeichnet, fast in allen Anstalten des FDSV wurden Kirchen oder Kapellen eingerichtet, von denen viele eigene Gebäude darstellen, die unter aktiver Mitwirkung der Häftlinge selbst und mit Unterstützung der Verwaltung gebaut wurden (insgesamt 437). Jeder solchen Kirche ist ein Geistlicher zugeordnet, der die Anstalt regelmäßig besucht. Wie schon angedeutet, unterscheiden sich die Verhältnisse in den Strafanstalten für Erwachsene erheblich von denen für Jugendliche; deshalb sollen sie im Folgenden gesondert behandelt werden.

Charakteristisch für die *Straflager für Erwachsene* ist das Interesse der Häftlinge selbst am kirchlichen Leben: Groß ist das Bedürfnis nach

Reue, es gibt das Bestreben, eine neue Orientierung im Leben zu finden. Gewöhnlich bildet sich rund um die Kirche eine *Gemeinde* der aktivsten Häftlinge, die sich bemühen, keinen Gottesdienst zu versäumen, möglichst viel mit dem Geistlichen zu kommunizieren und die Sakramente zu empfangen; sie studieren aufmerksam die geistliche Literatur und lesen die kirchlichen Periodika. Um das Leben der Gemeinde zwischen seinen Besuchen zu organisieren, bestimmt gewöhnlich der Geistliche den *Ältesten* aus dem Kreis der Eifrigsten, Belesensten, der bei seinen Mitbrüdern Autorität genießt. Ihm obliegt es, für Ordnung in der Kirche zu sorgen (wo er oft auch untergebracht wird), ein tägliches Gebet morgens und abends und, wenn möglich, auch tagsüber zu veranstalten, Bücher aus der kirchlichen Bibliothek auszuleihen, alles Nötige für den Gottesdienst vorzubereiten. Da sich im Straflager für Erwachsene die Insassen innerhalb der Kolonie mehr oder minder frei bewegen können, können alle, die es wünschen, in der arbeitsfreien Zeit in die Kirche kommen. Da die Mehrzahl der Lager nicht alle Häftlinge in der Produktion beschäftigt, können viele fast den ganzen Tag im Bereich der Kirche verbringen. Das Morgengebet findet meist vor der Kontrolle statt, sodass man ziemlich früh aufstehen muss, um in die Kirche zu kommen. Nach der Arbeit können sich die Gläubigen ebenfalls in der Kirche versammeln, um eine Abendandacht und später ein Nachtgebet abzuhalten. In der Zeit zwischen den Gebeten und der Arbeit versammeln sich die Mitglieder der Gemeinde häufig bei der Kirche, trinken zusammen Tee, erörtern, was sie im Evangelium oder in der geistlichen Literatur gelesen haben. Der Eifer in der Frömmigkeit, der Wunsch, das christliche Ideal im Alltagsleben zu verwirklichen, übertrifft manchmal bei weitem das Niveau, das man in der Freiheit beobachten kann. So erinnert die Lebensweise der gläubigen Häftlinge an das Leben im Kloster. Diese Lebensweise

Das Engagement der Geistlichen für Strafgefangene wirkt sich insgesamt positiv auf deren Entwicklung nach der Entlassung aus.

wiederholt sich ziemlich beständig in allen Gefängnissen für Erwachsene.

Nach meiner zehnjährigen Erfahrung als Priester in einer Haftanstalt für Erwachsene kann ich bezeugen, dass der Kirchendienst im Gefängnis durchaus ernsthafte positive Resultate auch nach der Entlassung zeitigt. Manche Priester errichten für die entlassenen Häftlinge Rehabilitationszentren. Zwar haben sie in der Regel keine ausgeprägten Rehabilitationsprogramme, aber für Menschen, die aus dem Gefängnis kommen und die

elementarsten Lebensgewohnheiten einer normalen Gesellschaft verloren haben, erweist sich sogar ein kurzer Aufenthalt in einem solchen Zentrum in der Obhut eines Priesters als äußerst nützlich und heilsam. Es ist kein Zufall, dass die meisten Verbrechen von Rückfalltätern im ersten Jahr nach der Haftentlassung zu verzeichnen sind. Eine Festigung der Praktiken des kirchlichen Lebens, die im Gefängnis erworben wurden, erweist sich als äußerst produktiv für das weitere kirchliche Leben des ehemaligen Häftlings.

Gegenwärtig verrichten die meisten Priester den Kirchendienst im Gefängnis auf freiwilliger Basis. In der Regel ist die Kirche „in der Freiheit“ die eigentliche Dienststelle, von der auch das Gehalt bezogen wird. Seit einigen Jahren wird nun über die Einführung eines Stabs von Gefängniskaplänen diskutiert, die sich gänzlich dem Kirchendienst im Gefängnis widmen sollen. Seit 2010 wird in einigen russischen Bezirken ein Experiment durchgeführt, das den Priester in den Mitarbeiterstab der Anstalt einbindet. Ein *Vorteil* besteht zweifellos darin, dass der Priester ständig in der Haftanstalt gegenwärtig ist und die Möglichkeit hat, seine Arbeit unter den Mitarbeitern durchzuführen, sodass er mehr Verantwortung für seinen Dienst empfinden wird. Als *Nachteil* empfinde ich eine unvermeidliche psychische Persönlichkeitsdeformation des Priesters infolge des ständigen Aufenthalts im Milieu der Haftanstalt. Ferner hat ein solcher Priester keine Möglichkeit, Ehrenamtliche aus seiner Kirchengemeinde für seinen Dienst einzusetzen. Außerdem verliert er die Unabhängigkeit von der Verwaltung der Haftanstalt, die jederzeit geneigt ist, ihn für ihre Zwecke zu benutzen. In diesem Fall werden die Häftlinge den Priester als Teil des ihnen feindlich gesinnten Gefängnisystems empfinden. Das führt zum Vertrauensverlust gegenüber dem Priester und damit auch gegenüber der Kirche als solcher. Deshalb bin ich geneigt, die Idee der Unabhängigkeit des Priesters vom Gefängnisystem als bessere Lösung anzunehmen, wobei der Priester seinen Dienst sowohl in der Haftanstalt als auch in einer gewöhnlichen Kirche tut.

Anforderungen an den Geistlichen im Jugendgefängnis

Eine grundlegend andere Situation erwartet den Priester im Jugendgefängnis. Im Gegensatz zum Gefängnis für Erwachsene können die Häftlinge sich nicht individuell im Territorium bewegen (sie bewegen sich in Abteilungen, in Reih' und Glied unter Gesang). Sie können sich

nicht nach Belieben ihrer Abteilung versammeln. Es wäre auch höchst unvernünftig, einer Gruppe von Jugendlichen die Möglichkeit zu geben sich zu versammeln, ohne dass sie von Erwachsenen beaufsichtigt würden. Außerdem ist ihre Zeit untertags voll besetzt: morgens die Arbeit in einem Betrieb, am Nachmittag Schule oder sonstige Ausbildung. Unter solchen Umständen ist es völlig unmöglich, eine Gemeinschaft nach dem Vorbild des Erwachsenengefängnisses zu schaffen. Andererseits erfordert die Arbeit mit Jugendlichen eine Kontinuität, seltene Treffen sind unproduktiv. Und hier stellt sich unweigerlich die Frage nach der Mitarbeit von Ehrenamtlichen, die mehrmals in der Woche das Jugendgefängnis besuchen könnten. Wenn diese Besuche einen regelmäßigen Charakter annehmen, ist die Verwaltung meist zu einem Entgegenkommen bereit: Sie befreit die an solchen Treffen Interessierten von den üblichen Veranstaltungen und gibt den kirchlichen Volontären die Möglichkeit, mit einer Gruppe zu arbeiten.

Besonders gut haben sich verschiedene *künstlerische Werkstätten* bewährt. Wenn sich eine solche kleine Gruppe mit Zeichnen, Kunst, Handwerk, Theateraufführungen usw. beschäftigt, entstehen in der Regel ein guter Kontakt und ein Vertrauensverhältnis zum Erwachsenen, der diesen Unterricht durchführt. Als Beispiel möchte ich das Kunststudio anführen, das seit über zehn Jahren von einem Ikonenmaler aus meiner Kirchengemeinde im Jugendgefängnis Kolpino geleitet wird. Mit großem Vertrauen erzählten ihm die Jugendlichen über ihr Leben und davon, was in der Haftanstalt vor sich geht. Der Maler ist für diese Kinder ein Mensch aus einer anderen Welt. Allein schon der Kontakt mit ihm eröffnet ihnen ganz neue Lebenshorizonte.

Da bei diesen Jugendlichen das Interesse an weltanschaulichen Fragen und insbesondere am geistigen Leben noch kaum vorhanden ist, sind Gespräche über Themen, die sie interessieren, am produktivsten; dabei kann man solche Gespräche anknüpfen, z. B. an einen Film, den man gemeinsam angeschaut hat. Außerdem führt einer unserer Psychologen bereits seit einigen Jahren wöchentliche Trainingsstunden zur Abhängigkeitsprophylaxe durch. Einmal im Monat wird in unserem Jugendgefängnis die Beichte abgenommen mit anschließender Liturgie und Abendmahl. Zum Gottesdienst kommen für gewöhnlich mehr als die Hälfte der Straftäter (es sei bemerkt, dass ein durchschnittliches Jugendgefängnis heutzutage nicht mehr als 100 Häftlinge beherbergt).

Man darf jedoch nicht vergessen, dass diese ganze Arbeit vor dem Hintergrund all dessen, was oben geschildert wurde, durchgeführt wird.

Jene hohen christlichen Prinzipien, die wir in der Kirche predigen, werden im Alltag der Jugendlichen ständig mit Füßen getreten, und zwar infolge der Gleichgültigkeit, Nachlässigkeit und bisweilen auch auf direkte Anweisung der Verwaltung. Dieser Umstand war es, der uns in den Jahren 2009-2011 veranlasst hat, einen Versuch zu unternehmen, das Leben und den Erziehungsprozess im Gefängnis Kolpino auf einer prinzipiell neuen Grundlage zu organisieren. Zur Verwirklichung dieser gewaltigen Aufgabe zogen wir das Zentrum des Hl. Wassilij (Basilius) hinzu, das 2004 in meiner Kirchengemeinde gegründet worden war zum Zweck der Betreuung auf Bewährung verurteilter Jugendlicher. Zu diesem Zeitpunkt hatte dieses Zentrum bereits nicht nur in Sankt Petersburg, sondern auch in ganz Russland den unstrittigen Ruf als einzige Institution im Lande, eine reale Alternative zum Jugendgefängnis zu sein. Das Zentrum wird tatkräftig unterstützt von der Vereinigung der Richter, von den Organen des Innenministeriums und von Sozialdiensten der Stadt. Zu einem völligen gegenseitigen Verständnis kam es ferner mit der Unterabteilung des FDSV, die die auf Bewährung verurteilten Jugendlichen betreut. Weil das Zentrum bekannt ist für seine erfolgreiche Arbeit mit Jugendlichen, die sich eine längere Frist mit ganztägiger Betreuung im Basilius-Wohnheim aufhalten, waren wir der Überzeugung, wir könnten das Leben der Jugendlichen auch in einer geschlossenen Haftanstalt organisieren. Daher wurde März 2009 ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen drei Institutionen, und zwar erstens zwischen dem FDSV Russlands für Sankt Petersburg und das Lenigrader Gebiet, zweitens dem Wohltätigkeitsfonds „Zentrum für soziale Adaption des Hl. Basilius des Großen“ und drittens dem Bevollmächtigten für Menschenrechte in Sankt Petersburg unterschrieben. Da zu jenem Zeitpunkt eine Reform des FDSV deklariert wurde, galt unser Projekt als ein Experiment zur Reformierung der Jugendgefängnisse.

Zunächst führten wir eine Untersuchung durch und erstellten ein eigenes spezielles Programm für die Resozialisierung der Jugendlichen, das wir dann z. T. auch in die Tat umzusetzen begannen, indem wir sowohl ständige Mitarbeiter des Zentrums als auch viele junge Ehrenamtliche dafür einsetzten. Der Plan war, innerhalb des Jugendgefängnisses eine Abteilung für Rehabilitation zu schaffen, wohin sich die Häftlinge freiwillig wenden könnten, unabhängig von der Art des begangenen Verbrechens. Der Aufenthalt und die Erziehungsarbeit sollten in kleinen Gruppen (bis zu zwölf Personen) erfolgen. Diese Abteilung soll-

te gegenüber den gewöhnlichen Forderungen des Jugendgefängnisses keinerlei Privilegien beinhalten, würde sich jedoch in der Praxis ganz radikal von jenen ungeschriebenen „Regeln“ unterscheiden, die oben beschrieben wurden.

Dem Programm wurden einige prinzipielle Ideen zugrunde gelegt, darunter:

- Rund um die Uhr völlige Kontrolle der Jugendlichen durch die Erzieher; dabei dürfen unter gar keinen Umständen Erziehungsfunktionen an die Häftlinge übertragen werden.
- Völlige Transparenz des Bestrafungssystems bei Verstößen gegen die Ordnung der Haftanstalt; Vollziehung etwaiger Strafen ausnahmslos im Rahmen des Gesetzes.
- Tägliche Besprechung der Probleme in den Gruppenversammlungen mit dem Ziel, die Reflexion über eigene und fremde Handlungen zu fördern.
- Erweiterung künstlerischer Tätigkeit und insbesondere sportlicher Aktivitäten.
- Enger Kontakt mit den Familien der jugendlichen Straftäter und ständige Information der Eltern über das Leben ihrer Kinder in der Strafanstalt.

Während der Arbeit des Zentrums im Jugendgefängnis ist es gelungen, einen guten, sich gegenseitig befriedigenden Kontakt mit den Mitar-



Sport im Gefängnis Kolpino (Bild: Renovabis-Archiv)

beitern des Gefängnisses zu schaffen, die allmählich begannen, die neuen Ideen anzunehmen und sich in die gemeinsame Arbeit einzufügen.

Genau in diesem entscheidenden Moment hat sich das System besonnen und ein kategorisches „Nein“ gesprochen. Der Beschluss wurde auf höchster Ebene des FDSV in Moskau gefasst, mit dem die regionale

Leitung des FDSV alle unsere Handlungen abgestimmt hatte. Keinerlei Gründe wurden angegeben, keinerlei Kritik geübt. Es wurde lediglich gesagt „Uns passt das nicht.“ Kurz darauf wurde den Mitarbeitern und Volontären des Zentrums des Hl. Basilius des Großen der Zutritt zum Gelände des Jugendgefängnisses verweigert; der Anstaltsleiter und die Mitarbeiter der Verwaltung, die Verständnis für unsere Arbeit gezeigt hatten, wurden in andere Anstalten versetzt oder einfach entlassen. Das Experiment wurde in einem Anfangsstadium abgebrochen, obwohl die zu erwartenden Resultate sich bereits zu zeigen begannen.

Man kann sich natürlich die Frage stellen, warum das System so vehement auf unseren Versuch, seine allerschlimmsten Seiten zu reformieren, reagiert hat. Warum hat es so entschieden und die durchaus vernünftigen und – man dürfte annehmen – nützlichen Vorschläge abgelehnt? Mir scheint, es geht nicht nur darum, die „Ehre der Uniform“ zu wahren (sozusagen „auch ohne euch wissen wir, was in unseren Anstalten zu tun ist“) oder lediglich um den Wunsch, keine Außenstehenden in die Geheimnisse des Gefängnislebens einzuweihen. Vielmehr ist es wohl so, dass die Vorstellung, ein Verbrecher solle nicht nur durch den Entzug der Freiheit bestraft werden, sondern im Gefängnis für seine Missetaten auch tüchtig leiden, für viele Menschen in Russland leider immer noch ganz selbstverständlich. Und die Mitarbeiter des FDSV haben, wie alle gewöhnlichen Bürger, dieselben Vorstellungen! Offenbar hat die russische Bevölkerung so viele Leiden und Erniedrigungen im Verlauf von Generationen erdulden müssen, dass ein einfacher Freiheitsentzug der Mehrheit als ungenügendes Strafmaß erscheint. Deswegen wird der Versuch, das Augenmerk des Strafvollzugsystems auf Fragen der Umerziehung zu konzentrieren und vom Gesetz nicht vorgesehene Qualen des Gefangenen auszuschließen, als fundamentale Verletzung der Gerechtigkeit betrachtet, als Absage an die notwendige Vergeltung.

Leider wissen wir nur sehr wenig vom weiteren Schicksal der Jungen des Jugendgefängnisses Kolpino, denn die Verbindung reißt meist sofort nach ihrer Entlassung ab; die meisten kehren an ihren Heimatort weit weg von Sankt Petersburg zurück. Im Verlauf meines 18-jährigen Dienstes im Jugendgefängnis gab es jedoch einige ehemalige Häftlinge, zu denen weiterhin Kontakt besteht. Einer von ihnen arbeitet sogar seit

Das Bewusstsein, der Gefängnis-aufenthalt müsse mehr als nur Ver-geltung beinhalten, ist in der russischen Bevölkerung zu wenig vorhanden.

einigen Jahren erfolgreich als Erzieher im Zentrum des Hl. Basilius des Großen. Ich finde in ihm nicht die geringsten Anzeichen von Gefängnisverhalten, das man häufig noch jahrelang bei Erwachsenen in der Freiheit beobachten kann. Obwohl seine glückliche Wiedergeburt nicht ausschließlich unser Verdienst ist (eine wichtige Rolle hat die Familie gespielt), ist er doch ein lebendes Beispiel dafür, wie fruchtbar die Erziehungsarbeit mit jugendlichen Straftätern sein kann. Wir werden jedenfalls unsere Arbeit, wie auch immer sie behindert werden mag, fortsetzen.⁴

*Aus dem Russischen übersetzt von Dmitri Milinski und
Dr. Natalie Reber.*

4 Dazu eine aktuelle Ergänzung von Dr. Angelika Schmähling, Renovabis-Projektreferentin für Russland, vom 11.03.2014: Kolpino hat inzwischen einen neuen Leiter erhalten, der der Projektarbeit wieder aufgeschlossener gegenübersteht. Erzpriester Alexander wirkt weiterhin als Seelsorger, auch das Kunststudio existiert noch. Allerdings bleiben nach wie vor viele ungelöste Probleme.

Bücher

Helmut Altrichter: Kleine Geschichte der Sowjetunion. 3. Aufl. München: C. H. Beck, 2007.

Anne Applebaum: GULAG. A History. New York: Doubleday, 2003.

Peter Best: Europäische Kriminalpolitik auf der Grundlage der Menschenrechtskonvention – die European Rules. In: Festschrift für Alexander Böhm zum 70. Geburtstag, Hrsg. v. Wolfgang Feuerhelm (u. a.). Berlin, New York: Walter de Gruyter, 1999, S. 49–68.

Botschaft des Heiligen Vaters Johannes Paul II. zur „Feier des Jubiläums in den Gefängnissen“ vom 9. Juli 2000. Rom: Libreria Editrice Vaticana, 2000.

GULAG. Spuren und Zeugnisse 1929–1956. Hrsg. von Volkhard Knigge und Irina Scherbakowa. Weimar: Wallstein, 2012.

Wladislaw Hedeler: Die Ökonomik des Terrors. Zur Organisationsgeschichte des Gulag 1939 bis 1960. Hannover: Offizin, 2010.

Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München: C. H. Beck, 1998.

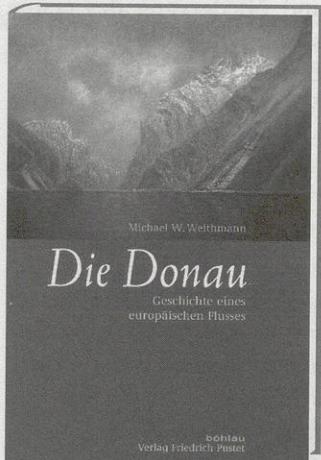
Dietmar Neutatz: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert. München: C. H. Beck, 2013.

Susanne Rieckhof: Strafvollzug in Russland. Vom Gulag zum rechtsstaatlichen Resozialisierungsvollzug? (Schriften zum Strafvollzug, Jugendstrafrecht und zur Kriminologie, Bd. 32). Bad Godesberg: Forum, 2008.

Alexander Solzhenizyn: Der Archipel Gulag. Bern: Scherz, 1974.

Lynne Viola: The Unknown Gulag. The Lost World of Stalin's Special Settlements. Oxford: Oxford University Press, 2007.

Geschichte – von Ost bis West



MICHAEL W. WEITHMANN

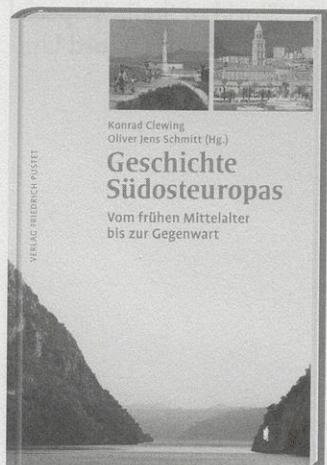
Die Donau

Geschichte eines europäischen Flusses

„Michael Weithmann hat mit seinem Buch ein Standardwerk für einige Generationen vorgelegt ... Das Ganze lässt sich gleichermaßen als Reiseführer wie als Nachschlagewerk benutzen.“ ORF-Radio

320 S., 50 Abb. und Karten, geb. mit SU
ISBN 978-3-7917-2443-0 (D, CH)
€ (D) 29,95

Koproduktion mit dem Böhlau Verlag Wien
Bestellungen in Österreich über die
ISBN 978-3-205-78870-6, € (A) 29,95



KONRAD CLEWING / OLIVER JENS SCHMITT (HG.)

Geschichte Südosteuropas

Vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart

Eine epochenübergreifende Darstellung mit
Blick auf die gesamtregionalen Zusammen-
hänge.

*.... dürfte auf Jahre hinaus maßgeblich für die
deutsche Südosteuropa-Forschung bleiben
und gehört in die Handbibliothek eines jeden,
der an den Vorgängen in dieser Region
interessiert ist.“*

Frankfurter Allgemeine Zeitung

912 S., farb. Bildteil, geb. mit SU
ISBN 978-3-7917-2368-6, € (D) 39,95



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet

Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0

Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von **€ (D) 6,50 / € (A) 6,70** (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Europa 1914–2014, Heft 1/2014

Das »kurze Jahrhundert der Gewalt« (1914–1989)

- ♦ Wendepunkte des 20. Jahrhunderts ♦ Zerfall und Neuentstehung von Imperien

Sport – Nation – Politik, Heft 4/2013

Sport und nationale Identität ♦ Fußball zwischen Fankultur und Fanatismus

Kroatien, Heft 3/2013

Land der Gegensätze ♦ Klischee und Wirklichkeit

- ♦ Kroaten in Deutschland

Hafenstädte in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2013

Von der Stadt zum Hafen – Vom Hafen zur Stadt ♦ Symbiose von Wirtschaft und Kultur ♦ Neue Wege im 21. Jahrhundert

Migrationsströme in Europa und ihre Folgen, Heft 1/2013

Entwicklungen in Europa seit 1990 ♦ Brennpunkt Stadt: Berlin, Moskau, Sarajevo
♦ Erfahrungen in einem fremden Land

Die Tschechische Republik, Heft 4/2012

Historische Eckpunkte ♦ Fakten und Klischees ♦ Deutsch-tschechische Befindlichkeiten

Rechtsextremismus in Mittel- und Osteuropa, Heft 3/2012

Facetten eines Begriffs ♦ Brennpunkte in Europa ♦ Beispiele aus sieben Ländern

Brücken in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2012

Architektur und Geschichte ♦ Reale und symbolische Funktion ♦ Kunsthistorische und literarische Aspekte ♦ Eine Reise zu Brücken von Berlin über Budapest und Mostar bis nach Sankt Petersburg

Heft 3/2014 erscheint Mitte August zum Thema »Wege und Straßen«.



Seit 1997 führt Renovabis jährlich den Internationalen Kongress zu kirchlichen und gesellschaftspolitischen Themen durch.

Der diesjährige 18. Internationale Kongress wird sich mit der Thematik „Kirche – Medien – Öffentliche Meinung“ beschäftigen. Neben Fragen nach der medialen Präsenz der Kirchen in Mittel- und Osteuropa und der Darstellung der Kirchen in den Medien sollen auch Themenbereiche wie Medienethik, Preszensur und Bedeutung der Medien für die Glaubensvermittlung behandelt werden.

**Der Kongress findet vom 3. bis zum 5. September 2014 in Freising statt.
Weitere Informationen finden sich unter
www.renovabis.de/kongress**

theol

UNTERWEGS

Wege und Straßen

Der Weg als Symbol des Lebens

Straßennamen im Wandel der Geschichte

Handelswege von der Antike bis
in die Gegenwart

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising,
Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
info@renovabis.de · www.renovabis.de
und

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn,
Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

Inhaltsverzeichnis

Für die Abbildung auf dem Umschlag wurde eine Landschaftsaufnahme (Feldweg in Ostpolen) verwendet, die Dr. Matthias Kneip freundlicherweise zur Verfügung gestellt hat. – Gestaltung: Martin Veicht.

Michael Albus

„Ich fahr dahin mein' Straßen“.

Wege sind Lebenswege 16

Viktoria Sereda

Gedenkstätte im Wandel: Ein Spaziergang über den Prospekt Svobody (Freiheitsprospekt)
in Lemberg

Markus Nowak

„Ich bin dann mal – kurz – weg“. Ein Selbstversuch auf dem Jakobsweg in Polen 17

Edi Matić

„Brüderlichkeit und Einheit“: Der Autoput 18

Anna-Maria Getoš Kalac

Kriminelle Wege und Straßen Südosteuropas:
Die Balkan-Route 19

Michael Erdrich

Auf den Spuren der „Tränen der Götter“:

Die Bernsteinstraße 19

Alexej Gorin

Der Newski-Prospekt in Sankt Petersburg 20

Jörn Düwel

Architektur in der DDR oder Architektur der DDR?
Eine Spurenlese am Beispiel der Stalinallee in Berlin 21

Katarzyna Zinnow

Die Via regia: Eine Reise durch Europa 22

Rudolf A. Mark

Zwischen Orient und Okzident: Die Seidenstraße 23

Editorial

Ganz selbstverständlich gehen und fahren die Menschen in allen Ländern und Kontinenten auf Wegen und über Straßen. In dieser OWEP-Ausgabe konzentrieren wir uns, dem Fokus unserer Zeitschrift verpflichtet, auf bekannte und weniger bekannte Wege und Straßen in den Städten und zwischen den Ländern Mittel- und Osteuropas.

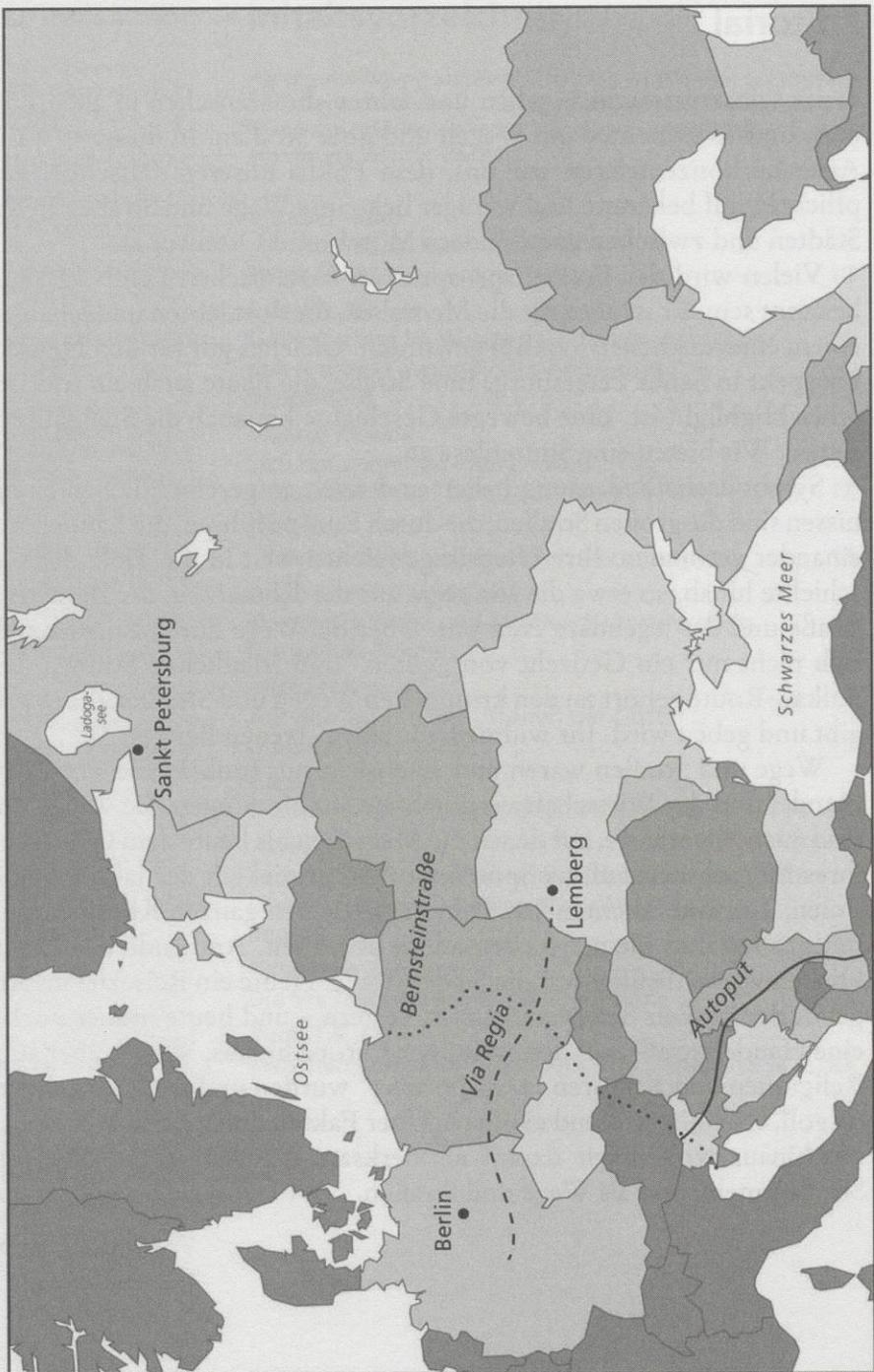
Vielen wird der Freiheitsprospekt im ukrainischen Lemberg kaum bekannt sein. Er ist aber für die Menschen, die dort lebten und leben, zu einem eindrücklichen Symbol geworden. Gleches gilt für den Newski-Prospekt in Sankt Petersburg. Eine Straße, die heute auch ein touristisches Highlight ist. Eine bewegte Geschichte hat auch die Stalinallee in Berlin. Wir bieten eine Spurenlese an.

Symbolische Bedeutung haben und reich an geschichtlichen Ereignissen sind die großen Straßen, die durch Europa führen, die Länder miteinander verbinden. Ihre Ursprünge reichen weit in die Tiefe der Geschichte hinab, so etwa die Via regia aus der Römerzeit, die Bernsteinstraße und der legendäre Autoput. Über die Wege durch Europa zieht sich nicht nur ein Geflecht von „guten“ und friedlichen Straßen. Die Balkan-Route gehört zu den kriminellen Wegen und Straßen, die es gab, gibt und geben wird. Ihr widmen wir einen eigenen Beitrag.

Wege und Straßen waren und sind nicht nur funktionale, etwa dem Handel und der Wirtschaft verpflichtete Verbindungen. Sie waren und sind auch Pilgerwege, auf denen die Menschen bis heute dem Geheimnis ihres Menschseins auf der Spur sind. Als Beispiel gilt der Jakobsweg in Polen, Teil eines dichten Straßennetzes, das den ganzen Kontinent wie mit großen und kleinen Lebensadern überzieht. Am Ende des Heftes blicken wir schließlich auf die Seidenstraße. Heute ein Reiseziel im Angebot der großen Reiseveranstalter, gestern – und heute immer noch – eine Handelsstraße, auf der, weit über Europa hinaus, Waren, aber auch Religionen und Kulturen „transportiert“ wurden und werden: geheimnisvoll, erlebnisreich und exotisch. Über Fakten und geschichtliche Daten hinaus wollen wir darauf aufmerksam machen, dass Wege und Straßen mehr sind als Wege und Straßen.

Die Redaktion

Orte und Routen (Auswahl)



Michael Albus

„Ich fahr dahin mein’ Straßen.“

Wege sind Lebenswege

Prof. Dr. Michael Albus ist Theologe, Journalist und der verantwortliche Redakteur dieser Zeitschrift.

Wenn ein Mensch zur Welt kommt, beginnt sein Lebensweg. Wenn er stirbt, endet dieser Weg. Langsam oder schnell, abrupt zuweilen. Woher ich komme, weiß ich nicht. Auch nicht, wohin ich danach gehe. Was war davor? Was wird danach sein? Ich weiß es nicht! Ich kann mir Vorstellungen davon machen. Ich kann das Geheimnis des Davor und Danach in Bildern beschreiben. Vielleicht zureichender als mit Worten. Aber auch Bilder sind nicht zureichend genug.

Alle Lebenswege sind Wege zwischen zwei Grenzen: Geburt und Tod. Vor und hinter diesen Grenzen bleibt alles ein Geheimnis.

Nicht nur die individuellen, die persönlichen Wege sind in diesem Kontext zu sehen. Auch die Wege von Stämmen, Völkern und Nationen. Auch sie haben ihre Geheimnisse, die keine noch so genaue und einfühlsame Geschichtsschreibung erklären, erklären oder ganz und einfach verstehbar machen kann. Warum geht ein Volk diesen Weg und nicht einen anderen?

Mit den Religionen ist es nicht anders. Sie sind Erklärungsversuche der oft verschlungenen Wege und Straßen von Einzelnen, Gruppen und Gemeinschaften. Sie haben ihren Ursprung im unerklärbaren Geheimnis des Davor und Danach. Auch sie sind Versuche, den Lebensweg zu verstehen. Aber auch sie wissen nichts Genaues, sind angewiesen auf Glauben.

In den Grundtexten und Heiligen Schriften der großen Religionen kommen immer wieder das Motiv oder die Symbolik des Weges vor.

Im Alten Testament der jüdischen Religion:

*Denn der Herr erkennt den Weg der Gerechten,
der Weg der Frevler aber führt in den Abgrund. (Ps 1,6)*

Im Neuen Testament der christlichen Religion:

Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben. (Joh 14,6)

Im Koran der Muslime:

*Leite uns den rechten Pfad,
den Pfad derer, denen Du gnädig bist. (Sure 1)*

Zu den Heiligtümern aller Religionen führen Pilger-Wege.

Wege haben etwas mit Loslassen, mit Abschied zu tun.

Das alte Volkslied sagt es:

*Innsbruck, ich muss dich lassen.
Ich fahr dahin mein' Straßen,
in fremde Land dahin.*

**Wege führen zu einem Ziel. Oder sie verlieren sich
ins Weglose, ins Niemandsland.**

*Es war in unseres Lebensweges Mitte,
Als ich mich fand in einem dunklen Walde;
Denn abgeirrt war ich vom rechten Wege.
(Dante Alighieri, Göttliche Komödie, Erster Gesang)*

**Auf Wegen und über Straßen fand und findet
Austausch und Handel statt.**

*An Kreuzungspunkten, Brücken, Furten oder auch in Oasen sind oft die Wurzeln für Stadtgründungen zu suchen. Ebenso spielten im Netz der Handelsstraßen Einrichtungen für die Transporteure eine bedeutende Rolle. Hierzu zählen Ausspannen, Karawansereien (im Orient), Gasthöfe, Chausseehäuser und später Poststationen. Sie boten sichere Übernachtungsmöglichkeiten, die Versorgung mit Speisen und Getränken, kurze Erholung von Strapazen und Möglichkeiten, die Zug- und Reittiere auszuwechseln und zu nähren.
(Wikipedia, Artikel „Handelsstraßen“)*

Auf Wegen und Straßen fand und findet die Vermischung der Kulturen statt.

Die Globalisierung hat uns einander näher gebracht in dem Sinn, dass wir alle von den Handlungen anderer betroffen sind, aber nicht in dem Sinn, dass wir alle Vorteile wie auch die Lasten teilen.

(Kofi Annan, Tübinger Ökumenische Rede, 12. Dezember 2003)

Auf Wegen und Straßen marschierten und marschieren Truppen, um Land zu erobern.

In der Krise um die Schwarzmeer-Halbinsel Krim hat das Oberhaus des russischen Parlaments der Entsendung von Truppen in die Ukraine zugestimmt.

(Der Sonntag, Stadtzeitung Freiburg, 2. März 2014)

Jeder geht seinen eigenen Weg. Aber gemeinsam gehen ist schöner.

In der Regel geht jeder seinen eigenen Weg. Aber schöner und besser ist es, wenn andere mitgehen. Deswegen schließen wir uns gerne mit anderen Menschen zusammen, die mit uns ihre Wege gehen. Auf diese Weise können wir teilnehmen an den Erfahrungen der anderen, die nicht die unseren sind. Sie weiten unseren Blick und erweitern unseren Horizont. Das Gehen auf Wegen und Straßen ist geteilte Einsamkeit.

Im gemeinsamen Gehen und Fahren können wir uns besser von unserem einsamen Gehen und Fahren erzählen. Deswegen berichten die Märchen und Mythen so oft von Wegerfahrungen. Es ginge alles viel besser, wenn wir mehr gingen. Wir würden nicht so sehr auf unseren Stand-Punkten beharren, wenn wir spürten – ganz körperlich und konkret –, dass wir gehen und fahren.

Auf Wegen und Straßen geht es um Suchen und Finden.

In der Zeit der Romantik war die blaue Blume das Symbol für das Geheimnis des Lebens und das Ziel alles Gehens und Suchens. Wer sie finden wollte, musste wandern, sich auf den Weg machen. So steht im Volkslied „Wir wollen zu Land ausfahren“ in der letzten Strophe:

*Es blühet im Walde tief drinnen
die blaue Blume fein,
die Blume zu gewinnen,
ziehn wir in die Welt hinein.*

*Es rauschen die Bäume, es murmelt der Bach,
und wer die blaue Blume finden will,
der muss ein Wandervogel sein.*

Das Ziel aller Wege besteht darin, Heimat zu finden.

Das Nomadische bleibt im Kampf mit dem Sesshaften. Der Kampf wird auf den Wegen und Straßen, auf Füßen und Rädern ausgetragen. Eine Erinnerung daran, dass wir Menschen ganz im Grunde in Bewegung sind und in Bewegung bleiben wollen. Paradox: In Bewegung bleiben wollen ... Die Bewegung ist also das Bleiben selbst und das Bleiben ist die Bewegung selbst.

Der Jude, Marxist und Philosoph Ernst Bloch hat das Ziel aller Bewegung, aller Wege und Straßen, auch aller Denk-Wege, am Ende seines dreibändigen Werkes „Das Prinzip Hoffnung“ so beschrieben:

Der Mensch lebt noch überall in der Vorgeschichte, ja alles und jedes steht noch vor Erschaffung der Welt, als einer rechten. Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfasst und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat.

Gedenkstätte im Wandel: Ein Spaziergang über den Prospekt Svobody (Freiheitsprospekt) in Lemberg

Viktoria Sereda ist Soziologin und arbeitet als Dozentin am Institut für Geschichte und soziologische Theorie der Ivan Franko-Universität in Lemberg. Ihre Arbeitsschwerpunkte umfassen Stadtsoziologie, Alltagssoziologie und Identitätsforschung. Sie stellte auch die Vorlagen für die Abbildungen zur Verfügung.

Die wechselvolle Geschichte der galizischen Metropole lässt sich sehr gut an den häufigen Namenswechseln ihrer wichtigsten Straße feststellen. Der folgende Beitrag wirft einen Blick auf die Dynamik der Veränderungen und zeichnet die historischen Hintergründe nach.

I.

Lemberg (Lviv, Lwów, Lwow) – eine Stadt mit ihrem eigenen Mythos und einer turbulenten Geschichte, die sich im westlichen Teil der Ukraine befindet. Seit dem 18. Jahrhundert war es die Hauptstadt einer mittelosteuropäischen Grenzregion, Galizien, die zu einer stark umkämpften Zone verschiedener imperialer, nationaler und übernationaler Interessen wurde. Nach zahlreichen Grenzverschiebungen und Wechseln der politischen Regime wurde dieses ehemalige Zentrum der ruthenischen Woiwodschaft im polnisch-litauischen Staatenbund hintereinander vom Habsburgerreich (1772-1918), der Volksrepublik Westukraine (1918), der Zweiten Polnischen Republik (1918-1939), dem nationalsozialistischen Deutschland (1941-1944), der UdSSR (1939-1941, 1944-1991) und seit 1991 von der unabhängigen Ukraine regiert.

Die vielen und schnellen Änderungen der politischen Regime in der Mitte des 20. Jahrhunderts haben den äußeren Aufbau und die ethnische Struktur der Stadt tiefgreifend verändert. Während und direkt nach dem Zweiten Weltkrieg verlor Lemberg etwa 90 Prozent seiner Vorkriegsbevölkerung: Seine jüdische Gemeinschaft wurde restlos ermordet und

seine polnischen Einwohner gezwungen, nach Polen auszuwandern (in den 1930er Jahren machten die Juden etwa ein Drittel und die Polen die Hälfte der Einwohner der Stadt aus). Die politischen und intellektuellen Eliten der dritten wichtigen ethnischen Gruppe, der Ukrainer (vor dem Ende des 19. Jahrhunderts besser bekannt als „Ruthenen“), verschwanden ebenso: Sie flohen vor der Roten Armee 1944 in den Westen oder wurden Ende der 1940er Jahre massenhaft verhaftet. Diese turbulenten Ereignisse führten zu stetigen Versuchen, den sozialen Raum der Stadt umzugestalten, insbesondere ihre Gedenkstätten, aber auch Lembergs Hauptstraße – den *Prospekt Svobody* (Freiheitsprospekt, im Folgenden einfach *Prospekt*), der insgesamt elfmal umbenannt wurde.

II.

Bald nach der ersten Teilung von Polen-Litauen und der Eingliederung von Lemberg in das Habsburgerreich 1772 erfuhr die Stadt radikale Auswirkungen der aufklärerischen Reformen, die auf die Schaffung einer „effizienten“ und „rationalen“ Gesellschaft zielten. In den 1820er Jahren wurden die mittelalterlichen Mauern und Wälle schließlich abgerissen, und die sie umgebenden Grünflächen formten neue Promenaden (ähnlich wie die Ringstraße in Wien). Der neue offene Raum, der anstelle der ehemaligen westlichen Mauer entstand (dort, wo sich der *Prospekt Svobody* heute befindet), wurde vom Fluss Poltva in zwei geteilte Straßen getrennt, die der Obere und der Untere Wall genannt wurden. Sie wurden allmählich zu einem neuen Zentrum städtischen Lebens, das von

wachsender Säkularisierung des öffentlichen Raums und Nationalisierung der lokalen Politik geprägt war.

Das Auftauchen von Boulevards und die neue Angewohnheit, dort

Spaziergänge zu machen, schufen einen neuen Typ von Stadtmenschen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts tauchten dann prächtige Hotels, Passagen, Kaffehäuser, Geldinstitute, Kinos und Tanzlokale auf beiden Seiten des *Prospekts* auf, die architektonisch neue Ideale der bürgerlichen Kultur veranschaulichten. Als in den 1890er Jahren der Fluss Poltva zugeschüttet und in das städtische Abwassersystem geleitet wurde, wurden die zwei Straßen zu einem einzigen Boulevard zusammengeschlossen, obwohl sie zunächst ihre verschiedenen Namen – *Oberer* und *Unterer Wall* – behielten. 1894 wurde die elektrische Straßenbahnlinie ent-

Der Prospekt in seiner gegenwärtigen Gestalt geht auf die Entwicklung der Boulevards im 19. Jahrhundert zurück.

lang des *Prospekts* (der um diese Zeit der Wiener Ringstraße sehr ähnlich sah) gebaut. Der Schlussakkord der Straßenentwicklung wurde um die Jahrhundertwende mit der Errichtung der beiden wichtigsten Kultursymbole einer modernen Stadt getroffen, nämlich dem Stadttheater (1900) und dem Kunst- und Gewerbemuseum (1904). Kulturelle Institutionen und Geldhäuser dominierten den Boulevard und dienten dem Bedürfnis, die städtische Bevölkerung zu belustigen und zu unterhalten; sie formten so einen völlig neuen öffentlichen Raum.

Von den 1870er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg wurde der polnische Charakter der Stadt ihren physischen Stätten und ihrer „mental map“ aufgedrückt, während die zuvor dominante deutsche kulturelle Identität Lembergs allmählich verschwand. Lemberg als die Hauptstadt der österreichischen Provinz Galizien wurde zunehmend als eine Hochburg polnischer „nationaler Arbeit“ gesehen. Während das südliche Ende des Boulevards 1869 durch einen Brunnen mit einer traditionellen Heiligenstatue der Jungfrau Maria markiert wurde, wurde das Monument des polnischen Hetman Stanislaw Jablonowski 1869 von einem privaten Grundstück auf die Nordseite des Boulevards gebracht. 1871 wurde die Nordseite des Boulevards in *Hetman-Straße* umbenannt. 1898 wurde ein Denkmal des polnischen Königs Jan Sobieski direkt im Zentrum der öffentlichen Promenade errichtet.

Seine Eröffnung wurde von einer großen öffentlichen Kundgebung begleitet, welche zum Ziel hatte, die städtische Öffentlichkeit in die imaginierte polnische Nationalgemeinschaft mit einzubinden. 1904 erschien eine weitere Kennzeichnung des symbolisch-polnischen Raums am südlichen Ende des Prospekts – ein Denkmal für Adam Mickiewicz. Wegen dessen Aufstellung wurde die Statue der Jungfrau Maria zum nächstgelegenen Platz gebracht; dies deutete darauf hin, dass die neuen nationalen Symbole als nicht weniger bedeutend angesehen wurden als die religiösen.



Schließlich wurde der polnische Charakter des Boulevards durch die Errichtung des Stadttheaters, das zunehmend als die polnische Nationaloper gesehen wurde, verstärkt, ebenso durch die Errichtung des Kunst- und Gewerbemuseums. Diese beiden repräsentativen sezessionistischen Gebäude der Belle-Époque trennten den *Prospekt* sichtbar vom dynamischen jüdischen Bezirk der Stadt, der sich nur einige Straßen weiter nördlich befand. Nun konnte ein *Flaneur*, der durch den relativ kurzen Boulevard schlenderte, durch die imaginierte polnische Geschichte spazieren, indem er an drei Denkmälern, die historischer Persönlichkeiten aus verschiedenen Epochen gedachten, vorbeiging. So wurde in den ersten eineinhalb Jahrzehnten nach der Wende zum 20. Jahrhundert die polnische Nationalrhetorik, die sich mit zwei neuen aufstrebenden Nationalismen – dem ukrainischen und dem jüdischen – konfrontiert sah, angriffslustiger; öffentliche Gedenkfeiern legten immer mehr den Schwerpunkt auf historische Akte der „Verteidigung“ (gegen vermeintlich „böse“ Mächte).

Nach der Auflösung der Habsburgermonarchie und dem kurzen polnisch-ukrainischen Krieg wurde Lemberg der Zweiten Polnischen Republik angegliedert. Schon 1919 wurde die eine Seite der *Prospekt* in *Legionen-Straße* umbenannt, um des Sieges im Krieg zu gedenken und die polnische Dominanz in der Stadt hervorzuheben.

III.

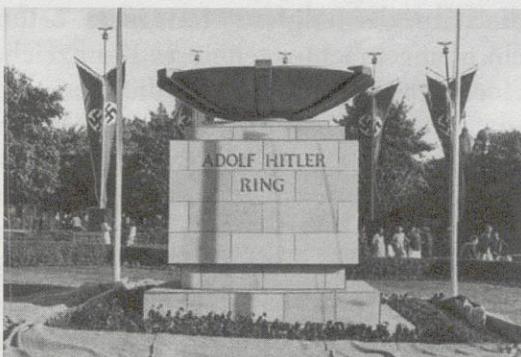
In den 1930er Jahren, mit steigender öffentlicher Bewunderung für die Ästhetik von Massenritualen, entwickelte sich der *Prospekt* zum Ort für politische Massenversammlungen und -aktivitäten. Jetzt wurden dort verschiedene Kundgebungen und Paraden veranstaltet (die oft von gegensätzlichem nationalen und sozialen Charakter waren), einschließlich der jährlichen Stadtparade, die aus Repräsentanten von Schulen, diversen Organisationen aus dem öffentlichen und sportlichen Bereich sowie Firmen bestand. Um den polnischen Nationalcharakter des *Prospekts* und der Stadt Lemberg überhaupt zu verstärken, wurde 1938 ein neues Denkmal vor dem Stadttheater erbaut: Eine brennende Flamme gedachte des zwanzigsten Jahrestages des Sieges über die Ukrainer im Jahr 1918. Durch diese Symbolik wurde der *Prospekt* endgültig als imaginierter polnischer Raum festgeschrieben. Doch der Beginn des Zweiten Weltkrieges hat die Machtverhältnisse dann radikal verändert.

Im September 1939, nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt, marschierte die sowjetische Rote Armee in Lemberg ein. Das neue politische Regime löste sofort die symbolische Umschreibung des städtischen Raums aus. Zwischen 1939 und 1942 wurden 39 Straßennamen geändert. Zu dieser Zeit entwickelte sich der *Prospekt* zur Hauptstraße der Stadt und erhielt daher die besondere Aufmerksamkeit der sowjetischen Autoritäten. Schon 1939 wurde mitten auf der Promenade ein neues Denkmal, das der sowjetischen Verfassung gewidmet war, neben dem Jan Sobieski-Monument errichtet. 1940 erhielt der *Prospekt* einen neuen Namen, *Straße des Ersten Mai*.

Das nationalsozialistische deutsche Regime wiederum zerstörte im Jahr 1941 umgehend die sowjetischen Denkmäler. Während der Besetzung durch die Nationalsozialisten wurde der *Prospekt* dreimal umbenannt. Zunächst erhielt jede Seite des Boulevards ihren polnischen Namen zurück (*Straße der Legionen* und *Hetman-Straße*), dann wurden sie umgetauft in *Museumsstraße* und *Opernstraße* und zuletzt, im Jahre 1942, zum *Adolf-Hitler-Ring* zusammengelegt. Das polnische Denkmal vor dem Opernhaus wurde durch einen Würfel mit loderner Flamme und dem neuen Namen der Straße ersetzt.

Die neue Symbolik erschien in Lemberg zusammen mit den schlimmsten Gräueltaten des Nazi-Regimes, nämlich den Deportationen und der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, die vorwiegend in den nördlichen Teilen der Stadt gelebt hatte.

In den 1930er Jahren entwickelte sich der *Prospekt* zum Ort für politische Massenversammlungen und -aktivitäten.



IV.

Die sowjetische Herrschaft über die Stadt dauerte bis August 1991 an. In dieser Zeit veränderte sich die Stadt von einer mehrheitlich polnischsprachigen zu einem russischsprachigen, dann (seit den 1950er Jahren) zu

einem ukrainischsprachigen regionalen Zentrum der UdSSR. Der *Prospekt* durchlief weitere Veränderungen mit dem Ziel, dass er zu einer sowjetischen Vorzeige-Promenade werden sollte. Seine Symbolsprache musste sich dramatisch ändern, damit er eine „plastische Chronik“ werde, die den „heroischen Geist der Heldenaten im Krieg und der Aufbauleistung der Sowjetmenschen und der arbeitenden Bevölkerung der Stadt“ nacherzählte. Das neue politische Regime versuchte, alle konkreten Zeichen polnischer Präsenz in der Stadt zu beseitigen und den städtischen Raum symbolisch (neu) festzuschreiben. Der Boulevard wurde erneut in die *Straße des Ersten Mai* umgetauft, während in der ganzen Stadt 85 Prozent der Straßen umbenannt wurden und nur sechs ihre alten Namen, die historischen Persönlichkeiten Polens gewidmet waren, behielten. Die meisten der polnischen Denkmäler in Lemberg wurden entweder zerstört oder nach Polen gebracht, und nur jene, die neu interpretiert und in eine sowjetische Version der Geschichte Lembergs integriert werden konnten, wurden intakt gelassen, unter ihnen das Denkmal für Adam Mickiewicz; hingegen musste das Jan Sobieski-Denkmal 1950 nach Gdańsk umziehen. Der Ort, an dem es gestanden hatte, wurde in ein großes Blumenbeet verwandelt. Im selben Jahr wurde die Statue der Jungfrau Maria in das örtliche Museum gebracht, weil sie ein unangebrachtes religiöses Kennzeichen in der öffentlichen Sphäre einer Gesellschaft darstellte, die atheistisch sein sollte.

Am anderen Ende des Boulevards wurde 1945 anstatt des Adolf-Hitler-Ring-Straßenschildes, das 1944 zerstört wurde, ein neues Schild angebracht, welches den Standort für ein zukünftiges Lenin-Denkmal markierte. Die ideologische Umstrukturierung des Prospekts war 1952 vollendet, als das Lenin-Denkmal schließlich erbaut wurde; der Boulevard wurde nach Wladimir Lenin benannt, das Kunst- und Gewerbemuseum wurde zum Lenin-Museum. Für die darauf folgenden Jahrzehnte waren der Boulevard und das Lenin-Monument Zentren von Sowjet-Paraden, Feiern und endlosen sowjetischen Gedenk-Zeremonien.



V.

Die letzte Metamorphose des Prospekts fing während der Zeit der Perestroika an. Das Blumenbeet (*klumba* auf Ukrainisch), auf dem das Jan-Sobieski-Denkmal einmal stand, wurde nach einer öffentlichen Debatte als der Ort für das zukünftige Schewtschenko-Denkmal ausgewählt. Die Forderung, ein dem größten ukrainischen Dichter, Taras Schewtschenko, gewidmetes Denkmal zu errichten, wurde zum ersten Mal bereits in den 1860er Jahren von ukrainischen Aktivisten geäußert, aber von den polnischen Eliten, die zu der Zeit die Stadt regierten, missachtet. Zudem war unter sowjetischer Herrschaft Lemberg die einzige große Stadt der Ukraine, die kein eigenes Schewtschenko-Denkmal besaß – wahrscheinlich, weil das sowjetische Regime Angst hatte, dass das Denkmal den ukrainischen Nationalismus in der Stadt stärken würde, da der Dichter im westlichen Teil der Ukraine eher als nationale Figur galt, nicht als sozialrevolutionäre. Ähnlich wie der zentrale Teil des Prospekts wurde der Platz der *klumba* ebenfalls für verschiedene öffentliche Treffen der Opposition genutzt und zunehmend auch von ganz normalen Leuten, die die aktuelle politische Situation und historische Probleme diskutieren wollten. Bald wurde *klumba* zum Synonym für den Hyde Park in Lemberg.

Das nördliche Ende des Boulevards veränderte sich ebenfalls dramatisch bezüglich seines symbolischen Charakters während der letzten Jahre der Sowjet-Herrschaft. Im September 1990 wurde das Lenin-Denkmal abgebaut (es war das erste Lenin-Denkmal überhaupt, das in der ganzen Sowjetunion zerstört wurde). Noch im selben Jahr erhielt der Boulevard seinen jetzigen Namen – *Prospekt Svobody*, und das Lenin-Museum wurde zum Andriy Scheptyzky-Nationalmuseum.

Seit 1991 entwickelte sich die Symbolsprache des *Prospekts* weiter. Zum ersten Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit 1992 wurde das neue Schewtschenko-Denkmal feierlich eingeweiht.¹ Zudem kehrte die religiöse Symbolik auf den *Prospekt* zurück: Nach einer kurzen Debatte wurde 1996 eine neue Version der Statue der Jungfrau Maria an ihrem

An die Stelle kommunistischer Denkmäler sind nationale und religiöse Symbole getreten.

¹ Zu diesem Denkmal vgl. auch <http://www.lemburg-lviv.com/sehenswertes /denkmaler-in-lemburg/taras-schewtschenko-denkmal/> (mit Bild; letzter Zugriff: 04.08.2014).

ehemaligen Platz am Südende des Boulevards errichtet. Einmal mehr wandelte sich der *Prospekt Svobody* zum Zentrum für verschiedene und zahlreiche Aktivitäten in der Stadt: Paraden, politische Kundgebungen, verschiedene Proteste, Trauer- oder Gedenkfeiern. Auch wurden auf dem *Prospekt* zahlreiche Festivals, Feiern und Feste, Musikkonzerte und Theater-Shows veranstaltet.

Dennoch erhielt der zentrale Teil des *Prospekts* neue Bedeutung während der Orangen Revolution 2004 und während des Euromajdan 2013/2014. Beide Male wurde der Platz vor dem Schewtschenko-Denkmal als Brennpunkt öffentlichen Protests genutzt, aber jeweils auf andere Weise. Die symbolischen Darstellungen der Orangen Revolution waren immer noch stark in den Mustern von Gedenken des 20. Jahrhunderts verankert, als die Denkmäler bewusst in die Aktivitäten der Menschen eingebunden wurden. Das Schewtschenko-Monument wurde mittels Flaggen und Schildern symbolisch in einen aktiven Darsteller verwandelt.

Als im Februar 2014 Scharfschützen Demonstranten in Kiew erschossen hatten, betrauerte der Euromajdan in Lemberg seine Toten, und ein neuer Ort der Erinnerung entstand spontan neben der Bühne – ein Zeichen des Gedenkens, das den getöteten Demonstranten in Kiew gewidmet war, *Nebesna Sotnia* (die „himmlischen Hundert“). Jetzt schloss der Boulevard in der Stadt, traditionell ein Zentrum für öffentliche Unterhaltung, eine Trauerstätte in seinem Innersten ein. Die jüngsten heroischen und traumatischen Erinnerungen der Euromajdan-Demonstrationen haben jetzt schon die symbolische Sprache des *Prospekts* verändert, und vielleicht markieren sie eine neue Epoche in der Geschichte des Landes und der Stadt.

Deutsch von Xenia Baljakin.

Der „Prospekt Svobody“ (Freiheitsprospekt) entstand im Lemberg des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Niederlegung der Wälle und dem planmäßigen repräsentativen Ausbau der Innenstadt. Zahlreiche bedeutende Gebäude wie das Opernhaus und das Kunst- und Gewerbemuseum geben auf diese Zeit zurück, ebenso Denkmäler, deren Geschichte ebenso wie die häufige Umbenennung des Boulevards stellvertretend für Lembergs wechselvollen Weg durch die Jahrhunderte stehen.

„Ich bin dann mal – kurz – weg“. Ein Selbstversuch auf dem Jakobsweg in Polen

Markus Nowak arbeitet als Journalist in Berlin und berichtet besonders über Mittel- und Osteuropa. Er stellte auch die Abbildung zur Verfügung.

Innerhalb weniger Jahre ist das Pilgern auf dem Jakobsweg in Deutschland sehr populär geworden – inwieweit nur als „Trend“ oder aus religiöser Überzeugung, sei dahingestellt. Auch in Polen gibt es eine lange Tradition des Pilgerns nach Santiago de Compostela. Der Autor wandert einen kleinen Teil des polnischen Jakobswegs, trifft Gleichgesinnte und stellt Beziehungen zur überlieferten Pilgertradition in Polen, etwa zur Schwarzen Madonna in Tschenstochau, her.

Der Vorstadtbus spuckte mich einige Kilometer vor der Stadt aus. Nun also befand ich mich auf ihm. Einen knappen Tag lang wollte ich es selbst mal *testen*, ihn selbst erlaufen: den Jakobsweg. Ich bin dann mal weg, im Schnelldurchgang. Nicht klassisch beginnend in Spanien oder Frankreich, sondern *exotisch*. In Polen, rund um die Stadt Toruń (Thorn). Die erste Ortschaft ist ein typisches Angerdorf. Auf einer Laterne nistet ein Storch, unweit der Bushaltestelle tobten Kinder auf dem Spielplatz. Auf einem kleinen Hügel stehen alte Gräber mit rausgeritzten Inschriften: der alte evangelische Friedhof aus deutscher Zeit. Entlang der geteerten Straße stehen vereinzelte Häuser, manche aus Backstein. Tags zuvor saß ich noch im Auditorium der Thorner Universität. Die UMK, wie die Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń verkürzt heißt, lud zu einer Konferenz. Thema: Der Jakobsweg in Theologie, Kunst, Geschichte und Gegenwart. Die Referate beleuchteten Santiago de Compostela als touristische Stadt oder den Alltag der Jakobspilger im Mittelalter.

Austausch unter Freunden

Immer häufiger finden zwischen Oder und Bug Symposien mit der Jakobsweg-Thematik statt. Es ist ein wissenschaftlicher Austausch, aber

auch ein Treffen unter Gleichgesinnten, manchmal gar Freunden. Oder aber Pfarrgemeinden und Touristikvereine laden dazu ein, einen Abschnitt des polnischen Jakobswegs gemeinsam zu gehen. Ein Wochenende in Poznań (Posen), am nächsten geht es rund um Piekary Śląskie (Deutsch Piekar) oder eben durch Toruń. Bei solchen Treffen können die Gespräche mit den Teilnehmern erhelltend sein.

Mit Edward Czerna etwa, aus Bolesławiec (Bunzlau). Das Alter möchte der Rentner nicht verraten. Mit Stolz berichtet er, mindestens

Symposien zur Jakobsweg-Thematik finden auch in Polen immer mehr Zuspruch.

2.500 Kilometer durch Polen gepilgert zu sein, zu Fuß. Also schon 2.496 Kilometer mehr, als ich entlang des Camino Polaco, wie dieser Teil des Jakobswegs zwischen Oder und Bug

genannt wird, gelaufen bin. Auch in Deutschland, Tschechien und natürlich Spanien und Frankreich war Czerna auf dem Jakobsweg unterwegs. *Friüher war ich oft auf Wallfahrten. Aber ich habe das nicht ganz gespürt. Ich konnte mich da nicht wiederfinden*, erzählt der Rentner. *Da ist alles von A bis Z durchorganisiert. Hier wird das gebetet, dort wird heute das gegessen. Auf dem Jakobsweg ist das anders.* Czerna kommt ins Schwärmen. Vor 20 Jahren begann der Rentner, noch als Bergmann, an organisierten Wallfahrten die Sanktuarien Polens zu besuchen. Częstochowa (Tschenstochau) etwa, oder das Heiligtum der Göttlichen Barmherzigkeit in Krakau-Łagiewniki. Durch einen Zufall erfuhr er vor zehn Jahren vom Jakobsweg, der in Polen gerade im Entstehen war: *Erst als ich alleine von Jakubów nach Zgorzelec gegangen bin, habe ich gemerkt, was ich brauche: Stille.* Czerna entdeckte den Camino für sich und wurde *Opiekun Szlaku*, wie er es nennt: Weg-Betreuer. Die Strecke Bolesławiec bis Nowogrodziec (Naumburg am Queis) ist sein Revier, rund 20 Kilometer entlang der Via regia, einer alten Handelsstraße, die mitten durch Schlesien führte.¹ Im 13. Jahrhundert wurde diese erstmals als „strata regia“ (königliche Straße) erwähnt. Ihre Anfänge sollen jedoch älter sein. Sie verband einst die Kiewer Rus' mit dem Westen Europas, war Fernhandelsweg, wurde wiederholt von Armeen als Militärstraße genutzt und war bereits im Mittelalter Pilgerroute nach Santiago de Compostela. Im Jahr 2005 wurde die Via regia vom Europarat zur

1 Den ungefähren Verlauf der Via regia (und damit eines Teils des Jakobswegs) zeigt auch die Skizze auf S. 162 in vorliegendem Heft. Ausführliche Hinweise bietet außerdem der Beitrag von Katarzyna Zinnow.

europeischen Kulturstraße erklärt. Wer in Görlitz die wiederaufgebaute Altstadtbrücke überquert, kann von da aus über den Ökumenischen Pilgerweg und die westeuropäischen Jakobswege bis nach Santiago kommen.

Der EU-Beitritt Polens 2004 und die Brückenöffnung im gleichen Jahr ermöglichen erst den Anschluss der beiden Pilgerrouten, erklärt Waldemar Rozynkowski, Professor für mittelalterliche Geschichte an der Thorner Universität. *Die EU hat uns eine breitere Perspektive gezeigt, denn jetzt ist es kein Problem mehr für uns, Grenzen zu durchqueren*, sagt Rozynkowski.

Tradition oder mehr?

Immer lauter ist ein Rauschen zu hören, fast wie am Meer. Aber es sind Autos der nahenden A 1, der ich mich näherte. Die zweispurige Schnellstraße verbindet die Hauptstadt Warschau mit Danzig und der Ostsee. Eine Überföhrung führt über die Autobahn, rechts davon bellen wieder Hunde, diesmal auf einem großen Bauernhof. Stallgeruch dringt bis zur Straße. Von diesem Ort aus liegt Spanien bis heute am Ende der Welt.

Die Wallfahrtstradition auf dem Jakobsweg stammt aus dem Mittelalter. Der Name bezieht sich auf den Apostel Jakobus den Älteren und dessen Grabstätte in Santiago de Compostela. Jakobus war sowohl bei der Verklärung Jesu als auch im Garten Gethsemane zugegen. Überlieferungen zufolge verkündete er nach Pfingsten das Evangelium in der Gegend um Samaria und Jerusalem, später ging er als Missionar auf die iberische Halbinsel. Nach seiner Rückkehr wurde er enthauptet und somit zum ersten Märtyrer unter den Aposteln. Der Leichnam soll nach seinem Tod in einem Boot nach Galicien gebracht und dort begraben worden sein – in Santiago de Compostela. Seit dem 12. Jahrhundert wird die Pilgerfahrt zu seinem Grab im Jakobsbuch, einer wichtigen Quelle zur Verehrung des Heiligen, erwähnt. Jakobus ist der Schutzheilige von Spanien, aber auch Patron der Pilger und vieler anderer, wie Krieger, Arbeiter oder auch Hutmacher und Drogisten.

Einen mittelalterlichen Kult um den heiligen Jakobus gab es auch in Polen, erklärt Rozynkowski. Der große Teil der etwa 150 Jakobuskirchen im heutigen Polen wurde bereits im Mittelalter errichtet. *Wir müssen also nicht alles erfinden*, sagt Mittelalterhistoriker Rozynkowski. *Es kann viel aus der Geschichte der einzelnen Ortschaften geschöpft werden*. So liegen entlang jeder Teilstrecke des polnischen Jakobswegs be-

deutende Kirchenbauten, wie etwa die St. Jakobus-Kirche im ermländischen Olsztyn (Allenstein) oder die Jakobuskathedrale im pommerschen Szczecin (Stettin).

Rozynkowski bezeichnet die Entstehung der Jakobuswege seit 2005 als *Reaktivierung* alter Pfade. Einschlägige Jakobswege wie der Camino Francés in Spanien seien aus Polen zwar nicht überliefert. Die Routen der polnischen Pilgerpfade verlaufen jedoch entlang alter Handelswege, wie der Via regia im Süden oder der Bernsteinstraße² im Norden. Insgesamt 20 offizielle Camino-Wege gibt es derzeit in Polen. Der längste ist die bereits erwähnte Via regia, die mittlerweile von der ukrainischen Grenze bei Medyka über Krakau und den schlesischen Annaberg über 935 Kilometer bis nach Görlitz führt, von Osten nach Westen. Eine weitere Pilgerroute in gleicher Himmelsrichtung verläuft von Litauen aus durch die Wälder Masurens über Olsztyn nach Trzemeszno. *Droga Polska* (polnischer Weg) oder *Camino Polaco* wird dieser genannt.

Langes Wegenetz in Polen

Die polnischen Jakobswege haben zurzeit eine Gesamtlänge von 5.000 Kilometern. Neben den zwei langen Ost-West-Wegen verbindet der Großpolnische Jakobsweg seit 2006 auf 235 Kilometern Gniezno (Gnesen), die erste mittelalterliche Hauptstadt des Landes, mit der Via regia. Entlang der Ostsee besteht seit Sommer 2013 der Pommersche Jakobsweg, auch als *Camino Polaco del Norte* bezeichnet.³ Jährlich werden es immer mehr, aber wirklich lange Wege werden nicht mehr angelegt, glaubt Emil Mendyk. Der 42-Jährige ist Touristenführer und Übersetzer und gilt als der Initiator der polnischen Jakobswege vor zehn Jahren. *Polen ist aus der Sicht der Jakobswege bereits gut erschlossen*, sagt Mendyk. Von fast jedem Ort aus sind es keine 50 Kilometer zu einem der Muschel-Pfade. Denn auch in Polen werden die Jakobswege mit der Jakobs-Muschel markiert. Auf Hinweisschildern oder einfach mit einem Pfeil an einem Laternenmast zeigt sie den Pilgern den Weg. Wir

² Vgl. dazu den Beitrag von Michael Erdrich in vorliegendem Heft und die Skizze auf S. 162.

³ Einen Überblick über Routen und Pläne, aber auch Hinweise auf Tagungen und gemeinsame Pilgertouren bietet die Internetseite des polnischen Vereins „Freunde der Wege des heiligen Jakobs in Polen“ (*Przyjaciele Dróg św. Jakuba w Polsce*) <http://www.camino.net.pl>

wollen auch keine Inflation der Wege, sagt Mendyk, der zugleich Vorsitzender des Freundschaftsvereins der Jakobswege ist.

Der polenweit tätige Verband hat sich zum Ziel die Wiederbelebung, Organisierung und Propagierung der Jakobswege gesetzt. Und obwohl eine ganze Reihe kirchlicher Amtsträger – darunter auch der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki – die Entstehung des Jakobsweg mit offiziellen Schreiben begrüßen, will der Verein einen „ökumenischen Charakter der Wege pflegen, damit er Raum für Menschen (ist), die auf der Suche nach Spiritualität auch außerhalb der Kirche sind“⁴.

Zwar wird in Polen von – statistisch – über 90 Prozent Katholikenanteil gesprochen, doch auch glaubende Polen seien häufig müde von der traditionellen Religion. Sie suchen neue Formen und Zeichen des Glaubens, und vielen kann der Camino gerade das bieten, glaubt Emil Mendyk. Hier liege eine Chance, den Pilgerweg auch in Polen zu etablieren. Dass dies allerdings noch nicht geschehen ist, belegen etwa Übernachtungszahlen in den Herbergen, wie Pfarrhäuser und Klöster, entlang der Route. Sie sind auf dem polnischen Jakobsweg nicht gerade überwältigend, gibt Mendyk zu. Aber Zahlen – oder Prozente, wir lassen uns oft davon blenden, erklärt der Camino-Freund. Auf dem Jakobsweg gehe es um die Erfahrung der einzelnen Menschen. Wenn es eine Person ist, dann ist das gut, wenn es mehr sind, dann umso besser, konstatiert Mendyk.

Konkret heißt das: Auf den 5.000 Kilometern Jakobsweg sind 2013 zwischen Oder und Bug 1.000 bis 1.200 Pilger unterwegs gewesen. Im gleichen Jahr haben mehr als doppelt so viele Polen (2.515, Fahrradfahrer eingeschlossen) Santiago di Compostela zu Fuß erreicht. Wobei auch diese Zahl angesichts der 192.488 Gesamtpilger (davon 164.778 zu Fuß) an das Grab des heiligen Jakobus noch immer relativ gering ist. Ohnehin sei das Zentrum der meisten Wallfahrer – zu Fuß – nicht Santiago, sondern in Polen, nämlich Tschenstochau, gibt Mendyk zu bedenken. Im Jahr 2013 sind 805.261 Menschen auf den Hellen Berg, wie das Paulinerkloster mit dem Bild der Schwarzen Madonna heißt, zu Fuß gegangen.

⁴ <http://www.camino.net.pl/camino-polska/patronat/> (letzter Zugriff: 07.06.2014).

Politisches Bekenntnis und mehr

In Tschenstochau war ich auch schon mal. Jedoch eher als Tourist, denn als Wallfahrer. Damals noch als Kind. Beeindruckend waren die Hunderte von Rosenkränzen, Goldketten und Medaillons, die in der Nähe des Madonna-Bildes hingen. Sie seien Zeichen der Dankbarkeit, wenn Gebete und Intentionen erhöht wurden, machte mir meine Mutter bei dem Besuch klar. Wallfahrtsorte in Polen, aber auch manche Seitenaltäre in polnischen Kirchen, sind voll von diesen Dankesbekundungen aus Edelmetall.

Die kleine spätgotische Dorfkirche auf meinem Weg hat jedoch keinen Seitenaltar mit dutzenden Rosenkränzen. Ohnehin versperren Git-

ter den Zutritt zur Kirche. Dann eben keine Be-sichtigung, sondern weiter geht's. Eine auf einen alten hölzernen Strommast aufgemalte gelbe Mu-schel zeigt den Weg über eine Brücke. Darunter fließt die Drwęca (Drewenz), ein Zufluss zur Weichsel. Die Straße verliert immer mehr ihren dörflichen Charakter, die Häuser werden immer größer und neuer. Die kleine Ortschaft verwandelt

sich mit jedem Schritt in eine Vorstadt Toruńs.

Jeder Schritt eines polnischen Pilgers in Richtung der großen Wall-fahrtsorte war in der Vergangenheit nicht nur Ausdruck der Volksfrömmigkeit, sondern hatte auch eine politische Dimension. Im 19. Jahrhun-dert, als Polen unter Österreich, Preußen und Russland aufgeteilt war, waren Wallfahrten auch ein nationales Manifest, um dafür zu beten, dass der eigene Staat wiedererstehen werde. Im 20. Jahrhundert – insbesondere in der Zeit des Kommunismus – waren Wall-

Das Pilgern auf dem Jakobsweg und das Pilgern nach Tschenstochau haben völlig verschiedene Wurzeln.

fahrten dann zweierlei: Ausdruck der Zugehörigkeit zu der von den kommunistischen Machthabern bekämpften katholischen Kirche. Zu-gleich ein Manifest des Missfallens gegen das Moskautreue Regime in Warschau. Eine Art politisch-religiöse Demonstration gegen die Volks-republik. Angesichts dessen versuchten die Behörden in jener Zeit gera-de die Fußwallfahrten nach Tschenstochau zu unterbinden oder zumindest zu behindern. Dennoch kamen etwa im August 1957 zu einer Ge-betswoche die Rekordsumme von bis zu einer halben Million Gläubigen auf den Hellen Berg nach Tschenstochau.

Die Wallfahrten waren eine Auflehnung der Massen, resümiert Kirchenhistoriker Rozynkowski. Auf den Jakobsweg gehe man jedoch alleine. Der Camino-Weg ist – schon wegen der geringeren Zahlen – keine Konkurrenz zu den polnischen Massenwallfahrten. *Das sind zwei verschiedene Welten*, sagt Rozynkowski. So haben die großen Pilgergruppen immer auch eine Begleitung durch einen Geistlichen. Der Jakobsweg führe zwar an Kirchen, Klöstern und Kapellen vorbei, aber in die Gotteshäuser einzutreten, sei nur ein Angebot. Darin sieht auch Emil Mendyk eine *neue Qualität* des Pilgerns zwischen Oder und Bug. *Es ist nicht mehr politisch, es treffen sich Linke und Rechte und unterschiedliche Konfessionen und auch Agnostiker*. Der Camino sei nicht nur Weg, sondern *ein Ort zum Treffen*. Nicht nur von Menschen, sondern auch von verschiedenen Ebenen, von Kultur, Wirtschaft, regionaler Entwicklung, Identität.

Die religiöse Komponente ist aber – gerade in Polen – die wichtigste. 80 Prozent der polnischen Pilger sind aus religiösen Gründen unterwegs. Dagegen sind nur 50 bis 60 Prozent derjenigen, die bis Santiago laufen, aus religiösen Motiven unterwegs, erzählt Mendyk.

„Trend“ im Osten angekommen

Die Frage nach den Motiven stellt sich vor allem, wenn man jemandem von seinem Vorhaben berichten will, habe zumindest ich festgestellt. Ähnlich wie Hape Kerkeling habe auch ich Freunden angekündigt „Ich bin dann mal weg!“ – gewundert haben sich die meisten aber über den Zusatz: auf dem Jakobsweg in Polen.

Menschen, die sich auf den Camino machen, unterteilt Andrzej Kołaczkowski-Bochenek dagegen in drei Gruppen: Diejenigen, die Hape Kerkelings Buch „Ich bin dann mal weg“⁵ gelesen haben, somit seiner Meinung nach der größte Teil der Deutschen; diejenigen, die nach Paolo Coelho Jakobsweg-Lektüre⁶ losgepilgert sind, und den Rest der Welt. Kołaczkowski-Bochenek, der selbst in Deutschland lebt, hatte Hape Kerkeling zur Hand genommen und ist daraufhin nach Santiago aufgebrochen. Der Aufruf in seinem Buchtitel „Mensch, geh da nicht hin!“⁷ ist

⁵ Erstveröffentlichung am 22. Mai 2006.

⁶ Paolo Coelho: Auf dem Jakobsweg. Tagebuch einer Pilgerreise nach Santiago de Compostela. Zürich 1999.

⁷ Andrzej Kołaczkowski-Bochenek: Nie idź tam, Człowieku! (Mensch, geh da nicht hin!). Krakau 2009, S. 5 f.

als Warnung zu verstehen, der Weg verändert Menschen. Kołaczkowski-Bocheneks ursprüngliche Motivation war eher touristisch und keineswegs religiös. Sein Buch ist eins von wenigen nicht von Priestern verfassten Berichten über den Jakobsweg in polnischer Sprache. Der Markt an Camino-Literatur ist – die Pilgerführer des polnischen Jakobsweg-Freundeskreises eingeschlossen – überschaubar. Erst „Ich bin dann mal weg“ popularisierte in Deutschland den Jakobsweg und ließ die Zahlen der deutschen Pilger steigen, obwohl eine erste Wiederbelebung der Pilgerfahrt nach Santiago bereits in den siebziger Jahren und spätestens mit dem Besuch von Johannes Paul II. 1982 in den achtziger Jahren stattgefunden hat.

Eine Wiederbelebung des einsamen Pilgerns sieht Emil Mendyk auch für Polen. *Es ist eine späte Renaissance, im Vergleich etwa zu den Franzosen. Aber bei uns war die Freiheit auch später da, 1989.* Polen erlebte seit der Wende eine Aufholjagd nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in Bezug auf gesellschaftspolitische Veränderungen. Sie bringe eine geistige Not, die sich nun auch in Polen zeige, glaubt Mendyk. *Pilgerfahrten sind seit Jahrhunderten eine Antwort auf religiöse oder innerliche Bedürfnisse,* ergänzt Waldemar Rozynkowski. Im 21. Jahrhundert ist es der Camino, auf dem man übrigens auch der Natur nahekommt.

Von Natur kann, in Toruń angekommen, allerdings keine Rede sein. Rechts beginnt eine Plattensiedlung. Der Jakobsweg biegt links ab, neben einer Magistrale in Richtung Zentrum. Noch wenige hundert Meter und ich werde das Ziel erreicht haben: die Altstadt, UNESCO-Weltkulturerbe ebenso wie der Jakobsweg selbst. Die Jakobskirche ist wichtigste Anlaufstelle für die Camino-Pilger in der Stadt, ehe es zum Schlafplatz in einer Pfarrei oder weiter gen Westen geht.

Für mich ist es der Bahnhof die Anlaufstelle, dort wartet der Zug für die Heimreise. Schade, denke ich. In diesem Moment fährt erneut der Vorstadtbus vorbei, der mich raus aufs Land zum Jakobsweg gebracht hat. Nur kurz denke ich ans Einstiegen, denn mittlerweile ist ein neuer Gedanke in mir gewachsen: Camino, ich komme wieder. Und dann nicht nur für einen Tag. Dann bin ich wirklich mal weg.

Seit dem Mittelalter sind Pilgerreisen aus dem heutigen Polen nach Santiago de Compostela bekannt; zahlreiche Kirchen mit dem Patrozinium des heiligen Jakobus belegen die frühe Verehrung dieses Apostels. In den letzten 25 Jahren ist diese Tradition wiederbelebt worden. Die zahlreichen kleinen Pilgerpfade, die vielfach entlang alter Handelsstraßen verlaufen, werden ausgebaut und erfreuen sich wachsenden Interesses.

„Brüderlichkeit und Einheit“: Der Autoput

Edi Matic ist Schriftsteller und Fotograf; auf Deutsch liegt sein Roman „Grimalda“ vor. Er lebt und arbeitet in Split, wo er die Vereinigung „Kurs – zur Förderung von Kultur und Kunst“ gegründet hat.

In den fünfziger Jahren als Magistrale quer durch das damalige Jugoslawien entstanden, war der Autoput mehr als nur eine Schnellstraße. Er verband die verschiedenen Teilrepubliken unter dem Motto „Brüderlichkeit und Einheit“ und steht in der Erinnerung des Protagonisten folgender Erzählung – des Onkels des Autors – für das, was binnen weniger Jahre nach dem Tode Titos durch die Unvernunft der Menschen untergegangen ist: das friedliche Zusammenleben verschiedener Ethnien und Religionen im Südosten Europas.

Hm, über den Autoput, die Autobahn „Brüderlichkeit und Einheit“, soll ich schreiben – das ist wie eine Reise in die Vergangenheit.¹ In Gedanken habe ich die 1.100 Kilometer zwischen Jesenice und Gevgelija abgezählt, an denen über 335.000 Jugendliche, Ingenieure, Bauarbeiter und Soldaten gearbeitet haben. Ich habe die möglichen Tonnen Asphalt notiert und die Städte, durch welche der berühmte Autoput geht, und alles in allem ein paar Tage lang intensiv Erinnerung und Phantasie bemüht. Bis völlig zufällig Onkel Leo vorbeikam.

An diesem Sonntag hatten wir uns wieder im Haus meiner Eltern zum Familienessen getroffen. Ein Vergnügen für die Rentner, die sich die Gesellschaft der Kinder und Enkel wünschen, und sehr praktisch für uns, die wir sonntags nicht gerne kochen – auch nicht an anderen Tagen. Onkel Leo hatten wir schon seit einigen Jahren nicht gesehen. Er ging seiner Wege und war auf eine Insel gezogen, wo er Oliven anbaute. Er fehlte mir all diese Jahre, er war einer der Helden meiner Kindheit und Jugend, derentwegen ich das ziellose Reisen lieben gelernt habe, die Stones hörte, Gitarre spielte und an Arbeitseinsätzen teilnahm. Beim

¹ Auf S. 162 dieses Heftes ist der Verlauf skizziert.

Mittagessen tauchte er überraschend auf, als ob er geahnt hätte, dass ich seit Tagen über den bestellten Text grübelte.

„Onkel, du kennst doch die Straßen, erzähl mir doch etwas über die Autobahn ‚Brüderlichkeit und Einheit‘!“

Leo dachte nach, nahm den Becher mit Wein und füllte ihn langsam nach, als ob er sich dadurch vorsichtig in die Abgründe der Vergangenheit hinunterlassen würde. Er hob das Glas auf Augenhöhe und blieb so, ohne ein Wort zu sagen oder einen Schluck zu trinken. Ich zählte bis zehn, dann bis zwanzig, aber auch weiterhin kamen keine Worte. Nur ein Tropfen zog von dem taufeuchten Glas in sein Auge um. Oder es schien mir nur so. Mutter stand auf, um Kuchen und Kaffee zu bringen, die Kinder meiner Schwester saßen schon vor dem Fernseher, und ich wartete weiter. Leo murmelte etwas und seufzte tief.

„Und?“ – „Sei ruhig, Kleiner!“ – Ich ahnte, dass es einen Teil der Geschichte gibt, weswegen er warten wollte, bis wir unter uns waren; gleichzeitig begann ich auf der Serviette die Umrisse des ehemaligen Jugoslawiens zu malen. Ich markierte Jesenice in Slowenien als Ausgangspunkt, von wo die Autobahn durch vier Republiken zog, und Gevgelija in Makedonien als Endpunkt.

„Jovana hieß sie. Und die schönsten Geschichten von der Autobahn hängen mit ihr zusammen“, flüsterte er, während er sich über den Tisch beugte, um den Aschenbecher zu erreichen und sich umzusehen, ob jemand in der Nähe war, „aber darüber reden wir unter vier Augen.“

Mit einer Gruppe von Schulfreunden hatte er sich zum Arbeitseinsatz gemeldet. Er suchte sich nicht aus, wo oder was er arbeiten sollte. Es war nur wichtig, sich nützlich zu fühlen, neue Bekanntschaften zu machen und einige Zeit weit weg von Zuhause zu verbringen, und die Arbeitseinsätze boten all das. Im Sommer 1960 fuhr er nach Makedonien und half dort beim Bau der Autobahntrasse zwischen Grdelica und Skopje. Später erzählte er, wie sie mehr als 100 Stunden nach Skopje unterwegs waren, mit Zügen, Bussen, Lastwagen und dann wieder Zügen, aber als er auf der Baustelle die Camps mit den Baracken sah, in denen tausende Jugendlicher wohnten, waren die durchwachten Nächte und die heißen Tage sofort vergessen.

„Die Jugendlichen heute haben keine gute Perspektive“, sagte er, während er den Rauch seiner Zigarette ausatmete, „man sollte wieder solche Arbeitseinsätze organisieren. Damit sie sich wichtig und nützlich fühlen, damit sie begreifen, was Disziplin und Verantwortung ist.“

Das Leben in den Camps war streng, aber gut organisiert. Wecken war jeden Morgen um vier Uhr, danach wurden die Baracken aufgeräumt, dann gab es Morgenwäsche, Gymnastik und Frühstück, und schließlich ging es los auf die Baustelle. Fast jeden Abend gab es in den Camps Unterhaltungsprogramm, etwa Konzerte, Auftritte von Ensembles oder von Schauspielergruppen. Müde von der anstrengenden Arbeit, aber voller Lebensfreude erwarteten sie die Abendstunden des Ausruhens und der Erholung. Er zeigte seine Handflächen und erzählte, wie sie in den ersten Tagen voller blutiger Blasen waren, aber das hinderte ihn ebenso wenig wie die anderen daran, jeden Tag aufs Neue zur Schaufel zu greifen und an der unübersichtlichen

Menschliche Kraft, Wille und Entschlossenheit waren die wichtigsten Faktoren für den Erfolg der Bauarbeiten.

Trasse zu graben, als ob er vorhatte, sie alleine zu bauen. Tatsache ist, dass Leo und seine 46.698 Genossen Brigadiere und Jugendlicher („omladinci“) es geschafft haben, 138 Kilometer der Wegstrecke zwischen Grdelica und Skopje auszugraben, einzubauen und fertigzustellen. Natürlich mit Hilfe von Maschinen, aber dennoch waren menschliche Kraft, Wille und Entschlossenheit die wichtigsten Faktoren für den Erfolg der Arbeit. Brigadierblusen, sogenannte „brigadirke“, waren in Mode, sie wurden mit Stolz auch nach Abschluss des Arbeitsdienstes mit Abzeichen und gestickten Emblemen der Brigade auf dem rechten Ärmel getragen.

Die Jugendlichen waren überall dabei, wo in Jugoslawien gearbeitet wurde. Von Eisenbahnstrecken über Wasserkraftwerke und Fabriken bis zu lokalen Straßen. Die ersten Arbeiten am Autoput begannen direkt nach dem Zweiten Weltkrieg und dauerten bis 1950, als sie wegen der Wirtschaftsblockade Jugoslawiens unterbrochen wurden.

Der Aufruf von Josip Broz Tito am 27. Januar 1958, dass der Ausbau des Autoputs fortgesetzt werden sollte, leitete eine neue Phase der Arbeitseinsätze ein. Mit wenigen oder gar keinen Maschinen, unter den dürftigen Bedingungen in Unterbringung und Verpflegung, aber mit riesigem Enthusiasmus wurde unter dem Slogan „Keine Erholung, solange die Erneuerung andauert“ der Ausbau der neun Meter breiten Straße auf einer Strecke von 382 Kilometern zwischen Zagreb und Belgrad begonnen.

„10 Jahre, mein Kleiner, 10 Jahre, jeden Monat ein Treffen auf der Autobahn.“ – „Und?“ – „Na, mit Jovana. Ich erinnere mich an unsere Übernachtung in Batrovci. Genau auf der heutigen Grenze zwischen

Kroatien und Serbien ...“ – „Warte, warte. Gibt's diese Geschichte auch mit einem Anfang? Ich verstehe gar nichts. Welche Jovana, welches Batrovci?“

„Sei ruhig, Kleiner, frag nicht zu viel. Du weißt, dass ich mein Arbeitsleben an guter Stelle im Wasserkraftwerk verbracht habe, und Verträge mit der Baufirma zu verhandeln bedeutete auch ständiges Reisen. In Belgrad habe ich Jovana kennengelernt und ihr danach ohne Probleme eine Anstellung im Einkauf der Fabrik *Zastava*² besorgt, sodass sie auch häufig reisen konnte. Wie ich ihr die Stelle besorgt habe? Na, mein Kleiner, ich war bei den Jugend-Arbeitseinsätzen der jüngste ‚Stoßarbeiter‘. Das brachte Kontakte mit einflussreichen Menschen, und das war wichtig im Sozialismus, genauso wie heutzutage. Also, um es kurz zu machen, von Jovana konnte ich mich nicht trennen, aber wir konnten auch nicht zusammenkommen, aus einem damals seltsamen Grund, und das waren unsere Eltern. Ihre hätten mich niemals in ihr Haus aufgenommen, weil ich Kroate bin, aber auch meine sie nicht, als Serbin. Ja, so waren sie. Alles ‚Brüderlichkeit und Einheit‘ in der Öffentlichkeit, aber Schwiegersöhne und -töchter nur aus dem eigenen Volk. Ist es dir jetzt klar?“

Es war mir nicht ganz klar, aber dafür hatte ich meine Geschichte vom Autoput. Leo dachte sich, neben seinen sowieso häufigen Geschäftsreisen, einmal im Monat eine Verpflichtung aus und verschwand für ein paar Tage. Er setzte sich in seinen Dienstwagen, einen Fiat 132, und fuhr über die Autobahn von Zagreb nach Belgrad. Schon in der Nähe von Ivanić-Grad, dreißig Kilometer außerhalb von Zagreb, begann das Ruckeln auf den Betonplatten, aus denen die Autobahn gebaut war. Zehn Jahre zuvor hatte man begonnen, in Etappen die notwendige Asphaltierung dieser verkehrsreichen Trasse nachzuholen, aber bis in die Achtziger, als mein Onkel sich zu seinen Liebesabenteuern aufmachte, begleitete das Ruckeln auf den Betonplatten mit einem Geräusch wie das eines Waggons auf Gleisen die Fahrer auf dem größeren Teil des Weges.

Er fuhr vier Stunden ohne Pause und erreichte Batrovci. Ein kleiner Rastplatz auf der rechten Seite, eine Tankstelle und ein Restaurant mit Parkplatz. Ein idealer Platz, an dem der Bus aus Belgrad sicher halten würde, Jovana würde seinen blauen Fiat sehen und aussteigen. Immer das gleiche Szenario.

Er sah aus dem Fenster des Restaurants, wie sich die Türen des schlammbespritzten Busses öffnen, aus ihm steigt erst eine Wolke Ziga-

² Jugoslawische (heute serbische) Firma, u. a. in der Autoproduktion tätig.

rettenrauch, danach der Fahrer, der rief „Fünfzehn Minuten Pause!“, und hinter ihm die Reisenden, vorsichtig über die Regenpfützen steigend. Nur ein Schritt stach aus der Menge ungeschickter Beine hervor, wie wenn man in einen Schwarz-Weiß-Film ein feuerrotes Kleid und lange Beine in glitzernden Nylonstrümpfen hineingeschnitten hätte, die sich eifrig durch die Masse drängen. Er bezahlte die Rechnung und ging zu seinem Auto, wo er sie mit einem langen Kuss und einer festen Umarmung begrüßte. Der letzte Monat musste nachgeholt werden und diese Raststätte, mit einigen geparkten Sattelschleppern, Opeln von Gastarbeitern mit Anhängern und neugierigen Blicken der Reisenden, war nicht der allergünstigste Ort dafür. Nur ein paar Kilometer weiter, am Fluss Bosut, befand sich ein anderes, ruhigeres Restaurant mit Gästezimmern. Deshalb liebte er diese Autobahn. Sie verband verschiedenste geographische Welten und Zonen, von den kalten slowenischen bis zu den trockenen und heißen im Süden Makedoniens, über versteckte Oasen, wie die Ebene mit Pappeln am Bosut.

Sobald sie losgefahren waren, zog Jovana ihre Schuhe aus, setzte sich seitlich und legte ihre Beine in seinen Schoß. Allein deswegen zahlte sich das stundenlange Ruckeln auf der Autobahn aus. Sie sagten kein Wort. Sie sah ihn fest im Profil an und er starre auf die Straße, während er ihre durchfrorenen Füße massierte. Dort angekommen, bestellten sie Wild, erzählten sich von Glücksfällen und Missgeschicken, verschwiegen die Probleme, die sie zuhause gelassen hatten, schauten sich verliebt an und tranken ihren Wein.

Mutter nutzte eine Werbpause in der Seifenoper, wischte den Tisch ab, servierte eine neue Runde Kuchen und Kaffee und gesellte sich zu uns, während Leo mit lauter werdender Stimme seine Geschichte fortführte.

„All das, was heute Maschinennamen wie A 3, E 70, A 2 oder E 75 trägt, liegt auf der Trasse unseres Autoputs. Sie haben neue Fahrbahnen hinzugefügt, Millionen Tonnen Asphalt verbaut, Überführungen, Mautstationen, grelle Lichter und bunte Schilder, aber alles auf dem Fundament, das wir mit unserer bloßen Kraft und jugendlichem Willen gebaut haben. Gut, wahrscheinlich ist etwas Wahres an den Geschichten, dass außer uns an den Trassen zahlreiche politische Gefangene und Systemgegner freiwillig arbeiteten, aber wir haben sie nie gesehen. Aber wegen dieser zwei Monate, die ich bei der Brigade verbracht habe, und dem Abzeichen für hervorragende Arbeit, das ich erhalten habe, habe ich all diese Kilometer Autobahn wie meine eigenen empfunden. Genau wie

all die anderen 250.000 Brigadiere, die gespürt haben, dass sie dazu gehören. Dieses vergangene System war reich an Zugehörigkeiten – mit sieben Jahren bist du Pionier geworden, später im Jugendverband, dann Student, dann in der Selbstverwaltung. Mit jedem neuen Schritt im Leben gehörtest du irgendwo hin und irgendetwas an. Das fühlen die heutigen Fahrer nicht, die auf der supermodernen Straße rasen, auch nicht die von früher, die langsam über den Untergrund aus Beton durch die Ebene der umliegenden Felder krochen, während Kühe und Schafe gelegentlich die Straße blockierten.“

Der ständig zunehmende Verkehr machte einen vierspurigen Ausbau notwendig.

Pläne, „Autobahn“, auch wenn sie das von ihrer Art zunächst nicht war, da sie nur zwei Spuren hatte, Kreuzungen auf der gleichen Ebene waren und sie weder einen Standstreifen noch schützende Leitplanken zwischen den Fahrtrichtungen hatten.

Der Autoput war am Anfang für täglich 9.000 Fahrzeuge geplant. Gelegentlich wurde diese Zahl, insbesondere im Sommer und zu Feiertagen, erheblich überschritten. Gäste aus der damaligen Tschechoslowakei, Ungarn und Polen belegten im Sommer einzelne Teilstrecken Richtung Adria, die Gastarbeiter besetzten am Wochenende die ganze Trasse, um sie in Zagreb nach Kroatien zu verlassen, bei Slavonski Brod und Brčko Richtung Bosnien abzubiegen oder um bis Gevgelija Richtung Griechenland und Türkei zu fahren. Als sich der Bedarf und der Verkehr vermehrten, wurde die zweispurige Autobahn zu eng für die immer größere Zahl von Lastwagen, Bussen und Autos. Bis zu den achtziger Jahren wurde sie auf voller Länge vierspurig mit Standstreifen ausgebaut, mit einer neuen Auslastung von 40.000 Fahrzeugen täglich. Natürlich wurde zuerst aus den Zentren Richtung Peripherie gebaut: Durch Belgrad zum Flughafen, von Zagreb nach Ivanja Reka, Belgrad – Batočina, Skopje – Veles, Ljubljana – Kranj ...

Leo erzählte mit nostalgischer Stimme, wie vorher die Szenen mit den Kolonnen tschechischer Škodas oder polnischer Fiats 126 (ihr Spitzname war „Bügeleisen“) lustig aussahen. Wenn man ihnen entgegenfuhr, konnte man sie nicht zählen, und ständig schien es, dass man an denselben vorbeifährt. Er erzählte, wie sich „unsere“ Fahrer und Reisenden damals auf den Rastplätzen überlegen fühlten, als aus winzigen Fahrzeugen Großfamilien von Ostblock-Touristen ausstiegen, das Gepäck durchsuchten und Töpfe und Geschirr mit dem Mittagessen heraushol-

Diese Straße hieß wegen ihrer Wichtigkeit für den Staat, aber auch visionär, in Erwägung langfristiger

ten, während sie aus ihrem Mercedes, Opel oder Volkswagen, ja sogar auch Zastava ausstiegen und zum Mittagessen ins Restaurant gingen. Da zeigte sich auch deutlich und im Alltag der Unterschied zwischen einem sozialistischen und einem kommunistischen System. Zusätzlicher Stolz auf die Straße wurde über die Jahre dadurch erreicht, dass die Beschäftigten (und man muss nicht daran erinnern, dass damals praktisch alle beschäftigt waren) freiwillig einen Teil des Gehalts in die so genannten Selbsteinzahlungen und Obligationen für den Autoput im Bau einzahlten. Ein nicht geringer Teil gab bis zu einem ganzen Monatsgehalt. Leo erinnerte sich, dass er zweimal seinen halben Lohn eingezahlt hat, wofür er Obligationsspäpier erhielt, die wie alte Diplome aussahen. Er bewahrte sie über Jahre in der Erwartung auf, dass der Staat das „geliehene“ Geld mit der versprochenen Rendite zurückzahlt; doch während dieses Wartens wandelte sich der Stolz in Zorn, weil er sich, wie andere auch, betrogen fühlte.

Auf der Autobahn, insbesondere zwischen Zagreb und Belgrad, sah man, dass die Idee von Brüderlichkeit und Einheit auch im ökonomischen Sinn funktionierte. Vier von sechs Republiken waren durch den Autoput als dem wichtigsten Infrastrukturprojekt des sozialistischen Jugoslawiens verbunden, während Montenegro und Bosnien und Herzegowina abgeschnitten und somit etwas isolierter blieben. Aber es war Teil des internationalen Korridors aus Westeuropa Richtung Griechenland. Lastwagen mit Waren fuhren in beide Richtungen, Produkte wurden ausgetauscht und kamen auf die Regale der Läden in allen Republiken, bis sie der Krieg vollkommen zertrennte und für einige Jahre isolierte.

Mutter hat sich wieder vor den Fernseher gesetzt, Leo blickte sich um, räusperte sich und neigte sich zu mir. „Diese Straße hat großartige Momente geboten. Ich glaube, sie bietet sie denen noch immer, die das Reisen genießen können, aber heutzutage gibt es davon wenige; alle eilen irgendwohin, alle fahren nur, um zum Ziel zu kommen, und nicht wegen des Reisens. Wir hatten diese Momente. Bei einer Gelegenheit haben wir uns ... das war so: Ich warte an einem Rastplatz an der Autobahn, so, dass man das Auto von der Straße aus sehen kann, Jovana steigt da aus dem Bus aus, wir verbringen zwei Tage zusammen, ich bringe zuerst sie nach Belgrad zurück und fahre dann nach Hause. Also, bei einer Gelegenheit

Auf der Autobahn zwischen Zagreb und Belgrad konnte man erkennen, dass die Idee von Brüderlichkeit und Einheit auch im ökonomischen Sinn funktionierte.

trafen wir uns bei Okučani. Ein Motel neben einer Tankstelle, Bungalows, die im Halbdunkeln liegen, ein Traum. Das war im Sommer 1987. Man roch das getrocknete Gras und das reife Getreide von den umliegenden Feldern, es war schwül, tschechische Touristen ruhen sich im Gebüsch aus, verschwitzte LKW-Fahrer kühlen sich mit Bier und schütten Wasser in die kochenden Kühler ihrer LKWs, während sich ein Pole mit einem platten Reifen an seinem witzigen runden Wohnwagen herumschlagen muss. Aus dem Bus, der völlig verstaubt war, stieg Jovana scheinbar frisch aus, während ihre verschwitzte Haut in der Sonne glänzte.

Am nächsten Tag kam im Restaurant ein Mann auf uns zu. Er sagte, er heiße Mile Komasović, wolle nach Lipik und suche eine Mitfahrgelegenheit. Auch wenn wir eigentlich alleine sein wollten, so war die fünfzehnminütige Fahrt für uns auch eine Gelegenheit, einmal Gesellschaft zu haben, als ob wir wirklich existieren würden, zumindest vor diesem unbekannten Menschen in einer Weste aus Schafsfell. Mile war an der Autobahn aufgewachsen, er kannte jedes Getreidefeld, jeden Bach und jeden Bauernhof. In Lipik bot er uns an, uns die Pferdekoppel zu zeigen, um die er sich kümmerte. Lipizzaner! Der Stolz der jugoslawischen, und jetzt kroatischen Pferdezucht, ein Erbe aus der Zeit der Habsburgermonarchie. Die jungen Fohlen sind schwarz oder grau, und werden später, weil sie ihre Pigmente verlieren, ganz weiß. Aus jedem Wort Miles über diese wunderbaren Tiere hörte man Liebe, wobei er immer beteuerte, dass er sowohl ihr Herr als auch ihr Freund ist. Er setzte Jovana auf einen großen Wallach und führte sie am Rand des Schattens unseres Baumes entlang. Ich bin sicher, dass das die schönste Szene ist, die Lipik jemals gesehen hat. Als der Krieg begann, hörte ich, dass Mile Komasović die Pferde gestohlen hat und mit ihnen nach Serbien abgehauen ist; erst sechzehn Jahre später kehrte er mit ihnen zurück nach Kroatien. Ich weiß, dass er die Pferde nicht gestohlen hat, sondern sie nur geschützt und gerettet hat vor den Bomben und Kugeln, welche über ihre Weiden schossen, vielleicht von genau der Autobahn aus, neben der er aufgewachsen war.“ – Onkel Leo beendete diesen Monolog ohne Atempause mit einem tiefen Schluck Wein, zündete eine neue Zigarette an und starrte an die Decke. Als kehre er dorthin zurück, wo die Fahrt nach Alpenkiefern, nach der Save und slawonischem Getreide riecht, während ich die Konturen seiner Geschichte vom Autoput und seinem einsamen Leben erahnte.

„Zehn Jahre!“, er betonte jede Silbe, „Einmal im Monat haben wir uns auf dieser geraden Linie, die Zagreb und Belgrad verbindet, getroffen. Weißt du ... wir hatten nur diese Autobahn. Das war unsere Einheit. Und dann hat Jovana geheiratet, wir haben uns nur noch einmal getroffen, zufällig, und danach ist alles verschwunden. Die Autobahn hat für mich ihre Wichtigkeit und ihre Schönheit verloren. Ich bin jetzt schon seit fünfundzwanzig Jahren keinen einzigen Kilometer mehr auf ihr gefahren, und ich werde es auch nicht mehr tun.“

Dann kam der Krieg. Anstelle von Bussen, eilenden Autos, Traktoren, Wohnwagen und Trampern ertönten Panzer und die Stiefel der Soldaten. Jede Brüderlichkeit und jede Einheit wurde ausgeradiert, aus unseren Köpfen ebenso wie aus dem Namen der Autobahnen E 70 und E 75.“

Aus dem Kroatischen übersetzt von Thomas Bremer.

Die Planung einer Schnellstraße quer durch Jugoslawien setzte schon unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ein, doch wurde sie erst in den sechziger Jahren vollendet. Der Autoput, der auf 1.100 Kilometern Länge durch vier Teilrepubliken führte, wurde in den achtziger Jahren wegen des stetig zunehmenden Verkehrs vierspurig ausgebaut. Mit dem Zerfall Jugoslawiens verschwand der Name, die Erinnerung an die Fernstraße, die einst Menschen aus allen Teilen des Staates verband, ist jedoch bis heute lebendig.

Kriminelle Wege und Straßen Südosteuropas: Die Balkan-Route

Dr. Anna-Maria Getoš Kalac ist Universitätsdozentin an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zagreb und leitet dort seit Anfang 2013 die Max-Planck-Partnergruppe für „Balkan-Kriminologie“.

Der Beitrag befasst sich mit kriminellen Wegen und Straßen Südosteuropas und soll die wichtigsten Merkmale der so genannten Balkan-Route darstellen. Dabei ist der Schwerpunkt gezielt auf transnationale illegale Märkte wie z. B. Menschen- und Drogenhandel gesetzt. Schließlich werden aktuelle kriminalpolitische Bestrebungen in der Region kritisch hinterfragt, um zu erkunden, ob im nichtkriminellen Bereich die Grenzen ebenso porös sind, wie wenn es um die kriminellen Märkte der Balkan-Route geht.

Die verbindende und annähernde Funktion von Wegen und Straßen bekommt, wenn sie aus kriminologischer Perspektive¹ betrachtet wird, eine ganz spezielle Bedeutung, besonders wenn man die Eckpunkte „Staatsgrenzen“ und „illegalen Märkte“ mitbetrachtet. Das ewige Freizügigkeitsbestreben für Menschen und Güter macht vor dem kriminellen Bereich keinen Halt – im Gegenteil. Was im legalen Güter- und Menschentransport oft mit viel Papierkram, Regulierungen, Kontrollen, Versicherungen und Kosten verbunden ist, geschieht im kriminellen Transport verbotener Güter und beim Menschenhandel im Verborgenen und folgt dort ganz anderen Gepflogenheiten, jedoch ansonsten im Prinzip denselben Gesetzmäßigkeiten. Es wäre nämlich verfehlt zu meinen, hier gäbe es weder Kontrolle noch Regulierung oder Versicherung. Diese gestalten sich zwar anders, jedoch handelt es sich funktionalistisch betrachtet um dieselben Instrumente (z. B. Gewalt, Einschüchterung, Eh-

¹ Kriminologie ist die Wissenschaft vom Verbrechen, dem Verbrecher und dessen Opfer sowie vom gesellschaftlichen Kontext, in dem Kriminalität stattfindet. Kriminologie erforscht also das „Wie?“ und das „Warum?“ kriminellen Handelns.

renkodex, Bekanntschaft und Verwandtschaft, Markteinteilung und -kontrolle usw.).

Auch diktieren hier wie auch sonst rein ökonomische Faktoren das Geschehen – die Nachfrage bestimmt den Markt, und die kriminellen Kosten und Risiken, besonders Transportkosten und das Entdeckungs- sowie Strafverfolgungsrisiko, bestimmen den Preis. Hierbei spielt besonders Korruption in den Transitländern der Balkan-Route eine wichtige Rolle, da die Bestechungsmöglichkeiten von Grenzbeamten maßgeblich dazu beitragen, das kriminelle Risiko relativ gering zu halten. Man sieht bereits an dieser Stelle, dass es sich bei transnationalen illegalen Märkten aller Art um ein äußerst vielschichtiges und komplex gelagertes Kriminalitätsphänomen handelt, das nicht nur von den kriminellen Operateuren abhängt, sondern auch maßgeblich von den Endnutzern und Strafverfolgungsbehörden mitbestimmt wird.

Der „Balkan“-Begriff

Trotz des oft als pejorativ empfundenen Begriffs „Balkan“ soll kurz vermerkt werden, dass dieser durchaus seine wissenschaftlich belegbare Richtigkeit hat (im Unterschied zum rein politischen Terminus „West-Balkan“) und zumindest nicht mehr oder weniger irreführend ist wie der oftmals als politisch korrekter empfundene Begriff „Südosteuropa“. Im hiesigen Kontext soll der Begriff „Balkan“ terminologisch gesehen als Sammelbegriff für folgende Staaten benutzt werden: Griechenland, Albanien, Bulgarien, Rumänien, teilweise die Türkei und alle Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien – Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo und Makedonien.

Die Balkan-Route

Wenn die Rede über „kriminelle Wege und Straßen Südosteupas“ ist, dann sollte gleich vorab geklärt sein, dass es sich hierbei um keine „kriminelle Balkan-Autobahn“ handelt, die in A beginnt und dann in B endet. Vielmehr muss man sich die Balkan-Route als Oberbegriff für ein Routen-Geflecht vorstellen, dass einerseits marktspezifisch funktioniert und sich andererseits flexibel neuen Bedingungen anpasst. Jeweils abhängig vom illegalen Markt sowie dem dazugehörigen Ursprungs- und Zielland verlaufen die kriminellen Wege und Straßen über unterschiedliche Länder der Balkan-Region.

Der transnationale illegale Gesamtmarkt auf der Balkan-Route

*Frontex*² zufolge entfällt der mit Abstand größte Anteil am transnationalen illegalen Gesamtmarkt auf der Balkan-Route auf den Schmuggel gestohlener Fahrzeuge aus Staaten der Europäischen Union (EU) in den Balkan und den Drogenhandel über die Balkan-Länder in die EU. Illegaler Waffenschmuggel wird weitaus seltener festgestellt, sollte allerdings nicht unterschätzt werden. Was den Menschenhandel betrifft, muss fest-

Die reibungslose Zusammenarbeit unterschiedlicher transnationaler krimineller Organisationen und nationaler Verbrechergruppen ist bemerkenswert.

gehalten werden, dass trotz großer Anstrengungen seitens der EU und aller Staaten in der Balkan-Region aussagekräftige Daten in diesem Bereich immer noch fehlen, sodass es selbst Experten schwer fällt, den

Markt genau einzuschätzen und einzelne Staaten klar als Ursprungs-, Transit- und Zielland zu identifizieren.³ Insgesamt steht jedoch außer Frage, dass der Handelsstrom von Süd nach Nord und Ost nach West verläuft, ebenso wie auch die illegalen Migrationen und der Menschen- schmuggel. Was die kriminellen Operateure betrifft – diese sind zumindest ebenso unterschiedlich wie die kriminellen Märkte, die von ihnen betrieben werden. Von gut organisierten kriminellen Organisationen, die ihren Profit mit Hilfe ausgeklügelter Geldwäsche-Operationen verdecken, bis hin zu *ad hoc* Täter-Grüppchen und sporadischen Einzeltätern ist alles vertreten. Es wäre ein Trugschluss zu glauben, die Balkan- Route würde von einigen wenigen mafiaartigen kriminellen Organisationen kontrolliert. Bemerkenswert ist allerdings die reibungslose Zusammenarbeit unterschiedlicher transnationaler krimineller Organisationen und nationaler Verbrechergruppen mit diversem und oftmals eigentlich verfeindetem ethnischen, nationalem und religiösem Hintergrund. Auch in diesem Zusammenhang bestätigt sich leider die zusammen- und näherbringende Funktion von Wegen und Straßen.

-
- 2 Frontex ist die Kurzbezeichnung der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union“. Sie wurde 2004 errichtet und hat ihren Sitz in Warschau. Ausführliche Hinweise zu Aufgaben und Zielen finden sich unter <http://frontex.europa.eu/about-frontex/mission-and-tasks>. Zahlreiche Belege des vorliegenden Beitrags beziehen sich auf Analysen von Frontex, die über die Homepage unter <http://frontex.europa.eu/publications/> abgerufen werden können.
 - 3 Vgl. Trafstat Projekt (2014), siehe www.balkan-criminology.eu/en/ad_hoc_projects/trafstat (letzter Zugriff: 08.08.2014).

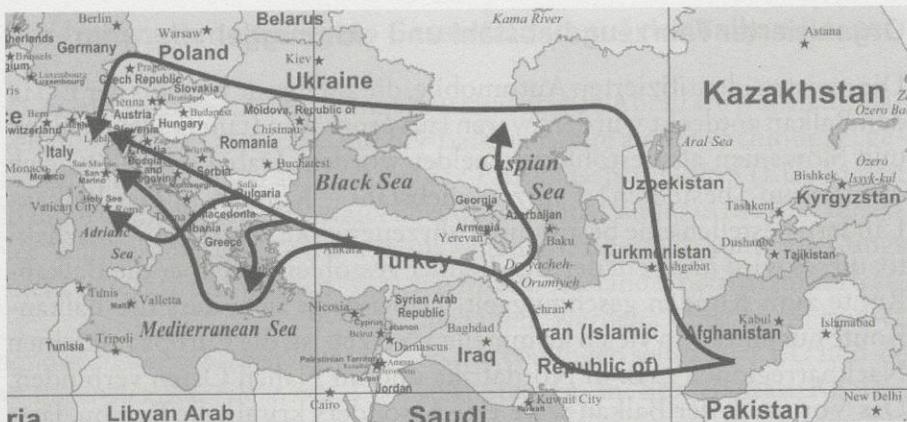
Organisierter Fahrzeugdiebstahl und -schmuggel

Die meisten identifizierten Automobile, die auf ihrem Weg aus der EU in den Balkan entdeckt wurden, waren laut *Frontex* in Italien, Deutschland und Slowenien als gestohlen gemeldet worden. Dabei handelt es sich oftmals um „bestellten“ Fahrzeugdiebstahl – Kunden in den Balkan-Ländern bestellen eine bestimmte Fahrzeugmarke, quasi ihr Wunschauto; dieses wird in einem der EU-Länder gestohlen und über die Balkan-Route zum Kunden geschmuggelt. Dabei zeigt sich, dass die Balkan-Route nur eines von vielen kriminellen Netzen ist, die Europa mit seinen Nachbarregionen z. B. in Nordafrika und im Nahen Osten verbinden. Das Vorurteil, der Balkan wäre eine besonders kriminelle Region, lässt sich somit nicht bestätigen.

Drogenschmuggel

Die klassischen Routen für den Heroinschmuggel nach Europa haben sich zwar diversifiziert, sodass die Balkan-Route nicht länger die einzige benutzte Strecke ist. Allerdings wird auch diese weiterhin regelmäßig für den Transport nach Europa genutzt. Die Türkei spielt hierbei aufgrund ihrer zahlreichen Handels- und Straßenverbindungen nach Asien und Europa eine zentrale Rolle im Heroinschmuggel entlang der Balkan-Route. Heroin wird über die Türkei nach Bulgarien und Griechenland geschmuggelt und dann über diverse Transitländer nach Westeuropa gebracht; davon zeugen Heroinbeschlagnahmungen auf dem Weg von Griechenland nach Albanien und danach an den Grenzen zu Montenegro und Kroatien. Die nachstehende Abbildung (S. 196) verdeutlicht, wie Heroin und Opium aus Pakistan, Afghanistan oder Aserbaidschan über die Balkan-Route bis nach Italien gelangen.

Türkische kriminelle Organisationen spielen zwar eine Hauptrolle im Heroinschmuggel nach Europa, allerdings müssen sich diese auf die Unterstützung nationaler krimineller Gruppen in den jeweiligen Transitländern verlassen, um erfolgreich den Schmuggel zu betreiben. Als Beispiele nennt *Frontex* serbische und albanische Verbrechergruppen. Lagereinrichtungen für Heroin bestehen auch weiterhin in Albanien, Makedonien und dem Kosovo. Oftmals wird auch gemeldet, dass Migranten-Arbeiter/Gastarbeiter auf ihrer Rückkehr in die EU in Reisebussen oder ihren privaten PKWs kleinere Mengen an Heroin über die Balkan-Länder nach Westeuropa schmuggeln.



Drogenschmuggel auf der Balkan-Route⁴

Neben der Drogenschmuggelproblematik selbst, mit der sich die EU-Zielländer fast ausschließlich befassen, stellt sich natürlich auch die Frage nach den Auswirkungen des Drogenschmuggels auf der Balkan-Route auf den Anstieg des Drogenkonsums in den Transitländern des Balkans. Hierbei handelt es sich um ein Thema, das stark vernachlässigt wird, sei

es auf der wissenschaftlichen Erforschungsebene oder im Hinblick auf die kriminalpolitische Entscheidungsebene. Oft werden die Balkan-Länder als Problem-Region im Zusammen-

Nur selten wird beim Drogenschmuggel die Mitverantwortung der Ziel- und Nachfrageländer diskutiert.

hang mit dem Drogenschmuggel nach Zentraleuropa angeprangert, aber selten diskutiert man die Mitverantwortung der Ziel- und Nachfrageländer, die ja eigentlich den Markt diktieren und das Drogenproblem in den Balkan-Ländern zumindest mitverursachen.

Illegaler Waffenhandel

Zum illegalen Waffenhandel und damit verbundenen -schmuggel gibt es kaum Daten und nur wenige erfolgreiche Verfolgungsmaßnahmen, so dass genaue Aussagen über Verbreitung, Struktur und Trends zu diesem transnationalen illegalen Markt kaum möglich sind. Allerdings wird davon ausgegangen, dass der durch den Krieg bedingte private illegale

⁴ Autorin/Spiegel Online, 20.01.2014. – Die Karte vermittelt zugleich einen Eindruck vom Netz der „Balkan-Routen“.

Waffenbesitz auch weiterhin ein Risiko im Bereich des illegalen Waffenhandels und -schmuggels darstellt. Entgegen dieser Einschätzung zeigen jedoch genauere Analysen der Gewaltkriminalität in den einzelnen Balkan-Ländern, dass vergleichsweise wenige dieser Taten (Mord, Raub u. ä.) mit Feuerwaffen begangen werden. Dies hat sicherlich auch damit zu tun, dass in fast allen Balkan-Ländern, die von bewaffneten Konflikten betroffen waren, Polizeiaktionen durchgeführt wurden, die es ermöglichten, Kriegswaffen, die sich in illegalem Privatbesitz befanden, entweder zu legalisieren oder einfach straffrei in einer Polizeiwache abzugeben. Daher könnten sich die Befürchtungen bezüglich des weit verbreiteten illegalen Waffenbesitzes und dessen vermuteter transnationaler Handel und Schmuggel als Fehleinschätzungen herausstellen.

Menschenhandel

Die IOM (International Organisation for Migration) berichtete 2001, dass der Balkan zu einer der Hauptregionen für den Menschenhandel von Frauen und Kindern auf den Weg nach Westeuropa geworden war. Die Einschätzungen des Ausmaßes dieses illegalen Marktes variierten damals wie auch heute sehr stark und umfassten IOM zufolge 2001 ca. 120.000 Frauen und Kinder, die jährlich über die Balkan-Route nach Westeuropa gehandelt wurden. Gemäß einer Einschätzung des Europarats fielen im Jahr 2003 dem weltweiten Sex-Menschenhandel rund 200.000 Frauen kriminellen Netzwerken auf dem Balkan zum Opfer.⁵

Man könnte an dieser Stelle fortfahren und viele weitere und neuere Zahlen sowie Schätzungen nennen, jedoch ist eine exakte Datenerhebung im Bereich des Menschenhandels äußerst problematisch. Lediglich einige Trends lassen sich inzwischen erkennen; dazu gehören u. a. die immer häufigere Identifizierung von Transitländern des Balkans als eigentliches Zielland und der vermehrt vorkommende innerstaatliche Menschenhandel, der sich ohne transnationale Komponente abspielt.

Strafverfolgung und kriminalpolitische Einflüsse der EU

Schließlich stellt sich nun noch die Frage, ob die Strafverfolgung in den Ländern entlang der Balkan-Route ebenso durch die kriminellen Wege

⁵ H. R. Friman, S. Reich: Human Trafficking and the Balkans. In: dies. (Hrsg.): Human Trafficking, Human Security, and the Balkans. Pittsburgh 2007, S. 1-19, bes. S. 2.

und Straßen zusammengewachsen ist, wie es die kriminellen Operateure heutzutage sind. Und in der Tat muss man dies eindeutig bejahren: Was vor einigen Jahren noch als ein Ding der Unmöglichkeit erschien, stellt sich heute als Normalität ein – sowohl formell als auch informell kooperieren die Strafverfolgungsbehörden des Balkans sehr gut, wenn es darum geht, organisierte Kriminalität zu bekämpfen und transnationale illegale Märkte in Schach zu halten. Kritik ließe sich zwar durchaus äußern, jedoch sollte man hierbei die nicht solange zurückliegende Konfliktvergangenheit sowie die ethnischen und nationalen Feindseligkeiten berücksichtigen und nicht vergessen, dass es sich bei vielen der Balkanstaaten um junge Demokratien handelt, die sich teilweise immer noch mit fundamentalen Problemen wie etwa Rechtsstaatlichkeit herumschlagen.

Sowohl formell als auch informell arbeiten die Strafverfolgungsbehörden des Balkans bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität gut zusammen.

In diesem Kontext wäre es wünschenswert, die kriminalpolitischen Einflüsse der EU würden sich nicht hauptsächlich auf EU-Probleme beschränken, die mit dem Balkan zusammenhängen, sondern ebenso energisch auch jene Fragen ansprechen, die zwar Balkan-Probleme betreffen, allerdings aus Richtung der EU kommen. Kriminalität ist leider ein normaler Bestandteil jeder Gesellschaft, und es geht letztlich auch nicht darum, diese komplett auszumerzen, sondern lediglich, sie in gesellschaftlich verkraftbaren Grenzen zu halten und ihre Folgen, so gut es geht, zu sanieren. Bezogen auf die kriminellen Wege und Straßen Südosteuropas bedeutet dies, dass diese weiterhin bestehen bleiben und die Balkan-Route erst dann verschwinden wird, wenn Nachfrage und Angebot auf dem transnationalen illegalen Markt erloschen sein werden.

Korrekt müsste man den Plural wählen: Die Balkan-Route setzt sich aus einer Reihe von Wegen zusammen, die wie ein Netz über Südosteuropa liegen und seit den politisch-gesellschaftlichen Umbrüchen in diesem Teil Europas für illegale Transporte aller Art dienen. Auto- und Waffenschmuggel, Drogenhandel und das Geschäft mit der „Ware Mensch“ bilden den Schwerpunkt des „Verkehrs“ auf dieser Route. Dank wachsender internationaler Zusammenarbeit gelingt es zwar immer häufiger, die kriminellen Machenschaften zu unterbinden, aber angesichts der internationalen Verflechtungen der Verbrecher wird es einen langen Atem brauchen, um dauerhafte Erfolge zu erzielen.

Auf den Spuren der „Tränen der Götter“: Die Bernsteinstraße

Prof. Dr. Michael Erdrich ist Dozent am Institut für Archäologie der Maria-Curie-Skłodowska-Universität Lublin.

Bernstein, ein fossiles Harz, zählte bereits in der Antike zu den begehrtesten Handelsobjekten. Der Autor geht den Wegen dieses vielfältig verwendbaren Schmucksteins nach, der bis heute nichts von seiner Faszination eingebüßt hat.

I.

Die „Bernsteinstraße“, die die Ostsee mit der Adria verbindet, zählt zu den ältesten und wichtigsten Fernhandelswegen in Europa. Vor allem in der Antike wurde auf dieser Route der insbesondere von Griechen, Etruskern und Römern hochgeschätzte Bernstein von der baltischen Küste, wo er angeschwemmt und von den Küstenbewohnern aufgesammelt wurde, nach Oberitalien transportiert. Vielleicht ist das auch die Ursache eines weitverbreiteten Irrtums, wonach die Bezeichnung „Bernsteinstraße“ auf antike Quellen zurückgehen soll. Zahlreiche griechische und römische Autoren haben wiederholt über dieses fossile Harz geschrieben; eine besondere Bezeichnung für den Transportweg, auf dem dieses ebenso wertvolle wie begehrte Importgut die mediterrane Welt erreichte, scheint es damals jedoch nicht gegeben zu haben. Man wusste ziemlich genau, woher der Bernstein kam und dass er bei Bedarf in ausreichender Menge geliefert wurde. Die Bezeichnung „Bernsteinstraße“/„Amber Road“ ist eine Schöpfung des späten 18. Jahrhunderts und fand erst im 19. Jahrhundert breite Verwendung.

Heute ist sie weit verbreitet und aus dem Vokabular von Politik und Wirtschaft nicht mehr wegzudenken. Zahlreiche Förderprogramme, vielfach finanziert aus Mitteln regionaler Entwicklungsfonds der Europäischen Union, werben mit diesem Wort und verbinden damit eine gemeinsame Identität und Geschichte. Vor allem im „sanften“ Tou-

rismus spricht man mit den Worten „Bernsteinstraße“/„Amber Road“ ein gebildetes, breit interessiertes Publikum an, das an dem reichen kulturellen Erbe der Anrainer der „Bernsteinstraße“ interessiert ist. Eine Internetrecherche nach den Begriffen „Bernsteinstraße“ oder „Amber Road“ liefert zahlreiche, manchmal auch sehr überraschende Ergebnisse. Es ist zu erwarten, dass diese Wörter ähnlich werbewirksam werden wie der „Römische Limes“, wobei zu bedenken ist, dass die Grenzen des Imperium Romanum an vielen Stellen noch im Original erhalten sind und zum Weltkulturerbe zählen. Zumindest innerhalb der Grenzen des Römischen Reiches sind tastbare Relikte der „Bernsteinstraße“ noch erhalten, jenseits der Donau gibt es jedoch keine Wegstrecken oder Stationen, die sich zweifelsfrei mit diesem Fernhandelsweg verbinden lassen.

An dieser Stelle muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es eine real existierende „Bernsteinstraße“ zu keiner Zeit gegeben hat.¹ Tatsächlich ist sie ein Bündel von uralten, sich häufig verlagernden Verbindungswegen, die von der baltischen Küste Lettlands und Livlands über die Danziger Bucht, die Weichsel und ihre Nebenflüsse durch die Mährische Pforte nach Niederösterreich und die March bei Bratislava führte. Hier trifft sie auf die Donau, eine wichtige Konstante im System der europäischen Fernhandelswege. Die Bernsteinstraße quert die Donau und folgte den in römischer Zeit ausgebauten Fernstraßen von Carnuntum über Scarabantia (Sopron), Savaria (Szombathely/Steinamanger), Poetovio (Ptuj/Pettau), Emona (Ljubljana/Laibach) nach der nordöstlich vom heutigen Venedig gelegenen römischen Stadt Aquileia am Nordende der Adria. Zu allen Zeiten bewegten sich Menschen auf diesen

Schon in der Antike waren Herkunft und Transportwege des Bernsteins bekannt.

wonnene Bernstein, über dessen Wertschätzung und Bedeutung wir durch einige antike Autoren recht gut informiert sind. Plinius d. Ältere weiß, dass Bernstein 600 Meilen nördlich der Donau bei Carnuntum an den Küsten des „Nordmeeres“ vorkommt, eine erstaunlich präzise Angabe. Und einen dieser Reisenden können wir Dank der Mitteilungen von Plinius zumindest schemenhaft erkennen. Im Auftrag eines Unternehmers, der zur Zeit Neros in Rom Zirkusspiele organisiert, macht

Wegen und transportierten ihre Ideen und Waren in beide Richtungen. Wichtigstes und namengebendes Handelsgut war der an der baltischen Küste ge-

1 Vgl. auch die Darstellung in diesem Heft auf S. 162, die den ungefähren Verlauf der Hauptroute andeutet.

sich ein römischer Ritter auf den Weg zu den Küsten des Nordmeeres, um Bernstein für die Ausschmückung der Zirkusspiele herbeizuschaffen. Scheinbar mühelos findet er seinen Weg und erwirbt so viel, dass Bernstein unter den Sand der Arena gemischt werden konnte und dass alle Stricke, die die kaiserliche Loge schützen, ebenso mit ihm geschmückt waren wie die Seile, mit denen die wilden Tiere gefesselt wurden (*Naturalis historia*, XXXVII 42–51). Eine Beschreibung der Bernsteinstraße überliefert er nicht.

„Tränen der Götter“, wie der Bernstein in der antiken Mythologie bezeichnet wird, wurde zu Pulver verrieben und, wie Plinius d. Ältere berichtet, als Medizin bei Erkrankungen der Atemwege oder Ohren, Verdauungsbeschwerden und Durchfällen eingenommen. Ähnlich wie Weihrauch verströmt Succinit² beim Verbrennen einen angenehmen Geruch, weswegen er in pulverisierter Form bei Feuerbestattungen eingesetzt wurde. Aus ähnlichen Gründen wurde er – verbrannt oder unverbrannt – bei der Herstellung von Salben und Parfums eingesetzt. Amuletten aus Bernstein wurden unheilabwehrende Kräfte zugesprochen. Seine wichtigste Bedeutung hatte er aber als Rohstoff für Schmuck und kunsthandwerkliche Erzeugnisse, was dazu führte, dass seine Attraktivität den Schwankungen der Mode unterlag. Plinius d. Älteren folgend wurde der Wert des begehrten Rohstoffes durch seine Einfärbung bestimmt, wobei vier Klassen unterschieden wurden. Die Färbung des Teuersten entsprach der des berühmten falernischen Weins (*Naturalis historia* XXXVII 47). Nüchterne Töne schlägt Tacitus an, der das fossile Harz als Auswurf des Meeres bezeichnet, das seinen Ruf nur „unserer Genusssucht“ verdanke (*Germania* 45).

II.

Seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist es möglich, den baltischen Succinit durch ein physisches Verfahren zweifelsfrei zu identifizieren. Mit Infrarotlicht durchleuchtet zeigt der baltische Bernstein in Wellenbereichen zwischen 1.100 und 1.300 cm⁻¹ eine fast waagerechte Treppe, die so genannte „Baltische Schulter“. Systematische Untersuchungen belegten, dass die überwiegende Mehrzahl aller in archäologischen Fundzusammenhängen aus Europa und Vorderasien geborgenen Bernsteinobjekte aus baltischem Succinit hergestellt wurde.

² Abgeleitet vom lateinischen Begriff für Bernstein „succinum“.

Hier muss angemerkt werden, dass wir über die Bedeutung des Bernsteins bei den vor- und frühgeschichtlichen Bewohnern des südlichen Ostseeraumes und des heutigen Polens nur Vermutungen anstellen können. Aus dem nördlichen Jütland, aber auch den Landschaften zwischen Elbe und Weichsel, kennen wir eine kleine Gruppe sehr naturalistischer Tierfiguren. Diese Darstellungen von Elchen, Pferden oder Bären entstanden vermutlich zwischen 9600 und 4300 v. Chr. Während der verschiedenen Perioden der Jungsteinzeit, also etwa vor dem 3. Jahrtausend v. Chr., wurde Bernstein in den unterschiedlichen Fundlandschaften in durchaus unterschiedlicher Intensität verwendet. So reicht der Fundanfall von wenigen Einzelstücken bis zu mehr als 170.000 Einzelfunden – unbearbeitete Bröckchen, Abfallstücke, Halbfabrikate und Fertigstücke – aus einer wohl nur saisonal betriebenen Werkstattssiedlung in Niedzwiedziówka in der Nähe von Danzig. In der vorrömischen Eisenzeit, aber vor allem aus der römischen Kaiserzeit, kennen wir zahlreiche Frauengräber, wo die Bestatteten Ketten mit in der Regel nur wenig bearbeiteten und durchbohrten Perlen trugen.

Seit der frühen Bronzezeit erscheint baltischer Bernstein regelmäßig im südlichen Mitteleuropa. Den Status eines statusumschreibenden Prestigeobjekts erreicht er spätestens im 18. und 17. Jahrhundert v. Chr. Erstaunlich und seinen Wert gut umschreibend sind die Funde der großen Bernsteinperlen in den von Heinrich Schliemann ausgegrabenen königlichen Schachtgräbern von Mykene, die ins 17. bis 15. Jahrhundert v. Chr. datieren. Derzeit kennen wir aus dem spätbronzezeitlichen Griechenland von mehr als 100 Fundstellen über 3.500 Bernsteinperlen. Bei

der Untersuchung eines um 1400 v. Chr. vor Uluburun bei Bodrum vor der südtürkischen Küste gesunkenen Schiffes fanden sich 41 Perlen aus britischem Bernstein; auch aus Troja

Seit der frühen Bronzezeit ist baltischer Bernstein in weiten Teilen Europas verbreitet.

kennen wir ihn. Etwa gleichwertig ist ein prächtiges Perlenkollier, das bei Ingolstadt gefunden wurde. Hier wurden etwa 2.800 kleine Einzelperlen auf neun Schnüre aufgefädelt. Bei all diesen Funden ist ein Transport des Rohmaterials über die Bernsteinstraße sehr wahrscheinlich.

Im 13. und 12. Jahrhundert v. Chr. finden wir Bernsteinschmuck in allen italischen Kulturgruppen. Spätestens seit dem 9. Jahrhundert v. Chr. müssen wir mit einer gut organisierten, systematischen, einen wachsenden Bedarf deckenden Versorgung zahlreicher bernsteinverarbeitender Manufakturen im vorrömischen Italien rechnen. Dabei reicht

das Produktionsspektrum von Perlen, figürlichen Darstellungen, Spinnwirteln bis hin zu handwerklich sehr komplizierten Einlagearbeiten in Waffen, Schmuck und sonstigen Geräten.

In der im 9. Jahrhundert gegründeten Kolonie Verucchio findet man in praktisch jeder Urne, die ins 7. und 6. Jahrhundert v. Chr. datiert, mindestens ein oder zwei nicht verbrannte Bernsteinbeigaben. Etliche Urnen trugen Umhüllungen aus Tüchern, die mit Bernsteinschmuck verziert waren. Bei einigen Frauen zeigte sich, dass ihre Leichname buchstäblich mit Bernsteinobjekten überschüttet waren. Dieser enorme Bedarf an Bernstein brach im 6. Jahrhundert weitgehend zusammen.

Wir dürfen davon ausgehen, dass der über die Bernsteinstraße ins vorrömische Italien gelangte Rohbernstein auch über verschiedene Häfen in andere Landschaften des westlichen und östlichen Mittelmeeres gehandelt wurde. Nichts wissen wir über die Organisation dieses augenscheinlich massenhaften Transports des Rohstoffs von der baltischen Küste bis nach Oberitalien und an die Adria. Auch wenn die zu dieser Zeit im heutigen Polen lebende Bevölkerung selbst dem Bernstein kaum besondere Bedeutung beimaß, so muss man doch über den Wert des Transportgutes gut unterrichtet gewesen sein. Wie und wer kontrollierte und schützte den Transport, wer waren die Ansprechpartner und wie fand man sich? Gab es, wie für die ausgehende vorrömische Eisenzeit und die römische Kaiserzeit nachgewiesen, Depots und Zwischenlager? Davon ist auszugehen. Unbeantwortet bleibt derzeit auch die Frage nach den Gegenleistungen.



Bernsteinanhänger in Form eines hockenden Äffchens³

³ Fundort: Vetulonia/Toskana (Ende 8.-1. Viertel des 7. Jahrhunderts v. Chr.; Höhe: 4,7 cm). Die Wiedergabe der Abbildung dieser Figur erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Soprintendenza per i Beni Archeologici della Toscana (Florenz) vom 31.07.2014.

III.

Im Zeitalter des Augustus setzt in Italien unvermittelt erneut die Nachfrage nach Bernstein ein. Vor allem in Aquileia etablieren sich zahlreiche bernsteinverarbeitende Manufakturen, deren Produktpalette von handwerklich vorzüglich gearbeiteten figürlichen Darstellungen von Göttern, Menschen und Tieren über eine Vielzahl unterschiedlicher Gebrauchsgegenstände wie kleine Amphoren und Muscheln zur Aufbewahrung wohlriechender Salben und Öle, Messergriffe, Kistchen und Kästchen, Spinnrocken, Schmuck und vieles mehr reicht. Einer Analyse der Fundumstände zufolge, soweit dokumentiert, stammen diese Gegenstände zumeist aus reich ausgestatteten Frauengräbern. Ein schlaffender Amor aus einem Grab in Nijmegen hält eine verlöschende Fackel nach unten, das Symbol des verlöschenden Lebens. Aber nicht die gesamte Produktion war auf den Tod ausgerichtet. Zu Neujahr schenkten sich wohl nicht nur betuchte Römer kleine, aus Bernstein geschnitzte Blätter, in die Neujahrswünsche eingeritzt waren: AN N F F (annum novum faustum felicem – ein erfolgreiches und glückliches neues Jahr).

Die Bernsteinverarbeitung in Aquileia, deren Blüte wohl im 1. und frühen 2. Jahrhundert lag, fand ein abruptes Ende, als im Jahre 166 ohne Vorwarnung mehrere tausend germanische Krieger die Donau zwischen Wien und Budapest überschritten. Bis zum Friedensschluss 180 verwüsteten für Germanen wie Römer lustreiche Kämpfe weite Teile des mittleren Donauraumes. Nach dem Ende des Krieges setzte zögerlich eine Belebung des abrupt abgebrochenen Handels ein, aber schon im frühen 3. Jahrhundert kommt er wieder zum Erliegen.

Es war dieser über viele Jahrhunderte andauernde Handel mit Bernstein zwischen Ostsee und Adria, der die Menschen faszinierte. Fossiles Harz, das in seinem Ursprungsgebiet einst nur wenig Beachtung gefunden hat, ist ein begehrter und sagenumwobener Rohstoff für vielfältige Produkte fern seines Gewinnungsgebietes. Wenn es der Zeitgeist diktierte, versorgte die – in der Antike namenlose – Bernsteinstraße die Abnehmer zuverlässig und in überaus reichlicher Menge.

Aufgrund archäologischer Funde lässt sich der Handel mit baltischem Bernstein mehrere tausend Jahre zurückverfolgen. Römische Autoren waren recht gut über die Herkunft des Schmucksteins orientiert und schildern dessen vielfältige Verwendung. Die Bezeichnung „Bernsteinstraße“ stammt aus dem 18. Jahrhundert und trifft nur bedingt zu, da es mit Sicherheit ein breiteres Wegenetz zwischen den Fundorten des Bernsteins und den Abnehmern gab.

Der Newski-Prospekt in Sankt Petersburg

*Es gibt nichts Schöneres als den
Newski-Prospekt, zumindest in
Petersburg.*

Für diese Stadt bedeutet er alles.

N. W. Gogol, „Newski-Prospekt“

Alexej Gorin ist Kulturwissenschaftler und stammt aus Sankt Petersburg. Er unterrichtete einige Jahre am Institut für Slawistik der Universität Greifswald und ist zurzeit Doktorand am dortigen Institut für Philosophie. – Der Autor stellte auch die Vorlagen für die beiden Abbildungen zur Verfügung.

Die Hauptstraßen der Städte gleichen den Flüssen der Zeit. In ihnen spiegelt sich die Geschichte. Die Bewohner, die in ihnen versinken, kommen als andere Menschen aus ihnen hervor. An den Hauptstraßen entstehen Institutionen der Emanzipation, Salons, Cafés, Kneipen, ohne die die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung nicht zu verstehen ist. Es sind insbesondere die Hauptstraßen, die mitunter hinter ihrer Parade- und Sonnenseite eine informelle, von Mythen umwehte Kehrseite verbergen. So wie der Newski-Prospekt, die Hauptmagistrale Sankt Petersburgs.

Eine perspektivlose Perspektive

Es gibt in Sankt Petersburg keine andere Straße, die so genau den Plan Peters I., des Stadtgründers, widerspiegeln würde. Ihr ältester Name „Perspektive“ (im 18. Jahrhundert sollte die Straße Großer Perspektivenweg, Große Newski-Perspektive und Newski-Perspektive heißen) zeigt das: Im Unterschied zu den krummen, zufällig entstandenen Pfaden, die aus dem zukünftigen Zentrum der Stadt zur Nowgoroder Heerstraße führten, die die Stadt mit Moskau verband, war der Prospekt die Frucht eines rationalen Planes, klar und pragmatisch. Eine Gerade ist der kürzeste Weg zwischen zwei Punkten, und die Perspektive gewährt

dem Beobachter den besten Überblick. Peters ganzes Projekt, eine moderne, europäische Stadt in den Sümpfen, im kalten Klima, unter der Drohung ständiger Überschwemmungen, in einem Land mit patriarchalischer Lebensweise und einer starken Orientierung auf „traditionelle Werte“ zu errichten, war ein Projekt, an die Kraft des Verstandes zu glauben, an die Möglichkeit, ungeachtet der natürlichen Gegebenheiten die Idee einer regelmäßigen Stadt zu verwirklichen und den Staat ohne Rücksicht auf den Widerstand bäriger Bojaren-Eliten zu modernisieren. Wahrscheinlich gibt es in der ganzen Welt keine Stadt, die so sehr mit dem perspektivischen Sehen verbunden ist wie Sankt Petersburg. Spaziert man durch die Stadt, öffnen sich an einer Vielzahl von Stellen atemberaubende Blicke nach allen Regeln der perspektivischen Malerei. Die Stadt ist eine Ansammlung verschiedenartiger Meisterstücke aus ganz Europa für die Kunstkammer des Zaren, aber alle sind versammelt in eine einheitliche Ordnung, eine Ordnung freilich, die bei aller Rationalität bereit ist, sich nach dem fremden Leben der Illusionen umzublicken.

Der Fluss der Geschichte

Es fällt nicht sofort ins Auge, dass der „Newski-Prospekt“ einen doppelten kulturologischen Widerspruch darstellt. Die Hauptstraße der Stadt, der Newski-Prospekt, überquert nirgends den Hauptfluss, die Newa! Der Fluss, auf seine Art eine natürliche Straße, ist zugleich gänzlich dem Prospekt, einem von Menschen erbauten Weg, entgegengesetzt. Der Fluss ist tief (die Newa ist der tiefste Fluss in Europa) und unvorhersagbar (der Lauf der Newa kann seine Richtung ändern und über die Ufer treten). Der Prospekt ist in seiner Art ein Versuch, die chaotischen Kräfte der Natur zu beherrschen. Nicht umsonst gibt Peter I. bei der Errichtung des Newski-Prospekts den Befehl, „dieses Flüsschen (die Fontanka) zu unterbrechen“, d. h. einen Staudamm zu errichten. Später wird die Anitschkow-Brücke des Newski-Prospekts über die Fontanka von Pferdefiguren geschmückt, die gebändigt werden – Symbole der eigenwilligen, aber unterdrückten Natur.¹

Man sollte nicht vergessen, dass der Newski-Prospekt nicht nach dem Fluss Newa heißt, sondern nach dem heiligen Alexander Newski, der auf dem Eis des Tschudski-Sees bei Pskow den Deutschen Orden schlug.

¹ Vgl. dazu auch Regina Elsner: Sankt Petersburg – Stadt der Brücken. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 13 (2012), H. 2, S. 150–158.

Den zukünftigen Newski-Prospekt erbauten der Legende nach von der einen Seite Mönche aus dem Alexander-Newski-Kloster und von der anderen Seite, dem wirtschaftlichen Zentrum der Stadt, die Admiralität mit Hilfe gefangener Schweden. Peter waren, bei all seiner Orientierung nach Europa, zweifellos die politische Unabhängigkeit und die Sicherheit der russischen Westgrenzen wichtig. Sankt Petersburg war so nicht nur das Fenster nach Europa, sondern auch der Vorposten, der „dem Schweden drohte“.

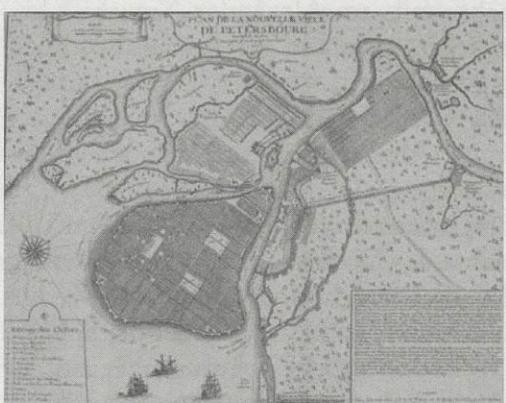
Es wäre jedoch etwas naiv anzunehmen, dass ein solches Projekt so verwirklicht werden könnte, wie es geplant wurde. Die ganze Geschichte der Stadt ist ein intensiver, manchmal tragischer Versuch von Modernisierung, Beschleunigung und Widerstand der Natur, der Gesellschaft, des Unbewussten der Einzelnen (wir erinnern an Puschkins irrsinnigen Jewgeni aus dem „Ehernen Reiter“, an die Figuren Gogols und Dostojewskis). So ist der Newski-Prospekt auch absolut kein Prospekt, d. h. er bildet keine gerade Linie von der Admiralität bis zum Alexander-Newski-Kloster. Sein erster Teil wurde 1715 von der Admiralitätswerft bis zum Bezymjannyj Erik (der heutigen Fontanka) gelegt, schon in den folgenden vier Jahren kam eine Verlängerung bis zum heutigen Platz des Aufstandes hinzu. Besonders viele Probleme bereitete der Straßenabschnitt am Alexander-Newski-Kloster. Bei der Vereinigung mit dem schon gebauten Teil der Straße bildete sich keine Gerade – der Prospekt gelang nicht, er erwies sich als geknickt. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts unternahm man den Versuch, den Newski-Prospekt „geradezubiegen“, doch aus diesen Versuchen entstanden lediglich zwei neue Straßen.

Benannt ist der Prospekt nicht nach dem Fluss Newa, sondern nach dem heiligen Alexander Newski.

„Neben ihm saß Schiller – nicht jener Schiller, der den ‚Wilhelm Tell‘ geschrieben hat und die ‚Geschichte des Dreißigjährigen Krieges‘, sondern der berühmte Schiller, der Blechmachermeister in der Meschtschanskaja-Straße. Neben Schiller stand Hoffmann – nicht der Schriftsteller Hoffmann, sondern der recht ordentliche Schuhmacher aus der Offiziersstraße, ein großer Freund Schillers.“ Diese ironischen Worte Gogols lenken unsere Aufmerksamkeit auf die Rolle, die die Ausländer beim Bau der europäischsten Stadt Russlands spielten. Zugleich weist er darauf hin, dass sich die Erwartungen nicht ganz erfüllt haben. Die Expertise der ausländischen Spezialisten war angefordert worden, aber sie berührte die praktischen Dinge. Der humanitäre Anteil blieb zweitran-

gig. Die aufklärerischen Ideen blieben Spielzeug im absolutistischen russischen Imperium. Die Literatur erblüht in Sankt Petersburg bedeutend später, mit Puschkin, Gogol, Dostojewski, Saltykow-Schtschedrin.

So begeben wir uns in Zeit und Raum über den Newski-Prospekt, von seinem Beginn an. In den ersten Jahren wurde der damalige Newski nur bis zur Mojka gebaut, einem Fluss, der die Südgrenze der Stadt bildete. An der Stelle des Kaufmanns-Hofes, der jetzt die Kauflustigen erfreut, wuchsen Bäume und lebten darüber hinaus Arbeiter, die man aus ihrem Land zum Bau der Stadt hergebracht hatte. Soldaten, die auf der anderen Straßenseite stationiert waren, bauten unter der Leitung ihres Kommandanten Anitschkow (jaja, er war kein Architekt!) 1715 eine Holzbrücke über die Fontanka, direkt dahinter lag der Passierpunkt in die Stadt. Weiter war das Gelände noch nicht erschlossen, nur auf der anderen Seite, beim Alexander-Newski-Kloster, lebten dessen Arbeiter und die Geistlichen. Es erscheint seltsam, dass diese Hauptstraße nur ein so kurzes Stück weit ausgebaut war. Das hing damit zusammen, dass das Stadtzentrum sich damals noch auf der Wassiljewski-Insel befand. Erst als klar wurde, dass dort wegen drohender Überschwemmungen, dem Fehlen fester Brücken und einem ungenügenden Kanalsystem kein Zentrum entstehen konnte, wurde in den 1720er Jahren auch der Newski bebaut und komfortabel angelegt, mit einem Steinpflaster gestaltet und beleuchtet.



Plan der Stadt von 1711

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde die wichtigste Straße der Hauptstadt auch zu einem bedeutenderen Handelszentrum. Der hölzerne Kaufmannshof wurde in Stein gebaut, 1787 entstanden nach dem Entwurf von D. Kwarenga die „Silbernen Reihen“. Im Jahre 1798 wurde zwischen beiden die Perinnaja-Linie erbaut (heute befindet sich dort ein

modernes Einkaufszentrum). Als wichtiges, den Newski-Prospekt dominierendes Gebäude bleibt der mit diesen Handelshäusern korrespondierende Bau des Rathauses mit seinem hohen Turm.

Die perspektivische Straße wurde auch von der Seite des Alexander Newski-Klosters bis zum heutigen Platz des Aufstandes bebaut. Zur Krönung des Umbaus gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde die kleine Kirche „Muttergottes vom Zeichen“ (heute steht an dieser Stelle der Pavillon der Metro). Das Ende der Newski-Perspektive schloss der Platz vor dem Alexander-Newski-Kloster ab. Hier wurde in den 1780er Jahren eine Paradeauffahrt zum Klostergelände geschaffen. Zum Ensemble des Platzes gehörten die Nadwratnaja-Kirche, zwei kleine Wohnhäuser, mit denen der Newski-Prospekt abschließt, und ein ebenerdiges Armenhaus. Auf dem Gelände des Klosters selbst entstand die Hauptkirche, die Dreifaltigkeitskathedrale. Das Alexander-Newski-Kloster wurde zum einzigen sehenswürdigen Gebäude des Newski-Prospekts jenseits der Fontanka. Dieser Teil der Straße war erheblich bescheidener als der Paradeabschnitt von der Admiralität zur Anitschkow-Brücke.

Unter Katharina II. waren der ganze Newski, seine Brücken, die Flussufer, die Bürgersteige mit Granit verkleidet. Der Newski wurde zum Lebenszentrum der Stadt, offen für alle gesellschaftlichen Schichten – eine Straße für die Arbeit und für die Geschäfte, aber auch für die Promenade, auf welcher man die anderen ansehen und sich selbst zeigen konnte.

Besonders das 19. Jahrhundert wird zum goldenen Zeitalter der Architektur Sankt Petersburgs. Die Idee der Regelmäßigkeit und Einheitlichkeit verwandelte sich in die Idee der Ensemble-Architektur, als für die schon bestehenden Gebäude ein neuer Kontext entsteht, in dem sie auch weiter harmonisch existieren konnten. Das Ensemble und nicht die einzelnen Gebäude werden zur Einheit der architektonischen Aussage. Der Klassizismus, der unter Katharina II. entstanden war, erreichte den Höhepunkt seiner Entwicklung eben im 19. Jahrhundert, und das Stadtzentrum wurde zu einer Reihe architektonischer Ensembles, zu denen auch der Newski-Prospekt gehörte. Das Jahrhundert begann mit dem Bau der Kasaner Kathedrale nach dem Entwurf Woronichins, ein Verweis auf den Petersdom in Rom. Gerade mit seinem Bau auf dem Newski-Prospekt entstand eines der ersten städtischen Ensembles in Russland. Ende der 1820er Jahre nahm nach Entwürfen des hervorragenden Städtebauers Rossi das Ensemble des Palaisplatzes Gestalt an. Gerade dank Rossi erhielt Petersburg im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts sein klassisches Antlitz, das die Stadt so

*Das goldene Zeitalter der Architektur
Sankt Petersburgs manifestiert sich im
19. Jahrhundert am Newski-Prospekt.*

berühmt macht. Gegen Mitte des 19. Jahrhunderts wandelte sich der Newski-Prospekt zu einer der schönsten und auf's Beste eingerichteten Straßen der Welt.

Zu der Zeit war der Newski heimeliger als heute: Zu Beginn des 19. Jahrhunderts verlief in der Mitte des Prospektes eine grüne Fußgängerzone, aber 1819 versetzte man die Bäume an den Randstreifen. Einer Modernisierung unterzog man auch die Brücken des Newski-Prospekts. Die hölzerne Brücke über die Mojka (Grüne Brücke) wurde 1806 nach einem Entwurf von Geste umgebaut, hier verwandte man erstmalig Metallkonstruktionen. Zugleich mit dem Bau der Kasaner Kathedrale wurde die Brücke über den Jekaterinski-Kanal verbreitert. Dieser war über 90 Meter breit, und heute ist sie eine der breitesten Brücken nicht nur in Petersburg, sondern in ganz Europa. 1841 bekam die Anitschkowbrücke ihre Pferde und ihre Dompteure.

„Prächtige Stadt, armselige Stadt“, schrieb Puschkin. Selbst bis heute kann man sehen, dass der Newski-Prospekt eben in diese zwei Teile geteilt ist. Der erste – von der Admiralität bis zur Anitschkowbrücke – ist prunkvoll und reich: bedeutende Architekturdenkmäler, Fußgängerstraßen und begrünte Promenaden. In diesem Teil kreuzt der Newski die drei Haupt-Wasserarterien der Stadt. Aber er setzte sich mit einem wenn nicht „armen“, so doch wenigstens bescheidenen Teil fort. Sogar das Straßenzugpflaster war hier nicht „parkettmäßig“, sondern bestand aus Kopfsteinpflaster. An der Kreuzung des Newski- und des Wladimirski-Prospekts war der Sammelplatz, an dem die armen Lohnarbeiter nach einer Tagesbeschäftigung suchten.

Die Eröffnung der Eisenbahn 1851, die Petersburg und Moskau verband, führte zum Bau des Moskauer Bahnhofs und so zum Ausbau des Vorplatzes. Gegenüber dem Bahnhof wurde das Gebäude des Hotels „Oktober“ errichtet, das das ganze Viertel einnahm. Zwei andere Seiten des Platzes wurden ebenso mit Mietshäusern und Gaststätten bebaut. 1890 verlegte man den Ligowskikanal in eine Röhre unter die Erde. 1909 wurde in der Mitte des Platzes des Aufstandes das Reiterdenkmal Alexanders III. enthüllt.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sieht der Newski-Prospekt bereits so aus, wie wir ihn jetzt kennen. Es wurden die Gebäude großer Gesellschaften errichtet, Aktiengesellschaften und eine moderne Bank. Die Gebäude, die man in diesem Stil errichtete, sind leicht zu erkennen: das Haus der Singer-Gesellschaft, das Warenhaus der Kaufleute Jelisejew, das Warenhaus Mertens. Der Newski-Prospekt wurde zum Zentrum des

kapitalistischen Petersburg und blieb immer noch eine Stätte der Pracht und des Luxus. Hier befanden sich unzählige Klubs, „Gesellschaften“ und „Versammlungen“ der geschlossenen Art, Institute geschäftlicher Transaktionen und der Emanzipation.

Der Newski war die Haupt-Transportarterie. Seit den 1840er Jahren gingen über den Newski die ersten öffentlichen Kutschen, Omnibusse, die bis zum Ersten Weltkrieg existierten. Bald gab es einen komfortableren Transport, die Pferdeeisenbahn, „Konka“ genannt. Das Fahren auf den Gleisen erhöhte die Geschwindigkeit der Fortbewegung. Die erste Strecke der „Konka“ im Jahre 1863 führte vom Platz des Aufstandes über den Newski-Prospekt bis zum Zünglein der Wasilewski-Insel. 1907 fuhren über den Newski-Prospekt die ersten städtischen Straßenbahnen, und etwa zur selben Zeit kamen die ersten Projekte einer unterirdischen Eisenbahn auf, die unter dem Newski-Prospekt verlaufen sollte. Die erste Metro kam jedoch erst 1955 nach Leningrad/Sankt Petersburg. 1936 begann der erste städtische Oberleitungsbus seine fahrplanmäßigen Fahrten, ein neues Transportmittel, das man als „gleislose Straßenbahn“ bezeichnete.

Vom 8. September 1941 bis zum 27. Januar 1944 befand sich die Stadt im Blockadering. Sie wurde täglich von Süden aus beschossen, von der Seite der Pulkower Höhen, darum war gerade die Sonnenseite des Prospektes am meisten verwundbar. Heute erinnern Spuren des Bombardements an den Krieg, die man auf einem der Postamente der Anitschkow-Brücke sorgfältig bewahrt.

Die erste Metrostation auf dem Newski-Prospekt, die Station „Platz des Aufstandes“, wurde 1955 eröffnet und bildete die Endstation der ersten Gleisverbindung vom Platz des Aufstandes nach Awtowo. Der oberirdische, im Stil des Stalin-Empire gestaltete Stationspavillon befindet sich auch heute an der Stelle der früheren Kirche. Am 1. Juli 1963 wurde die Metro-Station „Newski-Prospekt“ eröffnet, sie gehört zur Moskau-Petrograder Linie. Historisch ist das die zweite Linie der Petersburger Metro. Im Jahre 2011 eröffnete man die Metrostation „Admiralität“, die an der Kleinen Meeresstraße neben dem Newski-Prospekt gelegen ist. Sie wurde zur tiefstgelegenen U-Bahn-Station der Welt.

Der Newski-Prospekt – die Kommunikation Petersburgs

Jeder, der zum ersten Mal auf den Newski-Prospekt gerät, bemerkt die für Sankt Petersburg ungewöhnliche Dynamik: Der Menschenstrom

lässt nicht zu, dass man den Schritt verlangsamt. Kann man jetzt so entspannt den Newski entlangschlendern, wie Gogol das beschrieb? – Unmöglich! Es sei denn in den weißen Nächten, am frühen Morgen. Aber auch dann begegnet man Fußgängern, die schon den herabgelassenen Brücken oder der gerade geöffneten Metro entgegen eilen. Der Newski-Prospekt ist die fleischgewordene Idee der Beschleunigung, der Zielstrebigkeit. Und zur selben Zeit kann man in einem beliebigen Augenblick diesen eindimensionalen Fluss der Zeit verlassen, in einem Café halmachen, wo man die schnelle Strömung von außen beobachtet, „*sub specie aeternitatis*“, und schon ist das Ziel aus dem Blick geraten. Eine bereits von Gogol angemerkte Besonderheit: „Hier kann



Szene auf dem Prospekt im Juli 2014

der Bewohner der Petersburger oder der Wyborger Seite, der einige Jahre nicht mehr bei seinem Freund auf den Peski oder beim Moskauer Stadttor gewesen ist, sicher sein, dass er ihm unfehlbar begegnet.“

„Man betritt kaum den Newski-Prospekt, da riecht es schon nach einem einzigen Schlendern. Man kann irgendeine notwendige, unumgängliche Sache zu erledigen haben, aber sobald man ihn betreten hat, vergisst man ganz sicher jeden Plan.“

Es gibt jedoch auch eine andere Seite des Newski, seiner Geschichte, die noch auf ihren anthropologisch orientierten Chronisten wartet: die Geschichte des Newski-Prospektes als eine Geschichte der Emanzipation und ihrer Institutionen. Diese wenig erforschte Seite der Kommunikation sollte aufdecken, welche Rolle die Salons, die Kaffeehäuser, wie sie in dieser Reichhaltigkeit auf dem Newski im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung gab, bei der Emanzipation der Individuen in den Nischen spielten, die vor der Macht versteckt waren, in denen die freie Selbstverwirklichung möglich war, Diskussionen, Meinungsaustausch, die Vielfalt von Perspektiven, aus denen sich eine neue Sicht herausbildet, die Formung neuer Gruppen von Gleichgesinnten.

So werden Spelunken und Kaffeehäuser zu legitimen Plätzen des Lebensraums eines Publikums, das einen vernünftigen Gedanken ausarbeitet und die Werte des Lebens verteidigt. In ihnen bilden sich die effektiven Gegengewichte der Macht, und das nicht nur in der Form von Kritik der offiziellen Ideologie, der Beratung angenommener Gesetze, sondern auch in Form von Scherzen, Anekdoten, Humor, die die von der Macht für sich beanspruchte Ernsthaftigkeit neutralisieren. In dieser Geschichte der Emanzipation und ihrer Institutionen des Newski könnte man manch anderes, nicht petrinisches Modernisierungs- und Aufklärungsprojekt von oben, sondern eher nach Habermas eines von unten finden, in der Geschichte der Salons, Kaffeehäuser und Bars. Für die Menschen, die daran teilnehmen, ist das nicht einmal ein Projekt, weil es chaotisch erscheint, es ist selbstorganisiert, vergleichbar den krummen Trampelpfaden, die sich hier an der Stelle des zukünftigen Prospektes befunden hatten. Das ist nicht die gerade Perspektive, sondern die nicht-euklidische Geometrie der „irregulären“ Fortbewegung der Menschen, ihrer Kommunikation und des Austausches, in gewissem Grade den Marktbedingungen ähnlich, die ihre grelle Spur in der Architektur des Newski hinterlassen haben. Alles dies erlaubt es, das Irrationale nicht zu verdrängen, sondern es zu kondensieren, die Phantasien und Wünsche, sie im Wort zu verwirklichen, so, wie es Gogol tat. In dieser Kommunikation häuft sich das Potenzial für den gesellschaftlichen Wandel.

Ich muss an die ersten *flashmobs* und Demonstrationen auf der großen Konjuschennaja-Straße zu Zeiten Medwedjews und Putins denken, ganz nah am Gogol-Denkmal, wo dieser seinen Newski-Prospekt aus einer gewissen Entfernung betrachtet.

Aus dem Russischen übersetzt von Friedemann Kluge.

Der Newski-Prospekt, bereits von Peter dem Großen geplant, entwickelte sich zur Haupt- und Prachtstraße Sankt Petersburgs. Er durchzieht, gesäumt von zahlreichen historischen Bauwerken, die Innenstadt der Newa-Metropole in einer Länge von 4,5 Kilometern.

Architektur in der DDR oder Architektur der DDR?

Eine Spurenlese am Beispiel der Stalinallee in Berlin

Prof. Dr. Jörn Düwel ist Professor für Geschichte und Theorie der Architektur an der HafenCity Universität Hamburg. Bei ihm liegen auch die Rechte für die beiden Abbildungen innerhalb des Beitrags.

Die großflächigen Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs boten den Architekten in ganz Europa ein breites Arbeitsfeld. In Berlin kamen zunächst Überlegungen zur Schaffung einer offenen Stadtlandschaft zum Tragen, die jedoch mit der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes durch Vorstellungen einer Monumentalarchitektur Konkurrenz erhielten, für die die Stalinallee in Ostberlin zum Musterbeispiel geworden ist. Der Beitrag blickt zurück auf die Entwicklung und das Selbstverständnis der Bauentwicklung in der DDR und zeichnet kurz die Geschichte der Stalinallee nach.

„In den Farben der DDR“

„Architektur in den Farben der DDR“. So überschrieb im Herbst 1989 die einzige Fachzeitschrift für Architektur in der DDR ihre Bilanz zum 40. Jahrestag des Arbeiter-und-Bauern-Staates. Naturgemäß war der Rückblick auf vier Jahrzehnte sozialistische Entwicklung ein Loblied auf die führende Rolle der SED, geprägt vom Stolz auf das Erreichte bei der so genannten sozialistischen Umgestaltung der Dörfer und Städte. Erstaunlicherweise war zum runden Jubiläum gerade nicht die architektonische Gestaltung hervorgehoben worden, sondern die „Produktionsweise“ von Architektur und Stadt. Diese Eigenschaft war tatsächlich einmalig in der deutschen Geschichte. Mit Gründung der DDR entstand als Ergebnis der von der Staatsführung getroffenen legislativen Maßnahmen das neue urbanistische und architektonische Modell, das in seinen Grundzügen auch bis zu deren Ende unverändert blieb. Das wichtigste war die Möglichkeit der Verstaatlichung von Grund und Boden, da

so die Rahmenbedingungen für eine neue Stadtplanung geschaffen wurden. Dieser Umstand, die „Befreiung vom kapitalistischen Profitstreben“, war als entscheidendes Wesensmerkmal sozialistischen Bauens gewürdigt worden.

Trotz großer Anstrengungen konnte es jedoch nicht gelingen, Architektur und Städtebau in vier Jahrzehnten als eine stringente Geschichte zu präsentieren. „Architektur in den Farben der DDR“ nahm Rücksicht auf die durchaus unterschiedlichen Phasen und Wendungen im Bauen. Freilich handelt es sich auch bei dieser Formulierung um keinen spontanen journalistischen Einfall, die Wortwahl entsprach eher einer geradezu amtlichen Verlautbarung. Ihre Ursprünge hatte sie in einer Wagenburgmentalität. Galt Jahrzehntelang, „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“, so rückte die SED-Führung Mitte der achtziger Jahre vom zuvor sakrosankten Vorbild ab, weil die Genossen in Moskau mittlerweile über notwendige Reformen diskutierten. Die ehemals unverbrüchliche sozialistische Gemeinsamkeit war aufgebraucht, die DDR versuchte, Eigenständigkeit zu demonstrieren.

Völlig unbeabsichtigt konnte das Jubiläumsheft bei seinem Erscheinen bereits als eigener Nachruf auf den sich auflösenden Staat gelesen werden. In der offiziellen Lesart blickte man auf eine beispiellose Erfolgsgeschichte zurück. Kritik oder gar Hinweise auf bestehende Mängel hatten seinerzeit nicht veröffentlicht werden können. Maßgebliche Akteure, bedeutsame Ereignisse und politische Zäsuren fanden seinerzeit nicht einmal Erwähnung. Insofern ist es nicht überraschend, dass sich die Sicht auf Architektur und Stadt in der DDR mit größerem zeitlichem Abstand zum sozialistischen Staat erheblich verändert hat. In den letzten beiden Jahrzehnten ist eine Reihe von Studien erschienen, die die wechselvolle Geschichte von Architektur und Stadt in der DDR umfassend analysieren. Im Folgenden sollen wichtige Stationen in ihrer Chronologie skizziert werden.

Stadtentwicklungsmodelle nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges waren sich die meisten Architekten und Planer in Deutschland einig: Sie wollten die Zerstörung als Chance sehen und die „mechanische Auflockerung“ durch Bombenangriffe nun mit zivilen Mitteln fortsetzen, mit der Absicht, die industrielle Großstadt mit ihren Mietskasernen, Hinterhöfen und Korridorstraßen in eine weiträumig offene Stadtlandschaft umzuformen. Zu diesem Ziel gab es

zunächst kaum abweichende Meinungen. „A disaster, but an opportunity“, hatte Winston Churchill angesichts der Folgen deutscher Luftangriffe auf England lapidar festgestellt. Und von London bis Warschau wurden entsprechende Pläne zur Auflockerung der Bebauungsdichte und zur Gliederung in überschaubare „Nachbarschaften“ entworfen. Damit schien in Europa nach einem halben Jahrhundert unvollendeter Reformbestrebungen endlich die Chance gegeben, zumindest einige jener Gedanken Wirklichkeit werden zu lassen, die Ebenezer Howard schon 1898 zur Abkehr vom expansiven Städtewachstum in seiner vielbeachteten Schrift „Tomorrow. A Peaceful Path of Real Reform“ dargelegt hatte.

Seit Beginn des Jahrhunderts war der Gedanke der *Gartenstadt* auch international verbreitet. Von ihm waren wesentliche Impulse zur Reform des Städtebaus ausgegangen. Doch erst mit dem Ende des Ersten Weltkriegs, mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und einer verkrusteten Gesellschaftsordnung schien die radikale Verwirklichung einer zuvor noch utopisch erscheinenden Vision neuer Siedlungsformen in grünen Landschaften möglich. „Laßt sie zusammenfallen, die gebauten Gemeinheiten“, hatte Bruno Taut 1920 in seinem Pamphlet „Die Auflösung der Städte“ gefordert, denn: „Steinhäuser machen Steinherzen.“ In Kontrast zur akademisch tradierten Stadtbaukunst und ihrer monumentalen Architekturkonzeption, die im Zuge politischer Polarisation am Ende der zwanziger Jahre im Gegenzug zum Neuen Bauen moderner Architekten wieder an Bedeutung gewonnen hatte, blieb die Idee der Gartenstadt weiterhin aktuell. Demonstrativ knüpften deutsche Architekten nach Kriegsende an diese Vorstellungen an, um die suggestiven Bilder von der Architektur im Nationalsozialismus zu verdrängen. „Was blieb, nachdem Bombenangriff und Endkampf eine mechanische Auflockerung vollzogen, gibt uns die Möglichkeit, eine Stadtlandschaft zu gestalten, in der aus Niedrigem und Hohem, Engem und Weitem eine neue lebendige Ordnung wird.“¹ Mit diesen Worten erläuterte 1946 Hans Scharoun jenen Plan, der seit Kriegsende vom Berliner Planungskollektiv erarbeitet wurde. Dieser so genannte „Kollektivplan“ sah eine weiträumig aufgelockerte Siedlungsstruktur vor, die entlang einer neu geschaffenen Flusslandschaft im Urstromtal der Spree nachbarschaftlich überschaubare „Wohnzellen“ mit Arbeitsplätzen in Industrie- und Gewerbebereichen verband. Als exemplarisches Beispiel diente die Wohn-

¹ Hans Scharoun: Berlin baut auf! In: Bauplanung und Bautechnik. H. 8/1946.

zelle Friedrichshain, in lockerer Anordnung einem Grüngürtel eingefügt und deutlich abgerückt von der als Schnellstraße ausgebauten Frankfurter Allee im Norden, die ungefähr zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Modells im Dezember 1949, zum 70. Geburtstag Stalins, in Stalinallee umbenannt wurde.

Planung einer neuen „Stadtkrone“ für Berlin

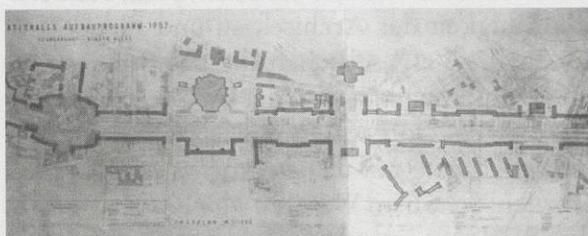
In den vier Jahren, in denen der Kollektivplan bearbeitet und die Wohnzelle Friedrichshain entworfen wurde, hatten sich die weltpolitischen Konstellationen allerdings grundlegend verändert. Zwischen den Fronten des Kalten Krieges scheiterte nicht nur der Kollektivplan, sondern die bis dahin überwiegende Einigkeit der Architekten und Planer. Im Westen konnten die Pläne, die die Vergesellschaftung des Bodens voraussetzten, als sozialistische Utopie abgetan werden. Im Osten dagegen galten sie als reformistischer Irrweg. Dort waren mittlerweile auch Architektur und Stadtplanung schlagartig auf die Dogmen stalinistischer Kulturpolitik umgestellt worden. Schon im Winter 1949/1950 hatte sich Walter Ulbricht entsprechend der sowjetischen Doktrin entschlossen, von den noch gesamtstädtisch angelegten Aufbauplänen abzurücken und stattdessen durch monumentale Architekturen aus dem Formenrepertoire nationaler Bautraditionen in der neuen Hauptstadt einen gebauten Appell zu schaffen: die „Stadtkrone“ Berlins als Identifikationsobjekt für alle Deutschen.

Bereits im Dezember 1949 war während der Reise Ulrichts zu Stalins 70. Geburtstag festgelegt worden, dass die zerstörte Reichshauptstadt wieder als prachtvolle Metropole auferstehen sollte, als steinerne Stadt mit breiten Boulevards und festlichen Plätzen, mit herrschaftlichen Fassaden und Einzelbauten im Stile nationaler Bautraditionen – in schroffer Absage an den im Westen inzwischen programmatisch verbreiteten Gedanken der Stadtlandschaft.

Nach ersten Entwürfen zur Mitte Berlins war die zu Stalins Geburtstag umbenannte Magistrale als Experimentierfeld der neuen Baukultur auseinander, was zwangsläufig zum Konflikt mit den bereits vorliegenden Plänen führte. Um in dieser Situation nun ihre Ideen für ein künftiges Berlin am Vorbild der Neugestaltung Moskaus zu schulen und zugleich westlichen Planungsideal aus dem Erbe der Großstadtkritik und Gar-

Berlin sollte nicht als Stadtlandschaft, sondern mit Boulevards und festlichen Plätzen wiederstehen.

tenstadtbewegung abzuschwören, war Anfang 1950 eine Delegation von Architekten und Baufunktionären zu einer Studienreise nach Moskau gefahren. Nachdrücklich forderten die sowjetischen Gesprächspartner ihre deutschen Kollegen zur Absage an das Konzept der Stadtlandschaft, zum Verzicht auf die Auflösung der überkommenen Stadtstrukturen auf. Unzweideutig heißt es zur künftigen Struktur Berlin: „Wir sind für monumentale Bauten, in denen sich der Bauwillen und das Wollen der Bevölkerung ausdrücken.“ Damit ist auch der Kollektivplan abgelehnt: „In Berlin hat man bei der Planung der Wohnzellen das amerikanisch-englische Prinzip zugrunde gelegt. Hier wird der Mensch vom Ganzen isoliert und dem politischen Leben entfremdet.“²



Plan der Stalinallee (1952)

Entsprechend der Nationalitätenpolitik Stalins, in der die Unterwerfung der Völker unter die zentrale Herrschaft durch den Schein kultureller Autonomie ästhetisch kompensiert wird, werden auch die deutschen Architekten in Moskau auf eine „kritische Aneignung und Weiterentwicklung“ ihrer nationalen Bautraditionen verpflichtet, in Abkehr von allen Vorstellungen einer international gültigen Formensprache moderner Architektur. Unter dem sibyllinischen Motto „sozialistisch im Inhalt, national in der Form“ werden die Delegationsteilnehmer zum unversöhnlichen Kampf gegen „Formalismus“ und „Kosmopolitismus“ aufgefordert. Mit dieser Verpflichtung wurde der deutschlandpolitischen Option Stalins auf eine spätere Einheit des Landes in Abgrenzung zu den Westmächten Nachdruck verliehen.

Mit offenbar grenzenloser Bewunderung, doch blind für die Analogien der totalitären Stadt-Inszenierungen von Hitler und Stalin, lassen sich die deutschen Architekten in Moskau Grundsätze des Städtebaus

² Auszüge aus den Dokumenten der Reise nach Moskau u.a. in: Jörn Düwel, Werner Durth, Niels Gutschow: Architektur und Städtebau der DDR. Die frühen Jahre. Berlin 2004.

diktieren, die nach ihrer Rückkehr als wörtlich übernommenes Regelwerk sogar Gesetzeskraft erlangen. Die „Sechzehn Grundsätze des Städtebaus“ sind als Bekenntnis zur kompakten Stadt formuliert und von der DDR als Gegen-Charta zu der im Westen verbreiteten „Charta von Athen“³ propagiert worden. Während im Westen die Auflösung des geschlossenen Stadtraums durch Zeilenbauten und die asymmetrischen Verschwenkungen im, wie es nun heißt, „fließenden Raum“ der Stadtlandschaft die Leitbilder des Wiederaufbaus prägen, werden im Osten – und nicht nur in Deutschland – wieder architektonisch geschlossene Magistralen mit steinernen Wänden und Platzanlagen entworfen. In einer klaren Hierarchie öffentlicher Räume führt als Pendant zur historischen Achse in jeder Stadt der DDR die neue Hauptstraße, flankiert von herrschaftlichen „Wohnpalästen“, an denen wie in einem Musterbuch klassische Kompositionsschemata durchgespielt werden.



Blick auf die Stalinallee und den Strausberger Platz (1953)

Das „Nationale Aufbauwerk“ der DDR

Im Rahmen des „Nationalen Aufbauwerks“ begann nun die umfassende Neuordnung der Stadtzentren in Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Rostock und einigen weiteren Städten. Innerhalb weniger Jahre entstanden in populistischer Adaption historischer Bauformen größere Ensembles wie die Berliner Stalinallee oder der Dresdner Altmarkt, die bis heute stadtbildprägend geblieben sind. Die an die Gotik angelehnten Giebelhäuser in Rostocks Langer Straße und die Leipziger Ringbebauung am Rossmarkt in einem fiktiven Klassizismus sind nur einige weitere beispielhaft genannte Versuche, durch Rekurs auf regionale Traditionen das „nationale Erbe“ lokal zu differenzieren. Die Formen von Architek-

³ Die „Charta von Athen“ aus dem Jahr 1933 umfasste Überlegungen zur Neugestaltung der Städte in Reaktion auf das ungebremste Wachstum seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit Herausbildung oft menschenunwürdiger Wohnquartiere („Mietskasernen“). Auf ihr beruhen u. a. Vorstellungen von „aufgelockerter Stadt“ und „Stadtlandschaft“ (Anmerkung d. Redaktion).

tur und Stadt waren in der DDR von Anfang an politisch instrumentalisiert worden. Wiederholte sprach Ulbricht vom „Kasernenstil“ Hitlers, der nun in den imperialistischen „Eierkisten“ – gemeint waren schlichte Neubauten im Westen Deutschlands – seine Fortsetzung finde. Mit konträren Bildern werden die Entwicklungslinien der Architektur in beiden deutschen Staaten über fast ein Jahrzehnt reflexhaft aufeinander bezogen sein, in zwanghafter Abgrenzung von den im anderen Deutschland jeweils gültigen kulturpolitischen Prämissen.

Von Anfang an waren die Formen von Architektur und Stadt in der DDR politisch instrumentalisiert worden.

Gleichzeitig aber werden mit dieser Betonung der kulturellen Eigenständigkeit einer nationalen Architektur dringende Appelle an die Architekten im Westen gerichtet, deren Ar-

beiten aufmerksam wahrgenommen, kommentiert und ebenfalls vor dem Hintergrund einer „patriotischen Pflicht“ zur Wahrung des nationalen Erbes beurteilt werden. So fand der im Westen kaum beachtete historisierende Wiederaufbau Freudenstadts im Schwarzwald in der DDR höchstes Lob. Die Modernisierung der Städte im Westen galt hingegen als Verrat an der deutschen Kultur. Plakativ wurden vermeintliche Fehlentwicklungen angeprangert und grenzüberschreitender Kritik unterzogen. In scharfer Form polemisierte beispielsweise der Vizepräsident der Deutschen Bauakademie gegen die „Amerikanisierung des Stadtbildes von Frankfurt am Main“.

Neue Wege der Architektur in der Sowjetunion und in der DDR

Unterdessen gelangte in Moskau nach Stalins Tod Nikita Chruschtschow in die zentrale Führungsposition. Eine wichtige Station im Aufstieg Chruschtschows war die Allunionskonferenz der Bauschaffenden im Dezember 1954 in Moskau. Zum ersten Mal für die DDR-Führung völlig überraschend kritisierte er die Kulturpolitik der Stalin-Ära scharf, da hier „unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Konstruktivismus“ fahrlässig Unsummen staatlicher Mittel vergeudet worden seien. In seinem Leitreferat geißelte Chruschtschow das „Überflüssige“, die „formalistischen Verzerrungen und den Konservatismus in der Architektur“.⁴

⁴ Die Rede von Nikita Chruschtschow auf der Allunionskonferenz der Bauschaffenden im Dezember 1954 wurde umgehend ins Deutsche übersetzt und zirkulierte noch im

In schroffer Wendung gegen die Baukunst der Stalinzeit wurde auf der Allunionskonferenz unumwunden vom „Kulissenzauber“ gesprochen: „Die Fassaden werden mit Säulen und Ziergiebeln ausgestattet, die Durchfahrten werden in der Art römischer Triumphbögen gestaltet; es werden Raumvolumen geschaffen, die in keiner Beziehung zur praktischen Notwendigkeit stehen“. Ferner hieß es, „eine solche, auf Paradiesen und äußere Effekte ausgerichtete Praxis haben wir auch im Städtebau. Der Kult der unikalen Architektur, ihre Erhebung über das ‚simple‘ Massenbauwesen, das Geringschätzen des Massenwohnungsbaus, haben zur Vernachlässigung der Typenprojektierung geführt.“⁵

Damit war die neue Richtung gewiesen. Unter der Losung „Besser, billiger und schneller bauen!“ wurde mit nur wenigen Wochen Verzögerung die radikale Wendung im Bauen der Sowjetunion zum Jahresanfang 1955 auch in der DDR vollzogen. Schlagartig wurden Standardisierung und Typenprojektierung vorangetrieben. Waren soeben noch die stalinischen Forderungen zur Belebung nationaler Traditionen propagiert worden, ging es nun ausschließlich um die forcierte Industrialisierung des Bauens. Die ideologische Legitimation sicherte eine im Frühjahr 1955 eilig vorbereitete Baukonferenz. Die Aufgabe war dem Architekten Gerhard Kosel übertragen worden, der als Emigrant erst mit diesem Auftrag aus Moskau in die DDR zurückgekehrt war. „Das industrielle Bauen“, verkündete er, keinen Widerspruch duldet, „erheischt die massenweise Produktion von Typenbauelementen, z. B. von Wandplatten, Deckenbalken, Treppenläufen, Dachbindern, Fenstern und Türen, Installationskernen in stationären Werken der Baustoffindustrie. Diese massenweise Produktion von Bauelementen kann nur dann stattfinden, wenn ein entsprechender Bedarf an einheitlichen Bauelementen gewährleistet ist. Die Baustellen der DDR müssen, um die Massenproduktion zu sichern, einheitliche Elemente systematisch verwenden ... Das industrielle Bauen bedeutet die Umwandlung der Baustellen in Montageplätze.“⁶

Dezember 1954 in der DDR-Führung. Öffentlich bekannt gemacht wurde die Rede allerdings erst im April 1955 in der Zeitschrift „Presse der Sowjetunion“, die in Berlin herausgegeben wurde.

5 Reden auf der Allunionskonferenz der Bauschaffenden, Moskau 1954, in den Archivalien der Deutschen Bauakademie, Sign. A 81, heute aufbewahrt im Berliner Bundesarchiv.

6 Gerhard Kosel: Über die Methode der Typenprojektierung. Manuskript. In: Nachlass Gerhard Kosel, Berlin.

Anstelle der völlig denunzierten „Baukunst“ beherrschten fortan vorrangig ökonomische Kennziffern das Bauen. Von der städtebaulichen Großform über die soziale Infrastruktur bis zum Mobiliar der einzelnen Wohnungen sind die gegenständlichen Elemente zur Gestaltung der sozialistischen Lebensweise in vereinheitlichten Rastermaßen festgelegt worden. Wie auch in anderen Ländern Europas galten die hellen Wohnungen mit hohem Komfort in den Großwohnanlagen am Rand der Städte als zukunftsweisende Alternative zum überkommenen Altbaubestand in den Zentren, der bis in die siebziger Jahre – auch im Westen Deutschlands – weitgehend dem Verfall überlassen blieb.

Seit Mitte der fünfziger Jahre beherrschten anstelle der völlig denunzierten „Baukunst“ vorrangig ökonomische Kennziffern das Bauen.

produktion der Plattenbaukombinate und durch den drastischen Rückgang des zur Bestandserhaltung erforderlichen Bauhandwerks war eine Verschlechterung der Wohnverhältnisse in den innerstädtischen Altbauquartieren programmiert. Während ab 1975 in den westdeutschen Städten die behutsame Stadterneuerung begann, nahm in der DDR die Diskrepanz zwischen den Lebensverhältnissen in den systematisch vernachlässigten und den neu gebauten Quartieren zu. Während nun im Westen die regionalen Bautraditionen wiederauflebten, breitete sich in der DDR eine uniforme Modernität aus, die im ersten Jahrzehnt nach ihrer Gründung noch als „kosmopolitische“ Ächtung der regionalen Vielfalt deutscher Baukultur gegolten hatte.

Nach langwierigen Vorplanungen begannen im Februar 1952 die Bauarbeiten an der Stalinallee zur „Ersten sozialistischen Straße Deutschlands“, die bis 1957 zwischen Strausberger Platz und Frankfurter Tor im Wesentlichen fertiggestellt war. Die ursprünglich geplante Verlängerung des Straßenzuges zum Alexanderplatz kam zwar zustande, folgte jedoch völlig anderen städtebaulichen und architektonischen Vorstellungen. Nach 1959 wurde dieser zweite Bauabschnitt der Stalinallee – kurz darauf umbenannt in Karl-Marx-Allee – nach den Prinzipien der Industrialisierung und Standardisierung in Großtafelbauweise errichtet.

Die Via regia: Eine Reise durch Europa

Dr. Katarzyna Zinnow, 1974 in Legnica/Niederschlesien geboren, studierte und promovierte an der Universität Wrocław. Heute lebt sie in Görlitz als freiberufliche Kunsthistorikerin. Sie stellte auch die Abbildung im Beitrag zur Verfügung.

Der Beitrag ist eine Annäherung an die Historie der alten Handels- und Kommunikationsverbindung *Via regia*. Die jahrhundertlange Geschichte der Verkehrsader, ihre Dauer, aber auch ihr Wandel prägten die Kulturlandschaft Mitteleuropas. In der Geschichte der *Via regia* vom Mittelalter bis in die Gegenwart spiegeln sich verschiedene Motive des Unterwegsseins wider: Zweckmäßigkeit, Abenteuerlust, Touristik, Spiritualität, Nostalgie. Materielle Relikte des Wegs, ob in der urbanen Struktur der damaligen Handelsmetropolen oder in der Streckenführung erhalten, zeugen von der vielfältigen Bedeutung des Wegs und sind eine Einladung zur Entdeckungsreise.

I.

Der Name der historischen Fernhandelsstraße, welche die Kulturlandschaft des alten Kontinents geprägt hat, ist auf den heutigen Landkarten und Wegweisern kaum mehr auffindbar. Die Verkehrsader Ost-West, die das östliche Europa mit dem Westen verband, wurde im Mittelalter *Via regia* („Königsweg“), in der frühen Neuzeit „Hohe Straße“ genannt und ist nur auf alten mitteleuropäischen Karten unter diesem Namen verzeichnet. Die Hauptroute führte von Leipzig über Breslau nach Krakau und weiter nach Lemberg.¹ Sie bildete ein Rückgrat im dichten Wegenetz Europas, nördlich des Mittelgebirgskamms, weit von schiffbaren Flüssen entfernt. Es kam zum Austausch von materiellen und geistigen Gütern, welche in hoch beladenen Frachtwagen und Kutschen, im Reisegepäck sowie in Händen und Köpfen stattfand, also das, was man

1 Vgl. dazu die Skizze auf S. 162 in diesem Heft.

heute Kunst- und Kulturtransfer nennt. Reiche Kaufmannschaft und Fuhrwerke reisten auf der Königsstraße, tage- und wochenlang unterwegs; ebenso bewegten sich auf ihr Könige und Bettler, Studenten und Vaganten, Pilger und Gesellen zwischen damaligen Metropolen und Warenumschlagsplätzen.

Zugleich wurde die *Via regia* Schauplatz der Durchmärsche von Armen, vor allem während des Dreißigjährigen Krieges und in den napoleonischen Zeiten; schließlich war sie auch Fluchtweg für religiös Verfolgte und Verfemte. Tage- und wochenlange Strapazen der Reisegesellschaft, Trubel der Marktplätze und Raubritter gehörten zum Leben der Straße. Mit dem industriellen Zeitalter, der Erfindung der Dampfmaschine, der Eisenbahn und des Telegrafen wurde diese seit Jahrhunderten bestimmte Ordnung verändert. In den 1840er Jahren gab es in Europa nahezu kein Land ohne Eisenbahnlinie mehr. Schneller als mit der Kutsche, zuverlässiger und sicherer als auf der „Hohen Straße“ – diese Eigenschaften moderner Kommunikationsmittel auf der nun anders gesetzten Schlagader von Handel und Wandel wurden Fundament ihrer internationalen Bedeutung. Ist der historische Transitweg wirklich nicht mehr erkennbar?

II.

Der Name *Via regia*, Königsstraße, also „im königlichen Schutz stehend“, wurde schriftlich zum ersten Mal in einer Urkunde aus dem 13. Jahrhundert erwähnt und im Laufe der Zeit von Königen, Herzögen und anderen Landesherren wiederholt bestätigt. Zu ihren „goldenzen Zeiten“ tauchte sie auf den Karten jedoch kaum auf. Für die Kartografen des

Der Name Via regia erscheint erstmals in einer Urkunde des 13. Jahrhunderts.

Mittelalters und der frühen Neuzeit schienen offenbar feststehende Elemente der Landschaft bedeutender zu sein, also Gebirge, Wälder und Flüsse sowie Städte, Burgen und Klöster. Wegmarken und Distanzsäulen gab es selten. In erster Linie zählte die Reiseerfahrung. Die abgenutzte Oberfläche des Weges und das Gedränge unterwegs im Rhythmus des Jahrmarktskalenders bestätigten den richtigen Straßenverlauf.

Zu Fuß wanderten die Armen, Studenten, Gesellen, auch Pilger, welche zu berühmten Sanktuarien und Gnadenorten zogen. Reisen – obwohl lästig – fanden allgemein statt. Mangelnde Sicherheit wie Raub-

ritterüberfälle auf kaufmännische Karawanen gehörten zu den Finsternissen des Mittelalters und wurden oft genug Wirklichkeit. Kosten und Beschwernis des Reisens, widerrechtliche Zollgebühren und Jammern über den Zustand des Weges waren ein ewiges Klagelied und Standardthema der Reisegesellschaften.

Heute sichtbarer zu finden als der Verlauf der Straße in den historischen Atlanten sind städtebauliche Auffälligkeiten als materielle Relikte in den urbanen Strukturen. Die im 12. und 13. Jahrhundert nach deutschem Recht geplanten Städte – von Sachsen und Thüringen über Schlesien bis hin nach Polen – orientierten sich an den alten Wegen und früheren Märkten. In der Topographie vieler traditionsreicher Handelsstädte kann man den Verlauf des alten Fernhandelswegs bis heute ablesen. An der Kreuzung der wichtigen Handels- und Kommunikationsstraßen wurde ein rechteckiger Marktplatz angelegt. Rathaus und Pfarrkirche gestalteten urbane Dominanten in dieser regelmäßigen geometrischen Planung, was bis heute zum Beispiel in Leipzig, Breslau und Krakau zu erkennen ist.

Die Ost-West-Verkehrsachse bildete die Grundlage für die ökonomische Existenz und den dauerhaften Wohlstand vieler Städte und ist zum Beispiel in der Bebauung der Altstadt von Görlitz in der Oberlausitz bis heute zu bewundern: von der Brücke über die Neiße durch die Neißestraße, den Untermarkt, die Brüderstraße bis zum Obermarkt angeordnet und von der damaligen westlichen Stadtbefestigungsanlage mit der Bastei, dem „Kaisertrutz“, beherrscht. Die prachtvollsten Gebäude im Herzen dieser Stadt gehörten typischerweise dem Patriziat, welches vor allem aus Fernkaufleuten bestand. Wohlhabende kaufmännische Familien waren Angehörige des Stadtrats und der Gerichtsbarkeit, nicht selten stellten sie den Bürgermeister und bestimmten die Regeln des Handels.



Görlitz: Blick in die Neißestraße

Kaufleute und Handwerker, welche die Märkte entlang der *Via regia* regelmäßig besuchten, mussten als „Gäste“ verschiedenste lokale Vorschriften beachten und stets ihre Zahlungen leisten. Privilegien, Markt-rechte und strenge Regelungen zum Verkauf der Waren vor Ort, welche von den Herrschern wiederholt bestätigt wurden, wirkten sich immer zu Ungunsten des „Fremdens“ aus. In einem Reichsmesseprivileg von 1497 bestätigte König Maximilian I. drei Jahrmärkte auf Wunsch des Leipziger Patriziats; damit wurden zugleich Konkurrenz-Handelsplätze in den Bistümern Magdeburg, Halberstadt, Meißen, Merseburg und Naumburg verhindert. In einem zweiten Privileg von 1507 wurden der Handel auf den Märkten im Umkreis von 15 Meilen von Leipzig untersagt und das Stapelrecht für Leipzig festlegt. Das Stapelrecht verpflichtete fremde Kaufleute, ihre Waren für bestimmte Zeit in der Städten an der *Via regia* zum Verkauf anzubieten. Unterkunft und Verpflegung generierten Einnahmen in den Städten, doch konnten die Kaufleute andererseits auch neue Märkte erobern, ohne fremde Vermittlung oder aufwändigen Schriftwechsel – die Aussicht auf großen Gewinn kompensierte die Mühen. Zoll- und Handelsgebühren bedeuteten beachtliche finanzielle Vorteile für die Stadt und ihre Bürgerschaft. Deshalb konnten die Kaufleute und Handwerker aus diesen Mitteln auch für Rathaus und Pfarrkirche stiften und sich große bauliche Initiativen leisten. Noch heute kann man die stolzen künstlerischen Leistungen bei den wichtigsten sakralen und profanen Bauten bestaunen. Besonders die Ausgestaltung des Rathauses und der Hauptpfarrkirche drückten Reichtum und Bürgerstolz aus.

Unentbehrliche Waren der damaligen Zeit waren das oberlausitzer, schlesische, polnische und böhmische Tuch und Leinwand, pflanzliches

Färberwaid aus dem thüringischen Gebiet zur Bearbeitung von Tuchen. Felle, Leder, Getreide, Wachs und Honig stammten aus Osteuropa. Vieh wurde aus dem Osten in Richtung

Über die Straße verbreiteten sich auch neue Ideen, Formen, Stile, Muster und Moden.

Westeuropa getrieben. Salz stammte aus dem polnischen Wieliczka bei Krakau oder aus den Salinen von Halle. Um die Nachfrage nach Edel- und Buntmetallen zu befriedigen, wurden entlang der *Via regia* Rohstoffe und Gewerbeerzeugnisse quer durch Europa geliefert. Der Transfer fand nicht nur in den Wagenkolonnen, sondern auch im handwerklichen Können und durch künstlerische Kontakte seinen Ausdruck. So wurden neue Ideen, Formen, Stile, Muster und Moden längs der „Hohen Straße“

verbreitet. Über den Charakter und das Tun und Treiben der Bewohner solcher Städte, die durch Handel zu großem Wohlstand gelangten, schreibt Jacob Schickfus in seiner „Schlesischen Chronica“ aus dem Jahre 1625: „In allen Städten sind viel Handwerks Leute / die Tuch werden in grosser Anzahl bereitet. Es ist auch darinnen ein grosser Garn= und Leinwandt Handel / dessen sich beydes Edel und Unedel gebraucht / dadurch wird viel Geld in diß Land gebracht für Tuch / Leinwandt / Röcke / die man umb Breßlaw zeuget / ... in den grossern Städten / als zu Breßlaw / Liegnitz / Neuß / Schweidnitz giebets reiche Kauffleute / welche mit Seidenen und Sammeten Zeuge / mit außländischen Tuchen und Lädern / mit allerley Specereien / mit Edelgesteinen Perlen / Gold und Silber / mit Spanischen / Reinischen / Ungarischen und andern Weinen / mit allerley schönen Rauchwerck / ihren täglichen Handel / Wandel und Nahrung ohne ersparung einiger Mühewaltung / treulich befördern und fortstellen.“

Die prosperierende Wirtschaftskraft der Bürgerschaft spiegelt zum Beispiel das Rathaus in der schlesischen Metropole Breslau wider. Der im 15./16. Jahrhundert von sächsisch-oberlausitzer Bauhütten gestaltete Sitz des bürgerlichen Machtzentrums, der schon zur Bauzeit eines der ambitioniertesten öffentlichen Bauwerke in diesem Teil Europas darstellte, weist auf den lebhaften künstlerischen Austausch auf der *Via regia* hin. Solche Beispiele könnte man multiplizieren. So wurde der Lemberger Dom im 14. und 15. Jahrhundert von schlesischen Baumeistern errichtet. Schlesien spielte auch später eine große Rolle als Brücke im Transfer der Künstler, Muster und Inspirationen zwischen dem Polnischen Reich und den Ländern der Habsburgermonarchie. Künstler gehen bekanntlich ihre eigenen Wege. Die künstlerische Tätigkeit schlesischer Meister in den Nachbarzentren wie Krakau und Lemberg lässt sich mit der Situation auf dem schlesischen Kunst- und Auftragsmarkt erläutern, auf dem starke Konkurrenz herrschte, sodass sich viele Künstler gezwungen sahen, Mäzene in den östlich von Breslau gelegenen Orten zu suchen.

III.

Die Entdeckung der neuen Meereswege in der frühen Neuzeit sowie die Entstehung neuer mächtiger Handelszentren hat die Bewegung auf dem Königsweg zunächst nicht dramatisch beeinflusst. Erst der Aufbruch des industriellen Zeitalters im 19. Jahrhundert wurde zum Wendepunkt. Die

Ordnung, welche der Königsweg über Jahrhunderte bestimmt hatte, war plötzlich außer Kraft gesetzt worden, zumindest eine Zeit lang. Rasante technische Neuerungen und mechanische Wunderwerke, vor allem die Erfindung der Dampfmaschine, hernach der Dampflokomotive und die dichte Vernetzung Europas mit Eisenbahnlinien hatten die Entstehung neuer Knotenpunkte zur Folge.

Das 19. Jahrhundert ist auch von rascher Stadtentwicklung gekennzeichnet. Die alten Stadtbefestigungen mit ihrer Toren und Türmen, welche den Stadtkern umgeben hatten, wurden niedergelegt und die Städte ins weite Land geöffnet. Diese Veränderung fand ihren Ausdruck in einer starken Lust der Bewohner auf den direkten Umgang mit der Natur. Dies bedeutete damals einen Aufschwung von freizeitorientierten Ausflügen, einem Vorboten der modernen Touristik. Modische Ausflugsziele wie Reisen ins Gebirge mit Bergwanderungen und die Entstehung von Kurorten schlossen sich an. Reisende kauften die dazugehörigen Accessoires und Souvenirs, meistens Graphiken mit Abbildungen von Landschaften – hergestellt mit hoher Auflage zum günstigen Preis, ein Vorläufer der Fotografie. Ob auf der Suche nach der Anregung zum künstlerischen Schaffen, ob wegen heilsamer Mineralwasserquellen, ansehnlicher Landschaften oder klarer Luft – vieles zog die Menschen ins Freie.

IV.

Soweit die Historie – hier könnte man einen Punkt setzen und die Geschichte beenden. Im 20. Jahrhundert führte die technische Entwicklung zum Aufschwung der Automobile und zum Ausbau der dafür geeigneten Straßennetze. Diese unterschieden sich in der Streckenführung zum Teil deutlich von den historischen Verläufen. In den 1990er Jahren haben jedoch verschiedene Initiativen an den Namen *Via regia* und das alte Wegenetz angeknüpft und ließen sich davon inspirieren. Das Ganze mündete im 21. Jahrhundert seitens des Europarates in die Anerkennung als kulturelles Erbe Europas mit dem Titel „VIA REGIA – Kulturstraße des Europarates“ im Jahre 2006 ein. Überraschend rücken jetzt die in den Vordergrund, die damals Akteure am Rande waren, nämlich die Wanderer und Pilger, die zu Fuß Reisenden und damals zum einfachen Teil der Reisegesellschaft gehörten. Inspiriert vom Jakobsweg nach Santiago de Compostela entstand systematisch ein Netzwerk von ökumenischen Pilgerwegen in den angrenzenden Regionen Deutschlands und in den

Nachbarländern.² Herbergsstationen und Ausschilderung mit gekreuzten Pilgerstäben und Jakobsmuschel, Stempel, thematische Reiseführer und andere Literatur wie Berichte und Andachtsbücher gehören inzwischen in Polen, Deutschland, Frankreich und Spanien dazu.

Der Name *Via regia* weckt heutzutage vornehmlich Nostalgie, bedeutet einen Begegnungsraum und ist vielleicht eine paradoxe Antwort auf die Beschleunigung der Welt. Diese Art der Gegenbewegung kehrt zurück zur Natur: Zu Fuß, alleine oder in kleinen Gruppen bietet sie einen Weg zur Besinnung, um sich wiederzufinden. Die Reisemotive sind verschieden, zum Teil spirituell, obwohl sie mit der alten Frömmigkeit des Pilgerwesens nicht exakt in Einklang stehen.

Neben den heimatkundlichen, touristischen und spirituellen Gründen wurde die Komplexität der Thematik und die wirklich lange Geschichte der *Via regia* in der 3. Sächsischen Landesausstellung „*Via regia – 800 Jahre Bewegung und Begegnung*“ im Jahre 2011 im Auftrag der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden wissenschaftlich analysiert.³ Als Bühne für die Schau diente die Bastei „Kaiserturm“ in Görlitz. Statt eines endgültigen Epilogs beginnt also ein weiteres Kapitel in der Geschichte der *Via regia* unter dem Motto „Neues erleben auf alten Wegen“.

Heutzutage hat die *Via regia* den Charakter eines Begegnungsraums für Menschen, die der Hektik der Moderne entfliehen wollen.

Als Handelsweg entlang des Mittelgebirgskamms diente die *Via regia* vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert dem Austausch von Handelsgütern, aber auch geistigen ebenso wie künstlerischen Strömungen in Mittel- und Osteuropa. Als ungefähre Endpunkte lassen sich Leipzig und Lemberg festmachen, und entlang der Route blühten zahlreiche Städte auf, deren architektonisches Erbe an die Bedeutung des Handelswegs erinnert. Heute wird im Rahmen verschiedener Initiativen an die alten Traditionen angeknüpft, sodass die *Via regia* erneut zu einem Begegnungsraum für Menschen verschiedener Länder und Kulturen wird.

2 Vgl. dazu auch die Hinweise im Beitrag von Markus Nowak, oben S. 176–178.

3 Weiterführende Hinweise zu den Initiativen rund um die *Via regia* finden sich auch unter http://www.viaregia-sachsen.de/index.php?article_id=93&clang= (letzter Zugriff: 04.08.2014).

Zwischen Orient und Okzident: Die Seidenstraße

PD Dr. Rudolf A. Mark ist Vertretungsprofessor für Osteuropäische Geschichte an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg.

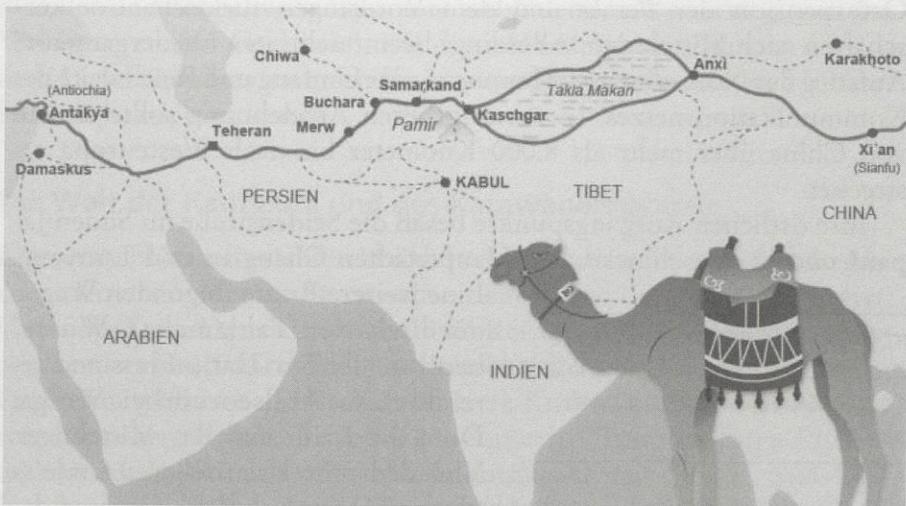
Die Seidenstraße stellte ein eurasisches Handels- und Kommunikationsnetz dar, das seit Beginn der modernen Zeitrechnung Orient und Okzident verband. Es reichte von China über Zentralasien bis in die Levante und nach Westeuropa. Gehandelt wurde nicht nur Seide, sondern auch eine breite Palette von Luxusprodukten und anderen Handelswaren. Über die Karawanenwege verbreiteten sich zudem Kunstrichtungen, Herstellungstechniken und Religionen, bevor die Seidenstraße ihre globale Bedeutung verlor.

Das Wort Seidenstraße klingt in den Ohren vieler Menschen nach Tausend-und-einer-Nacht, nach orientalischer Pracht und exotischer Ferne. Daneben verblasst die reale Bedeutung der alten Handelsroute, die einst ein weitverzweigtes System von Karawanenwegen und ein west-östliches Kommunikationsnetz sondergleichen darstellte. Der Geograph Ferdinand von Richthofen ließ das schon 1877 bei einem Vortrag in Berlin anklingen, als er „Ueber die centralasiatischen Seidenstrassen“ sprach.¹ Damit war der Begriff in die Welt gesetzt, dessen Singularform aber das komplexe historische Phänomen nur unzureichend wiedergibt.

Entstehung und Dimension

Archäologische Funde und die ältesten Nachrichten antiker Quellen zeugen von sehr frühen Kontakten zwischen China und dem Uralgebiet. Schon Ende des 2. Jahrtausends v. Chr. scheinen Handelsbeziehungen die östliche Peripherie Europas mit dem Fernen Osten verbunden zu haben. Auch Handwerkstechniken und Formen künstlerischen Aus-

¹ Ferdinand von Richthofen: Ueber die centralasiatischen Seidenstrassen bis zum 2. Jahrhundert n. Chr. Vortrag gehalten in der Sitzung der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin am 2. Juni 1877. Berlin 1877.



Das Netz der Seidenstraße²

drucks verbreiteten sich über diese Verkehrswege. Felsenzeichnungen in Südsibirien, der Mongolei und in China verraten europäische Vorbilder: die Herkunft aus der griechisch-römischen Welt.

Aus diesen vor- und frühgeschichtlichen Kontakten entwickelte sich seit dem 2. Jahrhundert v. Chr. die Seidenstraße.³ So belegen Funde von Kunstgegenständen aus den römischen Provinzen Beziehungen zwischen dem Mittelmeerraum und Mittelasien im 1. und 2. Jahrhundert n. Chr. Gleichzeitig existierte mit dem Reich der Kuschan nördlich und südlich des Hindukusch eine Übergangs- und Kontaktzone zwischen China und dem indo-sakischen Kulturbereich. Sie erweiterte sich mit der

² Die beigefügte Graphik wurde mit freundlicher Genehmigung von Sueddeutsche.de eingefügt. Im Original findet sie sich im Beitrag von Anna Fischhaber, „Marco Polos Märchenwelt“, vom 31. August 2011, einsehbar unter <http://www.sueddeutsche.de/reise/legendaere-reiseroute-die-seidenstrasse-marco-polos-maerchenwelt-1.1135394> (letzter Zugriff: 13.08.2014).

³ Die wichtigste Literatur, die für den Beitrag herangezogen wurde: Hans Wilhelm Haussig: Die Geschichte Zentralasiens und der Seidenstraße in vorislamischer Zeit. Darmstadt 1992; ders.: Die Geschichte Zentralasiens und der Seidenstraße in islamischer Zeit. Darmstadt 1988; G. A. Pugačenkova (Hrsg.): Na sredneaziatskich trassach šelkovogo puti. Očerki istorii i kul'tury. Taschkent 1990; Ulrich Hübner, Jens Kamlah, Lucian Reinfandt (Hrsg.): Die Seidenstraße. Handel und Kulturaustausch in einem eurasischen Wegenetz. 2. Aufl. Kiel 2005; Thomas Ertl: Die Seidenstraße im Mittelalter. Geographie – Bedeutung – Mythos. In: Christine van Hoof (u. a., Hrsg.): Grenzüberschreitungen: Wege zwischen Okzident und Orient. St. Ingbert 2012, S. 131-171.

Ostexpansion der Perser und dem Vordringen türkischer Völkerschaften nach Mittelasien. Allerdings beeinträchtigten Niedergang und Aufstieg der Nomadenreiche immer wieder Umfang und Reichweite des Kommunikationsnetzes. In seiner größten Ausdehnung sollte es sich von China über mehr als 8.000 Kilometer bis nach Westeuropa erstrecken.

Ihre östlichen Ausgangspunkte besaß die Seidenstraße im Süden Japans und in den chinesischen Hauptstädten Chang'an und Luoyang.

In seiner größten Ausdehnung erstreckte sich das Netz der Seidenstraße von China über mehr als 8.000 Kilometer bis nach Westeuropa.

Eine weitere Route folgte den Wegen nördlich der Taklamakan-Wüste, berührte den Syr-Darja-Fluss und erreichte am Aralsee vorbei Wolga, Don, die Krim und das Mittelmeer.

Von den mittelasatischen Handels-

plätzen zogen die Karawanen durch das Tal des Kabul-Flusses und des Swat zum Indus, dem Persischen Golf und nach Arabien.

Von den japanischen Inseln führte die Nordost-Route über die koreanische Halbinsel, über Peking, Datong, den Edsingol-Fluss und Turfan nach Kutschcha und Jarkand. Im Tarim-Becken berührte sie die Südroute, die über Ganzhou, Anxi und Miran heranführte. Wichtige Stationen in Mittelasien waren dann Chodschand, Samarkand, Buchara, Gurgandsch, Merw und Nischapur. Von dort zogen die Karawanen nach Derbent am Kaspiischen Meer und nach Georgien. Bagdad, Isfahan, Bosphorus und Konstantinopel waren weitere Ziele. Abzweigungen führten über Herat nach Sistan und zur Golfküste.

Natürlich bereisten die Kaufleute nur bestimmte Abschnitte, an deren Endpunkten Waren und Karawanen wechselten. Zwischen China und Mittelasien lag der Handel in der Hand der turksprachigen Uiguren, die teils bis zur Wolga reisten. Auch Sogdier (Tadschiken) waren im Geschäft mit China aktiv, dessen Waren sie in den Iran und nach Konstantinopel brachten. An der Wolga übernahmen jüdische und ostslawische Fernhändler den Transport auf den Routen nach Mittel- und Westeuropa. Ein Umschlageplatz, den byzantinische Kaufleute aufsuchten, lag zudem an der Don-Mündung.

Angeschlossen an die Seidenstraße war die sibirische Pelzstraße, die seit frühesten Zeiten aus der Mandschurei zum Baikalsee, entlang der Angara, über Jenissei, Irtysch und Kama an die Wolga führte. Dann war es nicht mehr weit zu den bedeutenden Handelsniederlassungen Kiew und Nowgorod. Hier kreuzten sich die östlichen Routen mit dem Skan-

dinavien und den Schwarzmeerraum verbindenden Wasserweg „von den Warägern zu den Griechen“, wie diese Handelsverbindung in der aus dem 12. Jahrhundert stammenden Nestor-Chronik des Kiewer Höhlenklosters bezeichnet wurde.

Die Welt der Kaufleute und des Karawanenhandels

Eine erste Blütezeit erlebten Handel und Wandel auf den östlichen Abschnitten der Seidenstraße zwischen dem 7. und dem 10. Jahrhundert. Unter der Tang-Dynastie entfaltete das Reich der Mitte ein leistungsstarkes Staatswesen, das Stabilität und wirtschaftliche Wohlfahrt garantierte. Das kosmopolitische Imperium förderte Kunst und Wissenschaft und trug für sichere Handelsbeziehungen Sorge. In Chang'an lebten Tausende von Ausländern, die den Handelsaustausch mit Mittel-, Süd- und Vorderasien betrieben. Aus China wurden Seide, Tee, Gewürze, Duftstoffe, Papier, Porzellan, Jade, Edelsteine und Keramik exportiert, während das Kaiserreich Waren aus der gesamten damals bekannten Welt bezog: Bernstein kam von der Ostsee, Juchtenleder, Fuchs-, Zobel- und Marderfelle aus dem Norden der Rus⁴ und Westsibirien. Aus Arabien und dem Persischen Golf stammten Weihrauch, Korallen und Perlen, aus Indien Baumwolle und Messing, aus Persien Glas- und Kristallgefäß sowie Stoffe. Byzanz lieferte Brokat, Afghanistan Lapislazuli, Mittelasien Seidengewebe, Heilpflanzen und Rubine. Die Mongolei war mit Kamelen und Pferden vertreten. Aus dem Westen wurden „Medikamente“, vor allem Bibergeil⁴ importiert, das sich in China hoher Nachfrage erfreute. Eingeführt wurden auch Jagdfalken, Jagdhunde und Geparden sowie Wein aus Taschkent und Persien. Natürlich veränderte sich die Warenpalette im Laufe der Zeit, wobei die Verlagerung von Transportwegen und Handelsströmen etwa auf den Seeweg eine wichtige Rolle spielte.

Da die Seidenstraße über weite Distanzen keinen befestigten Wegen folgte, mussten Kaufleute und Karawanenführer sehr gut mit der Route vertraut sein und die Wasserstellen zwischen den Karawansereien oder Handelsplätzen kennen. Vor allem die Wüsten konnten nur mit Hilfe von Kamelen – im Westen Dromedare, im Osten (zweihöckrige) Trampeltiere – durchquert werden. In den Steppengebieten dienten auch Wa-

4 Ein Sekret aus den Drüsensäcken des Bibers, das auch heute noch zur Herstellung von Parfüm verwendet wird (Anmerkung d. Redaktion).

gen zur Fortbewegung. Sie wurden von Zeitgenossen als eine recht „holperige“ Angelegenheit beschrieben. Aber sie boten Schlaf-, Wohn- und Ruheraum sowie andere Erleichterungen, die lange Fahrten erträglich machten. Der berühmte arabische Gelehrte und Händler Ibn Battuta (14. Jahrhundert) berichtet von drei Sklavinnen, die in seinem Wagen mitreisten: „Denn in dieser Wildnis reist man möglichst schnell, weil keine Herbergen zur Verfügung stehen und man auf die einzelnen Wasserstellen angewiesen ist, die eine Strecke von zwei oder drei Tagen aus einanderliegen.“⁵

Besonders gefürchtet waren die Wüsten zwischen Pamir und Kaspi-schem Meer: Kisil Kum (Roter Sand) und Kara Kum (Schwarzer Sand), noch mehr die südlich des Tarim-Flusses gelegene Wüste Taklamakan. Gefährlich waren vor allem Sandstürme. Sie hielten die Reisenden nicht nur auf, sondern verwehten auch Wegmarken und Spuren mit tödlichen Folgen für die so Orientierungslosen. Nicht nur Ruinen untergegangener Städte und Siedlungen säumten die Karawanenwege.

Es war aber nicht nur die Unbill der menschenfeindlichen Landes-natur – auch Nomadengruppen, Wegelagerer und Räuber bedrohten Reisende und Karawanen. Daher wurden die Strecken im chinesischen Herrschaftsbereich seit frühesten Zeiten durch Wachposten, Signal-türme und militärische Außenposten gesichert. Auch die Karawanserei-en in Mittelasien waren meist befestigte Plätze mit Schutzmannschaften. Deren Aktionsradius war allerdings beschränkt, weshalb sich die Kara-wanen auf weiten Abschnitten selbst

schützen mussten. Daher durften sie nicht zu klein sein, aber auch nicht zu groß, um die Kommunikation nicht zu erschweren; zudem konnte die Wasserversorgung dann zum Problem

Sowohl die Unbill der menschenfeindlichen Natur als auch menschliche Widersacher gefährdeten die Reisenden auf der Seidenstraße.

werden. Neben der Hitze stellten Kälte, Schnee und Eis weitere Hinder-nisse dar, nicht nur in den Hochgebieten von Pamir, Hindukusch und Tien-Schan. Noch im 19. Jahrhundert scheiterten selbst gut ausgerüstete Militärkolonnen an unerwarteten Wintereinbrüchen in den Steppenge-bieten.

Ein Zentrum und eine Drehscheibe des eurasischen Handels bildete die Stadt Samarkand. Von Alexander dem Großen gegründet, war sie

5 Ibn Battuta: Reisen ans Ende der Welt 1325-1353. Neu hrsg. von Hans D. Leicht. Leningen/München 1985, S. 35.

Machtzentrum und Handelsplatz, von dem die Karawanen in alle Himmelsrichtungen aufbrachen, bevor die Stadt von Dschingis-Khan zerstört wurde. Unter Timur Lenk (Ende 14. Jahrhundert) wurde sie jedoch prächtiger wieder aufgebaut. Auch Kaschgar in Ostanatolien, Buchara im Sereschan-Tal oder Urgentsch waren herausragende Stationen der Seidenstraße.

Der westliche Abschnitt

Archäologische Funde, vor allem Münzhorte silberner Dirhems⁶, die aus den Städten Taschkent, Samarkand und Buchara stammen, zeugen von regen Handelsverbindungen zwischen Mittelasien und Europa seit dem 9. Jahrhundert. Die Berichte arabischer Handelsreisender wie Ibn Churdadbih (2. Hälfte des 9. Jahrhundert) oder Ibn Fadlan (1. Hälfte 10. Jahrhundert) liefern dazu anschauliche Schilderungen. Durch das damals ins Licht der Geschichte tretende ostslawische Reich der Kiewer Rus' mit seinen günstigen Flusssystemen und Handelsplätzen führten wichtige Routen der nordwestlichen Ausläufer der Seidenstraße. Auf ihr wurden Seiden- und Baumwollstoffe, Edelsteine, Halbedelsteine und Gewürze aus Mittelasien gegen einheimische Produkte wie Rauchwaren, Leder, Wachs, Honig, Leinen, Flachs, aber auch Sklaven sowie Goldmünzen und Luxusartikel aus Konstantinopel getauscht. Dieser Handel funktionierte besonders gut, solange das zwischen Krim, Don und Wolga gelegene Khaganat der Chasaren die Steppenzone bis zum Kaspischen Meer kontrollierte. Die *Waräger*, wie die skandinavischen Fernhändler und Krieger im Osten bezeichnet wurden, erreichten über die Wolga diese Handelsplätze, wo arabische und uigurische Kaufleute ihre Waren anboten.

Jüdische Kaufleute bestritten einen erheblichen Teil des Handels der Rus' mit den Chasaren, mit Byzanz, Persien und dem arabischen Raum. Sie bereisten auch Westeuropa. Kontakte bestanden zwischen Kiew, Nowgorod, Ladoga sowie dem oberen Dnjepr mit Haithabu. Sie reichten auch nach Schweden und England, an den Rhein und nach Flandern. So zogen slawische und jüdische Händler von Kiew über Halitsch, Przemyśl und Krakau nach Prag. Dort zweigte eine Route entlang der

⁶ „Dirhem“, auch „Dirham“, ein bis heute in der arabischen Welt gebräuchlicher Münzbegriff, der vom griechischen Wort „Drachme“ abgeleitet ist (Anmerkung d. Redaktion).

Elbe nach Haithabu ab, während der Hauptweg über Regensburg nach Mainz führte. Über Verdun und Lyon wurden im Weiteren vor allem Sklaven bis in das Kalifat von Cordoba gehandelt. Von anderen Waren, die ihren Weg nach Westen fanden, zeugen bis heute seidene Tücher und Gewänder in den Museen Aachens oder die Nachricht von Gewürzen aus Mittelasien wie Pfeffer, Ingwer oder Nelken, die auf den Märkten in Mainz zu finden waren. Im fränkischen Reich erstanden die Kaufleute Schwerter, Glaswaren, abgerichtete Falken und Wollstoffe für ihre östlichen Handelspartner.

Technologietransfer und Geistesströmungen

Kommerz und Warenaustausch bildeten nur eine Dimension der Seidenstraße. Eine andere zeigte sich in der Verbreitung von Technologien, Kunstfertigkeiten und Religionen. So fand die Seidenproduktion von China über Mittelasien und den Iran den Weg nach Byzanz, während umgekehrt Verfahren der Glasherstellung aus dem Mittelmeerraum bis ins Reich der Mitte gelangten. Später verbreitete sich die Produktion von Papier und Pulver über die Seidenstraße nach Westen. In Mittelasien fanden Bronzespiegel aus China und iranische Techniken der Edelmetallbearbeitung Nachahmer. Gleichzeitig scheinen dort Handwerker – zunächst wohl in Merw – von Formen und Objekten angewandter Kunst wie Gemmen und Brakteaten aus dem indo-iranischen Kulturkreis inspiriert worden zu sein. Nicht zuletzt wurde auch die Fabrikation von Brokat und bunten Stoffen aus Wolle oder Baumwolle

durch Importe aus Zentralasien und der Levante in das chinesische Reich vermittelt. Damit einher ging die Übernahme von Ornamenten, Motiven und Abbildungen, die Kleidung, Teppiche oder Wandbehänge zierten.

Über die Seidenstraße verbreiteten sich neben Waren auch Technologien, Kunstfertigkeiten und Religionen nach Osten wie nach Westen.

Die völkerverbindende Bedeutung der Seidenstraße manifestierte sich zudem in der Verbreitung von Musikinstrumenten, die religiösen Zwecken, aber auch Tanz und Unterhaltung dienten. Vor allem Laute und Flöte, zuerst in der griechisch-römischen Welt in Gebrauch, fanden seit dem 1. Jahrhundert n. Chr. von Nordindien bis Ostturkestan Eingang in Kult und Lebenswelten. Sie begleiteten auch den Buddhismus, der den Kaufleuten aus Nordwestindien durch Afghanistan bis in das Siebenstromland, das Tarim-Becken und China folgte. Die von den Ta-

liban in Bamyan im März 2011 zerstörten Buddha-Statuen markieren diesen Weg der Missionare nach Norden. Die zahlreichen Tempel und Heiligtümer in den Höhlen der alten westchinesischen Grenzfestung Dunhuang sind weitere beeindruckende Monamente des Buddhismus in Zentralasien.

Andere Bekenntnisse wie etwa die gnostische Lehre Manis, der Zoroastrismus und das Parsentum breiteten sich seit dem 3. Jahrhundert n. Chr. vom persisch-mesopotamischen Raum nach und in Zentralasien aus. Bald besaßen sie auch in China von Kaufleuten und Migranten gegründete Gemeinden. Nach Verboten durch die chinesische Regierung im 9. Jahrhundert und der islamischen Eroberung Zentralasiens setzte auch dort der Niedergang dieser synkretistischen Glaubensgemeinschaften ein.

Funde von Psalmen-Handschriften aus dem 5. Jahrhundert in der Turfan-Oase lassen vermuten, dass damals auch Christen in Zentralasien lebten. Vielleicht waren sie orthodoxe Byzantiner, die von der Krim aus entlang der Seidenstraße ihre kirchliche Organisation ausbauten. Wir wissen von Bischofssitzen in Itil an der Wolga sowie in Choresmien. Erfolgreicher waren aber nestorianische Christen, die seit dem 6. Jahrhundert in Zentralasien missionierten und in Balch ein Erzbistum errichteten. Sie konnten wenig später sogar das „Wohlwollen des ... chinesischen Kaisers T'aitsung“⁷ erwerben. Auch von Merw aus scheinen Nestorianer Glaubensverkündung betrieben zu haben. Bischofssitze lassen sich bis nach Kaschgarien, christliche Begräbnisstätten und Inschriften in der südlichen Mongolei und im Norden Chinas nachweisen. Im 11. Jahrhundert hatten die Nestorianer Mongolen, Tataren und möglicherweise auch Teile der Seldschuken christianisiert. Christliche Gemeinden und Bischofssitze – z. B. in der Hafenstadt Hang-Tschu – zeugten von dem Erfolg der Missionare im Reich der Mitte während der Mongolenzeit. Der Sturz der Yüan-Dynastie 1368 bedeutete dann das (vorläufige) Ende christlicher Präsenz im östlichen Bereich der Seidenstraße.

Die mongolische Zeit

Dschingis-Khans Nachfolger errichteten in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts über weite Teile Chinas, Zentralasiens und Osteuropas

⁷ Haussig (wie Anm. 3, oben S. 231), S. 223.

ihre Herrschaft. Kommunikations- und Handelsrouten vernetzten die sich bald verselbstständigenden mongolischen Nachfolgestaaten. Das System der Seidenstraße erlebte gleichzeitig eine Verdichtung und funktionale Erweiterung durch das mongolische Fernmelde- und Postwesen. Es verkürzte die Reisezeit und beschleunigte die Übermittlung von Nachrichten. Nicht nur die italienischen Kaufleute Maffeo, Niccolò und Marco Polo waren auf ihren China-Reisen Ende des 13. Jahrhunderts von dem effizienten Betrieb dieser Einrichtung beeindruckt.

Die Epoche der „Pax Mongolica“ beförderte eine wirtschaftliche und kulturelle Blüte in China, Persien und Zentralasien mit Ausstrahlung bis nach Osteuropa.

mäßiglich erholen und zumindest die materiellen Verluste ersetzen; nicht zuletzt auch deshalb, weil die mongolischen Herrscher bei ihren Kriegszügen Handwerker, Künstler und Fachleute häufig verschonten und viele an ihre Höfe verschleppten. Textilverarbeitung und die Produktion von Luxusartikeln für die Hofhaltung nahmen so einen neuen Aufschwung. Außerdem äußerten sich Herrschermacht und Reichtum in Architektur und Kunststilen, die in vielfältigen Anverwandlungen westliche wie östliche Motive, Mythen, Darstellungsformen und Techniken vereinten.

Die Seidenstraße entfaltete hier ein weiteres Mal ihre geisteskulturelle Bedeutung und transkulturelle Wirkmächtigkeit. Im Persien der Ilkhane (1. Hälfte des 14. Jahrhundert) nahm die iranische Hochkultur chinesisch-mongolische Einflüsse auf. Kunsthandwerk, Textilien, aber auch Chronistik, Ikonographie und literarische Produktion ließen solche erkennen. Kaum noch nachweisbar sind sie für die Architektur, der allerdings im Reich der noch stark dem Nomadentum verbundenen Ilkhane eher wenig Bedeutung zukam. Berichtet wird aber u. a. von dem Bau buddhistischer Pagoden, die Gemälde im Stil zentralasiatischer und chinesischer Tradition schmückten. Zur gleichen Zeit wurden in der Architektur Mittelasiens immer mehr iranische Elemente verwendet und weiterentwickelt. So entfaltete sich eine materielle Kultur, die – trotz Unterschieden im Detail – islamische Gemeinsamkeit in Architektur und bildender Kunst erkennen ließ.

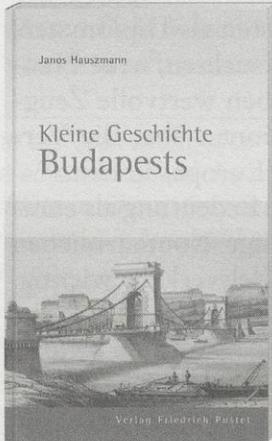
Die verbesserte Kommunikation beförderte eine wirtschaftliche und kulturelle Blüte in China, Persien und Zentralasien mit Ausstrahlung bis nach Osteuropa. Die gesamte Region konnte sich so von den Verheerungen der mongolischen Eroberungen all-

Die „Pax Mongolica“ bildete zudem eine Epoche, in der Westeuropa auf die Veränderungen in Asien zu reagieren und diesen Teil der Erde zu erkunden begann. Es war die gewaltige Macht der Mongolenherrscher, die für das Abendland in seinen Auseinandersetzungen mit der islamischen Welt vielverheißend erschien. Ordensgeistliche im Auftrage von Papst und Königen, aber auch Kaufleute begannen die Routen der Seidenstraße zu frequentieren. Die Geistlichen reisten als Diplomaten, Wissenschaftler und Missionare, die Kaufleute versuchten, neue Handelswege und Profitquellen zu erschließen. Sie haben wertvolle Zeugnisse hinterlassen, die uns unersetzbare Informationen über die Verhältnisse in Nordasien und die östlichen Regionen Europas liefern.

Die Seidenstraße begann im 14. Jahrhundert ihre Bedeutung als eurasisches Kommunikationssystem zu verlieren. Einige Routen blieben aber auch dann noch für den interregionalen Handelsverkehr wichtig. Heute dient das Bild von der Seidenstraße als Aufforderung, eurasische Gemeinsamkeiten auch in praktische Politik umzusetzen.

Zwischen Ostasien und dem Mittelmeerraum bestanden bereits seit dem 2. Jahrtausend v. Chr. Handelsbeziehungen. Im Laufe der Jahrhunderte bildete sich ein umfangreiches Wegenetz heraus, für das sich im Anschluss an eines der wichtigsten Handelsgüter seit dem 19. Jahrhundert der Begriff „Seidenstraße“ eingebürgert hat. Auf den Handelswegen durch den Orient und Zentralasien bis nach China lagen so bekannte Städte wie Isfahan, Buchara und Samarkand, erwähnt werden müssen – da sie ebenfalls mit dem Netz der Seidenstraße in Verbindung stehen – aber auch Konstantinopel, Kiew und Peking und viele andere. Neben dem Warenaustausch spielte auch der Kulturtransfer eine wichtige Rolle, der in vielfältiger Gestalt zur wechselseitigen Bereicherung von Orient und Okzident geführt hat.

Entdecken Sie Europas Metropolen!



ISBN 978-3-7917-2454-6, € (D) 14,95

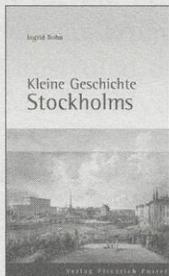
Europäische Metropolen und ihre spannende Geschichte – fundiert, komprimiert, informativ und verständlich! Ideal zum Vorbereiten auf die nächste Städtereise – oder zum Schwelgen in Erinnerungen an die letzte!

Alle Bände sind ausgestattet mit zahlreichen Abbildungen, einer Zeittafel und einem Stadtplan.

Bisher erhältlich: Amsterdam, Budapest, Istanbul, Kopenhagen, Prag, St. Petersburg, Stockholm, Wien und Zürich.



ISBN 978-3-7917-2248-1, € (D) 14,95



ISBN 978-3-7917-2121-7, € (D) 14,95



ISBN 978-3-7917-2122-4, € (D) 14,95



ISBN 978-3-7917-2330-3, € (D) 14,95



ISBN 978-3-7917-2272-6, € (D) 14,95



ISBN 978-3-7917-2418-8, € (D) 19,95



ISBN 978-3-7917-2227-6, € (D) 14,95



ISBN 978-3-7917-2329-7, € (D) 14,95

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von **€ (D) 6,50 / € (A) 6,70** (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Hinter Gittern – Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa,

Heft 2/2014

Juristische und historische Aspekte ♦ Zur Bedeutung der Gefängnisseelsorge ♦ Hilfen zur Resozialisierung: Beispiele aus fünf Ländern

Europa 1914–2014, Heft 1/2014

Das »kurze Jahrhundert der Gewalt« (1914–1989) ♦ Wendepunkte des 20. Jahrhunderts ♦ Zerfall und Neuentstehung von Imperien

Sport – Nation – Politik, Heft 4/2013

Sport und nationale Identität ♦ Fußball zwischen Fankultur und Fanatismus

Kroatien, Heft 3/2013

Land der Gegensätze ♦ Klischee und Wirklichkeit ♦ Kroaten in Deutschland

Hafenstädte in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2013

Von der Stadt zum Hafen – Vom Hafen zur Stadt ♦ Symbiose von Wirtschaft und Kultur ♦ Neue Wege im 21. Jahrhundert

Migrationsströme in Europa und ihre Folgen, Heft 1/2013

Entwicklungen in Europa seit 1990 ♦ Brennpunkt Stadt: Berlin, Moskau, Sarajevo ♦ Erfahrungen in einem fremden Land

Die Tschechische Republik, Heft 4/2012

Historische Eckpunkte ♦ Fakten und Klischees ♦ Deutsch-tschechische Befindlichkeiten

Rechtsextremismus in Mittel- und Osteuropa, Heft 3/2012

Facetten eines Begriffs ♦ Brennpunkte in Europa ♦ Beispiele aus sieben Ländern

Heft 4/2014 erscheint Mitte November zum Thema »Ukraine«.



Thema	Autor	Jahr
Politik in Russland Irien als Macht?	OST-WEST	3/2009
und Osteuropa	OST-WEST	4/2009
Politik: Albanien	OST-WEST	1/2010
Die Beziehung	OST-WEST	2/2010
Sozialismus und Kommunismus im Umbruch	OST-WEST	3/2010
Herzegowina	OST-WEST	4/2011

Die Zeitschrift für Mittel- und Osteuropa

„OST-WEST. Europäische Perspektiven“ berichtet umfassend über gesellschaftliche Entwicklungen, politische Trends, kirchliches Leben und soziale Fragen in allen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteupas, von Estland bis Albanien, von Polen bis Kasachstan. OWEP erscheint vierteljährlich im Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, und wird herausgegeben von Renovabis und dem ZdK.

[Über OWEP](#)

[Heftarchiv](#)

[Volltexte](#)

[Probeheft](#)

[Nachbestellen](#)

[Abonnieren](#)

[Kontakt](#)

Aktuelle Ausgabe: OWEP 2/2014



Schwerpunkt: Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa
[Mehr Informationen zum aktuellen Heft](#)

Lesen Sie den Artikel „[Mit dem Blick der Barmherzigkeit](#)“ von Heinz-Peter Echterneyer im Volltext.

AKTUELLES

21. Juli 2014

Aktuelles aus der OWEP-“Werkstatt”

Am 10. Juli hat sich zum dritten Mal in diesem Jahr die OWEP-Redaktion getroffen. Im Mittelpunkt standen die Planungen für die zweite Jahreshälfte 2014. In wenigen Wochen wird das Heft „Wege und Straßen“ erscheinen, das sowohl Straßen in Städten als auch große Handelswege vorstellen wird (u. a. die „Via regia“, die Bernsteinstraße und die Seidenstraße). Das vierte Heft wird sich den Entwicklungen in der Ukraine widmen.

Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern schöne sommertliche Tage!

Christof Döhn

(Redakteur vom Dienst)

16. April 2014

„Traum – Zweifel – Wirklichkeit. Europa 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg“

Die Podiumsdiskussion der Redaktion der Zeitschrift OST-WEST, europäische Perspektiven (OWEP) und Renovabis, die in Zusammenarbeit mit der Bischoflichen Akademie des Bistums Aachen am 10. April 2014 im August-Piegr-Haus durchgeführt wurde, sollte die Entwicklung Europas in den vergangenen einhundert Jahren in den Blick nehmen und Perspektiven für Europa im 21. Jahrhundert andeuten. Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine verschoben dann jedoch die Akzente der Veranstaltung. Lesen Sie hierzu auch einen [detaillierten Veranstaltungsbereich](#).



Blick auf Teilnehmer und Podium (v.l.n.r.: Prof. Dr. Helmut König, Adam Krzeminski, Prof. Dr. Thomas Bremer und Bischof Dr. Fransisk Komancio) - Foto: Burkhard Hanke

Suchbegriff

Artikel im Volltext lesen

Unter [Volltexte](#) finden Sie alle Artikel der Jahrgänge 2000 bis einschließlich 2008 und zusätzlich ausgewählte Artikel jüngerer Jahrgänge.

Volltext: Artikel aus den Jahren 2013/2014:

Emilia Moraru: „Unsere Zukunft liegt in unseren Händen.“ Jugendliche Straftäter in der Republik Moldau. In: OWEP 2/2014 „Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa“

Heinz-Peter Echterneyer: „Mit dem Blick der Barmherzigkeit“ Aspekte der Gefangenенpastoral. In: OWEP 2/2014 „Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa“

Jochen Böhler: Schweizer und Demoklesschweizer – Gevalle erfahrung in Ostmitteleuropa 1914–1989. In: OWEP 1/2014 „Europa 1914–2014“

Lothar Martin Eisbacher: „Nationalsozialistische Ideale“ in: OWEP 4/2013 „Sport – Nation – Politik“

Thomas Bremer: „Kroatien, Land der Gegensätze“ in: OWEP 3/2013 „Kroatien“

Jerry Kochanowski: „Vom Hafen in der Stadt zur Stadt im Hafen“ – In: OWEP 2/2013 „Hafenstadt in Mittel- und Osteuropa“

Alexander Kapunovsky: „Belehrende den Osten“ – Wladivostok (erweiterte Fassung). In: OWEP 2/2013 „Hafenstadt in Mittel- und Osteuropa“

Jochen Oltmer: „Ost-West-Wanderung, Migration im Europa des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts“ in: OWEP 1/2013 „Migrationströme in Europa und ihre Folgen“

Autoren im Überblick

OWEP im Internet

Ende 2011 wurde die OWEP-Homepage neugestaltet und bietet zahlreiche neue Nutzungsmöglichkeiten. Schauen Sie einfach einmal vorbei unter www.owep.de



ZEIT DER ENTSCHEIDUNG

Ukraine? – Ukraine!

Der Weg in die Krise

Gesellschaftliche Kräfte

Sprache und Identität

X + R
lose

Impressum

Herausgeber: Renovabis, Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, Dr. Gerhard Albert, Geschäftsführer, Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising,
Tel.: 08161 / 5309-0, Fax: 08161 / 5309-11
info@renovabis.de · www.renovabis.de
und

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Stefan Vesper, Generalsekretär, Hochkreuzallee 246, D-53175 Bonn,
Tel.: 0228 / 38297-0, Fax: 0228 / 38297-44
info@zdk.de · www.zdk.de

Redaktion: Prof. Dr. Michael Albus, Mainz (verantwortlich) · Prof. Dr. Thomas Bremer, Münster · Burkhard Haneke, Freising · Dr. Matthias Kneip, Regensburg · Dr. Christof Dahm, Freising (Redakteur vom Dienst).

Anschrift: Redaktion „OST-WEST. Europäische Perspektiven“, Renovabis, Domberg 27, D-85354 Freising
Tel.: 08161 / 5309-70, Fax: 08161 / 5309-44
owep@renovabis.de · www.owep.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung bzw. die Ansicht der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt oder in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion überein.

Erscheinungsweise: 4 x im Jahr, jeweils Mitte Februar, Mai, August und November.

Bezugspreis: Einzelheft 6,50 €
Jahresabonnement 19,80 €
(jeweils zzgl. Versandkosten).

Bezugsbedingungen: Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn bis 15. November keine schriftliche Abbestellung erfolgt.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlag Friedrich Pustet
Gutenbergstraße 8, D-93051 Regensburg
Tel. 0941 / 92022-0 · Fax 0941/92022-330
verlag@pustet.de · www.verlag-pustet.de

ISSN 1439-2089

Inhaltsverzeichnis

Für die Abbildung auf dem Umschlag wurde eine Aufnahme von Claudia Gawrich, Mitarbeiterin von Renovabis, aus dem Dezember 2013 verwendet; sie zeigt die Proteste auf dem Majdan in Kiew. – Gesamtgestaltung: Martin Veicht.

Katrin Boeckh	
Ukraine 2000plus. Revolutionen ohne Ende?	242
Steffen Halling	
Die Rolle der Oligarchen und der Umbruch in der Ukraine	253
Mykhaylo Banakh und Julia Samus	
Euromajdan 2013/14 und die zivilgesellschaftliche Entwicklung während und nach der Protest- bewegung	263
Katarina Nowikowa	
Die geistliche Patrouille vom Majdan	272
Kai Struve	
„Faschisten“ als Feindbild. Putins Krieg gegen die Ukraine und die deutsche Öffentlichkeit	279
Interview	
„Es ist in der Tat Krieg – Putins Krieg mit Europa.“ Ein Gespräch mit dem früheren ukrainischen Staatspräsidenten Viktor Juschtschenko	287
Heike Dörrenbächer	
Was ist Ukrainisch? Nationwerdung in der Ukraine	291
Anja Lange	
„Ich spreche nicht die Sprache der Okkupanten.“ Zur Sprachenfrage in der Ukraine	299
Reportage	
Michael Albus	
In Ängsten und siehe wir leben. Ukrainische Augenblicke im Spätsommer 2014	304
Interview	
„Scheitern aus sich selbst heraus.“ Ein Gespräch über Russland mit dem Historiker Dietmar Neutatz . . .	313
Übersicht der Textkästen	317
Bücher	318

Editorial

Die Ereignisse, die seit einem Jahr die Ukraine erschüttern, haben das zwischenstaatliche Gefüge verändert, das sich in Europa nach der Wende von 1989/91 herausgebildet hat. Russland, das von den westlichen Staaten immer mehr als Partner angesehen wurde, hat sich als nicht zu verlässig erwiesen; das wird in den nächsten Jahren nicht nur wegen der Wirtschaftssanktionen weitreichende Folgen für ganz Europa haben.

Dass gerade die Ukraine der Anlass für diese Entwicklung wurde, ist kein Zufall. Für kaum ein anderes Land gilt so sehr, dass es „zwischen Ost und West“ liegt. Doch die Ukraine liegt nicht nur in einem „Zwischen“, sondern zu ihr gehört aufgrund ihrer Geschichte die östliche, auf Russland hin orientierte Tradition ebenso wie eine nach Westen ausgerichtete, die in früheren Jahrhunderten nach Warschau und Wien geblickt hat, sich heute jedoch vor allem auf Brüssel konzentriert. Das Schaffen einer nationalen Identität im ganzen Land, die diese beiden Pole in sich vereinen würde, wäre eine wichtige Aufgabe seit dem Ende der Sowjetunion und der Unabhängigkeit der Ukraine gewesen – leider standen aber bei den politischen Eliten im Lande immer andere, meist eigene Interessen im Vordergrund. Allerdings sieht es momentan so aus, als sei angesichts und wegen des Konfliktes das Nationalgefühl in allen Regionen des Landes stark gewachsen.

In diesem Heft wollen wir die Ukraine mit Aspekten vorstellen, die viele Leserinnen und Leser vielleicht noch nicht kennen. Ohne die Ereignisse des Winters 2013/14 auf dem „Majdan“, dem Unabhängigkeitsplatz, lässt sich die heutige Lage des Landes nicht verstehen; es ist daher naheliegend, dass den Geschehnissen und auch dem Platz selber gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das Problem der ukrainischen Identität zeigt sich in der Sprachenfrage, aber auch im Nationalbewusstsein; darauf werden wir ebenfalls eingehen. Wir hoffen, damit und mit den anderen Beiträgen unseren Leserinnen und Lesern Hintergrundinformationen zu einem Land in Europa geben zu können, das wichtig ist und wohl immer wichtiger werden wird.

Die Redaktion

Katrin Boeckh

Ukraine 2000plus: Revolutionen ohne Ende?

Prof. Dr. Katrin Boeckh ist am Arbeitsbereich Geschichte des Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg tätig und apl. Professorin für Ost- und Südosteuropäische Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Die Ukraine ist mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und mit dem militärischen Konflikt im Osten des Landes wieder in das europäische Blickfeld gerückt. Der vorliegende Beitrag möchte diese Ereignisse überblicksartig aus ihrer Vorgeschichte herleiten. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf den Hintergründen, die in die zwei Revolutionen, die Orangene Revolution 2004/2005 und den Euromajdan 2013/2014, einmündeten, und auf den teils politisch geförderten Missständen, die zur Mobilisierung des Protestes eines breiten Teils der Bevölkerung führten.

Als sich die Ukraine 1991 aus der Sowjetunion löste und die staatliche Unabhängigkeit proklamierte, versperrte sich Moskau nicht, bestand allerdings auf zwei militärischen Forderungen, die einige Jahre später eine enorme Bedeutung bekommen sollten: Zum einen musste die Ukraine ihre Atomwaffen abgeben; Kiew trat 1994 dem Atomwaffen-sperrvertrag bei. Zum anderen hatte die Ukraine die Schwarzmeerflotte mit Russland zu teilen und einen russischen Flottenstützpunkt auf der Krim, in Sewastopol, zu garantieren. Beide Aspekte senkten augenscheinlich das militärische Potenzial der Ukraine so stark, dass sich Russland 2014 die Krim kampflos einverleiben und in der Ostukraine recht unverdeckt militärisch festsetzen konnte und damit die Ukraine in die bedrohlichste Situation seit 1991 zwang. Somit besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Prozess der ukrainischen Unabhängigkeitserklärung vor über zwei Jahrzehnten und der gegenwärtigen Lage, der vor allem in den permanenten außenpolitischen Rücksichtnahmen der Ukraine liegt, und die auch deshalb – aber nicht nur – kaum innenpolitische Erfolgsmomente vorweisen kann. Der Konflikt in der Ukraine ab

2013/14 ist daher auch als Folge der Auflösung der Sowjetunion zu interpretieren.

Seit jener Zeit erlebte die Ukraine nicht weniger als zwei Revolutionen – so die Selbstbezeichnung – und durch den Druck der Öffentlichkeit erzwungene Regierungswechsel – die Orangene Revolution 2004/2005 und den Euromajdan 2013/2014, deren Folgen noch gar nicht übersehen werden können. Der Beitrag möchte diese Ereignisse übersichtsartig aus ihrer Vorgeschichte und ihrem Kontext herleiten. Dabei wird auch beleuchtet, wie ukrainische Machthaber, nachdem sich die Ukraine 1991 gewaltlos aus dem sowjetischen Machtbereich lösen konnte, immer wieder Gewalt gegen unliebsame Bürger einsetzten und damit

Krim - Zankapfel zwischen der Ukraine und Russland

Die im Norden des Schwarzen Meeres gelegene Halbinsel Krim, über eine Landenge¹ mit dem (ukrainischen) Festland verbunden, umfasst ca. 27.000 km² mit einer Bevölkerung von ungefähr 2,3 Millionen Menschen (ca. 60 % Russen, 25 % Ukrainer, 12 % Krimtataren u. a.). In der Antike hieß die Halbinsel „Tauris“ und war von Skythen, später Griechen besiedelt. Im 13. Jahrhundert wurde sie durch die Mongolen (Tataren) erobert und trägt seither den Namen „Krim“ (mongolisch „Festung“). Zum Russischen Reich kam das Gebiet im 18. Jahrhundert (endgültige Annexion unter Zarin Katharina II. 1783). Durch Ansiedlung russischer Kolonisten ging der Anteil der muslimischen Krimtataren an der Bevölkerung zurück. 1944 wurden die Tataren gewaltsam deportiert, 1945 ihre 1921 gegründete Autonome Republik aufgelöst. 1954 wurde die Krim an die Ukraine angeschlossen. Nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 erhielt die Hafenstadt Sewastopol wegen der dort stationierten russischen Schwarzmeerflotte einen Sonderstatus, der jedoch zur Quelle wiederholter Streitigkeiten zwischen der Ukraine und Russland wurde. Während der innenpolitischen Krise der Ukraine 2013/14 spitzten sich die Konflikte zwischen Russen und Ukrainern auf der Halbinsel zu und mündeten am 16. März 2014 in eine Volksabstimmung über den Status der Krim ein, in dem sich die Mehrheit der Bevölkerung für einen Beitritt zur Russischen Föderation aussprach; der Vertrag wurde von russischer Seite durch den Föderationsrat in Moskau am 21. März 2014 ratifiziert. Dieser Schritt wird jedoch von der Ukraine und dem größten Teil der internationalen Staatengemeinschaft als völkerrechtswidrig betrachtet.



Christof Dahm

¹ Die Skizze gibt nur die groben Umrisse der Halbinsel Krim wieder; so ist die Landenge (gestrichelte Linie) in der Wirklichkeit wesentlich schmäler.

ein Klima der Repression aufrechterhielten, das nicht unwesentlich in den Euromajdan führte.

Der Weg in die Orangene Ukraine

Unter dem ersten postsowjetischen Präsidenten Leonid Krawtschuk (1991-1994) und seinem Nachfolger Leonid Kutschma (1994-2005) ging die Transformation der sowjetischen Zentral- und Planwirtschaft

In der unabhängigen Ukraine behielten die alten sowjetischen Kader unter dem nationalen Vorzeichen ihre alten Positionen.

mit einem Einparteiensystem in eine Marktwirtschaft und den Parteienpluralismus eines demokratischen Staates nur zögerlich vonstatten. Der Grund war vor allem, dass die Eliten in Politik und Wirtschaft nicht ausgewechselt

wurden: Die alten sowjetischen Kader behielten ihre Positionen, nun aber unter nationalem Vorzeichen. Anders als etwa in Polen, Ostdeutschland und der Tschechoslowakei fand in der Ukraine keine Lustration der sowjetischen Nomenklatur statt; Behördenmitarbeiter blieben in ihren Arbeitsplätzen, ohne dass die Überprüfung einer möglichen Zusammenarbeit mit dem staatlichen Geheimdienst durchgeführt wurde. Das wirtschaftliche Eigentum blieb ebenfalls konzentriert in den Händen von wenigen Oligarchen. Charakteristisch war weiter, dass diese Oligarchen begannen, sich in die politischen Vorgänge einzuschalten und sie nach ihren eigenen Interessen zu steuern.² Ein Beispiel dafür war der Donbass-Clan, der unter Kutschma als seinen politischen Gralshüter Viktor Janukowitsch nach vorne brachte. Zwischen 2002 und 2005 bekleidete er das Amt des Ministerpräsidenten.

Während der sowjetischen Zeit als „Kornkammer“ des Imperiums bezeichnet, vertieften sich in der post-sozialistischen Ukraine die regionalen ökonomischen Schwerpunkte: landwirtschaftliche Betriebe im Westen, Industrie und Bergbau im Osten, Dienstleistungen vor allem im Großraum Kiew.³ Die Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards der Bevölkerung wurde zwar allenthalben als wirtschaftspolitisches Ziel

2 Zur Rolle der Oligarchen vgl. auch den Beitrag von Steffen Halling in vorliegendem Heft.

3 Vlad Mykhnenko: Ukraine's diverging space-economy: The Orange Revolution, post-soviet development models and regional trajectories. In: European Urban and Regional Studies (April 2010) 17, S. 141-165 (<http://eur.sagepub.com/content/17/2/141.full.pdf+html>; letzter Zugriff: 27.10.2014).

proklamiert, eine nachhaltige Umsetzung gelang aber kaum. Lange Zeit haben „rote Direktoren“ dafür gesorgt, dass ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen zu Lasten der Allgemeinheit befriedigt wurden, während die Modernisierung wichtiger Wirtschaftsunternehmen und damit die globale Wettbewerbsfähigkeit ukrainischer Produkte auf der Strecke blieb. Eine zentrale volkswirtschaftliche Bedeutung hat der Energiesektor, der ebenfalls lange durch fehlende Reformen und gleichzeitige politische Vorgaben anstelle von Wettbewerbsbedingungen blockiert war. Bedeutsam ist die ukrainische Abhängigkeit von den Gaslieferungen aus Russland, die einen Großteil des Bedarfs des Landes ausmachen. Allerdings ist Russland seinerseits angewiesen auf die durch die Ukraine nach Westeuropa führenden Gaspipelines, durch die russische Gaslieferungen fließen. Russland hat der Ukraine einen niedrigen Gaspreis gegen den Transit eingeräumt, was zur Folge hatte, dass die Industrie in der Ukraine gasabhängig ist, keine effizienten und energiesparenden Methoden eingeführt hat und die Verbraucher in ihrem Konsumverhalten nicht zur Sparsamkeit angehalten werden. Mehrfach hat Russland in den letzten Jahren durch Erhöhung des Gaspreises und, wenn sich die ukrainische Regierung diesem verweigerte, durch Abdrehen des Gashahnes versucht, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Eine weitere indirekte Einflusszone pflegt Moskau über die Russische Orthodoxe Kirche, die auf die mehrfach gespaltene orthodoxe Kirche in der Ukraine einwirkt und die gemeinsame slawische Verbindung betont.

Auch die Demokratisierung der staatlichen Strukturen schleppte sich hin. Betroffen ist jeder Bürger von der in vielen öffentlichen Bereichen herrschenden Korruption, die nicht eingedämmt wurde. Für Betriebe sind besonders Zulassungs- und Inspektionsverfahren mit Schmiergeldzahlungen verbunden. Zu diesen Auswüchsen staatlicher Ohnmacht kamen politisch mindestens tolerierte Menschenrechtsverletzungen: Journalisten wurden gegängelt und in nicht unbeträchtlicher Zahl ermordet. Erinnert sei an den Fall des regierungskritischen Journalisten Georgij Gongadse, der im Jahr 2000 umgebracht wurde, was Präsident Kutschma fast sein Amt gekostet hätte, weil ihm eine Beteiligung vorgeworfen wurde.

Dies sind nur einige Aspekte der fehlenden Rechtsstaatlichkeit und Instabilität des Landes, weitere liegen in der wirtschaftlichen Schwäche, die der Bevölkerung kaum Perspektiven bot. Ein nächster Faktor innerer Instabilität war die regionale Diversität der Ukraine, begründet in einer unterschiedlichen kulturellen Verankerung durch verschiedene religiöse

Schwerpunkte (griechisch-katholische Kirche regional in der Westukraine, Orthodoxie in Zentral-, Ost- und Südukraine), durch sprachliche Zuordnungen bzw. deren Instrumentalisierung (auch wenn ein großer Teil der ukrainischen Bevölkerung sowohl russisch als auch ukrainisch spricht und versteht,⁴ wird von vielen ukrainisch im Westen und russisch im Osten, Süden und in der Zentralukraine bevorzugt, wo allerdings eine große Anzahl von Sprechern eine ukrainisch-russische Mischsprache, das nicht kodifizierte Suržyk, verwendet), aber auch durch die unterschiedlichen Prägungen der historischen Zugehörigkeiten: Während die Westukraine zuerst zum habsburgischen Reich gehörte, ab 1918 ein Teil Polens war (mit Ausnahme der zu Rumänien gehörenden Bukowina und der zur Tschechoslowakei gehörenden Karpatenukraine) und erst 1939 bzw. 1940 und 1944 an die Sowjetunion fiel, war der Großteil der übrigen ukrainischen Regionen Teil des Russischen Reichs und dann der neu gegründeten Sowjetunion. Die Folge waren nicht nur differierende Einstellungen in politisch-historischen Fragen – wie der Bewertung der Beteiligung am Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Sowjetunion oder dagegen und der daraus resultierende Konflikt bei der Veteranenversorgung – und ein fehlender nationaler Konsens in Fragen, die mit der eigenen Geschichte zusammenhängen, sondern auch und vielmehr unterschiedliche politische Wertvorstellungen, die sich immer wieder in differierenden Wahlergebnissen manifestierten. An diesen nämlich ließ sich wiederholt eine größere Zustimmung zu pro-westlichen Kandidaten in der Westukraine feststellen, während diese in den übrigen Gebieten geringer war und im Osten zugunsten eines pro-russischen Kandidaten ausfiel. Worin sich aber viele westeuropäische Auguren täuschten, war die Erwartung, dass daraus eine staatliche Spaltung der Ukraine resultieren könne, die bis heute nicht eingetreten ist und auch in den Zeiten ernster politischer Konflikte nicht in Erwägung gezogen wurde. Regelmäßig durchgeführte soziologische Untersuchungen in den Städten Lviv in der Westukraine und in Donezk (Ostukraine) belegen nämlich, dass diese beschworenen Unterschiede zwar als „dramatisch“ einzustufen waren, nicht aber als „tragisch“ in dem Sinn, dass sie mehrheitlich eine Auflösung des Staates und den Verzicht auf die staatliche

⁴ Gerd Hentschel: Die Sprache der Macht. In: Süddeutsche Zeitung, 01.10.2014, einsehbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/konflikt-in-der-ostukraine-die-sprache-der-macht-1.2153373> (letzter Zugriff: 03.11.2014); vgl. außerdem den Beitrag von Anja Lange in vorliegendem Heft.

Souveränität befürworten würden, nicht einmal in den Krisenjahren 1994 und 2004.

Die Perspektive eines EU-Beitritts war (und ist) für viele Ukrainer ein echtes Hoffnungszeichen auf Besserung. Entladen hat sich diese Hoffnung in dem Massenprotest zum Jahreswechsel 2004/2005. Auslöser für diesen waren die Wahlfälschungen, die von Viktor Janukowitsch als Präsidentschaftskandidaten und seinen Anhängern zu verantworten waren und die diesem angeblich den Wahlsieg einbrachten. Der daraufhin erzeugte öffentliche Druck und die Protestkundgebungen, deren Mittelpunkt auf dem Majdan in Kiew, aber auch in anderen Städten vor allem in der West- und Zentral-Ukraine lagen,

Für viele Ukrainer war (und ist) die Perspektive eines EU-Beitritts ein echtes Hoffnungszeichen auf Besserung.

führte dazu, dass sich das Oberste Gericht der Ukraine für eine Wiederholung der Stichwahl aussprach. Diesmal setzte sich der Pro-Europäer Viktor Juschtschenko durch, Ministerpräsident Janukowitsch ging in die Opposition. Die Bedeutung der Orangen Revolution liegt darin, dass zum ersten Mal durch den Massenprotest einer politisch mobilisierten Öffentlichkeit das System gestürzt wurde. Auch hat sie das „Demonstrations-Know How“ weiter entwickelt, das dafür sorgte, dass die Massen mobilisiert werden konnten und das erneut ab Oktober 2013 zum Einsatz kam.

Dennoch verließen jene Kräfte, die die Orangene Revolution getragen hatten, bald die politische Bildfläche. Ihre politischen Erfolge waren zudürftig und es gab kein Konzept, das zu einer wirklichen gesellschaftlichen und politischen Reform geführt hätte. Außerdem haben sich die Kräfte der Orangen Revolution in der Folgezeit zerstritten – aus einem persönlichen, ja irrationalen Antagonismus heraus, nicht wegen unterschiedlicher politischer Ansichten. Dass Juschtschenko Ministerpräsidentin Julia Timoschenko 2006 entließ, schwächte die orangene Phalanx empfindlich. In der folgenden Zeit bekämpften sich also die prowestlichen Kräfte gegenseitig. Auch Moskau unternahm nicht wirkungslose Versuche, Einfluss auf das Land auszuüben, sichtbar an den Konflikten um russische Gaslieferungen mit Höhepunkten in den Jahren 2006, 2008 und 2009, dann an der direkten Beeinflussung von Wahlen in der Ukraine sowie an den Versuchen, Kiew näher an die östliche Wirtschaftsunion unter russischer Ägide heranzuführen.⁵ Das Verhältnis

⁵ Oleh Havrylyshyn: Europaperspektiven der EU. In: Ukraine-Analysen, Nr. 199 vom

zwischen Kiew und Moskau erlebte während des Kaukasuskrieges 2008, als russische Truppen auf georgischem Gebiet vordrangen, eine neuerliche Anspannung. In dieser Situation drohte Juschtschenko sogar damit, die Häfen auf der Krim zu blockieren.

Positiv kann aber gewertet werden, dass es vor allem 2009 zu einer wirtschaftlichen Aufhellung und zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zwischen 4 und 5 Prozent kam, nachdem im Jahr zuvor wirtschaftliche Reformen angestoßen worden waren. Weiter ist die Pressefreiheit zu betonen, die unter Juschtschenko durchgesetzt wurde und sich von den Verfolgungen von Journalisten unter seinem Vorgänger und Nachfolger abhebt. Am Ende war seine Bilanz jedoch ernüchternd: Das öffentliche Bekenntnis zu einer Europäisierung der Ukraine reichte bei weitem nicht aus, diese auch nur annähernd durchzusetzen. Letztlich bedeutete seine Regierung wie auch jene seiner Vorgänger eine verlorene Zeit für das Land, verschenkte Möglichkeiten und einen erneuten Vertrauensverlust in die Kiewer Regierung. Die Folge war wenig überraschend, nämlich dass sich bei den Parlamentswahlen 2006 die Verhältnisse im Parlament zugunsten der prorussischen Vertreter veränderten und Janukowitsch erneut die Regierung übernahm. Die Ideen der Orangenen Revolution traten immer mehr in den Hintergrund.

Roll-back unter Janukowitsch (2010-2014)

In der Stichwahl der vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 7. Februar 2010 konnte Juschtschenko-Gegner Viktor Janukowitsch nur knapp mit 48,95 Prozent gegen seine Gegenkandidatin, die amtierende Ministerpräsidentin Timoschenko gewinnen; Juschtschenko war bereits im ersten Wahlgang mit 5,5 Prozent abgeschlagen. Die Wahlen waren demokratisch und ohne Unstimmigkeiten durchgeführt worden, wie die OSZE, die eine unabhängige Wahlbeobachtung durchführte, bestätigte. War dies bereits auf ein „orangenes Selbstverständnis“ zurückzuführen, so gehört dazu umso mehr, dass in ihrem Sinn überhaupt ein Machtwechsel in Kiew stattfand – weder in Russland noch in Belarus war ein solcher Stabswechsel bisher möglich. Gleichwohl war die Wahl auch nicht als Abwahl der orangenen Positionen zu charakterisieren, denn Timoschenko war als orangene Protagonistin bestätigt worden. Januko-

25.06.2013, einsehbar unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen119.pdf>, S. 16 f., hier S. 17 (letzter Zugriff: 03.11.2014).

witsch konnte sich auf seine Wähler in den südlichen und östlichen Gebieten der Ukraine verlassen; in den Gebieten Donezk und Luhansk im Donbass erhielt er 90 Prozent der Stimmen. Timoschenko konnte im Westen und in der Mitte der Ukraine Gewinne einfahren.

Präsident Janukowitsch polte schnell die West-Ausrichtung, die unter Juschtschenko Vorrang gehabt hatte, in eine stärkere Orientierung an den östlichen Nachbarn um. Mit einem symbolhaften Paukenschlag begann er noch 2010, indem er den Pachtvertrag, der Russland die Stationierung von Soldaten und Kriegsschiffen in Sewastopol zugestand, vorzeitig bis zum Jahr 2042 verlängerte; damit erkaufte er sich eine Senkung der russischen Gaspreise. Gleichzeitig behielt er aber die Verhandlungen mit der EU über ein geplantes Assoziierungsabkommen bei, vereinbarte mit der EU einen Aktionsplan zur Abschaffung des Visaregimes und begann erste Schritte zu einer Reformierung der Verwaltung und des Sozial- und Rentensystems.⁶

Im Folgenden sicherte er seine eigene Position immer stärker ab. Im März ersetzte er Premierministerin Timoschenko durch seinen Vertrauten Mykola Azarov. Minister, die bereits unter Janukowitschs Regierung von 2002-2005 eingesetzt waren, kamen ebenfalls wieder in Ämter. Auch die Gebiets- und Stadtparlamente und die Bürgermeisterposten wurden mit Vertretern von Janukowitschs „Partei der Regionen“ bestückt, sodass die Zentralisierung des Landes voranschritt. Weitere Meilensteine des demokratischen Verfalls waren die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1996, die 2004 durch Zugeständnisse an das Parlament die starke Position des Staatspräsidenten eingedämmt hatte, durch das ukrainische Verfassungsgericht am 1. Oktober 2010 sowie die landesweiten Kommunalwahlen vom 31. Oktober 2010. Aufgrund zahlreicher Wahlverstöße nimmt es nicht Wunder, dass die OSZE und das Europaparlament den Wahlvorgang als nicht frei oder fair und damit demokratischen Standards nicht genügend charakterisierte. Im Ergebnis sicherten die Wahlresultate der „Partei der Regionen“ eine Vergrößerung ihrer Machtbasis in den ukrainischen Gebieten.

Es wäre zu kurzatmig, die politische und sonstige Stagnation unter Janukowitsch alleine ihm und seinem Streben nach Autokratie und Machtsicherung zuzuschreiben. Dies nämlich hätte sich nicht durchset-

⁶ Nico Lange: Ukraine: Politische Bilanz 2010. Ein Jahr signifikanter politischer Veränderungen; einsehbar unter: <http://www.kas.de/ukraine/de/publications/21569> (letzter Zugriff: 03.11.2014).

zen lassen, wenn es nicht auf ein vorbereitetes Fundament getroffen wäre, das kaum oppositionelle Kräfte, aber reichlich sowjetische Erbschaften barg: eine noch immer recht schwache Zivilgesellschaft und alte Kader in Behörden, der Polizei und einem willfährigen Parlament. Weiterhin wurde das Justizsystem instrumentalisiert, um politische Gegner aus der Öffentlichkeit verschwinden zu lassen. Am bekanntesten ist sicherlich der Fall Julia Timoschenko. Das Strafverfahren gegen die entlassene Ministerpräsidentin wurde unter dem Vorwurf, sie habe staatliche Einnahmen unsachgemäß eingesetzt, im Dezember 2010 eröffnet. Im Oktober 2011 wurde sie zu sieben Jahren Haft, anschließend dreijährigem Verbot, öffentliche Ämter zu übernehmen, sowie zu einer Zahlung von 137 Millionen Euro als Entschädigung verurteilt. Kritik aus dem Westen an der vorgefassten Meinung des Gerichts begegnete Janukowitsch mit dem Verweis auf die „Unabhängigkeit“ der ukrainischen Justiz. Obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention bezüglich der rechtmäßigen Prozessführung und bezüglich der Haftbedingungen Timoschenkos verurteilte, blieb die dem Regime unliebsame Politikerin in Haft. Erst im Februar 2014 kam sie im Zuge des Euromajdan frei.

In dieselbe Richtung geht, dass die unter Juschtschenko garantierte Pressefreiheit Zug um Zug wieder eingeschränkt wurde. Wirtschaftlicher Druck auf die in den Medien tätigen Unternehmer, aber auch der Einsatz von Mitarbeitern des Geheimdienstes (SBU) sorgte dafür, dass sich Journalisten einer Selbstzensur unterwarfen. Im November 2012 trat ein umstrittenes Referendumsgesetz in Kraft, mit dem Janukowitsch seine Kompetenzen als Präsident stark ausweitete und umfassende Vollmachten für die Neugestaltung der Verfassung ohne parlamentarische Mitwirkung erhielt.

Während Janukowitsch ein Jahr nach seiner Wahl die Position eines autoritären Herrschers erreicht hatte und das Parlament, in dem die „Partei der Regionen“ über die Mehrheit verfügte, zu einem willigen Vollstrecker umfunktioniert hatte, blieben bestehende Missstände unverändert oder verstärkten sich sogar in einem Klima der Erstarrung: Korruption war noch immer ein endemisches Problem: im Corruption Perception Index von 2013 nahm die Ukraine von 177 Staaten Platz 144 ein. Auch die dringend benötigte Modernisierung der Industrie wurde nicht in Angriff genommen.

Seit 2012 haben Korruption, Beschränkung der Pressefreiheit und andere Missstände zugenommen.

Die ökonomische Lage der Ukraine erreichte bis heute kein zufriedenstellendes Niveau, geschweige denn auch nur einen annähernden Wohlstand für die Bevölkerung. Dabei ist das Land reich an Ressourcen wie Kohle, Öl und Gas sowie fruchtbaren Boden, und die Bevölkerung ist relativ gut ausgebildet. Auch die Durchleitungsgebühren für russisches Gas durch ukrainische Pipelines nach Westeuropa bringen dem Staatshaushalt beträchtliche Einkünfte. Dennoch betrug das durchschnittliche Monatseinkommen im Jahr 2012 nominal 275 Euro, was nur 23 Prozent des BIP pro Kopf in Kaufkraftparität des EU-27-Durchschnitts ausmacht.⁷ Viele junge Ukrainer begegnen der wirtschaftlichen Misere dadurch, dass sie in das Ausland abwandern, sodass ein „brain drain“ dem Land innovative Kräfte entzieht. Kredite beim Internationalen Währungsfonds – 2008 wurde eine Anleihe über 16,4 Milliarden US-Dollar aufgenommen, weitere folgten – stabilisieren seither die zerstörten Staatsfinanzen. Dies, die unter Janukowitsch und seinen Vorgängern zugelassene Korruption in öffentlichen Ämtern, die Willkür der Behörden und die zunehmende autoritäre Politik des Staatspräsidenten, der sich an die Spitze einer Machtvertikale setzte, steigerten die öffentliche Unzufriedenheit mit der internen Situation des Landes.

Zwischen Europäischer und Eurasischer Union

Die Alternative Europa schien vielen Ukrainern wieder als ein Ausweg aus der Misere. Einer Umfrage des Razumkov-Zentrums in Kiew vom Dezember 2012 zufolge wünschten sich 42 Prozent der Ukrainer die EU-Mitgliedschaft ihres Landes, 32 befürworteten das östliche Gegenstück, die Eurasische Union, also die Zollunion mit Russland, Weißrussland und Kasachstan.⁸ Die EU verhandelte mit der Ukraine über ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen bis zum Oktober 2011, das schließlich paraphiert wurde und im November 2013 auf einem EU-Gipfel in Vilnius unterzeichnet werden sollte. Während Janukowitsch gleichzeitig Interesse an einem Beitritt zur Eurasischen Union

⁷ Tabellen und Grafiken zum Text. Regionale Wirtschaftskennzahlen. In: Ukraine-Analysen, Nr. 111 vom 22.01.2013, einsehbar unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen111.pdf>, S. 2-9, hier S. 6 (letzter Zugriff: 03.11.2014).

⁸ Katerina Malygina: Ukraine am Scheideweg? Fortsetzung der Multivektorpolitik und der Politik der halben Schritte in der Ukraine. In: Ukraine-Analysen, Nr. 119 vom 25.06.2013, einsehbar unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen119.pdf>; S. 19-21, hier S. 19 (letzter Zugriff: 04.11.2014).

und dann – nach Widerspruch durch den Präsidenten der EU-Kommision Barroso – nur an einem Beobachterstatus bekundete, blockierte das ukrainische Parlament mehrfach die Vorbereitung der EU-Assoziierung, bis sie im September 2013 schließlich verabschiedet wurde.

Als die Regierung unter Ministerpräsident Azarov am 21. November 2013 beschlossen hatte, die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens auf unbestimmte Zeit zu verschieben, war dies für viele Ukrainer der Auslöser für eine Protestbewegung, die unter dem Namen „Euromajdan“ firmierte. Sie begann ähnlich wie die orangene Revolution in Kiew, wo sich ab November 2013 zunächst einige Zehntausend Kiewer versammelt hatten, dann aber Millionen Unterstützer im ganzen Land fanden. Ein Ergebnis der „Revolution der Würde“, wie sie genannt wurde, bestand in der Vertreibung Janukowitschs nach Russland,⁹ von wo er weiter die Lage in der Ostukraine beeinflusst; wichtig ist aber auch, dass nach der Präsidentschaftswahl am 25. Mai 2014 mit Petro Poroschenko erstmals ein Kandidat der gesamten Ukraine gewählt wurde.

Inwiefern der „Majdan“ als Synonym für außerparlamentarische Opposition und den Willen des Volkes, das hier politische Verantwortung übernahm, integrativ wirken kann, muss sich in den nächsten schweren Jahren erweisen. Schwere Hypotheken bleiben die marode Wirtschaft, die Schwäche der Staatsfinanzen und der staatlichen Institutionen, der Kriegszustand in der Ostukraine und die durch Russland völkerrechtswidrig annexierte Krim, was andererseits einen bisher nicht dagewesenen Patriotismus der Bevölkerung bewirkte. Die Rücksichtnahme auf Moskau, das durch Gewalt und durch anderen Druck immer wieder auf die Ukraine einwirkt, wird ebenfalls eine Schicksalsfrage für Kiew bleiben.

⁹ Die Ereignisse im Februar 2014 werden unterschiedlich bewertet: Am 22.02.2014 erklärte das Parlament in Kiew Präsident Janukowitsch für abgesetzt und schrieb Neuwahlen für den 25.05.2014 aus. Janukowitsch erkannte seine Absetzung jedoch nicht an und bezeichnete die Vorgänge in Kiew als Staatsstreich. Zur juristischen Problematik vgl. Otto Luchterhandt: Der Sturz des ukrainischen Präsidenten Janukovyc im Februar 2014 und seine rechtliche Bewertung. In: Osteuropa-Recht 60 (2014), H. 4 (erscheint im Dezember 2014).

Die Rolle der Oligarchen und der Umbruch in der Ukraine

Dipl. Pol. Steffen Halling ist Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Osteuropa und Eurasien“ in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.

Der Sturz Janukowitschs im Februar 2014 hat ebenso wie vorherige politische Machtwechsel auch die Rolle der Oligarchen beeinflusst. Während einige Akteure, insbesondere die „Familie“ Janukowitschs, Einfluss verloren haben, haben andere an Macht gewonnen. Hierzu gehört vor allem der im Mai zum Präsidenten gewählte Petro Poroschenko. Auch Ihor Kolomojskyj ist durch die Ernennung zum Gouverneur der Region Dnipropetrowsk mächtiger als je zuvor. Die Rolle von Rinat Achmetov, dem bislang reichsten Oligarchen der Ukraine, bleibt im Zuge des Krieges im Donbass indes unklar.

Das Wirtschaftsmagazin *Forbes* zählte im Jahr 2013 zehn ukrainische Unternehmer zu den reichsten Personen der Welt. Mit einem geschätzten Vermögen von 15,4 Milliarden US-Dollar befand sich der reichste hier aufgeführte Ukrainer, Rinat Achmetov, auf Platz 47 des weltweiten Ratings. Zum gleichen Zeitpunkt sollen die einhundert reichsten Personen der Ukraine insgesamt über ein Vermögen von 53 Milliarden US-Dollar verfügt haben. Dies entspricht etwa einem Drittel des ukrainischen Bruttoinlandproduktes. Die meisten dieser Personen gelten als Oligarchen – das heißt als Akteure, die aufgrund ihres beträchtlichen Vermögens für die Volkswirtschaft besonders relevant sind und gleichzeitig großen Einfluss auf die Politik nehmen. Die gegenwärtigen Krisen sowie der Krieg im Donbass haben dazu geführt, dass die Oligarchen bedeutende Einbußen erlitten haben. Da sie jedoch nach wie vor fest in der Politik und Wirtschaft des Landes verhaftet sind, heißt das nicht, dass sie gleichzeitig auch an Macht und Einfluss verloren haben.

Der Karrierebeginn der Oligarchen

Der Aufstieg der Oligarchen, die in der Ukraine eine größere Bedeutung haben als in anderen Ländern der Region, lässt sich in verschiedene Phasen unterteilen.¹ Der Nährboden ihrer Finanzkraft wurde mit dem Zerfall der Sowjetunion geschaffen. Klassische erste Profitquellen stellten in der frühen Phase der Umverteilung staatlichen Vermögens Handels- und Finanzgeschäfte dar. Lukrativ waren besonders Geschäfte mit Gütern

Der Aufstieg der Oligarchen lässt sich nur durch Unterstützung seitens der Administration und durch Korruption erklären.

und Rohstoffen, die zu einem staatlich regulierten Preis in der Ukraine gekauft und mit erheblichen Gewinnmargen auf dem Weltmarkt verkauft werden konnten. Auch der Handel

mit Erdgas stellte eine Möglichkeit dar, sich früh zu bereichern und zudem erste Unternehmen zu übernehmen, die angehäufte Schulden nicht begleichen konnten. Finanzgeschäfte waren ebenso ertragreich. Neben Wechselkursspekulationen, die während der Hyperinflation, die die Ukraine zwischen 1991-1994 ereilte, enorme Gewinne abwerfen konnten, bot sich den ersten privaten Banken die Möglichkeit, billige Staatskredite aufzunehmen und diese zu normalen Zinssätzen an ihre Kunden weiter zu geben. All diese Geschäfte erforderten stets ein hohes Maß an administrativer Unterstützung und Korruption. Nur so war es möglich, bei der Vergabe von Import- und Exportlizenzen berücksichtigt zu werden oder günstige Zentralbankkredite zu erhalten. Im Unterschied zu Oligarchen in Russland, die bereits ab 1995 relevante Staatsbetriebe privatisieren konnten, setzten Privatisierungen von Großbetrieben in der Ukraine wesentlich später ein und stellten so auch zunächst keine Profitquelle der ukrainischen Oligarchen dar.

Kutschma und die Oligarchen

Die zweite Phase des Aufstiegs der Oligarchen fällt mit der Präsidentschaft Leonid Kutschmas (1994-2005) zusammen. Kutschma zeichnete sich dadurch aus, dass er die Loyalität unterschiedlicher regionaler informeller Netzwerke gewinnen und seine Macht peu à peu ausbauen konnte. Ein ständiges Rotieren von politischen Positionen sorgte dafür, dass

¹ Dazu auch Heiko Pleines: Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004. Münster 2005, S. 75 ff.

keine dieser Gruppen zu viel Macht erlangen konnte. Die Oligarchen stellten dabei eine entscheidende Säule in Kutschmas autoritärem Herrschaftssystem dar, indem sie für die Gewährung von wirtschaftlichen Vorteilen Kutschmas Machtausbau politisch unterstützten. Im Kern erfolgte diese politische Unterstützung auf zwei Arten: Ihr zuvor akkumuliertes Vermögen nutzten sie, um Einfluss auf das Parteiensystem zu nehmen und nach den Parlamentswahlen 1998 die Bildung einer präsidentiellen Mehrheit im Parlament, der *Verchovna Rada*, zu ermöglichen. Ein zweites Instrument ihrer politischen Einflussnahme eröffnete sich durch ihre Investitionen in Massenmedien. So gelang es ihnen, Kutschmas Wiederwahl 1999 durch die mediale Berichterstattung zu unterstützen.

Während der Präsident seine Macht auf Kosten der Gewaltenteilung ausbauen konnte, bestand für die Oligarchen der Nutzen ihrer Einflussnahme darin, dass jene politischen Kräfte, die zuvor eine Gesetzgebung zur Privatisierung so genannter strategisch wichtiger Großbetriebe verhinderten, entmachtet wurden. Hierbei handelte es sich um so genannte „Rote Direktoren“, das heißt um die Leiter jener staatlichen Großbetriebe, die von üppigen staatlichen Subventionszahlungen profitierten und über die kommunistische Partei traditionell über eine Mehrheit im Parlament verfügten. Nachdem die Oligarchen mehrere parlamentarische Fraktionen und Abgeordnetengruppen unter ihre Kontrolle gebracht hatten, war die Privatisierungsblockade gebrochen. Nun konnten sie die Mehrzahl der größten Privatisierungsauktionen gewinnen und somit den Ausbau ihrer branchenübergreifenden Unternehmensholdings vorantreiben. Die Durchführung der Privatisierungen bevorzugte dabei die Oligarchen vor allem gegenüber ausländischen Konkurrenten. Gleichzeitig waren die Verkaufspreise in der Regel äußerst niedrig und stellten teilweise nicht mehr als einen doppelten Jahresgewinn der betroffenen Betriebe dar.²

Die Orangene Revolution

Das Ausscheiden Kutschmas und der Machtwechsel in Folge der orangenen Revolution 2004/2005 brachten für die Oligarchen schließlich mehrere Herausforderungen mit sich. Um ihr Vermögen zu sichern und

2 Vgl. Heiko Pleines: Manipulating Politics: Domestic Investors in Ukrainian Privatisation Auctions 2000-2004. In: Europe-Asia Studies, Vol. 60 (2005), N. 7, S. 1177-1197.

weiterhin vom politischen System profitieren zu können, mussten sie sich nun an eine Situation anpassen, in der kein klares Machtmonopol existierte. Von nun an begannen die Oligarchen, auf verschiedene politische Lager gleichzeitig Einfluss zu nehmen – dies auch deshalb, weil eine 2006 in Kraft getretene Verfassungsänderung die Stellung des Präsidenten gegenüber dem jetzt vom Parlament gewählten Ministerpräsidenten schwächte. Zudem sahen sie sich einer gesellschaftlichen Stimmung ausgesetzt, die mit dem politischen Machtwechsel der Orangen Revolution die Hoffnung auf eine Entmachtung der „Banditen“ verbunden hatte. Spätestens mit Privatisierungserfolgen unter Kutschma waren der politische Einfluss sowie der Reichtum der Oligarchen öffentlich sichtbar geworden. Reprivatisierungsvorhaben, die Unrecht aus der Vergangenheit begleichen sollten, stießen dementsprechend auf breite Zustimmung in der Gesellschaft.

Systematische Reprivatisierungen blieben letztlich aus, unter anderem weil Präsident Viktor Juschtschenko und Ministerpräsidentin Julia Timoschenko hierzu unterschiedliche Pläne verfolgten. Nichtsdestotrotz kam es zur Annulierung der Privatisierung des Stahlwerkes *Kryvorizstal*. Das größte Stahlwerk der Ukraine, das 2004 in den Besitz von Rinat Achmetov und Kutschmas Schwiegersohn Viktor Pinčuk, den zu diesem Zeitpunkt einflussreichsten Oligarchen, überging, konnte in einer neuen Privatisierungsauktion zu einem sechsfachen Preis an einen ausländischen Investor verkauft werden. Der Fall *Kryvorizstal* gilt als beispielhaft für Korruption und Vetternwirtschaft unter Kutschma, aber auch für die Angreifbarkeit der Eigentumsrechte der Oligarchen.

Kooperation und Abhängigkeit unter Janukowitsch

Mit Viktor Janukowitschs Präsidentschaft ab 2010 erfolgte schließlich das, was auch ein Teil der Oligarchen bereits bei dessen erster Kandidatur 2004 befürchtet hatte: Zum einen setzte eine enorme Machtkonzentration beim Präsidenten ein. Innerhalb weniger Monate sicherte er sich die Mehrheit im Parlament und ließ zudem die Verfassungsänderung von 2006 zu seinen Gunsten rückgängig machen. Im Gegensatz zu Kutschma, der stets auch als Mediator zwischen den verschiedenen regionalen Akteursgruppen agierte, erfolgte zum anderen nun eine „Integration“ der Ukraine in Janukowitschs Heimatregion, den Donbass. Janukowitschs hier verwurzelte „Partei der Regionen“ entwickelte sich zu einer gesamtukrainischen Partei der Macht, und Personen, die loyal zu Janu-

kowitsch waren und häufig ebenfalls aus dem Donbass stammten, wurden auf nahezu allen Ebenen der staatlichen Verwaltung eingesetzt.

Von den Oligarchen war Loyalität oder zumindest ein Arrangement mit dem Präsidenten gefordert. Berichterstattung im von den Oligarchen kontrollierten Fernsehen etwa, die dem Präsidenten gefährlich werden konnte, wurde prompt sanktioniert. So sah sich der Oligarch und damalige Miteigentümer des einflussreichen TV-Senders *Inter* Valerij Choroškovskyj gezwungen, die Ukraine zu verlassen, nachdem der Sender vor den Parlamentswahlen 2012 der Opposition eine Agitationsplattform geboten hatte. Neuer Anteilseigner von *Inter* wurde der Leiter von Janukowitschs Präsidialadministration Sergej Ljovočkin. Auch in anderen Bereichen sahen sich die etablierten Oligarchen dem Emporkommen neuer „Mitspieler“ ausgesetzt. Hierbei handelte es sich um die so genannte „Familie“, die sich um Janukowitsch ältesten Sohn gruppierter und in rasantem Tempo Vermögen anhäufte. Bekanntestes Beispiel ist Sergej Kurčenko, der als Freund von Janukowitschs ältestem Sohn Oleksandr gilt und im Alter von 27 quasi über Nacht zum Oligarchen aufstieg. Als neuer „Gaskönig“ tituliert, erwarb Kurčenko unter anderem eine der landesweit größten Erdölraffinerien und begann damit, ein eigenes Medienimperium aufzubauen. Gleichzeitig unterstrich er seine Ambitionen, zukünftiger Patron seiner Heimatregion Charkiv zu werden, indem er von Oleksandr Jaroslavskyj, der bis dahin als „König“ der Region galt, den städtischen Fußballverein *Metalist* „übernahm“.

Während Janukowitsch versuchte, durch die Stärkung des eigenen Clans seinen Machterhalt zu garantieren, erwiesen sich die etablierten Oligarchen dennoch größtenteils als Profiteure des Systems. Trotz Wirtschaftskrise wuchsen die Gewinne ihrer Unternehmen und ihre Vermögen.³ Gleichzeitig zeigte sich insbesondere im öffentlichen Beschaffungswesen, dass die Akzeptanz der Macht des Präsidenten für die Oligarchen Erträge bereit hielt. Die etwa 10 Milliarden Euro teure Fußball-Europameisterschaft 2012 ist das eklatanteste Beispiel dafür, wie Staatsgelder in undurchsichtigen Scheinfirmen versickerten und zur Bereicherung der Elite beitrugen.⁴ Auch im

Bei der Fußball-Europameisterschaft 2012 versickerten Staatsgelder in großem Umfang.

3 Vgl. Iryna Solonenko: Interessensgeflecht und Machtstrategien. Die Oligarchen und der Umbruch in der Ukraine. In: OSTEUROPA 64 (2014), Nr. 5-6, S. 197-215, hier S. 200.

4 Vgl. Steffen Halling, Susan Stewart: Ukrainisches Eigentor vor der EM. Demaskierung des Regimes statt Imagegewinn. SWP-Aktuell, 29.05.2012.

Zuge der Majdan-Proteste machte sich bemerkbar, dass die Handlungslogik der Elite ähnlich wie unter Kutschma dem Prinzip „quid pro quo“ folgte. So hielten die meisten Oligarchen Janukowitsch die Treue, wovon vor allem die Berichterstattung über die Proteste in ihren TV-Sendern zeugte. Ferner stimmte das zu großen Teilen von den Oligarchen kontrollierte Parlament den so genannten „Diktaturgesetzen“ im Januar 2014 zu und tolerierte somit den Versuch, die Proteste systematisch zu unterdrücken. Im Gegenzug wurde ein neuer Haushalt verabschiedet, der mithilfe von Krediten aus Moskau eine noch umfassendere Verteilung von Staatsgeldern ermöglichen sollte.⁵ Erst im Februar, als sich die Unausweichlichkeit des Sturzes Janukowitschs abzeichnete und das Regime auch international in die Isolation geraten war, distanzierten sich schließlich auch die Oligarchen größtenteils vom Präsidenten.

Der Kollaps des Janukowitsch-Regimes, das in dessen Folge entstandene Machtvakuum sowie die russische Aggression haben für die Oligarchen schließlich unterschiedliche Erfordernisse und Möglichkeiten mit sich gebracht. In ihrem Agieren zur Sicherung ihres Vermögens oder zum Ausbau der eigenen Macht stechen Rinat Achmetov, Ihor Kolomajskyj und Petro Poroschenko hervor.

Rinat Achmetov

Rinat Achmetov ist der mit Abstand reichste Oligarch der Ukraine sowie ein langjähriger Förderer Janukowitschs und der „Partei der Regionen“.

Ihm ist es gelungen, aus blutigen Konkurrenzkämpfen der neunziger Jahre zum Kopf der Donezker Regionalelite aufzusteigen. Seine bedeutendsten Privatisierungserfolge erzielte er, nachdem Janukowitsch von Kutschma zum Ministerpräsidenten ernannt worden war (2002) und er erstmals über informelle Einflusskanäle bis ins Zentrum der Macht verfügte. Heute umfasst seine Unternehmensholding *System Capital Management* über 100 Unternehmen und ist mit et-

*Rinat Achmetov*⁶

5 Vgl. Ievgen Vorobiov: Ukraine's Oligarchs Distance Themselves from the Protest Movement. PISM-Bulletin No. 6 (601), 20.01.2014.

6 Bildquelle: <http://www.mediaport.ua/reyting-forbes-ahmetov-snova-pervyy>

wa 300.000 Beschäftigten im Bergbau, der Metallindustrie sowie den Bereichen Energie, Medien, Finanzen, Telekommunikation und Immobilien tätig. In einigen Branchen verfügt Achmetov über Monopolstellungen.

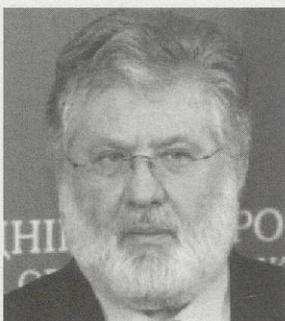
Das vorläufige Scheitern Janukowitschs 2004/2005 sowie die Reprivatisierung von *Kryvorizstal* läuteten für Achmetov eine Zeit der Unsicherheit ein. Um sich strafrechtliche Immunität zu sichern, bekleidete er zwischen 2006 und 2012 ein Abgeordnetenmandat. Zudem investierte er in sein Öffentlichkeitsbild. Fortan trat er nicht nur als Mäzen des für die Bergbauregion identitätsstiftenden Fußballvereins *Šachtar*, sondern auch als sozial engagierter Wohltäter auf. Die nachfolgenden Erfolge Janukowitschs und der „Partei der Regionen“ ließen Achmetov schließlich wieder profitieren. Sein Firmenimperium konnte er weiter ausbauen.

Mit dem Sturz Janukowitschs und dem Zerfall der „Partei der Regionen“ verlor Achmetov zentrale Hebel seiner politischen Einflussnahme. Viele Beobachter in der Ukraine gehen daher davon aus, dass er den Separatismus in „seinem“ Donbass anfangs zugelassen oder gar unterstützt habe, um die Zentralregierung in Kiew unter Druck zu setzen und Sicherheiten für sich auszuhandeln. Je weiter die Situation im Donbass außer Kontrolle geriet, desto stärker distanzierte er sich jedoch öffentlich vom Separatismus. In der Hafenstadt Mariupol, einem wichtiger Standort für Achmetovs Stahlproduktion und deren Export, ließ er zur Unterstützung der Polizei Arbeitertrupps patrouillieren, um Entwicklungen wie in Luhansk und Donezk zu verhindern. Achmetovs Rolle bleibt dennoch ungewiss: Er profitierte bislang erheblich von der oft staatlich subventionierten Produktion im Donbass. Auch um sich letztlich vor finanzstarken Nebenbuhlern aus Russland zu schützen, tritt er daher für die territoriale Integrität der Ukraine ein. Da er gleichzeitig auf gute Wirtschaftsbeziehungen zu Russland angewiesen ist, liegt eine Dezentralisierung, die vor allem den Donbass wirtschaftlich und politisch selbstständiger machen würde, in seinem Interesse.

Ihor Kolomojskyj

Ihor Kolomojskyj gehört mit einem geschätzten Vermögen von 1,8 Milliarden US-Dollar zu den drei reichsten Oligarchen der Ukraine. Die Anfang der 1990er Jahre gegründete *PrivatBank* – heute eine der größten Banken des Landes – ist namensgebend für seine Unternehmensgruppe,

die neben dem Bankensektor vor allem in der Metallverarbeitung, dem Energiesektor sowie der chemischen Industrie tätig ist. Ferner ist Kolomojskyj Besitzer mehrerer bedeutender Print-, Rundfunk und Online-Medien. Auch er profitierte vom Aufstieg der Regionalelite aus Dnipro-petrovsk unter Kutschma. Ähnlich wie Achmetov im Donbass gilt Kolomojskyj, der neben der ukrainischen auch die zypriotische und israelische Staatsbürgerschaft besitzt, als Patron seiner Heimatregion.



Ihor Kolomojskyj⁷

Politisch gesehen zählt Kolomojskyj zu jenen Oligarchen, deren Einflussnahme sich auf mehrere Lager erstreckt. So konnte er sich in der Vergangenheit mit sämtlichen Machthabern arrangieren. Unter Janukowitsch verhielt er sich jedoch unauffällig und soll die meiste Zeit der letzten Jahre im Ausland verbracht haben. Dadurch, dass er aufgrund seiner Vormachtstellung in Dnipropetrovsk im März 2014 zum Gouverneur der Region ernannt wurde, um separatistische Bestrebungen in der für die Ukraine wichtigen Industrieregion zu

unterbinden, verzeichnete er zuletzt einen deutlichen Machtgewinn. Kolomojskyj hat hierzu unter anderem ein eigenes Bataillon gegründet, das auch an Kampfhandlungen im Donbass beteiligt ist. Zuvor hatte er durchaus spöttisch den selbsternannten Machthabern in Donezk und Luhansk den Vorschlag unterbreitet, die Menschen im Donbass alternativ zu den „Referenden“ über die Unabhängigkeit der Region über einen Anschluss an Dnipropetrovsk abstimmen zu lassen. Tatsächlich setzt er jedoch die Stabilität der von ihm verwalteten Region dem Chaos im Donbass entgegen und unterstreicht damit auch gegenüber der Regierung in Kiew, dass an ihm in Zukunft kaum ein Weg vorbei führt. Ferner gibt Kolomojskyj zu verstehen, dass er seinen Einfluss im Osten der Ukraine auch auf Kosten Achmetovs ausbauen möchte. Nicht zuletzt aufgrund seines Populismus – unter anderem setzte er ein „Kopfgeld“ auf bewaffnete Separatisten aus und rief in Reaktion auf die durch *Russia Today* verbreitete Staatspropaganda den Sender *Ukraine Today* ins Leben – erfreut sich Kolomojskyj wachsender Beliebtheit. Gleichzeitig wird ihm aber auch vorgeworfen, dass er die finanzielle Notlage des

⁷ Bildquelle: <http://biz.liga.net/all/tek/stati/2845014-kolomoyskiy-ne-smog-otnyat-u-se-mi-gazovyy-biznes-.htm>

Staates schamlos ausnutze: So soll er Erdöl vom Staat weit unter Marktpreis beziehen, um daraus hergestellten Treibstoff dann an die ukrainische Armee zu verkaufen.

Petro Poroschenko

Der im Mai 2014 im ersten Wahlgang zum Präsidenten gewählte Petro Poroschenko gilt mit einem Vermögen von 1,3 Milliarden US-Dollar



Petro Poroschenko⁸

ebenso als eine der reichsten Personen der Ukraine. Sein Süßwarenunternehmen *Roshen* hat ihn als „Schokoladenkönig“ bekannt gemacht. Poroschenko ist jedoch nicht nur in der Süßwarenindustrie tätig. Zu seiner Holding *Ukrprominvest* zählen auch Unternehmen in der Automobilindustrie sowie der Landwirtschaft. Verglichen mit anderen Oligarchen kann Poroschenko auf eine sehr lange Karriere zurückblicken, in der er formalen Einfluss auf die Politik genommen hat. 1998 ließ er sich erstmals über seinen Wahlkreis Vinnytsja ins Parlament wählen, wo er zunächst zu Fraktionen auf Seite Kutschmas gehörte. Später ging Poroschenko in die Opposition und schloss sich Juschtschenkos Block *Unsere Ukraine* an. Die Orange Revolution unterstützte Poroschenko vor allem durch den ebenfalls zu seinen Aktiva gehörenden *5. Kanal* und dessen Berichterstattung. Einhergehend mit dem Wahlsieg Juschtschenkos gewann er an politischem Einfluss, konnte mehrere hochrangige politische Ämter ausüben und stieg letztlich von einem „Minigaren“ zu einem Oligarchen auf.

Zwar zählte Poroschenko nicht zum Unterstützerkreis Janukowitschs, allerdings arrangierte auch er sich zunächst mit dessen Macht und übte 2012 unter Janukowitsch sogar das Amt des Wirtschaftsministers aus. Vieles deutet darauf hin, dass Janukowitsch den als liberal und reformorientiert geltenden Poroschenko kooptierte, um die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der EU voranzutreiben. Nach seiner Entlassung als Wirtschaftsminister distanzierte er sich von Janukowitsch und unterstützte schließlich von Beginn an die Protestbewegung des Majdan. Dass es ihm gelang, trotz seines bisherigen Oligar-

⁸ Bildquelle: <http://www.ridus.ru/news/166538>

chendaseins breite Unterstützung in der Bevölkerung zu erlangen, hat mehrere Gründe: Im Gegensatz zu anderen Oligarchen haftet an Poroschenko das Image eines erfolgreichen Unternehmers aus dem produzierenden Gewerbe. Da er den Verkauf seiner Unternehmensbeteiligungen angekündigt hat, wird gleichzeitig der Glaube genährt, dass er sich zu einem echten Politiker gewandelt hat. Sein klarer Wahlerfolg ist schließlich aber auch darauf zurückzuführen, dass er im Unterschied zu vorherigen Machthabern wie Oppositionspolitikern weniger zwischen dem Osten und dem Westen des Landes polarisiert, sondern vielmehr als Vertreter der konsolidierend wirkenden Zentralukraine gilt.

Der Einfluss der Oligarchen bleibt signifikant und offenbart ein Dilemma: Zum Schutz ihres Vermögens sind sie an der Stabilität sowie an der territorialen Integrität des Landes interessiert. Auch haben sie in der Vergangenheit zum Pluralismus in der Ukraine beigetragen. Ihr in aller Regel auf Eigennutz ausgerichteter Einfluss steht jedoch einer grundlegenden Veränderung des politischen Systems der Ukraine im Wege.

Euromajdan 2013/2014 und die zivilgesellschaftliche Entwicklung während und nach der Protestbewegung

Dr. Mykhaylo Banakh ist am ifa-Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart tätig. 2012-2014 hat er das deutsch-ukrainische Projekt „Kiewer Gespräche“ mit Sitz an der International Renaissance Foundation Kiew koordiniert. – Julia Samus war 2013/2014 am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg tätig.

Der Erfolg der Euromajdan-Bewegung wäre ohne ein spontan organisiertes zivilgesellschaftliches Engagement kaum möglich gewesen. Wer hat an den Massenprotesten auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew teilgenommen? Welche Motivation hatten die Protestteilnehmer? Inwieweit waren sie institutionell eingebunden? Der nachstehende Beitrag versucht, Antworten auf diese Fragen zu geben.

Sozialer Status, Alter und Geschlecht der Protestteilnehmer

Seit der Orangenrevolution waren wir das Engagement von Studenten und Unternehmern sowie Inhabern kleiner und mittelständischer Unternehmen im zivilgesellschaftlichen Leben eigentlich gewohnt. Neuerdings waren es auch jugendliche informelle Gruppen, Ultras¹, Angehörige der mittleren Altersgruppe, Kulturschaffende sowie bekannte Persönlichkeiten² (Top-Manager, Spitenarchitekten, Blogger, Künstler und Intellektuelle), die nicht nur im Hintergrund agierten, sondern sich zunehmend unter die Demonstranten mischten und ständig auf

¹ Ursprünglich radikale Fußballfans (Hooligans), die im Laufe der Protestbewegung politisch instrumentalisiert wurden. Vgl. dazu ein Interview mit Steffen Halling (<http://www.radiosvoboda.org/content/article/25253108.html>; letzter Zugriff: 05.11.2014).

² Vgl. E. Sergatovska: V ekstremalnykh uslovijach. Kak izvestnyje ludi stali volonterami Majdana (<http://life.pravda.com.ua/person/2013/12/15/145711/>; letzter Zugriff: 05.11.2014).

dem Majdan präsent waren. Zunehmend setzten sich Prominente für die Anliegen der Protestteilnehmer ein: das Majdan-Engagement von Ruslana Lyzhychko, Svyatoslav Vakarchuk, Serhij Schadan oder Jurij Andruchowitsch war nicht nur beispielhaft, sondern auch ausgesprochen motivierend für die Demonstrierenden, die einen langen Atem benötigten. Die Oligarchen, die während der Präsidentschaft von Janukowitsch an politischem Einfluss verloren hatten, waren an den Protesten aktiv beteiligt und unterstützten sie organisatorisch, finanziell und medial. Ihre Fernsehsender berichteten am intensivsten über die Ereignisse der ukrainischen Revolution.³

Prägten Ende November 2013 noch Studenten, Jugendliche und junge Erwachsene das Bild der Protestbewegung, so wurde der Euromajdan seit dem 1. Dezember 2013 eindeutig generationsübergreifend. Sehr stark repräsentiert waren Angehörige der mittleren Altersgruppe (30- bis 54-jährige); ihr Anteil stieg von 49 Prozent im Dezember 2013 auf 56 Prozent im Februar 2014.⁴

Beim „Marsch der Millionen“ am Sonntag, dem 8. Dezember 2013 nahmen etwa 57,2 Prozent Männer und 42,8 Prozent Frauen teil. Die ständige Befürchtung, die Majdan-Aktivisten könnten von Sicherheitskräften angegriffen und der Platz geräumt werden, ließ den Männeranteil deutlich ansteigen: Im Februar 2014 waren fast 9 von 10 Protestteilnehmern Männer. Die Rolle der Frauen darf jedoch nicht unterschätzt werden. So bildeten sich mehrere Fraueninitiativen heraus wie z. B. die Hundertschaft von Olga Kobyljanska und die Frauenhundertschaft № 39. Sie beschäftigten sich mit Gender-Fragen und kämpften für die Rechte der Frauen. „*Auf dem Majdan gab es viel Sexismus – auf Postern und in den Medien. Frauen wurden sogar dazu aufgerufen, den Majdan zu verlassen, weil es für sie zu gefährlich wäre. Unsere Fraueninitiative zielte darauf ab, Frauen sichtbar zu machen und ihre Rolle in die Friedensprozesse einzubeziehen. Die Geschichte wurde nicht nur von Männern geschrieben, sondern auch von Frauen*“, sagt die Journalistin und Aktivistin für Frauenrechte, Olga Wesnjanka. Außer solchen Aufklärungsinitiativen gab es auch einen Koordinationsstab für Freiwillige, wo sich Frauen anmelden konnten, um ihre Hilfe als Krankenschwester, Köchin oder Putzfrau anzubieten.

3 Zur Rolle der Oligarchen vgl. den Beitrag von Steffen Halling in vorliegendem Heft.

4 Hier und an weiteren Stellen im Beitrag werden die Ergebnisse der Umfragen angeführt, die vom Kiewer Internationalen Institut für Soziologie (KIIS) und der Stiftung „Demokratische Initiativen“ durchgeführt wurden.

Majdan (Nezaležnosti)

Gelegen zwischen der Altstadt mit ihren prunkvollen Sakralbauten und dem Regierungsviertel (Lypky) befindet sich der Majdan Nezaležnosti ganz im Zentrum der ukrainischen Hauptstadt. Dabei wurde erst Mitte des 19. Jahrhunderts aus dem damaligen „Ziegensumpf“ ein Platz, der durch den Bau der städtischen Kiewer Duma (1876) schnell an Bedeutung gewann. Seine heutige Gestalt erhielt er anlässlich des 10. Jahrestages der Unabhängigkeit der Ukraine, der er auch seinen jetzigen Namen verdankt: Platz der Unabhängigkeit. Seine geläufige Kurzform Majdan, die zu der seltsamen Wortschöpfung „Majdan-Platz“ in den deutschen Medien führte, heißt an sich schon Platz.

Die ukrainische Sprache bedient sich hier eines arabischen bzw. persischen Fremdwortes (im Kontrast zur slawischen *plošča*).

Unter maydan/meydan versteht man einen Platz (z. B. der Tahrir-Platz in Kairo, Maidān at-Tahrīr) oder eine freie Fläche, die für Märkte, Attraktionen sowie in Südasien auch zum Abhalten von Militärparaden gedacht ist. Neben dieser räumlichen Bedeutung steht das ukrainische Majdan auch symbolisch für die Bewegung, die ihren Ursprung auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew hatte. In diesem Sinne wird es beim Euromajdan und Automajdan verwendet.



Sören Runkel

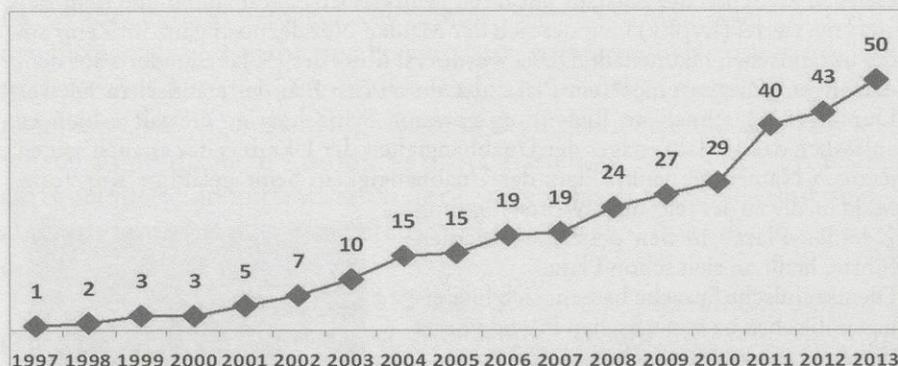
Wie wurde der Euromajdan 2013 mobilisiert?

Ende November 2013 gingen vor allem Nutzer sozialer Netzwerke auf die Straße: „*Unmittelbar nachdem die Absage der Regierung an die EU bekannt geworden war, begannen am 21. November 2013 spontane Proteste in Kiew und anderen Städten, organisiert durch Aufrufe in den sozialen Netzwerken.*“⁵ Dazu muss man natürlich über einen Internet-Zugang verfügen. Wie viele Menschen nutzen das Internet in der Ukraine überhaupt?

Während im Jahr 2005 nur 15 Prozent der Bürger das Internet nutzten, war es im Herbst 2013 bereits die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung der Ukraine. Die Proteste, die ihren Anfang als soziale Initiative fanden, wurden auch von politischen Eliten unterstützt, d. h. von den wichtigsten politischen oppositionellen Kräften wie etwa der national-

⁵ Dazu Gerhard Simon: Staatskrise in der Ukraine: Vom Bürgerprotest für Europa zur Revolution. In: OSTEUROPA 60 (2014), H. 1, S. 25–42, hier S. 29.

Prozentuale Entwicklung der Anzahl der Internetnutzer in der Ukraine (1997-2013)



Quelle: KIIS 2013⁶

demokratischen Partei „Vaterland“ (Arsenij Jazenjuk), der liberalen ukrainischen demokratischen Allianz für Reformen „Udar“ (Vitali Klitschko) und der nationalradikalen Partei „Freiheit“ (Oleg Tjagnybok). Abgesehen davon, dass sich die politischen Anführer den Protesten am ersten Tag angeschlossen hatten, existierte der soziale und politische Majdan schon davor getrennt und unabhängig. Die Initiatoren des sozialen Protests hatten sogar darüber diskutiert, ob sie überhaupt Politiker zulassen sollten, ihre Rede auf der Bühne zu halten. Dennoch vereinten sich die sozialen und politischen Teile des Majdan, um der Regierung Widerstand zu leisten. Die Mobilisierung der Massenbewegung wurde ohne Zweifel auch durch politische Eliten und die parlamentarische Opposition begünstigt.

Die Forderung, einen politischen Anführer zu wählen, blieb von der Troika aus Jazenjuk, Klitschko und Tjagnybok unberücksichtigt. Die Demonstranten waren allerdings von der Opposition bald enttäuscht, was dazu führte, dass sich eine informelle Führung der Demonstration herauskristallisierte. Dazu werden neben anderen der Automajdan⁷, vertreten von Andriy Parubiy, Kommandant der Zeltstadt, und Dmytro Jarosch aus dem „Rechten Sektor“ – dazu noch weiter unten – gezählt. Die Proteste waren von Anfang an gut organisiert.

6 Vgl. <http://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=199&page=2>

7 Vgl. A. Bereza: Vse budet Avtomajdan: aktivisty stanovjatsja liderami (<http://life.pravda.com.ua/person/2014/01/22/149322/>; letzter Zugriff: 05.11.2014).

Motivation der Demonstrierenden

Nach der gewaltsamen Auflösung des Euromajdan am 30. November 2013 rückte die erste Forderung, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, in den Hintergrund. Seit dem brutalen Vorgehen der Sonderpolizeieinheit „Berkut“ („Steinadler“) stand die moralische Dimension der Protestbewegung im Mittelpunkt: „Für unsere Kinder und die verprügelten Studenten, gegen die Regierung, die den gewalttätigen Angriff auf den Euromajdan in Kauf nahm“. Für die Verhaftung und Verurteilung der Schuldigen traten fast 60 Prozent der Protestteilnehmer ein.

Spätestens nach dem gescheiterten „Sturm des Majdan“ am 10. Dezember 2014 wurde der Protest „... endgültig zu einer Bewegung nicht so sehr gegen das ‚Einfrieren der europäischen Integration‘ als vielmehr gegen das herrschende Regime.“⁸ Statt eines oberflächlichen Elitenaus tauschs wurde verstärkt ein grundlegender Systemwechsel verlangt. Von einfachen, also institutionell nicht eingebundenen Protestteilnehmern wurde eine grundlegende Erwartung geäußert: Kampf für ein besseres Leben und für eine bessere Zukunft. Und welche Beweggründe hatten die Angehörigen der organisierten Gruppen und Bewegungen? Der „Rechte Sektor“ hatte sich beispielsweise den Euromajdan-Protesten von den ersten Tagen an angeschlossen, um die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU zu unterstützen, das Gewaltregime abzusetzen und die nationale Revolution zu beenden. Auf diese Weise, so war die Hoffnung, sollte die Abhängigkeit von Russland reduziert werden können, die aus ihrer Sicht der Hauptgrund dafür war, dass sich die Ukraine nicht so stark und schnell entwickelte.

Ausdauer und Hartnäckigkeit der Demonstrierenden sind vor allem damit zu erklären, dass sie keine anderen Optionen für eine wirkliche Einflussnahme auf die Politik sahen. Es wird eine künftige Aufgabe sein zu untersuchen, ob es im Vorfeld des Euromajdan wirklich keine zivilgesellschaftlichen Mechanismen gab, um die Regierungspolitik zu beeinflussen. Mit freien und fairen Wahlen hatte jedenfalls im Vorfeld der Revolution kaum jemand gerechnet.

Ausdauer und Hartnäckigkeit der Demonstrierenden erklären sich aus den fehlenden Alternativen zur politischen Einflussnahme.

⁸ Andrij Portnov: Krieg und Frieden: Die Euro-Revolution in der Ukraine. In: OST-EUROPA 64 (2014), H. 1, S. 7-24, hier S. 11.

Nichtinstitutionalisierte zivilgesellschaftliche Gruppen

„Während die Großdemonstrationen im November/Dezember 2004 eine lange Vorlaufzeit hatten und gut vorbereitet waren, kam die Bewegung des Euromajdan überraschend. Niemand hatte damit gerechnet.“⁹ Jugendliche, Studenten, Kollegen, Nachbarn, Freunde und Bekannte organisierten spontane Fahrgemeinschaften und machten sich auf den Weg nach Kiew: „Im Speisewagen eines Sonderzuges in der Nähe von Kiew erzählt die Betreiberin, sie sei schon ein paarmal auf dem Majdan gewesen. Alle müssten arbeiten, hätten ihre eigenen Familien und Sorgen, doch bei der Staatsbahn sprangen viele Angestellte füreinander ein, damit, wer wolle, auch einmal auf dem Majdan für die Demonstranten kochen oder Holz hauen könne.“¹⁰ Diese Aussage wird durch die statistischen Zahlen belegt: Es gab 50 Prozent Zugereiste auf dem Majdan. In der Anfangsphase der Proteste schlug eindeutig die Stunde der informellen Gruppen, Bekannten- und Freundeskreise sowie der Nachbarschafts- und Verwandtschaftsnetzwerke, denn zivilgesellschaftliche Organisationen konnten ohne Vorlaufzeit und Vorbereitungsphase nicht so schnell auf die Ereignisse reagieren. Hinzu kamen Kirchen, Glaubensgemeinschaften und einzelne religiöse Gruppen, die sich klar positionierten und die Protestbewegung humanitär, logistisch sowie friedensstiftend unterstützten: „Die Entwicklung religiöser und kirchlicher Interpretationen des Geschehens zeigt, dass zumindest Grundlagen einer echten Konsensbereitschaft im fortwährenden Austausch zwischen Religionsgemeinschaften und der Zivilgesellschaft gewachsen und gereift sind.“¹¹ Gemeindemitglieder schlossen sich häufig den von kirchlichen Strukturen organisierten zivilgesellschaftlichen Gruppen an, die ab und zu oder auch über längere Zeit auf dem Majdan demonstrierten.

Der Euromajdan wurde also insgesamt von der breiten Basis getragen (Graswurzelbewegung) und größtenteils von der Bevölkerung finanziert. Diejenigen, die an Protesten selbst nicht beteiligt waren, über-

⁹ Simon (wie Anm. 5, oben S. 265), S. 40.

¹⁰ Paul Flückiger: Kews Demonstranten suchen neue Helden. In: Neue Zürcher Zeitung, 10.02.2014, einsehbar unter <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/kewis-demonstranten-suchen-neue-helden-1.18239535> (letzter Zugriff: 05.11.2014).

¹¹ M. Zimmermann, M. Melnikow: „Gott ist mit uns!“: Die Kirchen und der Euromajdan. In: OSTEUROPA, 64 (2014), H. 5-6, S. 259-276, hier S. 276. Vgl. auch den nachstehenden Beitrag von Katarina Nowikowa in vorliegendem Heft.

wiesen Geld auf zu diesem Zweck eröffnete Konten bzw. brachten Essen, Kleidung und Arzneimittel.

Institutionalisierungsprozesse während der Euromajdan-Bewegung

Laut einer Umfrage von KIIS und der Stiftung „Demokratische Initiativen“ waren am 8. Dezember 2013 etwa 92 Prozent der Protestteilnehmer nicht in einer zivilgesellschaftlichen Organisation oder Partei organisiert. Dennoch war der Protest keine chaotische „Demonstrationsmasse“, sondern eine organisierte Bewegung: „*Im Lauf des Dezembers 2013 ... entwickelte der Euromajdan Organisationsstrukturen, die auch langfristig Bestand haben können und weit über die Strukturen hinausgehen, die während der Orangen(en) Revolution entstanden.*“¹² So wurden mehrere zivilgesellschaftliche Initiativen gegründet. Der Euromajdan SOS ist beispielsweise ein auf dem Majdan entstandener Zusammenschluss einer Reihe von Menschenrechtsorganisationen und Projekten: Zentrum für Bürgerfreiheiten, Projekt „Ohne Grenzen“, Menschenrechtsinformationszentrum, Zentrum für Rechtshilfe in Transkarpatien, Projekt „Haus der Menschenrechte Kiew“.

Der „Rechte Sektor“ entstand als Plattform für die revolutionäre Jugend. Prinzipiell ist der „Rechte Sektor“ eine Art Dachverband für Organisationen und Gruppen, die rechte und rechtsextreme Ansichten vertreten. Es gab auch Einzelpersonen, die nicht zu den oben genannten Strukturen gehörten. Sie teilten aber ähnliche Ansichten und bevorzugten radikale Methoden des Widerstands gegen die Regierung, etwa die schon erwähnten „Ultras“ und Skinheads. Einige Nicht-Mitglieder der rechtsradikalen Gruppierungen würden sich wie folgt beschreiben: „*Ich bin Patriot. Ich bin nicht an der Ideologie des ‚Rechten Sektors‘ interessiert, außer der Tatsache, dass er das Land vertritt*“ – so Malezha, ein Mitglied der Ultra-Bewegung Dnipropetrovsk.

Die paramilitärische Verteidigungseinheit „Samooborona“ („Selbstverteidigung“) hat sich ebenfalls während der Proteste herausgebildet. Die wichtigste Funktion dieser Einheit bestand darin, die Majdan-Aktivisten gegen Versuche der Polizei, den Platz gewaltsam zu räumen, zu verteidigen.

Im Februar 2014 waren etwa 69,9 Prozent der Protestteilnehmer auf

¹² Simon (wie Anm. 5, oben S. 265), S. 30 f.

keine Weise irgendwie institutionell eingebunden. Über 30 Prozent gaben jedoch an, einer politischen Partei (7,7 Prozent), einer Bürgervereinigung (8,4 Prozent) oder einer bürgerlichen Bewegung (14,2 Prozent) anzugehören. Im Dezember waren es noch 92 Prozent, die keiner Institution angehörten. Die Zahlen sprechen dafür, dass die Institutionalisierung des zivilgesellschaftlichen Engagements bereits während der Protestbewegung unmittelbar auf dem Majdan stattfand.

Institutionalisierung nach dem Euromajdan

In jeder Phase hatte die Protestbewegung jedoch einen inneren Kern, den geübte und erfahrene zivilgesellschaftliche Aktivisten bildeten, wobei Jugendorganisationen eine wesentliche Rolle spielten. Diese wollten den Majdan nicht verlassen, und die ukrainische Zivilgesellschaft stand Ende Februar 2014 vor der Herausforderung, den aktiven Bürgern Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements jenseits des Majdan, also im institutionalisierten Rahmen, aufzuzeigen und auch zum Mitmachen zu animieren. Dies ist auch größtenteils gelungen. Allerdings konnten die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen eher besser gebildete Majdan-Aktivisten erreichen. Die Personen mit einem Hochschulabschluss waren mit 41,1 Prozent überrepräsentiert.

Das überdurchschnittlich hohe Niveau des zivilgesellschaftlichen Engagements während des Euromajdan spiegelt sich nun nach der erfolgreichen Protestbewegung in der Bereitschaft wider, eigene Interessen und Rechte durch aktives bürgerschaftliches Handeln und durch die Institutionen der Zivilgesellschaft zu schützen. Welche zivilgesellschaftlichen Institutionen vermochten jedoch, das freiwillige persönliche Engagement der Bürger aufzunehmen.

Waren es etablierte zivilgesellschaftliche Organisationen? Nein, es waren neu entstandene Initiativen und Zusammenschlüsse wie etwa der bürgerliche Sektor des Euromajdan, Euromajdan SOS, Euromajdan PR, Automajdan usw.

Fazit

Die ukrainische Zivilgesellschaft ist seit 2004 reifer, flexibler und erfahrener geworden. Die aktiven Bürger und zivilgesellschaftlichen Aktivi-

Als Ergebnis der Majdanbewegung zeichnet sich die Bereitschaft der ukrainischen Bürger zu dauerhaftem Einsatz in der Zivilgesellschaft ab.

sten sind zunehmend geübt, in extremen Situationen zu handeln und unter widrigen Umständen zu arbeiten. Ansonsten wäre es nicht gelungen, der spontanen Protestbewegung in Kiew so schnell Organisation und Struktur zu geben. Auch ohne Vorlaufzeit und Vorbereitungsphase der institutionalisierten Zivilgesellschaft gelang es, aktive Bürger für die Protestbewegung zu mobilisieren. Eine große Rolle spielten hier sowohl soziale Netzwerke als auch informelle Gruppen, Bekannten-, Freundes-, Verwandtschafts- und Nachbarschaftsnetzwerke. Besonders in der Anfangsphase des Euromajdan 2013/2014 war die nicht-organisierte, nicht-institutionalisierte Zivilgesellschaft unentbehrlich.

Während die Orangene Revolution 2004 nach einigen Wochen erfolgreich abgeschlossen war, dauerten die Massenproteste 2013/2014 über drei Monate an. Die Euromajdan-Aktivisten vermochten häufig ohne jegliche Aussicht auf Erfolg, den Protest aufrechtzuerhalten und weiter Druck auf das herrschende Regime auszuüben. Die ukrainische Zivilgesellschaft geht sicherlich gestärkt aus dieser Erfahrung hervor. Zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen standen nach der Protestbewegung vor der Herausforderung, den Tatendrang und das überdurchschnittlich hohe Engagement der Bürger aufzunehmen und in institutionalisierte Bahnen zu lenken. Die organisierte Zivilgesellschaft versucht, diesem Anspruch gerecht zu werden, und scheint aus den verpassten Chancen nach der Orangenrevolution 2004 die entsprechenden Lehren gezogen zu haben.

Die geistliche Patrouille vom Majdan

Katarina Nowikowa ist Absolventin der Päpstlichen Theologischen Akademie in Kraków (jetzt Universität Johannes Paul II.) und Aspirantin des Instituts für Religionswissenschaft der Jagiellonenuniversität in Kraków. Sie unterrichtet Religionsphilosophie am Institut für Religionswissenschaften des Hl. Thomas von Aquin in Kiew.

Die öffentlichen Proteste in der Ukraine auf dem Kiewer Majdan im Herbst und Winter 2013/14 bildeten nicht nur einen Wendepunkt für die Geschichte des ukrainischen Staates, sondern auch für die Kirchen. Der vorliegende Beitrag beschreibt das Engagement der unterschiedlichen Bekenntnisse in dieser Zeit und erörtert die Möglichkeiten ihrer künftigen Rolle in der Gesellschaft.

Angelpunkt des Protestes, der in eine echte Revolution mündete, war der Kampf für das Recht auf Freiheit der Selbstbestimmung und auf Würde, die zu den europäischen Werten gehören und die Grundlage der Europäischen Union bilden. Unmittelbarer Auslöser war die Nachricht von der Weigerung des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch eine Woche vor dem EU-Gipfel in Vilnius, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterschreiben.

Die Bezeichnung „Majdan“ leitet sich vom Namen des Platzes her – auf Ukrainisch „Majdan der Unabhängigkeit“ –, auf dem sich die Protestierenden versammeln. Aber das Wort bekam die Bedeutung eines Massenprotestes, fast eines Befreiungskampfes. Zu einer Besonderheit des heutigen Majdan wurde sein neuer Name – „Euromajdan“ . Das hatte nicht nur mit dem Protest gegen die Aussetzung des europäischen Integrationsprozesses im Land zu tun, sondern auch damit, dass zum ersten Mal Menschen für die europäischen Werte starben. Die Ereignisse dieser Revolution zeigten ohne Zweifel die erstaunliche Kraft einfacher Menschen, die Fähigkeit der Selbstorganisation und der Entzagung in einer kritischen, lebensbedrohenden Grenzsituation.

Zivilgesellschaft und Kirche

Wenn wir von einer Zivilgesellschaft und dem Staat sprechen, dann sprechen wir von Politik. Welche Rolle aber spielt in diesem Prozess die Kirche? Der Zusammenhang und die Beziehungen zwischen Staat, Politik und Kirche erweisen sich als eine der schwierigsten Fragen nicht nur in Verbindung mit den Protestaktionen des Majdan. Wo liegt die Grenze zwischen Wechselbeziehung und Einmischung? Soll die Kirche neutral bleiben?

Die erste Antwort liegt in der Definition dessen, was man unter Politik versteht. Wenn man sie breiter fasst, nicht nur als die staatliche Verwaltung eines Landes, sondern auch als Handlungsmuster, das die gesellschaftliche Struktur bestimmt, dann ist die Rolle der Kirche ein wichtiger Teil davon. Doch auch die Religion selbst setzt eine Form gesellschaftlicher Organisation voraus mit dem gemeinsamen Ziel, zum Transzendenten zu streben. Die christliche Kirche ist ihrerseits eine gesellschaftliche Institution, die auf die Bildung der gegenwärtigen staatlichen Strukturen und insbesondere auf das europäische Wertesystem Einfluss nimmt. Die Geschichte zeigt, dass die Kirche durch Ausnutzung ihrer Struktur in schwierigen Momenten die Rolle eines Organisators des gesellschaftlichen Lebens und eines Sicherheitsgaranten auf sich genommen hat, wie zum Beispiel in der Zeit mittelalterlicher Fehden. Zur Zeit der kommunistischen Herrschaft in Polen war sie faktisch die Opposition, die für die Rechte der Bürger kämpfte.

Aktiver Einsatz der Kirchen auf dem Majdan

Von den ersten Tagen an funktionierte der Euromajdan mit aktiver Teilnahme der ukrainischen Kirchen. Die ukrainische griechisch-katholische Kirche (UGKK) und die ukrainische orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats (UOK KP) gaben von Anfang an offizielle Erklärungen zur Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses der Ukraine ab. Der „Allukrainische Rat der Kirchen und der religiösen Organisationen“ rief dazu auf, Gewalt nicht zuzulassen und das Recht der Bürger auf friedliche Versammlungen zu garantieren. Und am 29. November 2013 segneten die Geistlichen der UGKK, der UOK KP und der römisch-katholischen Kirche (RKK) den Euromajdan. Mehr noch, der römisch-katholische Bischof Stanislav Szyrokoraduk erklärte, dass die Teilnahme daran die Pflicht eines jeden Christen sei.

Nach dem brutalen Auseinanderjagen der Protestierenden in der Nacht vom 30. November 2013 wurde der Majdan zum Protest auch gegen Gewalt und zum Schutz der Bürgerrechte, indem er die Bestrafung der Verantwortlichen und den Rücktritt des Präsidenten forderte. Die Jugend, die in der Nacht vor den Schlägen der Angehörigen der Spezialeinheit „Berkut“ („Steinadler“) geflohen war, fand eine Zuflucht hinter den Toren des Klosters des Erzengels Michael der UOK KP neben dem Hauptplatz. Es ist daran zu erinnern, dass der heilige Michael Patron der Stadt Kiew ist, und der Klang der Glocken seiner Kirche war in den tragischen Augenblicken des Majdan für die Teilnehmer des Protests ein Zeichen göttlicher Unterstützung. Der Euromajdan selbst erlangte einen gewissen religiösen Charakter beim Kampf von Anhängern der Kräfte des Guten und des Lichtes gegen die verbrecherische Macht, die Anhänger des Bösen und der Dunkelheit. Darum ist eine seiner Bezeichnungen „Revolution der Würde“.

Am 1. Dezember 2013 trat in Kiew neben dem Denkmal Taras Schewtschenkos auf Initiative gesellschaftlich Tätiger, aktiver Teilnehmer und Vertreter der Opposition eine Versammlung zusammen, die die ganze Nation repräsentierte. Am Abend kam es durch Auftreten von Provokateuren zu weiteren brutalen Auseinandersetzungen. In der Nacht wurde das Gebäude der Kiewer Stadtverwaltung eingenommen und eine kleine Zeltstadt auf dem Hauptplatz errichtet, die auch eine Kapelle enthielt, in der die Geistlichen aller Bekenntnisse die Liturgie feierten und beteten. Die den evangelischen Christen zugehörenden Baptisten errichteten ebenfalls ein Gebetszelt, das zu einem wirklichen

Zentrum lebendiger Ökumene wurde. Die Geistlichen beschlossen gemeinsam mit den Gemeindemitgliedern ihrer Kirchen, nicht von der Stelle zu weichen. In der Nacht führten Gläu-

Der Majdan wurde nicht nur einem Ort des Protests, sondern steht auch für eine Neubelebung des Glaubens.

bige eine „Gebetspatrouille“ durch, indem sie das ganze Territorium des Majdan und der eroberten Gebäude der Kiewer Verwaltung und des Gewerkschaftshauses betend abschritten und für Ordnung sorgten. Der Majdan wurde zu einem Ort nicht nur des Protests, sondern auch zahlreicher Bekehrungen zu Gott und zu einer Belebung des Glaubens. Besonders wertvoll war, dass die Menschen die Anwesenheit von Kirchenvertretern hier als etwas Natürliches wahrnahmen, und von der Tribüne, die mit Ikonen geschmückt war, erklangen Gebete und Segnungen.

Die Kirchen, die sich in der Nähe des Majdan befinden, öffneten ihre Türen, um dort Orte der Hilfe, des Aufwärmens und der Stärkung zu organisieren. Unter ihnen sind besonders erwähnenswert die lutherische Kirche der Hl. Katharina im Regierungsviertel, die römisch-katholische Kirche des Hl. Alexander auf dem Hauptplatz und das bereits erwähnte Michaelskloster. Die beiden letzteren wurden anschließend in Feldhospitäler umgewandelt, in die man die Verwundeten brachte und in denen die Ärzte operierten.

Diese Periode bis Mitte Januar 2014 lässt sich als ein friedliches Köcheln des Lebens im Herzen der Hauptstadt bezeichnen. Der Majdan erinnerte an eine kleine Stadtgemeinde, in der man einen freundschaftlichen Empfang finden, etwas essen und beten konnte, wo man seine Gedanken und Erlebnisse mitteilen und sogar an einer „Freien Universität“ Neues erlernen konnte, wo man die Bibliothek besuchen und an Lyrikabenden, Vorträgen und Konzerten auch von Gästen aus dem Ausland teilnehmen konnte. Nichtsdestoweniger wurde eine solch ruhige, sogar müßige Periode des Majdan mitunter belastend. Die Teilnehmer erfuhren besonders in den Zeiten der nächtlichen Patrouillen Verzweiflung und das Gefühl völliger Hoffnungslosigkeit. Die Obrigkeit reagierte nicht, das Zeltstädtchen lebte sein Leben und alles Weitere, so schien es, verlor seine Bedeutung und Kraft. Auf die Frage nach der schwierigsten Periode des Majdan nannte die Mehrheit der Aktiven die Phase der Untätigkeit. Das lässt sich vergleichen mit der Versuchung des Verlustes der Hoffnung und dem Gefühl vollkommener Gottverlassenheit, das man als „Nacht des Geistes“ bezeichnet.

Das Kultusministerium der Ukraine vermeldete am 13. Januar 2014 die Möglichkeit, der UGKK wegen ihrer Teilnahme und ihrem Dienst auf dem Majdan die Registrierung abzuerkennen. Diese Entschließung rief eine Flut von Erschütterungen in der Gesellschaft hervor. Am 15. Januar fand der interkonfessionelle Runde Tisch „Theologie in Anwesenheit des Majdan“ statt, und am 17. Januar ein zweiter Runder Tisch „Der Majdan und die Kirche“, der von den evangelischen Christen organisiert worden war. Das waren Versuche, die Anwesenheit der Kirchen auf dem Euromajdan theoretisch zu überdenken und die Möglichkeiten eines koordinierteren gemeinsamen Handelns zu erörtern.

Die ambivalente Rolle der ukrainischen orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats

Eine besondere Position in den beschriebenen Ereignissen nimmt die ukrainische orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK MP) ein, indem sie sich zu einer klaren Neutralität gegenüber der Protestbewegung entschloss. Die Vertreter der UOK MP traten offiziell nicht auf der Bühne des Majdan auf und nahmen auch nicht an den oben erwähnten Runden Tischen teil. Es ertönte eine Reihe von Aufrufen und Erklärungen der führenden Hierarchen dieser Kirche, in denen diese ihre neutrale Position begründeten und mahnten, den politischen Kampf nicht in einen „heiligen Krieg“ zu verwandeln. Diese Kirche war jedoch die einzige, die den Einsatz von Gewalt gegenüber den Teilnehmern des Protestes durch die Obrigkeit nicht verurteilte.

Zum ersten Mal erschienen Geistliche der UOK MP offiziell auf dem Majdan, als die starken Proteste begannen. Gewiss, früher hatten einzelne Geistliche an dem Protest teilgenommen, aber ausschließlich privat. Am Abend des 19. Januar – dem orthodoxen Feiertag der Taufe des Herrn – kam es zu einem Umschwung des friedlichen Widerstandes, nachdem ein Scharmützel mit den bewaffneten Sperrposten der Streitkräfte des Innenministeriums stattgefunden hatte, die den Weg zum Obersten Sowjet und zum Regierungsgebäude in der Grushevskaja-Straße abgesperrt hatten. Dieser Tag wurde als „blutige Taufe“ bezeichnet. Am 21. Januar erschienen auf dem Niemandsland zwischen den Protestierern und den Streitkräften des Innenministeriums und der

Spezialeinheit „Berkut“ Geistliche mit Kreuzen und Ikonen. Das waren Mönche der Zehnt-Kirche (das ist eine illegal gebaute Kirche neben dem historischen Fundament der gleichnami-

Durch ihre neutrale Haltung gegenüber den Protesten verlor die UOK MP in der Gesellschaft an Ansehen.

gen altrussischen Kirche, dem ersten in Kiew nach der Christianisierung errichteten Gotteshaus). Ihnen schlossen sich andere an, sowohl Laien als auch Geistliche anderer Kirchen und sogar Buddhisten. Leider stoppte das nicht den gewaltsamen Widerstand.

Es erscheint auf den ersten Blick merkwürdig, aber dieses Verhalten rief erneut einen Sturm von Kontroversen unter den Teilnehmern des Majdan und in der Gesellschaft hervor. Wie oben angemerkt, führte die neutrale Haltung, die die UOK MP gegenüber dem Protest eingenommen hat, zum Rückgang ihrer Autorität in der Gesellschaft. Wie die

Teilnehmer der Ereignisse auf der Gruschewska-Straße bezeugen, wandten sich die Mönche zunächst an eine Reihe von Vertretern der Machthaber, segneten sie und gaben zu verstehen, dass sie sie vor den aggressiv gestimmten Protestierenden schützen würden. Die Vertreter dieser Kirche erweckten Argwohn auch aufgrund der Erklärungen einiger Hierarchen, die den Majdan negativ bewerteten und die Obrigkeit unterstützten. Aus dem Mund des Erzpriesters Tkatschev kam sogar eine Verwünschung der Majdanaktivisten, obwohl man einräumen muss, dass er dafür sofort von seiner Kirche getadelt wurde.

Vermittlung und Hilfseinsatz während der Kämpfe

Besonders herauszustreichen ist die aktive Teilnahme der UOK KP, der UGKK und der RKK. Die Geistlichen fühlten im Protest nicht nur durch das Gebet und die Beichte mit, sondern fanden sich auch in allen Augenblicken des Majdan bei den Menschen, selbst während der gewaltlosen Auseinandersetzungen. Alle Kirchen riefen zum Frieden und zur Gewaltlosigkeit auf, und niemand segnete die gewaltsame Variante. Die Rolle der Kirche im gewaltsamen Widerstand führt auch zu dem Gedanken, ob wir es nicht im vorliegenden Fall mit einer Art von Befreiungstheologie zu tun haben. Vielen Seelsorgern, die auf den Barrikaden ausgehalten haben, fällt es jetzt schwer, über die Vorgänge zu sprechen. Oftmals kam, wenn sich die Lage zuspitzte, den Hierarchen und Kirchenleitern die Rolle von Friedensstiftern zu, indem sie die Seiten während der Kämpfe auseinander brachten und die Verwundeten versorgten. Die Seelsorger waren bei den Menschen auf den Barrikaden – nahmen die Beichte ab, feierten die Liturgie und halfen den Menschen, mit ihren schweren seelischen Erschütterungen fertig zu werden.

Der gewaltsame Widerstand erreichte einen tragischen Höhepunkt in der zweiten Januarhälfte, besonders seit dem Auftauchen von Scharfschützen am 20. Januar 2014. Der 21. und der 22. Januar wurden zu Gedenktagen der „Himmlischen Hundert“ – so nannte man die Euromajdan-Teilnehmer, die in der Hölle der aufgeloderten Gewalt umgekommen waren. Diese Bezeichnung, die im Volk spontan gleich nach den Erschießungen aufgekommen war, unterstreicht nochmals den religiösen Charakter des Widerstandes – jetzt wurden die Umgekommenen zu himmlischen Heerscharen, die vom

Die Kämpfer der „Himmlischen Hundert“
sind zu Märtyrern des Majdan geworden.

Himmel aus alle lebenden Majdanteilnehmer schützten. Dieses Phänomen von Heiligen der Zivilreligion bedarf noch einer theologischen Betrachtung. Schon am 3. September 2014 weihte der Patriarch der UOK KP in Kiew das „Denkmal der Himmlischen Hundertschaft“.

Theologische Bedeutung des Majdan

Betrachtet man die Teilnahme der Kirche an der Revolution unter diesem Blickwinkel, muss man anmerken, dass der Majdan außer einer starken ökumenischen Bewegung auch Streitigkeiten und Konflikte innerhalb der Kirchen selbst hervorbrachte. Zum Beispiel teilten sich die Baptisten in Anhänger und Gegner der Teilnahme am Widerstand. Eines der Hauptargumente war dabei die Nichteinmischung in weltliche Angelegenheiten. Wie kann man jedoch das Weltliche und das Göttliche im Falle der Kirche trennen, einer irdischen Institution, die aufgerufen ist, den Menschen hier auf der Erde zu helfen, zu Gott zu gelangen und zugleich wirkliche Bürger dieser irdischen Gesellschaft zu sein? Der Grat ist ungewöhnlich schmal, und die Kirche kann leicht ihre Kompetenzen überschreiten. Die Kirche besteht – und daran ist stets zu erinnern – auch aus Menschen, die unterschiedliche politische Ansichten und ein unterschiedliches Verständnis von ihrer patriotischen Pflicht haben. Wie ist in diesem Zusammenhang das Wort des Apostels Paulus im Brief an die Römer zu deuten, dass alle Macht von Gott stammt (vgl. Röm 13,1)? Was ist unter „Macht“ zu verstehen – die aktuellen Machthaber oder die Macht als Institution in der Gesellschaft?

Der Majdan ist auch ein innerer Majdan, der Ort eines geistigen Kampfes, einer Revision der eigenen Handlungsweisen in der Gesellschaft, der aktiven Rolle und Befähigung zur Selbstaufopferung bis zum Tod. Der Euromajdan wird nicht nur als Beginn der Bildung einer Zivilgesellschaft angesehen, sondern auch als Aufschwung einer nationalen Idee. Aber die Religion spielte immer eine wesentliche Rolle in diesem Prozess. Mit der neuen Kraft wuchs auch die Notwendigkeit zu einer einheitlichen orthodoxen Kirche. Jetzt, in der Situation der Okkupation der Krim und des Krieges mit Russland im Donbass, sind neue Bewährungsproben auf die Ukraine und die Kirchen hinzugekommen. Die Menschen sterben erneut für europäische Werte, indem sie die Grenzen Europas schützen.

Aus dem Russischen übersetzt von Dr. Friedemann Kluge.

„Faschisten“ als Feindbild

Putins Krieg gegen die Ukraine und die deutsche Öffentlichkeit

Dr. Kai Struve ist Privatdozent am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Der folgende Beitrag behandelt die Haltung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den Geschehnissen in der Ukraine innerhalb des letzten Jahres. Er diskutiert dabei besonders die Bedeutung der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg für den Krieg in der Ukraine und für die Rezeption der Geschehnisse in der deutschen Öffentlichkeit. Außerdem geht er auch knapp auf die historische Entstehung des Feindbilds der „ukrainischen Faschisten“ in der sowjetischen Propaganda ein.

2014 = 1941

Ein zentrales Element in Russlands Krieg gegen die Ukraine ist eine massive Kampagne in den Medien, vor allem im Fernsehen, die den Machtwechsel in Kiew Ende Februar als „faschistischen Putsch“, die neue Regierung als „faschistische Junta“ und die Geschehnisse letztlich als Wiederholung des deutschen Einmarsches in die Sowjetunion im Jahr 1941 darstellt. Damals wie heute übernahmen demnach die feindlichen Kräfte aus dem Westen, diesmal die USA und die EU, mit Hilfe der „ukrainischen Faschisten“ die Macht in Kiew. Die Kämpfer des Donezker und Luhansker „Landsturms“ erscheinen damit als die Erben der Roten Armee in ihrem heroischen und schließlich siegreichen Kampf gegen die deutschen Okkupanten und ihre einheimischen Verbündeten. Diese Kampagne, in der das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte schon Mitte April 2014 Fälle von Hasspropaganda feststellte, trug in Verbindung mit der Lieferung von Waffen und der Entsendung von Kämpfern aus Russland wesentlich dazu bei, dass nach der Majdan-Revolution aus den in der Ukraine bestehenden politischen Spannungen in

den Oblasten (Bezirken) Donezk und Luhansk seit Mitte April ein militärischer Konflikt wurde.

Die Gleichsetzung mit „Faschisten“ und „banderovcy“ setzte sich in den russischen Medien in der Darstellung der ukrainischen Kampfeinheiten und ihrer angeblichen Verbrechen im Osten der Ukraine in den folgenden Monaten fort. Wie man mittlerweile weiß, war diese Medienkampagne ein Element einer schon länger geplanten und vorbereiteten „nichtlinearen“ oder „hybriden“ Kriegsführung, die aktiviert wurde, als die Ukraine sich aus dem russischen Einflussbereich zu entfernen drohte und der ukrainische Staat nach der Majdan-Revolution geschwächt war.¹

Die Darstellung des „Euromajdan“ als „faschistisch“ und als eine in wesentlichen Teilen von rechtsradikalen „banderovcy“ getragene Bewegung hatte und hat auch im Westen eine beträchtliche Resonanz. Dies setzte sich darin fort, dass die Rolle rechtsradikaler Kräfte unter den im Osten der Ukraine kämpfenden Freiwilligenbataillonen in den Medien viel Aufmerksamkeit fand, während die Tatsache, dass die große Mehrheit hier ihr Leben riskierte und opferte, um den demokratischen und rechtsstaatlichen Weg ihres Landes zu schützen, nur vergleichsweise selten in den Mittelpunkt gerückt wurde.

Die große Resonanz des Faschismusvorwurfs ist nicht allein darauf zurückzuführen, dass tatsächlich Anhänger radikalnationalistischen, rassistischen Gedankenguts unter den im Osten der Ukraine kämpfenden Freiwilligenbataillonen eine gewisse Rolle spielen und auch auf dem Majdan Symbole und Anhänger des radikalen ukrainischen Nationalismus

in der Tradition der von Stepan Bandera geführten „Organisation ukrainischer Nationalisten“ (*Orhanizacija Ukrainskych Nacionalistiv*, OUN) präsent waren. Vielmehr grif-

Die Darstellung des „Euromajdan“ als „faschistisch“ hatte auch im Westen eine beträchtliche Resonanz.

fen die russischen Medien hier Motive der sowjetischen Propaganda auf, die schon seit dem Zweiten Weltkrieg der Bekämpfung des ukrainischen Nationalismus gedient und auch in den politischen Auseinandersetzung-

1 Thomas Gutschker: Putins Schlachtplan, FAZ, 07.09.2014 (http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/putin-hat-invasion-der-ukraine-seit-2013-geplant-13139313.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2; letzter Zugriff: 05.11.2014); Anton Shekhovtsov: The „Ukraine crisis“ is a long-planned operation, 29. August 2014 (<http://anton-shekhtsov.blogspot.de/2014/08/the-ukraine-crisis-is-long-planned.html#more>; letzter Zugriff: 05.11.2014).

gen der vergangenen Jahre in der Ukraine eine beträchtliche Rolle gespielt hatten. Ihr zentrales Motiv war die Darstellung der ukrainischen Nationalisten als „Henkersknechte“ der Deutschen und „Lakaien des Hitlerfaschismus“ in der Zeit des Zweiten Weltkriegs.²

Tatsächlich waren die Bandera-OUN und die von ihr ins Leben gerufene „Ukrainische Aufstandsarmee“ (*Ukraїnska Povstanska Armija*, UPA) während des Zweiten Weltkriegs für beträchtliche Verbrechen verantwortlich, die sie aber zum größten Teil eigenständig und nicht auf deutschen Befehl oder in deutschem Auftrag begingen, da ihre Zusammenarbeit mit den Deutschen nach dem Sommer 1941 rasch zerbrach. Viele Ukrainer wiederum, die mit der deutschen Besatzungsmacht zusammenarbeiteten und dabei auch an Verbrechen beteiligt waren, gehörten nicht der Bandera-OUN an. Derartige Unterschiede verwischte die sowjetische Propaganda und Publizistik allerdings systematisch, um ein möglichst negatives Bild des ukrainischen Nationalismus insgesamt zu zeichnen.

Die sowjetische Propaganda schuf mit den „ukrainischen Faschisten“ ein Feindbild, das nicht der historischen Aufklärung, sondern der Bekämpfung der ukrainischen Selbstständigkeitsbestrebungen und damit auch der Rechtfertigung der brutalen Unterdrückung des Widerstands der UPA gegen die sowjetische Besetzung der Westukraine in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre diente. Der offensichtliche politische Missbrauch des Kollaborations- und Faschismusvorwurfs zur Unterdrückung der Unabhängigkeitsbestrebungen hat wesentlich dazu beigetragen, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem Erbe des radikalen ukrainischen Nationalismus und seinen Verbrechen bisher in der ukrainischen Öffentlichkeit erst in Ansätzen stattgefunden hat.

Der „Große Vaterländische Krieg“, der Sieg über die deutschen Invasoren und damit über den „Faschismus“ wurde zum zweiten Gründungsmythos der Sowjetunion (nach der Oktoberrevolution). Auch der damit verbundene sowjetische Faschismusdiskurs, in dem die „ukrainischen Faschisten“ eine zentrale Rolle einnahmen, diente nicht einer kritischen Aufarbeitung von Ursachen und Fortwirken des Faschismus, sondern konstruierte Feindbilder. Putins Russland knüpft daran recht nahtlos an. Es instrumentalisiert nicht nur die Erinnerung an den Sieg im Zweiten Weltkrieg zur Stützung der eigenen Herrschaft im Inneren,

2 Zur in dieser Hinsicht wenig untersuchten sowjetischen Propaganda Amir Weiner: *Making Sense of War and the Fate of the Bolshevik Revolution*. Princeton 2001, S. 165-171.

sondern nutzt auch den sowjetischen Faschismusdiskurs weiterhin zur Feindbildkonstruktion. Zum sowjetischen Bild der „ukrainischen Faschisten“ gehörte auch, dass sie, nachdem sie den Deutschen bei ihren Verbrechen an der ukrainischen Bevölkerung gedient hatten, ihren Kampf gegen die Sowjetunion im Dienste der westlichen Mächte fortsetzen würden. Dieses Bild hatte bereits in der Zeit des Kalten Krieges Einfluss im Westen.

Die deutsche Öffentlichkeit und die russische Aggression

In der westlichen und insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit hat der Faschismusvorwurf gegen den Euromajdan und gegen die neue Regierung in Kiew erheblich dazu beigetragen, dass viele die Geschehnisse im Winter 2013/14 mit Misstrauen betrachteten und bezweifelten, dass es sich bei der Protestbewegung tatsächlich um einen Aufstand für Rechtsstaatlichkeit, gegen Korruption, Machtmissbrauch und den Versuch der Einschränkung der Demokratie handelte. Darüber hinaus fehlte in der deutschen Gesellschaft aber auch das Verständnis dafür, warum die Ukrainer selbstständig sein und eine Vorherrschaft Russlands nicht hinnehmen wollten. Während Russland in seinen historischen und kulturellen Dimensionen im Bewusstsein der Deutschen tief und trotz aller Ambivalenzen letztlich positiv verankert ist, war die Ukraine auch mehr als zwanzig Jahre nach der Unabhängigkeit noch immer eine „unerwartete Nation“ (Andrew Wilson).³

Während die Haltung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber Russland, das in dieser Hinsicht weitgehend ungebrochen mit der Sowjetunion gleichgesetzt wird, auch von der Erinnerung an die deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs bestimmt ist und vor diesem Hintergrund ein positives Verhältnis zu Russland auch eine gelungene Versöhnung dokumentiert, kommt die Ukraine in der deutschen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ebenfalls vorwiegend als Heimat der „ukrainischen Faschisten“ und Nazi-Kollaborateure vor. Tatsäch-

³ Zur Analyse der deutschen Diskussion über den Euromajdan und die Besetzung der Krim durch Russland zwischen November 2013 und April 2014 Kai Struve: „Faschismusverharmloser“ und „Russland-Versteher“ – die Ukraine-Krise in der deutschen Diskussion. In: Włodzimierz Borodziej, Joachim von Puttkamer, Dorothea Warneck (Hrsg.): *The Ukrainian Crisis in the European Media and the Public Sphere*, „Cultures of History“ Forum, Version: 1.0, 14.05.2014, (<http://www.imre-kertesz-kolleg.uni-jena.de/index.php?id=577&l=0>).

lich litten allerdings die ukrainischen Gebiete während des Zweiten Weltkriegs nicht weniger unter der deutschen Herrschaft als andere besetzte sowjetische Territorien. Während des Krieges befand sich das gesamte Gebiet der heutigen Ukraine zeitweise unter deutscher Herrschaft, dagegen nur ein Teil des heutigen Russland. Verpflichtungen, die sich aus den deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs ergeben, gelten daher gegenüber der Ukraine nicht weniger als gegenüber Russland.

Zwar begegnete die große Mehrzahl der Beiträge in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen seit Dezember 2013 der Protestbewegung in der Ukraine mit Sympathie und dies bestimmte auch die Politik der Bundesregierung und – mit Ausnahme der Linken – die Haltung der im Bundestag vertretenen politischen Parteien, unter denen die Grünen am deutlichsten für ihre Unterstützung eintraten.⁴ Daneben gab es allerdings eine Reihe von Stimmen in der Öffentlichkeit, darunter so prominente wie die ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Helmut Schmidt, die die Ursache der Krise in erster Linie darin sahen, dass die EU berechtigte Interessen Russlands ignoriere.

Während es auch für die Besetzung der Krim durch Russland in der deutschen Öffentlichkeit trotz des offensichtlichen Bruchs des Völkerrechts noch relativ viel Verständnis gab, änderte sich dies im Zusammenhang damit, dass Russland seit Mitte April 2014 nun auch im Osten der Ukraine mit bewaffneten Kräften intervenierte und hier einen kriegerischen Konflikt auslöste, der inzwischen mehrere tausend Tote gefordert hat. Eine Zäsur in der Wahrnehmung der Geschehnisse in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit bildete dabei zweifellos der Abschuss

In Teilen der deutschen Öffentlichkeit werden die Verbrechen an der Bevölkerung der Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs fast ausschließlich mit Ereignissen in Russland verbunden, die Ukraine wird hingegen weitgehend ausgeblendet.

4 Mangelnde Kompetenz in der Berichterstattung über die Ereignisse in der Ukraine in vielen gedruckten Medien beklagte allerdings Gemma Pörzgen: Moskau fest im Blick! Die deutschen Medien und die Ukraine, in: OSTEUROPA 64 (2014), H. 5-6, S. 293-310. Tatsächlich frappierend war die mangelnde Kompetenz und russisch orientierte Gästeauswahl allerdings vor allem in zahlreichen Talkshows, vgl. dazu Fabian Burckhardt: Die Ukraine-Krise in den deutschen Talkshows. In: Ukraine-Analysen 135, 24.06.2014, S. 10-19 (<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen135.pdf>; letzter Zugriff: 05.11.2014).

des malaysischen Verkehrsflugzeugs mit 298 Toten durch Separatisten am 17. Juli 2014. Nach einer Umfrage von Anfang August 2014 machten 80 Prozent der Deutschen Russland für die Eskalation des Konflikts in der Ostukraine verantwortlich.⁵ Anfang September 2014 empfanden 82 Prozent der Deutschen das Verhalten Russlands im Ukraine-Konflikt als bedrohlich. Angesichts russischer Drohungen mit einer massiven militärischen Intervention in der Ukraine und Erklärungen Putins, dass seine Truppen innerhalb weniger Tage nicht nur in Kiew, sondern auch in Riga, Warschau oder Bukarest sein könnten, ist dies auch nicht erstaunlich. Gleichwohl waren weiterhin 60 Prozent gegen eine stärkere Präsenz von NATO-Truppen in den östlichen Mitgliedsländern, in denen das russische Vorgehen in der Ukraine beträchtliche Beunruhigung auslöste.

Wer ist schuld am neuen „Kalten Krieg“?

Während die Zahl der „Russland-Versteher“ beträchtlich abgenommen hat, bleibt gleichwohl in der deutschen und der westlichen Öffentlichkeit die Frage nach den Ursachen für die Eskalation des Konflikts umstritten. Konkret geht es dabei vor allem um die Frage, inwieweit Russlands Verhalten eine letztlich verständliche und rationale Reaktion auf eine für Russland bedrohliche Erweiterung der NATO und der EU nach Osten ist, sodass die NATO und die EU eine wesentliche Mitverantwortung für die Krise im Verhältnis zu Russland tragen würden.⁶

Unabhängig von der Frage, wie begründet ein solches Bedrohungsszenario wirklich ist, ignoriert dieses Argument, dass weder die NATO- noch die EU-Erweiterungen durch einen besonderen „Drang nach Osten“ auf Seiten dieser Institutionen zustande kam, sondern weil die

-
- 5 Zum Folgenden ARD-Deutschlandtrend 8/2014, S. 3 (<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/august/>), und ARD-Deutschlandtrend 9/2014, S. 5 (<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/september/>); außerdem zur angeblichen Putin-Drohung: „Wenn ich will, nehme ich Kiew in zwei Wochen ein“, Spiegel, 01.09.2014, (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/putins-angebliche-drohung-gegenueber-barroso-a-989266.html>; letzter Zugriff: 05.11.2014).
- 6 Ausführlich hat diese Position jüngst nun auch der amerikanische Politikwissenschaftler John Mearsheimer vertreten; John J. Mearsheimer: Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault. The Liberal Delusions That Provoked Putin: Foreign Affairs 93 (2014) Nr. 5, (<http://www.foreignaffairs.com/articles/141769/john-j-mearsheimer/why-the-ukraine-crisis-is-the-wests-fault>; letzter Zugriff: 07.11.2014).

ostmitteleuropäischen und baltischen Staaten die Mitgliedschaft anstrebten. Der Wunsch nach Mitgliedschaft in der NATO entstand aus der Furcht davor, dass für Russland militärische Drohungen und militärische Mittel im Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten nicht ausgeschlossen waren. Bei der Mitgliedschaft in der EU ging es auch darum, dass die in der EU herrschenden Standards von Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit und demokratischer politischer Partizipation Vorbild für die Reformen in diesen Staaten waren. Dies ist heute in der Ukraine nicht anders. Die „Revolution der Würde“ in der Ukraine war kein russophober Aufstand, sondern eine breit getragene Bewegung für die Verwirklichung dieser europäischen Standards. Putins Russland verkörpert sie hingegen heute weniger denn je. Zudem ging und geht es im Fall der Ukraine nicht um die NATO-Mitgliedschaft, sondern um einen Schritt der Annäherung an die EU. Die Frage einer NATO-Mitgliedschaft wurde in der Ukraine erst wieder angesichts der russischen Aggression zu einem Thema, die dafür eine wachsende Zustimmung in der ukrainischen Öffentlichkeit erzeugt. Vor den Geschehnissen dieses Jahres hatte es innerhalb der EU nur wenig Unterstützung für einen tatsächlichen EU-Beitritt der Ukraine gegeben. Inzwischen hat Russlands Politik innerhalb der EU so viel Unterstützung für die Ukraine mobilisiert, wie sie sie sonst kaum erlangt hätte.

Letztlich zeigt sich auch hier ein erneutes Scheitern der russischen Politik. Putins Fortsetzung der Traditionen russischer und sowjetischer imperialer Herrschaft im Inneren macht einen Bruch damit im Verhältnis zu den Nachbarstaaten kaum möglich, die allein den Drang in die NATO und die EU bremsen könnte. Da Putins Regime im Inneren nicht an einer nachhaltigen Modernisierung des Landes durch die Stärkung des Rechtsstaats und demokratischer Prinzipien arbeitet, erreicht es auch in den Außenbeziehungen seine Ziele nicht. Während die westliche Politik noch bis in dieses Jahr hinein weitgehend von der Vorstellung geleitet war, dass sich Russland auch unter Putin weiterhin auf einem an westlichen Modellen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie orientierten Weg befand und deshalb eine „Modernisierungspartnerschaft“ mit Russland, wie sie der deutsche Außenminister Steinmeier in seiner ersten Amtszeit verkündet hatte, fortgesetzt werden müsse, hat sich dies nun als Illusion erwiesen. Die russische Aggression gegenüber der Ukraine lenkte nun auch in der breiteren deutschen Öffentlichkeit die Aufmerksamkeit auf den autoritären Charakter der Herrschaft Putins und die Einschränkungen demokratischer Freiheiten in Russland, die im Schat-

ten des Konflikts in der Ukraine noch einmal zunahmen. Zur Abwehr des westlichen Gesellschafts- und Demokratiemodells greift Putins Regime zunehmend auf das Gedankengut des „Eurasismus“ und seines Vordenkers Aleksander Dugin zurück, der „Eurasien“ als eigenen historischen und zivilisatorischen, den westlichen Werten und dem Liberalismus entgegengesetzten Raum konstruiert.⁷ An die Stelle des Gegensatzes gesellschaftlich-ökonomischer Systeme in der Zeit des „Kalten Krieges“ scheint nun, wie der Konflikt in der Ukraine ebenfalls deutlicher als

Zur Abwehr des westlichen Gesellschafts- und Demokratiemodells greift Putins Regime zunehmend auf das Gedankengut des „Eurasismus“ zurück.

vorher erkennen ließ, im Verhältnis Russlands zum Westen ein Gegensatz der Werte zu treten. Die Werte, für die Russland hier eintritt, sind in erster Linie solche, für die in vielen europäischen Ländern rechtspopulistische

und rechtsradikale Parteien stehen. Auch dies hat die aktuelle Krise deutlicher erkennen lassen.⁸

Tatsächlich dürfte ein solcher Weg für Russland, der praktisch den Rückfall in sowjetische Politikmuster bedeutet, auf Dauer kaum zu gehen sein. Anders als die „Eurasier“ glauben machen wollen, ist Russland historisch und kulturell ein Teil Europas. Der wachsende ökonomische und gesellschaftlich-politische Modernisierungsrückstand, der sich durch die gegenwärtige Politik ergibt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Russland auf Dauer zu wachsender Unzufriedenheit führen und sich nicht mehr hinter einem bizarren Propagandanebel über den feindlichen, „verdorbenen“ Westen und seine „faschistischen“ Vorkämpfer verbergen lassen. Die Spannungen, die Putins Politik im Innern Russlands aufbaut, gefährden damit Russland selbst.⁹ Wie der Donbass zeigt, zerstört Putins Politik, was sie zu schützen vorgibt.

7 Uwe Halbach: Russland im Wertekampf gegen „den Westen“. Propagandistische und ideologische Aufrüstung in der Ukraine-Krise. SWP-Aktuell 43, Juni 2014 (http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A43_hlb.pdf).

8 Dazu Stephan Löwenstein, Reinhard Veser: Treffen der Rechten in Wien. Eurasische Internationale, FAZ, 04.06.2014 (<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/treffen-der-rechten-in-wien-eurasische-internationale-12972620.html>; letzter Zugriff: 07.11.2014).

9 Gerd Koenen: Russland ist kein Bär, sondern eine Sau, die ihre Jungen auffrisst, FAZ 22.09.2014 (http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/gastbeitrag-russland-ist-kein-baer-sondern-eine-sau-die-ihr-jungen-auffrisst-13165754-p3.html?printPagedArticle=true#pageIndex_3; letzter Zugriff: 07.11.2014).

„Es ist in der Tat Krieg – Putins Krieg mit Europa.“

Ein Gespräch mit dem früheren ukrainischen Staatspräsidenten Viktor Juschtschenko

Viktor Juschtschenko war von Januar 2005 bis Mai 2010 Präsident der Ukraine; sein Amtsantritt war eine Folge der „Orangen Revolution“ 2004, die man als Vorläuferin des Majdan 2013 ansehen kann. Er tritt nach wie vor für eine engere Anbindung der Ukraine an die EU ein. Das Gespräch zwischen ihm und Michael Albus fand Ende August 2014 in Kiew statt. – Foto: Markus Schreiber (© picture alliance / AP images).

In diesen Tagen fand das Treffen von Präsident Poroschenko und Putin unter Beteiligung der EU in Minsk statt. Tags darauf war es endlich offenkundig, dass Russland die Separatisten mit regulären Soldaten und mit Waffen massiv unterstützt. Putin forderte eine Eigenstaatlichkeit des Ostteils der Ukraine. Die Lage verschärft sich zusehends. Wie sehen Sie die aktuelle Situation?

Die Frage der nationalen und politischen Einheit der Ukraine war vor dreihundert, vor zweihundert, vor zehn Jahren immer die wichtigste Frage der russischen Außenpolitik. Sie wird auch weiterhin an erster Stelle für Russland stehen.

Putin ist krank. Er leidet an dem Unsinn, der heißt: Russland ist für die ganze Welt wichtig und das alte mächtige Russland muss wieder auflieben. Ihn beherrschen imperiale Gedanken.

Deswegen betreibt er das Projekt der Sammlung von Territorien. Die Errichtung einer „neuen russischen Welt“ sieht er offensichtlich als seine wichtigste aktuelle Mission an. Für ihn ist der Zerfall der Sowjetunion, dieses furchtbaren, totalitären Systems, die größte Tragödie des 20. Jahrhunderts. Innerhalb seines Plans spielt die Ukraine zweifellos eine Schlüsselrolle. Ihm wäre am liebsten gewesen, wenn sich ein ukrainischer Präsident hätte finden lassen, der die ganze Ukraine unverzüglich und unmittelbar in die von Putin angezielte, so genannte Zollunion im euro-asiatischen Wirtschaftsraum überführt hätte. Das war sein Plan A. Aber einen solchen Präsidenten der Ukraine gab es und gibt es nicht. Deswegen geht es jetzt um die Verwirklichung von Plan B, der darin besteht, dass ein Teil des ukrainischen Territoriums okkupiert werden muss. In diesem okkupierten

Teil, in dieser politischen Enklave muss dann eine Marionettenregierung eingesetzt werden, die zur Aufgabe hat, die politische Lage in der Ukraine zu destabilisieren und das Land dann Schritt für Schritt in den russischen Raum zu integrieren.

Nicht nur in Deutschland sagt man: Putin ist unberechenbar, man weiß nicht, was er wirklich will. Ich meine, er handelt immer noch nach dem psychologischen und politischen Schema des ehemaligen KGB-Spions in Dresden. Aber hat er einen Plan? Was ich jetzt von Ihnen gehört habe, ist, dass er eine Traum-Perspektive hat, die zur Alpträumperspektive für Ihr Land werden kann.

Putin ist einfach gestrickt und verbirgt keine politischen Rätsel in sich. Er hat sich fest eingebildet, dass der Eckpfeiler seiner politischen und geopolitischen Perspektive eine erfolgreiche, ruhige, stabile Ukraine in seinem Sinne sein muss. Sein Projekt der „neuen russischen Welt“ ist ohne die Ukraine unmöglich. Unmöglich ohne Ukraine ist eine freie Handelszone Weißrussland-Kasachstan-Russland. Unmöglich ohne Ukraine ist die Zoll-Vereinigung im euro-asiatischen Wirtschaftsraum. Weder Kirgistan noch Armenien können diesen Raum ausfüllen. Diesen Raum kann nur die Ukraine ausfüllen. Darum geht Putins gegenwärtiger Kampf um die Ukraine. Entweder wird dieser Kampf um die Integration der Ukraine in seinen Plan politisch für ihn entschieden oder er führt zu einem politischen Fiasko, wird zu einer Tragödie für die

russische Politik und führt letztlich zum Zerfall des russischen Imperiums.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat vor und während ihres letzten Besuchs in der Ukraine im August 2014 die Frage der Dezentralisierung oder Föderalisierung des Landes ins Spiel gebracht. Ist das eine Lösung, eine nicht nur denkbare, sondern realisierbare Lösung? Oder ist diese Position nicht bestimmt von der seltsamen Angst der Europäer vor Putin? Mir scheint, dass Putin so frech und so unverschämt vorgehen kann, weil die meisten Westeuropäer eine panische Angst vor ihm und davor haben, ihr Wohlstand könnte konkret in Gefahr geraten.

Dem vereinten Europa mangelt es heute an geistiger Kraft. Viele Vorschläge, die jetzt für die Lösung der Krise gemacht werden, sind in der Tat unangemessen. Sie leisten keinen wirklichen Beitrag zur Regulierung der Situation. Föderal war die Ukraine nie. Und sie wird es nie sein. Apropos: die Föderalisierung ist einer der Punkte in Putins Plan. Wenn man ein Land zunichte machen will, in dem 73 Prozent der Bevölkerung zur Stammnation gehören, gibt es drei Wege: Der erste ist die Autonomisierung, wie es auf der Krim geschehen ist oder wie man das nun als Nächstes im Osten der Ukraine machen wollte und will: Eine „Ostukrainische Republik“ und dann „Noworossia“, „Neues Russland“, wie Putin es jetzt zu nennen beginnt. Das ist das Autonomisierungs-Szenario. Es ist nicht akzeptabel. Der zweite

Punkt: Wenn es mit der Autonomisierung nicht klappt, muss das Zersplitterungsprojekt durch Föderalisierung verwirklicht werden. Föderalisierung ist der zweite Plan Putins zur Spaltung der Ukraine. Und wenn das nicht klappt, oder gleichzeitig damit, wird das dritte Spaltungsszenario gestartet: Russisch wird Staatssprache.

Jeder von diesen drei Hebeln ist ein Spaltungshebel. Putin hat schon vor einigen Monaten aufgezählt, welche Bedingungen aus seiner Sicht für einen Verhandlungsprozess nötig sind. Die erste: die Krim so anzuerkennen, wie sie heute ist. Das bedeutet die territoriale Spaltung der Ukraine anzuerkennen. Die zweite Bedingung: Föderalisierung der Ukraine, föderale Grenzen zu ziehen, welche wir nie hatten. Die dritte Bedingung: Russisch als Staatssprache einzuführen. Das heißt: die Sprache als Instrument der Spaltung einer Nation einzusetzen. Und die vierte Bedingung: der blockfreie Status der Ukraine. Damit sollen wir von der Welt isoliert werden, abgegrenzt vom kontinentalen Projekt einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Ich bin davon überzeugt, dass Putin heute verhandlungsunfähig ist. Sein Ziel ist nicht die Regelung des Konflikts. Er macht Manöver und benutzt die Umstände, diesen Konflikt zu modifizieren, auszubreiten, aufzuheizen. Dieser Prozess des Verhandelns im Sinne Putins beschert uns nur weitere Schwierigkeiten und gibt keine Antworten auf die tatsächlich bestehenden Probleme.

Ich empfinde die ganze Situation,

wenn man die konkreten Menschen sieht und nicht nur die politischen Strukturen, als tragisch. Mich bedrückt es, dass hier keine Einigung zu stande kommen kann. Das hat für allzu viele Menschen in Ihrem Land fürchterliche, auch persönliche und familiäre Konsequenzen. Wie sieht für Sie eine mögliche Lösung aus? Gibt es für Sie überhaupt eine Lösung in absehbarer Zeit?

Ich sage noch einmal: Es ist grundsätzlich falsch, diesen Konflikt als Innenkonflikt zu betrachten, als eine innere ukrainische Angelegenheit. Wir haben ein solches Problem nicht, obwohl wir die letzten 350 Jahre keinen eigenen Staat gehabt haben. Der Osten der Ukraine wurde vom russischen Imperium, die West-Ukraine von verschiedenen europäischen Imperien okkupiert. Klar, dadurch haben wir, als wir uns vor 23 Jahren zu einer ukrainischen Familie wieder vereint haben, eine Reihe von Problemen geerbt. Aber das sind Probleme, keine Konflikte. Das sind keine Widersprüche der Ukrainer mit Ukrainern. Es gibt einige Unterschiede, erworben während der jahrhundertlangen Okkupierungen von der einen oder der anderen Seite.

Wie diese Probleme aufzuheben sind? Sehr einfach! So, wie sie in Polen abgeschafft wurden, in Tschechien, in jeder beliebigen anderen europäischen Nation: Durch eine gesunde, geduldige, durchdachte Innenpolitik. Das steht absolut in den Kräften der Ukraine. Gebt uns eine Generation Zeit, und ihr werdet eine einheitliche, vereinigte, konsolidierte Ukraine se-

hen! Ich betone noch einmal: Es ist kein dumpfes Schicksal, das den gegenwärtigen Krieg verursacht hat. Wenn wir mit dieser Beschreibung, die den Prozess charakterisiert, nicht klar kommen und sie nicht annehmen, machen wir einen großen Fehler.

Es ist in der Tat Krieg – Putins Krieg mit Europa mittels der Ukraine. Wenn wir darüber reden, wie man sich

gegen diesen Krieg wehren kann, müssen wir über einen gemeinsamen, konsolidierten Plan reden. Das ist kein nur ukrainisches Problem. Es ist ein globales Problem. Und es ist eine Aufgabe Europas und der ganzen Welt.

Was ist Ukrainisch? Nationwerdung in der Ukraine

Dr. Heike Dörrenbächer studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Slawistik, war 1999-2014 Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und zwischenzeitlich 2008-2011 Leiterin des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung in der Ukraine und Belarus.

Während der Zuspitzung der Krise in der Ukraine spielte die Frage der Sprache eine große Rolle, wobei es sich jedoch gezeigt hat, dass das Bekenntnis zum Russischen nicht automatisch mit einer prorussischen Gesinnung einhergeht. Wie der Beitrag zeigt, befindet sich die Ukraine auf dem Weg zu einer Willensnation.

Ein erster Schritt: Die Ukraine wird ein unabhängiger Staat

Die Ukraine erklärte sich am 24. August 1991 für unabhängig. Als die drei Präsidenten der ehemaligen Sowjetrepubliken Belarus, Ukraine und Russland im Dezember 1991 auf der ehemaligen Regierungsstscha von Leonid Breschnew zusammentrafen, besiegelten sie mit ihrem Austritt aus der Sowjetunion und der Gründung der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS) das Ende der Sowjetära und die Auflösung der Sowjetunion. Mit der Erklärung der eigenen Unabhängigkeit und der Auflösung der Sowjetunion wurde die Ukraine zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein eigener Staat.

In der Sowjetzeit wurde die Ukraine häufig als eine „Region“ im Rahmen der Sowjetunion, nicht als eigene Nation wahrgenommen. Dies wirkt in der Wahrnehmung vieler europäischer Politiker bis heute nach. Sie sehen die Ukraine als natürliches Einflussgebiet Russlands und haben oft kein Bewusstsein dafür, dass die Ukraine seit fast 25 Jahren ein unabhängiger Staat ist.

In der Zeit der Sowjetunion gab es nationalistische Bestrebungen der ukrainischen Opposition, zumeist in der Westukraine. Die Dissidenten aus der Westukraine forderten den Gebrauch der ukrainischen Sprache

und die Gründung eines Nationalstaats und wurden dafür streng mit Lagerhaft bestraft.

Am 1. Dezember 1991 hatte die Bevölkerung der Ukraine die Möglichkeit, ihr Votum zur Frage der Unabhängigkeit abzugeben. Eine überwältigende Mehrheit von 90 Prozent stimmte für die Unabhängigkeit, auch die Bevölkerung einer jeder einzelnen Gebietskörperschaft der Ukraine, also auch im Donbass und auf der Krim.

Die Nationwerdung in der Ukraine war und ist kein leichter Prozess, da die regionalen, kulturellen und wirtschaftlichen Unterschiede des

Landes groß sind. Am bekanntesten ist der Gegensatz zwischen der Ost- und der Westukraine, der aus der Zugehörigkeit zum Zarenreich (Osten) und zur Habsburgermonarchie (Westen)

resultiert. Die Realität ist jedoch viel komplexer, weil die Ukraine seit dem 17. Jahrhundert bis zur Gründung der Ukrainischen Sowjetrepublik auf mehrere Herrschafts- und Kulturräume verteilt war, die für die unterschiedliche Entwicklung der Teilregionen bis heute nachwirken.¹

Seit 1991 ist die Ukraine auf der Suche nach ihrer Identität. Die Unabhängigkeit brachte nicht die erhoffte Verbesserung der Lebensumstände. Im Gegenteil, die Wirtschaft brach Anfang der neunziger Jahre zusammen. Die Wirren der neunziger Jahre haben Marktwirtschaft und Demokratie diskreditiert. Anstatt stetig zunehmendem Wohlstand nach westlichem Vorbild oder zumindest der Sicherung sozialer Grundstandards erlebten die Ukrainer in den neunziger Jahren den Zusammenbruch der staatlichen Strukturen und das Entstehen eines von Gewalt geprägten Wildwest-Kapitalismus, in dem ehemalige Aparatschiks die Filetstücke der Wirtschaft usurpierten und eine kleine Zahl von Oligarchen entstand, die Politik und Wirtschaft unter sich aufteilten, ohne das Gemeinwohl des Staates in den Blick zu nehmen.

Unabhängigkeit, Demokratie und Marktwirtschaft waren damit als Versprechen für die gemeinsame Zukunft der Ukrainer schnell verbrannt. Der „orangene“ Präsident Juschtschenko versuchte, ein neues Narrativ zur Nationsbildung zu erzeugen. Dazu sollten vor allem zwei Elemente dienen: Der bis in die neunziger Jahre kaum thematisierte

¹ Vgl. Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. München 2000, S. 9.

„Holodomor“, also die Hungerkatastrophe in der Ukraine in den dreißiger Jahren, und der Versuch des umstrittenen Nationalistenführers Stepan Bandera, in den vierziger Jahren einen unabhängigen ukrainischen Staat zu gründen. Beides stand im Gegensatz zu der Erinnerung der Ukrainer im Osten des Landes, für die der Große Vaterländische Krieg und der Sieg über die Faschisten entscheidender Bestandteil der ukrainischen Identität waren.² Die Sieger der Orangen Revolution verpassten die Chance, die junge Nation mit den Werten der Freiheit und Unabhängigkeit, die den Ukrainern in ihrer Geschichte immer wichtig waren, zu verbinden.

Sprache und Nation

Die Antwort auf die Frage „Was ist ukrainisch in der Ukraine“ wird oft mit dem Hinweis auf die ukrainische Sprache beantwortet. In der Volkszählung von 2001 betrachteten 67,5 Prozent der Bevölkerung Ukrainisch und 29,6 Prozent Russisch als ihre Muttersprache.³ Diejenigen, die Ukrainisch als Muttersprache sprechen, empfinden Sprache als das entscheidende Merkmal ihrer Zugehörigkeit zur ukrainischen Nation. Aber auch die russischsprachigen Ukrainer sehen sich selbst in erster Linie als Ukrainer. Für sie ist allerdings wichtig, dass der Staat ihre Rechte zum Gebrauch der russischen Sprache sowohl untereinander als auch im Umgang mit den Behörden garantiert.

Anstatt die weitgehende Zweisprachigkeit des Landes als positiv und als Vorteil zu betrachten, instrumentalisierten ukrainische Politiker die Sprachenfrage immer wieder, vor allem vor Wahlen. Viktor Janukowitsch erließ vor den Parlamentswahlen 2010 in Ermangelung der Möglichkeit, Russisch in der ganzen Ukraine als zweite Staatssprache einzuführen,⁴ ein Gesetz, das Russisch in Regionen mit russischsprachiger Mehrheit als zweite gültige Staatssprache einföhrte, und versuchte

² Vgl. dazu auch die Hinweise von Kai Struve in vorliegendem Heft, oben S. 280-283.

³ Vgl. Matthias Guttke, Hartmut Rank: Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang. Zur aktuellen Sprachgesetzgebung in der Ukraine. In: Ukraine Analysen Nr. 106, 11.09.2012, S. 11-15 (einzusehen unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen106.pdf>; letzter Zugriff: 07.11.2014), außerdem die ausführliche Darstellung im Beitrag von Anja Lange in vorliegendem Heft.

⁴ Dafür wäre eine Verfassungsänderung notwendig gewesen, wofür die „Partei der Regionen“ nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit hatte. Janukowitsch hatte in den Präsidentschaftswahlen 2010 versprochen, Russisch als zweite Staatssprache einzuführen.

damit, Stimmen im Osten der Ukraine zu gewinnen. Katastrophale Signalwirkung hatte die erste Sitzung des Parlaments im Februar 2014 nach der Flucht von Viktor Janukowitsch, in der die Aufhebung genau dieses Sprachengesetzes beschlossen wurde. Dies schürte bei den Ostukrainern die Angst, künftig zu Bürgern zweiter Klasse degradiert zu werden. Die Entscheidung wurde zwar zurückgenommen, wirkte aber stark desintegrerend im Osten des Landes, der den Euromajdan nicht unterstützt hatte und sich unter dem Einfluss russischer Staatspropaganda wenig

später in den vermeintlichen Kampf gegen die „Faschisten“ stürzte.

Gefragt danach, „Was macht Ihnen am meisten Angst?“ steht die Sprachenfrage seit Jahren, aber auch in aktuellen Umfragen, ganz hinten.⁵ Vor

Im Februar 2014 schürte die ungeklärte Sprachenfrage bei den Ostukrainern die Angst, zu Bürgern zweiter Klasse degradiert zu werden.

dem Hintergrund des Krieges mit Russland hat sie allerdings eine stärkere politische Bedeutung erhalten. Im Mai 2014 sprachen sich 38,2 Prozent der Ukrainer dafür aus, dass Ukrainisch die einzige Staatssprache sein sollte, mit dem Zusatz, dass Russisch und andere Minderheitensprachen im Alltag benutzt werden können. 30,7 Prozent der Befragten wollten Russisch und Ukrainisch als Staatssprachen einführen, und 27,3 Prozent wollten Ukrainisch als Staatssprache beibehalten, wobei Russisch in einigen Regionen offiziell verwendet werden kann.

Die Ukraine auf dem Weg zu Willensnation

Nach 1991 hat der ukrainische Staat nur ein Versprechen erfüllt, das jetzt bedroht ist: die Unabhängigkeit. Die Ukraine hat seit 2004 ihre Richtungsentscheidung getroffen: Sie will sich endgültig aus dem russischen Einflussbereich befreien und einen Entwicklungsweg nach dem Vorbild der europäischen EU-Länder gehen. Viktor Juschtschenko und sein Außenminister Boris Tarasjuk forderten kurz nach der Orangenrevolution die Aufnahme in die EU. Die nötigen strukturellen Reformen nahmen sie jedoch nicht in Angriff, stattdessen verhakten sich der Präsident und seine Ministerpräsidentin und Dauerkontrahentin Julia Timoschenko in einem Machtkampf, der letztendlich die Rückkehr des

⁵ Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 133, 27.05.2014 (einzusehen unter <http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen133.pdf>; letzter Zugriff: 07.11.2014), bes. S. 18 ff. (Sprachensituation; Ansichten der Bürger in der Südost-Ukraine).

Wahlfälschers von 2004, Viktor Janukowitsch, bewirkte. Die EU musste von diesem Zeitpunkt an mit einer Regierung verhandeln, die an einer Assoziiierung nur noch ein sehr eingeschränktes Interesse hatte. Janukowitsch ging es vor allem darum, zwischen der EU und Russland zu lavieren und von beiden Seiten möglichst viel Unterstützung zu erhalten. Als er kurz vor dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft Ende November 2013 in Vilnius die zuvor ausgehandelte Unterzeichnung des Abkommens absagte, hatte er die Rechnung allerdings ohne seine Bevölkerung gemacht. Zum zweiten Mal innerhalb von zehn Jahren gingen Hunderttausende auf die Straße, um zunächst für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu demonstrieren und sehr schnell den Weg nach Europa auch gleichzusetzen mit dem Wunsch, staatliche Willkür und Korruption zu beenden und für ein Leben in Würde und Freiheit einzutreten.

Das Assoziierungsabkommen hat der am 25. Mai 2014 neugewählte Präsident Petro Poroschenko unterschrieben. Dass die Transformation eine politisch und wirtschaftlich schwierige Angelegenheit ist, ist kein Geheimnis. Die Erfahrung der Transformationsländer hat gezeigt, dass in der Regel eine Schocktherapie nach polnischen Vorbild erfolgversprechender ist als das Suchen nach dem vermeintlich „dritten Weg“. Wirkliche Demokratisierung und Marktwirtschaft und die damit verbundenen strukturellen Reformen stehen der Ukraine fast 25 Jahre nach der Unabhängigkeit erst noch bevor. Erschwerend hinzu kommen die Sicherung und der Erhalt der Ukraine als unabhängiger Staat.

Die Bedrohung von außen schweift die Ukrainer heute als Nation zusammen und bewirkt mehr Identifikation mit dem gefährdeten Staat, als alle bisherigen Versuche, eine gemeinsame Nation zu erzeugen, bisher geschafft haben. Die Ukrainer fühlen sich zunehmend als Ukrainer, als Patrioten und ukrainische Staatsbürger. Dies zeigte eine Umfrage des renommierten ukrainischen Meinungsforschungsinstituts „Hrupa rejtyng“ vom August 2014. Die Meinungsforscher fanden heraus, dass sich 86 Prozent der Ukrainer als „Patrioten“ bezeichnen, im vergangenen Jahr waren es 81 Prozent, 2010 nur 76 Prozent. Ebenfalls 76 Prozent aller Befragten sprachen sich für die Unabhängigkeit des Landes aus, wenn sie diese Entscheidung heute treffen müssten. Das bedeutet zwar, dass die Einigkeit darüber seit 1991 (90 Prozent) stark abgenommen hat, die Zunahme von 61 Prozent im Jahr 2013 auf 76 Prozent im August 2014 zeigt aber, dass der Konflikt und der Krieg mit Russland das Land in dem Wunsch nach Unabhängigkeit eint. Auch das Selbstverständnis,

„Staatsbürger der Ukraine“ zu sein, wächst. Während auf die Frage „Wer sind Sie?“ im September 2010 57 Prozent antworteten „Ukrainischer Staatsbürger“, wuchs der Prozentsatz im August 2012 auf 61 Prozent und im August 2014 auf 64 Prozent. Der Westen (77 Prozent), das Zentrum (80 Prozent) und der Norden (72 Prozent) des Landes liegen in ihrer Selbstwahrnehmung als ukrainische Staatsbürger deutlich über dem Durchschnitt, der durch lediglich 25 Prozent im Donbass auf 64 Prozent insgesamt gesenkt wird.⁶

Zweifelsohne ist die Ukraine gegenwärtig in der schwierigsten Lage seit ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991. Im Hinblick auf die Transformation besteht die größte Gefahr heute darin, dass der Erhalt der Ukraine als eigenständiger Staat zum Vorwand wird, im Inneren die altbekannten Strukturen zu erhalten: Ein System von Oligarchen, das sich nicht durch Parlament und Gerichte kontrollieren lassen will. Ein wirklicher politischer Generationen- und Richtungswechsel hat noch nicht stattgefunden: Nach 1991 kamen die ehemaligen Parteikader der kommunistischen Partei an die Schaltstellen der Macht. Die „Komsomolzen“ Julia Timoschenko und Viktor Juschtschenko lösten sie 2004 ab und enttäuschten die in sie gesetzten Hoffnungen, mit dem alten System zu brechen. 2004 gingen diejenigen, die auf dem Majdan für den Machtwechsel gesorgt hatten, nicht selber in die Politik, sondern überließen das Feld den vermeintlichen Berufspolitikern. Diese waren entweder zu schwach (Juschtschenko) oder zu wenig daran interessiert (Timoschenko), die Mechanismen tatsächlich zu ändern.

Mit Poroschenko ist erneut ein Vertreter des alten Systems, der zudem auch noch die Klaviatur des Oligarchensystems beherrscht, an die Macht gekommen. Der Krieg mit Russland bietet zumindest die Möglichkeit, unter dem Vorwand, zuerst die Existenz des Staates sichern zu müssen, erneut die notwendigen Reformen nicht auf den Weg zu bringen. Diese sind u. a.:

- Lustration, d. h. Entfernung der korrupten Richter, Politiker und Funktionäre, sowie es der Majdan gefordert hat;
- Energiereformen bzw. -einsparung und -diversifizierung, um vom russischen Gas unabhängiger zu werden;
- Korruptionsbekämpfung auf allen Ebenen (Polizei, Steuerbehörde, Justiz, Politik);

⁶ Umfrage der Soziolohična hrupa rejtyng (August 2014): Dynamika patriotyčnykh nastrojiv.

- Einführung von sozialen Sicherungssystemen (Krankenversicherung, Arbeitslosen- und Rentenversicherung);
- Transparenz und Wettbewerb;
- Schaffen eines stabilen Rechtsrahmen, der inländischen und ausländischen Investoren wirtschaftliche Tätigkeit ermöglicht;
- Beschränkung der Staatsausgaben, um die Wirtschaft zu stabilisieren.

Die Liste der bevorstehenden Aufgaben ist also lang. In den vergangenen Jahren sind nicht zuletzt mit ausländischer Hilfe viele Reformkonzepte erarbeitet worden, die nicht nur in den Schubladen liegen, sondern die die politisch Verantwortlichen in Parlament und Regierung gut kennen und umsetzen könnten.

Die Transformation als bleibende Aufgabe

Der Osten der Ukraine teilte die Ziele des Majdans nicht. Die neue Regierung hat im Februar und März 2014 die Chance verpasst, den Osten und Westen auf eine gemeinsam bevorstehende schwierige Zeit der Transformation einzuschwören und gleichzeitig eine tatsächliche wirtschaftliche und politische Verbesserung für alle überzeugend in Aussicht zu stellen. In der Region Donezk und Luhansk haben von Russland unterstützte Separatisten so genannte „Volksrepubliken“ ausgerufen und sich de facto von der Ukraine abgespalten. Es ist zu befürchten, dass nach den vielen Toten und der Gewalt des Krieges eine Integration von Luhansk und Donezk nur sehr schwer möglich sein wird. Völlig unklar ist derzeit, ob der ukrainische Staat dort jemals wieder Hoheitsrechte ausüben kann.

Der Prozess der Nationwerdung wird durch den Krieg mit Russland gestärkt. Viele ukrainisch- und russischsprachige Staatsbürger der Ukraine fühlen sich mehr denn je als Ukrainer und sind bereit, auch gewaltsam für den eigenen Staat zu kämpfen. Die Ukraine ist zur Willensnation geworden. Hoffnungen des Majdan 2014 waren das Ende der staatlichen Willkür und der Korruption durch die Assoziiierung mit der Europäischen Union. Im Gegensatz zur Orangenrevolution gehen diesmal viele Vertreter der NGOs direkt in die Politik und überlassen das Feld nicht erneut den „Komsomolzen“. Die Frage ist, ob sie einen langen Atem haben, denn

Der Prozess der Nationwerdung wird durch den Krieg mit Russland gestärkt.

Veränderungen von heute auf morgen sind nicht zu erwarten.

Die Erfahrung im Osten Europas hat gezeigt, dass die Transformation viel schwieriger ist, als westliche Forscher angenommen haben, und dass sie länger dauert als erwartet. Auch das als Erfolgsmodell gerne zitierte Polen hat 15 Jahre gebraucht, bis das Land 2004 in die Europäische Union aufgenommen wurde. Die außenpolitischen Bedingungen sind für die Ukraine ungleich schwieriger. Hilfe für die Zivilgesellschaft wird auch in Zukunft nötig sein.

Die Integration des Ostens und Westens der Ukraine kann nur auf der Basis einer Willensnation entstehen. Das bedeutet, an dem Wunsch festzuhalten, trotz aller Unterschiede, die nicht einfach wegzuwischen sind, die gemeinsame Zukunft auf gemeinsamen Werten und Perspektiven aufzubauen. Diese sind die Unabhängigkeit des Staates, Freiheit seiner Bürger und Verbesserung der Lebensumstände. Die Ukrainer werden durch den Krieg mit Russland als Nation zusammengeschweißt und empfinden sich, wie die oben erwähnten Meinungsumfragen gezeigt haben, zunehmend als Ukrainer, egal welche Sprache sie sprechen und in welcher Region sie leben. Sie haben sich ihre endgültige Unabhängigkeit und Freiheit auf dem Majdan erkämpft und sind bereit, die Existenz ihres Staates auch unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen. Die neue Regierung hat sich dafür entschieden, das Land in das westliche Wertesystem zu integrieren. Die schwierige Aufgabe, das Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat durch eine gemeinsame wirtschaftliche Grundlage abzusichern, die allen Ukrainern eine Verbesserung ihrer Lebensumstände ermöglicht, steht noch bevor. Dazu bedarf es des politischen Willens, die Korruption im Land zu beenden, und es bedarf kompetenter Politiker, die das Allgemeinwohl über die eigenen wirtschaftlichen Interessen stellen. Die Ukrainer sind nicht mehr bereit, „die da oben“ einfach machen zu lassen. Die Forderungen des Majdans waren „Schluss mit staatlicher Willkür und Korruption, für ein Leben in Freiheit“. Nun gilt es, diese Forderungen mit dem Kampf um die Selbstständigkeit der Ukraine zu verbinden und in die Wirklichkeit umzusetzen.

„Ich spreche nicht die Sprache der Okkupanten!“ Zur Sprachenfrage in der Ukraine

Anja Lange ist Slawistin mit dem Schwerpunkt Literatur- und Kulturwissenschaft und arbeitet seit September 2014 als DAAD-Lektorin an der Nationalen Technischen Universität Kiew.

Die Ukraine ist zweifellos ein mehrsprachiges Land, aber lassen sich klare Grenzlinien zwischen ukrainisch- und russischsprachigen Bewohnern ziehen? Eine Auswertung verschiedener Statistiken soll versuchen, ein wenig Licht ins Dunkle zu bringen und einige Aspekte der Sprachenfrage in der Ukraine zu umreißen.

Die Sprachenproblematik ist ein hochbrisantes Thema in der Ukraine, um das im Parlament auch mit Fäusten gekämpft wird. Die Pro-Ukrainer wollen die ukrainische Sprache als alleinige Staatssprache behalten, die Pro-Russen sehen in der Verabschiedung des Gesetzes „Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik“ (Pro sasady derzhawnoj movnoj polityky) vom 10. August 2012 eine Stärkung der russischen Sprache. Die Akademie der Wissenschaften der Ukraine gab eine Publikation mit dem Titel „Zwischen Konflikt und Kompromiss“ heraus; der Titel fasst die Sprachensituation der Ukraine sehr treffend zusammen.¹ Die Frage, welche Sprache in der Ukraine gesprochen werden soll, ist emotional sehr aufgeladen. Die aufschreienden Plädoyers für die ukrainische Sprache werden mit Hinweisen auf ihre „tragische Geschichte“ (Dijak, 2000) oder ihre „Diskriminierung“ (Kononenko, 1999) gehalten, Radešč-Vynnyckyj (2003) spricht von einem „linhvocyd“ (also einem „Linguozid“) in der Ukraine, der das Ziel eines „etnocyds“ des ukrainischen Volkes hätte. Man müsse gar zur Rettung der ukrainischen Sprache schreiten, so Macjuk (2004). Diese Liste ließe sich beliebig weiterführen.

¹ NAN Ukrajiny: Movna sytuacija v Ukrajini: Miž konfliktom i konsensusom. Kiew 2008.

Wenn es in der aktuellen Krise um Sprachen geht, ist meist von zwei Lagern die Rede: Die Westukrainer sind pro-europäisch und sprechen Ukrainisch, die Ostukrainer sind hingegen für Russland und sprechen Russisch. Dabei ist die Sprachensituation viel komplexer und die Einteilung längst nicht so klar. Ohne Zweifel gibt es in der Ukraine eine Art „Sprachgrenze“, die in etwa dem Verlauf des Dnjepr entspricht. Im Osten überwiegt Russisch, im Westen Ukrainisch. Was ist jedoch mit denen, die beide Sprachen sprechen? Wozu gehören die, die die Mischsprache Suržyk sprechen?

Der umstrittene Zensus von 2001

Zur Sprachenfrage gibt es eine Unmenge Publikationen und Statistiken, die jedoch nicht ohne Weiteres vertrauenswürdig bzw. tendenzfrei sind. Der Zensus von 2001 wird wahrscheinlich erst im Jahr 2016 wiederholt werden. Bis dahin sind die Zahlen von 2001 die umfassendsten Angaben, die auf dem Gebiet der Sprachenfrage existieren. Der Zensus ist allerdings nicht unumstritten, da bei der Erhebung erhebliche Fehler gemacht worden seien. Darin gaben 67,5 Prozent der Ukrainer Ukrainisch als ihre Muttersprache an, 29,6 Prozent nannten Russisch.² Ein Kritikpunkt am Zensus liegt in der Fragestellung. „Welche Sprache ist

Ihre Muttersprache?“ Dabei konnte man sich nur zwischen Russisch und Ukrainisch entscheiden; beide Sprachen anzugeben war nicht möglich. Das entspricht indes nicht der tatsächlichen Sprachensituation.

Muttersprache = Nation?

Die Muttersprache ist eng mit der Nationalität bzw. der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe verbunden. Eine Umfrage aus dem Jahr 2006 fragte, welcher Kultur man sich zugehörig fühlte.³ Über die Hälfte

2 Ausführliches Material findet sich unter [http://database.ukrcensus.gov.ua /MULT/Database/Census/databasetree_en.asp](http://database.ukrcensus.gov.ua/MULT/Database/Census/databasetree_en.asp)

3 Institute of Sociology. The National Academy of Sciences of Ukraine and the company Sosic; Zerkalo Nedeli, nr. 31, 2006; zit. nach Tadeusz A. Olszański: The Language Issue in Ukraine – an Attempt at a New Perspective. Warschau 2012, S. 19.

der Befragten gab an, sich mit der ukrainischen Kultur verbunden zu fühlen, nur 11 Prozent standen der russischen Kultur nahe. 16 Prozent bezeichneten sich gar der Sowjetunion verbunden. Nach Tadeusz Olszański ist die Prozentzahl derer, die nur Ukrainisch zu Hause sprechen, zwischen 2007 und 2011 von 40 auf 47 Prozent gestiegen.⁴

Viele Ukrainer behaupten von sich, sie seien zweisprachig. Was bedeutet das? Eine Selbsteinschätzung gibt darüber Aufschluss.

Ukrainisch	Ganze Ukraine	West	Zentrum u. Nordost	Süd und Südosten	Donbass und Krim
<i>Frei sprechen, lesen und schreiben</i>	70,8	93,4	83,5	64,7	38,3
<i>Verstehe diese Sprache nicht</i>	1,6	0,0	0,4	1,4	5,4
Russisch					
<i>Frei sprechen, lesen und schreiben</i>	78,9	51,3	77,0	87,3	96,2
<i>Verstehe diese Sprache nicht</i>	2,4	7,7	2,1	0,8	0,0

Die Tabelle zeigt, dass nur ganz wenige Menschen in der Ukraine wirklich einsprachig sind und die Mehrheit beide Sprachen unterschiedlich gut beherrscht oder zumindest versteht.

Das Gesetz „Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik“

Da viele Ukrainer sowohl Ukrainisch als auch Russisch sprechen, brachte die ukrainische Regierung 2012 ein Gesetz auf den Weg, das Minderheitensprachen schützen sollte. Das eingangs bereits erwähnte Gesetz „Über die Grundlagen der staatlichen Sprachenpolitik“ vom August 2012 löste gemischte Reaktionen aus. Kurz nach der Fußball-Europameisterschaft 2012 wurde ein Gesetz diskutiert, das die Sprachenfrage auf die Ebene der Oblaste (Bezirke) verlagerte. Wird in einem Bezirk eine andere Sprache als Ukrainisch von über 10 Prozent der Bevölkerung

⁴ Ebd., S. 20.

gesprochen, ist sie automatisch zweite Amtssprache. Amtssprache bedeutet in diesem Falle, dass nicht mehr nur die Alltagskommunikation auf Russisch erfolgt (was in vielen Teilen des Ostens und des Südens bereits der Fall ist), sondern dass auch wissenschaftliche Arbeiten an Universitäten und Schulen auf Russisch verfasst und verteidigt werden können. Auf Behörden könnte ebenfalls alles auf Russisch erledigt werden. Faktisch lief das Gesetz auf eine Stärkung der russischen Sprache hinaus, allerdings stärkte es auch den Status von Minderheitensprachen

Das Gesetz von 2012 lief faktisch auf eine Stärkung des Russischen hinaus.

wie Rumänisch oder Ungarisch, die in Teilen der Ukraine ebenfalls gesprochen werden. Am 23. Februar 2014 wurde das Gesetz in einer außerordentlichen Sitzung des Parlaments außer Kraft gesetzt, was unter anderem ein Grund zur Eskalation der Krimkrise war.

Die Mischsprache „Suržyk“

Die Mischsprache Suržyk ist möglich „dank der Koexistenz von zwei gegenseitig verständlichen Sprachen im selben Gebiet.“⁵ Der Terminus geht auf den Ausdruck „sumisch riznych seren s zhytom“ zurück. Suržyk ist seit einiger Zeit Thema wissenschaftlicher Arbeiten und auch polemischer und emotionaler Diskussionen. So habe es beispielsweise dazu verholfen, dass die russische Sprache stärker werden konnte.⁶ Die Ursache der Mischsprache sei eine dominante Sprache (= Russisch) und eine unterdrückte Sprache (= Ukrainisch bzw. Weißrussisch), wobei Suržyk mit der Mischsprache Trasjanka in Weißrussland gleichgesetzt wird. Es gibt bisher nur wenige Statistiken, die die Mischsprache explizit erfragen, da viele Sprecher des „Suržyk“ sich ihres Kauderwelsches selbst nicht bewusst sind und glauben, sie sprächen eine Sprache (meist handelt es sich um Russischmuttersprachler, die Ukrainisch zu sprechen meinen). Aus einer Statistik aus dem Jahr 2003 geht hervor, dass in der Zentralukraine bis zu 20 Prozent der Menschen diese Mischsprache sprechen. Sie kommen im Zensus von 2001 nicht vor.

⁵ Ebd., S. 12.

⁶ Sergij Tereschenko: Die Konzeption des „Suržyk“ half der russischen Sprache in der Ukraine: http://gazeta.ua/articles/sergij-tereschenko/_konceptiya-surzhiku-dopomoga-rosijskij-movi-v-ukrayini/428903.

Eigene Beobachtungen

In der Hauptstadt Kiew werden beide Sprachen gesprochen. Im Zuge der aktuellen Entwicklungen gibt es verschiedene Ansichten, wie die politischen Ereignisse mit der Sprachenfrage zusammenhängen. Einige sind für Ukrainisch als alleinige Sprache und meinen, es gäbe den Konflikt ohne die Zweisprachigkeit der Ukraine nicht. Das radikalisiert sich zu der Ansicht „Ich spreche nicht die Sprache der Okkupanten“; Russisch wird dann generell abgelehnt. Viele besinnen sich auf die Nationalsprache, die ukrainische Identität und Geschichte. Andererseits sehen sich viele russischsprachige Ukrainer missverstanden, wenn sie automatisch als pro-russisch eingestellt bezeichnet werden. Vor allem junge Menschen sehen in der Zweisprachigkeit des Landes eher eine Chance als einen Nachteil. Viele haben sowohl russische als auch ukrainische Freunde und wechseln auch dementsprechend die Sprache. Einer Umfrage zufolge sieht die Mehrheit der Ukrainer die Sprachenfrage nicht als Problem: 2001 meinten 7 Prozent, dass die Sprachenfrage schnell gelöst werden müsse, 2011 sagten 70 Prozent der Befragten, dass die Sprachenfrage für sie keine Rolle spielt.⁷

Vor allem junge Menschen sehen in der Zweisprachigkeit des Landes eher eine Chance als einen Nachteil.

Generell ist zu sagen: Die Sprachenfrage wird im Ausland und in der ukrainischen Politik schärfer diskutiert und problematischer bewertet, als dies im ukrainischen Alltag der Fall ist. Besonders vor Wahlen wird die Thematik auf die Agenda gebracht, um damit von anderen Problemen abzulenken.⁸ Es bleibt abzuwarten, wie sich die Zweisprachigkeit des Landes angesichts der aktuellen Ereignisse weiter entwickeln wird.

7 Olszański (wie Anm. 3, oben S. 300), S. 23.

8 Matthias Guttke und Hartmut Rank haben untersucht, wie in der Ukraine „Mit der Sprachenfrage auf Stimmenfang“ gegangen wird: <http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/144396/analyse-mit-der-sprachenfrage-auf-stimmenfang-zur-aktuellen-sprachgesetzgebung-in-der-ukraine?p=all> (letzter Zugriff: 07.11.2014). Der Text ist auch an anderer Stelle einsehbar, vgl. dazu oben S. 293, Anm. 3.

Michael Albus

In Ängsten und siehe wir leben

Ukrainische Augenblicke im Sommer 2014

Prof. Dr. Michael Albus ist Theologe, Journalist und der verantwortliche Redakteur dieser Zeitschrift.

Zahlreiche Gespräche Ende August 2014 gaben Michael Albus die Möglichkeit, ein vielfarbiges Bild zur Situation in der Ukraine zu zeichnen. Menschen kommen zu Wort, die die Kämpfe am Majdan miterlebt haben, ebenso Menschen, die in unterschiedlicher Weise versuchen, den Opfern zu helfen, besonders den Flüchtlingen aus dem Osten der Ukraine, wo trotz eines Waffenstillstandes weiterhin Menschen vertrieben oder sogar getötet werden. Die Stimmung in Kiew schwankt angesichts der ungewissen Zukunft zwischen Hoffnung und Ernüchterung.

Es ist ein heißer Sommertag im August des Jahres 2014. In Kiew geht alles seinen Gang. Die Stadt pulsiert, ist voller Leben. Gelbblaue Fahnen in den Fenstern, an den Autos, Bänder mit den Farben der Ukraine an den Handtaschen der Frauen. Kaum etwas deutet darauf hin, dass das Land sich seit Monaten und Wochen in einem unerklärten Krieg befindet.

Andrij Waskowycz, der Leiter der griechisch-katholischen Caritas in der Ukraine, geht mit mir durch die Stadt. Überall noch die Spuren der Feier des Unabhängigkeitstages, der vorgestern stattgefunden hat. Andrij sagt: „Das Land befindet sich nicht in einem Konflikt. Es befindet sich im Krieg.“

Auf dem Majdan sitzen am späten Nachmittag die Menschen in den Cafés. Die Spuren der vergangenen Kämpfe sind noch überall deutlich zu sehen. Bilder von Toten, meist junge Menschen, säumen den Straßenrand, mit Blumen geschmückt. Menschen bleiben davor stehen, halten inne. Vor das ausgebrannte Hauptgebäude am Platz ist ein großes Tuch gespannt mit der Aufschrift: „Ruhm den Helden, Ruhm der Ukraine“. Eine Frau verkauft kleine Militärhubschrauber als Kinderspielzeug. Viele Menschen fotografieren die Inschriften an den Hauswänden. Eine fällt

mir besonders auf: „Hier wurden wir geprügelt von den Bastarden, unsere Frauen und Kinder wurden geschlagen.“ Die tiefen Wunden sind noch lange nicht verheilt. Sie werden vielleicht nie verheilen. In der Mitte des Platzes macht eine Gruppe Jugendlicher Fotos von sich mit der ukrainischen Fahne. Kiew ist zwei Flugstunden von Deutschland entfernt.



*Blick auf den Majdan in Kiew
(Fotograf: Sören Runkel)*

Aus der Erstarrung herauskommen

Dzvinka Chajkivska, eine Ärztin, die jetzt für die Caritas arbeitet, schildert ihre Erinnerungen an die Kampftage auf dem Majdan in den Monaten des Aufruhrs während der Jahreswende 2013/2014. Sie will, dass ihr Land weder zur EU noch zu Russland gehört. Unabhängig soll die Ukraine sein, stark und unabhängig. Sie sagt, dass die Menschen Veränderungen wollen, aber oft nicht wüssten welche.

Zuerst hatte sie als Ärztin „humanitäre Interessen“, dann aber wurde sie sensibel für die Politik. Die Nächte der Umkehr auf dem Majdan werden in ihren Erzählungen lebendig. „Ich habe junge Leute mit Gumigeschossen in den Augen vor mir liegen gesehen. Der Majdan brannte. Es war alles im Feuer. Zwei Straßen weiter war alles normal.“ Ein Mann mit einer Gewehrkugel im Nasenknochen wurde gebracht. „Hilf mir!“ hat er leise gesagt. Immer mehr Verletzte wurden angeliefert. „In der Nacht rief mich meine Tochter an. Sie teilte mit, dass das Haus, in dem ich arbeitete, brannte. Im Fernsehen hat sie es gesehen. Dann bemerkte ich es auch. Wir flüchteten auf die Straße. Polizeikräfte versuchten dort mit dem Bagger alles wegzuschieben, was ihnen im Weg war. Ein Junge kommt mit Brot für alle, auch für die Polizei. Dann plötzlich bleibt der Bagger stehen und der Fahrer steigt aus.“

Dzvinka beginnt zu weinen. Ich spüre, wie ihr die Ereignisse noch in der Seele, noch in den Knochen sitzen. Angst, tief sitzende Angst ist spürbar. Dzvinka: „Meine Kinder waren auch auf dem Majdan. – Jede Generation muss selbst ihren Weg finden. Aber es verändert sich etwas in

den Seelen, in den Herzen der jungen Leute. In jeder schlechten Erfahrung kann man auch eine gute sehen. Am Schlimmsten wäre es, wenn es nach dieser angstvollen Zeit, nach der Zeit der Kämpfe keine Veränderungen gäbe. Auf beiden Seiten! In der Seele bleibe ich optimistisch. Ich habe Poroschenko gewählt in der Hoffnung, dass er die Korruption bei uns bekämpft. Aber im Grunde ist alles eine Frage des Umdenkens. In den Köpfen und Herzen der Menschen muss sich etwas bewegen. Wir müssen aus der Erstarrung der alten Gewohnheiten herauskommen. Auf allen Ebenen.“

Jetzt schon in die Zukunft denken

Im Gespräch mit Nataliya Gumenyuk, einer jungen Journalistin, die mit anderen Journalisten einen Fernsehsender gegründet hat und über die Entwicklung im Osten der Ukraine engagiert berichtet, wird deutlich, wie viele junge Menschen in der Ukraine dabei sind, sich zu politisieren. Sie wollen, dass sich etwas verändert. Reden, schreiben und setzen sich ein dafür, dass ihr Land einen besseren Weg findet. Sie sind kritisch nach allen Seiten, obwohl sie wissen, dass Putin andere Ziele verfolgt. Nataliya: „Putins Ziel ist im Grunde, über die Destabilisierung im Osten einen Bürgerkrieg zu entfachen, um dann schließlich zugreifen zu können und ‚alte‘, russische Verhältnisse wiederherzustellen. Was sich bei uns abspielt, ist ein ideologischer Konflikt. Putin will eine Systemänderung – mit allen Mitteln – jetzt vor allem mit Waffen.“

Die Berichterstattung der westlichen Medien sieht Nataliya wie viele der jungen Leute in der Ukraine kritisch. Sie ist ihr zu oberflächlich, zu unwissend, zu uninformativ, vermischt zu vieles, kann nicht trennen zwischen Wichtigem und Unwichtigem. Und sie ist der Auffassung, dass die Lage, seit Putin Waffen und getarnte Soldaten liefert, nahezu aussichtslos ist. Realistisch stellt sie fest: „Eine militärische Lösung wird es nicht geben. Wir müssen jetzt schon über die aktuelle Situation hinausdenken. Zum Beispiel: Die politische Arbeit mit den Binnenflüchtlingen, die später – vielleicht – wieder zurückkehren, ist wichtig“ – Nataliya sieht die Lage nüchtern. Aber sie gibt die Hoffnung nicht auf, will weiter arbeiten und kämpfen, weiß aber auch, was den Menschen und dem Land noch bevorsteht: „Die Menschen in der Ukraine müssen eine Chemotherapie durchmachen, um sich selber wieder zu finden und ein normales Leben zu führen.“ Während sie das sagt, zeichnet sie auf einer Papierser-

viette mit dem Kugelschreiber den Verlauf der Frontlinien im Osten des Landes.

Die Ukraine muss sich selber wieder finden

Aleksander Gobartko arbeitet für die „Donbass SOS-Initiative“. Er ist von Beruf Bauingenieur. Die Initiative leistet konkrete Hilfe für Familien von Verletzten und Gefolterten, die aus dem Gebiet im Osten geflüchtet sind. Donbass-SOS leistet auch Hilfe bei der Flucht aus den Städten im Osten des Landes. Die Initiative finanziert sich durch Spenden.

Er zeigt mir einen Flyer, in dem alle wichtigen Hilfsmöglichkeiten verzeichnet sind – mit Telefonnummern und Adressen. Den Flüchtlingen wird an ihrem neuen Aufenthaltsort geholfen, soziale Kontakte aufzubauen. Ich frage Aleksander, ob seine Initiative Unterstützung von der Politik bekommt. Denn eigentlich erfüllt sie die Aufgaben des Sozialstaates: „Es gab einen Kontakt mit dem Staatspräsidenten Poro-schenko. Er ist dankbar für die Arbeit, aber finanzielle Unterstützung hat es noch nicht gegeben. Wir hoffen in der Zukunft darauf.“ Das Reizthema „Oligarchenherrschaft“ spricht er ganz offen an. Der Donbass wurde von den reichen Männern ausgebeutet. Vor allem zuletzt durch den gestürzten Staatspräsidenten Janukowitsch: „Die ganze Region gehörte einer Person. Er hat alles Geld, alle Spenden für die Donbassregion mitgenommen.“ Eine militärische Lösung hält auch Aleksander für ausgeschlossen. Nach seiner Meinung müsste man die Grenzen dicht machen und internationalen Beobachtern freien Raum geben. Sein letzter Satz in unserem Gespräch: „Die Ukraine muss sich selber wieder finden. Sie ist dabei, sich zu verlieren.“

Die Europäische Union muss helfen

Maria Ionova treffe ich im Büro der Partei von Vitali Klitschko. Sie trägt ein gelbes Kleid, darüber eine blaue Jacke. Es sind die Farben der ukrainischen Nationalflagge. Maria ist eine enge Mitarbeiterin von Klitschko. Er war in den Tagen des Majdan der „Held“, durch die Medien europaweit bekannt. Dann aber ist er von den Bildschirmen verschwunden. Jetzt ist er Oberbürgermeister von Kiew. Maria: „Wir, das heißt die Mitglieder von UDAR, der Partei, die Klitschko 2010 gegründet hat, arbeiten daran, unsere politische Arbeit immer besser zu organisieren

und unsere Basis in der Bevölkerung zu verbreitern. Wir erhalten viel Unterstützung und hoffen auf ein gutes Ergebnis bei den Wahlen im Oktober.“

Maria berichtet von intensiven Hilfen für die Binnenflüchtlinge, von Wohnungs- und Arbeitsvermittlung, von Lebensmittelhilfen für die Soldaten im Osten. Schulen und Kindergärten werden renoviert oder neu gebaut. Die Zusammenarbeit der zahlreichen staatlichen und nichtstaatlichen Hilfsorganisationen lässt noch zu wünschen übrig, verbessert sich aber, nach Einschätzung von Maria, zusehends.

Sie ist auch davon überzeugt, dass Waffen nicht die Lösung bringen. Aber sie und ihre Partei bestehen auf weiteren Sanktionen. Maria: „Allein wird die Ukraine es nicht schaffen, diesen Krieg zu gewinnen. Viele Ukrainer haben an Selbstbewusstsein gewonnen, sind bereit, für ihr Land zu sterben. Aber wir stoßen jetzt an die Grenzen der politischen und menschlichen Vernunft. Die Europäische Union muss uns helfen.“

Putin wird von Angst beherrscht

Volodymyr Yermolenko ist freier Journalist und Politologe. Ein klarer, analytischer Kopf. Er arbeitet auch in der Journalistenausbildung. Gleich zu Beginn unseres Gesprächs stellt er fest: „Es ist Krieg! In Deutschland spricht man von einem Konflikt. Das ist ein Unterschied. Ich habe den Eindruck, dass Politiker im Westen, darunter auch Angela Merkel, vor Putin in die Knie gehen. Die Situation ist und bleibt fragil. Seit Mitte August sind russische Soldaten in unser Land eingedrungen. Dafür gibt es Beweise. Wenn man sie nicht anerkennt, dann spielt man Putin in die Hände. Man muss Position beziehen, auch wenn das wirtschaftliche Nachteile bringen könnte.“

Volodymyr scheut im Blick auf Putin nicht vor klaren Worten zurück. Er personalisiert das Problem: „Putin wird von Angst beherrscht. Ängste treiben ihn an. Er will unbedingt an der Macht bleiben. Diesem Willen ordnet er seine politischen und militärischen Schritte unter. Seine Ängste sitzen sehr tief. Eines seiner Motive heißt: ‚Wenn ich nicht fresse, werde ich gefressen.‘ Er hat in Russland eine fanatisierte Gesellschaft geschaffen, die er bei Laune, in Stimmung halten muss, um seine Machtbasis nicht zu verlieren. Er geht immer nach demselben Muster vor. Siehe Tschetschenien, siehe Georgien, siehe zuletzt die Krim.“

Auch er sagt, dass er militärisch keine Lösung der Probleme sieht. Was ihm vorschwebt, ist eine langfristige und geduldige politische

Erklärungs- und Vermittlungsarbeit vor allem im Osten seines Landes. Er spricht von einem Zeitraum von zehn Jahren. Dann sollte ein Referendum stattfinden, in dem die Bürgerinnen und Bürger über ihren politischen und nationalen Status selbst entscheiden können. – Wie lange das Land die gegenwärtige Kriegslage aushalten kann? Er zögert mit einer Antwort: „Vielleicht doch ziemlich lange“. Realismus und Optimismus vermischen sich in seiner Sicht der Dinge, bestimmen seine Überzeugungen und sein Handeln. Er hat einen kühlen Kopf und ein heißes Herz.

Im Osten nichts Neues

Ganz anders die Stimmung am Mittag im Hotel Ukraina am Majdan. Das tägliche Briefing im Krisenzentrum der ukrainischen Militärführung. Zuerst tritt ein verletzter Milizsoldat aus dem Osten vor die Kameras des Fernsehens. Er trägt einen Tarnanzug. Sein Bericht klingt deprimierend. Es fehlen Waffen und Ausrüstung. Es fehlen Panzer. O-Ton: „Die Politik kann uns nicht erklären, warum wir keine schweren Waffen bekommen. Es gibt volle Lager mit schweren Maschinengewehren, aber sie werden an die Milizionäre nicht ausgeliefert.“ Der Mann berichtet von einer schwerfälligen Militärbürokratie, die die Freiwilligen am Kämpfen hindert. Die Soldaten, sagt er, hätten eine „andere Sicht“ der Lage als die Bürokraten im Innenministerium. „Unsere Armee hat mit dem gegenwärtigen Innenminister keine Zukunft.“ Er berichtet, dass er den Befehl zum Rückzug aus seinem Schutzgraben verweigert habe, weil seine Familie nur acht Kilometer davon entfernt wohnt. Aus diesem Grund wollte er seine Stellung nicht aufgeben. Er will kämpfen. Aber man hindere ihn daran. Er spricht von schwierigen Kommunikationsproblemen zwischen der Front und der politischen Führung im Innenministerium mit einer Offenheit, die für einen Soldaten erstaunlich ist.

Der Sprecher des Sicherheitsrates, auch im Tarnanzug, rattert seinen Lagebericht mit der Geschwindigkeit eines Maschinengewehrs herunter. Lauter Meldungen, deren Sinn sich für die zahlreich anwesenden Journalisten nur schwer erschließt. Es werden ein paar Rückfragen gestellt. Die Antworten fallen lakonisch aus. Eine seltsam drückende Stimmung lastet im Raum. Die Luft ist stickig. Trister, anonymer Alltag der Militärbürokratie. Die Front ist weit weg. Im Osten nichts Neues. Der Krieg, er zieht sich hin.

Konkrete Hilfen für die Binnenflüchtlinge

Im Gespräch mit Hrihoriy Seleshchuk entfaltet sich ein ganz anderes Bild. Hrihoriy ist Mitarbeiter der griechisch-katholischen Caritas in der Ukraine und seit Langem schon mit der Hilfe für die Binnenflüchtlinge beschäftigt. Eine Arbeit, von der in keinen Schlagzeilen zu lesen ist. Er berichtet im Telegrammstil von der hässlichen Rückseite des Krieges. Aber auch von konkreter Hilfe für die Menschen, die ins Räderwerk der Machtpolitik geraten sind. Drei Beispiele:

- Eine Familie mit drei Kindern. Der Mann Hausmeister in einem Wohnblock in Luhansk. Er weigert sich, den Separatisten die Schlüssel für die Wohnung oben zu übergeben. Sie wollen dort einen Scharfschützenposten einrichten. Er wird verhaftet. Die Frau mit den Kindern flüchtet auf Umwegen. Bricht sich Kiefer und Rippen. Hilfe ist dringend notwendig und wird von der Caritas geleistet.
- Drei Brüder aus einer Tatarenfamilie auf der Krim. Sie wollen eine Selbstverteidigungsstelle in ihrem Dorf gründen. Der russische Sicherheitsdienst hindert sie daran. Sie müssen fliehen, um der Verhaftung zu entgehen. Die Caritas hilft.
- Ein junger Mann, Student, unpolitisch, ukrainefreundlich geht mit seinem Freund, ebenfalls proukrainisch, auf der Straße in einer Stadt im Osten. Er ruft, mehr scherhaft: „Es lebe die Ukraine!“. Sofort wird er von Sicherheitsleuten, noch auf der Straße, geschlagen, kann aber fliehen. Die Caritas hilft auch ihm.

Scharf kritisiert Hrihoriy die russischen Medien: „Sie lügen professionell. So haben sie zum Beispiel am Tag der Rückkehr der ukrainischen Armee nach Slavjansk die Meldung verbreitet, die Soldaten hätten Kinder gekreuzigt, Frauen mit Haaren an Panzer gefesselt.“ Dazu Hrihorij: „Das Gegenteil war der Fall! Die ukrainischen Soldaten haben Lebensmittel und Wasser gebracht.“ Er zitiert den ehemaligen NS-Propagandaminister Joseph Goebbels: „Je größer die Lüge, desto glaubwürdiger ist sie.“

Konkrete Aufgaben der Caritas für die Flüchtlinge innerhalb des Landes bleiben zum Beispiel: Hilfe bei der Wohnungssuche, die Bezahlung der Miete, wenn das Geld fehlt, Studenten beim Finden einer neuen Universität unterstützen, an der sie weiter studieren können. Wie lange diese Hilfen geleistet werden müssen, ist eine schwierige Frage. Es gilt, die Solidarität der Menschen im Osten und Westen der Ukraine zu

stärken und die Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen.

Auf die Frage, wie der Konflikt gelöst werden könne, antwortet mein Gesprächspartner: „Je schneller die Waffenlieferungen gestoppt werden, desto leichter wird die Beendigung des Konfliktes. Wenn das aufhört, dann können die Unterschiede politisch ausgetragen werden. Die russischen Söldner müssen raus. Die Waffenlieferungen müssen aufhören!“ Hrihoriy erzählt einen Witz, der die Lage auf den Punkt bringt: „Zwei Juden, die ihr Leben lang russisch gesprochen haben, treffen sich und beginnen ukrainisch miteinander zu reden. Der eine fragt den anderen: ‚Moische, warum redest du plötzlich ukrainisch? Hast du Angst, dass die Banderasoldaten dich erschießen?‘ Moische antwortet: ‚Nein, ich habe keine Angst. Ich will nur nicht, dass die Russen kommen und mich verteidigen.‘“¹

Eine schnelle Lösung gibt es nicht – allen Menschen helfen

Im Abschlussgespräch mit Andrij Waskowycz kommen die Eindrücke der vergangenen konzentrierten Tage noch einmal gebündelt zur Sprache.

Andrij sieht die Lage so: „Unsere, die Aufgabe der Caritas, besteht darin, dass wir alles tun, um einen Bürgerkrieg in der Ukraine zu verhindern. Die russische Propaganda hat das Ziel, einen Bürgerkrieg zu entfachen. Insofern ist die Arbeit der Caritas Friedensarbeit. Sie braucht und sie hat einen langen Atem.“

Was auf dem Majdan geschehen ist, war das Aufbegehren einer Zivilgesellschaft, die mit anderen Werten leben will. Es richtete sich gegen die Übel der alten Gesellschaft, wie sie der gestürzte Präsident Janukowitsch verkörpert hat. Das Aufbegehren war nicht gegen das Regime allein gerichtet. Es ging und geht um andere Werte. Diese anderen Werte sind die Werte der katholischen Soziallehre: Subsidiarität, Solidarität und Gemeinwohl. Sie stehen dem sowjetischen Denken fundamental entgegen. Subsidiarität steht gegen Zentralizität. Solidarität steht gegen das Konzept des Egoismus. Gemeinwohl steht gegen die Cliquenwirtschaft der Oligarchen. Auf dem Majdan ging es um das Modell einer Gesellschaft,

¹ Anspielung auf die Kämpfer der ukrainischen Nationalbewegung unter Führung von Stepan Bandera, die für zahlreiche antisemitische Übergriffe während des Zweiten Weltkriegs verantwortlich waren. Vgl. dazu auch die Hinweise im Beitrag von Kai Struve, oben S. 280f.

wie sie die katholische Soziallehre entwickelt hat. Es geht um die Grundlegung eines neuen Denkens und Lebens. Die Mitarbeiter der Caritas denken so und handeln mit diesem Ziel.

Es gibt viele Anzeichen des Erstarkens eines neuen Bewusstseins. Die Menschen in der Ukraine wollen einen horizontalen Staat, keinen vertikalen. Viele von ihnen sind heute bereit, für ihr Land, für die Durchsetzung der neuen Werte zu sterben. Die neuen Werte sind die Werte der Europäischen Union. Ob die Länder der EU nach ihren Werten leben, ist eine ganz andere Frage. Es könnte sein, dass die Menschen in der Ukraine den Westen beschämen und aufwecken durch ihr neues Denken und Handeln. In der ukrainischen Gesellschaft entsteht etwas Neues. Die Menschen sind skeptisch gegen den Staat ‚an sich‘.

Der Krieg wird lange dauern. Eine schnelle Lösung gibt es nicht. Irrwege sind nicht ausgeschlossen. Die russische Gesellschaft, durch Putin verkörpert, muss begreifen, dass ihr gegenwärtiges Handeln am Ende in die Isolation, zum Zerfall des Imperiums führt.

Wichtig ist festzuhalten, dass die Arbeit der Caritas das Ziel und die Verpflichtung hat, *allen* Menschen zu helfen, egal welcher politischen oder religiösen Weltanschauung sie sind – im Osten des Landes wie im Westen. Insofern, ich sage es noch einmal, ist die Arbeit der Caritas in der Ukraine eine echte Friedensarbeit. Das mag sich in den Ohren vieler wie eine Utopie anhören. Es ist aber eine Wirklichkeit.“

Bleibt am Ende der Eindruck aus drei ukrainischen Sommertagen des Jahres 2014 von beeindruckenden Menschen, die sich nüchtern, kompetent und leidenschaftlich der gegebenen Situation stellen, die nicht kapitulieren, die nicht nur diskutieren, sondern sich die Hände schmutzig machen, die eine Vorstellung davon haben, was sein soll und was möglich sein könnte. Sie leben in Ängsten. Aber sie leben.

„Scheitern aus sich selbst heraus.“

Ein Gespräch über Russland mit dem Historiker Dietmar Neutatz

Die Gesamtbilanz des sowjetkommunistischen Experiments sei so negativ, befindet der Historiker Dietmar Neutatz, dass er sich eine neuerliche Strahlkraft des Kommunismus nicht vorstellen könne. In seinem Buch „Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert“ (Verlag C.H. Beck, München 2013) schildert er Russlands Weg in die Moderne und vermittelt Einblick in die dramatischsten Umbrüche der russischen Geschichte. Zugleich richtet Neutatz, Professor für Neuere und Osteuropäische Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau, den Blick auf die Lebenswelten der Menschen und setzt sich mit Fragen des Alltags, der Mentalitäten und der kulturgeschichtlichen Veränderungen auseinander. – Das Gespräch mit ihm führte die Journalistin Dr. Ruth Renée Reif.

Herr Professor Neutatz, die westliche Logik scheitere in der Anwendung auf Russland, erklärte der Schriftsteller Andrej Bitow in einem Interview. Und auch Sie beginnen Ihre Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert mit Fedor Tjutschews Ausspruch, dass Russland mit dem Verstand nicht zu begreifen sei. Sind das Versuche, sich von der Verantwortung für die Geschichte, die ja sehr blutig war, freizusprechen?

Der Versuch, die eigene Geschichte aus bestimmten Bewertungen herauszunehmen, spielt bei diesen Stellungnahmen, die auf die Nichtverstehbarkeit und die Notwendigkeit zu glauben abheben, zweifellos eine Rolle. Man kann solche Aussagen aber



auch als Skepsis gegenüber einem voreiligen Urteil aus westeuropäischer Perspektive deuten. Es besteht in der Geschichtsschreibung über Russland die Tendenz, leichtfertig eine Rückständigkeit zu behaupten und mittel-europäische Maßstäbe anzulegen. In den letzten zwanzig Jahren fand eine heftige Diskussion darüber statt, sich von dieser unreflektierten Normativität zu lösen und Russland in seiner Spezifizität und Vielgestaltigkeit zu begreifen, statt es an dem zu messen, was es in ihm nicht gibt. Sonst kommt immer eine Defizitgeschichte heraus.

Lässt man die Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert Revue passieren, drängt sich dennoch der Eindruck auf, als hätte die wichtigste Auf-

gabe darin bestanden, das Land zu modernisieren ...

Das erscheint nicht nur in der Außenperspektive, sondern das wurde auch von den russischen Eliten durchgängig so empfunden. Es war über drei Jahrhunderte hinweg ein Leitmotiv, auch wenn immer Gegenstimmen existierten, die einen anderen Weg propagierten und die Konzepte, die sich die Eliten ausdachten, mit dem kontrastierten, was in den Dörfern und Provinzstädten ankam und aufgenommen wurde. Im Grunde begann diese Herausforderung, aufzuholen gegenüber den anderen Großmächten, das Land zu verändern und an Westeuropa anzulehnen, bereits um 1700 mit Peter dem Großen.

Eine Bevölkerungsgruppe, die im Zusammenhang mit Russland und der Russischen Revolution häufig genannt wird, ist die Intelligenzija. Sie verwenden den Begriff bereits bei der Darstellung der Jahrhundertwende. Ist die Intelligenzija ein typisch russisches Phänomen oder ein Zeitphänomen?

Beides. Ich würde den Begriff Intelligenzija in dieser Spezifik nur bis 1917 gelten lassen. Er hat eine andere Semantik, als wenn wir von Bildungsbürgertum oder von Intellektuellen sprechen. Im Gegensatz zu Deutschland etwa, wo sich das Bildungsbürgertum immer mit dem Staat identifiziert hat, war die russische Intelligenzija im vorrevolutionären Russland oppositionell und kritisch gegenüber der Obrigkeit. Das gilt aber nur bis

1917. Nach der Machtergreifung der Bolschewiki bestand keine Möglichkeit mehr, als kritischer Intellektueller aufzutreten. Deswegen wende ich den Begriff nur auf die vorrevolutionäre Zeit an.

George F. Kennan nannte den Ersten Weltkrieg die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“. Gilt das auch für Russland?

Der Erste Weltkrieg war entscheidend dafür, dass es zum Revolutionsjahr 1917 kam. Aber er war nicht die „Urkatastrophe“, nicht der Startpunkt der großen Veränderungen des 20. Jahrhunderts. Die Probleme waren schon vorher angelegt. Der Interpretationsansatz der Buchreihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“, wie ihn mein Freiburger Kollege Ulrich Herbert formuliert hat und wie er meiner Geschichte Russlands zugrunde liegt, geht von einem „langen“ 20. Jahrhundert aus, das nicht erst 1914 begann, sondern bereits um 1890 einsetzte. Um diese Zeit kam eine neue Wandlungsdynamik in Richtung auf die industrielle Moderne zum Tragen. Soziale Konflikte nahmen ihren Anfang und es wurden politische Veränderungen in Gang gesetzt, die auf das 20. Jahrhundert ausstrahlten. Der Erste Weltkrieg war dann der Scharfmacher, der aus den Problemen das explosive Gemisch erzeugte, das in Russland zur Revolution führte, in Italien zum Faschismus und in Deutschland zum Nationalsozialismus.

In Ihrem Buch meiden Sie den Begriff Revolution und schreiben stattdessen von „Revolutionskrisen“ oder vom „Zivilisationsbruch“. War die Russische Revolution keine Revolution?

Es gab 1905 eine Revolution und im Februar 1917 und es gab eine bolschewistische Revolution. Das heißt, die Auseinandersetzungen im Februar 1917, als die Massen auf die Straße gingen und demonstrierten, waren eine Revolution. Die Machtergreifung der Bolschewiki im Oktober 1917 war keine Massenbewegung und nicht das, was man sich unter einer Revolution vorstellt. Sie wurde erst durch die Umgestaltung, die die Bolschewiki im Land vornahmen, zu einer Revolution. Was sich in den Folgemonaten nach der Machtergreifung der Bolschewiki ereignete, war zweifellos eine Revolution. Die Ereignisse vom Oktober 1917 selbst waren dagegen ein gut geplanter und zielstrebig ablaufender Putsch von Lenin und Trotzki. Sie wurden von der Bevölkerung auch nicht als Revolution wahrgenommen. Selbst in Moskau und St. Petersburg realisierten die Menschen nicht, was geschehen war. Sie glaubten an eine weitere Regierungsumbildung, wie im Laufe der vergangenen Monate schon viele stattgefunden hatten.

Lenin kommt bei Ihnen nicht gut weg. Er habe „unbeschränkte Staatsmacht, beruhend auf Gewalt im buchstäblichen Sinn des Wortes“, als sein Ziel betrachtet, schreiben Sie. Dariüber hinaus gibt es sogar die These, dass

die Lager, die man eigentlich Stalin zuschreibt, Lenins Idee waren. Bestehten dafür Belege?

Lenin kommt definitiv nicht gut weg. In den siebziger Jahren gab es Historiker, die eine gewisse Sympathie für das kommunistische Projekt hatten und zu differenzieren suchten zwischen der gewaltsamen Entartung unter Stalin und dem, was Lenin eigentlich gewollt hatte. Inzwischen aber hat man sich davon verabschiedet. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den beiden. Stalin überspitzte alles ins Groteske. Ein solches Ausmaß an Terror wie in den dreißiger Jahren gab es unter Lenin noch nicht. Das Prinzip der Gewaltausübung gegen Andersdenkende und jede Opposition, die Errichtung von Lagern und die Erschießung von Menschen, die als gefährlich erschienen, waren jedoch von Anfang an Elemente der Herrschaft. Die ersten Lager waren 1918 schon da, wenn auch noch nicht Millionen darin saßen, wie das dann unter Stalin der Fall war.

Wenn Sie die Aufarbeitung des stalinistischen Terrors in den Blick nehmen, bestehen da heute noch Tabus?

Nein. Schon unter Gorbatschow begann man, sich mit diesem Terror auseinanderzusetzen. Auch die wesentlichen Archivfunde passierten bereits relativ früh. In Russland gibt es maßgebliche Stalinismus-Forscher. Was man allerdings unter Putin in Russland verstärkt beobachten kann, ist die Tendenz zu einer harmonisierenden Betrachtung der sowjetischen

Geschichte. Es gibt zwar keine Tabus. Aber es werden bestimmte Vorgänge mit einer harmonisierenden Sinnstiftung versehen. Ein beliebtes Narrativ noch aus sowjetischer Zeit, das man bis heute in russischen Schulbüchern findet, zielt auf den drohenden Krieg ab, der den Zwang mit sich gebracht hätte, das Land mit außerordentlichen Maßnahmen zu modernisieren, eine Schwerindustrie aufzubauen und dabei all die Opfer in Kauf zu nehmen. Damit werden die stalinistischen Verbrechen der dreißiger Jahre verbrämt.

Wie bewerten Sie die Haltung der orthodoxen Kirche? Muss man nicht feststellen, dass sie sich häufig mit den jeweiligen Machthabern arrangiert hat, ohne diese Verstrickungen jemals aufgearbeitet zu haben?

In den zwanziger und dreißiger Jahren war die orthodoxe Kirche zunächst eine verfolgte Kirche. Da wurden massenhaft Priester inhaftiert und erschossen. Kirchen wurden geschlossen oder in Getreidespeicher umgewandelt. Die interessante Wende passierte während des Zweiten Weltkrieges. Stalin nahm in dieser Situation der existenziellen Bedrohung des Landes durch den deutschen Überfall und der Notwendigkeit, alle Ressourcen zu mobilisieren und zu verhindern, dass das Land auseinanderbricht, Kontakt mit der Kirchenführung auf und es kam zu einem merkwürdigen Arrangement: Die Kirche reihte sich ein in die gemeinsame Abwehrfront und unterstützte das Regime, während Stalin als Gegenleistung Zugeständnisse einräumte. Das

stand in einer gewissen Tradition, weil sich die orthodoxe Kirche seit jeher nicht als einen Gegenpol zum Staat verstand, sondern seit dem Mittelalter in einer Symbiose mit dem Staat sah. Es gibt diese Metapher von der „sinfonia“ zwischen der orthodoxen Kirche und dem russischen Staat. Unter Chruschtschow veränderte sich dieses Verhältnis wieder zum Negativen. Chruschtschow ging zwar als der Politiker in die Geschichte ein, der die Entstalinisierung vornahm und den Terror abschaffte. Aber gegenüber der Kirche zog er mit einer repressiven Politik die Zügel wieder an.

1989/90 feierte man zunächst den Sieg des Kapitalismus. Zwanzig Jahre und einige Wirtschaftskrisen später trübt sich diese Euphorie. Könnte es von daher noch einmal zu einer Neubewertung des Kommunismus und der „Diktatur des Proletariats“ kommen?

Grundsätzlich schreibt jede Generation die Geschichte neu. Das ist ein Prinzip der Geschichtswissenschaft, die nicht nur darin besteht, festzustellen, was war, sondern zu interpretieren und eine Sinnstiftung zu betreiben hat im Hinblick auf die Vergangenheit. Es ist ein bekanntes Phänomen, dass eine neue Generation von Historikern gegen das anschreibt, was die Generation vor ihr vertreten hat. Darauf schließe ich nicht aus, dass spätere Generationen die Zeit des Sowjetkommunismus anders bewerten, als wir das heute tun. Sie können allerdings nicht ignorieren, was an Befunden vorliegt. Und da ist die Gesamt-

bilanz dieses sowjetkommunistischen Experiments eindeutig so negativ und ein so klares Scheitern aus sich selbst heraus, dass eine fundamental andere Interpretation schwer vorstellbar ist. Einen grundsätzlichen Glauben an die Ausstrahlungskraft des Kommunismus, der in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre bis in die Dritte Welt wirksam war, kann ich mir nach dem eindeutigen Scheitern dieses Systems nicht vorstellen.

Auch in Russland nicht?

Es gibt natürlich nach wie vor Kommunisten in Russland. Und es gibt Menschen, die der Sowjetunion als Staat nachtrauern. Immerhin war sie eine Supermacht, ein Vielvölkerreich. Dass so ein Staat nicht mehr

existiert, international deklassiert ist und wie es in den neunziger Jahren der Fall war, nicht als gleichberechtigt behandelt wird von den USA, muss man erst einmal verkraften. Aber dabei geht es nicht um den Kommunismus, sondern die Sowjetunion als Bezugspunkt. Etwas anders gelagert ist die Nostalgie, die viele Angehörige der älteren Generation für die frühe Breschnew-Ära empfinden, also die sechziger und frühen siebziger Jahre, die als die „goldenen Jahre“ der Sowjetunion gelten, bevor die Wirtschaft kollabierte. Diese Nostalgie ist vor dem Hintergrund der schweren sozialen Verwerfungen der neunziger Jahre entstanden und heute noch lebendig. Ich denke aber, dass sie an die Erlebnisgeneration gebunden ist.

Übersicht der Textkästen

Christof Dahn

Krim – Zankapfel zwischen der Ukraine und Russland 243

Dr. Christof Dahn ist Mitglied der Redaktion der Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven.

Sören Runkel

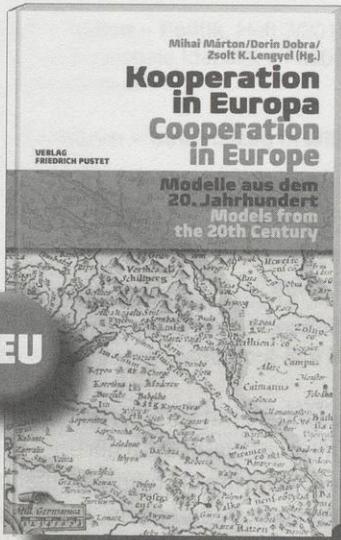
Majdan (Nezaležnosti) 265

Sören Runkel ist katholischer Theologe und arbeitet als Gemeindeassistent in der KSHG Münster. Er hat auch das Foto zur Verfügung gestellt.

Bücher

- Juri Andruchowytsch (Hrsg.): Euro-maidan – Was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Berlin: Suhrkamp-Insel, 2014.
- Katrin Boeckh, Ekkehard Völk: Ukraine. Von der Roten zur Orangen Revolution. Regensburg: Pustet, 2007.
- Włodzimierz Borodziej, Joachim von Puttkamer, Dorothea Warneck (Hrsg.): The Ukrainian Crisis in the European Media and the Public Sphere, „Cultures of History“ Forum, Version: 1.0, 14.05.2014, (<http://www.imre-kertesz-kolle-g.uni-jena.de/index.php?id=571&l=0>).
- Claudia Dathe, Andreas Rostek (Hrsg.): Majdan! Ukraine, Europa. (Bundeszentrale für Politische Bildung: Schriftenreihe, Bd. 1447). Bonn: bpb, 2014.
- Simon Geissbühler (Hrsg.): Kiew – Revolution 3.0. Der Euromaidan 2013/14 und die Zukunftsperspek-tiven der Ukraine. Stuttgart: ibidem, 2014.
- Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. 3., überarb. und aktualisierte Aufl. München: C. H. Beck, 2009.
- Tadeusz A. Olszański: The Language Issue in Ukraine – an Attempt at a New Perspective. Warschau: OSW Studies, 2012.
- Heiko Pleines: Ukrainische Seilschaf-ten. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspoli-tik 1992-2004. Münster: LIT, 2005.
- Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hrsg.): Zerreißprobe Ukraine: Konflikt, Krise, Krieg [= OSTEU-ROPA 64 (2014), H. 5-6]. Berlin: BWV, 2014.
- Winfried Schneider-Deters: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union. 2. Aufl. Berlin: BWV, 2014.

Europäische Perspektiven



MIHAÍ MÁRTON / DORIN DOBRA /
ZSOLT K. LENGYEL (HG.)

Kooperation in Europa / Cooperation in Europe *Modelle aus dem 20. Jahrhundert / Models from the 20th Century*

160 Seiten, 5 Abbildungen, kartoniert
ISBN 978-3-7917-2640-3
€ (D) 26,95 / auch als eBook

Kooperationsmodelle in Mittel- und Ost-europa während des 20. Jahrhunderts!
Ausgehend von Richard Coudenhove-Kalergis Vorstellung eines Pan-Europa diskutieren die Beiträge dieses Bandes politische, kulturelle und finanzielle Kooperationen auf europäischer Ebene.

Zeitliche Schwerpunkte bilden dabei die Zwischenkriegszeit, die kommunistische Periode und die Zeit nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, welche für die betroffenen Staaten neue Chancen multilateraler und regionaler Zusammenarbeit eröffnete.

Die Autorinnen und Autoren des Bandes sind an universitären und außer-universitären Einrichtungen in Berlin, Bochum, Budapest, Cluj-Napoca und Regensburg tätig. Ihren deutsch- bzw. englischsprachigen Aufsätzen sind Zusammenfassungen in der jeweils anderen Sprache angefügt.



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

Die Geschichte der Ukraine



KATRIN BOECKH / EKKEHARD VÖLKL

Ukraine

Von der Roten zur Orangenrevolution

296 Seiten, 16 Bildseiten, frz. Broschur
ISBN 978-3-7917-2050-0, € (D) 26,95

Insbesondere mit Blick auf die jüngsten Ereignisse ist dieses Buch höchst aktuell. Denn um die heutige Situation zu verstehen, bedarf es einer Reflektion der Geschichte. Obwohl die Ukraine ein EU-Anrainer ist, wird ihr in der öffentlichen Wahrnehmung erst seit der sogenannten 'Orangenrevolution' der Jahreswende 2004/2005 größere Beachtung zuteil.

Der Band setzt dieses Ereignis in einen historischen Kontext – fundiert und in verständlicher Form. Schwerpunktmaßig werden dazu die ersten ukrainischen Staatsversuche 1917–1921, die Situation der Ukraine als Sowjetrepublik, die Besatzungszeit während des Zweiten Weltkrieges sowie die Ablösung des sowjetischen Regimes in Kiev geschildert.

„Mit dieser soliden Gesamtdarstellung macht sich der Pustet-Verlag ein Mal mehr um das bessere Verständnis Osteuropas verdient.“ G/GECHICHTE



VERLAG
FRIEDRICH
PUSTET

Verlag Friedrich Pustet
Unser komplettes Programm unter:
www.verlag-pustet.de

Tel. 0941 / 92022-0
Fax 0941 / 92022-330
bestellung@pustet.de

OST-WEST. Europäische Perspektiven

Die Zeitschrift OST-WEST. Europäische Perspektiven bietet ein offenes Forum für den Dialog zwischen dem Osten und dem Westen Europas. Damit begleitet sie den Prozess des Zusammenwachsens des neuen Europa und der Entstehung einer neuen gemeinsamen Identität auf konstruktive und sachlich kontroverse Weise.

Jede Ausgabe behandelt ein Schwerpunktthema aus verschiedenen Blickwinkeln. Einzelhefte können zum Preis von **€ (D) 6,50 / € (A) 6,70** (zzgl. Porto) beim Verlag bestellt werden.

Sport – Nation – Politik, Heft 3/2014

Sport und nationale Identität ♦ Fußball zwischen Fankultur und Fanatismus



Hinter Gittern – Strafvollzug in Mittel- und Osteuropa,

Heft 2/2014

Juristische und historische Aspekte ♦ Zur Bedeutung der Gefängnisseelsorge ♦ Hilfen zur Resozialisierung: Beispiele aus fünf Ländern

Europa 1914–2014, Heft 1/2014

Das »kurze Jahrhundert der Gewalt« (1914–1989) ♦ Wendepunkte des 20. Jahrhunderts ♦ Zerfall und Neuentstehung von Imperien

Sport – Nation – Politik, Heft 4/2013

Sport und nationale Identität ♦ Fußball zwischen Fankultur und Fanatismus

Kroatien, Heft 3/2013

Land der Gegensätze ♦ Klischee und Wirklichkeit ♦ Kroaten in Deutschland

Hafenstädte in Mittel- und Osteuropa, Heft 2/2013

Von der Stadt zum Hafen – Vom Hafen zur Stadt ♦ Symbiose von Wirtschaft und Kultur ♦ Neue Wege im 21. Jahrhundert

Migrationsströme in Europa und ihre Folgen, Heft 1/2013

Entwicklungen in Europa seit 1990 ♦ Brennpunkt Stadt: Berlin, Moskau, Sarajevo ♦ Erfahrungen in einem fremden Land

Die Tschechische Republik, Heft 4/2012

Historische Eckpunkte ♦ Fakten und Klischees ♦ Deutsch-tschechische Befindlichkeiten

Heft 1/2015 erscheint Mitte Februar zum Thema »Makedonien – Land am Rand der Mitte Europas«.

23. Renovabis-Pfingstaktion 2015

„An die Ränder gehen!“

Im Mittelpunkt der Renovabis-Pfingstaktion 2015 stehen Menschen am Rande der Gesellschaften in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Unter dem Leitwort „An die Ränder gehen!“ appelliert Renovabis für mehr Solidarität mit ausgegrenzten Menschen im Osten Europas. Es geht dabei um Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen am Leben ihrer Gesellschaften – so etwa am Bildungssystem, an der Arbeitswelt, an sozialer Absicherung oder gesundheitlicher Vorsorge – nicht partizipieren können. Das sind beispielsweise Angehörige ethnischer Minderheiten (Roma), Flüchtlinge und Asylbewerber, Menschen mit Behinderungen, Opfer des Menschenhandels oder HIV/AIDS-Infizierte.

Bischof Dr. Rudolf Voderholzer wird die Renovabis-Pfingstaktion mit einem Pontifikalamt am 3. Mai 2015 im Hohen Dom zu Regensburg offiziell eröffnen.

Nähere Informationen

**Renovabis e. V.
Abt. Kommunikation und Kooperation
Kardinal-Döpfner-Haus,
Domberg 27, D-85354 Freising
Telefon 0 81 61 / 53 09 - 0, Fax 53 09 - 11
www.renovabis.de**

